

Aus den Akten
auf die Bühne



EVA SCHÖCK-QUINTEROS / MATTHIAS LOEBER / SIMON RAU (HG.)

KEINE ZUFLUCHT. NIRGENDS.

DIE KONFERENZ VON EVIAN UND
DIE FAHRT DER ST. LOUIS (1938/39)

Während die Europäer geradewegs gen Evian schlafwandeln, sollten sie wenigstens wissen, dass sie es tun. Und eine vereinte Anstrengung zum Aufwachen unternehmen.

Göran Rosenberg (2015)

Am liebsten wäre ich aufgesprungen und hätte geschrien: „Wißt ihr nicht, daß diese ‚Nummern und Zahlen‘ menschliche Wesen sind [...]?“

Golda Meir (1975)

*The world is divided into
places where they cannot live
and places where they cannot enter.*

Chaim Weizmann (1936)

*Wo öffnet sich ein Hafen, zu empfangen
Die ausgestossenen Tausend, die sich bergen
In den Kabinen? Die an Bord gegangen
Aus einer Welt von Händlern und von Schergen?*

Berthold Viertel (1939)

Nach dem „Anschluss“ Österreichs im März 1938 nahm die Verfolgung von Jüdinnen und Juden im Deutschen Reich immer mehr zu. Für viele war der einzige Ausweg die Flucht. Doch wohin?

US-Präsident Franklin D. Roosevelt lud zu einer internationalen Konferenz ein, die im Juli 1938 in Évian am Genfer See stattfand. Es wurde debattiert, diniert und um Einwanderungsquoten gefeilscht. Am Ende erklärte sich kein Staat bereit, seine Grenzen für die Verfolgten zu öffnen. Durch die Novemberpogrome verschärfte sich ihre Lage dramatisch.

Im Mai 1939 legte die „ST. LOUIS“ in Hamburg mit 937 Kindern, Frauen und Männern an Bord Richtung Kuba ab. Den Hafen von Havanna in Sichtweite wurde der „ST. LOUIS“ die Einfahrt verweigert. Auch die USA und Kanada lehnten die Aufnahme ab. Nach tagelangen Verhandlungen musste das Schiff beidrehen und zurück nach Europa fahren – einem ungewissen Schicksal entgegen.

In ihren Beiträgen zu der 14. szenischen Lesung der Reihe „Aus den Akten auf die Bühne“ setzen sich die Studierenden mit der Konferenz von Évian und der Fahrt der „ST. LOUIS“ auseinander. Zu jedem Beitrag sind Quellen ausgewählt. Diese Zeugnisse dokumentieren die Sprache der Akteurinnen, Akteure und verschiedener Medien.

Aus den Akten auf die Bühne, Bd. 15
ISBN 978-3-88722-763-0

Was Juden das Herz bewegt

Eine Teilfrage des Wanderungsproblems

Deutsche Absage an Evian

Keine Erleichterungen für die Auswanderer

1 Million Flüchtlinge

Eine Zahl, die sich immer weiter steigert
Die große Aufgabe der Konferenz von Evian

Oeffnen sich die Tore?

Appell an neunundzwanzig Staaten

gegen Frankreich
und England

Homeless

THE CONFERENCE ON REFUGEES

An Offer to Germany?

From our own Correspondent

Von den Schicksalen der deutschen Juden

Dreissig Staaten am runden Tisch

In der Schwebel

JUDE, WOHIN?

Von EMANUEL LASKER

Vom europäischen Dauerpogrom

Die Schweiz und die deutschen Flüchtlinge

Der neue Flüchtlingsschutz für Deutsche und Oesterreicher

Die juristische und administrative Situation

Der Roosevelt'sche Plan und die Einwanderungsgesetze.

Was wir von der Internationalen Flüchtlingskonferenz zu erwarten haben.

Nichtinterventions - Geist in Evian

Was man von der Flüchtlingskonferenz erwarten darf - Die Aufgabe der öffentlichen Meinung
(SONDER-TELEPHONAT DER „PARISER TAGESZEITUNG“)

La conférence intergouvernementale d'Evian pour l'aide aux émigrés

LA CONFERENCE D'EVIAN

LA FRANCE a déjà accueilli trop de réfugiés!

Auswanderungsziel Süd-Amerika

Acht Staaten der Neuen Welt öffnen ihre Tore

BRITAIN'S HELP FOR REFUGEES

LORD WINTERTON'S MIGRATION HINT

POSSIBLE SETTLEMENT IN EAST AFRICA

Evian oder der Wille zum Leben

Noch keine konkreten Ergebnisse

Zurückhaltende Erklärungen der Regierungen in Evian

Von unserem zur Konferenz entsandten Sonderberichterstatter

„Emigrantenschlepper“

There Is a Ship ...

By Heywood Bruun

Schwarze Tage der Menschheit.

Eine Frage, die die Welt angeht

Amerika.

Keine Einwanderung für Staatenlose nach den Philippinen.

Die Ausschiffungs-

Erlaubnis /

Neue Bestimmungen für die Einwanderung nach Argentinien

L'odyssée
lamentable
des passagers
du "Saint-Louis"

Das Schiff von Cuba

Von BERTHOLD VIERTEL

Schiffe, die
sich begegnen

NO DEJARON
DESEMBARCAR
A 1,100 JUDIOS

Holland sperrt seine Grenze gegen Flüchtlinge.

Die Totenschiffe fahren

FEAR SUICIDE WAVE
ON REFUGEES' SHIP

Polen.

Massenauswanderung von Juden aus Polen.

Nehmt 900 Nazis!

Briefe von drüben

Die Wandlung der deutschen Emigration

Bemerkungen zu einem Buch

"Vergässe ich deiner je, St. Louis ..."

47 REFUGEES DUMPED

Expelled By Nazis, May Be
Cut Adrift in Danube Boat

From Our Special Correspondent

Frankreich.

Neue Niederlassungsbestimmungen
in Frankreich.

Sucht Verwandte!

Cuba Recloses Door to Refugees;
48-Hour Limit on Offer Expires

Irrend und hoffnungslos!

Einige trockene Zahlen aus der Schicksals-Arena des jüdischen Elends

Mexiko

Einwanderungsquoten

700 JEWISH REFUGEES
AWAIT FATE OFF CUBA

Deux cents réfugiés
israélites ont signé
un pacte de suicide

Aus den Akten
auf die Bühne

SZENISCHE LESUNG

MIT DER BREMER SHAKESPEARE COMPANY

TERMINE

Donnerstag, 25. April 2019

Sonntag, 28. April 2019

Samstag, 18. Mai 2019

Dienstag, 28. Mai 2019

Dienstag, 4. Juni 2019

Mittwoch, 26. Juni 2019

jeweils 19.30 Uhr

Theater am Leibnizplatz

KARTEN

13 Euro / erm. 6 Euro

www.shakespeare-company.com

0421 / 500 333

Das Projekt „Keine Zuflucht. Nirgends“ ist Preisträger im Wettbewerb „Theater Macht Geschichte“ (2018) der Stiftung „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft“ und des Theaters der Jungen Welt Leipzig.

WWW.SPRECHENDE-AKTEN.DE




KEINE ZUFLUCHT. NIRGENDS.

DIE KONFERENZ VON EVIAN UND
DIE FAHRT DER ST. LOUIS (1938/39)




Stiftung die Schwelle
Beiträge zum Frieden

 Alumni
der Universität Bremen e.V.

 Manfred und Ursula
Fluß-Stiftung

 Staats-
archiv
Bremen

 evz
ERINNERUNG
VERANTWORTUNG
ZUKUNFT

 Universität Bremen

 bremer
shakespeare
company



Alle Fotos © USHMM



*The world is divided
into places where they cannot live
and places where they cannot enter.*

Chaim Weizmann (1936)

*Während die Europäer geradewegs gen Evian
schlafwandeln, sollten sie wenigstens wissen, dass sie
es tun. Und eine vereinte Anregung zum Aufwachen
unternehmen.*

Göran Rosenberg (2015)

*Wo öffnet sich ein Hafen, zu empfangen
Die ausgestossenen Tausend, die sich bergen
In den Kabinen? Die an Bord gegangen
Aus einer Welt von Händlern und von Schergen?*

Berthold Viertel: Das Schiff von Cuba (1939)



**AUF DER SUCHE NACH EINEM
SICHEREN HAFEN KREUZEN SCHIFFE
MIT GEFLÜCHTETEN AN BORD ÜBER
FLÜSSE UND MEERE. 32 STAATEN
BERATEN ZEHN TAGE LANG ÜBER DIE
AUFNAHME VON VERFOLGTEN - DOCH SIE
HANDELN NICHT, AM ENDE GIBT ES NUR
LIPPENBEKENNTNISSE. KEIN STAAT WILL
IHNEN ZUFLUCHT GEWÄHREN.**

Nach dem „Anschluss“ Österreichs im März 1938 nahm die Verfolgung von Jüdinnen und Juden im Deutschen Reich immer mehr zu. Für viele war der einzige Ausweg die Flucht. Doch wohin? US-Präsident Franklin D. Roosevelt lud zu einer internationalen Konferenz ein, die im Juli 1938 in Evian am Genfer See stattfand. Es wurde debattiert, diniert und um Einwanderungsquoten gefeilscht. Am Ende erklärte sich kein Staat bereit, seine Grenzen für die Verfolgten zu öffnen. Durch die Novemberpogrome verschärfte sich ihre Lage dramatisch.

Im Mai 1939 legte die St. Louis in Hamburg mit 937 Kindern, Frauen und Männern an Bord Richtung Kuba ab. Den Hafen von Havanna in Sichtweite wurde der St. Louis die Einfahrt verweigert. Auch die USA und Kanada lehnten die Aufnahme ab. Nach tagelangen Verhandlungen musste das Schiff beidrehen und zurück nach Europa fahren - einem ungewissen Schicksal entgegen.

Keine Zuflucht. Nirgends.

Die Konferenz von Évian und die Fahrt der ST. LOUIS (1938/39)

Aus den Akten auf die Bühne, Bd. 15

KEINE ZUFLUCHT. NIRGENDS

**Die Konferenz von Évian und die Fahrt
der ST. LOUIS (1938/39)**

*Herausgegeben von
Eva Schöck-Quinteros, Matthias Loeber und Simon Rau*

*Unter Mitarbeit der Studierenden des Projektes
«Aus den Akten auf die Bühne»*

Bremen 2019

Studierende des Projektes:

Finn Bülow, Lea Bussas, Luise Eckardt, Lennart Edel, Joscha Glanert, Anja Hasler, Inga Kemper, Anna-Lena Krückeberg, Vivien Mikos, Lars Nothdurft, Laura Radel, Claire Rostalski, Rebecca Schlecht, Jan Mathis Tietjen

2., korr. und erw. Auflage ISBN 978-3-88722-763-0

© Dr. Eva Schöck-Quinteros, Bremen 2019
Institut für Geschichtswissenschaft
Universität Bremen
Postfach 33 04 40
28334 Bremen
Tel. (0421) 218-67251
esq@uni-bremen.de

Wir haben uns bemüht, alle Rechteinhaber von urheberrechtsrelevanten Texten und Bildern zu ermitteln, ohne dass dies in allen Fällen gelungen ist. Falls trotz unserer Bemühungen Verletzungen von Urheberrecht festgestellt werden, bitten wir die Rechteinhaber um Entschuldigung und um eine entsprechende Mitteilung, sodass wir Abhilfe schaffen können.

Weitere Informationen zur Reihe «Aus den Akten auf die Bühne» unter:
<http://www.sprechende-akten.de> und <http://www.facebook.com/sprechende.akten>

Gestaltung und Satz: Nils Steffen, Hamburg
nils.steffen@gmail.com, <http://www.nilssteffen.de>
Druck und Bindung: Milde Buchdruckerei, Bremen

Eingelesen mit ABBYY Fine Reader 16

INHALT

Vorwort	9
«Ziel der deutschen Judenpolitik: Auswanderung»	13
Die ambivalente Strategie der Nationalsozialisten zur Vertreibung der deutschen Juden <i>Laura Radel</i>	
«Refugees: A World Problem»	37
Dorothy Thompson	
Vom Transitland zur Festung	51
Schweizer Flüchtlingspolitik und Antisemitismus im Jahr der Konferenz von Évian <i>Anja Hasler</i>	
Die Entwicklung des Antisemitismus in Frankreich zwischen 1933 und 1939	73
<i>Luise Eckardt</i>	
Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit	95
Der Auftritt Australiens auf der Konferenz von Évian <i>Jan Mathis Tietjen</i>	
Zermürbende Vorbereitung einer Konferenz	105
Korrespondenz zwischen Salomon Adler-Rudel und Hans Schäffer <i>Luise Eckardt</i>	

- Drei NGOs auf der Konferenz von Évian** **119**
SAI, IFFF und Schweizerische Flüchtlingshilfe
Inga Kemper
- Deutschsprachige Presse zur Konferenz von Évian** **135**
Pariser Tageszeitung & Völkischer Beobachter
Lennart Edel
- «Ein nicht allzu vertrauensvolles Pokerspiel»** **161**
Clarence K. Streit: Sonderberichterstatter der New York Times
Claire Rostalski
- Protokoll der Konferenz von Évian** **165**
Auszüge
- Das «Schicksalsjahr» 1938** **209**
Die Tagebücher von Luise Solmitz und Ruth Maier
Vivien Mikos
- Lateinamerika** **229**
Fluchtziele mit hohen Hürden
Lars Nothdurft
- Auf der Insel unerwünscht** **245**
Der Antisemitismus auf Kuba in den 1930er Jahren
Lea Bussas

Gustav Schröder	261
Kapitännsbericht über die Fahrt der «ST. LOUIS» <i>Lennart Edel</i>	
Gescheiterte Verhandlungen	277
Das American Jewish Joint Distribution Committee und die kubanische Regierung im Juni 1939	
Die Berichte der deutschen Gesandtschaft über die Lage auf Kuba	291
Mai-Juli 1939	
«Zwecks einer schnellen Abwicklung der Landungsangelegenheiten»	307
Rolle und Aufgaben des Bordkomitees der «ST. LOUIS» <i>Matthias Loeber</i>	
Morris C. Troper und die Verhandlungen über die Landung der «ST. LOUIS» in Europa	325
<i>Vivien Mikos & Jan Mathis Tietjen</i>	
Eine (fast) vergessene Zusammenarbeit	333
American Jewish Joint Distribution Committee und Intergovernmental Committee on Refugees <i>Matthias Loeber</i>	
Wie ein Jugendlicher die Fahrt der «ST. LOUIS» erlebte	347
Die Reiseberichte des Fritz Buff	

- «Die Totenschiffe fahren...» 361**
Die deutsch-jüdische Zeitung «Aufbau» über
Flucht auf den Meeren (1939-1941)
- Die Flüchtlingsschiffe 381**
Fahrten ins Ungewisse
Lars Nothdurft
- Leben zwischen Hoffnung und Verzweiflung 401**
Die Fluchtversuche der Familie Rosenberg
Anja Hasler
- Nur eine Atempause 423**
Das Schicksal der «ST. LOUIS» – Passagiere
nach der Landung in Antwerpen *Joscha Glanert*
- Statt eines Nachworts 449**
eine andere Stimme Lateinamerikas
- Personenverzeichnis 455**

VORWORT

«*The world is divided into places where they cannot live and places where they cannot enter.*» – Chaim Weizmann (1936)

«[...] *allein in den vergangenen zwei Monaten [mussten] 18 transatlantische Dampfer mit 5'627 jüdischen Flüchtlingen – Männer, Frauen, Kinder – nach Europa zurückkehren, nachdem sie vergeblich einen Ort gesucht hatten, wo ihre Passagiere von Bord gehen könnten. Die Hoffnung hält am Leben. Doch tausende von Flüchtlingen haben längst die Hoffnung aufgegeben. Manchmal gelingt es ihnen, irgendwo an Land zu gehen, doch niemand weiss wo, niemand weiss wie. Dann verschwinden sie – und werden von der Liste gestrichen.*» – H.R. Knickerbocker (30.6.1939)

Auf den ersten Blick könnte der Titel des 14. Projekts von «Aus den Akten auf die Bühne» die Frage aufwerfen, welche Verbindung zwischen dem Hotel Royal in Évian am Genfer See und dem Schiff ST. LOUIS der Hamburger Reederei HAPAG bestand. Am Beispiel der Familie Rosenberg aus Bassum/Bremen kann der Zusammenhang zwischen einer weltweit beobachteten internationalen Konferenz und gescheiterten Fluchtversuchen auf Schiffen Richtung Lateinamerika aufgezeigt werden. Die Rosenbergs waren für ihre Fahrt nach Argentinien gut vorbereitet: Hab und Gut zu lächerlichen Preisen verkauft, Schiffspassagen für den 31. August 1938 erworben. Doch sie erhielten keine Einreiseerlaubnis, obwohl schon Verwandte in Argentinien lebten. In dem als geheim eingestuftem Circular 11 vom 12. Juli 1938 forderte der Aussenminister José Maria Cantilo alle Konsuln und Botschafter auf, keine Visa an «unerwünschte» Menschen mehr zu erteilen.¹ Die Konferenz von Évian endete am 15. Juli 1938 – und viele Staaten reagierten mit verschärften Einreisebestimmungen.²

Die verschiedenen Ebenen des Projektthemas finden sich in zahlreichen Archiven und Bibliotheken: von Dokumenten der hohen Diplomatie, überliefert zum Beispiel in der Franklin D. Roosevelt Library, zu Quellen aus den Sammlungen im Leo Baeck-Institute,

¹ Vgl. hierzu den Beitrag von Anja Hasler und Lars Nothdurft in diesem Band.

² Zu der Konferenz von Évian vgl. die 2018 erschienene Studie von Diane Afoumado: *Indésirables 1938: la Conférence d'Évian et les réfugiés juifs*, Calman-Lévy 2018.

New York und dem USHMM³, die detailliert den Alltag jüdischer Familien in der NS-Zeit und die komplizierte Vorbereitung einer Ausreise 1938/1939 beschreiben.

«Keine Zuflucht. Nirgends» ist das erste Projekt, in dem die Studierenden selten in einem Lesesaal in Aktenbergen stöberten, sondern an Bildschirmen online in Archiven Europas und der USA recherchierten. Das Ergebnis ihrer monatelangen Recherchen war beeindruckend: vom Umfang, aber vor allem vom Inhalt. Themen auszusortieren fiel den Herausgebern (zu) schwer. Sie entschieden sich, dass die Studierenden ihre Themen mit einer kurzen Einleitung zu den transkribierten Quellen präsentieren.

Im ersten Teil werden die Auftritte einiger Regierungsdelegationen und Nichtregierungsorganisationen, die Berichterstattung in der Presse und Auszüge aus privaten Tagebüchern vorgestellt.

Für die szenische Lesung haben wir Teile des in französischer Sprache vorliegenden Protokolls der Konferenz übersetzen lassen und einige Reden und Beschlüsse in den Band aufgenommen, da sie – so der Eindruck der Herausgeber – allgemein wenig bekannt sind. Für mehrere Kapitel wurden Quellen zur Entwicklung des Antisemitismus in verschiedenen Ländern zusammengestellt. In welchem Ausmass sich in Lateinamerika, dem «Fluchtziel mit hohen Hürden», der Antisemitismus verbreitet hatte, wird vor allem am Beispiel Kubas gezeigt.

Im zweiten Teil wird die Fahrt der ST. LOUIS unter verschiedenen Aspekten dokumentiert. Am 13. Mai 1939 verliess das Schiff den Hamburger Hafen. Nach einem Zwischenhalt in Cherbourg nahm es Kurs auf Kuba. An Bord befanden sich 937 Passagiere, 930 waren deutsche Juden. 906 durften nicht in Kuba landen.⁴ Nach tagelangen Verhandlungen musste das Schiff nach Europa zurückkehren. Am 17. Juni 1939 durfte es in Antwerpen landen. Die Passagiere wurden auf Grossbritannien, Belgien, die Niederlande und Frankreich verteilt. 254 wurden nach aktuellem Kenntnisstand in Konzentrationslagern ermordet.⁵ Die Irrfahrt der ST. LOUIS ist in Medien bis heute immer wieder sehr präsent. Dokumente der diversen an den Verhandlungen beteiligten Akteure wurden in der deutschen Literatur dagegen weniger berücksichtigt und werden hier in den Mittelpunkt gerückt: In sechs Kapiteln werden Kapitän Schröder und das Bordkomitee, American Jew-

3 United States Holocaust Memorial Museum, Washington D.C.

4 Vgl. Miller, Scott; Ogilvie, Sarah: *Refuge Denied. The St. Louis Passengers and the Holocaust*, Madison (Wisconsin) 2006, S. 20-28.

5 Vgl. hierzu den Beitrag von Joscha Glanert in diesem Band.

ish Joint Distribution Committee (JDC) und Intergovernmental Committee on Refugees (IGCR), das Handeln der kubanischen Regierung und der deutschen Gesandtschaft in Havanna anhand zentraler Quellen vorgestellt. Die Zusammenarbeit zwischen JDC und dem auf der Konferenz von Évian beschlossenen, in London ansässigen IGCR ist in der Forschung bisher meist nur gestreift worden.⁶

Den Studierenden war es auch ein Anliegen, zu zeigen, dass die ST. LOUIS ein Schiff unter vielen war, die in diesen Jahren mit Geflüchteten an Bord über die Meere fuhren. Zeitgenössische Reportagen über diese Schiffe sind in den Kapiteln «Die Totenschiffe fahren» und «Flüchtlingsschiffe – Fahrten ins Ungewisse» enthalten.

Im letzten Teil werden die Fluchtversuche der Familie Rosenberg und die Lebenswege der nach der Landung in Antwerpen auf Grossbritannien, Frankreich, Belgien und die Niederlande verteilten Passagiere der ST. LOUIS an ausgewählten Beispielen soweit möglich rekonstruiert.⁷

Statt eines Nachworts kommt der chilenische Schriftsteller und Historiker Ricardo A. Latcham zu Wort. Der Mitbegründer der Partido Socialista hielt am 13. Juli 1938 in der Abgeordnetenkammer ein Plädoyer für die Aufnahme jüdischer Emigranten und gegen Antisemitismus.

DANKSAGUNG

Die umfangreichen Transkriptionen verdanken wir allen Studierenden des Projektes. Lea Bussas, Luise Eckardt und Joscha Glanert haben zusätzlich die alltägliche Projektarbeit unterstützt und die Korrektur der Druckfahnen übernommen, an der sich wie in jedem Projekt auch Paloma Quinteros Yáñez beteiligte.

Peter Lüchinger danken wir, dass er über 800 Seiten Material in eine szenische Lesung von rund zwei Stunden verwandelte.

Nils Steffen gilt unser Dank für die Gestaltung der Werbematerialien, Satz und Layout des Bandes.

Zahlreiche Quellen waren in französischer und spanischer Sprache verfasst. Wir danken Odile Kennal für die Übersetzung der französischen Texte und ihre Bereitschaft, auch späte Funde noch schnell zu bearbeiten. Oscar Sola danken wir für die Übersetzung der spanischen Unterlagen.

⁶ Vgl. zu der Rolle des IGCR Bonnesoeur, Frederic u.a. (Hrsg.) Geschlossene Grenzen – Die internationale Flüchtlingskonferenz von Évian 1938, Berlin 2018, S. 161 und 191.

⁷ Dies war nur möglich dank der jahrelangen intensiven Recherchen des USHMM zu den Passagieren.

Die oft unglaublich intensive Zusammenarbeit mit so vielen Archivarinnen und Archivaren war in diesem Projekt einmalig. Wir danken: Diane Afoumado (United States Holocaust Memorial Museum, Washington D.C.), Anthony Blechner (Blechner-Familien-sammlung, London), Yaakov Borut (Yad Vashem, Jerusalem), Ron Coleman (United States Holocaust Memorial Museum, Washington D.C.), Donald Davis (Archives of the American Friends Service Committee, Philadelphia), Martina Fähnemann (Hapag-Lloyd AG-Firmenarchiv, Hamburg), Howard Faiksohn (Wiener Library for the Study of the Holocaust & Genocide), Jürgen Glaevecke (Nachlass Gustav Schröder, Hamburg), Andreas Haney (Sammlung Wolfgang Haney), Gerhard Keiper (Politisches Archiv / Auswärtiges Amt), Guido Koller (Schweizerisches Bundesarchiv, Bern), Marco Majoleth (Schweizerisches Bundesarchiv, Bern), Frank Mecklenburg (Leo-Baeck-Institute, New York), Winfried Meyer (Zentrum für Antisemitismusforschung, Berlin), Misha Mitsel (JDC Archives, New York City), Michael Simonson (Leo-Baeck-Institute, New York), Sabine Stein (Archiv der Gedenkstätte Buchenwald), Nicolai Zimmermann (Bundesarchiv Berlin) und den Archivarinnen und Archivaren des Staatsarchivs Bremen.

Für die Erlaubnis des Nachdrucks danken wir: Julia Brauch (De GruyterVerlag, München), Yves Kugelmann (Redaktion Aufbau, Zürich) und Winfried Meyer (Zentrum für Antisemitismusforschung, Berlin).

Dieses auch von den Mitteln her anspruchsvolle Projekt konnte nur realisiert werden, weil es die Stiftung «Erinnerung, Verantwortung und Zukunft» (EVZ) im Wettbewerb «Theater macht Geschichte» 2018 ausgezeichnet hat. Die Stiftung EVZ ermöglichte auch den Besuch von Clark Blatteis durch die Förderung aus ihrem Zeitzeugenprogramm. Er hat in Schulen und an der Universität Bremen über die lange Fluchtgeschichte seiner Familie berichtet. Sie flüchtete 1940 von Brüssel aus über Frankreich, Spanien nach Marokko. Erst 1948 durfte sie in die USA einreisen.

Für ihre Unterstützung dankbar sind wir auch der Stiftung *die Schwelle*, den Alumni der Universität Bremen e.V., der Manfred und Ursula Fluss-Stiftung sowie der Wolfgang-Ritter-Stiftung.

Bremen, im Juni 2019

Eva Schöck-Quinteros Matthias Loeber Simon Rau

«ZIEL DER DEUTSCHEN JUDENPOLITIK: AUSWANDERUNG»

Die ambivalente Strategie der Nationalsozialisten zur Vertreibung der deutschen Juden

Laura Radel

Das Auswärtige Amt sah in der Auswanderung die erhoffte «radikale Lösung der Judenfrage». So schrieb es zumindest Emil Schumburg, der erste «Judenreferent», im Rundschreiben vom 25. Januar 1939 an alle diplomatischen und berufskonsularischen Vertretungen im Ausland.¹ (*Quelle 1*) Seit 1933 war Emil Schumburg im Referat «Deutschland» des Auswärtigen Amtes tätig und ab 1939 dessen Leiter.² Das «Referat ‚Deutschland‘ war zuständig für die Zusammenarbeit mit allen Dienststellen der SS und der Geheimen Staatspolizei, insbesondere in der Judenpolitik».³ Das Auswärtige Amt war von Beginn an in die Judenpolitik der Nationalsozialisten involviert. Anfangs ging es in erster Linie darum, das Ansehen Deutschlands im Ausland trotz der antijüdischen Massnahmen aufrechtzuerhalten, doch mit der Zeit folgte die aktive Beteiligung, auch an der sogenannten «Endlösung der Judenfrage».⁴

In dem Rundschreiben wird der Verlauf der Judenpolitik aus Sicht des «Judenreferenten» deutlich, dessen Ziel sowohl die Auswanderung aller Juden aus dem Deutschen Reich war, als auch die «Zersplitterung des Judentums». Dadurch sollte zum einen die Bildung eines «Judenstaates» verhindert werden und gleichzeitig der Widerstand gegenüber den Emigrierten in allen Teilen der Welt hervorgerufen werden. Somit sollte in den anderen Ländern Akzeptanz für die «Massnahmen zur Ausschaltung der Juden aus dem deutschen Lebensraum» geschaffen werden.⁵

Doch trotz diverser Gesetze konnte zu dieser Zeit das Auswanderungsziel nicht erreicht werden:

1 Eine genauere Angabe der Empfänger ist nicht bekannt.

2 Vgl. Conze, Eckart u.a. (Hg.): Das Amt und die Vergangenheit. Deutsche Diplomaten im Dritten Reich und in der Bundesrepublik, München 2010, S. 129.

3 Benz, Wolfgang: Judenfeindschaft in Geschichte und Gegenwart. Personen L-Z (Handbuch des Antisemitismus 2), Berlin 2009, S. 752.

4 Vgl. Conze: Das Amt und die Vergangenheit, S. 167f.

5 Vgl. ebd., S.663.

«Im Rückblick auf die vergangenen 5 Jahre seit der Machtergreifung ist jedenfalls festzustellen, dass weder das Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums noch die Nürnberger Judengesetze mit ihren Durchführungsvorschriften, die jede Assimilierungstendenz des Judentums unterbanden, wesentlich zur Abwanderung der deutschen Juden beigetragen haben.»⁶

Durch das *Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums* wurden «Beamte, die nicht arischer Abstammung» waren, aus ihrem Amt entlassen und in den Ruhestand versetzt.⁷ (*Quelle 2*) Die in diesem Gesetz noch vorhandenen Einschränkungen wurden am 14. November 1935 durch die Erste Verordnung zum Reichsbürgergesetz aufgehoben: (*Quelle 5*)

«Jüdische Beamte treten mit Ablauf des 31. Dezember 1935 in den Ruhestand. Wenn diese Beamten im Weltkrieg an der Front für das Deutsche Reich oder für seine Verbündeten gekämpft haben, erhalten Sie bis zur Erreichung der Altersgrenze als Ruhegehalt die vollen zuletzt bezogenen ruhegehaltsfähigen Dienstbezüge f...j.»⁸

Das *Reichsbürgergesetz* (*Quelle 3*) vom 15. September 1935 war neben dem *Reichsflaggengesetz* und dem *Gesetz zum Schutze des deutschen Blutes und der deutschen Ehre* (*Quelle 4*) Teil der sogenannten «Nürnberger Gesetze». Juden wurde fortan die Ehe und außerehelicher Verkehr mit sogenannten «Staatsangehörigen deutschen oder artverwandten Blutes»⁹ verboten. Die kategorische Einteilung in «Reichsbürger», «Staatsangehörige deutschen oder artverwandten Blutes» und «Staatsangehörige» erfolgte durch das *Reichsbürgergesetz*. Juden konnten keine «Reichsbürger» sein und galten ab dem 14. November 1935 als Staatsangehörige des Deutschen Reiches ohne politische Rechte. Auch sogenannte «jüdische Mischlinge», die von zwei jüdischen Grosseltern abstammten, der jüdischen Religionsgemeinschaft angehörten oder mit einer Jüdin oder einem Juden verheiratet waren, galten seitdem als Staatsangehörige minderen Rechts.¹⁰

6 Schumburg, Emil: Die Judenfrage als Faktor der Aussenpolitik im Jahre 1938, in: Heim, Susanne u.a. (Hg.): Die Verfolgung und Ermordung der europäischen Juden durch das nationalsozialistische Deutschland 1933-1945. Deutsches Reich 1938-August 1939, Bd. 2, München 2009, S. 658.

7 Vgl. RGBI 1933 I S. 175.

8 RGBI 1935 I S. 1333.

9 Ebd., S. 1146.

10 Vgl. ebd.S. 1333.

Rechts.¹⁰ Trotz der diskriminierenden Gesetze wurde das erhoffte Resultat-Auswanderung nicht erzielt. Dies war unter anderem auf folgende Gründe zurückzuführen:

Im Artikel «Die Schmach», der aus dem Exil geschriebenen Zeitung *Neuer Vorwärts*¹¹, wird das Bleiben der Juden eher als Schockstarre geschildert. (*Quelle 8*) «Selbst die deutschen Juden wagen nicht, ihr Schicksal zu Ende zu denken, weil sie nicht sterben, sondern leben wollen.»¹² Dem Verfasser des Artikels ist zu diesem Zeitpunkt bereits bewusst: «Die Männer des Systems haben die Vernichtung der noch in Deutschland lebenden Juden beschlossen.» Zunächst wurden jedoch zusätzliche Gesetze erlassen, die zur Enteignung und Verarmung der Juden führten. Aufgrund der *Verordnung über die Anmeldung des Vermögens von Juden* waren sie gezwungen, ihr Vermögen, wenn es 5'000 Reichsmark überschritt, anzumelden. (*Quelle 6*) Hierauf folgte am 21. November 1938 die *Durchführungsverordnung über die Sühneleistung der Juden*. (*Quelle 7*) Bis Ende des Jahres 1938 mussten 20 % des angemeldeten Vermögens abgeben werden.¹³ Die Abgabe galt als «Sühneleistung» für die Schäden, die während der Reichspogromnacht entstanden waren, bzw. in den Worten der Nationalsozialisten, für die «Schäden, welche durch die Empörung des Volkes über die Hetze des internationalen Judentums gegen das nationalsozialistische Deutschland am 8., 9. und 10. November 1938 an jüdischen Gewerbebetrieben und Wohnungen entstanden sind».¹⁴ Schumburg erklärt, dass sich das Regime durch diese «einschneidenden Massnahmen» erhoffte, dass sie «den Auswanderungswillen fördern werden».¹⁵

Zwar stieg zu dieser Zeit der Auswanderungsdruck, doch gleichzeitig wurde sowohl die Ausreise aus Deutschland als auch die Einreise in andere Länder erschwert. Je ärmer die Suchenden waren, desto schwieriger war es ein Land zu finden, das ihnen Zuflucht gewährte.¹⁶ Die Enteignung stand somit ambivalent zu den bisherigen Vorgehensweisen der Nationalsozialisten. Steigender Auswanderungsdruck stand einer erheblichen Erschwerung der Auswanderung gegenüber. Dies bringt die perfide Strategie der Nationalsozialisten auf den Punkt. Durch die Diskriminierung und Enteignung wurden die Juden zum Auswandern gedrängt, doch gleichzeitig wurde ihnen die wirtschaftliche Existenz geraubt. Dieses Vorgehen wird durch die folgenden Quellen deutlich. Aus ihnen geht hervor, durch welche Gesetze die Auswanderung bewirkt werden sollte. Aufgezeigt werden

11 Zum «Neuen Vorwärts» vgl. den Beitrag von Lennart Edel in diesem Band.

12 O.V.: Die Schmach. Der Massenwahn als Kampfmittel, in: *Neuer Vorwärts*, 20.11.1938, Nr. 283.

13 Vgl. RGBI 11938 S. 1639.

14 Ebd., S. 1638.

15 Schumburg: Die Judenfrage als Faktor der Aussenpolitik im Jahre 1938, S. 658.

16 Vgl. Benz, Wolfgang: *Der Holocaust*, München 4. Aufl. 1999, S. 30.

soll, wie sich sukzessive vermeintlich rechtliche Strukturen entwickelten, die es zuließen, dass Auswandernde bevor sie das Land verliessen, nahezu ihr komplettes Vermögen verloren. Die nationalsozialistische Wahrnehmung wird mit dem Rundschreiben des Auswärtigen Amtes hervorgehoben.

**QUELLE 1 | 25. JANUAR 1939, RUNDSCHREIBEN DES AA (83-2 19/1),
I. A. GEZ. LEG.RAT SCHUMBURG, AN ALLE DIPLOMATISCHEN UND
BERUFSKONSULARISCHEN VERTRETUNGEN IM AUSLAND**

Heim, Susanne u.a. (Hg.): Die Verfolgung und Ermordung der europäischen Juden durch das nationalsozialistische Deutschland 1933-1945. Deutsches Reich 1938-August 1939, Bd. 2, München 2009, S. 657-663.

Inhaltsangabe:

Die Judenfrage als Faktor der Aussenpolitik im Jahre 1938

1. Die deutsche Judenpolitik als Voraussetzung und Konsequenz der aussenpolitischen Entschlüsse des Jahres 1938
2. Ziel der deutschen Judenpolitik: Auswanderung
3. Mittel, Wege und Ziel der jüdischen Auswanderung
4. Der ausgewanderte Jude als beste Propaganda für die deutsche Judenpolitik Es ist wohl kein Zufall, dass das Schicksalsjahr 1938 zugleich mit der Verwirklichung des grossdeutschen Gedankens die Judenfrage ihrer Lösung nahegebracht hat. Denn die Judenpolitik war sowohl Voraussetzung wie Konsequenz der Ereignisse des Jahres 1938. Mehr vielleicht als die machtpolitische Gegnerschaft der ehemaligen Feindbundmächte des Weltkriegs hat das Vordringen jüdischen Einflusses und der zersetzenden jüdischen Geisteshaltung in Politik, Wirtschaft und Kultur die Kraft und den Willen des deutschen Volkes zum Wiederaufstieg gelähmt. Die Heilung dieser Krankheit des Volkskörpers war daher wohl eine der wichtigsten Voraussetzungen für die Kraftanstrengung, die im Jahre 1938 gegen den Willen einer Welt den Zusammenschluss des grossdeutschen Reiches erzwang.

Die Notwendigkeit für eine radikale Lösung der Judenfrage ergab sich aber auch als Konsequenz der aussenpolitischen Entwicklung, die zu den im Altreich lebenden 500'000 Glaubensjuden weitere 200'000 in Österreich einbrachte. Der unter dem Schuschnigg-System ins Masslose gewachsene Einfluss des Judentums in der österreichischen Wirtschaft machte sofortige Massnahmen notwendig, die die Ausschaltung des Judentums

aus der deutschen Wirtschaft und den Einsatz des jüdischen Vermögens im Interesse der Allgemeinheit zum Ziele hatten. Die als Vergeltung für die Ermordung des Gesandtschaftsrates vom Rath einsetzende Aktion hat diesen Prozess beschleunigt, dass der jüdische Einzelhandel – bisher mit Ausnahme ausländischer Geschäfte – im Strassenbild völlig verschwunden ist. Die Liquidierung der jüdischen Grosshandels- und Fabrikationsbetriebe und des Haus- und Grundbesitzes in der Hand von Juden wird allmählich so weit gefördert, dass in absehbarer Zeit von jüdischem Besitz in Deutschland nicht mehr gesprochen werden kann. Allerdings ist darauf hinzuweisen, dass es sich nicht um eine entschädigungslose Beschlagnahme jüdischen Vermögens handelt wie z.B. bei der Konfiskation der Kirchengüter während der französischen Revolution. Vielmehr erhält der enteignete Jude für seinen Besitz Reichsschuldverschreibungen, deren Zinsen ihm zustehen. Das letzte Ziel der deutschen Judenpolitik ist die Auswanderung aller im Reichsgebiet lebenden Juden. Es ist vorauszusehen, dass schon die einschneidenden Massnahmen auf wirtschaftlichem Gebiet, die den Juden «vom Verdienst auf die Rente» gesetzt haben, den Auswanderungswillen fördern werden. Im Rückblick auf die vergangenen 5 Jahre seit der Machtergreifung ist jedenfalls festzustellen, dass weder das Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums noch die Nürnbergerjudengesetze mit ihren Durchführungsvorschriften, die jede Assimilierungstendenz des Judentums unterbanden, wesentlich zur Abwanderung der deutschen Juden beigetragen haben. Im Gegenteil hat in jeder Periode innerpolitischer Beruhigung ein solcher Rückstrom jüdischer Emigranten eingesetzt, dass sich die Geheime Staatspolizei veranlasst sah, jüdische Rückwanderer mit deutschem Pass zunächst zur politischen Kontrolle in einem Schulungslager unterzubringen.

Aus Politik und Kultur war der Jude ausgeschaltet. Aber bis 1938 war seine wirtschaftliche Machtposition in Deutschland und damit sein zäher Wille, bis zum Anbruch «besserer Zeiten» auszuhalten, ungebrochen. Bezeichnend für diese Taktik des hinhaltenden Widerstands ist das Programm einer in Polen neu gegründeten jüdischen Partei, allen auf Emigration des Judentums gerichteten polnischen Massnahmen den Kampf anzusagen. Solange der Jude in der deutschen Wirtschaft verdienen konnte, so lange brauchte in den Augen des Weltjudentums die jüdische Bastion in Deutschland noch nicht aufgegeben werden.

Der Jude hatte aber die Konsequenz und die Kraft des nationalsozialistischen Gedankens unterschätzt. Zugleich mit dem in Versailles zur Niederhaltung Deutschlands geschaffenen Staatensystem in Mitteleuropa brach 1938 auch die jüdische Machtposition in Wien

und Prag zusammen. Italien stellte sich mit seiner Rassengesetzgebung Deutschland im Kampf gegen das Judentum an die Seite. In Bukarest übernahm ein Kenner der Judenfrage, Professor Goga, mit einem gegen das Judentum gerichteten Programm die Regierung, ohne sich allerdings gegen den übermächtigen Druck von Paris und London durchsetzen zu können. In Ungarn und Polen wurde das Judentum unter Sondergesetzgebung gestellt. Überall beginnt jetzt der deutsche aussenpolitische Erfolg von München wie ein Erdbeben in seinen Ausläufern auch in entfernten Staaten die seit Jahrhunderten befestigte Position des Judentums zu erschüttern.

Es ist auch verständlich, wenn das Weltjudentum, «das sich Amerika als Hauptquartier ausersehen hat», das Abkommen von München, das nach amerikanischer Auffassung den Zusammenbruch der demokratischen Front in Europa bedeutet, als eigene Niederlage empfindet. Denn das System der parlamentarischen Demokratie hat erfahrungsgemäss stets dem Juden auf Kosten der Gastvölker zu Reichtum und politischer Macht verhelfen. Wohl zum ersten Mal in der modernen Geschichte muss das Judentum jetzt eine bereits gesicherte Stellung wieder räumen.

Dieser Entschluss wurde erst 1938 gefasst. Er äusserte sich in dem Bemühen der westlichen Demokratien, insbesondere der Vereinigten Staaten von Amerika, den nunmehr endgültig beschlossenen jüdischen Rückzug aus Deutschland, d.h. die Abwanderung des Judentums, unter internationale Kontrolle und Protektion zu stellen. Der amerikanische Präsident Roosevelt, «der bekanntlich in seinem engeren Rat von einer ganzen Reihe von Exponenten des Judentums umgeben ist», berief bereits Mitte 1938 eine Staatenkonferenz zur Beratung der Flüchtlingsfrage ein, die in Evian ohne besondere sachliche Ergebnisse tagte. Beide Fragen, deren Beantwortung die Bedingung einer geordneten jüdischen Abwanderung bildet, blieben offen: einmal die Frage, *wie* diese Auswanderung zu organisieren und zu finanzieren sei, zweitens die Frage, *wohin* die Auswanderung zu lenken sei.

Zur Beantwortung der ersten Frage schien insbesondere das internationale Judentum nicht geneigt zu sein, einen Beitrag zu liefern. Vielmehr betrachtete es die Konferenz – und das später von ihr in London unter Führung des Amerikaners Rublee gebildete Komitee – als ihre Hauptaufgabe, Deutschland unter internationalem Druck zur Freigabe des jüdischen Vermögens in möglichst weitem Ausmass zu zwingen. Deutschland sollte also die Abwanderung seiner 700'000 Juden mit der Preisgabe deutschen Volksvermögens erkaufen. Dabei ist zu bezweifeln, ob das internationale Judentum überhaupt ernstlich die

Massenabwanderung seiner Rassegenossen aus Deutschland und aus anderen Staaten ohne das Äquivalent eines Judenstaats wünscht. Die in den bisherigen jüdischen Vorschlägen eingeschlagene Taktik zielt jedenfalls weniger auf die Massenabwanderung von Juden als auf den Transfer jüdischen Vermögens ab.

Es ist selbstverständlich, dass der Transfer auch nur eines Bruchteils jüdischen Vermögens devisentechnisch unmöglich wäre. Die Finanzierung einer Massenabwanderung deutscher Juden ist daher noch ungeklärt. Auf Anfragen wäre gesprächsweise zu erwidern, dass deutscherseits damit gerechnet werde, dass das internationale Judentum – die Abwanderungsaktion ebenso nachdrücklich unterstützen würde, wie es seinen mittellosen Rassegenossen zu einer Zeit, als Deutschlands Schwäche den Zustrom der Ostjuden nicht aufhalten konnte, die Einwanderung nach Deutschland erst ermöglicht habe. Es sei jedenfalls an Hand der Polizei- und Steuerakten nachzuweisen, dass die grosse Masse der Juden mittellos nach Deutschland einwanderte und in wenigen Jahren oder Jahrzehnten zu Vermögen gelangte, während das deutsche Volk durch die Tributbestimmungen des Versailler Vertrages seinen Besitz verlor oder in Arbeitslosigkeit verkam. Es bestehe daher deutscherseits auch kein Verständnis für das Mitleid, mit dem eine angeblich humanitäre Welt die Enteignung dieses dem deutschen Volke durch jüdische Geschäftsmethoden entzogenen Besitzes als ein Unrecht beklage.

Die zweite Frage, in welche Zielländer eine organisierte Abwanderung der Juden gelenkt werden soll, konnte von der Konferenz in Evian ebenso wenig beantwortet werden, da jedes der beteiligten Länder unter Bekundung grundsätzlicher Anteilnahme an dem Flüchtlingsproblem sich ausserstande erklärte, grössere Massen jüdischer Auswanderer auf seinem Territorium aufnehmen zu können. Nachdem noch in den Jahren 1933/34 über 100'000 Juden aus Deutschland legal oder illegal den Weg ins Ausland gefunden hatten und sich mit Hilfe ihrer jüdischen im Ausland lebenden Verwandten oder des Mitleids humanitär eingestellter Kreise in einen neuen Gaststaat einnisten konnten, haben inzwischen fast alle Staaten der Welt ihre Grenzen gegen die lästigen jüdischen Eindringlinge hermetisch verschlossen. Das Problem der jüdischen Massenauswanderung ist damit zunächst praktisch festgefahren. Viele Staaten sind bereits so vorsichtig geworden, von ordnungsmässig einreisenden Juden mit deutschen Pässen eine Bescheinigung der deutschen Behörden zu verlangen, dass ihrer Rückreise nichts entgegensteht. Bereits die Wanderungsbewegung von nur etwa 100'000 Juden hat ausgereicht, um das Interesse, wenn nicht das Verständnis vieler Länder für die jüdische Gefahr zu wecken. Wir können ermes- sen, dass sich die Judenfrage zu einem Problem der internationalen Politik ausweiten

wird, wenn grosse Massen der Juden aus Deutschland, Polen, Ungarn und Rumänien durch den zunehmenden Druck ihrer Gastvölker in Bewegung gesetzt werden. Auch für Deutschland wird die Judenfrage nicht ihre Erledigung gefunden haben, wenn der letzte Jude deutschen Boden verlassen hat.

Es ist bereits heute für die deutsche Politik eine wichtige Aufgabe, den Strom der jüdischen Wanderung zu kontrollieren und nach Möglichkeit zu lenken. Allerdings besteht keine Veranlassung, mit anderen Staaten wie Polen, Ungarn und Rumänien, die selbst die Abwanderung ihrer jüdischen Bevölkerungsteile anstreben, an der Lösung dieses Problems zusammenzuarbeiten. Erfahrungsgemäss konkurrieren bei dieser Prozedur die gleichgerichteten Interessen und hemmen die Verwirklichung des vordringlichen deutschen Anspruchs auf Aufnahme der deutschen Juden in andere Zielländer.

Zwar hat die rumänische Regierung einen offiziellen Appell an die Reichsregierung unter dem Motto der menschlichen Moral und Gerechtigkeit gerichtet, an einer internationalen Aktion zur Lösung der Judenfrage mitzuarbeiten. Andererseits hat aber Polen Ende Oktober v.J. eine Verordnung erlassen, deren Durchführung die Rückkehr von 60'000 Juden aus Deutschland ansässigen Juden polnischer Staatsangehörigkeit nach Polen praktisch unmöglich gemacht hätte. Bekanntlich musste sich die Reichsregierung daraufhin entschliessen, etwa 16'000 Juden polnischer Staatsangehörigkeit, denen ihre Familien folgen werden, kurz vor Inkrafttreten der polnischen Verordnung nach Polen abzuschicken.

– Die ungarische Regierung hat allerdings insoweit Verständnis für die deutsche Judenpolitik gezeigt, als sie von sich aus die Arisierung jüdisch-ungarischer Geschäfte in Deutschland, d.h. Ersetzung der jüdischen Geschäftsinhaber durch nationale Ungarn, in Aussicht gestellt hat. Im Allgemeinen zeigt sich aber das Bild, dass das egoistische Interesse der beteiligten Staaten an einer vorzugweisen Abschiebung ihrer eigenen Volksteile vor jeder internationalen Lösung Vorrang besitzt. Deutschland wird daher die Initiative ergreifen, um zunächst für die Abwanderung der Juden aus Deutschland Mittel, Wege und Ziele] zu finden.

Palästina, das der Volksmund bereits schlagwortartig zum Auswanderungsland bestimmt hat, kommt als Ziel der jüdischen Auswanderung schon deswegen nicht in Fragen, weil seine Aufnahmefähigkeit für einen Massenzustrom von Juden nicht ausreicht. Unter dem Druck des arabischen Widerstands hat die britische Mandatsregierung die jüdische Einwanderung nach Palästina auf ein Minimum beschränkt. Von deutscher Seite war zu-

nächst die Auswanderung deutscher Juden nach Palästina durch Abschluss eines Abkommens mit der Vertretung des Judentums in Palästina, das den Transfer jüdischen Vermögens im Wege zusätzlichen Exports ermöglichte, weitgehend gefördert worden (Havaara-Abkommen). Abgesehen davon, dass durch diese Methode lediglich einer geringen Anzahl vermöglicher Juden, aber nicht der Masse besitzloser Juden die Auswanderung ermöglicht wurde, standen auch grundsätzlich aussenpolitische Erwägungen dieser Form der Auswanderung entgegen: der Transfer jüdischen Vermögens aus Deutschland trug nicht unwesentlich zum Aufbau eines Judenstaates in Palästina bei. Deutschland muss aber in der Bildung eines Judenstaates, der auch in Miniaturform für das Weltjudentum eine ähnliche Aktionsbasis wie der Vatikanstaat für den politischen Katholizismus bilden würde und der nur einen Bruchteil der Juden absorbieren könnte, eine Gefahr sehen. Die Erkenntnis, dass das Judentum in der Welt stets der unversöhnliche Gegner des Dritten Reiches sein wird, zwingt zu dem Entschluss, jede Stärkung der jüdischen Position zu verhindern. Ein jüdischer Staat würde aber dem Weltjudentum einen völkerrechtlichen Machtzuwachs bringen. Alfred Rosenberg hat diese Gedanken in seiner Rede in Detmold am 15. Januar d. J. folgendermassen formuliert:

«Das Judentum erstrebt heute einen Judenstaat in Palästina. Aber nicht etwa, um den Juden in aller Welt eine Heimat zu geben, sondern aus anderen Gründen, das Weltjudentum müsse einen kleinen Miniaturstaat haben, um exterritoriale Gesandte und Vertreter in alle Länder der Welt senden und durch diese seine Herrschaftsgelüste vorwärtstreiben zu können. Vor allem aber will man ein jüdisches Zentrum, einen jüdischen Staat haben, in dem man die jüdischen Hochstapler aus aller Welt, die von der Polizei anderer Länder verfolgt werden, unterbringen, mit neuen Pässen ausrüsten und dann in andere Teile der Welt schicken kann. Es ist zu wünschen, dass die Judenfreunde in der Welt, vor allem die westlichen Demokratien, die über soviel Raum in allen Erdteilen verfügen, den Juden ein Gebiet ausserhalb Palästinas zuweisen, *allerdings nicht um einen jüdischen Staat, sondern um ein jüdisches Reservat einzurichten.*»

Das ist das Programm der aussenpolitischen Haltung Deutschlands in der Judenfrage. Es besteht deutscherseits ein grösseres Interesse daran, die Zersplitterung des Judentums aufrechtzuerhalten. Die Kalkulation, dass sich damit in der ganzen Welt Boykottherde und antideutsche Zentren bilden würden, lässt die bereits jetzt zu beobachtende Erscheinung ausser Acht, dass der Zustrom der Juden in allen Teilen der Welt den Widerstand der eingesessenen Bevölkerung hervorruft und damit die beste Propaganda für die deutsche Judenpolitik darstellt.

In Nordamerika, in Südamerika, in Frankreich, in Holland, Skandinavien und Griechenland – überall, wohin sich der jüdische Wanderungsstrom ergießt, ist bereits heute eine deutliche Zunahme des Antisemitismus zu verzeichnen. Diese antisemitische Welle zu fördern, muss eine Aufgabe der deutschen Aussenpolitik sein. Sie wird weniger erfüllt durch deutsche Propaganda im Ausland, als durch die Propaganda, die der Jude zu seiner Verteidigung in Gang zu setzen gezwungen ist. Sie wird sich in ihrer Wirkung zuletzt gegen ihn selbst wenden. Die Berichte der deutschen Auslandsbehörden beweisen die Richtigkeit dieser Auffassung: Presse und amtliche Berichterstattung aus Nordamerika melden laufend von antijüdischen Kundgebungen der Bevölkerung. Es ist vielleicht symptomatisch für die innenpolitische Entwicklung in USA, dass die Hörerschaft des bekannten antijüdisch eingestellten «Radiopriesters» Coughlin auf über 20 Millionen gewachsen ist. – Die Gesandtschaft in Montevideo berichtet am 12. Dezember d. J., «dass der jüdische Zustrom monatelang Woche für Woche andauert. Es steht ausser Frage, dass der Antisemitismus hier wächst.» – Saloniki berichtet unter dem 30. November 1938: «dass Kräfte am Werk sind, um den Hass gegen die Juden zu schüren», und gleichzeitig, dass das griechische Freimaurertum die antisemitische Bewegung zu hemmen bemüht ist.

In Frankreich sollte sich im April d. J. die Pariser Stadtversammlung über einen Antrag aussprechen, auf Grund dessen die Naturalisierung von Juden in Zukunft abgelehnt werden sollte. Die Beratung über die Judenfrage endete mit einer Schlägerei der Debattenredner. – Lyon berichtet am 20. Dezember d. J.: «Die Einwanderung jüdischer Flüchtlinge hat hier letzthin zu Unliebsamkeiten geführt. Die allgemein in Frankreich bestehende, auf geschäftlichen und Konkurrenzgründen beruhende Abneigung gegen die neuen Eindringlinge ist unverkennbar.» – Die Abneigung ist inzwischen so gewachsen, dass sich bereits eine jüdische Abwehr gegen den Antisemitismus in Frankreich organisiert hat (Bericht Paris vom 19. November d. J.). – Die Gesandtschaft im Haag berichtet am 30. Dezember v. J.: «Unter dem Eindruck der zahlreichen Emigranten aus Deutschland, die sich namentlich in Amsterdam sehr breitmachen, ist der Antisemitismus in Holland im starken Zunehmen. Und wenn es so weitergeht, kann der Fall leicht eintreten, dass der Holländer für das Vorgehen Deutschlands gegen die Juden nicht nur Verständnis gewinnt, sondern auch den Wunsch empfindet, es ebenso zu machen wie wir.» – Die Gesandtschaft in Oslo berichtet am 8. April v. J.: «Während noch vor wenigen Jahren das Strassenbild Oslos kaum durch Juden entstellt wurde, ist hierin in letzter Zeit ein starker Wandel eingetreten. Auf den Strassen, in den Restaurants und vor allem in den Kaffee-

häusern sitzen die Juden zu scheusslichen Klumpen geballt. Die Norweger werden mehr und mehr verdrängt. Die norwegische Presse, die bisher so gar kein Verständnis für die Judenfrage hatte, merkt plötzlich, was es heisst, wenn eines Tages die Kinder Israels wie die Heuschrecken in ein Land einfallen. Es wird eine ganz heilsame Lehre sein, die Norwegen hier erteilt wird.» Diese Beispiele aus der Berichterstattung der Auslandsbehörden können beliebig vermehrt werden. Sie bestätigen die Richtigkeit der Erwartung, dass die Kritik an den mangels Tatbestandes in vielen Ländern nicht verständlichen Massnahmen zur Ausschaltung der Juden aus dem deutschen Lebensraum eine Übergangserscheinung darstellt und sich in dem Augenblick gegen das Judentum selbst wenden wird, wo der Augenschein die Bevölkerung lehrt, was die jüdische Gefahr für ihren Bestand bedeutet. Je ärmer und damit belastender für das Einwanderungsland der einwandernde Jude ist, desto stärker wird das Gastland reagieren und desto erwünschter ist die Wirkung im deutschen propagandistischen Interesse. Das Ziel dieses deutschen Vorgehens soll einen in der Zukunft liegende internationale Lösung der Judenfrage sein, die nicht von falschem Mitleid mit der «vertriebenen religiösen jüdischen Minderheit», sondern von der gereiften Erkenntnis aller Völker diktiert ist, welche Gefahr das Judentum für den völkischen Bestand der Nationen bedeutet.

QUELLE 2 | 7. APRIL 1933, GESETZ ZUR WIEDERHERSTELLUNG DES BERUFSBEAMTENTUMS

Die Reichsregierung hat das folgende Gesetz beschlossen, das hiermit verkündet wird:

§ 1

- (1) Zur Wiederherstellung eines nationalen Berufsbeamtentums und zur Vereinfachung der Verwaltung können Beamte nach Massgabe der folgenden Bestimmungen aus dem Amt entlassen werden, auch wenn die nach dem geltenden Recht hierfür erforderlichen Voraussetzungen nicht vorliegen.
- (2) Als Beamte im Sinne dieses Gesetzes gelten unmittelbare und mittelbare Beamte des Reichs, Beamte der Gemeinden und Gemeindeverbände, Beamte von Körperschaften des öffentlichen Rechts sowie diesen gleichgestellten Einrichtungen und Unternehmungen (Dritte Verordnung des Reichspräsidenten zur Sicherung der Wirtschaft und

Finanzen vom 6. Oktober 1931 – Reichsgesetzbl. IS. 537 –, Dritter Teil Kapitel V Abschnitt I § 15 Abs. 1). Die Vorschriften finden auch Anwendung auf Bedienstete der Träger der Sozialversicherung, welche die Rechte und Pflichten der Beamten haben.

- (3) Beamte im Sinne dieses Gesetzes sind auch Beamte im einstweiligen Ruhestand.
- (4) Die Reichsbank und die Deutsche Reichsbahn Gesellschaft werden ermächtigt, entsprechende Anordnungen zu treffen. [...]

§3

- (1) Beamte, die nicht arischer Abstammung sind, sind in den Ruhestand (§§8ff.) zu versetzen; soweit es sich um Ehrenbeamte handelt, sind sie aus dem Amtsverhältnis zu entlassen.
- (2) Abs. 1 gilt nicht für Beamte, die bereits seit dem 1. August 1914 Beamte gewesen sind oder die im Weltkrieg an der Front für das Deutsche Reich oder für seine Verbündeten gekämpft haben oder deren Väter oder Söhne im Weltkrieg gefallen sind. Weitere Ausnahmen können der Reichsminister des Innern oder die obersten Landesbehörden für Beamte im Ausland zulassen. [...]

Berlin, den 7. April 1933

Der Reichskanzler

Adolf Hitler

Der Reichsminister des Innern

Frick

Der Reichsminister der Finanzen

Graf Schwerin von Krosigk

QUELLE 3 | **15. SEPTEMBER 1935, REICHSBÜRGERGESETZ**

Der Reichstag hat einstimmig das folgende Gesetz beschlossen, dass hiermit verkündet wird:

§ 1

- (1) Staatsangehöriger ist, wer dem Schutzverband des Deutschen Reiches angehört und ihm dafür besonders verpflichtet ist.
- (2) Die Staatsangehörigkeit wird nach den Vorschriften des Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetzes erworben.

§2

- (1) Reichsbürger ist nur der Staatsangehörige deutschen oder artverwandten Blutes, der durch sein Verhalten beweist, dass er gewillt ist, in Treue dem Deutschen Volk und Reich zu dienen.
- (2) Das Reichsbürgerrecht wird durch Verleihung des Reichsbürgerbriefes erworben.
- (3) Der Reichsbürger ist der alleinige Träger der vollen politischen Rechte nach Massgabe der Gesetze.

§3

Der Reichsminister des Innern erlässt im Einvernehmen mit dem Stellvertreter des Führers die zur Durchführung und Ergänzung des Gesetzes erforderlichen Rechts- und Verwaltungsvorschriften.

Nürnberg, den 15. September 1935,
am Reichsparteitag der Freiheit.
Der Führer und Reichskanzler
Adolf Hitler
Der Reichsminister des Innern
Frick

QUELLE 4 1 15. SEPTEMBER 1935, GESETZ ZUM SCHUTZE DES DEUTSCHEN BLUTES UND DER DEUTSCHEN EHRE

Durchdrungen von der Erkenntnis, dass die Reinheit des deutschen Blutes die Voraussetzung für den Fortbestand des Deutschen Volkes ist, und beseelt von dem unbeugsamen Willen, die Deutsche Nation für alle Zukunft zu sichern, hat der Reichstag einstimmig das folgende Gesetz beschlossen, das hiermit verkündet wird:

§ 1

- (1) Eheschliessungen zwischen Juden und Staatsangehörigen deutschen oder artverwandten Blutes sind verboten. Trotzdem geschlossene Ehen sind nichtig, auch wenn sie zur Umgehung dieses Gesetzes im Ausland geschlossen sind.
- (2) Die Nichtigkeitsklage kann nur der Staatsanwalt erheben.

§2

Ausserehelicher Verkehr zwischen Juden und Staatsangehörigen deutschen oder artverwandten Blutes ist verboten.

§3

Juden dürfen weibliche Staatsangehörige deutschen oder artverwandten Blutes unter 45 Jahren in ihrem Haushalt nicht beschäftigen.

§4

- (1) Juden ist das Hissen der Reichs- und Nationalflagge und das Zeigen der Reichsfarben verboten.
- (2) Dagegen ist ihnen das Zeigen der jüdischen Farben gestattet. Die Ausübung dieser Befugnis steht unter staatlichem Schutz.

§5

- (1) Wer dem Verbot des § 1 zuwiderhandelt, wird mit Zuchthaus bestraft.
- (2) Der Mann, der dem Verbot des § 2 zuwiderhandelt, wird mit Gefängnis oder mit Zuchthaus bestraft.
- (3) Wer den Bestimmungen der §§ 3 oder 4 zuwiderhandelt, wird mit Gefängnis bis zu einem Jahr und mit Geldstrafe oder mit einer dieser Strafen bestraft.

§6

Der Reichsminister des Innern erlässt im Einvernehmen mit dem Stellvertreter des Führers und dem Reichsminister der Justiz die zur Durchführung und Ergänzung des Gesetzes erforderlichen Rechts- und Verwaltungsvorschriften.

§7

Das Gesetz tritt am Tage nach der Verkündung, § 3 jedoch erst am 1. Januar 1936 in Kraft.

Nürnberg, den 15. September 1935,
am Reichsparteitag der Freiheit.
Der Führer und Reichskanzler
Adolf Hitler
Der Reichsminister des Innern
Frick
Der Reichsminister der Justiz

Dr. Gürtner
Der Stellvertreter des Führers
R. Hess
Reichsminister ohne Geschäftsbereich

QUELLE 5 |

14. NOVEMBER 1935, ERSTE VERORDNUNG ZUM REICHSBÜRGERGESETZ.

Auf Grund des § 3 des Reichsbürgergesetzes vom 15. September 1935 (Reichsgesetzbl. I S. 1146) wird Folgendes verordnet:

§1

- (1) Bis zum Erlass weiterer Vorschriften über den Reichsbürgerbrief gelten vorläufig als Reichsbürger die Staatsangehörigen deutschen oder artverwandten Blutes, die beim Inkrafttreten des Reichsbürgergesetzes das Reichstagswahlrecht besessen haben, oder denen der Reichsminister des Innern im Einvernehmen mit dem Stellvertreter des Führers das vorläufige Reichsbürgerrecht verleiht.
- (2) Der Reichsminister des Innern kann im Einvernehmen mit dem Stellvertreter des Führers das vorläufige Reichsbürgerrecht entziehen.

§2

- (1) Die Vorschriften des § 1 gelten auch für die Staatsangehörigen jüdischen Mischlinge.
- (2) Jüdischer Mischling ist, wer von einem oder zwei der Rasse nach volljüdischen Grosselternteilen abstammt, sofern er nicht nach § 5 Abs. 2 als Jude gilt. Als volljüdisch gilt ein Grosselternteil ohne Weiteres, wenn er der jüdischen Religionsgemeinschaft angehört hat.

§3

Nur der Reichsbürger kann als Träger der vollen politischen Rechte das Stimmrecht in politischen Angelegenheiten ausüben und ein öffentliches Amt bekleiden. Der Reichsminister des Innern oder die von ihm ermächtigte Stelle kann für die Übergangszeit Ausnahmen für die Zulassung zu öffentlichen Ämtern gestatten. Die Angelegenheiten der Religionsgesellschaften werden nicht berührt.

§4

- (1) Ein Jude kann nicht Reichsbürger sein. Ihm steht ein Stimmrecht in politischen Angelegenheiten nicht zu; er kann ein öffentliches Amt nicht bekleiden.
- (2) Jüdische Beamte treten mit Ablauf des 31. Dezember 1935 in den Ruhestand. Wenn diese Beamten im Weltkrieg an der Front für das Deutsche Reich oder für seine Verbündeten gekämpft haben, erhalten sie bis zur Erreichung der Altersgrenze als Ruhegehalt die vollen zuletzt bezogenen ruhegehaltsfähigen Dienstbezüge; sie steigen jedoch nicht in Dienstaltersstufen auf. Nach Erreichung der Altersgrenze wird ihr Ruhegehalt nach den letzten ruhegehaltsfähigen Dienstbezügen neu berechnet.
- (3) Die Angelegenheiten der Religionsgesellschaften werden nicht berührt.
- (4) Das Dienstverhältnis der Lehrer an öffentlichen jüdischen Schulen bleibt bis zur Neuordnung des jüdischen Schulwesens unberührt.

§5

- (1) Jude ist, wer von mindestens drei der Rasse nach volljüdischen Grosseltern abstammt. § 2 Abs. 2 Satz 2 findet Anwendung.
- (2) Als Jude gilt auch der von zwei jüdischen Grosseltern abstammende Staatsangehörige jüdische Mischling,
 - a) der beim Erlass des Gesetzes der jüdischen Religionsgemeinschaft angehört hat oder danach in sie aufgenommen wird,
 - b) der beim Erlass des Gesetzes mit einem Juden verheiratet war oder sich danach mit einem solchen verheiratet,
 - c) der aus einer Ehe mit einem Juden im Sinne des Absatzes 1 stammt, die nach dem Inkrafttreten des Gesetzes zum Schutze des deutschen Blutes und der deutschen Ehre vom 15. September 1935 (Reichsgesetzbl. I S. 1146) geschlossen ist, d) der aus dem ausserehelichen Verkehr mit einem Juden im Sinne des Absatzes 1 stammt und nach dem 31. Juli 1936 ausserehelich geboren wird.

§6

- (1) Soweit in Reichsgesetzen oder in Anordnungen der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei und ihrer Gliederungen Anforderungen an die Reinheit des Blutes gestellt werden, die über § 5 hinausgehen, bleiben sie unberührt.
- (2) Sonstige Anforderungen an die Reinheit des Blutes, die über § 5 hinausgehen, dürfen nur mit Zustimmung des Reichsministers des Innern und des Stellvertreters des Führers gestellt werden. Soweit Anforderungen dieser Art bereits bestehen, fallen sie am

1. Janu-ar 1936 weg, wenn sie nicht von dem Reichsminister des Innern im Einvernehmen mit dem Stellvertreter des Führers zugelassen werden. Der Antrag auf Zulassung ist bei dem Reichsminister des Innern zu stellen.

§7

Der Führer und der Reichskanzler kann Befreiungen von den Vorschriften der Ausführungsverordnungen erteilen.

Berlin, den 14. November 1935.
Der Führer und Reichskanzler
Adolf Hitler
Der Reichsminister des Innern
Frick
Der Stellvertreter des Führers
R. Hess
Reichsminister ohne Geschäftsbereich

QUELLE 6 | 26. APRIL 1938, VERORDNUNG ÜBER DIE ANMELDUNG DES VERMÖGENSVON JUDEN.

Auf Grund der Verordnung zur Durchführung des Vierjahresplans vom 18. Oktober 1936 (Reichsgesetzbl. IS. 887) wird folgendes verordnet:

§1

- (1) Jeder Jude (§ 5 der Ersten Verordnung zum Reichsbürgergesetz vom 14. November 1935 (Reichsgesetzbl. I S. 1333) hat sein gesamtes in- und ausländisches Vermögen nach dem Stande vom Tage des Inkrafttretens dieser Verordnung gemäss den folgenden Bestimmungen anzumelden und zu bewerten. Juden fremder Staatsangehörigkeit haben nur ihr inländisches Vermögen anzumelden und zu bewerten.
- (2) Die Anmelde- und Bewertungspflicht trifft auch den nichtjüdischen Ehegatten eines Juden.
- (3) Für jede anmeldepflichtige Person ist das Vermögen getrennt anzugeben.

§2

(1) Das Vermögen im Sinne dieser Verordnung umfasst das gesamte Vermögen des Anmeldepflichtigen ohne Rücksicht darauf, ob es von irgendeiner Steuer befreit ist oder nicht.

(2) Zum Vermögen gehören nicht bewegliche Gegenstände, die ausschliesslich zum persönlichen Gebrauch des Anmeldepflichtigen bestimmt sind, und der Hausrat, soweit sie nicht Luxusgegenstände sind.

§3

(1) Jeder Vermögensbestandteil ist in der Anmeldung mit dem gemeinen Wert anzusetzen, den er am Tage des Inkrafttretens dieser Verordnung hat.

(2) Die Anmeldepflicht entfällt, wenn der Gesamtwert des anmeldepflichtigen Vermögens ohne Berücksichtigung der Verbindlichkeiten 5'000 Reichsmark nicht übersteigt.

(4

Die Anmeldung ist unter Benutzung eines amtlichen Musters bis zum 30. Juni 1938 bei der für den Wohnsitz des Anmeldenden zuständigen höheren Verwaltungsbehörde abzugeben. Wenn im Einzelfall aus besonderen Gründen eine vollständige Anmeldung und Bewertung des Vermögens bis zu diesem Tage nicht möglich ist, so kann die höhere Verwaltungsbehörde die Anmeldefrist verlängern; in diesem Falle ist jedoch bis zum 30. Juni 1938 unter Angabe der Hinderungsgründe das Vermögen schätzungsweise anzugeben und zu bewerten.

(5

(1) Der Anmeldepflichtige hat der höheren Verwaltungsbehörde unverzüglich jede Veränderung (Erhöhung oder Verminderung) seines Vermögens anzuzeigen, die nach dem Inkrafttreten der Verordnung eintritt, sofern die Vermögensveränderung über den Rahmen einer angemessenen Lebensführung oder des regelmässigen Geschäftsverkehrs hinausgeht.

(2) Die Anzeigepflicht gilt auch für diejenigen Juden, die beim Inkrafttreten der Verordnung nicht zur Anmeldung und Bewertung verpflichtet sind, aber nach diesem Zeitpunkt Vermögen im Werte von mehr als 5'000 Reichsmark erwerben. § 1 Abs. 1 Satz 2, Abs. 2 und 3 gelten entsprechend.

§6

(1) Höhere Verwaltungsbehörden im Sinne dieser Verordnung ist

in Preussen	der Regierungspräsident (in Berlin der Polizeipräsident),
in Bayern	der Regierungspräsident,
in Sachsen	der Kreishauptmann,
in Württemberg	der Minister des Innern,
in Baden	der Minister des Innern,
in Thüringen	der Reichsstatthalter, Ministerium des Innern
in Hessen	der Reichsstatthalter (Landesregierung),
in Hamburg	der Reichsstatthalter,
in Mecklenburg	das Staatsministerium, Abt. Inneres,
in Oldenburg	der Minister des Innern,
in Braunschweig	das Ministerium des Innern,
in Bremen	der Senator für die innere Verwaltung,
in Anhalt	das Staatsministerium, Abt. Inneres,
in Lippe	der Reichsstatthalter (Landesregierung),
in Schaumburg-Lippe im Saarland	die Landesregierung, der Reichskommissar für das Saarland.

(2)

In Österreich tritt an die Stelle der höheren Verwaltungsbehörde der Reichsstatthalter (Landesregierung). Er kann seine Befugnisse aus dieser Verordnung auf andere Stelle übertragen.

§7

Der Beauftragte des Vierjahresplans kann die Massnahmen treffen, die notwendig sind, um den Einsatz des anmeldepflichtigen Vermögens im Einklang mit den Belangen der deutschen Wirtschaft sicherzustellen.

§8

(1) Wer vorsätzlich oder fahrlässig die nach den vorstehenden Vorschriften bestehende Anmelde-, Bewertungs- oder Anzeigepflicht nicht, nicht richtig oder nicht rechtzeitig erfüllt oder einer auf Grund des § 7 erlassenen Anordnung zuwiderhandelt, wird mit Gefängnis und mit Geldstrafe oder mit einer dieser Strafen bestraft; in besonders schweren Fällen vorsätzlicher Zuwiderhandlung kann auf Zuchthaus bis zu zehn Jahren erkannt werden. Der Täter ist auch strafbar, wenn er die Tat im Ausland begangen hat.

(2) Der Versuch ist strafbar.

(3) Neben der Strafe aus Abs. 1 und 2 kann auf Einziehung des Vermögens erkannt werden, soweit es Gegenstand der strafbaren Handlung war; neben der Zuchthausstrafe ist auf Einziehung zu erkennen. Kann keine bestimmte Person verfolgt oder verurteilt werden, so kann auf Einziehung auch selbständig erkannt werden, wenn im Übrigen die Voraussetzungen für die Einziehung vorliegen.

Berlin, den 26. April 1938.

Der Beauftragte für den Vierjahresplan

Göring

Generalfeldmarschall

Der Reichsminister des Innern

Frick

QUELLE 7 | **21. NOVEMBER 1938, DURCHFÜHRUNGSVERORDNUNG ÜBER DIE SÜHNELEISTUNG DER JUDEN**

Auf Grund des § 2 der Verordnung über eine Sühneleistung der Juden vom 12. November 1938 (Reichsgesetzbl. I S. 1579) und auf Grund des § 3 der Verordnung zur Wiederherstellung des Strassenbildes bei jüdischen Gewerbebetrieben vom 12. November 1938 (Reichsgesetzbl. I S. 1581) wird im Einvernehmen mit dem Reichswirtschaftsminister und den übrigen beteiligten Reichsministern hierdurch verordnet:

§ 1

Abgabepflicht

(1) Die Kontribution von einer Milliarde Reichsmark wird als Vermögensabgabe von den Juden deutscher Staatsangehörigkeit und von den staatenlosen Juden eingezogen (Judenvermögensabgabe).

(2) Abgabepflichtig ist der Jude (§ 5 der Ersten Verordnung zum Reichsbürgergesetz vom 14. November 1935, Reichsgesetzbl. I S. 1333), der nach der Verordnung über die Anmeldung des Vermögens von Juden vom 26. April 1938 (Reichsgesetzbl. I S. 414) sein gesamtes in- und ausländisches Vermögen anzumelden und zu bewerten hatte.

(3) Juden fremder Staatsangehörigkeit unterliegen nicht der Abgabepflicht. [...]

§3

Bemessungsgrundlage

- (1) Die Abgabe wird nach dem Gesamtwert des Vermögens nach dem Stand vom 12. November 1938 bemessen.
- (2) Auszugehen ist von dem Vermögen, das der Abgabepflichtige auf Grund der Verordnung über die Anmeldung des Vermögens von Juden vom 26. April 1938 (Reichsgesetzbl. I S. 414) angemeldet hat. Dabei sind die Verbindlichkeiten und die eingetretenen Veränderungen (§ 5 der genannten Verordnung) zu berücksichtigen.
- (3) Geben die Angaben in der Vermögensanmeldung zu Beanstandungen Anlass, so ist das Finanzamt befugt, dem Abgabepflichtigen die Berechnung der Abgabe nach dem berechtigten Gesamtwert des Vermögens vorzuschreiben.
- (4) Die Abgabe wird nicht erhoben, wenn der Gesamtwert des Vermögens nach Abzug der Verbindlichkeiten, jedoch vor Abrundung, 5'000 Reichsmark nicht übersteigt.
- (5) Der Gesamtwert des Vermögens ist auf volle 1'000 Reichsmark nach unten abzurunden.

§4

Höhe und Entrichtung der Abgabe

- (1) Die Abgabe beträgt insgesamt 20 vom Hundert des Vermögens (§ 3). Sie zerfällt in vier Teilbeträge von je 5 vom Hundert des Vermögens.
- (2) Der erste Teilbetrag ist am 15. Dezember 1938 fällig. Die weiteren Teilbeträge sind am 15. Februar, 15. Mai und 15. August 1939 fällig.
- (3) Die Zahlungen sind ohne besondere Aufforderung zu leisten. [...]

§9

Anwendbarkeit der Reichsabgabenordnung

- (1) Die Abgabe fließt dem Reich zu. [...]

§10

Vorläufigkeit der Regelung

Es bleibt vorbehalten

- a) die Zahlungspflicht zu beschränken, sobald der Betrag von einer Milliarde Reichsmark erreicht ist, oder

- b) die Zahlungspflicht zu erweitern, soweit dies zur Erreichung des Betrags von einer Milliarde Reichsmark erforderlich ist.

Berlin, den 21. November 1938
Der Reichsminister der Finanzen
Graf Schwerin von Krosigk

QUELLE 8 | 20. NOVEMBER 1938 – NEUER VORWÄRTS –
«DIE SCHMACH»

Was sich in Deutschland vollzieht, ist eine Menschheitsschmach. Es ist eines jener grossen Massenverbrechen, an die nachfolgende Generationen sich nicht mehr erinnern wollen, weil ihnen sonst Weltgeschichte als eine Kette sinnloser Greuel erscheinen könnte. Es leben in Deutschland noch 600'000 Juden. Diese Kollektivität ist vom Tode gezeichnet. Die Männer des Systems haben die Vernichtung der noch in Deutschland lebenden Juden beschlossen. Man kann nicht mitten im 20. Jahrhundert, im Herzen Europa, 600'000 Menschen vernichten? Man kann es doch! Es gehört zur Geheimwissenschaft des Dritten Reiches, dass andere Völker sterben können, dass man sie also vernichten kann, wenn man sich über alle geistigen und ethnischen Konventionen hinwegsetzt, die dem im Wege stehen. Es gehört ferner zu dieser Geheimwissenschaft, dass solche Verbrechen ungehemmt und ungestraft begangen werden können, wenn die wenigen, die sie planen, nur dafür Sorge tragen, dass furchtbare Tatbestände geschaffen werden, die die Masse der besseren Menschen einschüchtern.

Eben das ist es, was die Verantwortlichen des Dritten Reiches tun – und zu den Einschüchterten gehört heute nicht nur das deutsche Volk. Denn was wirklich mit den Juden in Deutschland vor sich geht, das wagt man auch ausserhalb von Deutschland sich nicht klar vorzustellen, weil die wahrhaftige Vorstellung unerträglich wäre. Selbst die deutschen Juden wagen nicht, ihr Schicksal zu Ende zu denken, weil sie nicht sterben, sondern leben wollen. Es ist deshalb keine Hilfe gegen diese schmachvolle Verfehlung zu erwarten. Niemand hat seinerzeit den unglücklichen Armeniern geholfen, als sie buchstäblich ausgerottet worden sind. Als die Italiener nach dem Attentat auf Graziani die abessinische Bevölkerung von Addis Abeba abgeschlachtet haben, hielt man sich in ganz Europa die Augen zu, und wo die Last der Mitverantwortung zu schwer wurde, half man sich mit der Flucht in den Satz: die Opfer sind schuldig! Denn Unrecht tun macht ein Volk weniger unbeliebt als Unrecht leiden.

Die grössten Verbrechen der Menschheitsgeschichte sind immer begleitet gewesen von einer allgemeinen Flucht der Zuschauer vor der Wahrheit.

Man muss der Tatsache ins Gesicht sehen, dass mitten im Herzen von Europa eine Kollektivität – diesmal keine Klasse und keine Partei – lediglich um ihrer rassenmässigen Herkunft willen zum Tode verurteilt worden ist, und dass der Kulturfortschritt und die Bildungshöhe der besseren Menschen in Deutschland und in den benachbarten Ländern keine Gewähr dafür bieten, dass dagegen eingegriffen wird – nicht einmal dafür, dass das seelische und moralische Gift sich nicht ausbreitet.

Es ist ein Massenverbrechen, an dem Handelnde und Duldende beteiligt und mitverantwortlich sind. Die wenigen die diese furchtbaren Tatbestände schaffen, sind bekannt. Sie leugnen ihre Verantwortlichkeit keineswegs. Sie behaupten vielmehr, sie handelten recht, und wehe dem, der es wagt, ihre schmachvolle Verfehlung mit dem richtigen Namen zu nennen! Die überragende Stellung, die man diesen Männern in Europa gegeben hat, ermöglicht es ihnen sogar, ihre Drohungen gegen gerechte Anklagen über die Grenzen Deutschlands hinaus wirksam zu machen. Seit fünf Jahren dauert diese Schmach an in einer fortgesetzten Kette folgerichtiger Handlungen. Die entsetzten Zuschauer und die Betroffenen selbst haben sich immer bemüht, diese Kette aufzulösen in eine Reihe einzelner Vorgänge und die Planmässigkeit zu übersehen. Heute wieder ist man geneigt, in den neuesten Greueln einen Ausbruch zu sehen, der vorübergehen wird. Die allermeisten von den 600'000 werden nach diesen Ereignissen ja doch noch am Leben sein? Ja, sie werden nicht direkt totgeschlagen. Sie werden nicht gemetzelt wie die Armenier und Abessinier, man schlachtet sie nicht mit Messern und Flinten und Bomben in Massen, sondern schlägt nur hier und da einige von ihnen ohne viel Aufhebens tot. Man entzieht ihnen nur Stück um Stück die Möglichkeit der nackten Existenz und legt ihnen den Strick um den Hals, den sie selber zuziehen sollen und man erspart sich damit die Organisation der Beiseiteräumung der Leichen.

Nach der Annektion Oesterreichs, als die Verantwortlichen erkannten, dass ihnen Europa Immunität für alles gab, ist das Tempo der Vernichtung rascher geworden. Eine Reihe von vorbereitenden Massnahmen für eine allgemeine Ausraubung ist getroffen worden, darunter der Anmeldezwang für alle jüdischen Vermögen über 5'000 Mark. Dem ununterbrochenen Kleinkrieg gegen die einzelnen Juden folgten dann die Massenverhaftungen. Kaum sah das System, dass es den Raub der Tschechoslowakei in Sicherheit hatte, so begann die nächste stürmische Phase des Vernichtungsfeldzuges. Es kamen die Massenverhaftungen und Massenausweisungen

der in Deutschland lebenden Juden polnischer Nationalität, verbunden mit dem Raub ihrer gesamten Habe. Nun ist ein noch viel schwererer Stoss erfolgt: die Auferlegung eines Judengeldes von einer Milliarde Mark – Judengeleit nannte man solche Sondererschöpfungen im Mittelalter – auf die noch in Deutschland lebenden Juden, dazu das absolute Verbot für alle Juden, Handel und Handwerk zu treiben, das heisst die Verurteilung zum wirtschaftlichen Tode. Die Milliardenabgabe bedeutet natürlich nicht nur eine Vermögenskonfiskation, sondern die Vernichtung der jüdischen Vermögen. Sie wirkt so, wie es wirken würde, wenn das deutsche Volk heute sofort und auf einmal 130 Milliarden Mark Reparationen zahlen sollte. Nicht die brennenden Synagogen, die eingeschlagenen und ausgeraubten Läden, die Verhaftungen und die bei den Verhaftungen vorgekommenen Morde, das ganze übliche Requisite der Pogrome sind das Wesentliche – das ist nur die Begleitmusik, die den mörderischen und räuberischen Massnahmen der Regierung die Deckung durch den Massenwahn schaffen soll. Eine Begleiterscheinung, keineswegs eine Ursache ist auch das Pariser Attentat. Nicht weil in Paris ein 17-jähriger Sohn polnisch-jüdischer Eltern, die in Deutschland ausgeraubt worden sind, einen Beamten der deutschen Botschaft erschossen hat, führt die deutsche Regierung einen Vernichtungsfeldzug gegen die Juden, sondern weil die längst vorbereitete Phase des Vernichtungsfeldzuges mit der Ruinierung der Juden polnischer Nationalität begonnen hatte, hat dieser Junge geschossen. Die Verzweiflung, die die Juden und ihre Angehörigen ergreifen muss, kann von Nichtjuden kaum begriffen werden. Hier hört die Politik ebenso auf wie die Fragen nach Recht und Unrecht. Der Aufschrei einer bis zu letzten Verzweiflung gepeinigten Kreatur ist immer sinnlos, gleichgültig ob sie mit [Ende des Dokuments]

„REFUGEES: A WORLD PROBLEM“

Dorothy Thompson

Publication Date

Monday, March 21

FOREIGN AFFAIRS

VII

1938

Vol. 16

APRIL 1938

LEAF No. 3

REFUGEES: A WORLD PROBLEM

By Dorothy Thompson

AS I write this article the news from Europe is distressing in the extreme. Hitler is in Vienna. Central Europe is in turmoil, as every small state of the Danubian Basin feels the increasing pressure of Nazidom. Great Britain, and, following her leadership, France, are considering whether — and if so how — to protect Czechoslovakia, and whether — and if so how — to save even a modified League of Nations. The Soviet system seems in a state of serious disintegration. The war in Spain continues, to what final dénouement we cannot yet foresee. But one thing is certain: these chaotic situations cannot fail to add to a problem which is already a world headache — the problem of dispossessed racial and political minorities.

If one side or the other wins the Spanish civil war there will immediately be a forced emigration of political refugees. Every indication from Spain, too, is that both sides are beginning to wish to rid themselves of foreigners, and not all of them can return to the places from which they came. In Germany, more and more Jews are being deprived of the means to continue living in the homes they have had for centuries, while the situation of many Christians, both Protestant and Catholic, is, to say the least, precarious. Austria has lost her struggle for independence. The victory of the Nazis there creates a vast new problem of refugees — of Jews, of partisans of Dollfuss and Schuschnigg, of still surviving liberals, of proponents of a Hapsburg restoration, and probably also of Catholics. Rumania is experimenting with anti-Semitic laws; the Jewish question in Poland has been acute for some years.

In the Danubian Basin alone — in Austria, Czechoslovakia, Rumania, Hungary and Jugoslavia — live some two million Jews. There are over three million more in Poland. And these figures

Die amerikanische Schriftstellerin und Journalistin Dorothy Thompson (1893-1961) arbeitete seit 1924 als Korrespondentin in Berlin. 1934 wurde sie aus Deutschland ausgewiesen. Mit ihrer Kolumne «On the record» in der New York Herald Tribune und ihren Rundfunkkommentaren auf NBC erreichte sie ein Millionenpublikum. 1939 wurde sie vom Time Magazine zur einflussreichsten Frau der USA nach Eleanor Roosevelt gekürt. In ihrem Artikel «Refugees: A World Problem» für das Magazin Foreign Affairs befasste sie sich, ausgehend von der Fluchtbewegung nach dem «Anschluss» Österreichs, mit der Aufnahme von Geflüchteten. US-Aussenminister Cordell Hull erhielt Mitte März 1939 eine Druckfahne des Artikels.¹ Ihr Text gilt als einer der Auslöser für die Einberufung der Konferenz von Évian durch die US-Regierung.

QUELLE | REFUGEES: A WORLD PROBLEM

Foreign Affairs, Nr. 3, April 1938

AS I write this article the news from Europe is distressing in the extreme. Hitler is in Vienna. Central Europe is in turmoil, as every small state of the Danubian Basin feels the increasing pressure of Nazidom. Great Britain, and, following her leadership, France, are considering whether – and if so how – to protect Czechoslovakia, and whether – and if so how – to save even a modified League of Nations. The Soviet system seems in a state of serious disintegration. The war in Spain continues, to what final dénouement we cannot yet foresee. But one thing is certain: these chaotic situations cannot fail to add to a problem which is already a world headache – the problem of dispossessed racial and political minorities.

If one side or the other wins the Spanish civil war there will immediately be a forced emigration of political refugees. Every indication from Spain, too, is that both sides are beginning to wish to rid themselves of foreigners, and not all of them can return to the places from which they came. In Germany, more and more Jews are being deprived of the means to continue living in the homes they have had for centuries, while the situation of many Christians, both Protestant and Catholic, is, to say the least, precarious. Austria has lost her struggle for independence. The victory of the Nazis there creates a vast new problem of refugees – of Jews, of partisans of Dollfuss and Schuschnigg, of still surviving

¹ Vgl. Kieffer, Fritz: Judenverfolgung in Deutschland – eine innere Angelegenheit? – Internationale Reaktionen auf die Flüchtlingsproblematik 1933-1939, Stuttgart 2002, S.171f.

liberals, of proponents of a Habsburg restoration, and probably also of Catholics. Rumania is experimenting with anti-Semitic laws; the Jewish question in Poland has been acute for some years.

In the Danubian Basin alone – in Austria, Czechoslovakia, Rumania, Hungary and Jugoslavia – live some two million Jews. There are over three million more in Poland. And these figures do not include Christian converts, or men, women and children of part Jewish blood who under the German Nuremberg laws are assigned to the Jewish community. Austria has many such. There also are many in Czechoslovakia and Hungary. If any more countries fall under Nazi domination, or come under Nazi influence, a further growth of anti-Semitism will hardly be avoided. Even if they sheer away from an «Aryan program» because it is German-Aryanism – and most of these peoples are not Germans at all, but Slavs, or Magyars, or of mixed races other than Jewish; even if King Carol of Rumania proceeds more slowly with his anti-Semitic program than his unfortunate late prime minister, Mr. Goga; even if a Nazified Austria or a partly-Nazified Czechoslovakia should adopt only an attenuated form of anti-Semitism, millions of Jews nevertheless are in danger of becoming pariahs. And at least a part of them will make every effort to leave their homes to escape starvation.

Already there are some four million people in the world who are «men without a country.» The list is by no means exclusively Jewish, although the Jews have suffered most, suffered on two counts: because of their race, and the rise of nationalism and racialism; and because, by and large, they have been political liberals. The twentieth century revolutions have set loose an unprecedented migration which includes people of every race and every social class, every trade and every profession: Russian aristocrats and, more lately, Russian technicians; Italian liberal professors and Austrian Socialist workmen; German individualists of any and every stripe; monarchists in republics and republicans in monarchies; priests and radicals; artists and laborers; capitalists and anti-capitalists; the flower of the prosperous Jewish bourgeoisie and the inhabitants of East European half-ghettos; non-conformists of every race and every social, religious and political viewpoint. The possibility that this number is to be augmented within the immediate future is undeniable. To close one's eyes to it would be «ostrichism» in an acute form. And realism demands that one must contemplate the fact with more than a horrified humanitarianism. This twentieth century migration of peoples occurs in a world where there is a new, even if temporary, downward swing in the business cycle; in which many countries have serious unemployment problems which private enterprise alone has been unable to

solve; in which every country has erected strong barriers against immigration, whether in the form of quotas or the requirement of work permits which foreigners are in practice unable to obtain; in which the government policy of exclusion is supported or even made more rigorous by trade union demands.

This chaotic migration has added prodigiously to world unrest, and not least in those countries which are trying to work out the problems of the modern state along democratic and constitutional lines. The fear of a wave of unselective immigration leads such states to accept a more extreme nationalism than they would otherwise consider desirable. This in turn increases internal tensions. So it is that we must record the growth of anti-Semitism in countries which never before were conscious of having a «Jewish problem,» and where, prior to the past five years, the Jews were satisfactorily assimilated to the whole society. The growth must be regarded with alarm, not only for humanitarian reasons but because it contains in itself a germ destructive of the essential principles of democratic society, of any society based on principles other than those of primitive racialism. There is, for instance, no possible ethnic or racial basis on which the American idea can ever be realized. To introduce any such factor is to assault the very foundations of American democracy.

If the present strong currents of migration continue to push anarchically upon those states still open to immigrants; if it is now further to be horribly augmented; if it is not consciously directed; if assistance is not furnished to immigrants so that they are sure not to become a burden upon their hosts, and instead can be turned into definite economic assets – then there is a catastrophe ahead for more than the immigrants and the wouldbe immigrants. Until now the problem has been largely regarded as one of international charity. It must now be regarded as a problem of international politics. The immigrants need a diplomatic service, and the world situation requires that they be given one. What is required is the establishment of a body of such outstanding leadership, such expert personnel, and such strong financial support that it will command universal respect and be beyond all question competent to deal with the problem in all its phases – diplomatic, financial, economic, legal – and to act as a clearing house or «holding company» for the existing voluntary organizations which are already handling – in many cases admirably – certain parts of the problem. Inasmuch as Jews are and will be in the largest degree the victims of enforced emigration, the existing Jewish organizations must in particular continue and increase their work. But that is not enough.

Their contribution ought to be made inside the framework of a more comprehensive body devoted to studying all aspects of the general question of mass migrations, and to seeking, by every diplomatic means, ways of alleviating the present problem and of preventing it from being augmented.

There is at present no agency in the world which is handling the problem of political exiles in a comprehensive way. There are, however, three institutions which might be developed into such an agency. One is the International Labor Office, which has the advantage of American membership. Another is the Nansen Office, an agency of the League of Nations. And the third is the office of the «High Commissioner for Refugees Coming from Germany,» which is only loosely attached to the League. Neither of the latter has ever been authorized to consider or deal with the whole question of political and racial exiles. The situation is made immediately acute by the fact that both these agencies expire on December 31 of the present year, and that suggestions for the continuation or extension of their activities must be submitted to the League of Nations before May 15. Thus if any step is to be taken to deal with the refugee problem on the scale required it should be done at once.

The moment is not politically inopportune. The very urgency of the European crisis provides arguments for such an agency. An attempt is about to be made to settle the most acute differences between the dictatorial and the democratic Powers. That attempt implies some sort of compromise on all sides if it is to have any chances of success.

II

I have said that there is no agency competent to deal with the whole refugee problem in a comprehensive way, and that the agencies that do exist are threatened with extinction.

The office of the «High Commissioner for Refugees Coming from Germany» (now Sir Neill Malcolm) was set up as an autonomous organization loosely attached to the League of Nations. The High Commissioner is authorized to try to safeguard the German refugees who have already emigrated but have not yet found permanent homes. A useful step was taken under his auspices in the international convention concerning the status of refugees coming from Germany, signed at Geneva on February 10 last by the representatives of 11 states, and now awaiting ratification. But the categories of émigrés covered in this convention are very limited; and of course neither the High Commissioner nor any other existing agency is competent to study

the case of Jews who are still living in Germany but may sooner or later be compelled to emigrate.

The Nansen Office, firmly integrated with the League, has great experience and has acquired great prestige in solving problems created by racial intolerance. Between 1921 and 1928, the man whose name the office bears was instrumental in helping more than two million people – White Russians, Rumanians, Bulgarians and Greeks-to find new homes. But as it is now constituted the Nansen Office is competent to protect the interests only of Russian, Armenian, Assyrian, Assyro-Chaldean, Turkish and Saar refugees. It was advocated by Countess Waldeck in the April 1937 issue of this magazine that the League extend the competence of the Nansen Office to include all who have been or may be compelled by racial and political intolerance to emigrate from their homelands.

On several scores the development of the Nansen Office into a world-wide refugee organization would seem the ideal solution of the problem. First, because it has such experience and prestige and because its present head, Judge Hansson, a Norwegian, is a worthy successor of Dr. Nansen. Second, because an organization with jurisdiction over all refugees would be non-sectarian; and circles interested in the problem of Jewish refugees are very much in favor of an agency with a non-sectarian basis. Third, because the political prestige of the League of Nations, now so badly damaged, would be strengthened if it could promote such a piece of work with new energy and vision. But there may be insurmountable obstacles. In order to enlarge the jurisdiction of the Nansen Office a unanimous resolution of the League Council would be required. Prolongation of the life of the Nansen Office is already being fought by Soviet Russia because of the fact that it looks after the interests of White Russians, who are considered enemies of the Soviet state. The idea of broadening the jurisdiction of the Nansen Office would in all probability meet with additional opposition from the Rumanian and Polish Governments, due to their fear that such action might involve greater interference by the League in their domestic affairs. In view of these antagonisms, it is questionable whether favorable action to prolong the Nansen Office could be secured from the League within a reasonable time. Moreover, it is doubtful whether countries not members of the League, such as Germany, would have any dealings with an organization belonging directly to it.

Therefore it would seem more expedient to concentrate the handling of the Jewish problem in some new organ not a part of the League, though perhaps brought into being as a result of its efforts or the efforts of the International Labor Office.

The new organization should be put on a non-sectarian basis, as it would handle the affairs not of Jews only but of persecuted non-Aryans who are Christians as well, as also of all other groups of refugees – for example those who for political or religious reasons may be compelled to leave Spain at the end of the civil war. The direction of the proposed work should be placed in the hands of personages of international reputation. The necessary financial support would have to be found for the new organization, and the various private bodies now attempting to alleviate the lot of the refugees should subordinate their activities to it. Headquarters should be established in Geneva or some other convenient center, and, as rapidly as possible, offices of representatives should be opened, in accordance with a prearranged plan, in such capitals as Berlin, Warsaw and Bucharest. Scientific studies would have to be made of opportunities for land settlement in various regions still not greatly developed (*e.g.* in Latin America, Africa, the Soviet Far East, etc.) [i]. The machinery developed would have to be sufficiently elastic to secure the cooperation of all countries which are now receptive or might be persuaded to become receptive to Jewish immigration. Quite understandably, Jewish circles in America and elsewhere would not be enthusiastic about any plan which would seem to present the anti-Semitic governments with an easy opportunity of getting rid of their Jews, or which would give other governments the notion that they too could follow suit. But the present emergency does not offer the possibility of choosing between one entirely satisfactory path and another entirely unsatisfactory one. Diplomacy and realism must be given a chance. The best that can be hoped is that if this is done the fate of the persecuted can be softened by compromise.

Obviously the essential condition to any progress with the major aspect of the problem would be to set up some bridge between the anti-Semitic countries containing considerable Jewish populations and the countries that may be ready to receive them. Therefore the new organization must be able to submit to the anti-Semitic governments practical plans for the removal of such Jews as must emigrate, and to the receptive countries plans for using the newcomers in constructive economic work. Capital would of course be necessary. The successful experiment with financing the tremendous forced migration of Greeks from Anatolia and settling them in Macedonia and Thrace in the years 1922-24 shows that the human mind, given international good will and political support, can accomplish seeming miracles.[ii] One of Dr. Nansen's co-workers, a man of immense experience in handling problems of mass settlement, has indicated that it is perfectly possible

today to raise the capital required, especially that needed for dealing with the German Jews. It is not within the scope of this article, or the knowledge of its author, to discuss the details of this scheme. But in general it seems feasible. There is a great deal of Jewish money in Germany itself. Jews inside and outside of the country have many hundreds of millions of marks frozen there. At present this money cannot be transferred abroad, or can be transferred only at the cost of enormous losses. Possibly, however, it could be used to finance the emigration and resettlement abroad of many German Jews, and especially of those who are still young enough to be trained for different forms of economic activity in a new world. The money in question would be used to pay for the emigrant's transportation to his new home and for the purchase of machinery, tools, waterworks, etc., for the development of the new Jewish communities. Jews who would turn over their frozen marks to the authorized agency would at the least receive as much as they could get by any other method of liquidation; and on the other hand, the plan would give opportunities for profit to German transportation companies and industries, while the country receiving the immigrants would acquire vast new resources.

We ought not to view the problem, complicated as it is, in a spirit of defeatism. Even the anti-Semitic governments are conscious that their anti-Semitism creates internal problems for them. The recent extension in Germany of the anti-Jewish regulations carries its own boomerang. One Jew out of five in Germany was already on relief, but there were still a sufficient number of Jews in business life, possessed of a sufficient spirit of humanity toward their own race, to support an impressive charity. But the new regulations will strangle the Jewish business community, cut off more Jews from the possibility of making a living, and dry up the fount of German-Jewish charity. A great number of people starving in the midst of any community is neither economically nor politically attractive. Only through some such organization as the one here proposed can the anti-Semitic governments hope to work out or compromise the problems they have themselves created.

On the other hand, the governments controlling relatively empty territories which now do not welcome miscellaneous immigrants might well change their attitude if the immigrants are carefully selected and equipped in advance to become self-supporting and productive citizens. There are many countries and colonial regions which will need – if they are to make the most of their potentialities – to augment their populations – gradually for many decades to come. They do not object to im-

migrants as such, but fear lest they may become public charges or turn out to be politically troublesome. A responsible organization would see to it that the settlers sent out were reliable and were physically and financially prepared to aid in the industrial and agricultural development of their new homelands.

Jews and Christians alike are forced to contemplate the fact that when, with one sweeping gesture, the Nazi leader of Germany outlawed the relatively small Jewish population of his country he declared a war in which the Jews of the whole world became potential victims of aggression. Both Jews and Christians must face the fact that the stand he took is unacceptable to those who profess western principles of democratic law and order. Both Jews and Christians therefore must collaborate to prevent the problem which Hitler created from gathering force as it rolls along.

III

There have been anti-Semitic movements in the world before. Polish and Russian pogroms under the Tsar are alive in the memories of many. But the Jewish persecution of our era is peculiar. It is not directed against the ghetto Jew alone, but against the Jewish race as such – against the Jew who has retained his religion and against the Jew who has discarded it.

Throughout the Middle Ages and until the Russian pogroms of the nineteenth century, the Jews, when persecution overtook them, were in the ghetto. There they lived wrapped up in themselves, firmly entrenched in a civilization of their own – a religious civilization. When an acquisitive prince, a fanatic priest, a malcontent mob decided to take the money of the Jews, to punish them as heretics, to ransack their homes, they still had a refuge in their very Jewishness. Even when wandering the world they still enjoyed their own civilization – the worship of their God. Wherever ten male Jews gathered, there was the temple.

The assimilated German Jews outlawed by Hitler had no separate civilization of their own to fall back on. The doors of the ghetto had been opened one hundred and twenty-five years ago. Religion, if these assimilated Jews practised it at all, played in their lives the subdued rôle it plays in the lives of most of their Christian contemporaries. Religion was no longer their civilization. They felt so little Jewish that they had lost all sense of danger. To be sure, Dr. Adolf Stoecker in Berlin and Georg von Schoenerer in Vienna did their level best to stir up anti-Semitism in the eighties. The *Affaire Dreyfus* brought along a wave of anti-Semitism in the nineties. But these movements were limited. While they did not die down altogether, they were neither officially adopted by governments

nor backed up by feeling in the broad masses. Still less were they backed by the upper classes. While Jews could not become officers in the German Army and rarely could hold government posts under the monarchy, the Kaiser himself had personal friends among Jewish industrialists and bankers and favored marriages between German aristocrats and the daughters of wealthy Jews.

The German Jews were Germans. The only civilization they knew was the civilization they shared with the German nation. When Hitler's laws denied them this civilization they found themselves in a moral and cultural void. And there was no way out. The aristocrat of the French Revolution could save himself by becoming a *citoyen*. The Russian bourgeois could save himself by becoming a *tovaritch*. The German Jew can never become an Aryan.

So far there has been no census of non-Aryans in Germany. The 1933 figure of 550'000 German Jews, of whom 150'000 have so far emigrated, covers only the 100-percent Jews of the Jewish community. It does not even cover the 100-percent Jews who are baptized, nor, it goes without saying, Christians who have 75-percent, 50-percent, 25-percent or 12½-percent Jewish blood. These non-Aryans are estimated at between one and a half million and three millions. Among them are many German aristocrats and the flower of the German bourgeoisie. The reason for this gap between minimum and maximum estimates is largely that the exact point where Aryanism ends and non-Aryanism begins has not yet been established. Up to now Aryanism has been determined not so much by law as by party decisions and by circumstances. Thus a publisher must prove his Aryan descent way back to the year 1800 – that is, to his great-grandparents – whereas a journalist has to prove only that his grandparents were Aryans. In other words, the Aryan laws are still fluid. The radical wing of the Nazi Party is all for a general extension of the *Ahnenbeweis* back to 1800; and it now seems that this will be done.

According to the present Aryan laws, the 50-percent Jews enjoy certain advantages compared to 100-percent Jews. But these advantages are merely on paper. For instance, the law does not forbid marriages between 50-percent Jews and Aryans provided the government gives the permission; but no case is known where such permission has been granted. Both full-blooded and half-blooded Jews are excluded from schools and universities, from the Labor Front, and from the *Reichsorganisation*, membership in which is obligatory for all who wish to practise a trade. In education and professional life the half-Jew is almost as badly off as the full-blooded Jew. It is different with the 25-percent Jew. Theoretically he has the choice between «passing,» by marrying an Aryan, or becoming Jewish by marrying a Jew.

But actually, either is very difficult. The writer knows of a case of two 25-percent Jewish daughters of a great scientist; the government withheld permission from one to marry her Nazi fiance, from the other to marry her Jewish fiancé. The 25-percent Jew cannot hold government posts nor become an officer; on the other hand, in economic life he is as good as an Aryan. But even this can be changed from one day to the next by a party decision.

IV

In the first years after the promulgation of Hitler's anti-Semitic policies in Germany, most of the efforts of world Jewry to direct the flood of Jewish emigration from Germany centered on Palestine. Even the Jews who had been skeptical about the success of the «Jewish Homeland,» and who had with some justification been afraid that the existence of a Jewish national state might be made a pretext for casting suspicion upon the loyalty of Jews everywhere toward the nations in which they were the citizens, were happy that here some of the persecuted German Jews could find a refuge. Between 1933 and 1937, 40'000 German Jews emigrated to Palestine, which brought the total of the Jewish population there up to 400'000 as against an Arab population of 942'000. But a coincident growth in Arab hostility, culminating in a guerrilla war, made it evident that the abrupt rise of Jewish immigration since 1933 had produced a crisis in which the whole question of the Jewish Homeland would have to be reconsidered.

In the summer of 1937 a British Royal Commission decided that the Arab claim to self-government and the secure establishment of a Jewish National Home in Palestine were incompatible. It reported that the mandate was unworkable, and that the only solution was the partition of Palestine, by which the Jews would be left merely a tiny country of their own. The pros and cons of this plan of partition have already been discussed in recent issues of this magazine. No decision has yet been made. But the British Government has announced that in view of the ending of the present mandate and the substitution of a new one, Jewish immigration would be allowed to continue at a rate not in any circumstances exceeding the annual figure of 12'000 suggested by the Royal Commission. Whatever the final outcome – whether the partition plan goes through and a diminutive Jewish state is founded, or Jews are allowed to settle in an undivided Palestine until they constitute a minority of 35 or even 40 percent of the total population – one thing is sure: all hopes of anything like Jewish mass emigration to Palestine have to be buried. And while the Arabs may not succeed in stopping Jewish immigration altogether, we must assume that it will not exceed the present 12'000 a year, a figure which



Dorothy Thompson (1893-1961), amerikanische Schriftstellerin und Journalistin

of course is utterly inadequate to solve the Jewish problem of Germany and Eastern Europe in the present emergency. The fiery nationalism of the Arabs is meanwhile growing more and more aggressive. We must face the fact that Palestine has become more of a danger-spot than a homeland for the Jews – even for those who have already settled there. Since Palestine has ceased to exist as an outlet for Jewish emigration, and since National Socialism is deluging Eastern Europe with anti-Semitic propaganda, Jewish persecution must be considered a major question of international politics. The challenge is one which the Jews of the whole world must face – and above all the Jews of America, who constitute one-fourth of world Jewry. It is a challenge, moreover, to the prescience and common sense of any minority or racial or religious group which has ever known persecution or

discrimination anywhere in the past; for if these do not protest the abuse of other minorities now, what moral grounds will they have for protesting if once again their own rights are threatened? But it is, even more importantly, a challenge to all responsible political circles, not only to those who condemn persecution for humanitarian reasons but also to those who, taking a purely practical view, fear that starving minorities within the anti-Semitic countries and an uncontrolled flow of wandering Jews outside will add further elements of unrest to an already restless world. Nor can the anti-Semitic governments themselves be indifferent: for in the long run – though they may find it gratifying to have the Jews «liquidated» – it is uncomfortable to have in one's midst a body of desperate pariahs.

Up to now none of these categories has made an attempt to achieve a constructive solution. The German Government looks on while a problem is growing up for which mass starvation seems hardly a solution. The responsible political circles in the world find it too ticklish a problem to tackle because it may imply interference in the internal affairs of the various countries and also because they are afraid that to raise the question of emigration might produce anti-Semitism in their own respective countries. As for the Jews of the world, they made a few gestures of understandable but ineffective protest against Nazi Germany – the boycott the strongest. But the boycott did not substantially weaken the Nazis economically and in any case did not soften their anti-Semitic policy. Instead, the boycott acted as a boomerang against the boycotting Jews in the democratic countries, by awakening anti-Semitism among non-Jews who wanted to do business with Germany, Nazi or not. In addition, the Jews practised a magnificently generous philanthropy. They placed huge sums at the disposal of the Jewish organizations which were helping German Jews – 150'000 of them – to get out of Germany and to find a refuge elsewhere, temporary or permanent. They now must help plan a broader program – securing, incidentally, the collaboration of distinguished Jews who so far have stood aloof from problems immediately connected with their race.

As anti-Semitic policies spread through Europe it becomes clearer and clearer that charity is not enough. The problem, it should be repeated, must be regarded and treated as one of international politics. The only approach to a solution must be a political approach. And, as things are at present, it can be made only by an organization headed by outstanding personalities of the democratic world, with the full collaboration of Jewish organizations everywhere, and enjoying the sympathetic collaboration and support of the democratic governments. Such an organization would be listened to both by the anti-Semitic

governments and by governments that need well-equipped and politically reliable settlers to develop their empty lands.

To find by this, or any other method, a «solution» for the problems which have been created by revolution, civil war, political and racial persecutions, arbitrary decrees repealing guaranteed civil rights, and propaganda subsidized and carried on by powerful governments, is neither our expectation nor even our hope. In particular, the historic Jewish problem will not suddenly be solved. In the long run it will never be solved by emigration. What can be hoped now is that it will be mitigated, by helping some Jews to emigrate from the anti-Semitic countries and by improving the lot of those who stay. The attempt must be made, if only as a testimony to the vitality of our faith in the democratic principles which we profess to live by. On those principles our institutions are founded, and with them are integrated the fundamental concepts of our civilization. Therefore, the attempt must be made not out of pity for the exiles, actual and potential, but as a reaffirmation of our own beliefs, lest they become hollow dogmas to which, eventually, not even lip service will be given anywhere.

[i]

Cf. "Limits of Land Settlement," prepared under the direction of Isaiah Bowman. New York: Council on Foreign Relations, 1937.

[ii]

For details regarding the Protocol setting up the Refugee Settlement Commission, and for an account of the Commission's work, see Charles P. Howland: «Greece and Her Refugees,» FOREIGN AFFAIRS, v. 4, no. 4.

VOM TRANSITLAND ZUR FESTUNG

Schweizer Flüchtlingspolitik und Antisemitismus im Jahr der Konferenz von Évian

Anja Hasler

«Die Schweiz hat noch niemanden verhungern lassen, und ein Kranker ist noch immer im Krankenhaus aufgenommen worden [...]. Unser Land ist zurecht stolz auf diese Tradition. Es kann aber angesichts der extremen Notlage im Ausland nur im Rahmen seiner Möglichkeiten handeln.»¹

Es ist eine vorsichtige, diplomatische Erklärung, welche der Schweizer Delegierte Heinrich Rothmund am 11. Juli 1938 in Évian vortrug. Die Rede war eingangs von der humanitären Tradition der Schweiz als Aufnahmeland für politisch Verfolgte geprägt. Doch die begrenzten eigenen Möglichkeiten wurden schnell und deutlich betont: Die Grösse des Landes, die hohe Arbeitslosigkeit und schwierige Wirtschaftslage sowie der gestiegene Ausländeranteil im Land. Schnell wurde klar, die Schweiz möchte kein dauerhaftes Asyl gewähren, sie möchte ausschliesslich als Transitstaat fungieren. Hoffnungen wurden insbesondere in die Staaten in Übersee gesetzt, welche den Flüchtlingen eine dauerhafte Bleibeperspektive gewähren könnten.²

Mit dieser Ansicht stand die Schweiz in Évian nicht allein da. Doch die Rede Heinrich Rothmunds, welcher zu diesem Zeitpunkt Chef der Schweizer *Polizeiabteilung des Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartments (EJPD)* war und als Hauptverantwortlicher für die Migrationspolitik des Landes agierte, täuschte sowohl über die tatsächliche Bedeutung der Schweiz als Nachbarstaat Deutschlands, als auch über die dramatischen Folgen einer restriktiven Flüchtlingspolitik hinweg.

Die Botschaft in Évian war deutlich. Man wollte sich lieber raushalten und keine Verpflichtungen zur Aufnahme Geflüchteter eingehen. Tatsächlich verweigerte die Schweiz gegen Ende der Konferenz sogar, als einziger der in Évian vertretenen europäischen Staaten, die weitere Teilnahme am *Intergovernmental Committee on Refu-*

¹ Actes du Comité Intergouvernemental Évian, du 6 au 15 juillet 1938, Compte Rendu des Séances Plénières du Comité, Résolutions et Rapports, Juli 1938, S. 37. Siehe hierzu die Rede Rothmund im Kapitel «Protokoll der Konferenz von Évian – Auszüge» in diesem Band.

² Vgl. ebd., S. 37f.

gees (IGCR).³ Die Hintergründe und Zusammenhänge dieses Auftritts auf internationalem Parkett lassen sich jedoch nur verstehen, wenn man einen näheren Blick auf die nationale Flüchtlingspolitik der Schweiz und den ihr innewohnenden Antisemitismus zur Zeit des Nationalsozialismus wirft. Dies soll hier, begleitet von einigen exemplarisch ausgewählten Quellen und mit besonderem Blick auf jüdische Schutzsuchende⁴ geschehen.

DIE ENTWICKLUNG BIS ZUR EINBERUFUNG DER KONFERENZ VON ÉVIAN

Mit den Fluchtbewegungen des Ersten Weltkriegs und der Russischen Revolution stieg in der Schweiz, wie in vielen europäischen Staaten, die Angst vor massiver Zuwanderung und sogenannter «Überfremdung». Im Jahr 1917 wurde die *Eidgenössische Fremdenpolizei* gegründet, um Zuwanderung und Einbürgerung zu kontrollieren.⁵ Im Jahr 1931 wurde das *Bundesgesetz über Aufenthalt und Niederlassung der Ausländer* (ANAG) erlassen, welches mangels eines internationalen Asylrechts von nun an die rechtliche Grundlage der nationalen Migrationspolitik bildete.⁶ Nach dem ANAG lagen die Zuständigkeiten zwar weiterhin bei den Kantonen und Bundesbehörden, die letzte Instanz allerdings war die *Fremdenpolizei*, seit 1933 Teil des *Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartements* (EJPD). Das Gesetz regelte vor allem die Bewilligung der Niederlassung und Erwerbstätigkeit. Die Behörden waren dazu angewiesen, «geistige und wirtschaftliche Interessen» sowie den Überfremdungsgrad der Schweiz zu berücksichtigen.⁷ Eine Niederlassung konnte nur bewilligt werden, wenn gültige Ausweispaapiere vorlagen. Ansonsten gab es allenfalls eine vorübergehende Duldung.⁸

Asyl konnten nur Personen beantragen, die wegen ihrer politischen Tätigkeit verfolgt wurden. Alle anderen fielen unter die Kategorie «Emigrant». Die Verfolgung von Juden durch den NS galt in der Schweiz bis 1944 nicht als politisch.⁹ Auf Grund der Boy-

³ Vgl. Picard, Jaques: Die Schweiz und die Juden 1933-1945. Schweizerischer Antisemitismus, jüdische Abwehr und internationale Migrations- und Flüchtlingspolitik, Zürich 1997, S. 296f.

⁴ Der Verfasserin ist es wichtig, hier anzumerken, dass, obwohl im folgenden Artikel sowie in den Quellen die Rede hauptsächlich von Juden sein wird, auch Roma und andere osteuropäische Gruppen in besonderer Masse von der Schweizer Flüchtlingspolitik der 1930er und frühen 1940er Jahre benachteiligt wurden. Siehe hierzu: Schulz, Kristina: Die Schweiz und die literarischen Flüchtlinge 1933-1945, Berlin 2012, S. 66.

⁵ Vgl. Picard: Die Schweiz und die Juden, S. 65 und Unabhängige Expertenkommission Schweiz (UEK) – Zweiter Weltkrieg (Hg.): Die Schweiz und die Flüchtlinge zur Zeit des Nationalsozialismus (Bd. 17), Zürich 2001, S. 63.

⁶ Vgl. UEK: Die Schweiz und die Flüchtlinge zur Zeit des Nationalsozialismus, S. 33.

⁷ Zitiert nach Schulz: Die Schweiz und die literarischen Flüchtlinge, S. 63.

⁸ Vgl. ebd., S. 63f.

kottmassnahmen und Ausplünderungen durch den NS, stuften die Schweizer Behörden sie sogar zuweilen als «Wirtschaftsflüchtlinge» ein. Sie waren somit den nationalen Niederlassungsbestimmungen unterworfen.¹⁰ Ab Sommer 1938 wurde die Flüchtlingspolitik weiter beim *EJPD* zentralisiert. Der bisherige Spielraum der Kantone, jüdische Flüchtlinge nach eigenem Ermessen als politisch Verfolgte zu behandeln, nahm hierdurch entschieden ab. Allerdings gab es seitens der Behörden auch keine organisierte Opposition dagegen.¹¹

Zahlenmässig machten Juden kaum einen nennenswerten Anteil an der Bevölkerung aus. 1930 waren es 0,44%.¹² Dennoch sah die Einbürgerungspraxis der 1920er Jahre bereits besonders harte Bestimmungen für die Gruppe der sogenannten «Ostjuden» vor. Sie mussten etwa für einen Einbürgerungsantrag eine längere Niederlassungsdauer nachweisen als andere Bewerber.¹³

Mit dem Anschluss Österreichs entstand eine neue Fluchtbewegung, welche die Angst vor Überfremdung und Überforderung neu aufflammen liess. Laut offiziellen Statistiken, vermutlich von den Behörden aufgeblasen und dramatisiert, kamen im März 1938 etwa 3-4'000 Flüchtlinge in die Schweiz.¹⁴ Am 28. März 1938 beschloss der Bundesrat die Wiedereinführung der Visumpflicht für Personen mit österreichischen Pässen, um die Zuwanderung kontrollieren zu können. Im Vorfeld dieser Massnahme musste man sich jedoch fragen, ob diese internationale Empörung hervorrufen könnte, betraf sie doch vor allem österreichische und Juden, welche vor der Verfolgung durch den NS flohen.¹⁵

DIE SCHWEIZ ALS KONFERENZTEILNEHMER

Die Einladung der Vereinigten Staaten zu einer internationalen Flüchtlingskonferenz kam der Schweiz recht ungelegen, wie ein Schreiben von Johannes Baumann, Vorstand des *EJPD*, an

9 Vgl. UEK: Die Schweiz und die Flüchtlinge zur Zeit des Nationalsozialismus, S. 34.

10 Koller, Guido: Fluchtort Schweiz. Schweizerische Flüchtlingspolitik (1933-1945) und ihre Nachgeschichte, Stuttgart 2018, S. 30.

11 Vgl. UEK: Die Schweiz und die Flüchtlinge zur Zeit des Nationalsozialismus, S. 77f.

12 Vgl. Picard: Die Schweiz und die Juden, S. 61.

13 Diese Regelung sah für sogenannte «Ostjuden» eine ununterbrochene Niederlassung von 15 Jahren als Voraussetzung für die Einbürgerung vor, während von anderen Bewerberinnen nur 10 Jahre nachgewiesen werden mussten. Vorbild hierfür war die Praxis der Behörden im Raum Zürich, wo zu diesem Zeitpunkt etwa ein Drittel aller Juden lebte und bereits 1912 entsprechende Regelungen eingeführt worden waren. Vgl. Picard: Die Schweiz und die Juden S. 62f.

14 Vgl. Ludi, Regula: Dwindling Options. Seeking Asylum in Switzerland 1933-1939, in: Caestecker, Frank; Moore, Bob (Hg.): Refugees from Nazi Germany and the liberal European states, New York 2010, S. 82-102, hier: S. 90.

15 Vgl. Roschewski, Heinz: Rothmund und die Juden. Eine historische Fallstudie des Antisemitismus in der schweizerischen Flüchtlingspolitik 1933-1957, Basel u.a. 1997, S. 32.

Guiseppa Motta, Leiter des *Politischen Departements*¹⁶, zeigt (*Quelle 1*). Kein europäischer Staat sei demnach in der Lage, die Flüchtlinge aus Deutschland und Österreich aufzunehmen. In die einberufene Konferenz setzte man keinerlei Hoffnungen, da sie mit der Arbeit des Völkerbunds konkurriere. Dennoch konnte die Schweiz die Einladung aus «politischen Überlegungen» nicht ausschlagen. Man versuchte stattdessen, in der Konferenz eine einmalige Gelegenheit zu sehen, die US-Amerikaner zur Stärkung des Völkerbunds in den Verhandlungen mit Deutschland sowie für die Erweiterung der Auswanderungsmöglichkeiten nach Übersee zu gewinnen. In Genf wollte man aber lieber nicht tagen.

So wie von Johannes Baumann gegen Ende des Briefes vorgeschlagen, wurde schliesslich die Einladung beantwortet. Man nahm höflich an, verwies jedoch auf die eigene Rolle als Transitland und schlug ausserdem die Hinzuziehung der Vertreter des Völkerbunds sowie eine Verlegung des Tagungsortes vor, letzteres ohne nähere Begründung.¹⁷ Als Delegierte entsandte man Heinrich Rothmund und William Henri Werner. Rothmund war von 1919 bis 1929 Leiter der *Fremdenpolizei* gewesen und 1929 zum Chef der Polizeiabteilung des *EJPD* befördert worden, welcher seit 1933 die *Fremdenpolizeiunterstand*. Er war somit einer der Hauptverantwortlichen für die schweizerische Migrationspolitik. Sein Begleiter William Henri Werner war als juristischer Berater des *EJPD* seit 1936 zuständig für die Kontakte zu internationalen Flüchtlingsorganisationen.¹⁸ Die Aspekte aus Rothmunds Konferenzrede wurden eingangs erläutert. Die Teilnahme am *IGCR* lehnte die Schweiz ab, um möglichen Verpflichtungen zu entgehen und die Beziehungen zum Deutschen Reich nicht weiteren Spannungen auszusetzen.¹⁹ Erst ein Jahr später, im Juli 1939, beteiligte sich die Schweiz an den Sitzungen des Komitees, weil sie befürchtete, die im Land befindlichen Flüchtlinge andernfalls nicht loszuwerden.²⁰ Der erhoffte Erfolg blieb jedoch aus.²¹

16 Entspricht dem heutigen Eidgenössischen Departement für Auswärtige Angelegenheiten.

17 Telegramm Botschafter Harrison an US-Department of State vom 14.4.1938, in: FDR Library: Selected Digitized Documents Related to the Holocaust and Refugees 1933-1945, Myron C. Taylor Papers, General – Reference Material (folder 5), 1936-1938, S. 159.

18 Vgl. Bonnesoeur, Frédéric u.a. (Hg.): Geschlossene Grenzen. Die Internationale Flüchtlingskonferenz von Evian, o.0.2015, S. 265-267.

19 Vgl. UEK: Die Schweiz und die Flüchtlinge zur Zeit des Nationalsozialismus, S. 57.

20 Vgl. Picard: Die Schweiz und die Juden, S. 296f.

21 Vgl. UEK: Die Schweiz und die Flüchtlinge zur Zeit des Nationalsozialismus, S. 57.



Heinrich Rothmund, Bundesarchiv Bern

VERSCHÄRFUNG DER EINWANDERUNGSMODALITÄTEN NACH ÉVIAN

Direkt nach der Konferenz traf die Schweiz ein Abkommen mit Frankreich, nach welchem der Nachbarstaat der Schweiz täglich 3-5 deutsche oder österreichische Flüchtlinge abnehmen sollte.²² An diesem Abkommen beteiligt waren vor allem jüdische Hilfsorganisationen. Ihre Möglichkeiten zur Flüchtlingshilfe wurden von der Maxime der schweizerischen Transitpolitik bestimmt, denn die Weiterreise der Geflüchteten war die Bedingung zur Aufnahme. Andernfalls drohte die Regierung mit Grenzschiessung.²³ Paradoxerweise war es auch der *Schweizerische Israelitische Gemeindebund (SIG)*, welcher für

22 Schreiben des Verbands Schweizerischer Israelitischer Armenpflegen an die Eidgenössische Fremdenpolizei vom 15.7.1938, Schweizerisches Bundesarchiv BAR E4#8001 1000867_Bd2. Belege für das Abkommen von französischer Seite aus liegen bisher nicht vor. Aus dem Protokoll des Schweizerischen Bundesrates vom 19. August 1938 geht hervor, dass die Überstellung von inzwischen 4-6 Flüchtlingen nach Frankreich über eine jüdische Hilfsstelle in Basel erfolgte und, dass dieses Abkommen mit der Schliessung der französischen Grenze am 19. August 1938 endete.

23 Vgl. Picard: Die Schweiz und die Juden, S. 279.



Jüdische Flüchtlinge aus Österreich beim Grenzübertritt in die Schweiz bei Diepoldsau im Kanton St. Gallen, 20. August 1938, National Archives, College Park, MD

die Finanzierung dieser restriktiven und judenfeindlichen Flüchtlingspolitik aufkam. Jüdische Quellen berichten, dass dies eine weitere Bedingung der Behörden gewesen sei, um jüdische Flüchtlinge aufzunehmen. Von offizieller Seite wurde von einem freiwilligen Engagement des *SIG* gesprochen.²⁴ Im Sommer 1938 wurde immer wieder darüber berichtet, dass deutsche Behörden Flüchtlinge illegal über die Schweizer Grenze schleus-ten.²⁵ Gleichzeitig stieg das Ausmass an Verfolgungsmassnahmen und mit ihnen der Druck auf die Verfolgten. Die Konferenz von Évian hatte keine konkreten Ergebnisse gebracht und andere europäische Länder verschärfen zunehmend ihre Einwanderungs-

²⁴ Vgl. ebd., S. 368f.

²⁵ Siehe Notiz Heinrich Rothmund vom 3.08.1938, BAR Digitale Amtsdrukschriften, Diplomatische Dokumente der Schweiz, Bd. 12, Dokument Nr. 354.

modalitäten.²⁶ In diesem Kontext beschloss die Schweiz am 19. August 1938 eine Verschärfung der Kontrollen, die Schliessung der Grenze für Inhaber österreichischer Pässe ohne Visum und die rigorose Rückweisung derjenigen, welche versuchten die Grenze illegal zu passieren.²⁷ Am 6. August 1938 hatten bereits die Schweizer Konsulate in Italien Weisung erhalten, keine Visa mehr auszustellen. Später ging diese Weisung auch an Konsulate in Österreich raus.²⁸ Man liess Flüchtenden von behördlicher Seite so kaum eine Chance, die Grenze zu überqueren.²⁹

Doch auch die im Land befindlichen Flüchtlinge unterlagen strengen Bedingungen. So war ihnen nicht nur Erwerbstätigkeit untersagt, sondern auch jede politische Tätigkeit, auffälliges Verhalten und der Aufenthalt in Bars oder Weinstuben. (*Quelle 2*)

DER J-STEMPEL

Das Abkommen über den sogenannten «J-Stempel» vom 29. September 1938 (*Quelle 3*) stellt neben der Grenzschliessung von 1942 eine der wesentlichen Zäsuren in der Schweizer Flüchtlingspolitik dar.

Parallel zu den bisher geschilderten Massnahmen und Entwicklungen suchte die Schweiz nach einer dauerhaften Lösung des Problems. Man befürchtete, die Kontrolle über die Einreise zu verlieren, wenn österreichische Juden deutsche Reisepässe erhielten und erwoh somit eine Ausweitung der Visumpflicht auf deutsche Pässe. Jedoch gefährdete diese «Androhung» die bilateralen Beziehungen zum NS-Staat. Dort sah man die eigene Reisefreiheit gefährdet und befürchtete, andere Staaten könnten dem Schweizer Beispiel folgen. Das Abkommen vom 29. September, welches die Kennzeichnung deutscher Pässe von Juden mit einem roten «J» einführte, fungierte also gewissermassen als Ausweg, um

26 Auch das o.g. Abkommen mit Frankreich scheiterte in diesem Zuge, siehe: Schreiben Heinrich Rothmund an Henry de Torrenté vom 19.08.1938, BAR Digitale Amtdruckschriften, Diplomatische Dokumente der Schweiz, Bd. 12, Dokument Nr. 365.

27 Vgl. UEK: Die Schweiz und die Flüchtlinge zur Zeit des Nationalsozialismus, S. 101f.
Sowie: Protokoll der 55. Sitzung des schweizerischen Bundesrates vom 19.08.1938, BAR E1004.1#1000/9.

28 Vgl. Häslar, Alfred A.: Das Boot ist voll. Die Schweiz und die Flüchtlinge 1933-1945, Zürich 1989, S. 18 und S. 58f.

29 An dieser Stelle muss darauf hingewiesen werden, dass sich dennoch neben Privatpersonen auch Grenz-wächter und andere Staatsangestellte als Fluchthelfer engagierten. Ein populäres Beispiel ist der St. Galler Polizeihauptmann Paul Grüninger, der in den Jahren 1938 und 1939 mehreren hundert Juden zur Einreise in die Schweiz verhalf. Er wurde hierfür vom Dienst suspendiert und erst nach seinem Tod 1972 rehabilitiert. Siehe dazu: Bickenbach, Wulff: Gerechtigkeit für Paul Grüninger. Verurteilung und Rehabilitation eines Schweizer Fluchthelfers 1938-1998, Reihe Jüdische Moderne (Bd. 10), Köln 2009.

allgemeine Visumpflichten oder Kündigungen zwischenstaatlicher Abkommen zu entgehen.³⁰ Welche der beiden Parteien dieses Verfahren zuerst vorschlug, ist nicht eindeutig belegt. Es ist jedoch unumstritten, dass die Schweiz auf eine Möglichkeit drängte, die Einreise einer bestimmten Bevölkerungsgruppe zu kontrollieren.³¹ Das Abkommen wurde am 4. Oktober 1938 vom Schweizer Bundesrat bestätigt.³² Am 5. Oktober ordnete Deutschland die Kennzeichnung der Pässe an.³³ Das Abkommen gilt aus mehreren Gründen als besonders verwerflich. Erstens unterwarf sich die Schweiz hiermit indirekt den Nürnberger Rassegesetzen, denn nach diesen Kategorien wurden die unkritisch übernommenen Begriffe «arisch» und «nichtarisch» definiert.³⁴ Zweitens brandmarkte der J-Stempel im Reisepass die Juden auf ihrer Flucht nicht nur gegenüber der Schweiz, sondern gegenüber allen möglichen Aufnahmestaaten. Drittens enthielt das Abkommen eine Klausel, nach der das Verfahren auch auf Schweizer Juden, welche ins Reichsgebiet reisten, angewendet werden konnte. Die Schweiz nahm damit eine Ungleichbehandlung ihrer eigenen Bürgerinnen in Kauf.³⁵

Heinrich Rothmund, der trotz eigener Zweifel zu den Verhandlungen in Berlin entsandt worden war, versuchte, in dem Abkommen eine rein technische Lösung zu sehen.³⁶ Die Gründe für seine Zweifel sind vermutlich vielfältig. Wie er selbst darstellte, fürchtete er eine Ungleichbehandlung der Schweizer Juden und ihre innenpolitischen Konsequenzen. Weiterhin schreckte er vor möglichen Reaktionen des Auslands und des *SIG* zurück. Und schliesslich bedeutete der Stempel aus der Perspektive der Fremdenpolizei wohl auch nur eine Verlagerung des Problems, nämlich die Erschwerung der Weiterreise der im Land befindlichen Flüchtlinge.³⁷ Wie dem auch sei, es zeigte sich hierbei auch, dass Rothmund trotz seiner federführenden Rolle nicht als Alleinverantwortlicher für die judenfeindliche Flüchtlingspolitik der Schweiz gelten kann. Es müssen mindestens auch seine Vorgesetzten und die Bundesräte zur Mitverantwortung gezogen werden.³⁸ Dennoch

30 Vgl. Picard: Die Schweiz und die Juden, S. 158.

31 Vgl. UEK: Die Schweiz und die Flüchtlinge zur Zeit des Nationalsozialismus, S. 109.

32 Protokoll der 70. Sitzung des schweizerischen Bundesrates vom 4.10.1938, BAR E1004.1#1000/9.

33 Verordnung über Reisepässe von Juden vom 5.10.1938, RGBl I (Jg. 1938) S. 1342.

34 Vgl. UEK: Die Schweiz und die Flüchtlinge zur Zeit des Nationalsozialismus, S. 110.

35 Vgl. Picard: Die Schweiz und die Juden, S. 160-162.

36 Siehe: Bericht über Bericht über die Berliner-Verhandlungen vom 27. bis 29. September 1938, BAR Digitale Amtsdruckschriften, Diplomatische Dokumente der Schweiz, Bd. 12, Dokument Nr. 41, S.937f.

37 Vgl. Häsler: Das Boot ist voll, S. 49-52.

38 Vgl. Roschewski: Rothmund und die Juden, S. 10f.

lohnt es sich, einen näheren Blick auf Rothmunds Haltung gegenüber den jüdischen Flüchtlingen zu werfen, denn sie steht stellvertretend für den Antisemitismus der Schweizer Behörden zur NS-Zeit.

HELVETISCHER ANTISEMITISMUS?

Die judenfeindlichen Züge der Schweizer Flüchtlingspolitik sind bisher mehr als deutlich zu Tage getreten. Doch welche Einstellungen und Denkmuster verbergen sich dahinter? Es wird an dieser Stelle nicht möglich sein, ein umfassendes Bild der Schweizer Gesellschaft zur NS-Zeit zu zeichnen. Daher soll sich hier auf die Perspektive der Migrationspolitik beschränkt werden, als deren Vertreter Heinrich Rothmund ein herausragendes Beispiel abgibt und der sie massgeblich prägte.

Im Dezember 1938 richtete das Nationalratsmitglied Guido Müller eine Interpellation an den Schweizer Bundesrat, in der die Flüchtlingspolitik und Heinrich Rothmund als Leiter der Polizeiabteilung des *EJPD* scharf kritisiert wurden.³⁹ Auf die Antisemitismusvorwürfe Müllers reagierte Rothmund mit einem direkten Schreiben, in dem er seine politische Einstellung erläuterte. (*Quelle 4*) Hierin schilderte er seine politische Haltung und Linie. Juden seien demnach für Schweizer grundsätzlich fremde Elemente. Jedoch hätten sich die Schweizer Juden soweit assimiliert, dass es ihnen gegenüber keinen Antisemitismus gäbe. Juden aus dem Ausland dagegen würden diesen auf Grund ihrer Fremdheit provozieren. Rothmund bezeichnete Antisemitismus als eine Gefahr für die Schweizer Demokratie und die Migrationspolitik als das Mittel, ihn zu vermeiden. Gegen Ende verwies er noch auf seine gute Zusammenarbeit mit Saly Mayer, dem Präsidenten des *SIG*.

Nicht zu Unrecht wirkte diese Darstellung höchst paradox. Tatsächlich aber war es ein wesentliches Merkmal des Antisemitismus in der Schweiz während der 1930er und 40er Jahre, die Abwehr ausländischer Juden, vor allem aus Osteuropa, mit der Abwehr des Antisemitismus zu rechtfertigen.⁴⁰ Diesem Denkmuster liegen verschiedene Entwicklungen zu Grunde.

Die Juden erhielten ihre Bürgerrechte in der Schweiz vergleichsweise spät im Jahr 1866, was keine besondere Kritik auslöste.⁴¹ Der Antisemitismus zu Beginn des 20. Jahrhunderts war primär durch die Angst vordem Fremden begründet. Die Zuwanderung osteuropäischer Juden und die zeitgleiche Abwanderung emanzipierter Juden vom Land in

³⁹ Vgl. Häsler: Das Boot ist voll, S. 14.

⁴⁰ Vgl. Picard: Die Schweiz und die Juden, S. 37.

⁴¹ Vgl. ebd., S. 34 und S. 60.

die Städte verstärkte diese Tendenz.⁴² Gleichzeitig wurde man von den in ganz Europa präsenten Mythen und Vorurteilen des modernen Antisemitismus beeinflusst. So entwickelten sich bereits im Vorfeld der 1930er Jahre antisemitische Praktiken der Fremdenpolizei.⁴³

Aus Sorge um das eigene fortschrittliche Image, zu welcher später die Angst vor Nazifizierung und einer Bedrohung von aussen hinzukamen, musste dieser Antisemitismus jedoch abgemildert und neutralisiert werden.⁴⁴ Dieser «HangzurTarnung», wie es der Historiker Heinz Roschewski beschrieb, war in der Schweiz besonders stark ausgeprägt.⁴⁵ Wenn Rothmund also Antisemitismus ablehnte, so ist damit lediglich der offene, gewalttätige Antisemitismus gemeint.

Das beschriebene Paradox setzte weiterhin die Aufteilung in gute und schlechte Juden voraus. Andere Gegenpaare sind assimiliert/nichtassimiliert, schweizerisch/ fremd oder west- und osteuropäisch. Nach der Politik der Polizeiabteilung war der gute, assimilierte Jude derjenige, welcher sich unauffällig verhielt und jüdische Religion und Bräuche nicht offen auslebte, sondern sich in erster Linie als Schweizer begriff.⁴⁶

Der Politik des *EJPD* sowie des Bundesrates lag ein gemässigter Antisemitismus zu Grunde, der zu Grenzkontrollen und -Schliessungen führte und für die Betroffenen fatale Folgen hatte. Stillschweigend nahm man durch die Abweisung von Juden an der Grenze ihren Tod in Kauf. Dies zeigt sich besonders an den Entwicklungen des Jahres 1942.

AUSBLICK

Auch nach dem Beginn des Zweiten Weltkriegs auf europäischem Boden setzte die Schweiz ihren Kurs in der Flüchtlingspolitik fort. Seit dem 17. Oktober 1939 konnten Emigranten in Arbeitslager eingewiesen werden.⁴⁷ Im Jahr 1942 richtete die Armee ausserdem Quarantäne- und Auffanglager für zivile Flüchtlinge ein, wo sie bis zur Überführung in eine zivile Unterkunft oft mehrere Monate, von der Aussenwelt abgeschnitten, ausharren mussten.⁴⁸

⁴² Vgl. ebd., S. 60.

⁴³ Der Überfremdungsbegriff ist jedoch nicht ausschliesslich mit Antisemitismus gleichzusetzen. Seine Definitionsraum ist weiter gefasst und er fand sich in vielfältiger Form in wirtschaftlichen, politischen und ideologischen Bereichen wieder. Vgl. UEK: Die Schweiz und die Flüchtlinge zur Zeit des Nationalsozialismus, S. 30.

⁴⁴ Vgl. Picard: Die Schweiz und die Juden, S. 38.

⁴⁵ Roschewski: Rothmund und die Juden, S. 17f.

⁴⁶ Vgl. Häsler: Das Boot ist voll, S. 27.

⁴⁷ Vgl. ebd.

⁴⁸ Vgl. UEK: Die Schweiz und die Flüchtlinge zur Zeit des Nationalsozialismus, S. 206-211.

Im August 1942 kam es im Zuge neuer Fluchtbewegungen zur erneuten Grenzschiessung. Die Grenzpolizei wurde verstärkt und die rigorose Rückweisung illegaler Emigranten angeordnet.⁴⁹ Dies war besonders umstritten, da die Schweizer Behörden zu diesem Zeitpunkt durchaus Kenntnis über die von den Nazis durchgeführten Massenmorde an Juden hatten.⁵⁰ Erst im Juli 1944, nach der Landung der Alliierten in Frankreich, änderte der Bundesrat seine Gesetzgebung und erkannte den Flüchtlingsstatus von Juden an.⁵¹ Insgesamt konnten für die Zeit von 1940 bis 1945 bisher 25'699 Abweisungen an der Grenze nachgewiesen werden. Die Dunkelziffer liegt sicherlich höher, da nicht alle Abweisungen gemeldet und registriert worden sind. Für das Jahr 1938 sind 4'296 abgelehnte Gesuche und 2'154 Abweisungen an der Grenze belegt.⁵² Der Anteil der jüdischen Flüchtlinge ist jedoch statistisch nicht erfasst. Bekannt ist lediglich, dass die Fremdenpolizei insgesamt 16'000 Einreisegesuche von schutzsuchenden Juden bereits im Vorfeld abgelehnt hatte.⁵³

Die Flüchtlingspolitik der Schweiz zur Zeit des Nationalsozialismus war seit den 1950er Jahren immer wieder Teil öffentlicher Diskussionen. Eines der einflussreichsten Bücher für die Öffentlichkeit und die Forschung war Alfred A. Häslers *Das Boot ist voll* von 1967. In den 1980er Jahren trugen dann vor allem wirtschafts- und sozialgeschichtliche Perspektiven zur Debatte bei.⁵⁴ Im Jahr 1996 setzte der Bundesrat eine Kommission zur Untersuchung der Beziehungen der Schweiz zu den Achsenmächten ein. Die daraus entstandene UEK publizierte 1999 ihre ersten Ergebnisse zur Flüchtlingspolitik und wurde unter anderem dafür kritisiert, diese als indirekten Helfer des NS darzustellen. Das Bild der erfolgreichen Neutralität war und ist immer noch ein sehr starkes Narrativ in der Schweizer Gesellschaft.⁵⁵ Eine Rehabilitierung der damals verurteilten Fluchthelferinnen fand erst zwischen 2004 und 2011 statt.⁵⁶ Von einem «abgeschlossenen Kapitel» kann also noch nicht gesprochen werden.

49 Vgl. ebd., S. 118-123.

50 Vgl. ebd., S. 114-118.

51 Vgl. Schulz: Die Schweiz und die literarischen Flüchtlinge, S. 66.

52 Die Anzahl der Abweisungen ist nicht mit Personen gleichzusetzen, da manche auch mehrmals an der Grenze abgewiesen und registriert wurden.

53 Vgl. Koller, Guido: Fluchtort Schweiz, S. 92-94.

54 Vgl. ebd., S. 207f.

55 Vgl. ebd., S. 199f. Zur aktuellen Forschung über Erinnerungskultur- und Politik zu diesem Thema siehe: Koller, Guido: Fluchtort Schweiz.

56 Siehe: RehaKo (Hg.): Rehabilitierung von Flüchtlingshelferinnen und Flüchtlingshelfern zur Zeit des Nationalsozialismus. Bericht der Rehabilitierungskommission über ihre Tätigkeit in den Jahren 2004-2008, o.0.2009. Sowie den Nachtrag zum Bericht der Rehabilitierungskommission vom 29.02.2012.

**QUELLE 1 16. APRIL 1938 – SCHREIBEN J. BAUMANN AN G. MOTTA –
BERATUNG ÜBER KONFERENZTEILNAHME DER SCHWEIZ**

*Schweizerisches Bundesarchiv: Diplomatische Dokumente der Schweiz, Bd. 12,
Dokument 262.*

Der Chef des eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartements, J. Baumann, an
den Chef des Politischen Departements, G. Motta
Bern, 6. April 1938

Wir beehren uns, Ihnen im Folgenden unsere Auffassung bekanntzugeben zu
dem Aide-mémoire der amerikanischen Gesandtschaft, das die Abteilung für
Auswärtiges mit Schreiben Nr. B 41.21. Am.1 – OE vom 26. März der Polizei-
abteilung übermittelt hat und das eine Einladung zu einer Konferenz über die
Flüchtlinge aus Deutsch-Österreich und Deutschland enthält.

Die internationale Konferenz zur Besprechung einer Konvention über die Flücht-
linge aus Deutschland, die vom 7. bis zum 10. Februar dieses Jahres in Genf statt-
gefunden hat, gab Gelegenheit, die Einstellung der dort vertretenen Staaten zum
Problem der Flüchtlinge und der Staatenlosen im Allgemeinen kennen zu lernen.
Alle dort vertretenen europäischen Staaten: Schweden, Norwegen, Dänemark,
Holland, England, Belgien, Luxemburg, Frankreich, Spanien, Portugal, Polen,
die Tschechoslowakei und die Schweiz gaben im Laufe der Konferenz in irgend-
einer Form bekannt, dass sie für neue Flüchtlinge nicht mehr aufnahmefähig
seien. Die Nachbarstaaten Deutschlands betonten dazu, dass das dringendste
Problem, das der Auswanderung nach Übersee sei. Eine Erklärung des Vertreters
der Niederlande, dass eine internationale Organisation beauftragt werden sollte,
die Auswanderung der Flüchtlinge, die von den Zufluchtsländern nicht absorbiert
werden könnten, vorzubereiten und zu organisieren, um das Problem der Flücht-
linge aus Deutschland endgültig zu lösen, fand Unterstützung durch die Delegier-
ten Englands, Belgiens, Spaniens, Polens und der Schweiz. Der schweizerische
Delegierte sprach dabei den Wunsch aus, dass die Aufgabe dieser Stelle ausge-
dehnt werden sollte auf alle Kategorien von Flüchtlingen und von Schriftenlosen.
Es dürfte also kein europäischer Staat in der Lage sein, eine einigermaßen für
die Unterbringung der aus Deutsch-Österreich zu erwartenden Flüchtlinge ins

Gewicht fallende Zahl aufzunehmen. Unter die Arierparagraphen fallen annähernd 300'000 Menschen in Deutsch-Österreich.

Der Völkerbundsrat hat ein Komitee bestellt aus Vertretern Frankreichs, Englands und Boliviens, das gemäss der von der Völkerbundsversammlung in ihrer achtzehnten Sitzung gefassten Resolution einen Plan ausarbeiten soll für die Unterstützung der Flüchtlinge. Es wird sich für dieses Komitee darum handeln, eine Lösung zu finden, die die Fortführung der bisher durch das Nansenamt und durch den Hochkommissar für Flüchtlinge aus Deutschland geleisteten Arbeit durch den Völkerbund ermöglicht, trotz der bisherigen ablehnenden Haltung Russlands. Die Flüchtlingsfrage im weitesten Sinne des Wortes ist ein humanitäres Werk, dem sich der Völkerbund unter keinen Umständen entziehen sollte. Sie ist ausserordentlich vielfältig und kann nur durch ein mit Fachmännern besetztes internationales Amt und nur auf sehr lange Sicht einer Lösung entgegengeführt werden. Ein neu zu gründendes Komitee aus Vertretern verschiedener Staaten, wie es in der Absicht des Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika zu liegen scheint, könnte unseres Erachtens auf die Dauer keine nützliche Arbeit leisten, nicht einmal, wenn es ein ständiges Bureau gründen würde mit einem Leiter, ähnlich wie das Hochkommissariat von 1933 für die Flüchtlinge aus Deutschland mit dem Amerikaner Mac Donald als Hochkommissar und einem Verwaltungsrat, bestehend aus den Vertretern einer Reihe von Staaten. Dieses Hochkommissariat musste bald aufgelöst und dem Völkerbund angegliedert werden, weil es nicht in der Lage war, das Problem einer Lösung entgegenzuführen und weder die Rechtsstellung der Flüchtlinge aus Deutschland in den europäischen Staaten noch die Auswanderung nach Übersee fördern konnte.

Diese Überlegungen führen zum Schluss, dass die Gründung eines Komitees, wie es von den Amerikanern vorgeschlagen wird, nicht zweckmässig wäre und gegenstandslos der Flüchtlingsfrage in ihrer Gesamtheit dadurch Schaden bringen könnte, da sie vom Völkerbund abgezogen würde. Wir gehen trotzdem einig mit Ihnen, dass der amerikanische Vorschlag nicht abgelehnt werden sollte. Aus folgenden Gründen:

Abgesehen davon, dass die Schweiz wohl aus politischen Überlegungen den Vorschlag nicht einfach ablehnen kann, scheint es uns wichtig zu sein, die Amerikaner in Europa als Teilnehmer einer von ihnen angeregten Konferenz begrüessen zu können. Einmal gibt dies Gelegenheit, ihnen die Lage der europäischen Staaten in der Flüchtlingsfrage auseinanderzusetzen. Sodann können sie über die bisher seit Jahren durch den Völkerbund geleistete Arbeit und über die Zweckmässigkeit, ja die

Notwendigkeit deren Fortführung aufgeklärt werden. Es sollte aber angeregt werden, das Generalsekretariat des Völkerbundes ebenfalls zu der Konferenz einzuladen. Herr Dr. Kullmann, mit dem wir in Ihrem Einverständnis Fühlung genommen haben, ist ebenfalls der Auffassung, die Anregung Amerikas sollte nicht von vornherein negativ behandelt werden; er teilte uns mit, das Generalsekretariat lege Wert darauf, zur Teilnahme an der Konferenz eingeladen zu werden. Da alle Nachbarstaaten Deutsch-Österreichs und die meisten Nachbarn des übrigen Deutschen Reichs Massnahmen gegen die unkontrollierte Zureise von Emigranten aus Deutsch-Österreich getroffen haben, können diese nicht mehr wie bisher aus Deutschland ohne Mittel frei in andere Länder fahren, die für ihr Weiterkommen sorgen müssen. Die deutsche Regierung wird deshalb wohl über die Auswanderung verhandeln müssen mit den Einwanderungsstaaten.

Aus diesen Gründen sollte der Versuch gemacht werden, die von den Vereinigten Staaten von Amerika einberufene Konferenz als *einmalige* Zusammenkunft der europäischen mit den amerikanischen Staaten dazu zu benützen, um die Lage des Völkerbundes als Zentrale für die Behandlung des gesamten Flüchtlings- und Staatenlosenproblems zu stärken und zu erreichen, dass die amerikanischen Staaten eine *ständige* Stelle schaffen, die sich mit der Einwanderung nach Übersee befasst. Diese Stelle hätte in ständiger Verbindung mit dem Völkerbund zu stehen. Dieser könnte vielleicht die Mitarbeit der Vereinigten Staaten am Flüchtlingsproblem durch Entsendung eines ständigen Delegierten erreichen. Die ständige Stelle in Amerika könnte zudem für direkte Verhandlungen mit der deutschen Regierung in Frage kommen.

Die Konferenz sollte wenn möglich nicht in der Schweiz tagen. Holland hat in seiner Antwort darauf hingewiesen, es sollte von Genf als Konferenzort abgesehen werden. Der holländische Gesandte hat sich persönlich dahin geäussert, er glaube kaum, dass seine Regierung die Konferenz in Holland haben möchte. Paris scheint uns als Boden der politisch orientierten Flüchtlingskomitees – z.B. Comité pour la défense du droit d'asile – nicht geeignet zu sein. Brüssel dürfte sowohl zentral gelegen, wie auch nach der politischen Einstellung Belgiens geeignet sein, falls die belgische Regierung sich einverstanden erklären könnte.

Wenn Sie mit unseren Überlegungen einig gehen, erlauben wir uns, Ihnen vorzuschlagen, die Note der amerikanischen Gesandtschaft dahin zu beantworten, dass die Schweiz zwar für die Flüchtlinge aus Österreich wie für die aus Deutschland wegen ihrer grossen Überfremdung und den zahlreichen einheimischen Arbeitslosen nur als Transitland in Betracht kommen könne. Dass sie aber, wie sie seinerzeit im Verwal-

tungsrat des ehemaligen Hochkommissars Mac Donald und seit Jahren beim Völkerbund mitgearbeitet habe, bereit sei, an der von den Vereinigten Staaten angeregten Konferenz teilzunehmen. Sie nehme aber an, die Konferenz werde das weitere Vorgehen in der gesamten Flüchtlingsfrage prüfen und insbesondere der Weiterarbeit des Völkerbundes nicht nur nichts in den Weg legen, sondern sie unterstützen. Es dürfte zweckmässig sein, das Generalsekretariat zur Teilnahme einzuladen, das mit seiner langjährigen, grossen Erfahrung sicherlich nützlich sein könnte. Als Konferenzort werde, als für die Konferenzteilnehmer zentral gelegen, Brüssel vorgeschlagen.

**QUELLE 2 | 20. AUGUST 1938 – PARISER TAGESZEITUNG
– «DER FLÜCHTLINGSSTROM ZUR SCHWEIZER
GRENZE» UND «EMIGRANTENTRAGÖDIE»**

Pariser Tageszeitung, 20.8.1938

Der Flüchtlingsstrom zur Schweizer Grenze –

Von Wien nach München und über Freiburg zu Fuss in die Schweiz

Das Eidgenössische Justiz- und Polizeidepartement hat, wie bereits kurz berichtet, nunmehr die Schweizer Grenze für illegale Flüchtlinge aus Deutschland und Österreich hermetisch schliessen lassen. In der amtlichen Mitteilung wird auf den ständig wachsenden Flüchtlingsstrom an der Ost- und Nordgrenze hingewiesen. Weiter heisst es: «Anderseits ist die Möglichkeit der Weiterreise dieser Ausländer heute sehr gering, da auch Frankreich strenge Massnahmen gegen den Zustrom von Flüchtlingen hat erlassen müssen.» Es handelt sich hierbei, wie wir mitteilen können, um das Inkrafttreten der in der letzten Verordnung des französischen Innenministeriums vorgesehenen verschärften Kontrollmassnahmen an der Grenze.

Basel, 19. August

Der Zustrom der legal und illegal über die deutsch-schweizerische Grenze kommenden jüdischen Flüchtlinge hat wie anderswo, auch in Basel in den letzten Tagen ein grosses Ausmass angenommen. Es trafen rund 15 bis 20 solcher Emigranten täglich in Basel ein, ohne ein gültiges Einreisevisum zu besitzen. Gemäss einer Vereinbarung mit den kantonalen Polizeibehörden haben sie sich auf der Flüchtlingsstelle der Israelitischen Fürsorge zu melden. Zur Unterbringung in ein Massnlager benötigt man leerstehende Liegenschaften, Gasthäuser und Herbergen, während die jüdische Fürsorgestelle durch Verteilung von Gutscheinen für ihren

Unterhalt aufkommt. Unter den Emigranten befinden sich u.a. Ärzte, Juristen, Studenten und Schüler, die grösstenteils aus dem ehemaligen Österreich stammen und die alle schwarz über die Grenze gekommen sind. Sie fuhren über München nach Freiburg im Breisgau⁵⁷ und wanderten sodann zu Fuss in die Schweiz. Allein im letzten Monat hat die Basler Fürsorgestelle für diese jüdischen Flüchtlinge über 20'000 Franken aufgewendet.

Bis zur definitiven Entscheid durch das Justiz- und Polizeidepartement werden sie unter gewissen Voraussetzungen in Basel geduldet. Folgendes sind die Vorschriften: Jedes Betteln und Hausieren und jede sonstige Erwerbstätigkeit ist verboten, ebenso jede politische Tätigkeit und jede Begünstigung des illegalen Grenzübertritts. Im Interesse der Emigranten selbst wird ihnen untersagt, Bars, Weinstuben oder Kabarette aufzusuchen, fremde Personen anzusprechen, sich auffallend zu benehmen oder sich auf der Strasse laut zu verhalten. Die jüdische Flüchtlingsstelle selbst hat sich verpflichtet, Zuwiderhandelnde sofort zur Anzeige zu bringen, die eine Rückstellung an die deutsche Grenze zu gewärtigen haben Emigrantentragödie

Pressburg, 19. August

In der Umgebung der Station Berg spielte sich eine Emigrantentragödie ab. Der nach Wolfsthai in Österreich zuständige Gärtner Nikolai Novakov, versuchte den jüdischen Emigranten Paul Kastner über die Grenze in die Tschechoslowakei zu bringen. Die tschechoslowakische Polizei verhaftete Novakov⁵⁸ in der Nähe der Grenze. Er wird wegen unbefugten Grenzübertritts verfolgt. Kastner hatte, als er die Polizisten herannahen sah, ein unbekanntes Gift genommen und starb nach wenigen Minuten. Seine Leiche wird zur Obduktion überführt. Paul Kastner war erst 28 Jahre alt und stammte aus einer wohlhabenden Wiener Familie. Er war Photograph und Chemiker.

QUELLE 3 | 1. OKTOBER 1938 – SCHREIBEN H. ROTHMUND AN J. BAUMANN UND F. KAPPELER – BERICHT UND ABKOMMEN BERLINER VERHANDLUNGEN, AUSZUG

Schweizerisches Bundesarchiv: Diplomatische Dokumente der Schweiz, Bd. 12, Dokument Nr. 414

⁵⁷ Im Original: Freiburg i.B.

⁵⁸ Im Original: Novokov.

Der Chef der Polizeiabteilung des eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartments, H. Rothmund, an den Legationssekretär der Schweizerischen Gesandtschaft in Berlin, F. Kappeler, und den Bundespräsidenten, J. Baumann Bern, 1. Oktober 1938

Bericht über die Berliner-Verhandlungen vom 27. bis 29. September 1938

Wir beehren uns, Ihnen im Folgenden Bericht zu erstatten über die Verhandlungen mit Deutschland zum Zwecke der gegenseitigen Verständigung über die Kontrolle der Einreise deutscher Emigranten nach der Schweiz. Die Verhandlungen wurden geführt auf schweizerischer Seite durch Herrn Dr. Rothmund, Chef der Polizeiabteilung im eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartement, und Herrn Legationsrat Dr. Kappeler von der Schweizerischen Gesandtschaft in Berlin; auf deutscher Seite von Herrn Ministerialdirigent Dr. Best von der Geheimen Staatspolizei als Vorsitzendem, sowie den Herren Ministerialrat Dr. Krause und Dr. Kröning vom Innenministerium und Geheimrat Rödiger vom Aussenministerium. Sie fanden statt im Innenministerium, an der Albrechtstrasse, vom 27. bis zum 29. September 1938.

Von allem Anfang an fand eine offene, freundschaftliche Aussprache statt, an der zunächst der Erstunterzeichnete die Notwendigkeit einer lückenlosen Kontrolle der deutschen Nichtarier vor ihrem Erscheinen an der Schweizergrenze als unerlässlich bezeichnete und begründete. Er legte dar, wie die eidgenössische Fremdenpolizei seit bald 20 Jahren gegen die Überfremdung durch die Zureise neuer Ausländer kämpft, besonders gegen schwer oder nicht assimilierbare Ausländer, wozu vor allem die Juden gehören; ferner in welche Lage sie gekommen ist durch die unkontrollierte Zureise mittelloser Emigranten aus Österreich, deren Zahl heute ungefähr 2 300 beträgt. Die Kontrolle kann sich nicht nur auf die deutschen Juden erstrecken, die direkt aus dem Reichsgebiet in die Schweiz einreisen wollen. Sie muss ausgedehnt werden auf die bereits in andern Ländern, ganz besonders in Italien sich Aufhaltenden und auf solche, die sich künftig von Deutschland aus zunächst in ein anderes Land begeben und von dort nach der Schweiz kommen wollen.

Auf deutscher Seite bestand von Anfang an das Bestreben, uns soweit wie möglich entgegenzukommen, da man um jeden Preis die Wiedereinführung des Visumszwangs für alle Inhaber deutscher Pässe vermeiden wollte, eine Massnahme, die vom Erstunterzeichneten als nach der derzeitigen Lage notwendig bezeichnet wurde. Im Laufe der Verhandlungen zeigte es sich, dass Deutschland die bisherige Politik den Juden gegenüber in zwei Punkten ändern will. Einmal benötigt die deut-

sche Regierung zur Durchführung ihrer Gesetze und Verordnungen gegenüber den durch die Nürnberger Gesetze als Nichtarier bezeichneten Deutschen im In- und im Ausland einen Ausweis, der den Nichtarier ausdrücklich bezeichnet. Für das Inland ist dazu die für Nichtarier obligatorische Kennkarte (wie in Belgien und Frankreich die Carte d'identité) vorgesehen, für die deutschen Konsulate im Ausland der Pass. Es sollen deshalb sämtliche in Deutschland ausgegebenen, für Reise ins Ausland bestimmten Pässe auf der ersten Seite links oben ein Kennzeichen für Juden enthalten in Form eines Kreises mit zwei Centimeter Durchmesser, in den ein J eingetragen wird. Die bisher nur für das Inland ausgestellten Pässe fallen dahin, sobald die Ausstellung der Kennkarte durchgeführt sein wird. Das gleiche Kennzeichen muss von den deutschen Konsulaten im Ausland in die von ihnen ausgegebenen Pässe eingetragen werden. Zum andern wurde von der deutschen Delegation erklärt, deutsche Nichtarier würden künftig nur noch den Pass erhalten, wenn sie nachweisen könnten, dass sie die Übersiedlungsbewilligung eines andern Staates besitzen. Dazu wurde beigefügt, dass Deutschland ein Interesse habe daran, dass die auswandernden Juden sich in möglichst entfernten Ländern ansiedeln, auf keinen Fall in seinen Nachbarstaaten. Es würden jedoch auch Pässe ausgegeben zur vorübergehenden Aus- und Wiedereinreise, wenn glaubhaft gemacht werden könne, dass diese Reise zur Vorbereitung der endgültigen Auswanderung notwendig sei. Inhaber solcher Pässe müssten aber nach einer gewissen Zeit wieder zurückkehren. Diese zwei neuen Richtlinien, denen ein deutsches Interesse zugrunde liegt, erlaubten der schweizerischen Delegation, die Diskussion auf der Basis des Verzichtes auf die allgemeine Wiedereinführung des Sichtvermerkwangs weiterzuführen. [...]

Schlussbemerkungen

Es brauchte für den Erstunterzeichneten Überwindung, dem Ergebnis der Besprechungen zuzustimmen, da es eine sofortige lückenlose Kontrolle über die Einreise deutscher Emigranten vor deren Eintreffen an der schweizerischen Grenze nicht bringt. Nachdem er aber aus den Besprechungen entnehmen zu glauben durfte, dass es den deutschen Behörden wirklich ernst ist mit der Ergreifung und restlosen Durchführung der vorgesehenen Massnahmen, nachdem deutscherseits auch erklärt wurde, dass die bereits in den Händen deutscher Nichtarier sich befindenden deutschen Pässe in absehbarer Zeit sämtlich abgelaufen sein werden, sodass sie im Zeitpunkt der Verlängerung mit dem Judenzeichen versehen werden können, nachdem er ferner wusste, dass der Bundesrat der allgemeinen Wiederein-

führung des Visumszwangs auf dem deutschen Pass nicht geneigt war und dessen Erzwingung in Berlin böses Blut gemacht hätte, glaubte er den Versuch wagen zu können. Es darf ja angenommen werden, dass nach der Verkündung der neu zu treffenden Massnahme über die Einholung der «Zusicherung der Bewilligung zum Aufenthalt in der Schweiz oder zur Durchreise durch die Schweiz» die Zahl der ohne diese und ohne das Judenzeichen im Pass an der schweizerischen Grenze erscheinenden deutschen Nichtarier gegenüber dem heutigen Zustand ganz erheblich abnehmen dürfte. Auch wird die Fremdenpolizei diejenigen, denen es noch gelingen wird, ohne die «Zusicherung» die schweizerische Grenze zu überschreiten, wegweisen können. Allerdings müssen diejenigen, die aus Italien nach der Schweiz kommen, dann nach Deutschland zurückgeschickt werden, da die sehr gut ausgebaute italienische Kontrolle eine Zurückweisung nach Italien nicht ermöglicht. Die Unterschrift wurde auch erleichtert durch die offene, von freundschaftlichem Geiste getragene Art der gegenseitigen Aussprache. Hoffen wir, dass es der deutschen Regierung gelingen werde, die ausführenden Organe zur strikten Durchführung der übernommenen Verpflichtungen zu veranlassen. Der Erstunterzeichnete hat in seinen früheren Berichten an Sie über die Kontrolle der Einreise von Flüchtlingen aus Deutschland seine Bedenken über eine nur gegen die Juden gerichtete Massnahme mehrfach geäußert. Der vorliegende Bericht befasst sich nur mit der technischen Seite der Kontrolle. Der Bundesrat wird darüber befinden müssen, ob ihm die genannten Bedenken die Zustimmung zu der in Berlin vorgesehenen Massnahme gestatten.

ANHANG

Deutsch-schweizerisches Abkommen zur Regelung der Einreisebedingungen in die Schweiz für reichsangehörige Juden

Vertraulich. Intern.
Berlin, 29. September 1938

Auf Grund der Besprechungen, die in der Zeit vom 27. bis zum 29. September 1938 zwischen Vertretern der Deutschen und der Schweizerischen Regierung in Berlin stattgefunden haben, ist zur Regelung der Frage der Einreise von reichsangehörigen Juden in die Schweiz folgendes in Aussicht genommen worden:

Die Deutsche Regierung wird dafür Sorge tragen, dass alle diejenigen Pässe von reichsangehörigen Juden (§ 5 der Ersten Verordnung zum Reichsbürgergesetz vom 14. November 1935 – RGBI. I S. 1333), die zur Ausreise in das Ausland oder für den

Aufenthalt im Ausland bestimmt sind, möglichst beschleunigt mit einem Merkmal versehen werden, das den Inhaber als Juden kennzeichnet.

Die Schweizerische Regierung wird reichsangehörigen Juden, deren Pass mit dem in Nr. 1 erwähnten Merkmal versehen ist oder nach den deutschen Bestimmungen versehen sein muss, die Einreise in die Schweiz gestatten, wenn die zuständige schweizerische Vertretung in den Pass eine «Zusicherung der Bewilligung zum Aufenthalt in der Schweiz oder zur Durchreise durch die Schweiz» eingetragen hat.

Die in Betracht kommenden deutschen Dienststellen, die an der deutsch-schweizerischen Grenze mit der Passnachsicht und Grenzüberwachung betraut sind, werden angewiesen werden, an der Ausreise nach der Schweiz reichsangehörige Juden zu hindern, deren Pass die «Zusicherung der Bewilligung zum Aufenthalt in der Schweiz oder zur Durchreise durch die Schweiz» nicht enthält.

Die Deutsche Regierung behält sich vor, nach Benehmen mit der Schweizerischen Regierung auch von Juden schweizerischer Staatsangehörigkeit die Einholung einer «Zusicherung der Bewilligung zum Aufenthalt im Reichsgebiet oder zur Durchreise durch das Reichsgebiet» zu fordern, falls sich hierfür nach deutscher Auffassung etwa die Notwendigkeit ergeben sollte.

Die Schweizerische Regierung nimmt die Kündigung der deutsch-schweizerischen Vereinbarung über die gegenseitige Aufhebung des Sichtvermerkszwanges vom 9. Januar 1926 zurück.

Falls die oben vorgesehene Regelung nicht zu befriedigenden Ergebnissen führen sollte, werden die beiden Regierungen erneut, insbesondere wegen der Bestimmung des Zeitpunktes für die etwa notwendige Einführung des allgemeinen Sichtvermerkszwanges in Verbindung treten.

Heinrich Rothmund, F. Kappeler
Dr. Best, Krause, Kröning, G. Redige

**QUELLE 4 | 7. DEZEMBER 1938 – H. ROTHMUND AN GUIDO MÜLLER
– STELLUNGNAHME ZU ANTISEMITISMUSVORWÜRFEN**

Schweizerisches Bundesarchiv: Diplomatische Dokumente der Schweiz, Bd. 12, Dokument Nr. 471

Der Chef der Polizeiabteilung des eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartments, H. Rothmund, an Nationalratsmitglied Guido Müller

Bern, 7. Dezember 1938

Unter Bezugnahme auf die heute Vormittag erfolgte Begründung Ihrer Interpellation über die Flüchtlingsfrage, anlässlich welcher Sie es für nötig fanden, den Chef der Polizeiabteilung als Antisemiten hinzustellen, beehre ich mich, Ihnen in der Beilage folgende Dokumente zu überreichen, denen Sie entnehmen wollen, wie heftig dieser Antisemitismus ist:

Mein Referat an der Generalversammlung der Schweiz. Zentralstelle für Flüchtlingshilfe in Olten vom 4. November 1936, meinen Vortrag an der Delegiertenversammlung der Neuen Helvetischen Gesellschaft in Zürich «Die Schweiz durch die Brille der Fremdenpolizei» vom 3. April 1937, mein Exposé, das ich als Delegierter des Bundesrates an der intergouvernementalen Konferenz in Evian am 11. Juli 1938 vorgetragen habe, mein Referat am Auslandschweizertag in Schaffhausen «Ausländer in der Schweiz und Schweizer im Ausland», vom 11. September 1938. Ich beehre mich, dazu noch folgendes beizufügen:

Wohl empfindet der Schweizer, vom Arbeiter bis zum Intellektuellen, den Juden im Allgemeinen als ein ihm fremdes Element. Er nimmt ihn nur schwer in seinen engeren Freundeskreis auf. Antisemit ist er aber nicht, weil der schweizerische Jude sich wahrscheinlich gerade wegen dieser zurückhaltenden Einstellung des Schweizers ihm gegenüber in sehr weitgehendem Masse assimiliert hat. Der ausländische Jude, namentlich die Grosszahl der deutschen Emigranten, hat diesen starken Assimilationsprozess in seinem Aufenthalts- oder Heimatstaat in der Regel nicht durchgemacht. Er ist auch vielfach noch zionistisch eingestellt und wehrt sich offen gegen die Assimilation. Wenn wir solche Elemente für dauernd bei uns aufnehmen oder ihnen erlauben, auch nur vorübergehend selbständig oder unselbständig sich in unser Erwerbsleben einzuschalten, dann besteht allerdings die Gefahr des Antisemitismus. Ich spreche absichtlich von einer Gefahr, weil ich überzeugt bin, dass eine auf breitere Basis gestellte antisemitische Bewegung in der Schweiz nicht nur etwa grosse wirtschaftliche Nachteile für uns haben könnte, die weit über die Interessen unseres Fremdenverkehrs hinausgehen würden, sondern an die Wurzel unserer demokratischen Staatsauffassung gehen könnte. Ich habe deshalb alle fremdenpolizeilichen Massnahmen in der Flüchtlingsfrage stets sorgfältig dahin abgewogen, dass den Emigranten der Aufenthalt gewährt werden kann soviel und soweit es die schweizerischen Gesamtinteressen ertragen können.

Ich hätte mich nicht veranlasst gesehen, Ihnen zu schreiben, wenn es sich etwa nur um meine Person handeln würde, da ich gerade auf dem Flüchtlingsgebiet gewöhnt bin,

persönlich falsch eingeschätzt zu werden. Es handelt sich aber um die Wirkung nach aussen, im Interesse unseres Landes und Volkes.

Aus diesem Grund scheint es mir unzweckmässig zu sein, im Parlament von antisemitischen Massnahmen der Bundesverwaltung oder gar von Antisemitismus des verantwortlichen Leiters der für die Emigrantenfrage zuständigen Abteilung zu sprechen. Ich möchte Ihnen übrigens empfehlen, sich einmal mit dem Präsidenten des Schweizerischen Israelitischen Gemeindebundes, Herrn Saly Mayer in St. Gallen, und mit dem Präsidenten der Schweizerischen Israelitischen Armenpflegen, Herrn Silvain Guggenheim in Zürich, über die Flüchtlingsfrage in Verbindung zu setzen. Ich arbeite seit mehr als fünf Jahren mit diesen Herren zusammen, auf der Basis gegenseitiger Loyalität und persönlicher Hochschätzung. Ich bitte sie, diese Kritik an Ihren Äusserungen so aufzufassen, wie sie gemeint ist, nämlich einzig und allein im Interesse unseres Landes und nicht der Person.

DIE ENTWICKLUNG DES ANTISEMITISMUS IN FRANKREICH ZWISCHEN 1933 UND 1939

Luise Eckardt

«In unserem lieben Land Frankreich, zum ersten Mal seit dem Krieg, hat der Antisemitismus seinen Kopf erhoben.», schreibt Rabbi Jacob Kaplan 1935 über die spürbar werdende judenfeindliche Stimmung in der *Univers Israélite*.¹ Der Erfolg der Nationalsozialisten in Deutschland hatte zu einer verstärkten Anziehungskraft des Antisemitismus auf einen Teil der französischen Bevölkerung geführt. Der Widerstand gegen die (jüdische) Einwanderung aus Ost- und Mitteleuropa wurde zunächst durch die anhaltende Wirtschaftskrise zu Beginn der 1930er Jahre angeheizt. In den Jahren 1936 und 1937 stand die Volksfront-Regierung unter Premier Léon Blum vermehrt in der Kritik. Am Ende eines Jahrzehnts der politischen Wechsel und journalistischen Debatten sahen sich sowohl die französischen als auch die eingewanderten Juden einer massiven Repression ausgesetzt.²

EINWANDERUNG IN FRANKREICH NACH DEM ERSTEN WELTKRIEG

Frankreich sah die Einwanderung nach dem Ersten Weltkrieg als eine Möglichkeit an, dem wirtschaftlich geschwächten Land zur Erholung zu verhelfen.³ Es wurde keine Massenemigration erwartet, sodass die Einwanderungspolitik zunächst liberal eingestellt war.⁴ Neben polnischen und russischen Migranten kamen ab 1933 auch Flüchtlinge aus dem nationalsozialistischen Deutschland, die in Frankreich einen Sonderstatus erhielten, der sie von der normalen Visumpflicht befreite. Allein 1933 nahm das Nachbarland etwa 25'000 Flüchtlinge auf – ganze 40 Prozent aller Emigranten, die in

¹ Die *Univers Israélite* war eine französische Zeitung, die zwischen 1844 und 1940 in Paris herausgegeben wurde. Seit 1986 erschien sie wöchentlich und veröffentlichte Grundsatzserklärungen französischer Oberrabbinen. Vgl. Berg, Roger: *Univers Israélite*, in: *Encyclopedia Judaica*, Bd. 15, Jerusalem 1971, Sp. 1674. Zitiert nach: Hyman, Paula: *The Jews of Modern France*, Berkeley 1998, S. 145-146.

² Vgl. Hyman: *The Jews of Modern France*, S. 146.

³ Vgl. ebd., S. 137-138.

⁴ Vgl. Caron, Vicki: *Unwilling Refugee. France and the Dilemma of Illegal Immigration, 1933-1939*, in: *Refugees from Nazi Germany and the Liberal European States*, New York, Oxford 2010, S. 57-81, hier: S. 57.

diesem Jahr das Deutsche Reich verliessen.⁵ Ein Grossteil von ihnen setzte die Reise nach Übersee fort. 1939 war etwa die Hälfte der 300'000 Juden in Frankreich nicht im Land geboren. Nur etwa ein Drittel besass die französische Staatsbürgerschaft. Frankreich wurde für die Verfolgten des NS-Regimes zum wichtigsten Einwanderungsland der Welt und in Paris bildete sich eine der grössten jüdischen Gemeinden weltweit.⁶ Durch die anhaltende Wirtschaftskrise verschlechterte sich jedoch die Situation der Emigranten. Die Bevölkerung Frankreichs sah ihre Arbeitsplätze bedroht. Die Regierung reagierte auf die anhaltenden Proteste mit Berufsverboten: 1934 wurden eingebürgerten Ausländerinnen für volle zehn Jahre nach Erhalt ihrer Staatsbürgerschaft der Zugang zum öffentlichen Dienst, einschliesslich der Anwaltskammer, gesetzlich untersagt. Ein Jahr später wurde ein ähnliches Gesetz verabschiedet, das eine fünfjährige Wartefrist für eingebürgerte Ärztinnen vorsah.⁷ Ohne eine Arbeitsgenehmigung erhielten die Einwanderer jedoch keine Aufenthaltserlaubnis. Und ohne diese drohte ihnen die Ausweisung aus Frankreich.⁸ Osteuropäische Flüchtlinge wurden bereits im Sommer 1933 als wirtschaftliche und nicht als politische Emigranten betrachtet, sodass sie in ihre Herkunftsländer abgeschoben werden konnten. Im Oktober wurden auch die französischen Konsulate in Deutschland angewiesen, Visa nur noch in Ausnahmefällen zu vergeben.⁹ So heisst es in einem Bericht an den französischen Aussenminister Joseph Paul-Boncour (*Section française de l'Internationale ouvrière*): «Die endgültige Niederlassung sorgfältig ausgewählter Elemente, von denen die meisten längerfristig die französische Staatsbürgerschaft annehmen wollen, kann zwar für uns von Vorteil sein, doch ist es sicherlich ratsam, bezüglich der schlechter gestellten Juden, von denen die meisten erst seit sehr kurzer Zeit in Deutschland sind, ein ernsthaftes Auswahlverfahren ins Auge zu fassen.» (*Quelle 1*) Die Emigranten mussten nun auch eindeutig belegen, dass ihr Leben bedroht wurde.¹⁰

5 Vgl. Caron, Vicki: The Politics of Frustration. French Jewry and the Refugee Crisis in the 1930s, in: The Journal of Modern History 65 (1993), S. 311-356, hier: S. 313-314; Hyman: The Jews of Modern France, S.137.

6 Vgl. Happe, Katja; Mayer, Michael; Peers, Maja (Bearb.): West- und Nordeuropa 1940-Juni 1942 (Die Verfolgung und Ermordung der europäischen Juden durch das nationalsozialistische Deutschland 1933-1945, Bd.5). München 2012. S.21.

7 Vgl. Caron: The Politics of Frustration, S. 313-316.

8 Vgl. Delacor, Regina M.: Die Reaktionen Frankreichs auf den Novemberpogrom, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 46 (1998), S. 998-1006, hier: S. 999.

9 Vgl. Caron: The Politics of Frustration, S. 317.

10 Vgl. Caron: Unwilling Refuge, S.59.



Léon Blum (1872-1950) wurde 1936 erster sozialistischer Premierminister Frankreichs, Postkarte 1930.

Frankreich sollte nur noch als Transitland dienen. Einreisen durften nur noch Menschen, die ein Visum für die Weiterreise nach Übersee hatten.¹¹ Initiativen der Flüchtlingshilfe sollten der internationalen Gemeinschaft überlassen werden.¹²

DIE VOLKSFRONT-REGIERUNG

Als 1936 die Volksfront-Regierung (*front populaire*) bestehend aus linken Parteien antrat, knüpften die Emigranten ihre Hoffnungen an einen politischen Wechsel, der für sie

¹¹ vgl. Delacor: Die Reaktionen Frankreichs auf den Novemberpogrom, S. 1001.

¹² Vgl. Caron: The Politics of Frustration, S. 318.

mehr Sicherheit bedeuten würde. Premierminister wurde Léon Blum.¹³ Er entstammte dem jüdischen Bildungsbürgertum und verkehrte vor allem in der Pariser Kulturszene. Blum war als Vorsitzender der Partei *Section française de l'Internationale ouvrière* (SFIO) massgeblich an der Erarbeitung des Parteiprogramms beteiligt.¹⁴ (*Quelle 2*) Trotz der Versuche, in den kommenden Jahren die Integration der Emigranten voranzutreiben, bedeutete der Amtsantritt Léon Blums auch eine verstärkte antisemitische Rhetorik gegenüber den Juden.¹⁵ Die Hoffnung der Emigrantinnen schwand, als sich Frankreich als Transitland präsentierte und noch immer zögerte, Flüchtlinge aufzunehmen. Lediglich die Politik der Volksfront gegenüber den noch im Land lebenden Einwanderer blieb human. Es wurden Gesetze erlassen, die zur Regulierung ihres Status führten und einen Schutz vor willkürlichen Ausweisungen boten. Weiterhin wurde eine allgemeine Amnestie für alle illegalen Emigrantinnen verhängt.¹⁶ Im Programm der Volksfront vom 11. Januar 1936 wurde zudem beschlossen, «gegen die Krise und gegen die faschistischen Organisationen, die sie im Namen der Finanzmächtausbeuten, [zu] kämpfen». International strebte die *Front Populaire* eine enge Zusammenarbeit mit dem Völkerbund an.

Die Tatsache, dass Blum sowohl Sozialist als auch jüdischen Glaubens war, verstärkte das Stereotyp des Juden als radikalen Umstürzler der Gesellschaftsordnung. Seine politischen Gegner machten den Premier zum Symbol der heimtückischen Invasion und Unterwerfung Frankreichs, wodurch die rechten Parteien immer mehr Zulauf gewannen.¹⁷ Gleichzeitig liess die Euphorie der Arbeiterschaft nach, die den Regierungsantritt Léon Blums begleitet hatte. Die Verbesserungen der sozialen Lage blieben hinter den Erwartungen zurück und die wirtschaftliche Lage veränderte sich nicht. Bald darauf verlor er auch die Unterstützung der Regierungsvertreter.

13 Zu den Parteien zählten die *Section française de l'Internationale ouvrière* (SFIO), die *Parti communiste français* (PCF) und die *Parti radical*. Hinter der Volksfrontregierung stand eine Sammlungsbewegung von 98 Vereinigungen mit politischen und unpolitischen Zielen. Mehr zu den Parteien und Vereinen bei Bokelmann, Elisabeth: *Das Experiment Blum. Die Volksfront in Frankreich und das Ende der Dritten Republik 1936-1940*, Frankfurt am Main 2014. Eine Liste aller beteiligten Vereine ist dort auf S. 213-216 zu finden. Vgl: Delacor: *Die Reaktionen Frankreichs auf den Novemberpogrom*, S. 999-1000.

14 Vgl. Bokelmann: *Das Experiment Blum*, S. 26-28.

15 Vgl. Hyman: *The Jews of Modern France*, S. 138-147.

16 Vgl. ebd., S. 153.

17 Vgl. Happe; Mayer; Peers (Bearb.): *West- und Nordeuropa 1940-Juni 1942*, S.22; Hyman: *The Jews of Modern France*, S. 148.

Nach nur etwa einem Jahr im Amt des Premierministers – am 21. Juni 1937 – reichte Blum im Senat seinen Rücktritt ein.¹⁸

Das Ende der Regierung Blum und die darauffolgenden Ereignisse in Europa im Jahr 1938 leiteten eine folgenschwere Wende ein.¹⁹ Die Toleranz gegenüber ausländischen Juden verschwand aus dem gesellschaftlichen und politischen Leben Frankreichs.²⁰

ANTISEMITISMUS IN FRANKREICH 1938/39

Antisemitismus wurde in den 1930er Jahren zu einem mächtigen Instrument der politischen Aktivisten der radikalen Rechten, um eine Einheit verschiedener sozialer Gruppen zu erreichen. Juden wurden zu einer Antithese der Französischen und Franzosen stigmatisiert. Diese setzten antisemitische Parolen ein, um den französischen Nationalismus zu stärken.²¹ Aufgrund der Erosion des französischen Nationalbewusstseins und der Angst vor dem Wiedererstarken des deutschen Nachbarn, versuchten sie durch antisemitische Parolen, diese Einheit zu schaffen.²²

Mit der Konferenz im französischen Évian im Juli 1938 wurde das Thema der Flucht und Emigration wieder verstärkt in den Fokus gerückt. *Le Journal*, eine der größten Tageszeitungen Frankreichs, titelt: «Frankreich wird überrollt».²³ Mit Blick auf die Debatten über die internationale Flüchtlingshilfe heisst es dort: «Wir sind derzeit – vielleicht – noch Herren im eigenen Haus; doch wir werden als Rasse immer weniger, während zugleich die hereinströmenden Fremden mehr werden und sich dauerhaft einrichten.» (*Quelle 3*)

Durch restriktive Massnahmen setzte die neue Regierung unter Premierminister Edouard Daladier (*Radical socialiste*) der Politik im Geiste der Volksfront ein Ende.²⁴ Besonders deutlich wurde der Richtungswechsel in der Einwanderungspolitik. Der neue Innenminister Albert Sarraut (*Radical socialiste*) verstärkte die

18 Vgl. Arndt, Regine: Leon Blum – einjüdischer Franzose. Zur Bedeutung von bildhaften Vorstellungen für die antisemitische Propaganda in Frankreich während der 30er Jahre, S. 38.

19 Vgl. Delacor: Die Reaktionen Frankreichs auf den Novemberpogrom, S. 1000.

20 Vgl. Hyman: The Jews of Modern France, S. 153.

21 Vgl. ebd., S. 146.

22 Vgl. ebd.; Meyer, Michael: Staaten als Täter. Ministerialbürokratie und «Judenpolitik» in NS-Deutschland und Vichy-Frankreich – Ein Vergleich (Studien zur Zeitgeschichte, Bd.80), München 2010, S.24.

23 Vgl. Albert, Pierre: La Presse française, 2. Aufl., Paris 2004, S. 192.

24 Zur Zusammensetzung des Dritten Kabinetts Daladier siehe Neri-Ultsch, Daniela: Sozialisten und Radicaux – eine schwierige Allianz. Linksbündnisse in der Dritten Französischen Republik 1919-1938 (= Quellen und Darstellungen zur Zeitgeschichte, Bd.63), München 2005, S. 518.

Überwachung von Emigranten durch zahlreiche Erlasse und Gesetze. Grenzkontrollen und Strafen für illegalen Grenzübertritt wurden verschärft.²⁵ Erstmals kam es auch zur Androhung von Geld- und Gefängnisstrafen für Helfende.²⁶

Nach den Pogromen im November 1938 reagierte die französische Regierung verhalten. Sie wollte die deutsch-französische Annäherung und die Appeasement-Politik gegenüber dem NS-Regime nicht gefährden. Statt die Grausamkeiten anzuprangern, versprach die Regierung eine Untersuchungskommission einzurichten, um das Attentat auf Ernst vom Rath aufzuklären.

Den Mord an dem deutschen Botschafter Ernst vom Rath durch Herschel Grynszpan in Paris benutzten die Nationalsozialisten als Vorwand für die Pogrome am 9. und 10. November.²⁷ Selbst der Pariser Grossrabbiner Julien Weill, der im Interview mit der konservativen Tageszeitung *Le Matin* über die Situation der deutschen Flüchtlinge sprach, sah Frankreich nicht in der Verantwortung. Er begründete seine Aussage damit, dass «Wir [...] zum aktuellen Zeitpunkt nichts unternehmen [können], das die gegenwärtigen Bemühungen in Richtung einer deutsch-französischen Annäherung in irgendeiner Weise behindern könnte.» (*Quelle 4*) Julien Weill unterstützte die französische Beschwichtigungspolitik, um den internationalen Frieden zu wahren.

Mit der Modifikation des Naturalisierungsgesetzes von 1927 im Dezember konnte die Einbürgerung jener Einwanderer rückgängig gemacht werden, die sich angeblich der Staatsbürgerschaft unwürdig erwiesen haben. Aufgrund der Gesetzesänderung konnten illegale Flüchtlinge in eigens eingerichteten Lagern interniert werden.²⁸ (*Quelle 6*)

BEISPIEL ACTION FRANÇAISE

Zwischen 1931 und 1939 dominierte das Thema Einwanderung in mehr als 50 Prozent der Artikel französischer Zeitungen.²⁹ Dabei wurden die geflüchteten Juden zunächst sprachlich von den in Frankreich lebenden Juden abgegrenzt. Als *juifs étrangers* (ausländische Juden) wurden sie im Unterschied zu den *Israélites fran-*

25 Vgl. Bokelmann: Das Experiment Blum, S.161; Delacor: Die Reaktionen Frankreichs auf den Novemberpogrom, S. 1000-1001.

26 Vgl. Caron: Unwilling Refugee, S.66.

27 Vgl. Delacor: Die Reaktionen Frankreichs auf den Novemberpogrom, S. 998-1002.

28 Vgl. Happe; Meyer; Peers (Bearb.): West- und Nordeuropa 1940-Juni 1942, S.22.

29 Der prozentuale Anteil der Artikel, die über Flüchtlinge berichteten, umfasste in den Jahren 1931 bis 1939 in L'Humanité 57,4%, Le Populaire 74,1%, Le Peuple 63%, L'Œuvre 60%, Le Temps 68,5%, La Croix 51%, L'Action Française 63,5%. Vgl. Delacor: Die Reaktionen Frankreichs auf den Novemberpogrom, S.999.

çais (französischen Israeliten) doppelt stigmatisiert: als Menschen jüdischen Glaubens und Fremde. Damit galten sie auch für die französische Glaubensgemeinschaft weithin als Aussenseiterinnen.³⁰

Der Höhepunkt antisemitischer Publikationen in den politischen Zeitschriften, Broschüren und Büchern wurde in den letzten drei Jahren vor dem Zweiten Weltkrieg erreicht.³¹ Die 1908 gegründete Tageszeitung *L'Action française* ist dafür ein markantes Beispiel.³² Die extremen Ideen wurden mit der Zeit immer salonfähiger in der Politik und erreichten in konservativen Kreisen weite Verbreitung. Der Schriftsteller und Journalist Charles Maurras³³ wurde zum Hauptinspirator der politischen Bewegung, aus der sich die Zeitung entwickelt hatte. Maurras stellte die Theorie des «staatlichen Antisemitismus» auf, der nach der Wiedererrichtung der Monarchie umgesetzt werden sollte. Dabei spielte vor allem der Gedanke eine Rolle, dass sich Juden nicht an ihr Aufenthaltsland binden und darum auch keine Französinen und Franzosen sein konnten.³⁴ Vertreter dieser Theorie war der Mitbegründer der Zeitung *Action française* Léon Daudet. Er leitete sie seit ihrer Gründung bis 1917 und blieb abschliessend Mitarbeiter des Blatts.³⁵

Der Antisemitismus wurde für die *Action française* sowohl Ziel als auch Mittel, um ihren Erfolg zu sichern. Besonders seit dem Regierungsantritt der Volkfront 1936 hetzten die Artikel gegen die jüdische Bevölkerung allgemein und den Premierminister Léon Blum im Besonderen.³⁶ Der Antisemitismus beschränkte sich nicht nur auf journalistische Debatten. Die Propaganda führte zu vereinzelt Angriffen auf Juden in den Einwanderungsvierteln oder zu Zerstörungen jüdischer Geschäfte in Elsass-Lothringen durch Mitglieder der Organisation. *Die Action française* schickte ihre Kampftruppe, die *Camelot du Roi*,³⁷ regelmässig zu Gewaltaktionen gegen jüdische Einwanderer.³⁸ 1936 wurde die

30 Vgl. ebd., S. 1003.

31 Vgl. Hyman: *The Jews of Modern France*, S. 147.

32 Vgl. Nolte, Ernst: *Die Action Française, 1899-1944*, in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 9 (1961),

33 1936 wählte die Académie française, die bedeutendste französische wissenschaftliche Gesellschaft, Charles Maurras zum Mitglied. Er wurde nach dem Zweiten Weltkrieg aufgrund seiner Anklage wegen Kollaboration ausgeschlossen. Vgl. Engler, Winfried: *Académie française*, in: *Lexikon der französischen Literatur*, S.4-6, hier: S. 4; Loewe, Siegfried: *Académie française*, in: *Frankreich-Lexikon. Schlüsselbegriffe zu Wirtschaft, Gesellschaft, Politik, Geschichte, Kultur, Presse- und Bildungswesen*, S. 16-18, hier: S. 17.

34 Vgl. Trimbur, Dominique: *Action Française*, in: *Handbuch des Antisemitismus*, Bd.5, S.2-4.

35 Vgl. Engler, Winfried: *Daudet, Léon*, in: *Lexikon der französischen Literatur*, Stuttgart 1994, S. 281.

36 Vgl. Trimbur: *Action Française*, S. 2-4.

37 Die *Camelot du Roi* verkauften ursprünglich die *Action Française* an den Kirchentüren. Der Name bedeutet übersetzt «Strassenhändler des Königs». Vgl. Nolte: *Die Action Française*, S. 142.

38 Vgl. Hyman: *The Jews of Modern France*, S. 147.

offizielle Form der Bewegung, die *Liga der Action française*, nach wiederholten gewalttätigen Ausschreitungen aufgelöst. Die Zeitung wurde nicht verboten.³⁹

Nach den Novemberpogromen berichtete auch die *L'Action française* ausführlich über die Ereignisse. Das Attentat Herschel Grynszpanns auf das Härteste verurteilend, schrieb G. Larpent das Verbrechen der gesamten Glaubensgemeinschaft zu: «Dabei geht es dieser Bewegung um nichts weniger, als einen Krieg auszulösen, einen Krieg, der das Eigentum und die soziale Stellung der Glaubensgenossen von Herschel Grynszpan, dem Mörder vom Raths, sichern zu können, denn beides wird gerade durch Hitler gefährdet.» (*Quelle 5*)

Dass die in Frankreich lebenden Juden durch ihre Verweise auf die nationalsozialistische Unterdrückungspolitik einen erneuten Krieg mit Deutschland provozieren würden, war ein wiederkehrendes Thema in den Publikationen der 1930er Jahre.⁴⁰ Auch die französische Regierung richtete sich in ihrer deutschen Aussenpolitik nicht gegen das Vorgehen der Nationalsozialisten. Um einer militärischen Auseinandersetzung vorzubeugen, zog sie es vor, sich nicht in die innerdeutschen Angelegenheiten einzumischen.⁴¹

QUELLE 1 | 11.4.1933 – DRAHTBERICHT NR. 338 DES FRANZÖSISCHEN GESANDTSCHAFTSTRÄGERS IN BERLIN, PIERRE ARNAL, AN DEN FRANZÖSISCHEN AUSSENMINISTER, JOSEPH PAUL-BONCOUR

Happe, Katja; Meyer, Michael; Peer, Maja (Hg.): West- und Nordeuropa 194 Juni 1941 (=Die Verfolgung und Ermordung der europäischen Juden durch das nationalsozialistische Deutschland 1933-1945, Bd. 5), S. 577-579.

Betr.: Visa für deutsche jüdische und politische Flüchtlinge.

Die Machtübernahme Hitlers sowie die Verfolgungen der Juden und der linken Parteien, die durch dieses Ereignis eingeläutet wurden, führen dazu, dass viele deutsche Persönlichkeiten das Land verlassen und ins Ausland flüchten wollen. Seit zwei Wochen gibt insbesondere das Aufkommen der antijüdischen Bewegung diesem Exodus neuen Auftrieb.⁴²

³⁹ Vgl. Trimbur: *Action Française*, S.3.

⁴⁰ Beispiele hierfür sind «La République judéo-maçonne de gangsters contre la Nation» (Paris um 1934) von Jean Renaud, «Sous l'étreinte juive» (Paris 1936) von Jules Blacas oder «Bagatelles pour un massacre» (Paris 1937) von Louis Ferdinand Céline. Vgl. Meyer: *Staaten als Täter*, S. 24.

⁴¹ Vgl. Delacor: *Die Reaktionen Frankreichs auf den Novemberpogrom*, S. 1002.

⁴² Am 1.4.1933 postierten sich SA-Männer vor Geschäften, Anwalts- und Arztpraxen von Juden und forderten die Bevölkerung auf, diese zu boykottieren; siehe VEJ 1/17,21,22 und 25.

Einige unserer Konsulate wurden von deutschen Bürgern, die so schnell wie möglich ausreisen wollen, buchstäblich belagert. Die deutschen Behörden zeigten sich übrigens besorgt über die Panik, die vor allem in bestimmten, ehemals führenden Kreisen ausgebrochen ist. Sie haben allen Deutschen auferlegt, ein Ausreisevisum zu beantragen, und man liess verlauten, dass es in den meisten Fällen abgelehnt werden würde. Diese Massnahme, die am 6. April in Kraft getreten ist, hat den Ausreisefluss zumindest für einige Tage verlangsamt. Ich nutzte die Gelegenheit und wies alle unsere Konsulate an, mir zu berichten, wie viele Visa sie zwischen dem 5. März, dem Datum der Wahlen, die den Triumph der Hitlerbewegung besiegelten,⁴³ und dem 5. April, Datum der Einführung der obligatorischen Ausreisevisa, ausgestellt haben, indem sie zwischen dem üblichen Durchschnitt und dem Andrang infolge der aktuellen politischen Umstände unterschieden.

Die mir übermittelten Zahlen sind natürlich nicht ganz exakt. Doch man kann jetzt schon erkennen, dass die Anzahl der Personen, die entweder aufgrund ihrer politischen Vergangenheit oder ihrer jüdischen Herkunft um eine Einreisebewilligung für Frankreich nachgesucht haben, innerhalb eines Monats auf ungefähr 4'000 angestiegen ist. Diese Zahl setzt sich folgendermassen zusammen:

Berlin	1000
Leipzig	600
Köln	600
Frankfurt	525
Karlsruhe	400
Mainz	400
München und Nürnberg	170
Düsseldorf	160
Stuttgart	75
Hamburg	50
Dresden	30
Bremen	20
Königsberg	10

Um diese Zahlen richtig beurteilen zu können, darf man Folgendes nicht vergessen:

1. dass eine bestimmte Anzahl politischer Persönlichkeiten und eine grosse Zahl jüdischer Geschäftsleute bereits Langzeitvisa für Frankreich besitzen und angesichts

43 Aus den Reichstagswahlen am 5.3.1933 ging die NSDAP mit 43,9 % der Stimmen als die mit Abstand stärkste Kraft hervor. Die SPD wurde mit 18,3 % zweitstärkste, die bereits verbotene KPD mit 12,3% drittstärkste Partei.

der jüngsten Ereignisse nicht um neue nachsuchen mussten, um in unser Land zu reisen;

2. dass nicht alle Persönlichkeiten, die kürzlich ein Visum beantragt haben, davon Gebrauch gemacht haben, sei es, dass sie durch die Umstände verhindert waren, sei es, dass sie glaubten, zumindest vorläufig auf die Auswanderung verzichten zu können, oder sei es, dass sie durch die jüngste Anordnung, im Besitz eines deutschen Ausreisevisums sein zu müssen, abgehalten wurden.

Schliesslich sei bemerkt, dass sehr viele Personen in Länder gereist sind, für die sie kein Visum brauchten, so die Niederlande, Grossbritannien, die Schweiz und Österreich, dass sich viele Juden in die Tschechoslowakei und nach Polen begeben haben, dass Einreisen nach Dänemark gemeldet wurden und dass Belgien und Spanien ebenfalls eine Anzahl Flüchtiger aufgenommen haben.

Nun könnten nach einer kurzen Ruhepause die Visumanträge wieder in die Höhe schnellen.⁴⁴ In der Tat wird die Ausreise von den deutschen Behörden problemlos bewilligt, wenn der Antragsteller beweisen kann, dass er seine Steuern bezahlt hat.

Ich sah es als meine Pflicht an, Eure Exzellenz über das Ausmass der Ausreisen deutscher Bürger nach Frankreich zu unterrichten, weil dieser Exodus sicherlich Probleme bereiten wird, auch wenn er sich vorläufig nicht bedeutsam weiterentwickelt. Zumindest zum jetzigen Zeitpunkt verfügen die meisten Emigranten mit Sicherheit über die nötigen Mittel, um ihre Existenz eine Zeitlang sicherzustellen. Viele von ihnen besitzen sogar ein gewisses Vermögen. Was die Berufe der Auswanderer betrifft, so handelt es sich um eine intellektuelle Elite, unter der sich viele Ärzte und Anwälte befinden. Schon allein aufgrund dieser Tatsache werden wir mit heiklen Fragen im Bereich des beruflichen Wettbewerbs konfrontiert sein.⁴⁵ Wir müssen auch darauf gefasst sein, dass eine gewisse Anzahl von Juden in weniger bedeutenden Positionen oder mit geringeren finanziellen Mitteln in unser Land einreisen will. Die endgültige Niederlassung sorgfältig ausgewählter Elemente, von denen die meisten längerfristig die französische Staatsbürgerschaft annehmen wollen, kann zwar für uns von Vorteil sein, doch ist es sicherlich ratsam, bezüglich der schlechter gestellten Juden, von denen die meisten erst

⁴⁴ Jüngster Anlass für das Ansteigen der Flüchtlingszahlen war das am 7.4.1933 erlassene Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums, das die Entlassung einer grossen Zahl von jüdischen oder politisch unliebsamen Beamten und Angestellten zur Folge hatte; siehe VEJ 1/29.

⁴⁵ Die franz. Regierung erliess in der Folgezeit verschiedene gesetzliche Bestimmungen, mit denen der Zugang zu einzelnen Berufen für jüdische Einwanderer beschränkt wurde.

seit sehr kurzer Zeit in Deutschland sind, ein ernsthaftes Auswahlverfahren ins Auge zu fassen.

Das Ministerium wird den Sachverhalt sicherlich untersuchen und mir Weisungen zur Übermittlung an unsere Konsulate erteilen, die notwendig werden, falls die durch die antisemitische Agitation ausgelöste Auswanderung im derzeitigen Ausmass andauert.

QUELLE 2 1 11. JANUAR 1936 – LE POPULAIRE «REVENDEICATIONS DU RASSEMBLEMENT POPULAIRE»

Revendications du Rassemblement Populaire

Das vom Rassemblement Populaire heute veröffentlichte Programm ist das Ergebnis einer einstimmigen Einigung zwischen den zehn im Nationalkomitee des Rassemblement vertreten Organisationen und enthält Forderungen zur sofortigen Umsetzung. Die vertetenden Organisationen sind: die Ligue des Droites de l'Homme, das Comité de Vigilance des Intellectuels Antifascistes, das Comité mondial contre le fascisme et la guerre (Amsterdam-Pleyel), das Mouvement d'Action Combattante, der Parti Républicain, Radical et Radical-Socialiste, der Parti Socialiste S.F.I.O., der Parti Communiste, die Union Socialiste et Républicaine, die Confédération Générale du Travail und die Confédération Générale du Travail Unitaire. Das Programm ist auf der Vorlage des Aufrufs vom 14. Juli formuliert. An diesem Tag haben die Parteien und Organisationen, die Millionen von Menschen zu ihren Mitgliedern zählen, feierlich geschworen, «einig zu bleiben, um demokratische Freiheiten zu verteidigen, den Arbeitnehmern Brot und den Jugendlichen Arbeit zu geben und der Menschheit den Weltfrieden zu bringen», und haben ein gemeinsames, sofort anzuwendendes und auf Dauer angelegtes Programm beschlossen.

Dieses Programm beschränkt sich absichtlich auf Massnahmen, die sofort umgesetzt werden können. Das Nationalkomitee möchte, dass alle Parteien und Organisationen, die dem Rassemblement Populaire angehören, die gemeinsamen Massnahmen unterstützen können, ohne ihre eigenen Prinzipien, Doktrinen oder Endziele aufgeben zu müssen. Es möchte konkrete Lösungen für die wesentlichen Probleme der französischen Demokratie von heute anbieten.

Auf politischer Ebene enthält es Massnahmen zur Sicherung der nationalen Souveränität, wie sie in allgemeinen Wahlen zum Ausdruck kommt, und zur Erhaltung der Grundfreiheiten (Meinungs- und Redefreiheit, gewerkschaftliche Freiheit, Gewis-

sensfreiheit und Säkularisierung); auf internationaler Ebene schafft es die Voraussetzungen für die Sicherung und Gestaltung des Friedens nach den Grundsätzen des Völkerbundes; auf wirtschaftlicher und finanzieller Ebene will es im Interesse der Arbeiter und Sparer gegen die Krise und gegen faschistische Organisationen kämpfen, welche diese Krise im Namen des Finanzkapitals zu ihren Gunsten nutzen.

Die brennenden wirtschaftlichen und finanziellen Probleme der heutigen Zeit können in den Augen des Rassemblement Populaire nicht voneinander getrennt behandelt werden: So müssen die Ursachen für den Rückgang der Steuereinnahmen bekämpft werden, indem gegen die Wirtschaftskrise vorgegangen wird; der Kampf gegen die Wirtschaftskrise muss durch die erleichterte Vergabe von öffentlichen und privaten Krediten ergänzt werden.

Das Rassemblement Populaire betont, dass sehr viele der hier aufgeführten Forderungen bereits in den Plänen und Programmen der Gewerkschaftsorganisationen der Arbeiterklasse enthalten sind.

Es fügt hinzu, dass diese dringenden und daher notwendigerweise begrenzten Forderungen zwar eine erste Änderung des derzeitigen Wirtschaftssystems mit sich bringen, dass ihnen jedoch tief greifende Massnahmen folgen müssen, um den Staat endgültig aus dem Würgegriff des finanziellen und industriellen Feudalismus zu befreien.

Für all diese Probleme schlägt das Rassemblement Lösungen im Sinne der Rechtsprechung vor, denn nur sie entsprechen den Grundsätzen der Demokratie: Gleichbehandlung aller bei der Anwendung der Strafgesetze, Steuergerechtigkeit, Gerechtigkeit für die Ureinwohner der Kolonien, internationale Gerechtigkeit im Rahmen und Geist des Völkerbundes.

Die vom Nationalkomitee des Rassemblement Populaire unterbreiteten Formulierungen fanden allgemeine Zustimmung, denn die vertretenen Parteien und Organisationen haben freundschaftlich und im Geiste der Versöhnung und Zusammenführung der Strömungen zusammengearbeitet.

Jetzt ist das Volk an der Reihe, diese Forderungen zu unterstützen und ihnen zu ihrem Sieg zu verhelfen!

Die Verwirklichung des Programms wird grosse Veränderungen mit sich bringen: Unsere Freiheiten werden besser zu verteidigen, Brot und Frieden besser gesichert sein. Diese Ziele sind so wertvoll, dass alles dem Willen untergeordnet werden muss, sie zu erreichen.

Das Rassemblement Populäre ruft dazu auf, in diesem Sinne zu kämpfen! Möge sich dies in enger Zusammenarbeit im Sinne der am 14. Juli manifest gewordenen Brüderlichkeit ausdrücken. Möge dies allen innerhalb und ausserhalb Frankreichs deutlich machen, dass die Demokratie unbesiegbar ist, wenn sie wieder zu schöpferischer Kraft findet und im Interesse des Volkes handelt!

POLITISCHE FORDERUNGEN

1. Verteidigung der Freiheit
2. GENERALAMNESTIE
3. MASSNAHMEN GEGEN DIE FASCHISTISCHEN LIGEN:
WIRKSAME Entwaffnung und Auflösung aller paramilitärischen Verbände in Übereinstimmung mit dem Gesetz.
Durchsetzung rechtlicher Massnahmen in Fällen von Anstiftung zum Mord oder Gefährdung der Staatssicherheit.
4. MASSNAHMEN ZUR VERBESSERUNG DES ÖFFENTLICHEN LEBENS, insbesondere durch ein Verbot der Ämterhäufung für Abgeordnete.
5. PRESSE:
Aufhebung der Gesetze und Verordnungen, die die Meinungsfreiheit einschränken.
Reformierung des Pressewesens durch folgende legislativen Massnahmen: Wirksame Bekämpfung von Verleumdung und Erpressung.
Garantie einer vernünftigen Lebensgrundlage für Zeitungen; Pflicht zur Offenlegung ihrer finanziellen Ressourcen; Unterbindung des privaten Monopols kommerzieller Werbung sowie der skandalösen Werbung für Finanzunternehmen; Verbot des Zusammenschlusses zu Medienkonzernen.
Organisierung der staatlichen Sender, um den Wahrheitsgehalt von Nachrichten und die Gleichbehandlung der unterschiedlichen politischen und sozialen Organisationen vor dem Mikrofon zu gewährleisten.
6. HANDELSFREIHEITEN:
Anwendung und Einhaltung des Rechts auf gewerkschaftliche Organisation für alle.
Anerkennung des Rechts auf Arbeit von Frauen.
7. BILDUNG UND GEWISSENSFREIHEIT:
Erhaltung des öffentlichen Bildungswesens durch entsprechende finanzielle Unterstützung und durch Reformen wie die Anhebung des Schulabschlussalters von drei

zehn auf vierzehn Jahre und im Sekundarbereich ergänzend zur Kostenlosigkeit von Bildung ein Auswahlverfahren.

Garantierung der Gewissensfreiheit für Schüler und Lehrer, insbesondere durch die Gewährleistung der Neutralität von Bildung, die Respektierung ihres nicht-religiösen Charakters und der bürgerlichen Rechte der Lehrer.

8. KOLONIEN:

Einsetzung eines parlamentarischen Ausschusses zur Untersuchung der politischen und wirtschaftlichen Situation sowie der geistig-moralischen Verfassung in den französischen Überseegebieten, insbesondere in Französisch-Nordafrika und Indochina.

11. Friedenssicherung

1. Appell an die Bevölkerung, insbesondere an die Arbeiterklasse, zur Zusammenarbeit bei der Erhaltung und Gestaltung des Friedens.
2. Internationale Kooperation im Rahmen des Völkerbundes für kollektive Sicherheit, durch Definition eines Aggressors und durch sofortige Anwendung von Sanktionen im Falle einer Aggression.
3. Unermüdliche Bemühungen, um von einem bewaffneten zu einem unbewaffneten Frieden überzugehen, zunächst durch ein Abkommen zur Beschränkung von Waffen, dann durch eine allgemeine, gleichzeitige und kontrollierte Abrüstung.
4. Verstaatlichung der Kriegsindustrie und Verbot des privaten Waffenhandels.
5. Keine Geheimdiplomatie, internationale Massnahmen und öffentliche Verhandlungen, um die Staaten, die davon absehen, nach Genf zurückzubringen, ohne den wesentlichen Prinzipien des Völkerbundes zu widersprechen, die lauten: kollektive Sicherheit und unteilbarer Frieden.
6. Grössere Flexibilität bei dem im Vertrag des Völkerbundes vorgesehenen Verfahren zur friedlichen Anpassung von Verträgen, die den Weltfrieden bedrohen.
7. Ausweitung des Systems der Verträge zur kollektiven Sicherheit nach dem Vorbild des sowjetisch-französischen Beistandspakt, insbesondere auch auf die Nationen Ost- und Mitteleuropas. [...]

QUELLE 3 | 8. JULI 1938 – LE JOURNAL «LA FRANCE ENVAHIE...»

Frankreich wird überrollt...

Einerseits die ständig anwachsende Flut von Ausländern, die aus ihren Ländern verjagt wurden, andererseits die besorgniserregende, sinkende Geburtsrate: Eine ernsthafte Bedrohung,

denn die Franzosen könnten bald nicht mehr die Herren im eigenen Land sein. Die internationale Konferenz, die zurzeit in Evian stattfindet, wirft für uns Franzosen eine Frage auf, die weit über ihren eigentlichen Rahmen hinausgeht.

Ziel der Konferenz ist es, das Schicksal der Tausenden und Abertausenden von Flüchtlingen aus Deutschland als Nationen untereinander zu regeln – genauer gesagt das Schicksal der vom Nazi-Regime vertriebenen Juden, deren Zahl durch den Anschluss gerade noch einmal stark angestiegen ist. Ein Strom, der in der Schweiz erhebliche Ablagerungen hinterlässt und sich dann auf quasi natürliche Weise nach Frankreich ergiesst, wohingegen in Ländern wie England oder den Vereinigten Staaten zwar bedauernswerte, aber viel kleinere Gruppen von Emigranten ankommen. Der amerikanischen Regierung schien es wichtig, dass die Nationen sich über diese eigenartige Invasion austauschen.

Wir mögen noch so viel Mitleid für diese Menschen empfinden, die auf so verabscheuenswürdige Weise aus der nationalen Gemeinschaft ausgeschlossen werden, in die sie sich seit Langem integriert glaubten – wir können nicht die Gefahr aus den Augen verlieren, die dieser plötzliche Zustrom von Fremdelementen *heute* für die eigene Gemeinschaft bedeutet.

Ich habe gerade das Wort «heute» verwendet und es sogar hervorgehoben. In der Tat machen diese Umstände die seit einigen Jahren fortgesetzte Überschwemmung Frankreichs durch alle möglichen Rassen für unsere Nation äusserst gefährlich.

Frankreich war schon immer ausgesprochen gastfreundlich gegenüber Fremden, die aus dem einen oder anderen Grund ihr Land verlassen haben. Einer meiner Kameraden an der Ecole des Chartes, Jules Mathorez, hatte sich während seines Studiums speziell mit den colonies étrangères auseinandergesetzt, den ausländischen Kolonien, die in Frankreich unter dem Ancien Regime lebten. Sie sind zu wenig bekannt und stellen doch einen kuriosen Beitrag zur Demographie Frankreichs dar.

Vom 15. bis 18. Jahrhundert hiess Frankreich von Marseille bis Nantes, von Toulouse bis Lyon, von Rouen bis Dijon tausende Familien aus England, Deutschland, Italien und Spanien willkommen, aber auch aus noch weiter entfernten gelegenen, noch fremderen slawischen Ländern sowie aus Ländern des Levante.

Die Neuen waren schnell absorbiert und wäre da nicht der Name, der in der einen oder anderen Form erhalten blieb – nach einem oder zwei Jahrhunderten war die

Herkunft dieser Familien längst vergessen. Sie hatten sich durch Heirat, erworbenes Vermögen oder Dienste dem Land integriert und hatten seiner Nationalität eine neue Kraft verliehen. Ihre Nachkommen leisteten dem Land in vielen Fällen Großes für Frankreich.

Und warum konnte Frankreich sie absorbieren? Ganz einfach, weil unsere Rasse mit ihrem exzellenten Blut weiter anwuchs und sich vermehrte. Mit Ausnahme der schrecklichen Jahre des Hundertjährigen Krieges hörte die Bevölkerung über die Jahrhunderte nicht auf zu wachsen. Die Familien waren kinderreich und die Traditionen stärkten die Tugenden, die das Blut verlangt. Insofern vermochten die indigenen Elemente – wenn ich mir den Begriff «indigen» hier erlauben darf – die paar tausend Ausländer zu absorbieren. Frankreich machte diese «Kinder» ohne Probleme zu ihren eigenen, obwohl sie sie, wie im Neuen Jerusalem, das Joad erblickt, «nicht unter ihrem Herzen getragen hatte».

Von dem Tag an, an dem das Anwachsen der Zahl seiner echten Kinder nachliess, war die Flut der Ausländer für Frankreich weniger vorteilhaft ...und die Nachteile wurden sichtbar. Unglücklicherweise hat in dem Masse, in dem unsere Rasse dem traditionellen Wachstumsgesetz nicht mehr gehorchte, die Zahl der hereinströmenden Ausländer zugenommen.

Genau wie im Alten Rom. Lange hatte das Reich Fremde aus der ganzen damals schon bekannten Welt aufnehmen können, weil die auf dem guten Boden von Latium, später dem römischen Italien gewachsene Rasse (die Römer waren Bauern) in der Mehrzahl war und die Fremden deshalb zu assimilieren vermochte.

In einer wunderbar hochmütigen Geste verlieh es den Galliern und Griechen, Numidien und Syriern, Ägyptern und Iberern sogar das Heimatrecht. Von Bordeaux bis nach Trier, von Athen bis Alexandria gab es Menschen aller Rassen die stolz proklamierten: «Civis romanus sum.» Weil er ein «römischer Bürger» war, konnte ein kleiner Jude namens Saul aus dem kilikischen Tarsus, der spätere heilige Paulus, vor dem Prokonsul von Judäa den Kaiser anrufen und nach Rom reisen, um sich vor dem Kaiser auszusprechen. Weil diese Menschen wirklich «Römer» geworden waren.

Doch dann kam die Zeit, in der die echten Römer aufhörten, sich zu vermehren, und als ihre Zahl schrumpfte, übernahmen fremde Elemente Handel und Land, und schliesslich auch Armee, Verwaltung und die Gesetzgebung. Griechische, gallische, syrische «Cäsaren» herrschten auf dem Palatin; die römischen Traditionen

und mit ihnen die Tugenden dieser Rasse gingen verloren, und als die Barbaren von jenseits des Rheines in das Reich einfielen, war es ihnen ausgeliefert. Bereits 200 Jahre vor seinem Untergang war «Rom nicht mehr in Rom».

Seit 50 Jahren ist Frankreich ebenfalls nicht mehr bei sich zuhause. Einzelne Gruppen erst, dann ganze Legionen von Fremden haben es mitten im Frieden erobert. Es handelt sich nicht mehr um allochthone Familien, die in den vergangenen Jahrhunderten mit einer ständig anwachsenden Rasse verschmolzen; es sind Kolonien im modernen Sinne des Wortes, italienische, spanische oder auch slawische Kolonien aus Polen, Böhmen oder Russland, die in Frankreich ihre Zelte aufschlugen, in seinen Provinzen, und unter sich bleiben, sogar um Kirchen herum, wo ihre eigenen Priester sie in ihrer Sprache mit der französischen Eroberung mästen.

Währenddessen schwemmten die Revolutionen und Gegenrevolutionen weisse Russen und rote Italiener in unsere Städte; wir können uns kaum des Ansturms der Spanier erwehren, die aus ihrem Land fliehen; und nun kommen auch noch deutsche Juden zu Tausenden hierher, ebenso wie die Österreicher, die ihrem Gehenna entflohen sind.

Die Gefahr ist immens. Frankreich hat sich angesichts der unterschiedlichen Bedrohungen im Laufe seiner Geschichte immer verteidigen können: Dank der besonderen Tugenden seiner Rasse, den Reaktionen seines Blutes, gestärkt noch durch die Traditionen.

Vor 24 Jahren hatte man noch den Eindruck, dass man so ein Land nicht einfach angreifen kann, denn es zeigte den erstaunten Augen der Welt, dass es noch Wunder vollbringen konnte. Doch nun, wo die Rasse sich verändert, besteht die Gefahr, dass das Land ausser Atem gerät.

Wir sind derzeit – vielleicht – noch Herren im eigenen Haus; doch wir werden als Rasse immer weniger, während zugleich die hereinströmenden Fremden mehr werden und sich dauerhaft einrichten. In einem halben Jahrhundert werden die einfallenden Barbaren von jenseits des Rheins – wie damals im Falle Roms – nur noch ein Land vorfinden, in dem die Traditionen und uralten Tugenden weichen mussten, ein kraft- und wehrloses Land, das man einfach besetzen kann.

Es sieht jetzt vielleicht aus, als hätte ich mich von der Konferenz von Evian entfernt. Aber ich habe sie nicht aus dem Blick verloren.

Frankreich muss, ohne deshalb auf seine traditionelle grosszügige Gastfreundschaft zu verzichten, den Tatsachen ins Auge sehen und klare Worte sprechen. Die fremden Elemente müssen auf alle Nationen verteilt werden, die Not noch respektieren. Unser Land ist schon übervoll, und es gibt etwas, das schwerer wiegt als Gastfreundschaft, nämlich die Sorge einer Nation um sich selbst. Sie kann sich nicht nach und nach preisgeben und irgendwann in naher Zukunft aufhören zu existieren.

Louis Madelin

**QUELLE 4 | 19. NOVEMBER 1938 – LE MATIN
«POUR VENIR EN AIDE AUX JUIFS»**

Wie kann man den Juden helfen?

Die Lösung dieses Problems hängt hauptsächlich von Amerika und England ab, so Julien Weill, Oberrabbiner von Paris.

Le Matin berichtete bereits von den internationalen Reaktionen auf die Lage der Juden in Deutschland nach der Ermordung des Botschaftssekretärs vom Rath: von der Entscheidung der Niederlande, ihre Grenzen für jüdische Flüchtlinge zu öffnen, vom britischen Transfer- und Einwanderungsplan, von den angloamerikanischen Verhandlungen darüber, wie man an Deutsche Reichsregierung heranzutreten hätte. Insofern ist es auch von Interesse, welche praktische Lösung für dieses so schmerzliche Projekt vom jüdische Zentralkonsistorium⁴⁶ in Paris in Betracht gezogen wird. Der Oberrabbiner von Paris, Julien Weill, den wir dazu befragt haben, hat zunächst deutlich gemacht, wie dankbar er dafür ist, dass wir in dieser Frage an ihn herantreten.

«Leider kann ich», erklärte er im Folgenden, «nicht den geringsten Beitrag zur Lösung dieses sehr beunruhigenden Problems leisten. Das würde weit über meine Kompetenzen hinausgehen. Die jüdischen Hilfswerke haben bisher dafür gesorgt, dass die jüdischen Emigranten Fuss fassen konnten. Doch das jüdische Problem hat in letzter Zeit eine solche Dimension angenommen, dass es nicht mehr von den internationalen Organisationen allein gelöst werden kann. Ich glaube im Übrigen, dass seine Lösung heute in viel grösserem Masse von Amerika und England abhängt als von Frankreich, das in dieser Hinsicht bereits mehr getan hat als jedes andere Land der Welt und ganz offensichtlich keine neuen

⁴⁶ Das Consistoire central Israélite ist die offizielle Organisationsform der jüdischen Gemeinde in Frankreich. Vgl. Catane, Moshe; Levitats, Isaac: Consistory (Consistoire), in: Encyclopaedia Judaica Bd.5, Jerusalem 1971, Sp.907-912, hier: Sp.907.

Einwanderer mehr aufnehmen kann. Ich glaube nicht einmal, dass in den bewohnbaren Regionen seines Kolonialreichs noch Platz für sie wäre.

Ich kann daher nur hoffen, dass diese neue Welle der Verfolgung eine breite Solidaritätsbewegung in der Welt zugunsten der unschuldigen Opfer auslösen wird. Sie werden mir verzeihen, wenn ich statt der von Ihnen erwarteten Antwort diesen sehr allgemeinen Wunsch äussere. Wir können zum aktuellen Zeitpunkt nichts unternehmen, das die gegenwärtigen Bemühungen in Richtung einer deutsch-französischen Annäherung in irgendeiner Weise behindern könnte.

Sie können sich vorstellen, dass niemand mehr Anteil am Schmerz und Elend der 600'000 deutschen Juden nimmt als ich. Doch zugleich scheint mir nichts wertvoller und wichtiger zu sein, als der Erhalt des Friedens auf Erden.»

QUELLE 5 | 24 NOVEMBER 1938 – L'ACTION FRANÇAISE «LA POLITIQUE. LA JUIVERIE ÉTERNELLE»

La Politique. «Die ewige Judenheit»

Wir erleben derzeit die Entwicklung bemerkenswert «orchestrierter» jüdischer Machenschaften, wie Jacques Delebecque⁴⁷ es formulierte. Gemeint ist die Bewegung, die sich in angelsächsischen Ländern herausgebildet hat, um gegen die Verfolgung der Juden in Deutschland zu protestieren. Dabei geht es dieser Bewegung um nichts weniger, als einen Krieg auszulösen, einen Krieg, der das Eigentum und die soziale Stellung der Glaubensgenossen von Herschel Grynszpan, dem Mörder vom Rath, sichern zu können, denn beides wird gerade durch Hitler gefährdet.

Wie schon Maurras und José Le Boucher⁴⁸ feststellten, waren die Angelsachsen angesichts des Massakers von Pirmasens⁴⁹ weitaus weniger berührt, und die von Lenin angeordneten Massenmorde oder die abscheulichen Exzesse der spanischen Bolschewiki

⁴⁷ Jacques Delebecque veröffentlichte Kolumnen in der L'Action française. Vgl. Marty, Albert: L'Action française racontée par elle-même, Paris 1986, S.465.

⁴⁸ José Le Boucher war Journalist bei der L'Action française. Er veröffentlichte dort regelmässig Kolumnen. Vgl. ebd., S.278-465.

⁴⁹ Bei Pirmasens handelt es sich um eine Stadt in der Pfalz. Die Region stand seit dem Ende des Ersten Weltkriegs unter französischer Besatzung. In den darauffolgenden Jahren verschlechterte sich die wirtschaftliche Lage in der Pfalz aufgrund des gescheiterten Widerstandes gegen die Ruhrbesetzung 1923. Es formierten sich separatistische Bewegungen, die am Ende des Jahres die «Autonome Pfalz» ausriefen. Wenige Monate später scheiterte die «Autonome Pfalz» aufgrund eines Politikwandels zwischen Frankreich und Deutschland jedoch. Am 12.2.1924, nachdem ihr Ende bereits vereinbart war, griff eine Menschenmenge das Bezirksamt in Pirmasens an und setzte es in Brand. 15 der Separatisten, die das Bezirksamt besetzt hielten, starben. Ebenso verloren sieben Angreifer ihr Leben. Vgl. Gräber, Gerhard: Pfälzischer Separatismus, online in: <http://www.historisches-lexikon-bayerns.de/> Lexikon/Pfälzischer_Separatismus, 9.10.2006, (Stand: 5.4.2019).

liessen sie kalt. Solange nur christliches, lutherisches, orthodoxes oder katholisches Blut fliesst, ist das den Londoner Bänkern in London oder der Wall Street gleichgültig. Doch nun, da es nicht einmal um blutige Hinrichtungen, sondern um angebliche Misshandlungen von Juden in Berlin geht, befindet sich das universelle Gewissen offenbar in Aufruhr: Gestern wurden überall Proteste laut, und vorgestern wurde im Unterhaus ein Antrag einstimmig angenommen, der die unwürdige angebliche Verfolgung der Söhne Israels durch Hitler verurteilt.

Sogar dem erbärmlichen Attentäter Herschel Grynszpan fliegt das Mitleid der ganzen Welt zu, wenn man es so nennen kann. Unsere Leser konnten sich in unserer Ausgabe vom 17. November über die Spendenaktion von Miss Dorothy Thompson⁵⁰ informieren, die, gleichwohl sie sich *Miss* nennt, die Frau eines gewissen Sinclair Lewis⁵¹ sein soll, der seinem Namen nach genau wie Grynszpan zum «höchsten Adel der Welt» gehört. Die Spendenaktion soll laut *Times* die «Anwaltskosten zur Verteidigung» des jungen Mörders decken helfen – und die dürften erheblich sein, übernimmt doch offenbar Herr de Moro-Giafferi⁵² die Verteidigung. *Miss* Dorothy Thompsons Aufruf ist nicht ohne Echo geblieben. Die «illustrierte Wochenzeitung des jüdischen Lebens» *Samedi*, Nachfolgerin sowohl des «1934 gegründeten» Journal Juif, als auch der «1840 gegründeten» ehrwürdige Archives Israélites, veröffentlichte einen langen Artikel zugunsten des «unglücklichen Kindes», das im Grunde den «Vertretern der deutschen Rasse» einfach nur in Erinnerung rufen wollte, dass sie «trotz allem eine, eine einzige Eigenschaft mit der Menschheit gemein haben: dass sie sterblich sind.»

Was ist im Grunde an diesem «in Erinnerung rufen» so verwerflich? Man muss schon ein glühender Antisemit sein, wenn man das in irgendeiner Form für strafbar hält, nicht wahr...

Samedi behauptet jedenfalls, dass es keinesfalls bewiesen ist, dass «dieses Kind», als es sich in die Rue de Lille begab, schon die Absicht hatte, ein Attentat auf vom Rath zu begehen. Mag diese Logik verstehen, wer will...

50 Dorothy Thompson war eine Journalistin in Deutschland und den USA. Sie war eine entschiedene Gegnerin des Nationalsozialismus. Thompson berichtete am 14.11.1938 über Herschel Grynszpans Tat in Paris, woraufhin 40'000 US-Dollar für die Verteidigung des Mannes gespendet wurden, obwohl sie in ihrem Radiobeitrag nicht dazu aufgerufen hatte. Später sammelte sie jedoch gezielt Geld für den Prozess. Vgl. Schad, Martha: Frauen gegen Hitler. Schicksale im Nationalsozialismus, München 2002, S.54-84.

51 Sinclair Lewis war amerikanischer Schriftsteller. Er erhielt 1930 den Nobelpreis für Literatur. Vgl. Kupfer, Bernhard: Lewis, Sinclair, in: Lexikon der Nobelpreisträger, Düsseldorf 2001, S. 328.

52 Vincent Moro-Gifferi übernahm die Verteidigung von Herschel Grynszpan. Er war einer der angesehensten französischen Strafverteidiger. Moro-Gifferi positionierte sich gegen den Nationalsozialismus. Vgl. Schad: Frauen gegen Hitler, S.84.

«Er hat sich zur Botschaft begeben. Wollte er protestieren, weinen, um Gnade bitten?»

Tja, wer kann das schon wissen ... Und weiter: «Er hatte eine Waffe in der Tasche. Wollte er auf jemanden schießen oder sich selbst erschießen? Das wusste er *zweifelsohne* selbst nicht.»

Denn, nicht wahr? Wenn man sich das Leben nehmen will, ist es völlig normal, zu irgendjemandem nach Hause zu gehen und dort sein Vorhaben umzusetzen. Und wenn die Kugel aus noch zu klärenden Gründen das falsche Ziel trifft, kann man ja wohl kaum das sowieso schon unglückliche Kind dafür bestrafen, nur weil ihm der Selbstmord nicht gelungen ist...

Das Fazit des *Samedi* sollte man sich auf der Zunge zergehen lassen: «Das Kind soll wissen, dass es Juden – und andere Menschen mit Herz (die natürlich keinerlei Interessen verfolgen)⁵³ gibt, die es nicht im Stich lassen ...»

Zum Teufel! Würde nur irgendein Jude jemals von seinen Glaubensbrüdern verlassen, egal wie verzweifelt seine Situation auch gewesen sein mag? [...]

Die beiden Diktatoren [Hitler und Mussolini, Anm. LE] haben beschlossen, ihr Land von der jüdischen Herrschaft zu befreien, und sie wissen nur zu gut, mit welcher Macht sie es zu tun haben. Deshalb haben sie entsprechende Massnahmen ergriffen.

G. LARPENT.

QUELLE 6 | 28. NOVEMBER 1939 – LESERBRIEF VON EDITH PETERS AN DIE NEW YORK TIMES ÜBER DIE LAGE AUSLÄNDISCHER FLÜCHTLINGE IN FRANKREICH

Happe, Katja; Mayer, Michael; Peers, Maja (Hg.): West- und Nordeuropa 1940 – Juni 1942 (=Die Verfolgung und Ermordung der europäischen Juden durch das nationalsozialistische Deutschland 1933-1945, Bd. 5), München 2012, S. 582-583.

Deutsche Einwanderer interniert.

Lage der Flüchtlinge in Frankreich wird als miserabel beschrieben

An den Herausgeber der New York Times:

Der Bericht Ihres Korrespondenten Lansing Warren in Ihrer Ausgabe vom 26. Nov. unter der Überschrift «Frankreich beherbergt Flüchtlinge aus dem Land, gegen das es Krieg führt» hat mich erstaunt.

⁵³ Hierbei handelt es sich möglicherweise um eine Einfügung des Artikelschreibers, die nicht gekennzeichnet ist.

Ich selbst habe in den letzten fünf Jahren in Frankreich gelebt und bin erst kürzlich zurückgekehrt. Obwohl ich eine grosse Bewunderin dieses Landes bin, sehe ich mich doch gezwungen festzuhalten, dass Ihrem Korrespondenten die wahre Lage der deutschen Flüchtlinge entgangen ist.

Mit seiner Formulierung, dass «alle Personen deutscher Herkunft, ungeachtet welcher Gruppe sie sich zugehörig betrachten, nun untersucht werden», stellt er die Angelegenheit sehr euphemistisch dar. In Wahrheit werden derzeit alle Personen deutscher Herkunft in französischen Konzentrationslagern festgehalten.

Am 5. Sept. erliess die Regierung eine Anordnung, nach der sich alle Personen deutscher Herkunft im Stadion von Colombes, 30 Minuten von Paris entfernt, einzufinden hätten, um dort 48 Stunden festgehalten zu werden. Sie blieben dort jedoch zehn Tage, schliefen im Freien und wurden anschliessend in verschiedene Teile des Landes gebracht. Es gibt etwa 60 dieser Lager.

Untersuchung verzögert

Die Internierten warten auf die Untersuchung ihrer Fälle, doch bislang geschah diesbezüglich wenig. Viele der Internierten leben seit einigen Jahren in Frankreich. Sie hatten Flüchtlingspässe erhalten, standen also unter dem Schutz der französischen Regierung. Ebenso waren ihre Unterlagen gründlich geprüft worden, bevor ihnen diese Pässe ausgehändigt wurden. Es ergibt also wenig Sinn zu behaupten, die französische Regierung habe nichts über den Status dieser Menschen gewusst.

Wenn Ihr Korrespondent berichtet, eine Reihe von Organisationen mit kommunistischer Tendenz seien aufgelöst worden, dann unterschlägt er, dass alle Mitglieder dieser Organisationen ohne Ausnahme im Gefängnis Santé einsitzen.

Auch was die Möglichkeiten betrifft, die französische Staatsbürgerschaft zu erwerben, muss ich Ihrem Korrespondenten leider widersprechen. Ich kenne nur einen einzigen Fall, in dem diese Möglichkeit gewährt wurde: Es handelt sich um den Dirigenten Bruno Walter. Dagegen weiss ich von unzähligen Menschen, die sich über Jahre jede erdenkliche Mühe gaben, eingebürgert zu werden, aber ohne Erfolg – darunter Menschen, deren Kinder in Frankreich geboren wurden, die französische Frauen geheiratet haben, Männer, die in den Dienst der französischen Armee traten. Kaum eine Staatsangehörigkeit ist schwerer zu bekommen als die französische.

Edith Peters. New York, 28. November 1939

ANTISEMITISMUS UND FREMDENFINDLICHKEIT

Der Auftritt Australiens auf der Konferenz von Évian

Jan Mathis Tietjen

«The world is divided into places where they cannot live and places where they cannot enter».¹

Mit dieser pointierten Aussage benannte der Präsident der Zionistischen Weltorganisation, Chaim Weizmann, am 25. November 1936 das zentrale Problem der Juden zu einer Zeit massiver Verfolgung und Ausgrenzung. Die antisemitische Politik spitzte sich im Verlauf der 1930er Jahre in Deutschland kontinuierlich zu, während die Auswanderung erschwert wurde. Auf Initiative des US-Präsidenten Roosevelt sollte die Konferenz von Évian 1938 eine Lösung zur Bewältigung der Krise finden. Die eingeladenen Staaten verfolgten unterschiedliche politische Ansätze, um die Einwanderung entweder zu ermöglichen oder zu verhindern. Einige Staaten erhofften sich einen Zuwachs von Fachkräften in Industrie und Landwirtschaft. Dies zeigte sich in einigen Einreisebestimmungen. Ferner entstanden Konzepte, die Juden in eigenen Siedlungen zusammenzufassen und sie unerschlossene Regionen urbar machen zu lassen. Merkwürdigerweise verfolgten andere politische Massnahmen Vertreter der britischen Dominions. Sie betrieben eine ausgesprochen restriktive Grenzpolitik, die eine Einwanderung möglichst verhindern sollte.² Als Beispiel für dieses Handeln wird das Auftreten der australischen Delegation auf der Konferenz von Évian untersucht.

Schon lange vor dem Aufstieg der NSDAP in Deutschland praktizierte Australien eine rassistisch geprägte Migrations- und Innenpolitik – letzteres vor allem im Umgang mit der indigenen Bevölkerung, den Aborigines. Gary Foley resümierte knapp: «The Jews of Europe in the 1930s were to discover something about Australia that Aboriginal people had known for almost 150 years; that Australia was a racist country».³ So gab es für die

¹ Latvinoff, Barner: The Letters and Papers of Chaim Weizmann, Series B, Papers, Vol II, Dezember 1932-April 1952, New Brunswick 1984, S.102, zitiert nach: Bartrop, Paul R.: The Evian Conference of 1938 and the Jewish Refugee Crisis, Fort Myers 2018, S. 2.

² Vgl. Bartrop, Paul R.: Australia and the Holocaust 1933-1945, Melbourne 1994, S. 70.

Einwanderung ethnisch strukturierte Aufnahmekriterien. Es etablierte sich die «White Australia Emigration policy» in welcher die Weltbevölkerung in Briten und Nicht-Briten aufgeteilt wurde. Während die australische Regierung – trotz einer geringen Geburtenrate, einer niedrigen Bevölkerungszahl und dünner Besiedlung – vorrangig britische oder irische Einwanderer immigrieren liess, wurde den meisten anderen Menschen nur unter Vorbehalt und Nachweis finanzieller Sicherungen der Einlass gewährt (*Quelle 1*).⁴

Kurz nach der Ernennung Hitlers zum deutschen Reichskanzler kam es in Australien zu einen Ministerialbeschluss, welcher die Einwanderung von Flüchtlingen aus Deutschland beschränken sollte. Es wurde somit schon 1933 betont, dass es keine Sonderberechtigung für die Einwanderung von Juden geben könne.

DAS AUFTRETEN AUSTRALIENS AUF DER KONFERENZ VON ÉVIAN

Nachdem 1938 der US-Präsident Roosevelt zur Konferenz von Évian eingeladen hatte, erhoffte sich Grossbritannien, als Führungskraft des Commonwealth of Nations, ein geschlossenes und einheitliches Auftreten mit den Dominionen.⁵ Letztere zeigten sich hingegen besorgt, dass die jeweilige Souveränität der ehemaligen Kolonien in Einwanderungsfragen angegriffen werden könnte. Es wurde deutlich, dass eine autonome Entscheidungsgewalt der Dominionen entscheidend für die Teilnahme an der Konferenz war. Insbesondere die Aufnahme von Flüchtlingen aus Deutschland und dem annektierten Österreich war dabei innenpolitisch eine heikle Thematik.⁶ Als Grundlage für das Mitwirken Australiens diente die Versicherung, dass nationale Gesetze die höchste Priorität erhielten und nicht übergangen werden dürften.⁷ Trotz dieser Vorgeschichte waren Beobachter, zum Beispiel jüdische Hilfsorganisationen, aber auch die britische Regierung optimistisch, dass Australien und Neuseeland jüdische Flüchtlinge aufnehmen würde.⁸ Trotz einzelner humanitärer Appelle, wie z.B. in der Zeitung Sydney Morning Herald war die australische Bevölkerung negativ voreingenommen gegen eine Aufnahme Juden. Der

3 Foley, Gary: Australia and the Holocaust: A Koori Perspective, in: The power of whiteness and other essays, Melbourne 1999, S. 77.

4 Vgl. ebd., S. 275.

5 Vgl. Bartrop: The Evian Conference, S. 26-27; Bartrop: Australia and the Holocaust, S. 64.

6 Vgl. Bartrop: Australia and the Holocaust, S. 64.

7 Vgl. ebd., S. 63-64.

8 Vgl. Bartrop: The Evian Conference, S. 68-70. Zu Neuseeland: Neuseeland hatte eine ähnlich strenge Einwanderungspolitik wie Australien. Trotz höherer Aus- als Einwanderungszahlen wurden Briten bevorzugt ins Land gelassen. Juden wurden als wenig assimilierbar angesehen. Winfried Meyer u.a. (Hg.): Geschlossene Grenzen: Die internationale Flüchtlingskonferenz von Évian, Berlin 2018, S. 280-285.



Thomas Walter White, 1888-1957, Foto: National Library of Australia.

Aufruf konnte kein Umdenken bewirken. Zu ausgeprägt war die antisemitische Grundstimmung in Australien (*Quelle 2*)*

Australien wurde auf der Konferenz vom Handelsminister Lieutenant-Colonel Thomas Walter White vertreten.

Paul Bartrop bezeichnete ihn als idealen Gesandten, um Australiens Standpunkte deutlich zu machen, obwohl er nur die zweite Wahl der australischen Regierung war. Er hielt sich zufällig zur Zeit der Konferenz auf einer Handelstagung in London auf und wurde kurzfristig nach Évian delegiert, um dort die Interessen Australiens zu vertreten.¹⁰ Das Desin-

* Vgl. unbekannter Autor: Anti Immigration sentiment, in: <https://www.holocaust.com.au/the-australian-perspective/before-the-war/anti-immigration-sentiment/> sowie zum Sydney Morning Herald, vgl. Bartrop: Australia and the Holocaust, S. 68.

teresse an der Situation der deutschen Juden wird durch die beiläufige Wahl Whites und die verfrühte Abreise der australischen Delegation am 9. Juli 1938 deutlich. Die australische Einwanderungspolitik vertrat White in Évian konsequent. Die Hoffnungen Grossbritanniens und der verschiedenen Hilfsorganisationen auf Australien wurden schon mit seiner ersten Rede zunichte gemacht:

*«Under the circumstances, Australia cannot do more, for it will be appreciated that in a young country man power from the source from which most of its citizens have come is preferred, while undue privileges cannot be given to one particular class of non-British subject without injustice to others. It will no doubt be appreciated also that, as we have no real racial problems, we war not desirous of importing one by encouraging any scheme of large-scale foreign migration».*¹¹

Die drastische Aussage, man wolle kein «Rasseproblem» importieren, ist symptomatisch für die australische Position. Whites abschliessende Worte verdeutlichen, dass Australien die Verantwortung und die Problemlösung bei anderen Staaten sah:

*«What the United Kingdom is doing, together with our own efforts and those of others already related, will probably, we trust encourage members of this intergovernmental committee here assembled to formulate further plans for co-operation towards the solution of a tragic word problem and thus bring hope to many unhappy people».*¹²

Die australische Presse war weitgehend mit Whites Auftritt zufrieden, da er nach ihrer Sicht die Interessen der Bevölkerung berücksichtigt habe.¹³ So kam es in der Zeitung Bulletin zu antisemitischen Äusserungen, die zum Beispiel eine Verbindung zwischen dem Judentum und dem Kommunismus nahelegten. Die Zeitung forderte, dass jüdische Einwandernde grundsätzlich nachweisen müssen, dass sie keiner kommunistischen Organisation angehörten:

10 Vgl. ebd., S. 67.

11 Ebd., S. 71. Siehe hierzu die Rede White im Kapitel «Protokoll der Konferenz von Évian – Auszüge» in diesem Band.

12 Ebd., S. 73.

13 Vgl. ebd., S. 72.

«Every Immigrant Jew from Europe or Palestine should be made to sign a declaration that he has never been a member of a Communist organization, open or disguised, and realizes that he will be liable to deportation if he joins any such organization in Australia.»¹⁴

Der liberale Sydney Morning Herald kritisierte hingegen die Rede, indem er betonte, dass eine antirassistische und demokratische Kultur, wie es die australische sei, derartige Aussagen nicht dulden dürfe. Stattdessen solle die lange Tradition der Toleranz gepflegt werden. Die Asylsuchenden sollten vermehrt in der Landwirtschaft eingesetzt werden und im Falle eines Krieges hätte Australien eine höhere Zahl an verteidigenden Truppen zur Verfügung.¹⁵

Während der Konferenz wurden zwei Unterkomitees gegründet: Das «technical sub-committee» und das «sub-committee for the Reception of Organisation Concerned with the Relief of Political Refugees coming from Germany». Letzteres hatte die Aufgabe, jüdische Hilfsorganisationen anzuhören. Den Vorsitz übernahm bezeichnenderweise White. Der Sprecher einer nicht näher bekannten jüdischen Organisation gab an:

«I told col. [colonel] White ... exactly what I thought of him and his statement that Australia had no racial problem and did not want to import any. I told that as far as racial origin was concerned, Australia themselves had little cause for pride as to their own ancestors!»¹⁶

Es wird deutlich, dass die australische Politik die Notlage der Juden nicht ausreichend erkannte. Erst nach dem Novemberpogrom 1938 entschloss sich Australien zur Aufnahme von 15'000 Flüchtlingen aus Deutschland, dem Sudetenland und Österreich innerhalb von drei Jahren, was im Rahmen der Kapazitäten und Anzahl der Hilfesuchenden eine sehr geringe Anzahl darstellte.¹⁷ Alles in allem praktizierte die australische Regierung in den 1930er Jahren eine Politik, die das Hauptziel hatte, die nationalen Grenzen vor einer Einwanderung jüdischer Geflüchteter zu schützen und somit dem Hauptziel der Konferenz von Évian diametral gegenüberstand.

14 Bartrop: Australia and the Holocaust, S.72.

15 Vgl. ebd., S. 72-73.

16 Ebd., S. 75.

17 Vgl. ebd., S. 72-73.

QUELLE 1 | 21. APRIL 1938 – C.V.-ZEITUNG – ROOSEVELTS AKTION
C.V.-Zeitung vom 21.4.1938

Roosevelts Aktion

Die Unterredungen, die der Präsident Franklin D. Roosevelt am 13. April mit Henry Morgenthau Sen., Bernhard Baruch, Mgr. Rummel und James MacDonald geführt hat, wurden am folgenden Tag als «Vorbereitende Konferenz über die Flüchtlingsfrage» fortgesetzt. Zu den Besprechungen wurde diesmal u.a. der Unterstaatssekretär des Arbeitsamtes, Mr. Georges Messersmith, der frühere amerikanische Gesandte in Österreich, und die Sekretärin des Arbeitsamtes, Mrs. Perkins, zugezogen. Es verlautet, dass die Schweiz in ihrer Antwort gebeten hat, die Konferenz nicht innerhalb ihrer Grenzen abzuhalten, sondern in einem Lande, das unmittelbar an der Lösung des Problems mitarbeiten könne. Im Übrigen haben sowohl die Schweiz als auch Ecuador inzwischen ihre prinzipielle Zustimmung zu der Konferenz erteilt, so dass jetzt nur noch die Antworten der englischen Dominions ausstehen. Es liegt aber in Ergänzung unseres Berichtes in der vorigen Nummer der C.-V.-Zeitung jetzt eine weitere Äusserung amtlicher Stellen aus Melbourne vor.

Nachdem bereits Premierminister Lyons darauf hingewiesen hatte, dass bei der Einwanderung nach wie vor britische Staatsangehörige bevorzugt werden würden, hat der Innenminister MacEwen diesen Standpunkt noch einmal besonders unterstrichen. In einer Bekanntmachung heisst es, dass jüdischen Einwanderern keine besondere Erleichterung gewährt werden könne. Nichtbritische Fremde würden weder zur Einwanderung ermutigt werden noch würde sie finanzielle Beihilfen erhalten. Nichts werde man unternehmen, was eine Gruppeneinwanderung erleichtern könne. Man werde sogar Schritte ergreifen, um die Ansammlung von Fremden in besonderen Gebieten zu verhindern.

In *England* wird ein Aufruf zur Unterstützung der Bemühungen der Präsidenten Roosevelt veröffentlicht, der u.a. von folgenden Persönlichkeiten unterzeichnet ist: Sir Frederic G. Kenyon für die Gesellschaft zum Schutz der Wissenschaften, Lord Sempill für das Katholische Flüchtlingskomitee, Lord Reading für das Council for German Jewry und Mr. George B. Jeffery.

QUELLE 2 | 21. APRIL 1938 – C.V.-ZEITUNG – AUSTRALIEN, NEUSEELAND, KANADA. WANDERUNGSPROBLEME UNTER BRITISCHEM GESICHTSPUNKT

C.V.-Zeitung vom 21.4.1938

**Australien, Neuseeland, Kanada
Wanderungsprobleme unter britischem Gesichtspunkt**

Einen neuen und sehr wesentlichen Beitrag zum Thema «Wanderung und Siedlung» bildet ein Aufsatz in der «IRA» (1938, Heft 4), der sich mit dem einschlägigen Problemen in den drei britischen Dominions Australien, Neuseeland und Kanada beschäftigt. Wenn die Darstellung auch im Besonderen unter dem Gesichtspunkt der «Empire-Wanderung» – also vor allem der Auswanderung vom englischen Mutterland nach den Dominions – erfolgt, so werden doch auch einige grundsätzliche Fragen behandelt, die für die jüdische Wanderungspolitik von grosser Aktualität sind.

Die Bevölkerung Australiens, Neuseelands und Kanadas stieg in dem Jahrzehnt von 1921 bis 1931 um 19,85 Prozent, bzw. 17,37 Prozent, bzw. 18,08 Prozent. Dieser starke Bevölkerungszuwachs war im Wesentlichen auf Einwanderung zurückzuführen. Infolge der letzten Weltwirtschaftskrise ist die Wanderbewegung seit 1931 erheblich geringer geworden. Erst in der neuesten Zeit sind Ansätze zu einer erneuten Belebung zu verzeichnen. Dementsprechend erreichte seit 1931 der Hundertsatz der Bevölkerungszunahme in Australien nur noch 0,8 Prozent, in Neuseeland 0,7 Prozent und in Kanada 1,5 Prozent. Die Zusammensetzung der Einwanderungsströme ist in den drei Dominions recht unterschiedlich. Die Einwanderung nach Australien und Neuseeland war in der Mehrheit fast immer britischem Ursprung. Die Einwanderung nach Kanada ist dagegen wesentlich weniger einheitlich.

Es ist für uns interessant, aus dem Aufsatz zu ersehen, dass die Förderung der Auswanderung aus England mit ähnlichen Mittel erfolgt, wie sie für die jüdische Wanderung von den zuständigen Organisationen angewandt werden. Hierzu gehören Reisezuschüsse und finanzielle Beiträge zu den Siedlungs- und Erschliessungsplänen einschliesslich der Vorbereitung der Auswanderung auf ihre zukünftige Tätigkeit in der Landwirtschaft, wozu vom englischen Arbeitsministerium eine Reihe von «Berufsausbildungsplänen» aufgestellt wurden. Ferner wird die Notwendigkeit genauer Orientierung über das Einwanderungsland vor der Auswanderung auch in diesem Artikel als eine wesentliche Voraussetzung für das Gelingen der Umsiedlung bezeichnet.

Zur Frage der landwirtschaftlichen Gruppensiedlung, die Gegenstand von Regierungsvereinbarungen innerhalb des Empire war, wird bemerkt, dass diese Versuche die gewünschten Ergebnisse nicht gezeigt hätten. Wenn auch von einem Scheitern nicht gesprochen werden könne, so stehe doch fest, dass ihre Durchführung zumeist sehr kostspielig war. Dieser Hinweis erscheint im Hinblick auf die den jüdischen Organisationen zur Verfügung stehenden Mittel recht bedeutungsvoll.

Die Zukunft der Einwanderung in den drei Dominions Australien, Neuseeland und Kanada wird in dem Artikel als von der Entwicklung der allgemeinen Wirtschaftslage und besonders des internationalen Güteraustauschs, von der Nachfrage nach landwirtschaftlichen Erzeugnissen und von der Wiederbelebung der Anlagetätigkeit abhängig bezeichnet. Die Einwanderung könne keinen grossen Umfang annehmen, wenn nicht die Möglichkeit der Entwicklung eines Marktes zum Absatz der von den Einwanderern erzeugten Güter vorhanden sei. Diese Möglichkeit hänge eindeutig und weitgehend vom Zustand des Weltmarktes ab. Und hier sei jede Voraussage unmöglich, obgleich gewisse Anzeichen darauf hinweisen, dass eine langsame Wiederbelebung des Weltmarktes zu erwarten sei. Dass die Neigung der Auswanderer, Arbeit in den Städten anzunehmen, auch wenn ursprünglich die Absicht landwirtschaftlicher Siedlung vorgelegen hat, keine besondere Erscheinung der jüdischen Wanderungsbewegung ist, ergibt sich daraus, dass in dem Aufsatz dieselbe Tendenz von der früheren Empire-Wanderung festgestellt wird. Mit zahlenmässigen Belegen wird in der Darstellung ausgeführt, dass ein immer grösserer Prozentsatz von Einwanderern in den drei Dominions von der aufstrebenden Industrie aufgenommen wurde. Hieran wird die Bemerkung geknüpft, dass angesichts dieser Tatsache die nach dem Kriege befolgte Wanderungspolitik sich zu ausschliesslich mit der landwirtschaftlichen Siedlung befasst habe. Die Kanadier, die Australier und die Neuseeländer selbst hätten Neigung gezeigt, die Landarbeit zu verlassen und sich in den Städten niederzulassen. Infolgedessen sehe die Wanderungspolitik ihre Aufgabe darin, die in der landwirtschaftlichen Bevölkerung der Dominions entstandenen Hohlräume auszufüllen. Andererseits wird in dem Aufsatz bemerkt, dass diese Landflucht nicht eine durchaus bedauerliche Erscheinung sei. Wenn der Anteil der landwirtschaftlichen Erzeugung in der gesamten Produktion ständig zurückgehe, sei es natürlich, dass Männer von der Landwirtschaft zur Industrie und zu anderen Berufszweigen übergängen. Vermutlich werde die Einwanderung in den Dominions in Zukunft weniger gross sein als während der zehn Nachkriegsjahre

und die Einwanderer würden in der Hauptsache Industriearbeiter sein. Der zwischenministerielle Ausschuss Grossbritaniens habe daher u.a. empfohlen, die Bereitstellung von Geldern für die Erschliessung von Ländereien in den Dominions einzustellen und von der Förderung der Gruppensiedlung abgeraten, aber hinzugefügt, dass die qualifizierten Siedler zweifellos keine Schwierigkeiten hätten, sich das Siedlungskapital bei einer Landwirtschaftsbank oder bei einer ähnlichen Einrichtung zu besorgen. Wenn diese Gedankengänge auch lediglich die englische Auffassung über die Gestaltung der Empire-Wanderung wiedergeben so verdiene sie doch als Beitrag zu den Fragen der Wanderungsplanung darüber hinausgehende Beachtung.

Im einzelnen besteht nach den Darlegungen in der IRA unter britischen Aspekt in den grossen kanadischen Städten immer Beschäftigungsmöglichkeit für Hausgehilfen sowie für eine Anzahl von Büroangestellten britischer Herkunft, die in der Lage sind, höhere Posten zu bekleiden sowie für Handwerker in Berufen, die in Kanada noch nicht ausreichend entwickelt sind, schliesslich für Personen mit Sonderkenntnissen, die nur ausserhalb Kanadas erworben werden können. In Neuseeland schein die Zeit für eine Wiederaufnahme der Einwanderung in grossem Umfange noch nicht gekommen zu sein, während man in Australien schon davon spreche. Jedoch lehnten die Arbeitergewerkschaften dort die Einwanderung allgemein ab, weil sie der Auffassung seien, dass die Einwanderer auf dem australischen Arbeitsmarkt in Wettbewerb treten würden. Der Generalstaatsanwalt des australischen Bundes habe vor einiger Zeit erklärt, Einwanderung sei nicht gleichbedeutend mit landwirtschaftlicher Siedlung. Beim gegenwärtigen Zustand des Weltmarktes sei es zweifelhaft, ob es zweckmässig wäre, mehr und mehr Menschen zur Überzeugung zu veranlassen, deren Erzeugnisse für die Ausfuhr bestimmt seien. Dagegen dürften in Zukunft die Aussichten auf Beschäftigung gelernter Arbeiter in der Industrie in hohem Masse dazu beitragen, die Einwanderung nach Australien zu ermutigen.

Wichtig ist schliesslich die Mitteilung, dass man in Australien eine wirtschaftliche und wissenschaftliche Untersuchung über die Einwanderungsmöglichkeiten vornimmt, um festzustellen, in welchem Umfang Australien Einwanderer aufnehmen könne und wieviel Personen die bewohnbaren Teile des Landes aufnehmen vermögen. Nach einer neueren Schätzung werde angenommen, dass etwa 30 Millionen Menschen in Australien (zur Zeit etwa 6,8 Millionen) leben könnten.

So erfreulich solche Feststellungen auch klingen mögen, so wird der jüdische Leser dabei nicht vergessen dürfen, dass die Einwanderungspolitik der englischen Dominions in erster Linie unter dem Gesichtspunkt der Heranziehung britischer Staatsangehöriger betrieben wird.

Go-Wie

ZERMÜRBENDE VORBEREITUNG EINER KONFERENZ

*Korrespondenz zwischen Salomon
Adler-Rudel und Hans Schäffer*

Luise Eckardt

Am 23. März 1938 richtete der US-amerikanische Außenminister Cordell Hull die Einladungen zu einer Flüchtlingskonferenz an neun europäische und neunzehn süd-amerikanische Länder sowie an vier britische Dominions. Hilfsorganisationen, die die Auswanderung von Juden unterstützten, wurden nicht offiziell eingeladen. Trotzdem boten sie ihre Hilfe bei der Vorbereitung der Konferenz an.¹ In den folgenden Monaten entstanden zahlreiche Memoranden. Auch Hans Schäffer und Salomon Adler-Rudel beteiligten sich an der Ausarbeitung einer Denkschrift der *Reichsvertretung der Juden in Deutschland*. Ihre Korrespondenz aus den Jahren 1938 und 1939 dokumentiert den langwierigen Prozess. Deutlich wird die Hoffnung, die jüdische Hilfsorganisationen in dieser Zeit noch gehabt haben. Gleichzeitig schrieben sie von der zermürenden Suche nach Unterstützung.

Hans Schäffer (1886-1957) amtierte ab 1929 als Staatssekretär im Reichsfinanzministerium. Nach dem Rücktritt des Reichskanzlers Heinrich Brüning im Mai 1932 wurde er Generaldirektor im Ullstein-Konzern. Ein Jahr später wurde Schäffer im Zuge der «Arisierung» entlassen und emigrierte nach Jönköping in Schweden. 1938 erhielt er die schwedische Staatsbürgerschaft.²

¹ Vgl. Kieffer, Fritz: Judenverfolgung in Deutschland – eine innere Angelegenheit? Internationale Reaktionen auf die Flüchtlingsproblematik 1933-1939, Stuttgart 2002, S. 168.

² Vgl. Schoeps, Julius H.: Leben in schwierigen Verhältnissen. Hans-Joachim Schoeps im schwedischen Exil, in: Glöckner, Olaf; Müssener, Helmut (Hg.): Deutschsprachige jüdische Migration nach Schweden, 1774 bis 1945, Berlin, Boston 2017, S. 107-116, hier: S. 112; Müssner, Helmut: Exil in Schweden. Politische und kulturelle Emigration nach 1933, München 1974, S.518; Wengst, Udo: Schäffer, Hans, in: Neue Deutsche Biographie (NDB), Bd.22, Berlin 2005, S.518-519, hier: S.518.

Salomon Adler-Rudel (1894-1975) war 1934-1936 Generalsekretär der *Reichsvertretung der deutschen Juden*.³ Zwei Jahre später wurde er als Sozialist denunziert und ausgewiesen. Adler-Rudel war anschliessend als Vertreter verschiedener jüdischer Organisationen in London tätig und engagierte sich bis nach dem Zweiten Weltkrieg in der Einwanderungshilfe. Er blieb auch im Exil Repräsentant der *Reichsvertretung der Juden in Deutschland*.⁴

1938 wurde Adler-Rudel von der *Reichsvertretung der Juden in Deutschland* gebeten, Material für die Regierungskonferenz in Évian zu sammeln und bei der Ausarbeitung eines Memorandums zu helfen. Aus diesem Anlass nahm Adler-Rudel Kontakt zu Schäffer auf.⁵ Dieser verfügte über einschlägige Erfahrungen bei der Vorbereitung von Konferenzen. Zudem hatte er als ehemaliger Mitarbeiter im Reichsfinanzministerium gute Kenntnisse der internationalen Wirtschafts- und Finanzwelt.⁶ Schäffer hatte sich als Staatssekretär mit den Reparationsverhandlungen zwischen den Alliierten und Deutschland beschäftigt.⁷

Adler-Rudel und Schäffer versuchten als Vertreter der Hilfsorganisationen und als Betroffene, ein gemeinsames Vorgehen der verschiedenen Vereinigungen zu koordinieren, um einen „innere[n] Kampf jüdischer Gruppen [...] von den Regierungsvertretern fern[zu]halten«. (*Quelle 1*) Sie wurden in ihren Bemühungen immer wieder mit Ablehnung konfrontiert und erkannten, «wie unendlich schwer es ist, hier an Menschen heranzukommen, und wie selten es gelingt, Menschen für eine Angelegenheit wie die unsrige wirklich zu interessieren.» (*Quelle 3*)

Erst im Mai wurde Évian als Tagungsort bekanntgegeben. Gleichzeitig wurde der Beginn der Konferenz von Mitte Juni auf den 6. Juli verschoben. Zwei Monate nach der Entsendung der Einladungen hatten noch nicht alle Staaten geantwortet, Tagungsräume im französischen Kurort waren noch nicht gefunden und für die Unterbringung der Delegierten

3 Die Reichsvertretung der deutschen Juden wurde 1933 gegründet. Sie war die erste Organisation, die alle deutschen Juden vertrat. 1935 musste sich die Organisation in Reichsvertretung der Juden in Deutschland umbenennen. Nach den Nürnberger Gesetzen, die in diesem Jahr verabschiedet wurden, konnten Juden nicht mehr «deutsch» sein, sondern nur noch «Juden in Deutschland». 1939 musste sich die Organisation erneut umbenennen und die Mitgliedschaft in der Reichsvereinigung der Juden in Deutschland wurde verpflichtend. Vgl. Rürup, Miriam: *Alltag und Gesellschaft*, Paderborn 2017, S. 149.

4 Vgl. Gutman, Israel; Jäckel, Eberhard; Longerich, Peter; Schoeps, Julius H. (Hg.): *Enzyklopädie des Holocaust. Die Verfolgung und Ermordung der europäischen Juden*, Bd. 1, München 1998, S.6-7.

5 Vgl. Adler-Rudel, Salomon: *Das Auswanderungsproblem im Jahre 1938. Ein Briefwechsel mit Hans Schäffer*, in: *Bulletin des Leo Baeck Institutes* 38/39 (1967), S. 159-215, hier: S. 160.

6 Vgl. Schubert, Günter: *Der Fleck auf Uncle Sams weisser Weste. Amerika und die jüdischen Flüchtlinge, 1938-1945*, S. 23.

7 Vgl. Adler-Rudel: *Das Auswanderungsproblem im Jahre 1938*, S. 160.

war nicht gesorgt. Einen ersten Vorschlag für eine Tagesordnung machte die US-Regierung erst am 14. Juni.⁸ Adler-Rudel und Schäffer konnten daher zunächst über die teilnehmenden Staaten, deren Vertreterinnen sowie den Ablauf und die Aufgaben der Konferenz Vermutungen anstellen. (*Quelle 2*)

Eine wichtige Frage zwischen ihnen war die Finanzierung der Emigration, ihrer Möglichkeiten sowie Vorgehensweisen. Adler-Rudel und Schäffer beobachteten unentwegt die politischen Entwicklungen in Deutschland. (*Quelle 5*) In der sich ständig verschlechternden Lage für die jüdische Bevölkerung in Deutschland und Österreich in den Monaten vor der Konferenz (zum Beispiel die sogenannte «Mai-Aktion»)⁹ sahen sie ein Mittel der nationalsozialistischen Regierung, um Druck auf die Teilnehmerstaaten auszuüben.

Als Repräsentant *der Reichsvertretung der Juden in Deutschland* zog Adler-Rudel ein aufschlussreiches Fazit über die internationale Konferenz und berichtete Schäffer von seinen Beobachtungen. Als «unangenehmste Erscheinung der Konferenz» beschrieb er die Anhörung der jüdischen Organisationen durch die Subkommission unter Leitung des australischen Delegierten Sir Thomas Walter White. Vor den elf Mitgliedern des «Sub-Committee for the Reception of Organisations concerned with the Relief of Political Refugees» ergänzten die Vertreter verschiedener Hilfsorganisationen ihre eingereichten Memoranden. Innerhalb von zehn Minuten sollten die Gesandten ihre Forderungen darlegen. Nach der Anhörung der Organisationen fertigte der Ausschuss einen Bericht an, der den Staaten als Zusammenfassung der Anhörung vorgelegt wurde.¹⁰ «Dieses Anhören der Delegationen war ein wirklich trauriger Vorgang.», schrieb Adler-Rudel an Schäffer. Dennoch bewertete er das Ergebnis der Konferenz als zufriedenstellend. Er sah in der Gründung des *Intergovernmental Committee on Refugees* (IGCR) mit Sitz in London seine Erwartungen an das Zusammentreffen in Évian erfüllt. (*Quelle 4*)

Auch nach dem 9. November 1938 korrespondierten Salomon Adler-Rudel und Hans Schäffer über die sich immer weiter verschlechternde Lage für die noch in Deutschland und Österreich verbliebenen Juden. Nach dem Pogrom scheint die Befürchtung «plötzlich eintretende[r] Ereignisse» und der darauffolgenden notwendigen Flucht von «Menschenmassen» bewahrheitet. «Hier in England haben diese Geschehnisse eine ungeheure Em-

⁸ Vgl. Kieffer: Judenverfolgung, S. 181-191.

⁹ Im Mai 1938 wurden 4'000 Juden in Wien festgenommen. Sie «wurden wahllos zusammengefangen», wie der stellvertretende Leiter der Geheimen Staatspolizei Wien, Karl Ebner, 1947 zu Protokoll gab. Vgl. Aussage Karl Ebners zur «Mai-Aktion» vor dem Landgericht Wien am 1.3.1947, in: Faludi, Christian (Hg.): Die «Juni-Aktion 1938». Eine Dokumentation zur Radikalisierung der Judenverfolgung, Frankfurt am Main 2013, S. 146-147.

Siehe hierzu auch: Kieffer: Judenverfolgung, S.210-212; Rosenkranz, Herbert: Verfolgung und Selbstbehauptung. Die Juden in Österreich 1938-1945, Wien, München 1978, S. 86-87.

¹⁰ Vgl. Kieffer: Judenverfolgung, S.239-241.

pörung aller anständigen Menschen hervorgerufen und die Bereitschaft, irgendetwas zu tun und zu helfen, ist sehr gross.»

**QUELLE 1 | 29. MAI 1938 – BRIEF VON
HANS SCHÄFFER AN SALOMON ADLER-RUDEL**

Adler-Rudel, Salomon: Das Auswanderungsproblem im Jahre 1938. Ein Briefwechsel mit Hans Schäffer, in: Bulletin des Leo Baeck Institutes 38-39 (1967), S. 159-215, hier: S. 164-170.

Jönköping, 29. Mai 1938

Lieber Herr Adler-Rudel,

Ihren Brief vom 26. d.M. habe ich erhalten. Ich vermute, dass meine Verhandlungen in Paris am 10ten oder 12. Juni wieder beginnen werden. Aber sicher ist das keineswegs, da der Ausschuss, der mit der rumänischen Gruppe zu verhandeln hat, sich aus Gläubigervetretern von acht Staaten zusammensetzt und daher Vertagungen wegen Behinderung der einen oder anderen Persönlichkeit sehr wohl möglich sind. Es wäre aber nicht zu verantworten, wenn die Vorbereitung der Konferenz von Evian, die eine wahrscheinlich nicht mehr wiederkehrende Gelegenheit darstellt, unter solchen Zufälligkeiten leiden sollte. [...]

In Erwartung des von Ihnen angekündigten ganz ausführlichen Briefes möchte ich Ihnen schon jetzt einige Gedanken mitteilen, deren praktische Verwendbarkeit aber möglicherweise unter der Tatsache leiden wird, dass sie ohne Kenntnis des Programmes und der bereits geleisteten Vorarbeiten entstanden sind.

Ich fürchte, dass es mit den letzteren nicht allzuweit her sein wird. Es hat unter den Regierungskonferenzen der letzten zehn Jahre nur zwei gut vorbereitete gegeben. Eine schlecht vorbereitete Konferenz schädigt aber oft die Sache, da sie zu keinen durchführbaren Ergebnissen kommt und eine Wiederaufnahme der ungelöst gebliebenen Fragen erschwert. Daher haben die Kreise der von den Ergebnissen Betroffenen alles Interesse, für eine sachgemässe Vorbereitung besorgt zu sein. Das ist hier besonders schwierig aus zwei Gründen, einmal weil es sich um eine Regierungskonferenz handelt und die Betroffenen daher nur die Möglichkeit einer mittelbaren Einwirkung haben, und zweitens, weil verschiedene Gruppen Betroffener vorhanden sind (Juden, politische Emigranten, Angehörige verschiedener Länder), und daher die Gefahr einer gegensätzlichen Einwirkung besteht. Daraus ergibt sich eine doppelte Notwendigkeit, einmal eine rasche und systematische Aufnahme persönlicher Beziehungen zu den Regie-

rungsvertretern, die diese Fragen auf der Konferenz behandeln werden, und zwar in allen wesentlichen in Betracht kommenden Ländern, nicht nur in denen, die als Aufnahmeländer in Frage kommen, sondern auch in denen, die Bevölkerungsteile abgeben wollen (Polen, Ungarn, Rumänien), weil auch die Mitwirkung dieser letzteren von grosser Wichtigkeit werden kann (Tempo, Vorschulung, Vermögensmitnahme). Die zweite Notwendigkeit liegt in der alsbaldigen Aufnahme von Querverbindungen zu den anderen Organisationen Betroffener und Einigung mit diesen über ein gemeinsames Vorgehen und gegenseitige Unterrichtung. Das gemeinsame Vorgehen müsste genau feststellen, welche Fragen solchen gleichmässigen Interesses sind und welche anderen sich nur auf die eine oder andere Gruppe beziehen. Für die ersteren (Pass, Ausweise, Aufenthalts- und Arbeitsgenehmigung u.a.) müsste ein gemeinsames oder wenigstens gleichgerichtetes Vorgehen und vor allem auch die Reihenfolge der Fragen nach ihrer Bedeutung vereinbart werden.

Die Vorbereitung müsste sich ferner auch auf das sachliche Material erstrecken, da sicher die Regierungsvertreter in dieser Hinsicht für jede Unterstützung dankbar sein werden und auch für die Betroffenen viel darauf ankommt, dass die Konferenz mit ausreichendem und vor allem mit gleichmässigem Material arbeitet, damit nicht durch Streit über die tatsächlichen Verhältnisse das Ergebnis leidet. [...]

Bei der Zahl der an der Konferenz teilnehmenden Länder und der Schwierigkeit der zu behandelnden Fragen ist kaum anzunehmen, dass man sofort zu abschliessenden Ergebnissen kommen kann. Dennoch muss man sich seitens der Betroffenen ein gewisses Minimalresultat vorher genau zurechtlegen, auf dessen Erreichung man hinwirken muss. Dieses Minimalprogramm müsste in dreierlei bestehen, erstens in einer noch vor der Gesamtkonferenz auszusprechenden Anerkennung der einzelnen Probleme und der Notwendigkeit und der Dringlichkeit ihrer Lösung, zweitens in der Einsetzung einer Kommission mit der Aufgabe der sofortigen Vorbereitung von Vorschlägen für diese Lösungen, drittens in der Anberaumung einer neuen Konferenz im Herbst, in der diese Vorschläge zu beraten und daraufhin die Beschlüsse zu fassen sind. [...]

Schliesslich noch einiges, insbesondere zu den jüdischen Fragen. Jeder innere Kampf jüdischer Gruppen muss von den Regierungsvertretern ferngehalten werden. Vor allem muss verhindert werden, dass wenn die Frage eines Siedlungsterritoriums aufkommt, nicht etwa zionistische Gegenäusserungen erfolgen. Ich glaube, dass man hierüber rechtzeitig vorher mit den zionistischen Führern bindende Vereinbarungen treffen sollte und dass man auch zu solchen gelangen kann. Ferner wird man sich

stets vor Augen halten müssen, dass das jüdische Problem nicht auf einem Wege allein, sondern nur durch eine Kombination einer Reihe von Wegen seiner Lösung näher gebracht werden kann. Darum wird auf alle Fälle in den «terms of reference» neben der Frage geschlossener Siedlung und der Frage der Unterbringung in Übersee auch die Frage der Aufnahme in europäische Länder weiter in der Debatte bleiben müssen. [...]

Ein anderer für die jüdische Frage besonders wichtiger Punkt ist die Erörterung, was geschehen soll, wenn durch plötzlich eintretende Ereignisse grosse Menschenmassen über die Grenzen fluten. Darüber, ob man diesen Gegenstand auf der Konferenz überhaupt behandeln soll und in welchem Sinne, muss man sich sehr eingehende Gedanken machen. Ich habe das seit einiger Zeit getan, weil ich darin eines der schwersten Probleme sehe, und werde, wenn wir uns sehen, grade darüber auch mit Ihnen sprechen. [...]

Vielleicht hat der eine oder andere Punkt des Vorstehenden für Sie Bedeutung. Noch mehr würde ich mich freuen, wenn ich mit diesem Brief offene Türen eingerannt hätte, weil ich dann wüsste, dass wir die Angelegenheit in gleicher Weise ansehen. Sehen Sie also, dass wir uns bald sprechen; das würde Ihnen jedenfalls die Lektüre so umfangreicher Schreiben ersparen.

Mit herzlichem Gruss
Ihr Hans Schäffer

QUELLE 2 | 3. JUNI 1938 – BRIEF VON SALOMON ADLER-RUDEL AN HANS SCHÄFFER

Adler-Rudel, Salomon: Das Auswanderungsproblem im Jahre 1938. Ein Briefwechsel mit Hans Schäffer, in: Bulletin des Leo Baeck Institutes 38-39 (1967), S. 159-215, hier: S. 170-182.

London, 3. Juni 1938

Sehr geehrter Herr Dr. Schäffer,

[...] Obwohl ich im grossen Ganzen mit Ihnen übereinstimme, enthält Ihr Brief doch sehr viele wichtige Anregungen, die, soweit es überhaupt möglich ist, beachtet werden. Ich habe noch immer die Hoffnung, Sie demnächst persönlich zu sprechen, will aber trotzdem, so gut es schriftlich geht, den Versuch machen. Ihnen die Fragen der Konferenz so darzustellen, wie ich sie hier sehe, und zwar:

Ihre Bemerkung darüber, dass eine derartige Konferenz gut vorbereitet sein muss, ist richtig. Bedauerlicherweise ist aber die diesmalige Konferenz eine absolute Improvisation. Es gibt bis heute kein Programm, und niemand weiss, vor welche Aufgaben die Konferenz eigentlich gestellt werden wird.

Die Mutmassungen über die Aufgaben der Konferenz sind vielerlei. Manche Leute behaupten, dass sie sich nur mit der Frage der Flüchtlinge beschäftigen soll, die Deutschland bereits verlassen haben, andere wieder sind der Meinung, es gilt, alle Flüchtlinge, die seit 1920 in der Welt umherirren, zu erfassen, d.h. Russen, Assyrer, Italiener, Spanier, Juden usw. Wieder gibt es Leute, die der Meinung sind, dass nur die Frage der Juden behandelt werden soll, die noch in Deutschland und Österreich leben. Es gibt aber auch noch solche, die der Meinung sind, dass das gesamte Problem der jüdischen Wanderung aus Ost- und Zentraleuropa zur Verhandlung stehen wird.

Obwohl ich über ziemlich gute Quellen in Amerika verfüge, war es mir bis heute nicht möglich zu ermitteln, was eigentlich richtig ist. Hingegen steht für mich fest, dass in Amerika, zumindest bis vor wenigen Tagen, kein Programm für diese Konferenz vorhanden ist. Wenn ich richtig informiert bin, weiss auch die englische Regierung, die ihre Beteiligung zugesagt hat, noch gar nicht, was in Evian geschehen soll, und hat sich noch nicht einmal entscheiden können, wer ihr Vertreter dort sein soll. Sie werden verstehen, dass es unter diesen Umständen enorm schwer ist, sich von jüdischer Seite aus für die Konferenz entsprechend vorzubereiten.

Ich habe mich in den letzten Wochen darum bemüht, die jüdischen Organisationen soweit zusammen zu bringen, dass sie einheitlich vorgehen und ein von allen gezeichnetes Memorandum vorbereiten. Soweit es sich um die grossen und wichtigen Organisationen handelt, wird ein Übereinkommen herbeigeführt werden. Ob nicht irgendwelche Aussenseiter selbständig vorgehen, kann im Moment noch nicht gesagt werden. Es haben auch Unterhaltungen mit massgeblichen Vertretern nichtjüdischer Organisationen stattgefunden, und ich hoffe, dass diese sich im Wesentlichen dem von den jüdischen Organisationen zu formulierenden Memorandum anschliessen werden. Um allen Eventualitäten gerecht zu werden, wird wahrscheinlich nur ein kurzes allgemeines Memorandum verfasst werden, während das Material die einzelnen Fragen betreffend vom Memorandum unabhängig bleiben wird, um von Fall zu Fall weitergegeben werden zu können.

Ich möchte nun auf den Punkt eingehen, an dem mir besonders liegt und zu dem ich gern ihre Meinung hören möchte:

Sie finden in der Anlage eine Anzahl von Bemerkungen, die als Material für das Memorandum dienen sollen. Inzwischen wird an anderen Materialzusammenstellungen noch gearbeitet. In den Bemerkungen findet sich eine von mir gezeichnete, die nicht als Material anzusehen ist, sondern nur Grundlage einer Diskussion im engsten Kreise sein soll. Ausgehend davon, dass die Konferenz ein günstiges Ergebnis bringen wird und die Auswanderung von 200'000 Juden aus Deutschland und Österreich in vier Jahren ermöglicht, habe ich, um den finanziellen Bedarf zu zeigen, errechnet, dass die Kosten mindestens 14-15 Millionen Pfund betragen werden. Dies ist wahrscheinlich eher zu wenig als zu viel. Es ist klar, dass ein solcher Betrag im Wege freiwilliger Sammlungen von den Juden der Welt nicht mehr aufzubringen ist. Es fragt sich nun, wie er beschafft werden kann. Ich habe vier Möglichkeiten angedeutet, von denen zwei von dem Entgegenkommen der deutschen Regierung abhängig sind. An dieses glaube ich nicht. [...]

Das ist alles, was ich Ihnen im Moment sagen möchte und ich möchte den Brief nicht allzu ausführlich werden lassen, weil Sie ja schon in den Anlagen eine Menge zu lesen haben. Für die Erwähnung der beiden Herren vielen Dank. Herrn Dr. Stern kenne ich und hatte ich ihn schon vor einigen Tagen vor meiner Reise gebeten, mich demnächst mit ihm unterhalten zu dürfen. Auch ich schätze sein Urteil ausserordentlich hoch ein. Mit dem Herrn der amerikanischen Botschaft habe ich mich in Verbindung gesetzt und werde ihn wohl noch heute aufsuchen. [...] Sind Sie mir bitte nicht böse ob der vielen Arbeit, die ich Ihnen mache, und haben Sie jetzt schon recht herzlichen Dank für Ihre freundliche Mühe. Ich bin

mit den besten Grüßen
Ihr sehr ergebener
S. Adler-Rudel

QUELLE 3 | 21. JUNI 1938 – BRIEF VON
SALOMON ADLER-RUDEL AN HANS SCHÄFFER

Adler-Rudel, Salomon: Das Auswanderungsproblem im Jahre 1938. Ein Briefwechsel mit Hans Schäffer, in: Bulletin des Leo Baeck Institutes 38-39 (1967), S. 159-215, hier: S. 187-190.

London, 21. Juni 1938

Sehr verehrter Herr Schäffer,

ich bin länger in Paris geblieben, als ich vorhatte und komme daher erst heute dazu, den Empfang Ihres Briefes vom 12. 6. zu bestätigen, wobei ich Ihnen aufrichtig sagen möchte, dass Sie kaum übersehen können, wie wichtig und ermutigend Ihre Briefe für mich sind. Sie werden auch kaum glauben, wie unendlich schwer es ist, hier an Menschen heranzukommen, und wie selten es gelingt, Menschen für eine Angelegenheit wie die unsrige wirklich zu interessieren. Dabei entwickeln sich die Dinge in Deutschland in einem Tempo, das geradezu unheimlich ist. Sie kennen die Nachrichten aus der Presse und lassen Sie sich sagen, dass diese Nachrichten noch lange nicht ausreichen, um ein wirkliches Bild von der Verzweiflung, Depression und Hoffnungslosigkeit zu geben, von der die Juden in Deutschland jetzt beherrscht werden.

Die Gründe, die die Nazis veranlasst haben, über die Juden herzufallen, wie es in den letzten Tagen der Fall war, sind nicht ohne Weiteres klar, aber informierte Menschen glauben, dass dies ein Vorspiel für die Konferenz in Evian ist, einmal, weil man auf diese Weise die Konferenz zwingen möchte, rasch die Evakuierung der Juden aus Deutschland durchzuführen, das andere Mal, weil man durch den organisierten Raub des jüdischen Vermögens, der jetzt durchgeführt wird, irgendwelchen Verhandlungen über eine Auswertung dieses Vermögens im Interesse der Auswanderung zuvorkommen möchte. Ich weise nicht, was daran richtig ist, spüre aber, dass die Situation sich unheimlich zugespitzt hat, und dass wir erneut vor einer Welle von Selbstmorden und Verzweiflungsakten stehen.

Ihre Ausführungen über die Konferenz und Ihre Benennung bestimmter Persönlichkeiten sind zwar sehr wichtig, aber ich fürchte, Sie überschätzen den Einfluss und die Möglichkeiten der Juden hier und in anderen Ländern. [...]

Was die Finanzierungspläne betrifft, so habe ich inzwischen Verhandlungen mit Freunden aus Deutschland gehabt, die mich in der Erkenntnis bestärkten, dass es fast aussichtslos ist, daran zu glauben, dass auch nur irgendein Teil des jüdischen Vermögens in Deutschland zur Finanzierung der Auswanderungspläne herangezogen werden kann, und ich stimme Ihnen im Wesentlichen zu, dass man auch

eine Diskussion darüber vermeiden soll, weil dies die Vermögen in Deutschland erheblich gefährden könnte. Dies wird aber nicht gut möglich sein, weil gerade der Gedanke einer Heranziehung der jüdischen Vermögen zur Finanzierung der Auswanderung so weit verbreitet ist, dass man nicht sagen kann, ob er nicht unerwartet von einer Seite kommt, auf die wir überhaupt keinen Einfluss haben. Ich halte den Gedanken aber schon deswegen für abwegig, weil ich davon überzeugt bin, dass die Deutschen nichts freigeben werden. [...]

Ich habe mich schon fast damit abgefunden, dass die Konferenz nicht gut vorbereitet sein wird, dass es kein einheitliches jüdisches Memorandum geben wird (die Amerikaner machen aus irgendwelchen Gründen nicht mit), und dass wir mehr oder weniger nur auf den Zufall angewiesen sind, von dem ich hoffe, dass er uns wenigstens das von mir erwartete Ergebnis von Einwanderungsmöglichkeiten für 200'000 Menschen in 4 Jahren bringen wird. [...]

Am 5. Juli werde ich wohl nach Evian gehen (in welcher Eigenschaft, ist mir noch nicht klar). Ich schätze, dass die Konferenz ungefähr zehn Tage dauern wird. Nachher steht allerdings eine Skandinavien-Reise auf meinem Programm, hoffentlich ist es auch dann noch nicht zu spät, die Anleihedinge mit Ihnen zu besprechen.

Haben Sie nochmals vielen Dank und seien Sie herzlichst gegrüßt von Ihrem sehr ergebenen

S. Adler-Rudel

**QUELLE 4 | 26. JULI 1938 – BRIEF VON
SALOMON ADLER-RUDEL AN HANS SCHÄFFER**

Adler-Rudel, Salomon: Das Auswanderungsproblem im Jahre 1938. Ein Briefwechsel mit Hans Schäffer, in: Bulletin des Leo Baeck Institutes 38-39 (1967), S. 159-215, hier: S. 192-196.

London, 26. Juli 1938

Sehr geehrter Herr Schäffer, ich bin nun seit einer Woche wieder in London. Leider war ich aber mit der Aufarbeitung des Rückstandes, der sich hier angesammelt hatte, so beschäftigt, dass ich erst heute dazu komme, Ihnen über Evian zu schreiben.

Sie haben sicher die diversen Berichte in den Zeitungen gelesen, und ich kann mich daher darauf beschränken, Ihnen nur über meine persönlichen Eindrücke zu berichten.

Als erstes würde ich sagen, dass ich mit dem Ergebnis der Konferenz absolut zufrieden bin; es entspricht ungefähr dem, was ich von der Konferenz erwartet hatte, und ich glaube nicht, dass man bei vernünftiger Überlegung mehr erwarten konnte. Als die wichtigste Tatsache erscheint mir die Gründung eines permanenten Office, das zum ersten Male nach diesen traurigen fünf Jahren, gestützt auf die Autorität der grossen Staaten, den Versuch wird machen können, mit Deutschland zu verhandeln. Diese Verhandlungen werden sich wohl hauptsächlich auf zwei Punkte erstrecken, und zwar auf die Frage der Freigabe eines Teiles des jüdischen Vermögens sowie darauf, dass denen, die auswandern müssen, doch eine gewisse Zeit für Vorbereitung der Auswanderung belassen wird, wobei die deutsche Regierung wird einsehen müssen, dass es selbst bei grösstem Entgegenkommen der Länder der Welt nicht möglich ist, Zehntausende in kurzer Zeit zur Auswanderung zu bringen.

Was die Freigabe des jüdischen Vermögens betrifft, so wissen wir ja, dass, selbst wenn die Deutschen bereit wären, auf 25% der Vermögen zu verzichten und dafür den Raub von 75% in den Augen der Welt zu legalisieren, die Devisenlage eine derartige ist, dass das Reich nicht ohne Weiteres Devisen zur Verfügung stellen kann. Daraus folgt, dass jede Form der Freigabe der jüdischen Vermögen mit einem gewissen wirtschaftlichen Nutzeffekt für Deutschland verbunden sein muss, d.h. dass eine Kombination zwischen Transfer und Export nicht zu umgehen sein wird. Bis vor wenigen Wochen noch war ich davon überzeugt, dass dieser Weg überhaupt nicht gangbar sei, und dass die öffentliche Meinung der Welt einen solchen Vorschlag ablehnen und bekämpfen wird. Auf Grund sehr vieler Unterhaltungen, die ich in Evian hatte, und auf Grund gewisser Berichte, die ich aus Amerika erhielt, glaube ich doch, dass die interessierte Öffentlichkeit zumindest sich bereits mit dem Gedanken befreundet, dass eine Rettung des jüdischen Vermögens nur im Zusammenhang mit einer gewissen Förderung des Exportes von Waren aus Deutschland durchzuführen ist.

Die Konferenz ist ja eigentlich noch nicht zu Ende, denn das gesamte Plenum wird am 3.8. wieder in London zusammentreten, um den Direktor der neuen Organisation zu bestimmen, sowie die Richtlinien für die nächsten Wochen zu fixieren. Der Direktor wird ein Amerikaner sein, dessen Name mir noch nicht bekannt ist, aber es soll sich um einen Mann handeln, der in sehr hohem Masse das Vertrauen des

Präsidenten der Vereinigten Staaten genießt. Von der Geschicklichkeit und Klugheit dieses Mannes wird wohl die gesamte Zukunft dieses neuen Büros abhängig sein.

Obwohl ich zum Kreise der jüdischen Organisationen gehöre und diesem Kreise viel verdanke, muss ich doch gestehen, dass das Auftreten der jüdischen Organisationen mit zu den unangenehmsten Erscheinungen der Konferenz gehörte. Der letzte Versuch, der in Evian gemacht wurde, die 35 oder 40 Organisationen zusammen zu bringen, scheiterte in der letzten Minute daran, dass der Präsident der Konferenz erklärte, dass eine Sub-Commission der Konferenz sämtliche Delegationen zu hören bereit sei. Dieses Anhören der Delegationen war ein wirklich trauriger Vorgang. Die in Frage kommenden Sprecher standen an der Tür des Sitzungszimmers, jeder, der hereinkam, hatte 3-4 Minuten Zeit, um seine Wünsche vorzutragen, Fragen wurden an ihn nicht gestellt, bei den ersten wurde noch eine Übersetzung ins Englische oder Französische vorgenommen, bei den später Kommenden entfiel sogar diese Höflichkeitsbezeugung, und die diversen Sprecher sahen sich wieder im Vorzimmer der Kommission, noch ehe sie begriffen hatten, dass sie bereits vor der Kommission erschienen waren. Die Leitung der Konferenz hat auch schon mitgeteilt, dass die Sitzung in London absolut vertraulich sein wird, und dass sie keinen Vertreter privater Organisationen äusser denen, die ausdrücklich dazu aufgefordert werden, anhören wird. Damit verschiebt sich die ganze Angelegenheit in die Sphäre der Regierungsvertreter, und von diesen wieder kann gesagt werden, dass die Haltung der Amerikaner über jedes Lob erhaben ist. Sie haben mit ungeheurer Zähigkeit darauf hingearbeitet, dass die Konferenz zu einem positiven Ergebnis kommt. Die Engländer waren das eigentlich hemmende Element. Sie versuchten immer wieder, die Dinge zu bagatellisieren und die ganze Angelegenheit auf die League of Nations abzuschieben, was sinnlos wäre, denn Deutschland würde nie mit einer Organisation verhandeln, die als ein Teil der League of Nations angesehen wird. Die Franzosen waren in Worten zwar freundlich und entgegenkommend, in der Sache selber jedoch nicht sehr interessiert, und waren manchmal bereit, den Amerikanern gefällig zu sein, manchmal den Engländern, keineswegs jedoch ging ihre Bereitschaft so weit, dass sie sich selber zu irgendeiner wesentlichen Bindung verpflichtet hätten. Die Reden der australischen und südamerikanischen Regierungsvertreter klangen so, dass ich einen Moment lang die Absicht hatte, den jüdischen Vertretern den Vorschlag zu machen, eine neue Organisation zu gründen, die diese «armen» Länder bei der Lösung ihrer eigenen Bevölkerungsprobleme helfen soll. Es entbehrt auch nicht

einer gewissen Groteske, wenn z.B. die Vertreter von San Domingo oder Haiti auftraten und erklärten, dass ihre Regierungen zwar unter gewissen Umständen bereit wären, deutsche Juden als Landarbeiter aufzunehmen, Kaufleute aber und Angehörige freier Berufe hätten sie selbst genug; und in dieser Tonart ging es eigentlich durch alle Reden der Konferenz. Trotzdem glaube ich aber, wie schon oben angedeutet, dass wir auch zu sachlichen Ergebnissen kommen werden, und ich glaube noch immer an die Möglichkeit, die Auswanderung aus Deutschland und Österreich auf 50'000 Menschen jährlich zu steigern.

Die Finanzierungsfragen sind in der Konferenz überhaupt nicht behandelt worden und werden wohl auch nicht am 3. August behandelt werden, sondern erst dann, wenn der Direktor der neuen Organisation seine eigentliche Tätigkeit begonnen hat. Die Tatsache, dass unser Freund Katz, der für die nächste Woche vom Joint dem Präsidenten der Konferenz, Mr. M. Taylor¹¹, beigegeben wurde, ist etwas, wovon ich mir sehr viel verspreche. Ich habe Katz leider seit Evian nicht mehr gesehen, weiss also nicht, wie er im Moment über die Situation denkt; ich hoffe aber, ihn bald in London sprechen zu können. [...]

Sobald ich irgendetwas Neues höre oder die Frage der Finanzierung selbst in ein akutes Stadium kommt, werde ich Ihnen wieder schreiben.

Bis dahin bin ich

mit den besten Grüßen
Ihr sehr ergebener
S. Adler-Rudel

QUELLE 5 | 15. NOVEMBER 1938 – BRIEF VON SALOMON ADLER-RUDEL AN HANS SCHÄFFER

Adler-Rudel, Salomon: Das Auswanderungsproblem im Jahre 1938. Ein Briefwechsel mit Hans Schäffer, in: Bulletin des Leo Baeck Institutes 38-39 (1967), S. 159-215, hier: S. 211-212.

London, 15. November 1938

Sehr geehrter Herr Schäffer,

seit meinem letzten Brief an Sie hat sich die Welt noch mehr zu unseren Ungunsten verändert. Sie sind sicherlich genau wie ich über das, was in den letzten Wochen und Tagen in Deutschland geschehen ist, informiert. Hier in England haben diese Geschehnisse eine

11 Fussnote im Original: «Myron C. Taylor (1874-1956), ehemaliger Präsident der United Steel Corporation, Präsident der Konferenz in Evian, Mitglied von Roosevelts Advisory Personal Representative of the President beim Papst Pius XII.»

ungeheure Empörung aller anständigen Menschen hervorgerufen und die Bereitschaft, irgendetwas zu tun und zu helfen, ist sehr gross. Ich versuche alles nur Mögliche, um diese Bereitschaft praktisch auszuwerten. In einer Sitzung führender englischer Juden, die gestern stattfand, ist beschlossen worden, heute einen neuen Drive zu starten, eine jüdische Delegation zum Prime Minister zu entsenden und eine grosse öffentliche Protestversammlung durch den Board of Deputies, der Repräsentanz aller englischen Juden, einzuberufen. Daneben wird versucht, was wohl viel wichtiger ist, die Protestbewegung unter Nichtjuden viel stärker sichtbar werden zu lassen. Sie haben sicherlich über die gestrige Debatte im House of Commons gelesen, in der der Prime Minister, gemessen an der von ihm vertretenen politischen Linie, sich doch sehr weitgehendst von Hitler distanziert hat.

Der Plan, eine möglichst grosse Zahl jüngerer Menschen nach dem Ausland zu bringen, ist durch die Ereignisse der letzten Wochen nur noch dringlicher geworden. Ich habe in Paris durch die Vermittlung von Nathan Katz Mrs. Prytz¹² kennengelernt, die mir eine Empfehlung an den hiesigen schwedischen Gesandten mitgab, die ich ihm sofort einsandte, mit der Bitte, mich in diesen Tagen zu empfangen. [...] Mit den besten Grüssen

Ihr sehr ergebener
S. Adler-Rudel

¹² Fussnote im Original: «Mrs. Prytz, die geschiedene Frau des damaligen schwedischen Gesandten in London, sehr hilfsbereit in allen Angelegenheiten der Flüchtlinge aus Deutschland.»

DREI NGOs AUF DER KONFERENZ VON ÉVIAN

SAI, IFFF und Schweizerische Flüchtlingshilfe

Inga Kemper

Viele nichtstaatliche Organisationen versuchten den Verlauf der Konferenz von Évian im Vorfeld zu beeinflussen, indem sie von der katastrophalen humanitären Lage der Flüchtlinge berichteten.¹ Denn selbst die in Évian vertretenen privaten Hilfsorganisationen hatten kein Mitspracherecht. Vertreterinnen dieser Organisationen wurden vor den «Unterausschuss für die Anhörung von Organisationen, die an der Unterstützung politischer Flüchtlinge aus Deutschland einschliesslich Österreich interessiert sind» geladen. Geleitet wurde das Gremium vom australischen Delegierten Thomas Walter White, der zuvor in seiner Stellungnahme die restriktive Haltung seines Landes klargemacht hatte.² Vor dem Unterausschuss angekommen, hatte jeder Referent wenige Minuten, um den eigenen Standpunkt zu vertreten. Binnen weniger Minuten waren die Redner wieder entlassen.³ Ihre Appelle richteten sich an die vertretenen Staaten auf der Konferenz. Sie forderten die Staaten zur Zusammenarbeit auf und stellten konkrete Lösungsvorschläge vor. Drei Quellen veranschaulichen, wie die politisch sehr verschiedenen Hilfsorganisationen ihren kleinen Handlungsspielraum durch einen Balanceakt zwischen Forderungen und Zugeständnissen versuchen zu nutzen. *Die Sozialistische Arbeiter Internationale* (SAI) veröffentlichte eine Stellungnahme zur Konferenz, in dem die Staatenvertreter, insbesondere die USA, aufgefordert wurden, die Nazi-Regierung zu boykottieren. (*Quelle 1*) Als eine Vorsitzende der *Internationalen Frauenliga für Frieden und Freiheit* (IFFF) schickte Gertrud Baer am 10. Juni 1938 einen Brief mit Zeitungsartikel über die Lage der Flüchtlinge und Staatenlosen aus Deutschland und Österreich an einen wichtigen Vertreter der Hilfsorganisation der amerikanischen Quäker. (*Quelle 2*) Am 29. Juni 1938 schlug die *Schweizerische Zentralstelle für Flüchtlingshilfe* (SZF) dem schweizerischen Vertreter der Konferenz Dr. Heinrich Rothmund vor, Flüchtlinge in Lagern unterzubringen, statt

1 Siehe hierzu den Beitrag von Luise Eckardt «Die Entwicklung des Antisemitismus in Frankreich zwischen 1933 und 1939» in diesem Band.

2 Siehe hierzu den Beitrag von Jan Mathis Tietjen «Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit. Der Auftritt Australiens auf der Konferenz von Évian» in diesem Band.

3 Siehe hierzu den Beitrag von Luise Eckardt «Zermürbende Vorbereitung. Eine Korrespondenz über die Planung der Konferenz in Évian» und das Kapitel «Protokoll der Konferenz von Évian-Auszüge» in diesem Band.

sie abzuweisen. (*Quelle 3*) Exemplarisch veranschaulichen die drei Quellen der *Sozialistischen Arbeiter Internationale*, der *Internationalen Frauenliga für Frieden und Freiheit* und der *Schweizerischen Zentralstelle für Flüchtlingshilfe* das Agieren von nichtjüdischen Hilfsorganisationen vorder Konferenz. Alle drei Quellen zeigen, dass Hilfsorganisationen transnational untereinander vernetzt waren. Zum einen standen die *Sozialistische Arbeiter Internationale* und die *Schweizerische Zentralstelle für Flüchtlingshilfe* in Verbindung zum *Comite de Liaison*⁴ beziehungsweise zum Koordinierungsausschuss britischer Hilfsorganisationen, die sich vor der Évian-Konferenz gegründet hatten. Ebenso verdeutlicht der Briefwechsel zwischen der *Internationalen Frauenliga für Frieden und Freiheit* und den Quäkern, wie wichtig der gegenseitige Austausch von Wissen für die Hilfsorganisationen war.

DIE STELLUNGNAHME DER SOZIALISTISCHEN ARBEITER INTERNATIONALE

Die *Sozialistische Arbeiter Internationale* (SAI) war eine internationale Organisation, die zwischen 1923 und 1940 sozialistische und sozialdemokratische Parteien vertrat.⁵ In ihrer Stellungnahme zur Konferenz von Évian richtete sie sich an die teilnehmenden Staaten und forderte diese dazu auf, eine internationale Regelung zu schaffen, um den Flüchtlingen eine Ausreise zu ermöglichen und die «unübersehbare Not» zu beenden.⁶ Dazu sollten die Staaten Druck auf Deutschland ausüben. Zudem forderte die SAI die Staaten zu einer Zusammenarbeit mit den Hilfsorganisationen auf, die nicht mehr alleine die Lasten tragen könnten.⁷ Zur SAI gehörte auch die *Sozialdemokratische Partei Österreichs*, die nach dem «Anschluss» 1938 zusammen mit den *Revolutionären Sozialisten Österreichs* eine Auslandsvertretung in Paris aufgebaut hatte.⁸ Von dort aus kam der Impuls für die SAI, nach Évian zu fahren.⁹ Die zwei Delegierten waren der österreichische Exilpolitiker Karl Hans

⁴ Zusammenschluss Nichtstaatlicher Organisationen für die Konferenz.

⁵ Vgl. Kowalski, Werner (Hg.): *Geschichte der Sozialistischen Arbeiter Internationale*, Berlin 1985, S.9.

⁶ Vgl. Stellungnahme SAI, IISG, Labour and Socialist International Archives, 4301.

⁷ Vgl. ebd.

⁸ Vgl. Maimann, Helene: *Politik im Wartesaal. Österreichische Exilpolitik in Grossbritannien 1938-1945*, Wien 1975, S. 39f.

⁹ Aus einem Briefwechsel zwischen Karl Hans Sailer und dem Leiter der SAI Friedrich Adler vom Juni 1938 geht hervor, dass Sailer vorhatte, mit dem deutschen Sozialdemokraten Paul Hertz als Delegation der SAI zur Konferenz von Evian zu fahren.

Sailer und der für die SPD agierende Paul Hertz.¹⁰ Sailer zog den Nutzen der Évian-Konferenz in Zweifel und schrieb in einem Brief vom 6. August 1938, dass die Sozialisten eine eigene Konferenz machen müssten, um ihre Forderungen durchsetzen zu können. Paul Hertz, der sich ebenfalls 1938 in Paris aufhielt, hätte laut Sailer die Idee angestossen, an der Konferenz teilzunehmen.¹¹ Paul Hertz berichtete am 12. Juli 1938 seine Eindrücke von der Évian-Konferenz: «Evian war für diese Absichten kein guter Boden. Die Konferenzteilnehmer waren alles Diplomaten, die sich für Einzelfälle nicht interessieren.» Weiter schreibt er: «Evian ist sicher von Nutzen gewesen. [...] Aber bestenfalls ist jetzt damit erst ein Anfang gemacht. Und diejenigen die sofort herauswollen können nicht warten bis die Maschinerie in Gang kommt. Sie kann auch auf keinen Fall die eigene Initiative ersetzen.»¹² Sein überwiegend kritisches Urteil kann nicht als allgemeine Stimmungslage der Situation vor Ort gedeutet werden. Der Grossteil der anwesenden Politiker, Journalisten, aber auch Vertreter jüdischer und nichtjüdischer Organisationen empfanden die in Évian erzielten Ergebnisse, zumindest unmittelbar nach der Konferenz, als Erfolg. Die Stellungnahme der SAI zur Konferenz ist undatiert, wurde aber vermutlich vor der Konferenz verfasst. Ihr ging ein Informationsschreiben des Koordinierungsausschusses britischer Hilfsorganisationen voraus, welche sich gemeinsam auf die Konferenz vorbereiteten.¹³ Eine der zwei vorhandenen Versionen der Stellungnahme wurde handschriftlich stark bearbeitet, indem Absätze durchgestrichen wurden, möglicherweise von Sailer oder Hertz. Sätze wie «Alle Flüchtlinge aus Deutschland sind politische Flüchtlinge.» oder «Würde die Welt sich diesen Zustand gefallen lassen, und tatenlos ansehen, wie diese barbarischen Methoden täglich ausgedehnt und verschärft werden, [...] müsste befürchtet werden, dass andere Länder angereizt werden, die gleichen Methoden anzuwenden.» wurden nachträglich gestrichen.¹⁴ Möglicherweise wollte man nicht durch kritische oder brisante Äusserungen Chancen, gehört zu werden, vertun. Klar ist, dass die österreichischen und deutschen Sozialisten, die sich bereits im Ausland befanden, das grösste Interesse daran haben mussten, ihren verbliebenen Genossinnen und Genossen so schnell wie möglich die Ausreise zu ermöglichen. Die Dringlichkeit der Lage ist in Paul Hertz' und Karl Hans Sailers Korrespondenzen im Jahr 1938 nach dem «Anschluss» Öster-

10 Karl Hans Sailer (1900-1957), Funktionär der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Österreichs. Paul Hertz (1888-1961), SPD-Politiker, kehrte 1949 nach Deutschland zurück und wurde Senator für Wirtschaft und Kredit in Berlin.

11 Vgl. Karl Hans Sailers Briefe an Friedrich Adler vom 28.6 und 6.8.1938, IISG, Labour and Socialist International Archives, 3726.

12 IISG, Paul Hertz Papers, ARCH00563, Inv. Nr. Im_4.

13 Das Informationsschreiben ist auf den 9.6.1938 datiert und findet sich zusammen mit der Stellungnahme in einer Akte.

14 Stellungnahme SAI, IISG, Labour and Socialist International Archives, 4301.

reichs deutlich zu erkennen. Viele Sozialisten waren, während die Konferenz am Genfer See stattfand, bereits in Konzentrationslagern wie Dachau interniert. Karl Hans Sailer versuchte, durch das Beschaffen von Ausreisevisa die Freilassung der Gefangenen zu bewirken.¹⁵ Auch in Paul Hertz' Korrespondenz 1938 dominierte die Frage der Ausreisemöglichkeiten für Genossinnen und Genossen, zu denen er häufig eine persönliche Beziehung hatte.¹⁶

GERTRUD BAER: «WAS WIRD AUS IHNEN WERDEN?»¹⁷

Die Frauenrechtlerin Gertrud Baer lebte bereits seit 1929 in Genf und regelte von dort aus Angelegenheiten für die *Internationale Frauenliga für Frieden und Freiheit* (IFFF).¹⁸ Die Frauenliga war eine seit dem Ersten Weltkrieg transnational agierende pazifistisch-feministische Organisation, die den Krieg und Faschismus als ein von Männern gemachtes Phänomen ablehnte.¹⁹

Neben den bekannten Frauenrechtlerinnen Anita Augspurg und Lida-Gustava Heymann war Gertrud Baer die dritte Vorsitzende und langjähriges Mitglied.²⁰ Nach dem «Anschluss» Österreichs setzte sich Gertrud Baer in einer beratenden Funktion für die zur Ausreise gezwungenen Menschen ein.²¹ Als Vorsitzende Referentin für Staatenlose für die IFFF schrieb sie dem US-amerikanischen Geistlichen und Mitglied *des American Friends Service Committee* Clarence Pickett²² am 10. Juni 1938 einen Brief, in dessen Anhang sich ihr Zeitungsartikel befand. Pickett schrieb sie, dass Évian die letzte Hoffnung für Hunderttausende Menschen sei.²³ Das *Friends Service Committee* war als Hilfsorganisation der Quäker im Gegensatz zur IFFF auf der Konferenz vertreten.²⁴ Der

15 Vgl. Briefwechsel Adler und Sailer 1938-1939, IISG, Labour and Socialist International Archives, 3726.

16 Vgl. Paul Hertz Korrespondenz 1938-1939, IISG, Paul Hertz Papers, ARCH00563, Inv. Nr. Im_4.

17 Vgl. Friedlander, Henry; Milton, Sybil (Hg.): *Archives of the Holocaust, American Friends Service Committee, Philadelphia, Part 11932-1939*, Nr. 118.

18 Vgl. Lütgemeier-Davin, Reinhold: *Frieden – Freiheit – Gewalt(freiheit)*. Anita Augspurg, Lida Gustava Heymann, Helene Stöcker und Gertrud Baer im Schweizer Exil, in: *Exil im Krieg (1939-1945)*, Osnabrück 2016, S.13-26, hier S. 13.

19 Vgl. Rupp, Leila J.: *Constructing Internationalism: The Case of Transnational Women's Organizations, 1888-1945*, in: *The American Historical Review*, Nr. 99 (1994), S. 1571-1600, hier: S.1575,1585.

20 Vgl. Gerhard, Ute: *Unerhört. Die Geschichte der deutschen Frauenbewegung*, Hamburg 1990, S. 331.

21 Vgl. Lütgemeier-Davin: *Frieden – Freiheit – Gewalt(freiheit)*, S. 19.

22 Clarence Evan Pickett (1884-1965), US-Geistlicher und Mitarbeiter im American Friends Service Committee, das sich seit dem Ersten Weltkrieg für Frieden einsetzte und dafür 1947 den Nobelpreis erhielt.

23 Vgl. Friedlander, Henry; Milton, Sybil (Hg.): *Archives of the Holocaust, American Friends Service Committee, Philadelphia, Part 11932-1939*, Nr. 118.



Gertrud Baer, Vorsitzende der Internationalen Frauenliga für Frieden und Sicherheit, 1922.

Artikel mit dem Originaltitel «What will become of them?» fragt nach der Zukunft für die aus Deutschland und Österreich vertriebenen Juden. Der Artikel beginnt mit einem Bericht, der chronologisch die Vertreibung, die Vernichtung von Dörfern und die Abweisung der Flüchtlinge an der Grenze nach dem «Anschluss» beschreibt. Er sollte in dem amerikanischen Magazin *Fellowship* veröffentlicht werden. Wie die SAI appellierte auch Baer an die Staatengemeinschaft, vor allem aber an die USA. Sie schlug zum einen die Erhöhung der Obergrenze für die Einreise in die USA vor und zum anderen, dass Affidavits nicht nur an Verwandte gebunden waren, sondern auch von Hilfsorganisationen oder Privatpersonen ausgestellt werden sollten. Gertrud Baer sah das Asylrecht als Grundsatz jeder Zivilisation. So schlussfolgerte sie aus der Sicht der Flüchtlinge: «sie vertrauen darauf, dass die amerikanischen Vertreter den Delegierten unseres europäischen Kontinents zeigen werden, dass es einen Grundsatz gibt, auf dem jeder einzelne Staat beruhen sollte – vielleicht der nobelste Grundsatz, aber einer, der von der europäischen Zivilisation²⁴

24 Vgl. Bericht Sub-Committee 1938. Das Deutsche Friends Service Komitee wird auf dieser Liste genannt, The Wiener Library, Documents Section, 503,1052-1055.

25 Vgl. Friedlander, Henry; Milton, Sybil (Hg.): Archives of the Holocaust, American Friends Service Committee, Philadelphia, Part 11932-1939, Nr. 118.

zerschlagen wurde – das Asylrecht.»²⁵ Damit wird aus ihrer Perspektive das Gelingen der Konferenz von Évian zu einem Test der westlichen Demokratien.

DIE WAHRE TRAGIK EUROPAS

Am 17. Juni 1936 wurde die *Schweizerische Zentralstelle für Flüchtlingshilfe* (SZF) gegründet, um eine bessere Koordination unter den schon agierenden Hilfswerken zu ermöglichen. Bestehend aus 13 – später 16 – Hilfswerken, kümmerte sich der Dachverband um die Flüchtlinge aus dem nationalsozialistischen Deutschland.²⁶ Durch das strenge Arbeitsverbot für Emigrantinnen in der Schweiz waren diese auf finanzielle Unterstützung angewiesen. Diese wurde zum Teil von der SZF und von jüdischen Organisationen durch Spenden generiert.²⁷ Seit Sommer 1938 war der demokratisch-liberale Züricher Regierungsrat Robert Briner der Leiter des Dachverbands, der zugleich Polizeidirektor des Kantons Zürich war.²⁸ In dem Brief vom 29. Juni 1938 richtete sich die SZF an den Chef der Fremdenpolizei der Schweiz Dr. Heinrich Rothmund²⁹, der als Delegierter die Schweiz auf der Konferenz von Évian vertrat.³⁰ Dieser Brief ist Teil eines Briefwechsels, in welchem die SZF bereits angefragt hatte, ob es möglich sei, Delegierte nichtstaatlicher Organisationen zur Konferenz zu senden. In seiner Antwort zeigte sich Rothmund wenig zugänglich für die Belange der SZF.³¹ Die *Schweizerische Zentralstelle für Flüchtlingshilfe* betonte in ihrem Brief vom 29. Juni 1938, wie wichtig es für die Schweiz als Land mit Sitz des Roten Kreuzes und als Demokratie sei, Flüchtlinge vorerst aufzunehmen. Die SZF berief sich in ihren Informationen über die Lage der Flüchtlinge auf das *Comite de Liaison*, womit der Zusammenschluss von nichtstaatlichen Hilfsorganisationen gemeint ist. In dem Comite waren unter anderem bekannte jüdische Organisationen wie das *Joint Distribution Committee* vertreten, aber auch das *Friends Service Committee* der Quäker. Sie verfassten vor der Konferenz einen Bericht, der die dramatische Lage der Juden 1938 in Europa schilderte.³² Der Vorschlag, Lager für die vorläufige Aufnahme der Flüchtlinge

26 Vgl. Lienert, Salome: «Wir wollen helfen, da wo Not ist». Das Schweizer Hilfswerk für Emigrantenkinder 1933-1947, Zürich 2013, S. 139.

27 Vgl.ebd., S. 76.

28 Vgl.ebd., S. 139.

29 Dr. Heinrich Rothmund (1888-1961), Schweizer Politiker und 1919-1955 Chef der Eidgenössischen Fremdenpolizei.

30 Siehe hierzu den Beitrag von Anja Hasler «Vom Transitland zur Festung. Schweizer Flüchtlingspolitik und Antisemitismus im Jahr der Konferenz von Évian» in diesem Band.

31 Vgl. Briefwechsel zwischen SZF und dem Chef der Fremdenpolizei 23.6 und 27.6.1938, CH-BAR_E4300B_1000-844_90_I_10,CH-BAR_E4300B_1000-844_90_I_9.

32 Vgl. Stellungnahme für die Konferenz von Evian, The Wiener Library, Documents Section, 503, 0841-0847.

zu errichten, der aus dem Schreiben vom 29. Juni 1938 hervorgeht, richtete sich eindeutig an Rothmund in seiner Position als Delegierter der Schweiz. Gleichzeitig verzichtete die SZF auf weitere Forderungen, wie einer dauerhaften Aufnahme von Flüchtlingen, und bedankte sich sogar bei Rothmund für die Stellung des Landes in der Flüchtlingspolitik. Trotzdem schliesst der Brief mit der Mahnung: «Aber wir glauben trotzdem, dass die Schweiz es ihrem Ansehen [...] als Demokratie schuldig ist, nichts zu unterlassen, was in ihrer Macht steht, um das Flüchtlingsproblem, das jetzt zu einer wahren Tragik Europas geworden ist, einer vernünftigen Lösung entgegenzubringen.»³³

QUELLE 1 | 1938 – STELLUNGNAHME DER SOZIALISTISCHEN ARBEITER-INTERNATIONALE ZUR KONFERENZ VON ÉVIAN

*International Institute of Social History Amsterdam,
Labour and Socialist-International Archives, 4301*

Die SAI begrüsst, dass die am 6. Juni in Evian zusammentretende Staatenkonferenz ein umfassendes Werk zur Erleichterung des Schicksals der politischen Flüchtlinge aus Deutschland und Österreich errichten will. Sie spricht sowohl im Namen der Flüchtlinge, die ihr Land um ihrer Überzeugung Willen verlassen mussten und Hilfe erwarten, als auch für die Organisationen, die seit nunmehr fünf Jahren ein vorbildliches Werk an solidarischer Hilfe aufgebaut haben.³⁴

Die Massenflucht aus Deutschland ist das Ergebnis des Krieges, den Deutschland gegen seine eigenen Staatsbürger führt. (Es hat alle entrechtet, die nicht zur herrschenden Clique gehören. Es hat zehntausende der Freiheit beraubt, ihre Existenz vernichtet.)³⁵ Es zwingt hunderttausende unter Zurücklassung von ehrlich erworbenem Hab und Gut Zuflucht ausserhalb der Grenzen ihres Vaterlandes zu suchen.

Indem Deutschland seine Staatsbürger beraubt und sie mittellos über die Grenze treibt, missachtet es alle Pflichten internationaler Gemeinschaft, (greift es in die inneren Angelegenheiten anderer Länder ein, bürdet es ihnen schwere Lasten auf. Würde die Welt sich diesen Zustand gefallen lassen, und tatenlos ansehen, wie diese barbarischen Methoden täglich ausgedehnt und verschärft werden, so würde sie binnen Kurzem erleben, dass keine noch so weitreichende Regelung die Aufgabe lösen könnte, diesen Strom von Menschen wieder in geregelte Bahnen zu lenken. Vor allem aber

³³ CH-BAR_E4300B_1000-844_90_1_4.

³⁴ In diesem Dokument handschriftlich überarbeitete Stellen wurden in Klammern gesetzt.

³⁵ Im Original durchgestrichen.

müsste befürchtet werden, dass andere Länder angereizt werden, die gleichen Methoden anzuwenden.

Alle Flüchtlinge aus Deutschland sind politische Flüchtlinge. Ob die Verfolgung sich gegen die wirtschaftliche Existenz oder politische Überzeugung richtet, ob Rassenmerkmale, religiöse Zugehörigkeit oder politische Gesinnung den Anlass zur Verfolgung gaben, ist für die jetzt zu lösende Aufgabe unerheblich. Daher darf das Hilfswerk, das jetzt zu schaffen ist, keinerlei Unterschiede machen. Es muss für alle gelten, die gezwungen sind, Deutschland unter dem Druck der Diktatur zu verlassen.)³⁶

Seit 1933 haben mehr als 200'000 Menschen Deutschland verlassen müssen. Ihre Übersiedlung in andere Länder ist nur durch die Hilfe und die grossen Opfer privater Organisationen möglich gewesen. In diesem Rahmen ist die Aufgabe aber nicht mehr zu lösen. Täglich wächst die Zahl der Flüchtlinge. Immer dringlicher wird ihr Bedürfnis Deutschland zu verlassen. Nur eine internationale Regelung, deren Träger die Staaten sein müssen, kann verhindern, dass der gewaltige Flüchtlingsstrom unübersehbare Not hervorruft und ein dauernder Unruheherd wird.

Die anderen Staaten³⁷

(Die SAI erwartet deshalb von der Staatenkonferenz in Evian, dass sie sich nicht mit einer Teillösung begnügt, sondern das Uebel an der Wurzel anpackt. Die dort vertretenen Länder dürfen sich nicht gefallen lassen, dass Deutschland seine eigenen Staatsbürger zu Zehntausenden als Bettler über die Grenzen jagt.)³⁸ Sie müssen von Deutschland verlangen, dass es die Verfolgung gegen unerwünschte deutsche Staatsangehörige sofort einstellt, andernfalls sie zu Gegenmassnahmen schreiten müssen. (Nur wenn es gelingt, damit die Aufgabe, hundert tausenden eine neue Heimat und Existenz zu schaffen, dem Umfang und der Zeit nach zu begrenzen, kann überhaupt damit gerechnet werden sie erfolgreich zu lösen.)³⁹ Steht auch im Vordergrund, jeder wirksamen Hilfe für die Flüchtlinge aus Deutschland und Oesterreich die Übersiedlung in aufnahmebereite überseeische Länder, so darf daneben doch nicht äusser Acht gelassen werden, dass ein erheblicher Teil der Flüchtlinge sich auch in Europa wieder verwurzeln und ein wertvolles Glied der Gemeinschaft werden kann, wenn man ihnen ein Asyl gewährt und die Möglichkeit gibt, zu arbeiten. Ein Abkommen unter den Staaten, das eine

³⁶ Im Original durchgestrichen.

³⁷ Überschrift handschriftlich nachgetragen.

³⁸ Im Original durchgestrichen.

³⁹ Im Original durchgestrichen.

bessere Verteilung der Flüchtlinge bringen würde, wäre eine wichtige Voraussetzung aber auch eine erhebliche Hilfe.

Die SAI begrüsst die Absicht der Vereinigten Staaten von Nordamerika durch die volle Ausnutzung der Einwanderungsquote einen erheblichen Teil der Flüchtlinge aufzunehmen und andere Länder zur gleichen Handlung zu veranlassen. Die Massenauswanderung wird aber nur dann reibungslos vor sich gehen und den Aufnahmeländern nützen, wenn durch eine enge Zusammenarbeit zwischen den Behörden und den privaten Organisationen alle Kräfte eingesetzt werden, deren Sachkenntnis wertvoll werden können. Die der SAI angeschlossenen Organisationen sind bereit, ihre Kräfte und Erfahrungen zur Verfügung zu stellen.

Soll eine Auswanderung in grösserem Umfange verwirklicht werden, so wird man von vornherein an die Beschaffung von erheblichen Mitteln denken müssen. Da die Leistungsfähigkeit der privaten Organisationen dafür nicht ausreicht, so müssen öffentliche Mittel zur Verfügung gestellt werden, damit gerade jenen geholfen wird, die mittellos sind und ohne öffentliche Hilfe ihrem Schicksal überlassen bleiben.

QUELLE 2 | **GERTRUD BAER: «WHAT WILL BECOME OF THEM?»**

Friedlander, Henry; Milton, Sybil (Hg.): Archives of the Holocaust, American Friends Service Committee, Philadelphia, Part 1 1932-1939, Nr. 118.

WOMEN'S INTERNATIONAL LEAGUE
FOR PEACE AND FREEDOM

Mr. Clarence Pickett
20 South 12th Street
Philadelphia, Pa.
Geneva, June 10th 1938

Dear Mr. Pickett,

Margaret Jones suggested that I send you copy of an article which Nevin Sayre asked me to write yesterday when he was in this office. The article has been sent to «Fellowship» today to be published, it is hoped, in the July issue.

You may be interested to see some of the proposals we venture to put before American friends, proposals resulting from daily experience in our work with refugees wishing to emigrate to the United States.

It would be a relief to hundreds and thousands if practical results came from the Evian Conference in which so many people over here put their very last hope. We should feel much indebted if you could do something to ventilate these proposals. Yours very sincerely, Gertrud Baer
Joint Chairman and Referent for Stateless.

What will become of them?

By Gertrud Baer

On my desk are numerous papers with facts and figures of the stories of those whom Naziism is determined to exterminate. These facts and figures speak for themselves. Comments are left to those who know to sense misery and sorrow between the lines.

No Man's Land, April 25th, 1938: Shortly after the annexation of Austria by national-socialist Germany storm troopers rushed into the Jewish communities in Austrian Burgenland and began to eradicate them systematically. These communities have existed ever since the 14th century. – Frauenkirchen, Heusiedl am See, Wallern, Pamhagen, Golz, Kittensee, Eisenstadt, Mattersburg, Schottendorf, Deutschkreuz, Kobersdorf and Rechnitz, little towns unknown to most Europeans, have seen unspeakable horrors during the last weeks. According to a decree by the Government of the Reich hundreds of Jewish families were expelled from their homes after all their possessions had been taken from them – they were only allowed to carry with them the clothes they wore, food for one day and twenty shillings. «Voluntary» renunciation of their nationality and remittance of all their belongings to the Nazi authorities were extorted from them by threats and ill treatment. Men and women in their best years, old men and children, were marched through the towns and forced to shout: «We have betrayed Germans...» The Nazi tried to smuggle them into Czecho-Slovakia. They were not allowed to enter. Thus, they were forced to spend the night in the open fields at that corner where German, Czecho-Slovakian and Hungarian frontiers meet. The next day some of the refugees tried to cross the Hungarian border. There they were, of course, arrested, brought to the customs-house and handed over to the Nazi frontier guards who, in their turn, arrested them and had them send into Germany.

The night of Easter Sunday, Czecho-Slovakian frontier guards from Theben heard a young man crying for help on the shore of the Danube. In the dark of the night he had ventured to cross the river to seek help for his companions: 51

Jews who were crowded together on a bank in the middle of the Danube, shivering with cold, at the mercy of wind and water. Nazis had brought them to that bank in the night of Good-Saturday; men and women eleven children and youngest of whom two years only, a rabbi of 82 years from Kittsee and a sick woman shaking with fever.

There are no Jews in Theben. The Christian population gave friendly assistance to these Jewish refugees. The sick woman was brought to the hospital in Bratislava. The others had to leave again for the frontier. But where could they go? They tried to get through the Hungarian frontier – without success. One day and the following night they spent in a wood, a pheasant reserve in No Man's Land, between the three frontiers. After that the Hungarian guards chased them towards the German border. Fifteen younger people succeeded in escaping. Diplomatic intervention procured them a temporary asylum. The Hungarian authorities allowed a French tug boat on the Danube to land at the Hungarian frontier station of Rajka which took the refugees on board. Jews of Bratislava had, in great haste, provided rugs and food. The boat will have to serve as an asylum to the home- and stateless people from Burgenland until an «international solution» for refugees has been found.

Luxemburg, May 25th: «The group of Austrian refugees who had been refused admission to Belgium and Holland and who were allowed to remain temporarily in Luxemburg, have to-day been sent back to Germany. It is understood here that the Austrian refugees have been given a short time in which to leave Germany. Should they fail to do so, they will be interned in a concentration camp. The Luxemburg authorities have now strengthened their frontier guards to prevent any new influx of refugees.»

Vienna, May 27th: «At least 2'000 persons, the majority of them Jews, have been ordered to leave what was Austria within the next few weeks. The deportation orders were issued without regard to the fact that all frontiers are closed to emigrants from Austria. The number of those expelled includes large groups arrested since the 'Anschluss' and now released from prison on condition that they leave the country within from 6 days to 6 weeks.»

Paris, May 27th: «The 56 Austrian Jewish Refugees expelled from Germany and later deported from Lorraine are at present living in a shed in No Man's Land between the Franco-German frontier. They are now living in that Tazer' house having some rest – the first real rest after many days of continuous wandering – and are trembling about their fate. Sentries on both sides prevent any contact between these modern lepers and the outer world. The French Government is afraid if they are let in, thou-

sands of other lorryloads of 'human cattle' will be unloaded at the frontier by Stormtroopers Guards.»

Vienna, May 30th: In the last 7 weeks an average of 500 Jews a week have emigrated from Austria to different parts of Europe, Palestine and America. Since the «Anschluss» 60'000 persons have been registered for emigration.

Can American friends of Justice and Freedom do anything to help these victims of brute force?

What can they do?

President Roosevelt proposed that the U.S.A, immigration formalities applying to Refugees be handled in a more generous way than before.

Everybody was relieved when his message came through. Everybody hoped that first the quota would be raised. Unfortunately, it was not.

What then happened?

The quota for Germany – 25'957 – and the quota for Austria – 14'130 – were merged. That is something. The quota for Rumanians – 377 –, for Poles – 6'524 –, for Hungarians – 869 –, however, remains unchanged. Friends of mine in Hungary, who applied for emigration several month ago, were told that they may have to wait for another 18 month or more. Many of the Jews or Non Aryans, who are now being expelled from Austria, were born in Hungary, Poland, Rumania and other countries. They would have to enter the United States of America on the quota of their native countries. These quotas are or may be completed. The first concrete proposal to remedy matters therefor is: Could not the quota for all Central European countries be raised?

Now, as to the question of guarantees: Everybody understands that the United States Government cannot allow immigrants to become a public charge. Therefore, everybody realizes the need for an affidavit of support to be submitted by the applicant for an immigration visa.

But there the difficulties begin: The laws want the affiant to be a relative of the applicant. Why? There are, I am pretty sure, many people in the U.S.A, who would be ready and in the position to facilitate the immigration of a given person – not a relative. This would be certainly true in a case, when such a person had a job in Central Europe as a manual or an intellectual worker, and who made a fine contribution to the Community he lived in; or when, as a simple worker, he or she has supported his or her family. Or when the person possesses the faculties needed to start a new life of work after a period of unemployment in a country where certain minorities are deprived of their means of livelihood.

Thus, the second proposal is: The scope of those allowed to vouch for an immigrant ought to be extended to non-relatives. Also Relief Committees for Refugees ought to be allowed to provide affidavits for applicants.

Imagine that an affiant is found ready to guarantee a sum to support an immigrant. He informs the applicant. The applicant sees the Consul to submit the affidavit. But alas, after investigation of the case, the Consul considers the guaranteed sum as too low. The applicant is a physician. The medical profession is crowded. The immigrant may not find a job immediately and the Consul, alas, is not able to believe that a young man could live on what seems to him very small sum.

This question of establishing a minimum sum, an arrangement which could be a great help in the present situation over here, may turn out to be a very complex matter when studied from the American side. In normal times and on principle it may be a wise and humane arrangement that no sum was ever fixed by law. It leaves decent and human officials free to make a decent and human choice. On the other hand it may mean keeping out the poor «Unknown Worker», who has no rich family and no prominent names to vouch for him. But ours are abnormal times. The fixing of a minimum sum could be a temporary arrangement to last only as long as the wave of programs and expulsions has subsided.

Now, what about the Stateless?, the people who have been expatriated by the Nazis? Today I read again of 145 people who for one reason or other have been deprived of their nationality. Will the U.S. Government make it more difficult for them to enter the United States than for those, who for one reason or the other still have their nationality? Let us trust that no difference will be made.

It is impossible to exaggerate the hopes of the unfortunate people chased from one country to another and between the borders without being cared for. They trust that the Governmental Conference called by the U.S. for July 6 to meet at Evian, on the French shore of the Lake of Geneva, will extend to Refugees coming from Austria the Convention of February 1938 securing to a certain degree and on paper at least the legal status of Refugees coming from Germany. And they trust that the American representatives will bring home to the delegates of our European Continent that there is one principle upon which any and every State ought to rest – the noblest principle perhaps, but one which has been crushed by European «civilization» – the Right of Asylum. This right is the test of Democracy. It is the keystone which holds together the arch of political principle and the fundamentals of humanity: Justice, Freedom and the Right of every human being to a «Heimstätte», a HOME.

QUELLE 3 | 29. JUNI 1938 – BRIEF DER SCHWEIZERISCHEN
ZENTRALSTELLE FÜR FLÜCHTLINGE AN ROTHMUND

Bundesarchiv Bern, Sig.: CH-BAR#E4300B#1000-844#90#1#4.

Schweizerische Zentralstelle für Flüchtlingshilfe Basel 1
Basel, den 29. Juni 1938.

Herrn Dr. H. Rothmund,
Chef der Polizeibteilung des Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartements
Bern/Bundeshaus.

Sehr geehrter Herr Doktor!

Erst vor wenigen Tagen haben wir das Protokoll der letzten Sitzung des Comité de Liaison, an welcher kein Vertreter der Schweiz anwesend war, erhalten. Man ersieht daraus wiederum mit erschreckender Deutlichkeit, wie sehr sich die Lage der Flüchtlinge verschlimmert hat. Aber nicht nur das, die Situation wächst sich auch immer mehr zu einem schweren Problem für die Durchgangs- und Aufenthaltsländer aus. Mit grössten Hoffnungen und mit grossem Bangen blickt nun alles auf die Konferenz in Evian (6. Juli).

Im Namen der Schweizerischen Zentralstelle und im Namen so vieler, welche für die Unterbringung von Flüchtlingen tätig sind und Opfer bringen, richten wir an Sie die herzliche Bitte, den Standpunkt der Hilfsorganisationen, soweit mit den unmittelbaren Interessen der Fremdenpolizei vereinbar, berücksichtigen zu wollen. – Es ist Pflicht unserer Zentralstelle, offiziell bei den Behörden unseres Landes in diesem Sinne vorstellig zu werden. Wir glauben dabei am besten zu handeln, wenn wir uns direkt an Sie wenden, als den Leiter der Fremdenpolizei und den Vertreter der Schweiz an der Konferenz.

Aus dem Protokoll des Comité de Liaison ersehen wir, dass verschiedene Vorschläge in einzelnen Ländern gemacht und zum Teil auch durchgeführt worden sind, um dem ausserordentlichen Andrang von Flüchtlingen zu begegnen. So ist z.B. die Errichtung von Lagern diskutiert worden, die unter staatlicher Kontrolle stehen und von privaten Organisationen unterstützt werden sollen, in denen die Flüchtlinge warten können, bis die Formalitäten für Weiterreise erfüllt sind. Wir wissen, dass es für die Schweiz sehr schwierig ist, Flüchtlingen dauernden Aufenthalt und – was die logische Folge davon ist – dauerndes Auskommen zu gewähren.

Was wir aber glauben, bestimmt hoffen zu dürfen, ist: sie möge sich bereitfinden, alles dazu beizutragen, Flüchtlingen einen Aufenthaltsort zu bieten, bis legale Weiterreise möglich ist.

Wir sind der Überzeugung, dass durch eine internationale Regelung dieses Problems schlussendlich auch unser Land mehr gewinnen wird, als durch die andauernde gegenseitige Zuschieberei. Deshalb richten wir im Namen der Zentralstelle die Bitte an Sie, bei der Behandlung des ganzen Fragenkomplexes durch liberale und praktische Vorschläge (wenn nötig Errichtung von Lagern) die Bereitwilligkeit der Schweiz zu bekunden, Flüchtlingen eine Unterkunft zu bieten, solange bis die nötigen Vorbereitungen zur Weiterreise getroffen sind. Wir hegen die Hoffnung, dass es grösseren Ländern mit mehr Spielraum leichter möglich sein werde, Flüchtlinge definitiv aufzunehmen, wenn die Einreisevorbereitungen in Ordnung getroffen werden können, als wenn die Flüchtlinge ohne Weiteres an die Grenze gestellt werden. Ein Beitrag zur Lösung der ganzen Frage, der allerdings mit finanziellen Opfern verknüpft sein wird, muss aber auf lange Sicht auch für die Schweiz sich vorteilhaft auswirken. Nicht nur stellt er einen praktischen Beitrag zu einer wirklich definitiven und humanen Lösung dar; er wird auch dem Ansehen der Schweiz nur nützen.

Mit Befriedigung stellen wir fest, dass die Lage der Flüchtlinge in der Schweiz den Vergleich mit der in andern Ländern (Holland) aushält, und wir danken Ihnen herzlich dafür. Aber wir glauben trotzdem, dass die Schweiz es ihrem Ansehen als Sitz des Roten Kreuzes und als Demokratie schuldig ist, nichts zu unterlassen, was in ihrer Macht steht, um das Flüchtlingsproblem, das jetzt zu einer wahren Tragik Europas geworden ist, einer vernünftigen Lösung entgegenzubringen. Sie kann und darf sich nicht des auf sie fallenden Anteils aus dieser Aufgabe entziehen, wenn sie nicht allen ihren Traditionen untreu werden soll.

Mit vorzüglicher Hochachtung
Schweizerische Zentralstelle für Flüchtlingshilfe Basel

DEUTSCHSPRACHIGE PRESSE ZUR KONFERENZ VON ÉVIAN

Pariser Tageszeitung & Völkischer Beobachter

Lennart Edel

TEIL 1: PARISER TAGESZEITUNG

«Der deutsche Emigrant muss wieder sein Gleichgewicht finden, das ihm gestattet, sein Leben neu zu ordnen und sich selbst in den Gemeinschaftskampf aller Gleichgesinnten der Erde einzureihen. Dieses Blatt wird daher kein ‚Emigrantenblatt‘, sondern eine Zeitung für alle Deutschen sein, die ausserhalb der Kommandogewalt des Dritten Reiches leben und auf das Recht nicht verzichten wollen, das zu ihnen beliebt.» Mit diesen Worten charakterisierte Chefredakteur Georg Bernhard das *Pariser Tageblatt* in der ersten Ausgabe, die am 12. Dezember 1933 erschienen ist.¹

Er hatte mehrere Jahre als Chefredakteur für die *Vossische Zeitung* gearbeitet. Nach der Machtübernahme der Nationalsozialisten flüchtete er nach Paris.² Aus dem Berliner Umfeld kamen auch mehrere der Autoren der neuen Zeitung. Als Aufgabe des *Pariser Tageblatts* sah Georg Bernhard den Kampf gegen die Theorie und die Praxis des Hitlerregimes und für Demokratie und Frieden in Deutschland und der ganzen Welt. Die Zeitung sollte ausgewanderten Journalisten aus Deutschland eine Möglichkeit bieten, Texte zu veröffentlichen. Nach einem Zerwürfnis mit dem Verleger Wladimir Poljakow gründete die Redaktion mit Georg Bernhard als Chefredakteur die *Pariser Tageszeitung*.

Die Analyse politischer und ökonomischer Vorgänge im Deutschen Reich war ein wichtiger Teil der Berichterstattung der *Pariser Tageszeitung*, wurde allerdings durch das Fehlen von Korrespondenten vor Ort erschwert.³ Der Ton war stets entschieden antifaschistisch. Diese Einstellung wurde auch in ihrem Untertitel deutlich:

¹ Bernhard, Georg: Unsere Aufgabe, in: *Pariser Tageblatt*, 12.12.1933.

² Georg Bernhard wurde sofort ausgebürgert, sein Name stand auf der ersten Liste. Vgl.: Hepp, Michael (Hg.): *Die Ausbürgerung deutscher Staatsangehöriger 1933-1945 nach den im Reichsanzeiger veröffentlichten Listen*. München 1985, Bd. 1, S. 3.

³ Vgl. Maas, Lieselotte: *Handbuch der deutschen Exilpresse 1933-1945*, München 1990, S. 80.

«Kampfblatt gegen Hitlerismus, für Freiheit und Menschenrechte»⁴. Kritik gab es auch an ausländischen Regierungen, zum Beispiel an der Grossbritanniens aufgrund ihrer Haltung im Spanischen Bürgerkrieg. Die *Pariser Tageszeitung* vertrat die Positionen des linksliberalen Bürgertums. Sie sei eine «Zeitung für demokratische Deutsche, die nicht mehr in Deutschland selbst erscheinen kann (...)»⁵. Sie war sehr erfolgreich und entwickelte sich zur meistgelesenen deutschsprachigen Exilzeitung in Europa. Als einzige erschien sie täglich. 1936 wurden 1100 Abonnenten gezählt, an den Kiosken verkaufte sich jede Ausgabe zusätzlich rund 13'000-mal. Verbreitet wurde die *Pariser Tageszeitung* in ganz Frankreich, der Schweiz, den Niederlanden, Skandinavien, der Tschechoslowakei, in den Balkanstaaten und in geringem Masse sogar in den USA.⁶

Emigranten fanden in der Zeitung Tipps, wie sie sich in der französischen Bürokratie zurechtfinden konnten und zum Lernen der französischen Sprache. Eine breite Berichterstattung widmete sich sozialen und wirtschaftlichen Aspekten der Einwanderung. Die Redaktion hatte sich vorgenommen, die Regierung des französischen Gastlandes nicht zu kritisieren.⁷ Frankreich stellte mit seiner liberalen Einstellung gegenüber politischen und publizistischen Tätigkeiten von Emigrantinnen und Emigranten eine Ausnahme in Europa dar. Das führte dazu, dass sich Paris zum Zentrum der deutschsprachigen Exilpresse entwickelte. Im Vorfeld des Zweiten Weltkriegs begann auch in Frankreich eine drastische Zensur dieser Zeitungen.⁸ 1938, im Jahr der Konferenz in Évian, wurde die politische Berichterstattung der *Pariser Tageszeitung* immer weniger radikal. Die zuvor geduldeten politischen Aktivitäten ausländischer Staatsbürgerinnen wurden in Frankreich ab 1938 stark eingeschränkt.⁹ Der Untertitel «Kampfblatt gegen Hitlerismus, für Freiheit und Menschenrechte» wurde gestrichen. Die Konferenz erhielt in der Berichterstattung, wahrscheinlich aufgrund der hohen Relevanz für die Zielgruppe der Zeitung, einen besonderen Stellenwert. Unter dem Pseudonym Dr. Leo Lambert wurde der deutsche Jurist und Kommunist Leo Zuckermann als «Sonderbeauftragter»¹⁰ der *Pari-*

4 Pariser Tageblatt, 12.6.1936.

5 Bernhard, Georg: «Unsere Aufgabe», in: Pariser Tageblatt, 14.6.1936.

6 Vgl. Maas: Handbuch der deutschen Exilpresse, S. 83.

7 Vgl. Peterson, Walter F.: The Berlin Liberal Press in Exile: A History of the Pariser Tageblatt-Pariser Tageszeitung 1933-1940, in: Frühwald, Wolfgang (Hg.): Studien und Texte zur Sozialgeschichte der Literatur, Bd. 18, Tübingen 1987, S. 68. Vgl. hierzu auch den Beitrag von Luise Eckardt in diesem Band.

8 Vgl. Maas, Lieselotte: Handbuch der deutschen Exilpresse 1933-1945, München 1990, S. 17.

9 Vgl. ebd., S. 221.

10 Lambert, Leo: Stimmungen... Verstimmungen, in: Pariser Tageszeitung, 10.7.1938.



Leo Zuckermann alias Dr. Leo Lambert

ser Tageszeitung nach Évian geschickt.¹¹ Unter diesem Namen war er auch im *Verteidigungskomitee für Angeklagte im Reichstagsbrandprozess* und als Sekretär im *Weltkomitee gegen Faschismus und Krieg* tätig.¹² In der *Pariser Tageszeitung* wird er als «Dr. Leo Lambert, beigefügter Sekretär des internationalen Asylrechtsbureaus»¹³ vorgestellt. In diesem *Internationalen Büro für Asyl und Hilfe für politische Flüchtlinge* arbeiteten neben Lambert noch 17 Sekretäre und ein Präsident in Kooperation mit dem Flüchtlingskommissar des Völkerbundes daran, Flucht und Einwanderung von politisch Verfolgten weltweit zu erleichtern.¹⁴

11 Vgl. Barth, Bernd-Rainer: Zuckermann, Leo, in: Müller-Engbers, Helmut u.a. (Hg.): *Wer war wer in der DDR? Ein Lexikon ostdeutscher Biographien*, Berlin 2010.

12 Vgl. Zuckermann, Leo, in: Weber, Hermann und Herbst, Andreas (Hg.): *Deutsche Kommunisten, Biographisches Handbuch 1918 bis 1945*, Berlin 2008.

13 Lambert, Leo: *Zur Konferenz von Évian: Zwischenbilanz*, in: *Pariser Tageszeitung*, 13.7.1938.

14 Vgl. Langkau-Alex, Ursula: *Deutsche Volksfront 1932-1939, Bd. 2: Geschichte des Ausschusses zur Vorbereitung einer deutschen Volksfront*, Berlin 2004, S. 265f.

Bereits einen Monat vor Beginn der Konferenz gab Leo Lambert einen Überblick über den Stand der völkerrechtlichen Regelungen des Flüchtlingsschutzes seit 1933. (*Quelle 1*) Während der Konferenz erschienen seine Berichte beinahe täglich an prominenter Stelle in der Zeitung. Lambert lobte die Initiative der USA (*Quelle 2*), tadelte aber gleichzeitig den «Nichtinterventions-Geist»¹⁵ der teilnehmenden Staaten. (*Quelle 4*) Die Flüchtlinge charakterisierte er als «Opfer des Hasses und der Zerstörung»¹⁶ (*Quelle 3*), ihr Leiden unter der Verfolgung durch die Nazis machte er an vielen Stellen deutlich. Die angesprochenen Probleme seien in der Konferenz von Évian nicht gelöst worden, dennoch gebe es Verbesserungen, auf welche die Flüchtlingsorganisationen aufbauen könnten, resümierte Leo Lambert die Ergebnisse.¹⁷ (siehe auch *Quelle 5*)

Mit dem Beginn des Zweiten Weltkriegs löste sich die Redaktion der *Pariser Tageszeitung* auf: die Presse in Frankreich unterlag starker Zensur, die Inhalte wurden von der französischen Regierung grösstenteils vorgegeben. Ausserdem wurde fast die gesamte Redaktion interniert, später auch teilweise zur Armee eingezogen.¹⁸ In vielen Verbreitungsgebieten wurde die *Pariser Tageszeitung* aufgrund des Einflusses des Nationalsozialismus verboten – etwa in Teilen Skandinaviens, des Balkans, in Österreich, der früheren Tschechoslowakei und der Schweiz – und die Zahl der Lesenden schrumpfte deutlich.¹⁹ Die letzte Ausgabe der Pariser Tageszeitung erschien am 18. Februar 1940.

QUELLE 1 | 8. JUNI 1938 – PARISER TAGESZEITUNG – «DER NEUE FLÜCHTLINGSSCHUTZ FÜR DEUTSCHE UND ÖSTERREICHER»

Der neue Flüchtlingsschutz für Deutsche und Österreicher

Die juristische und administrative Situation

Von Dr. Leo Lambert,

Beigeordn. Sekretär des int. Asylrechtsbureaus

Zahlreiche Konferenzen sind in letzter Zeit dem Problem der Flüchtlinge aus Deutschland und Österreich gewidmet gewesen. Neue Konferenzen und die

¹⁵ Lambert, Leo: Nichtinterventions-Geist in Evian, in: Pariser Tageszeitung, 9.7.1938.

¹⁶ Lambert, Leo: Zur Konferenz von Evian. Mögliches und Unmögliches, in: Pariser Tageszeitung, 1.7.1938.

¹⁷ Vgl. Lambert, Leo: Zur Konferenz von Evian. Zwischenbilanz, in: Pariser Tageszeitung, 13.7.1938.

¹⁸ Vgl. Peterson: Pariser Tageblatt – Pariser Tageszeitung, S. 222.

¹⁹ Vgl. ebd., S. 239.

Durchführung eines internationalen Emigrations- und Siedlungsplanes stehen bevor. Es ist deshalb angebracht, einen kurzen Ueberblick über die derzeitigen völkerrechtlichen Einrichtungen zu geben und zugleich die kommende Regelung zu betrachten, die das Gesamtleben der Emigration beeinflussen kann.

Zwei zwischenstaatliche Abkommen regeln bisher das Regime der deutschen Flüchtlinge: das Vorläufige Abkommen vom 4. Juli 1936 und die internationale Konvention vom 10. Februar 1938. Das Vorläufige Abkommen ist bisher von Frankreich, Spanien, Belgien, Grossbritannien, Dänemark, Norwegen und der Schweiz unterzeichnet. Es regelt ausschliesslich die juristische Seite des Emigrationsproblems, wie Aufenthaltsrecht, Ausweisungen, Papierfragen usw. Demgegenüber ist die internationale Konvention vom 10. Februar 1938 umfassender. Sie enthält neben den rein juristisch-administrativen Bestimmungen Vorschriften über die Erteilung der Arbeitserlaubnis, die Anwendung der sozialen Schutz- und Versicherungsgesetze einschliesslich der Arbeitslosenversicherung, die Zulassung zu kulturellen Einrichtungen, Kranken- und Bildungsanstalten. Diese Konvention ist jedoch noch von keinem Staat ratifiziert und somit noch nicht in Kraft. Wie man aus sicherer Quelle erfährt, werden Grossbritannien und Frankreich in den kommenden Wochen als erste Staaten die Konvention in Kraft setzen und so den Auftakt zu weiteren Ratifizierungen geben. Daneben gelten nach wie vor die Bestimmungen des Vorläufigen Abkommens. Sie treten in den Signatarstaaten der Konvention nur insoweit äusser Kraft, als sie sich in Widerspruch zu den neuen Regelungen der Konvention befinden. Es ist Aufgabe des Völkerbundskommissars für die deutschen Flüchtlinge, die einzelnen Regierungen zum Beitritte zur Konvention zu bewegen. In dieser sehr wichtigen Tätigkeit wird der Hohe Kommissar durch seinen Beirat sekundiert, dessen Mitgliedsverbände vermittels Gewinnung der öffentlichen Meinung eine Beschleunigung der Ratifizierung herbeizuführen bestrebt sind.

Die letzte Völkerbundsratssitzung vom Mai 1938 hat sich mit den Verwaltungsfragen der deutschen Emigration nach dem 1. Januar 1939 befasst. Am 31. Dezember dieses Jahres erlischt nämlich das dem Völkerbundskommissar erteilte Mandat. Auf Vorschlag der Unterkommission, die aus den Vertretern Boliviens, Grossbritanniens und Frankreichs besteht, hat der Völkerbundsrat einen Beschluss gefasst, dessen Hauptpunkte sich wie folgt zusammenfassen lassen:

Neues Flüchtlingsamt beim Völkerbund

Ab 1. Januar 1939 wird nur noch eine einzige Völkerbundsstelle für Flüchtlinge bestehen.

An der Spitze dieses neuen Flüchtlingsamtes steht ein Kommissar, der zusammen mit einer Regierungskommission und einem Verbindungskomitee der Flüchtlingsverbände – nach dem Muster des bestehenden Malcolm-Komitees – arbeitet. Die Aufgabe des neuen Hochkommissariates sind: Herbeiführung der Ratifikationen der internationalen Abkommen und die Überwachung ihrer Durchführung; Koordination in der humanitären Hilfsarbeit; Unterstützung der Regierungen und der Hilfsverbände zur Siedlung und Unterbringung von Emigranten.

Zur Durchführung dieser Aufgaben kann der Hohe Kommissar des neuen Amtes in den einzelnen Staaten in Einverständnis mit der betreffenden Regierung Vertreter ernennen.

Der Missbrauch, den namentlich reaktionäre und profaschistische Kreise der russischen Emigration mit dem Nansenamt getrieben haben, soll künftig unmöglich gemacht werden. Deshalb wurde beschlossen, dass jegliche Tätigkeit von Emigranten innerhalb des Verwaltungsapparates des neuen Amtes, oder ihre Benennung als Kommissarsvertreter unzulässig sind. Ferner müssen die vom Völkerbund bewilligten Geldmittel ausschliesslich für Verwaltungszwecke verwandt und dürfen keinesfalls für Unterstützung oder Ansiedlung von Emigranten verausgabt werden.

Der genaue Aufbau des neuen Flüchtlingsamtes, der von dieser Ratssitzung nicht besprochen, sondern dem Völkerbundssekretariat und der Vollversammlung vom September 1938 überlassen wurde, wird wahrscheinlich in Verstärkung dieser Abwehrmassnahmen gegen antidemokratische Umtriebe so sein, dass getrennte Verwaltungsdepartements für jede Emigrationskategorie geschaffen werden.

Sollte also der Plan für das neue Flüchtlingsamt im September von der Völkerbundsversammlung angenommen werden, so würde die deutsche Emigration nicht wie bisher über einen besonderen Kommissar verfügen, sondern diesem Amte unterstehen. Nach vollzogener Ernennung der Kommissarsvertreter, die ihren Sitz jedenfalls in der Hauptstadt jedes Landes nehmen, wird die deutsche Emigrationsvertretung des betreffenden Landes durch unmittelbare Fühlungnahme die diesem Land eigenen Probleme regeln können.

Internationaler Schutz der Österreichischen Emigration

Das Ausgeführte gilt auch für die österreichische Emigration. Die sofort nach der Annektion von der Öffentlichkeit erhobene Forderung auf internationalen Schutz der österreichischen Flüchtlinge fand Gehör. Der Antrag Englands und Frankreichs auf der letzten Ratssitzung, die Vollmachten des deutschen Flüchtlingskommissars auf die österreichische Emigration auszudehnen, wurde angenom-

men. Gleichzeitig erhielt der Kommissar Auftrag, gemeinsam mit dem Generalsekretär des Völkerbundes die Regierung über die Anwendung des vorläufigen Abkommens vom 4. Juli 1936 und der internationalen Konvention vom 10. Februar 1938 auf österreichische Flüchtlinge zu befragen und die entsprechenden Zusatzprotokolle auszuarbeiten.

In Bezug auf die Unterstellung der österreichischen Flüchtlinge unter das neue Flüchtlingsamt ab 1. Januar 1939 gilt dasselbe wie für die deutschen Flüchtlinge. Allerdings kann vorausgesehen werden, dass die Errichtung einer Sonderabteilung für österreichische Flüchtlinge innerhalb des neuen Amtes nicht ohne schwere Kämpfe vor sich gehen wird. In der Tat war der Antrag der englischen Regierung auf Zubilligung des Völkerbundschutzes so formuliert, dass er gleichzeitig die juristische Anerkennung des nationalsozialistischen Gewaltstreiches beinhaltet. So spricht der Ratsbeschluss nicht von einer «Ausdehnung» des Mandates des Kommissars, sondern stellt fest, «dass kein besonderer Beschluss in dieser Angelegenheit erforderlich sei, da das dem Hohen Kommissar für die deutschen Flüchtlinge erteilte Mandat so ausgelegt werden kann, dass es auf alle Flüchtlinge aus Gebieten, die derzeit Deutschland bilden, Anwendung findet». Die Bezeichnung des Völkerbundskommissars lautet deshalb nach wie vor «Kommissar für Flüchtlinge aus Deutschland». Hier hat also die Chamberlainregierung die Beratung über die Flüchtlingsfrage zur Durchführung eines hochpolitischen Aktes benutzt und die Annektierung Österreichs vom Völkerbund anerkennen lassen. Diese Tatsache kann sich auch auf den Verwaltungsaufbau des neuen Flüchtlingsamtes in der Weise auswirken, dass man den österreichischen Flüchtlingen ein besonderes Departement verweigert und eine einzige Abteilung «für deutsche Flüchtlinge» schafft. Die österreichische Emigration täte deshalb gut daran, schon rechtzeitig dafür zu sorgen, dass der zurzeit in Ausarbeitung befindliche Plan ihren Interessen entspricht und eine von der deutschen Emigration gesonderte Verwaltungsabteilung vorsieht. Die deutsche Emigration, die im Gegensatz zu Hitler die Selbstständigkeit des Österreichertums, die Unversehrtheit seiner Kultur und seiner Traditionen gewahrt wissen will, wird den österreichischen Freunden unterstützend zur Seite stehen.

Fortsetzung folgt.

QUELLE 2 | 10. JUNI 1938 – PARISER TAGESZEITUNG –
«DIE FLÜCHTLINGSKONFERENZ VON EVIAN:
DIE AMERIKANISCHE AKTION»

Die Flüchtlingskonferenz von Evian
Die amerikanische Aktion

Von Dr. Leo Lambert, beig. Sekretär des internat. Asylrechtsbureaus

Am 24. März 1938 überreichte die Regierung der USA an 29 europäische und amerikanische Regierungen einen Vorschlag, in gemeinsamer Arbeit die Probleme der politischen Emigration aus Deutschland und Österreich zu regeln. Die Regierung der Vereinigten Staaten, so heisst es in dieser Erklärung, «ist von der Dringlichkeit des Problems, das vor der gesamten Welt steht, geleitet und empfindet die Notwendigkeit zu einer schnellen Zusammenarbeit unter Regierungskontrolle, um das Grösserwerden menschlichen Leidens zu verhindern.» Diese Erklärung spiegelt die tiefe Sympathie wider, die das amerikanische Volk für die Opfer des Nationalsozialismus empfindet.

Am 6. Juli 1938 tritt in Évian-les-Bains die Internationale Regierungskonferenz zusammen, zu der Präsident Roosevelt eingeladen hat. (Die schweizerische Regierung hat wissen lassen, dass sie es nicht gerne sehe, wenn die Konferenz auf ihrem Gebiet tage.) 28 von den 29 eingeladenen Staaten haben ihre Mitarbeit zugesagt. Nur Italien hat abgelehnt. Unter den vertretenen Ländern sind sowohl südamerikanische Staaten als auch Grossbritannien, Frankreich, Holland, Belgien, Dänemark und Schweden. Die britische Antwort ist gleichzeitig im Namen der vier Dominions ergangen, so dass insgesamt 32 Staaten anwesend sein werden.

Der amerikanische Vorschlag geht dahin, ein internationales Regierungskomitee einzusetzen, das deutsche und österreichische politische Flüchtlinge in Länder schafft, wo sie sich niederlassen und ein menschenwürdiges Leben führen können. Die hierzu erforderlichen Kosten sollen die privaten Hilfsverbände gemeinsam aufbringen. Als Einwanderungsländer sind insbesondere die USA, sowie die verschiedenen mittel- und südamerikanischen Staaten in Aussicht genommen. Die Washingtoner Regierung hat bereits wissen lassen, dass die für Deutschland und Österreich vorbehaltene Einwanderungsquote von jährlich 27'000 von den deutschen und österreichischen Flüchtlingen in Anspruch genommen und überdies die freigeblichen Kontingente anderer Nationen zusätzlich verwandt werden können.

Myron C. Taylor, der frühere Präsident des amerikanischen Stahltrusts, wurde zum Vertreter der USA für die Évian-Konferenz und für die aus ihr hervorgehende Regierungskommission ernannt. Taylor ist bereits in Europa angekommen.

Andererseits wurde ein amerikanisches Koordinationskomitee gebildet, das die verschiedensten weltanschaulichen Gruppierungen umfasst, darunter protestantische und katholische Hilfsverbände. Vorsitzender dieses Koordinationskomitees ist James G. McDonald, der frühere Völkerbundskommissar für deutsche Flüchtlinge. Sekretär ist Reverend Samuel M. Cavert, der Generalsekretär des Föderalen Kirchenrates von Amerika. Mitglieder sind ferner der Erzbischof von New Orleans (römisch-katholische Kirche), sowie Louis Kennedy, der Präsident des Landesrates der Katholiken. Dieses amerikanische Koordinationskomitee hat sich zur Aufgabe gestellt, die ankommenden deutschen und österreichischen Flüchtlinge in die endgültigen Bestimmungsländer weiterzuleiten. Insbesondere wird es die notwendigen Geldmittel aufbringen, um den Transport und die ersten Lebenshaltungskosten der Flüchtlinge zu sichern.

Die Initiative Roosevelts war zweifellos notwendig und ist deshalb schon zu begrüßen. Sie würde zu einer unvergesslichen Tat werden, wenn sie nüchtern und unvoreingenommen dort eingesetzt wird, wo die Hilfe am dringendsten ist. In vielen Asylländern gibt es qualifizierte Arbeiter, Handwerker, Intellektuelle und Spezialisten, die trotz Bemühungen der Hilfsstellen nicht in Arbeit gebracht werden konnten. Seit Jahren leben diese Menschen, die oftmals die Grausamkeit des Naziregimes am eigenen Körper erlitten haben, von einer erbärmlich geringen Unterstützung, sind einem rapid zunehmenden Gesundheitsverfall preisgegeben, ohne Aussicht, in absehbarer Zeit ihre Lage verbessern zu können. Man denke an die Jugend, an die inzwischen Herangewachsenen, die vielfach gar nicht wissen, was Arbeit ist, die noch nie eine Arbeitsstelle kennen gelernt haben. Um sie wird sich die Regierungskonferenz in erster Linie zu kümmern und für Ansiedlung und Arbeitsbeschaffung in den in Frage kommenden Ländern Sorge zu tragen haben. Sicherlich kann man auch daran denken, einen Teil der Einwanderungsquoten jenen vorzubehalten, die heute noch in Deutschland sind und aus der nationalsozialistischen Hölle heraus wollen. Goebbels und Konsortium haben mehrmals öffentlich die Errichtung der Konzentrationslager damit begründet, dass leider keine Länder bereit seien, diese Untermenschen bei sich aufzunehmen. Nichts hindert die Staatenkonferenz, ihre Bereitschaft zu erklären, die Gefangenen der Konzentrationslager zu empfangen, falls die deutsche Regierung die Evakuierung vornimmt.

Die beabsichtigte Emigration in die Vereinigten Staaten und die südamerikanischen Länder lässt neue Probleme entstehen, deren Lösung wesentliche Voraussetzungen für das Gelingen des Rooseveltplanes ist.

In einigen südamerikanischen Staaten herrschen noch merkwürdige Auffassungen über das Asylrecht. In aller Erinnerung sind noch die Deportationen deutscher Flüchtlinge von Brasilien nach Deutschland. Im gleichen Lande wurden eingewanderte jüdische Flüchtlinge unter Androhung der Deportation gezwungen, in malarieverseuchte und unwirtschaftliche Gegenden des Inneren zu gehen. Selbst Argentinien deportierte unlängst fünf italienische politische Flüchtlinge nach Italien. Ganz allgemein bestehen unter den südamerikanischen Staaten Abkommen auf gegenseitigen Austausch politischer Flüchtlinge.

Angesichts dieser Tatsachen ist es deshalb unerlässlich, dass die künftigen Emigrationsländer vorerst zu einer grundlegenden Revision ihrer Asylrechtsbestimmungen schreiten, bevor daran gedacht werden kann, ihnen die ersten Flüchtlinge anzuvertrauen. Als erstes müssten diese Staaten den internationalen Konventionen beitreten, deren Durchführung sowohl vom Flüchtlingskommissar als auch von der neuen Regierungskommission zu überwachen wäre. Ausserdem müssen Landesgesetze den emigrierten Flüchtlingen ein juristisches Statut geben, um sie vor Schikanen, vor Ausweisungen, Auslieferungen usw. zu schützen. Hier muss insbesondere die Tätigkeit der amerikanischen Hilfsorganisationen einsetzen, um den Erlass und die Einhaltung solcher Gesetze zu erreichen.

Die Konferenz von Evian erschöpft sich deshalb nicht in der alleinigen Aufstellung eines Emigrationsplanes und der entsprechenden Verteilung der Ziffern. In den Aufnahmeländern sind erst eine Reihe von Bedingungen zu schaffen, deren Fehlen eines Tages zum Zusammenbruch des gesamten Werkes führen könnte. Die Hilfsorganisationen haben auf den Appell des Präsidenten Roosevelt geantwortet. Sie sind bereit, ihre gesamten Kräfte einzusetzen, um den Opfern Hitlers eine neue Lebensgrundlage zu geben. Wenn die Regierungen, die die Einladung der amerikanischen Regierung angenommen haben, den gleichen guten Willen zur Verrichtung gemeinnütziger Arbeit zeigen, so hätte die Konferenz von Evian mit Recht neue Hoffnungen bei den deutschen und österreichischen Emigranten erweckt.

QUELLE 3 | 1. JULI 1938 – PARISER TAGESZEITUNG –
«ZUR KONFERENZ VON EVIAN: MÖGLICHES UND UNMÖGLICHES»

Zur Konferenz in Evian
Mögliches und Unmögliches
Von Dr. Leo Lambert

Nur noch wenige Tage trennen uns von dieser grossen internationalen Konferenz, auf der 32 Regierungen über das Problem der deutschen und österreichischen Flüchtlinge beraten. Entgegen den Gepflogenheiten internationaler Zusammenkünfte sind bisher weder die Tagesordnung noch das Programm der Konferenz bekannt gegeben. Als einziges Dokument liegt die Erklärung des Präsidenten Roosevelt vor. Sie ist naturgemäss allgemein gehalten und sagt über die Evianer Besprechungen nichts Bestimmtes aus. In der Öffentlichkeit sind deshalb die verschiedenartigsten Auffassungen über die Regierungskonferenz im Umlauf, und alles Mögliche wird von dieser Konferenz erhofft. So ist z.B. bekannt geworden, dass von bestimmter Seite versucht wird, das gesamte Problem der jüdischen Bevölkerung in Polen, Rumänien, Ungarn usw. aufzurollen.

Es liegt uns fern, die Wichtigkeit dieser Frage zu unterschätzen oder zu vergessen, dass hier Tausende von Menschen auf Hilfe warten, die nur durch internationale Zusammenarbeit erbracht werden kann. Jedoch wird durch das Hineintragen aller möglichen Probleme, die unmittelbar nichts mit den Aufgaben der Eviankonferenz zu tun haben, die Gefahr heraufbeschworen, dass die Konferenz sich in allgemeinen Betrachtungen verliert und zu keinen konkreten Beschlüssen gelangt.

Andere Auffassungen gehen dahin, dass man sich ausschliesslich um die Organisation eines neuen Exodus aus Deutschland und Österreich kümmern müsse, ohne irgendwelche Änderungen der Aufenthaltsbedingungen in den Zufluchtsländern für die bereits vorhandene Emigration vorzunehmen. Eine solche Stellungnahme ist sehr gefährlich und zeugt von starker Kurzsichtigkeit. Man kann keine gewaltsame Scheidung zwischen der schon vorhandenen Emigration im Auslande und den Emigrationskandidaten vornehmen, ohne nicht letzten Endes die wirtschaftliche und juristische Lage der Gesamtmigration aufs Schwerste zu gefährden.

Eine Bedingung sine qua non für das Gelingen des Roosevelt-Planes ist deshalb die Schaffung eines internationalen Flüchtlingsstatutes, das in den einzelnen Ländern in Landesstatuten seine Widerspiegelung finden muss. Was nützt es, Quoten für neue Auswanderer festzulegen, so lange die internationale Konventi-

on vom 10. Februar 1938 noch von keinem Staate ratifiziert ist? Wo in den meisten Staaten ein eigentliches Fremden-»Recht« gar nicht besteht, sondern Aufenthalt, Bewegungsfreiheit usw. ausschliesslich Angelegenheiten der Polizeiverwaltung sind, und wo Gesetze zum Schutz des einheimischen Arbeitsmarktes den Flüchtlingen eine eigene Lebenserhaltung unmöglich machen? Wir glauben deshalb, dass es eine der ersten Aufgaben der in Evian versammelten Regierung ist, die Konvention vom Februar 1938 durch Ratifikation in Kraft zu setzen und ferner unzweideutige Verpflichtungen einzugehen, diese Konvention in Landesgesetz umzuwandeln.

Die südamerikanischen Staaten, die insbesondere als Auswanderungsländer in Aussicht genommen sind, haben die Gewohnheit, Flüchtlinge, wenn sie ihnen nicht mehr passen, in die Heimatländer zu deportieren. Besonders für sie gilt deshalb der Ruf zum Erlass von Landesstatuten, die den Emigranten die mindesten menschlichen Garantien geben, ihren Henkern nicht ausgeliefert zu werden. Viele Nachbarländer Deutschlands haben ihre Grenzen für neue Flüchtlinge verschlossen. Das Beispiel Hollands droht von anderen Staaten aufgegriffen zu werden. Es ist bekannt, dass viele vom Hitlerfascismus Verfolgte, namentlich politische Kämpfer, die Grenze einzeln und oftmals ohne nötige Ausweispapiere überschreiten. Einen Auszug solcher Menschen kann man nicht organisieren. Die einzige Möglichkeit, ihnen zu helfen und Asyl zu verschaffen, ist die Verpflichtung aller an Deutschland grenzenden Staaten, für sie die Grenzen offen zu halten und ihnen zumindest so lange Aufenthalt zu gewähren, bis sie ein endgültiges Zufluchtsland gefunden haben.

Organisieren lässt sich der Auszug der Gefangenen der Konzentrationslager. Die meisten ihrer Insassen sind im Ausland namentlich bekannt und sicherlich werden der Evianer Konferenz entsprechende Listen vorgelegt werden. Wir sind davon überzeugt, dass eine gemeinsame Demarche aller Regierungen zu erstaunlichen Resultaten führen und so vielen dahinsiechenden Gefangenen das Leben zurückgegeben werden kann. Möglich ist die Auswanderung der von den Nazis am schwersten verfolgten Juden.

Unserer Meinung nach lassen sich die Hauptaufgaben der Konferenz zu Evian wie folgt umreissen:

Ratifizierung der Genfer Konvention vom 10. Februar 1938 durch alle an der Konferenz beteiligten Regierungen. Inkraftsetzung dieser ratifizierten Konvention durch Erlass von Landesflüchtlingsstatuten, die auf das Strikteste Ausweisung, Auslieferung und Deportation in das Ursprungsland verbieten und den

Flüchtlingen die Möglichkeit einräumen, sich vor einem kontradiktorischen Gerichtsverfahren gegen willkürliche Verwaltungsentscheidungen zu wehren.

Herstellung des vollen Asylrechtes für die Flüchtlinge in den Ländern, in denen sie zurzeit sind. Möglichkeit für Flüchtlinge, die nicht in das wirtschaftliche Leben des Aufenthaltslandes eingeschaltet werden können, nach Überseeländern auszuwandern.

Die Nachbarstaaten Deutschlands halten ihre Grenzen für politische Flüchtlinge geöffnet.

Die Regierungen erklären sich bereit, die politischen Gefangenen der Konzentrationslager, die verfolgten Katholiken, Juden, Protestanten vorübergehend bei sich aufzunehmen, bis sie in ein endgültiges Zufluchtsland weitergeleitet werden können.

Der Appell des Präsidenten Roosevelt zeugt von der grossen Sympathie, die die deutschen und österreichischen Freiheitskämpfer geniessen. Mögen diese Gefühle der Menschlichkeit und der Verbundenheit mit den Opfern des Hasses und der Zerstörung auch in Evian gegenwärtig sein und über Egoismus und Unverständnis triumphieren.

**QUELLE 4 | 9. JULI 1938 – PARISER TAGESZEITUNG –
«NICHT-INTERVENTIONS-GEIST IN EVIAN»**

Nichtinterventions-Geist in Evian

Was man von der Flüchtlingskonferenz erwarten darf

– Die Aufgabe der öffentlichen Meinung

(Sonder-Telephonat der «Pariser Tageszeitung»)

Evian, 8. Juli.

Schon vor der Konferenz wurde an dieser Stelle zu dem Appell des Präsidenten Roosevelt Stellung genommen und darauf hingewiesen, dass das Flüchtlingsproblem seit den brutalen Massenverfolgungen durch den Fascismus über den Wirkungsbereich privater Initiative hinausgewachsen ist. Die Lösung der Flüchtlingshilfe im echten Sinne des Wortes ist zu einer öffentlichen Sache geworden, die nur von den Regierungen betrieben werden kann.

Die amerikanische Initiative, die zur Konferenz von Evian geführt hat, erkennt diese Wahrheit. Die Zusammenkunft in Evian ist deshalb nicht eine der üblichen Staatenkonferenzen, wie wir sie schon öfters in Genf erlebt haben, die auseinandergehen, wenn eine bestimmte internationale Abmachung erzielt wurde. In Evian

wohnen wir der ersten Sitzung dieser neugeschaffenen permanenten Körperschaft des «Comité Intergouvernemental pour les Réfugiés» bei, das eine ständige Aktion für die Unterbringung der Flüchtlinge führen und noch zahlreiche Sitzungen einberufen wird.

Von einer ersten Sitzung darf man nicht viel erwarten. Schon die Tatsache, dass überhaupt ein solches Intergouvernementales Komitee unter dem Vorsitz der USA eingesetzt worden ist, ist zweifellos als ein Entschluss zu buchen. Ferner ist die Errichtung einer besonderen Unterkommission, die die Verbindung mit den Flüchtlingshilfsverbänden und den Flüchtlingsvertretungen selbst pflegen soll, ein weiteres Aktivum.

Wenn internationale Konferenzen sich um die Opfer des Hitler-Regimes bemühen, so können sie notgedrungen die Ursache dieser Zustände nicht ignorieren. Hier beginnt das Übergleiten der humanitären Aktion auf das politische Feld, dessen besonderer Charakter dadurch gekennzeichnet wird, dass hier 32 Regierungen gemeinsam einem Friedensbrecher, der durch permanente Verletzung der elementaren Menschenrechte Unruhe in das geordnete Zusammenleben der Völker bringt, gegenüberreten.

Nun scheint aber auch hier die Ursache dafür zu liegen, dass auf den warmen und aktiven Appell des Präsidenten Roosevelt im Grossen und Ganzen die Vertreter der europäischen Staaten, und unter ihnen sicher einige der bedeutendsten, nur zurückhaltend und fast ausweichend geantwortet haben. Die Atmosphäre der Londoner Nichteinmischungs-Kommission und der Geist der Völkerbundssitzungen scheinen nach Évian übertragen zu sein.

Tiefgehende Sympathien der internationalen Öffentlichkeit, die die ständige Vertagung der Flüchtlingsfrage nicht mehr erträgt, haben zu einem grossen Teil verhindert, dass dem Aufruf des Präsidenten Roosevelt nicht das gleiche Schicksal zuteil wurde, wie seinen häufigen Ermahnungen zu einer würdigeren Zusammenarbeit der Demokratien gegenüber den Kriegstreibern der fascistischen Staaten.

Es ist eine betrübliche Tatsache, feststellen zu müssen, dass die Durchführung einer eminent humanitären Aufgabe, die Rettung Tausender von Menschen, die zur Elite unserer Zivilisation gehören, nicht den erforderlichen Willen findet, weil das Prinzip der Zusammenarbeit der demokratischen Mächte als solches mit dem aussenpolitischen Programm bestimmter Regierungen nicht übereinzustimmen scheint.

Mehrere Regierungsdelegierte, die in ihren Reden darauf hinwiesen, dass die Öffentlichkeit ihres Landes um das Schicksal der deutschen und österreichischen Flüchtlinge besorgt sei, sind überzeugt, dass die Öffentlichkeit auf den weiteren Verlauf der Arbeiten der permanenten Regierungskommission entscheidenden Einfluss haben kann. Ebenso wie das Comité Intergouvememental von Évian letzten Endes das praktische Ergebnis der Bewegung der öffentlichen Meinung in den Vereinigten Staaten von Nordamerika und den demokratischen Ländern Europas ist, werden die ersten praktischen Hilfsmassnahmen dieses Komitees umso eher zu erwarten sein, je mehr die Hilfsbereitschaft der Öffentlichkeit sich manifestiert.

Dr. Leo Lambert.

Évian, 8. Juli.

Die Unterkommission der Flüchtlings-Konferenz hat heute die Delegationen der Sozialistischen Arbeiter-Internationale, des Internationalen Asylrechtsbüros, der Vereinigung deutscher Emigranten und der Vereinigung österreichischer Emigration empfangen. Die Delegierten dieser Verbände haben der Kommission ihre Vorschläge zur Hilfe für die politischen Flüchtlinge aus Deutschland und Österreich mündlich vorgetragen und gleichzeitig ein Memorandum überreicht. Es wurde insbesondere vom Internationalen Asylrechtsbüro auf die Notwendigkeit hingewiesen, die Grenzen der Nachbarländer Deutschlands für die ankommenden politischen Verfolgten offen zu halten.

Im Ganzen wurden die Vertreter von 33 politischen und konfessionellen Organisationen gehört. Dabei wiesen die Delegierten des «Centre de Liaison», das 28 französische Organisationen, darunter die C.G.T., umfasst, darauf hin, dass die Frage der jüdischen Emigration nicht zum Nachteil der anderen Emigranten behandelt werden solle. In dem Memorandum des «Centre de Liaison» wird weiter davor gewarnt, dass die totalitären Staaten, unter dem Vorwand, «unerwünschte Elemente» aus ihrem Lande zu entfernen, nicht im grossen Masstab den Versuch unternehmen, Provokateure in die demokratischen Länder einzuschmuggeln.

Die zweite Unterkommission, in der Frankreich durch den Direktor im Innenministerium, Combes, vertreten ist, begann heute ebenfalls ihre Arbeit, die in der genauen Prüfung der Einwanderungsgesetze und -methoden der einzelnen Länder besteht.

QUELLE 5 | 16. JULI 1938 – PARISER TAGESZEITUNG – «ENGLAND
WILL FLÜCHTLINGE IN SEINEN KOLONIEN AUFNEHMEN»

England will Flüchtlinge in seinen Kolonien aufnehmen
Überraschende Mitteilungen des englischen Delegationsführers
Lord Winterton auf der Schlussitzung in Évian

Évian, 15. Juli.

Nach zehntägiger Dauer wurde die Flüchtlingskonferenz von Évian heute beendet. Ihre Ergebnisse, die in der Schlussresolution (wir veröffentlichen den wesentlichen Inhalt dieser Entschliessung auf Seite 2, d. Red.) zum Ausdruck kommen, sind günstiger, als man zu einem gewissen Zeitpunkt der Beratungen hoffen konnte. Tatsächlich tagt der in Évian geschaffene Organismus – das zwischenstaatliche Regierungskomitee – in Permanenz. Mit der Bestellung von Myron Taylor zum Hauptdirektor des Amtes ist nunmehr mit Sicherheit zu rechnen. Die nächste Sitzung des Komitees wird am 3. August in London stattfinden.

Nachdem am Donnerstag die Schlussresolution angenommen worden war, gab es in der heutigen Sitzung insofern noch eine Überraschung, als der englische Delegierte, Lord Winterton, dessen Zurückhaltung in der Generaldebatte, namentlich was die Einwanderungsmöglichkeit nach Palästina betrifft, sehr viel Kritik gefunden hatte, erklärte, seine Regierung befasse sich mit der Unterbringung von Flüchtlingen in den englischen Kronkolonien. Lord Winterton teilte mit, dass namentlich die Kenya-Kolonie (Britisch-Ostafrika) dafür in Betracht komme; ein erster Bericht mit günstigen Aussichten liege ihm bereits vor.

Der amerikanische Delegationsführer Taylor betonte, dass schnelle Arbeit geleistet werden müsse, um endlich eine systematische und geordnete Auswanderung zu organisieren und den furchtbaren Leiden der Flüchtlingsmasse ein Ende zu setzen. Der Delegierte der Vereinigten Staaten wies weiter, entsprechend den Grundgedanken des Präsidenten Roosevelt, erneut auf die Notwendigkeit hin, dass Deutschland daran mitarbeiten müsse, die Emigration in geordnete Bahnen zu lenken.

Die Schlussitzung erreichte ihren Höhepunkt mit einer grossen Rede Henry Bérenegers. Frankreich sei stolz, von 32 Regierungen ausgewählt worden zu sein, um dieser Konferenz Gastfreundschaft zu gewähren. Die Arbeiten von Évian hätten die Zusammenarbeit der Vereinigten Staaten mit den europäischen Nationen konkretisiert.

Die Zustimmung der französischen Regierung zu dem Werk von Évian war Senator Bérenger telephonisch von dem Aussenminister Bonnet erklärt worden. An den

Präsidenten der Republik, Lebrun, wurde ein Telegramm gesandt, in dem die Konferenz dem französischen Staatschef ihren Dank für die herzliche Aufnahme auf französischem Boden ausspricht.

Man erwartet bis zu der nächsten Sitzung des Regierungskomitees die genauen Mitteilungen der verschiedenen Staaten über Möglichkeiten, Flüchtlinge auf ihrem Gebiet aufzunehmen. Wie in Konferenzkreisen verlautet, soll mit zum Teil sehr günstigen Antworten zu rechnen sein.

Rom, 15. Juli.

Die Beschlüsse der Konferenz von Évian erregen das Missfallen der italienischen Presse. Wenn man den fascistischen Zeitungen glauben will, so handelt es sich um eine Initiative auf internationalem Gebiet zu Beschränkung der Souveränität der Staaten. «Tribuna» erklärt, man habe unter dem Deckmantel juristischer Massnahmen den Schutz der politischen Flüchtlinge organisiert, indem man ihnen die Mittel zur Verfügung stellt, «ihre Ranküne gegen ihre Heimatländer besser spielen zu lassen».

TEIL 2: VÖLKISCHER BEOBACHTER – «KEINER WILL SIE HABEN»

Der *Völkische Beobachter* war ab 1920 das Hauptorgan der NSDAP. Die Partei kaufte die wirtschaftlich schwer angeschlagene Zeitung mitsamt Verlag am 17. Dezember 1920. Von 1887 bis 1919 war die Zeitung unter dem Titel *Münchner Beobachter* erschienen. Bereitsvorder Übernahme durch die NSDAP war das Blatt klar antisemitisch eingestellt.²⁰ Nach der Übernahme wurde Dietrich Eckhart zum Hauptschriftleiter ernannt, sein Stellvertreter wurde Alfred Rosenberg. Ab Februar 1921 trug der *Völkische Beobachter* den Untertitel «Kampfblatt der nationalsozialistischen Bewegung Grossdeutschlands». 1923 wurde Rosenberg zum Hauptschriftleiter befördert.²¹ Die Zeitung erschien nun nicht mehr nur wöchentlich, sondern täglich. Als Folge des gescheiterten Hitler-Ludendorff-Putsches am 9. November 1923 wurde der *Völkische Beobachter* verboten. Er erschien wieder ab 26. Februar 1925 mit einer Erstaufgabe von 4'000 Exemplaren.²² 1938 hatte die Auflage rund 600'000 Exemplare mit den Lokalausgaben Berlin, Norddeutschland, München, Süddeutschland und Wien erreicht.²³ Bis Kriegsende stieg die Auflage auf rund 1,7 Millionen Exemplare.²⁴ Die letzte Ausgabe des *Völkischen Beobachters* sollte am 30. April 1945 erscheinen, wurde aber nicht mehr ausgeliefert.

Bereits seit Ende des Ersten Weltkrieges hatte Rosenberg politische Schriften verfasst, in denen er eine jüdische Weltverschwörung aus Bolschewismus und Zionismus konstruierte.²⁵ Er hatte einen prägenden Einfluss auf Hitler und gilt als Architekt des nationalsozialistischen Weltbilds. 1933 wurde er Leiter des Aussenpolitischen Amtes der NSDAP.

Seine Ansichten zu der Konferenz von Évian legte Rosenberg in dem Artikel «Wohin mit den Juden?» im *Völkischen Beobachter* vom 8. Juli 1938 ausführlich dar.²⁶ (**Quelle 6**) Aus den Konflikten zwischen Araber und Juden in Palästina zog er den Schluss der «Nichtassimilierbarkeit der Juden». Das deutsche Volk sei «(...) fest entschlossen, dies Problem seiner einzig folgerichtigen Lösung entgegenzuführen (...).» Rosenberg spekulierte, welche Länder die jüdischen Vertriebenen aufnehmen könnten. Den Flüchtlingen unterstellte er dabei immer niedere Beweggründe wie den geplanten «Wirtschaftsaufmarsch» etwa gegen den Nahen oder Fernen Osten. Ausserdem betonte er die Ablehnung, die den jüdischen Emigrantinnen aus

²⁰ Vgl. Piper, Ernst: Alfred Rosenberg, Hitlers Chefideologe, München 2005, S 80.

²¹ Vgl. ebd., S81.

²² Vgl. Söseemann, Bernd: Propaganda, Medien und Öffentlichkeit in der NS-Diktatur, Bd. 2, Stuttgart 2011, S. 1081.

²³ Vgl. ebd.

²⁴ Vgl. ebd.

²⁵ Vgl. Piper: Rosenberg, S. 74.

²⁶ Siehe zu den folgenden Zitaten die Quelle 6.

vielen möglichen Einwanderungsstaaten entgegenschlage, und interpretierte diese auch als Rechtfertigung für die deutsche Judenverfolgung. Rosenberg schlug ein grosses afrikanisches Territorium vor, in dem die Flüchtlinge angesiedelt werden und unabhängig wirtschaften sollten. Er hielt es für fraglich, ob die Konferenz von Evian überhaupt ein Ergebnis bringen würde. «So steht das Problem heute vor der Geschichte. Es wird sich zeigen, ob die Vertretungen der 30 Staaten in Genf ihm gewachsen sind» schliesst er seinen Artikel.

Die Berichte aus dem *Völkischen Beobachter* zur Konferenz von Evian vom 8. Juli 1938 (*Quelle 7*) und 13. Juli 1938 (*Quelle 8*) tragen keine Autorenzeile. Den Veranstalter der Konferenz wird unterstellt, die teilnehmenden Nationen nicht wahrheitsgemäss über die Ziele der Versammlung unterrichtet und Propaganda gegen Nazi-Deutschland zugelassen zu haben. Den jüdischen Organisationen wirft der *Völkische Beobachter* vor, dass sie «inoffiziell, aber umso aufdringlicher an der Konferenz mitwirken»²⁷.

«Keiner will sie haben» titelte der *Völkische Beobachter* zum Ende der Konferenz in der Ausgabe vom 13. Juli 1938. Die Ergebnisse der Konferenz wurden als «sehr mager» bewertet und die laut gewordene Kritik der USA, Frankreich und Grossbritanniens an der Judenverfolgung in Deutschland negativ hervorgehoben. Eine wirkliche Lösung des Problems sei – wie erwartet – nicht gefunden worden.

QUELLE 6 | 8. JULI 1938 – VÖLKISCHER BEOBACHTER – «WOHIN MIT DEN JUDEN? GEDANKEN ZUR WELTKONFERENZ VON EVIAN»

Wohin mit den Juden?

Gedanken zur Weltkonferenz von Evian

Von Alfred Rosenberg

In Palästina wird überfallen, gestreikt, geschossen und gehängt. Nachdem man bisher nur Araber hingerichtet, jüdische Wegelagerer und Waffenbesitzer aber begnadigt hatte, wurde der erste Jude aufgehängt. Alle Interventionen halfen diesmal nichts, der Schloime Ben Josef hatte mit ein paar anderen einen arabischen Autobus überfallen und auf die Insassen geschossen. Ein zionistisches Blatt in Deutschland (!) schrieb, die Vollziehung des Todesurteils widerspreche «jedem menschlichen Empfinden». Dass Vertreter anderer Völker gehängt werden, wenn sie Mordanschläge veranstalten, scheint also nicht unmenschlich zu sein. Jetzt ist jüdische Welttrauer, gemäss dem Grundsatz, dass alle Juden füreinander bürgen.

²⁷ Vgl. «Die Konferenz von Evian», in: *Völkischer Beobachter*, 8.7.1938.

Als vor etwa zehn Jahren der ukrainische Ataman Petljura vom Juden Schwarzbart auf offener Strasse ermordet wurde, setzte sich die gesamte Judenschaft der Welt für ihn ein. Er wurde auch in Paris freigesprochen. Als einer der ersten Verteidiger für ihn hatte sich (ohne allerdings in Aktion zu treten) der Chef der Sozialdemokratie in Frankreich und jüdische Rechtsanwalt Léon Blum zur Verfügung gestellt.

Jetzt beschiessen sie sich in Palästina gegenseitig, täglich werden ein paar Juden von Arabern, einige Araber von Juden ermordet. Grossbritannien, das einst beiden Teilen das Land versprochen hatte, geniesst die Früchte seiner Politik.

Unterdes wächst die Erkenntnis der Nichtassimilierbarkeit der Juden in der ganzen Welt. Das deutsche Volk ist fest entschlossen, dies Problem seiner einzig folgerichtigen Lösung entgegenzuführen und für immer zu verhindern, dass jemals wieder Zustände eintreten können, wie sie in den letzten Jahrzehnten dank zum Teil der falschen Toleranz, dank der Schwäche früherer Generationen möglich waren. Und dort, wo die Dinge noch nicht unmittelbar spruchreif geworden sind, bereitet sich doch für alle Welt sichtbar eine ähnliche Entwicklung vor (Polen, Ungarn u.a.).

Vor den Augen jener Staaten aber, die so warm den Schutz Israels auf ihr Papier geschrieben haben, erhebt sich das Problem, ob sie mit der Zeit etwa sechs bis acht Millionen Juden aufzunehmen gewillt erscheinen. Angesichts dieser Frage wird es selbst den grössten Freunden der Judenheit beklommen zumute, ja auch vielen jüdischen Millionären ist es gar nicht geheuer bei diesem doch schon oft angesprochenen Gedanken. Sie alle wissen, dass, so gelähmt durch die jüdische Presse- und Finanzherrschaft grosse Schichten vieler Völker heute auch sind, die Gefahr des Aufblühens eines gesunden Instinkts doch überall vorhanden ist, wenn eine zu starke Reizung erfolgt. Und so hat man denn beschlossen, zu einer Weltkonferenz zusammenzutreten, um das jüdische Auswanderungsproblem zu prüfen.

Als Tagungsort ist das französische Evian am Südende des Genfer Sees ausgesucht worden. Wo kann diese Stadt anders gelegen sein als am Genfer See? Die «Erfolge» der Genfer Liga sind offenbar so ermutigend, dass man es erneut in der Genfer Atmosphäre versucht, dem verzwickten Problem zu Leibe zu gehen. Angeregt ist die Konferenz zu Evian von den Vereinigten Staaten. Bedenkt man, dass Neuyork mit seinen 2,3 Millionen Juden (jeder dritte Mensch also ein Hebräer) die grösste Judenstadt der Welt ist, so ist diese Initiative verständlich...

Angesichts der zweifellos geschichtlich gewordenen Situation – dass das Einbringen der syrischen Juden in Europa seinem Ende entgegengeht – müsste das Problem auch gross gesehen werden, umso mehr, als 30 Staaten an der Tagung zu Evian beteiligt sind und viele ihre «hervorragendsten Vertreter» entsandt haben. Einige Gedanken zwingen sich dabei zur Behandlung auf.

Palästina scheidet als grosses Auswanderungszentrum aus. Schon die heutige Zahl der Juden ist ein Element bleibender Unruhe; eine zwangsweise Verstärkung der Einwanderung könnte unabsehbare Folgen zeitigen, die gerade die britischen Interessen angesichts der Verflechtung mit der mohammedanischen Welt in peinlichster Weise berühren würde. Im Übrigen haben die Juden ja nie daran gedacht, ihre Rassengenossen alle nach Palästina zu schaffen. Vielmehr wollte man zerstreut in der Welt bleiben, in Palästina aber ein rein jüdisches politisches Zentrum gründen, um ein Aufmarschgebiet zur wirtschaftlichen Eroberung des ganzen Nahen Ostens zu erhalten.

Die Staaten der Welt sehen sich nicht im Stande, die Juden Europas aufzunehmen. Nach Australien haben sich schon viel jüdische Augen gerichtet (Wirtschaftsaufmarsch gegen den Fernen Osten!), aber von dort sind schon kühl ablehnende Stimmen gekommen. Der australische Ministerpräsident hat soeben erklärt, Australien müsse von Menschen «britischer Rasse» besiedelt werden. Es seien sowieso schon zu viel Südeuropäer gekommen, die kein Gegengewicht erhalten hätten. In Südafrika meldet sich eine ähnliche Bewegung. England selbst und die USA nebst Frankreich wollen vielleicht nach und nach einige Hunderttausende verteilen; kaum mehr. Südamerika scheint weitergehende Absichten zu haben; es bleibt abzuwarten, wo eventuell jüdische Kolonisten untergebracht werden könnten. Nirgends aber erscheint es möglich, Ernst zu machen und sich auf nach und nach über sechs Millionen einzurichten.

Es muss also nach einem geschlossenen, von Europäern noch nicht besiedelten Gebiet Umschau gehalten werden. Einst, als Palästina noch aussichtslos erschien, wurde das Uganda-Projekt lange und ernsthaft besprochen. Warum sollte nicht erneut ein grosses afrikanisches Territorium ins Auge gefasst werden, um den Juden die Möglichkeit eines «selbstständigen schöpferischen Aufbaus» zu ermöglichen?

Vor etwa zehn Jahren fand eine Zusammenkunft vieler Vertreter des antijüdischen Kampfes in der Hauptstadt eines europäischen Staates statt. Dort wurde die Idee debattiert und gutgeheissen, doch die grosse Insel Madagaskar in Vorschlag zu bringen. Die Insel sei geräumig genug, hätte subtropisches Klima, gehöre ei-

nem Staate, der die Emanzipation der Juden begonnen habe und auch heute noch alles für die Juden tue. Ein Führer der französischen Antisemiten stimmte diesem Gedanken zu, der später mehrfach wieder aufgetaucht ist. Erst vor nicht langer Zeit hat Polen erneut Madagaskar zur Debatte gestellt.

Die geschichtliche Situation ist ernst. Sie ist nur durch einen grossen Entschluss jener zu meistern, die im Besitze riesiger Territorien sind. Im Interesse aller Völker und schliesslich auch der Juden selbst muss man es aufgeben, um das gestellte Problem herumzureden und noch von «verstärkter Einwanderung nach Palästina» zu schwätzen. Selbst eine noch so starke Aufzwingung der Juden in Palästina könnte nicht das geringste an der Gesamtlage ändern.

Bleibe noch eine Möglichkeit: die Sowjetunion. Aber dieser jüdisch geleitete Staat hat seine Teilnahme an der Konferenz zu Evian nicht angemeldet! Warum wohl hat Lazarus Kaganowitsch den Litwinow-Finkelstein nicht an den Genfer See geschickt? Fürchtet auch er eine zu starke Vermehrung in der bolschewistischen Führung? Haben die Juden Europas, die doch überall die Schürer des Bolschewismus sind, Angst vor «kommenden Dingen» in Moskau?

Auch die Tschecho-Slowakei ist nicht da! Ist sie schon «gesättigt»? Es ist nicht schön und wenig dankbar, nicht auch offiziell noch weiter helfen zu wollen, nachdem doch die ganze jüdische Weltpresse die Unterdrückungsaktionen Prags gegen das Sudetendeutschum dauernd gefördert hat.

Es fehlt also noch einiges, um der Evianer Konferenz den Charakter einer wirklich politisch weitsichtigen Aktion zu geben. Nur die jüdischen Emigranten «aus Deutschland und Österreich sesshaft zu machen», ist zu wenig (nebenbei: Österreich ist ja bereits seit Monaten in Deutschland aufgegangen). Man müsste, wenn man schon 30 Staaten zu einer internationalen Konferenz bemüht, sich tiefere Rechenschaft von der historischen Lage abgeben und auf eine ganze Lösung hinarbeiten. Denn was in Deutschland aufgebrochen ist, steht für mehrere andere Staaten vor der Tür. Ob diese so zurückhaltend bei der Lösung des Problems vorgehen werden, wie es das Deutsche Reich getan hat, ist sehr fraglich. Und um eventuellen Ausbrüchen antijüdischer Leidenschaften vorzubeugen, müssten alle Freunde der Juden selbst das lebhafteste Interesse daran haben, derartigen Entwicklungen vorzubeugen, die nur schlimmer sein würden, je mehr man durch geheime Boykottandrohungen die betreffenden Staatsleitungen davon abhält, schon heute evolutionär zu tun, was später revolutionär durchschlagen könnte.

So steht das Problem heute vor der Geschichte. Es wird sich zeigen, ob die Vertretungen der 30 Staaten in Genf ihm gewachsen sind.

QUELLE 7 | 8. JULI 1938 – VÖLKISCHER BEOBACHTER –
«DIE KONFERENZ VON EVIAN: TREFFPUNKT FÜR JÜDISCHE
EMIGRANTEN AUS ALLER HERREN LÄNDER»

Die Konferenz von Évian

Treffpunkt für jüdische Emigranten aus aller Herren Länder

Genf, 7. Juli.

Gestern nachmittag begann in dem französischen Badeort Evian am Genfer See die von den Vereinigten Staaten von Amerika angeregte Konferenz für die Prüfung der Emigrantenfrage. Die Wahl des Tagungsortes ist bezeichnend: Die Schweiz hat trotz ihrer traditionellen Gastfreundschaft die Konferenz nicht im eigenen Lande gewünscht, da diese offenbar weniger auf fachliche Beratungen, als auf starke Propagandawirkung eingestellt ist.

Die vorbereitenden Kundgebungen und Zeitungsartikel der ganzen internationalen Volksfrontbewegung beweisen zur Genüge, dass die Konferenz zu politischer Stimmungsmache herhalten soll. Diese Kreise hoffen, dass die Nähe Genfs die Konferenz von Evian zu einer wahren «Völkerbundsveranstaltung» machen werde, bei der alles, was der Genfer Atmosphäre ihre charakteristische antifaschistische Note gibt, zur Geltung kommen wird. Eine Auswirkung der Genfer Atmosphäre scheint es zu sein, dass 27 Regierungen ihre Teilnahme zugesagt haben, von denen nur einige wenige über die wirklichen Ziele unterrichtet sind. Das wäre bei einer Konferenz ausserhalb des Bannkreises der Genfer Liga nicht zu erwarten gewesen, denn nur hier besteht diese Tradition des Kollektivismus, die sich praktisch in kollektiver Unverantwortlichkeit äussert, weil jeder Teilnehmer von Anfang an die Ergebnislosigkeit derartiger Beratungen voraussieht. Ob es in Evian anders sein wird, kann sich erst zeigen, wenn die Einberufer der Konferenz ihr konkretes Programm entwickelt haben.

Die Eröffnungssitzung werde geleitet werden von dem Vorsitzenden des französischen Senatsausschusses für auswärtige Angelegenheiten, Henri Berenger, dessen aggressives Auftreten gegenüber der deutschen Rassengesetzgebung auf der Genfer September-Versammlung des Jahres 1935 unvergessen ist. Selbstverständlich werden auch alle berichtigten Grössen der jüdischen Emigration aus Paris, Prag usw. inoffiziell, aber umso aufdringlicher an der Konferenz mitwirken.

QUELLE 8 | 13. JULI 1938 – VÖLKISCHER BEOBACHTER –
«KEINER WILL SIE HABEN: FRUCHTLOSE DEBATTEN
AUF DER JUDENKONFERENZ VON EVIAN»

Keiner will sie haben
Fruchtlose Debatten auf der Judenkonferenz in Evian
Drahtbericht des «VB.»

DT. Evian, 12. Juli.

Die Judenkonferenz von Evian hat mit dem gestrigen Tage ihre sogenannte grosse Aussprache beendet. Sie wird sich noch in dieser Woche in vertraulichen Sitzungen mit Einzelheiten, hauptsächlich organisatorischer Art, befassen, um dann voraussichtlich am Freitag in öffentlichen Schlusszeremonien von dem luxuriösen Badeort Evian, wo sich alle Emigranten so wohl fühlten, Abschied zu nehmen.

Abgesehen von der rein organisatorischen Schaffung einer ständigen Verbindungsstelle der interessierten Regierungen, des sogenannten «Bureau Intergouvernementar, das entweder in Paris oder London unter amerikanischer Leitung errichtet werden soll, wird das Konferenzergebnis sehr mager ausfallen, denn alle weitere sachliche Arbeit soll Aufgabe des Büros werden.

Zur grossen Enttäuschung der marxistischen, konfessionellen und überhaupt aller nichtjüdischen Emigranten war bis heute in Évian festzustellen, dass sich die Konferenz offensichtlich nur für die «Judenfrage» in Deutschland interessierte.

Es hat sich in Évian ferner gezeigt, dass die hier vertretenen Judenorganisationen sich in der Zielsetzung nicht einig sind. Dem sogenannten Jüdischen Weltkongress z.B. kommt es darauf an, in erster Linie gegen die in der ganzen Welt Schule machende deutschen Rassegesetzgebung zu protestieren. Im Gegensatz dazu ist es den Zionisten wichtig, die Ausscheidung grösserer jüdischer Massen aus den europäischen Ländern als Argument für eine vermehrte Zulassung nach Palästina auszubeden. Den Marxisten ist die bisherige Entwicklung der Konferenz politisch sehr unangenehm, weil sie nach ihrer Meinung auf eine internationale Legalisierung der deutschen antisemitischen Politik hinausläuft.

Entsprechend ihrer demokratischen Ideologie und ihrer politischen Tendenz haben die Vertreter der Vereinigten Staaten, Frankreichs und in geringerem Masse auch Englands Töne moralischer Entrüstung über die Liquidierung des Judenproblems in Deutschland in ihren öffentlichen Erklärungen angeschlagen. Zugleich haben sich England und Frankreich hinsichtlich der Aufnahme weiterer Zuwanderer derart reserviert verhalten, dass Vertreter der anderen Staaten, die zunächst

gar nicht das Wort ergreifen wollten, ihrerseits den Mut fanden, einer nach dem anderen ihre Abneigung gegen neue jüdische Einwanderer auszusprechen.

Die europäischen Länder taten dies unter Hinweis auf den bereits erreichten Sättigungsgrad, die Südamerikaner sprachen übereinstimmend von der landwirtschaftlichen Struktur ihrer Länder, die die Einwanderung von bäuerlichen Kolonisten, nicht aber von Händlern und städtischen Intellektuellen erfordere. Verschiedene, z.B. der Vertreter Brasiliens, liessen dabei durchblicken, dass die Juden gerne als Bauern verkleidet einwandern, um bei der ersten besten Gelegenheit in die Grossstadt zu ziehen.

Die Vertreter der britischen Dominions entschuldigten sich mit der Lage ihrer Arbeitsmärkte (Kanada), mit dem Wunsche nach einheitlicher Bevölkerung (Australien) oder mit dem Hinweis auf die Gefahr eines wachsenden Antisemitismus. Es scheinen demnach allein die Vereinigten Staaten als Einwanderungsland grösseren Stils für die Juden in Betracht zu kommen. Der amerikanische Vertreter hat in seiner Eröffnungsrede auf die nunmehr zusammengelegte Einwanderungsquote für Deutschland und Österreich (rund 27'000 jährlich) hingewiesen. Darüber hinaus sind die meisten Delegierten davon überzeugt, und der Vertreter Schwedens hat dies heute klar und offen ausgesprochen, dass eine wirkliche Lösung des jüdischen Wanderungsproblems nur auf einer territorialen Basis gefunden werden kann, in dem ein geeignetes Gebiet bereitgestellt wird, wo die Juden «unter sich» sind und wohin ausser den deutschen Emigranten im Laufe der Zeit die Millionen polnischer und anderer Juden abgeschoben werden können. Der englische Vertreter hat in dieser Hinsicht auf die ostafrikanische Kolonie Kanya angespielt, aber alles von den im Gange befindlichen Erhebungen abhängig gemacht. Andere Kolonialmächte haben von ihren Kolonialgebieten überhaupt nicht gesprochen (Frankreich, Belgien) oder erklärt, dass sie sich für weisse Kolonisten nicht eignen (Belgien, Holland).

«EIN NICHT ALLZU VERTRAUVENSVOLLES POKERSPIEL»

*Clarence K. Streit: Sonderberichterstatte der
New York Times*

Claire Rostalski

Mit diesen Worten beschrieb der Sonderkorrespondent der «New York Times», Clarence K. Streit, die Atmosphäre in Évian einen Tag vor Beginn der Konferenz. Die «New York Times» hatte mit Streit einen in internationalen Angelegenheiten erfahrenen Journalisten nach Évian geschickt. Streit, geboren 1896 in Kalifornien, hatte an der Montana State University studiert und dort bereits erste Erfahrungen als Journalist gesammelt. 1917 trat er freiwillig den US-Streitkräften bei und wurde im selben Jahr schon nach Frankreich versetzt. Nach seiner Rückkehr aus Europa erhielt er ein Stipendium, das ihm ein Studium in Oxford ermöglichte. 1925 stellte ihn die «New York Times» (NYT) als Ausländskorrespondent ein. Vier Jahre später wurde er als Berichterstatter für den Völkerbund akkreditiert. Streit verfolgte die politischen Entwicklungen in Deutschland und insbesondere den Aufstieg Hitlers. 1939 verliess er die NYT, um sich der Arbeit an seinem ersten Buch «Union Now» zu widmen, das einen Aufruf an alle Demokratien enthielt, sich in einer «Federal Union» zusammenzuschliessen.¹

Sein Engagement und Interesse werden auch durch die Berichterstattung in der «New York Times» über die Konferenz in Évian deutlich. Bereits am 12. Mai 1938, fast zwei Monate vor der Konferenz in Évian, erschien in der NYT ein kurzer Artikel zur bevorstehenden Zusammenkunft. Ab dem 1. Juli erschienen beinahe täglich Artikel, die sich mit der Konferenz beschäftigten. Streit übernahm mit dem Artikel «32 Nations gather to help Refugees» ab dem 5. Juli die Berichterstattung.

«Poker Game Air prevails at Evian on Eve of Parley to aid Distressed»² läutete er den Beginn der Konferenz kritisch ein. Obwohl nur wenige Artikel auf der ersten Seite publiziert wurden, war die Konferenz von grossem Interesse für die Zeitung und nahm beinahe täglich mehrere Spalten ein. Streits Themenschwerpunkte lagen auf dem Verlauf der Konferenz, der Darlegung der verschiedenen Positionen der Länder zum The-

¹ Vgl. Clarence Streit Papers, 1913-1984, online in:

<http://archiveswest.orbiscascade.org/ark:/80444/xv55066>, (Stand: 7.4.2019).

² Streit, Clarence K.: 32 Nations gather to help Refugees. Poker Game Air prevails at Evian on Eve of Parley to aid Distressed, in: New York Times, Nr. 29383 (6.7.1938), S. 1 und 11.

ma Migration und dem Prozess der Kompromissfindung zwischen den drei wichtigsten Akteuren Frankreich, Grossbritannien und den USA sowie der Frage, welcher Organisation das neue Komitee unterstehen sollte. Seine berufliche Erfahrung und langjährige Beschäftigung mit dem Völkerbund war hierbei von grossem Nutzen für ihn, da der Völkerbund zentraler Bestandteil der Diskussion war.

Auf der 14. Vollversammlung im September 1933 hatte der Völkerbund ein neues Büro für Flüchtlinge gegründet, dessen Hochkommissar für Flüchtlinge aus Deutschland, Juden und Nichtjuden zuständig war.³ 1938 wurde die Zuständigkeit des Büros und des Hochkommissars auf Flüchtlinge aus Österreich und dem Sudetenland erweitert.⁴ Damit gab es mit dem Nansenbüro schon zwei für Flüchtlinge verantwortliche Stellen.⁵ Auch nach der Zusammenlegung der beiden Büros am Ende des Jahres 1938 fiel die Zuständigkeit für deutsche Flüchtlinge unter die des neuen «Hochkommissars für Flüchtlinge» im Völkerbund.⁶ Eine vom Völkerbund unabhängige Organisation, die ebenfalls für Flüchtlinge aus Deutschland und Österreich zuständig gewesen wäre, erschien dadurch nicht sinnvoll.

Vor der Konferenz äusserte sich Streit skeptisch: «Man wiederholt all dies, weil es in gewisser Weise in Gefahr zu sein scheint, es am Anfang aus den Augen zu verlieren. Diese armen Menschen und diese grossen Prinzipien scheinen heute Abend so weit vom Hotel Royal entfernt zu sein.»⁷

Nach der Verabschiedung der Resolution betonte er jedoch in einem Artikel die Vorteile und den Erfolg, der in Évian errungen worden war: «Eine neue Flüchtlingsorganisation wurde gegründet, um das Flüchtlingsproblem in grossem und kontinuierlichem Umfang anzugehen. Sie unterscheidet sich in dieser Hinsicht von allen bisherigen Flüchtlingsorganisationen.»⁸ Auch die Unabhängigkeit der neuen Organisation vom Völkerbund bewertete Streit positiv: «Aufgrund dieser Innovationen ist diese Organisation – die unabhängig vom Völkerbund ist, aber mit ihm zusammenarbeitet – in der Lage, zwei Dinge zu tun, die der Bund praktisch nicht tun kann: mit Deutschland zu verhandeln, um Juden und anderen Flüchtlingen die Mitnahme ihres Besitzes zu ermöglichen, und sich auch mit

3 Vgl. Bartrop, Paul R.: *The Evian Conference of 1938 and the Jewish Refugee Crisis*, Cham 2018, hierS. 5-6.

4 Vgl. ebd., S. 6.

5 Vgl. ebd., S. 5-6.

6 Vgl. ebd., S. 6.

7 Streit, Clarence K.: 32 Nations gather to help Refugees. Poker Game Air prevails at Evian on Eve of Parley to aid Distressed, in: *New York Times*, Nr. 29383 (6.7.1938), S. 1 und S. 11.

8 Streit, Clarence K.: Refugee Meeting adopts Resolution. Committee of 32 created a permanent Organization – Next Parley in London Session held a Success Tribute paid to Taylor, who is held responsible for the Progress made at Evian, in: *New York Times*, Nr. 29392 (15.7.1938), S. 7.

der Frage der Flüchtlinge anderswo zu befassen.»⁹ In seiner Berichterstattung konzentrierte sich Streit auf die offiziellen Vertreter der Staaten und deren Argumentationen. Die nichtstaatlichen Hilfsorganisationen erwähnte er in nur einem Satz: «Obwohl private jüdische Organisationen heute Druck auf zusätzliche Zusagen ausgewählter Gebiete in Nord- und Südamerika ausübten, in denen sich Flüchtlinge aus Grossdeutschland niederlassen durften, waren ihre Appelle an die Delegation der Vereinigten Staaten für die Konferenz wenig erfolgreich.»¹⁰ Sowohl die ablehnenden Haltungen der Regierungen gegenüber den privaten Organisationen, als auch die geringe Beachtung, die sie in der New York Times erfuhren, zeigten deren untergeordnete Rolle in Évian.

Direkt nach der Konferenz liess das Interesse der «New York Times» an den Ergebnissen und dem neuen Komitee nach, dessen erstes Treffen am 3. August in London wenig Resonanz fand.

9 Ebd.

10 Streit, Clarence K.: U.S. Refugee Plan nearer Approval. British and French agree in Principle to a permanent Body outside the League, in New York Times, Nr. 29387 (10.07.1938), S. 1 und S. 11.

DEPARTMENT OF STATE

FOR THE PRESS

MARCH 24, 1938
No. 142

This Government has become so impressed with the urgency of the problem of political refugees that it has inquired of a number of Governments in Europe and in this hemisphere whether they would be willing to cooperate in setting up a special committee for the purpose of facilitating the emigration from Austria and presumably from Germany of political refugees. Our idea is that whereas such representatives would be designated by the Governments concerned, any financing of the emergency emigration referred to would be undertaken by private organizations within the respective countries. Furthermore, it should be understood that no country would be expected or asked to receive a greater number of immigrants than is permitted by its existing legislation. In making this proposal the Government of the United States has emphasized that it in no sense intends to discourage or interfere with such work as is already being done on the refugee problem by any existing international agency. It has been prompted to make its proposal because of the urgency of the problem with which the world is faced and the necessity of speedy cooperative effort under governmental supervision if widespread human suffering is to be averted.

PROTOKOLL DER KONFERENZ VON ÉVIAN

Auszüge



TABLE DES MATIÈRES.

	Pages
I. LISTE DES MEMBRES DES DÉLÉGATIONS	5
II. ORDRE DU JOUR DU COMITÉ COMMUNIQUÉ PAR LE GOUVERNEMENT DES ETATS-UNIS D'AMÉRIQUE AUX GOUVERNEMENTS INVITÉS	8
III. Compte rendu des séances plénières.	
PREMIÈRE SÉANCE (publique), le mercredi 6 juillet 1938, à 16 heures :	
1. Ouverture de la session	11
2. Nomination de la Commission de vérification des pouvoirs	11
3. Exposés généraux :	
M. Myron C. Taylor (Etats-Unis d'Amérique)	12
Lord Winterton (Royaume-Uni)	13
M. Henry Bérenger (France)	15
M. M. Hansson (Norvège)	16
4. Ordre des travaux	17
DEUXIÈME SÉANCE (publique), le jeudi 7 juillet 1938, à 15 h. 30 :	
5. Télégramme adressé au Président Roosevelt	17
6. Exposés généraux (suite) :	
M. Helio Lobo (Brésil)	17
M. R. de Foy (Belgique)	18
Le lieutenant-colonel T. W. White (Australie)	19
M. Hume Wrong (Canada)	20
M. A. Le Breton (Argentine)	21
M. W. C. Beucker-Andrae (Pays-Bas)	22
7. Constitution du Bureau du Comité intergouvernemental	23
8. Rapport du Comité de vérification des pouvoirs	23
9. Procédure pour les travaux ultérieurs du Comité :	
1. Sous-Comité pour la réception des organisations intéressées à l'assistance aux réfugiés politiques venant d'Allemagne, y compris l'Autriche	24
2. Sous-Comité technique	24
TROISIÈME SÉANCE (publique), le samedi 9 juillet 1938, à 11 heures :	
10. Télégramme du Président Roosevelt	24
11. Exposés généraux (suite) :	
M. C. B. Burdekin (Nouvelle-Zélande)	25
M. J. M. Yepes (Colombie)	25
M. García Oldani (Chili)	27
M. A. Gastelù (Equateur)	28
M. Primo Villa Michel (Mexique)	28
M. A. Carbonell-Debali (Uruguay)	29
M. C. Aristimuno-Coll (Venezuela)	30
M. Gustav Rasmussen (Danemark)	30
M. García Calderón (Pérou)	31
M. V. T. Molina (République Dominicaine)	32
12. Rapport du Sous-Comité créé pour la réception des organisations intéressées à l'assis- tance aux réfugiés provenant d'Allemagne, y compris l'Autriche	32
13. Exposé de sir Neill Malcolm (Haut Commissaire de la Société des Nations pour les réfugiés venant d'Allemagne)	32
QUATRIÈME SÉANCE (publique), le lundi 11 juillet 1938, à 11 heures :	
14. Communications du Président	34
15. Communication du Président du Sous-Comité technique	34
16. Exposés généraux (fin) :	
M. G. Engzell (Suède)	34
Déclaration faite conjointement par :	
le Dr C. Herdocia, délégué de la République de Nicaragua ;	
le professeur Luis Dobles Segrada, délégué de la République de Costa-Rica ;	
le Dr Mauricio Rosal, délégué de la République de Honduras,	
et le Dr E. Hoffmann, délégué de la République de Panama,	
au nom de leurs gouvernements	35
M. Gustavo A. Wiengreen (Paraguay)	36
M. F. T. Cremins (Irlande)	36
M. H. Rothmund (Suisse)	37
M. L. R. Thébaud (Haïti)	38

— 4 —

	Pages
CINQUIÈME SÉANCE (privée), le jeudi 14 juillet 1938, à 17 heures :	
17. Rapport du Sous-Comité technique (annexe II)	39
18. Projet de résolution soumis par le Président au sujet du rapport du Sous-Comité technique (Annexe III)	39
19. Projet de résolution destinée à conclure la présente session, à Evian, du Comité intergouvernemental (annexe IV)	39
20. Projet de répartition des dépenses de la présente session (annexe V)	40
21. Projet de résolution tendant à assurer la continuation des travaux en attendant la constitution du Comité de Londres (annexe VI)	40
22. Publication du rapport du Sous-Comité technique (annexe II)	40
23. Communication de la documentation du Comité intergouvernemental à la Société des Nations	40
24. Ordre des travaux	40
SIXIÈME SÉANCE (publique), le vendredi 15 juillet 1938, à 11 heures :	
25. Communication du Président	41
26. Clôture de la session :	
Le Président	41
Lord Winterton (Royaume-Uni)	42
M. A. Costa du Rels (Bolivie)	43
M. H. BÉRENGER (Président d'honneur)	44

Annexes.

I. Rapport du Sous-Comité pour la réception des organisations intéressées à l'assistance aux réfugiés politiques venant d'Allemagne, y compris l'Autriche, adopté par le Comité le 14 juillet 1938	49
II. Rapport du Sous-Comité technique, adopté par le Comité le 14 juillet 1938	51
III. Résolution au sujet du rapport du Sous-Comité technique, adoptée par le Comité le 14 juillet 1938	53
IV. Résolution destinée à conclure la session à Evian du Comité intergouvernemental, adoptée par le Comité le 14 juillet 1938	54
V. Propositions du Bureau au sujet des dépenses du Comité intergouvernemental et de leur répartition, adoptées par le Comité le 14 juillet 1938	56
VI. Résolution tendant à assurer la continuation des travaux en attendant la constitution du Comité de Londres, adoptée par le Comité le 14 juillet 1938	57

II.¹

TAGESORDNUNG DES KOMITEES

*Mitteilung der Regierung der Vereinigten Staaten
an die eingeladenen Regierungen*

1. Die Massnahmen prüfen, die ergriffen werden können, um die Niederlassung von politischen Flüchtlingen aus Deutschland (einschliesslich Österreich) in anderen Ländern zu erleichtern. Für die angestrebten Ziele dieser Versammlung sollte der Begriff «politische Flüchtlinge» sowohl Personen umfassen, die Deutschland verlassen wollen, als auch solche, die das Land bereits verlassen haben. Es versteht sich von selbst, dass das Komitee die bereits laufenden Aktivitäten anderer Organisationen in diesem Bereich gebührend berücksichtigen wird und nach Möglichkeiten sucht, zur Erfüllung ihrer Aufgaben beizutragen.
2. Die Massnahmen prüfen, die im Rahmen der in den Aufnahmeländern geltenden Einwanderungsgesetze und -Vorschriften unverzüglich ergriffen werden können, um in den dringenden Fällen zu helfen. Daraus folgt, dass die an der Sitzung teilnehmenden Regierungen dem Komitee soweit möglich, und natürlich streng vertraulich, einen Bericht über ihre Einwanderungsgesetzgebung und -praxis sowie ihre derzeitige Politik in Bezug auf die Aufnahme von Einwanderern zukommen lassen. Es wäre für das Komitee sehr nützlich, wenn der Ausschuss von den teilnehmenden Regierungen eine allgemeine Erklärung über die Anzahl und Art der Einwanderer erhielte, die sie derzeit jeweils bereit sind aufzunehmen, oder deren Aufnahme sie in Betracht ziehen können.
3. Prüfen, welche Ausweispapiere die teilnehmenden Regierungen akzeptieren, wenn Flüchtlinge sich die erforderlichen Dokumente nicht beschaffen können.
4. Die Einrichtung eines ständigen Ausschusses von Regierungsvertretern mit Sitz in einer europäischen Hauptstadt ist in Betracht zu ziehen, der in Zusammenarbeit mit den bereits bestehenden Gremien ein langfristiges Programm zur Lösung oder Linderung des Problems im weitesten Sinne ausarbeiten und durchführen würde.
5. Eine Resolution ausarbeiten, die den teilnehmenden Regierungen gegenüber zu den oben genannten Themen sowie zu anderen Themen, die auf der Réunion intergouvernementale beraten werden, Empfehlungen ausspricht.

¹ Actes du Comité Intergouvernemental – Évian, du 6 au 15 juillet 1938 – Compte Rendu des Séances Plénières du Comité – Résolutions et Rapports, S. 8.

ERSTE ÖFFENTLICHE SITZUNG²

Abgehalten am Mittwoch, 6. Juli 1938, 16 Uhr.

Vorsitzender: Seine Exzellenz Herr Henry BÉRENGER

1. Eröffnung der Sitzung

Der VORSITZENDE. – Als Abgesandter der Französischen Regierung habe ich heute die Ehre, das Comité intergouvernemental des réfugiés politiques³, das dem bewegenden Aufruf des Präsidenten der Vereinigten Staaten gefolgt ist, auf dem Boden Frankreichs empfangen zu dürfen, dem Land des Asyls und der freien Meinungsäußerung. Darüber bin ich sehr glücklich, und ich bin überzeugt, dass das Komitee etwas Neues und Nützliches hervorbringen wird, das jene Beschlüsse bestens ergänzen wird, deren Glanz und Eloquenz dem Völkerbund und dem Hochkommissar für Flüchtlinge aus Deutschland bereits zu Ehren gereichen.

Es ist an dieser Stelle nicht der geeignete Zeitpunkt, die Probleme des Komitees zu erörtern. In dieser Eröffnungssitzung der Konferenz will ich Sie zunächst alle willkommen heißen, nicht nur meine Kollegen vom Comité intergouvernemental, sondern auch die Vertreter der Presse, die so zahlreich erschienen sind, um über die Arbeit des Komitees zu informieren, und ebenso die grossen Hilfswerke, die mit so viel Kraft und so viel Mut eine Sache vertreten, die uns allen heilig ist.

Ich begrüsse Sie also und begrüsse auch die unabhängige und freie Presse, die allein eine Atmosphäre zu schaffen vermag, in der Freiheit und Demokratie gedeihen. Wir werden weiter für die Freiheit des menschlichen Geistes eintreten, und für das Recht eines jeden, in Freiheit nach seinen Vorstellungen zu leben.

Den Hilfswerken, die aus freien Stücken hierhergekommen sind – sie wurden nicht eingeladen –, möchte ich gerne sagen, dass sie willkommen sind. Sie wurden deshalb nicht eingeladen, weil wir keine internationale Konferenz sind; wir sind kein Parlament wie jenes, dessen Echo wir von jenseits des Sees vernehmen können; wir sind kein Forum, sondern einfach nur eine Versammlung. Eine Versammlung, die der Präsident der Vereinigten Staaten als Bindeglied zwischen Amerika und den anderen Kontinenten schaffen möchte. Ihre Zielsetzung ist bescheiden: Sie muss versuchen, die philosophischen Einsichten und Überlegungen umzusetzen, die in den vergangenen Jahren im Sechsten Komitee der Versammlung des Völkerbundes so brillant dargelegt wurden.

² Compte Rendu, S. 11.

³ Intergovernmental Committee on Refugees (IGC/IGCR).

Ich denke, ich spreche ganz in Ihrem Sinne, wenn ich an dieser Stelle dem Präsidenten Roosevelt all die Hochachtung zukommen lasse, welche die Welt ihm für seine grosszügigen Initiativen schuldet, vor allem für jene vom 25. März. Präsident Roosevelt hat Cordell Hull damit beauftragt, den hier anwesenden Regierungen den Aufruf zukommen zu lassen, den Sie alle erhalten haben. Deshalb bitte ich Seine Exzellenz den Botschafter, der eigens von Präsident Roosevelt entsandt wurde, diesem den Dank der heute hier tagenden Versammlung zu übermitteln. Darüber hinaus übersende ich ihm, von dem wir wissen, wie viel er in den Vereinigten Staaten zur Versöhnung von Kapital und Arbeit geleistet hat, meinen allerherzlichsten Gruss. Wir hoffen, dass die konkrete und effiziente Zusammenarbeit mit den Vereinigten Staaten den Flüchtlingen auf der ganzen Welt – diesen «Staatenlosen» der nationalen Revolutionen unterschiedlichster Länder – helfen wird. Nicht nur heisse ich Sie, sehr geehrter Herr Botschafter aufs Herzlichste willkommen. Ich möchte auch hinzufügen, dass mit Ihnen eine grosse Hoffnung verbunden ist: Dass das Werk des Völkerbunds vollendet werden möge.

Myron C. TAYLOR (USA) [Übersetzung].⁴ – Im Namen meiner Regierung möchte ich zunächst einmal der französischen Regierung und Seiner Exzellenz, ihrem Botschafter danken, der in meinem Land einen so tiefen Eindruck hinterlassen hat. Ich spreche von Henry Berenger, dem Vorsitzenden des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten des Französischen Senats, der im Geiste der Zusammenarbeit die von Präsident Roosevelt einberufene Konferenz organisiert hat und mit seiner Bereitschaft, heute ihren Vorsitz zu übernehmen, gezeigt hat, wie sehr er unserem Unterfangen freundlich gesinnt ist. Ich möchte ihm auch ganz persönlich für den äusserst zuvorkommenden Empfang danken, den er mir hat zuteilwerden lassen, seit ich in diesem schönen Land angekommen bin.

Sehr geehrter Herr Vorsitzender, zur Stunde, in der wir hier versammelt sind, haben Millionen Menschen ihre Heimat tatsächlich oder so gut wie verloren. Ihre Anzahl steigt noch jeden Tag. Und mehr noch, sie steigt in einer Zeit, in der zahlreiche Länder unter extrem hoher Arbeitslosigkeit leiden, die Lebensgrundlagen der Menschen schrumpfen und die Dichte der Weltbevölkerung einen nie gekannten Höhepunkt erreicht hat.

Männer und Frauen aller Rassen und Religionen, mit den unterschiedlichsten Berufen und in sehr unterschiedlicher wirtschaftlicher Lage werden derzeit aus ihrem Zuhause vertrieben, in welchem sie schon lange lebten, und keiner kümmert sich

⁴ Comptes Rendus, S. 12-13.



Henry Berengens eröffnet die erste öffentliche Sitzung der Konferenz, 6. Juli 1938, Archives Nationales, Paris.

darum, wohin sie gehen und was aus ihnen wird. Es handelt sich hier um eine gigantische Zwangsmigration, und es ist an der Zeit, dass die Regierungen – und ich spreche hier vor allem von den Regierungen, die aufgrund der Politik anderer Regierungen mit dem Problem der Flüchtlinge zwangsweise konfrontiert werden – dass also diese Regierungen handeln müssen, und zwar schnell und effektiv und auf Grundlage weitreichender und dauerhafter Massnahmen.

Präsident Roosevelt war sich dieser Dringlichkeit bewusst. Er hat deshalb die Initiative ergriffen und die heutige Konferenz in Evian einberufen. Die wohlwollende Reaktion der zweiunddreissig geladenen Nationen auf den Aufruf war sehr ermunternd, und die Grosszügigkeit, mit der die französische Regierung der Konferenz ihre Gastfreundschaft auf ihrem Boden angeboten und sich um die Organisation gekümmert hat, verdient unsere höchste Anerkennung und tiefste Dankbarkeit. Zunächst müssen wir uns klar machen, dass es sich hier um eine Form der Migration handelt, die mit besonderen Schwierigkeiten einhergeht.

Wenn wir uns an weit zurückliegende Migrationsbewegungen erinnern, so handelte es sich um ganze Rassen und Völker, die West- und Südeuropa überschwemmen. Sie waren in ihrer Gesamtheit feindlich gesinnt und verbreiteten sich mit Waffengewalt oder auf politischem Wege in den Regionen der Welt, die einen hohen Lebensstandard erreicht hatten. Später gab es die Kolonialisierungsbewegungen, meist organisierte Gruppen mit direkten politischen Befugnissen, die in erster Linie in staatlichem Interesse handelten. Es folgten die Migrationsbewegungen des 19. Jahrhunderts und vom Anfang des 20. Jahrhunderts, in denen Individuen oder ganze Familien in riesiger Zahl vor den schlechten Lebensbedingungen in ihren Heimatländern flohen und auf ein besseres Leben in anderen Ländern hofften. Heute haben wir es mit einer Form erzwungener Migration zu tun, die durch staatliche Massnahmen in bestimmten Ländern künstlich hervorgerufen wird. So werden der gesamten Welt beträchtliche Massen von zur Flucht gezwungenen Migranten aufgebürdet, die unter anormalen Bedingungen und in einer wirtschaftlich extrem angespannten Krisenzeit absorbiert werden müssen.

Ja, wir müssen uns eingestehen, dass das Problem der politischen Flüchtlinge so umfangreich und so komplex ist, dass wir im Rahmen dieser ersten Réunion intergouvernementale vermutlich kaum mehr erreichen können, als eine Vorgehensweise zu erarbeiten, die – mit den bereits existierenden Vorgehensweisen abgestimmt – langfristig dazu beitragen wird, die Situation dieser leidgeprüften Menschen zu verbessern, um die wir uns zu kümmern haben. Unser eigentliches Ziel sollte langfristig die Gründung einer Organisation sein, die für die Gesamtheit der Flüchtlinge zuständig ist, und zwar wann auch immer ein Fall staatlicher Intoleranz ein Flüchtlingsproblem schafft. Doch könnte es sein, dass wir dieses Mal dazu gezwungen werden, uns kurzfristig auf das dringlichste Problem zu konzentrieren, nämlich auf die Flüchtlinge aus Deutschland (einschliesslich Österreich). Deshalb hat meine Regierung in ihrer Einladung speziell vom Problem der deutschen und österreichischen Flüchtlinge gesprochen und schlägt vor – den Zielen dieser ersten Réunion intergouvernementale entsprechend und ohne einen Präzedenzfall für künftige Konferenzen schaffen zu wollen –, dass folgende Personengruppen in den Kompetenzrahmen der Konferenz fallen: a) Personen, die Deutschland (einschliesslich Österreich) noch nicht verlassen haben, die dies aber wünschen, weil sie aufgrund ihrer politischen Meinung, ihrer Religionszugehörigkeit oder ihrer Rasse erhebliche Nachteile erleiden; b) Personen, die aus dem eben genannten Grund Deutschland bereits verlassen haben und sich noch im Migrationsprozess befinden.

Ganz ohne Zweifel werden einige Delegierte anmerken, dass unter der obersten Aufsicht des Völkerbundes bereits ein Hochkommissar für politische Flüchtlinge aus Deutschland eingerichtet wurde, und dass der Völkerbundrat in seiner am 14. Mai 1938 verabschiedeten Resolution bereits Empfehlungen bezüglich der Neuorganisation des Hochkommissars sowie des Nansen-Büros ausgesprochen hat, dessen namhafter Vorsitzender heute der Delegierte für Norwegen ist. Die amerikanische Regierung ist der festen Überzeugung, dass die auf der aktuellen Konferenz zu gründende zwischenstaatliche Organisation sich mit dem Hochkommissar des Völkerbundes und dem Nansen-Büro ergänzen und mit ihnen gemeinsam an der Lösung des Problems der politischen Flüchtlinge arbeiten wird, bei dem das Schicksal so vieler bedauernswerter Menschen auf dem Spiel steht. Um die Absichten meiner Regierung in dieser Sache deutlich zu machen, und bevor ich Weitergehendes unterbreite, schlage ich vor, dass der Hochkommissar für Flüchtlinge aus Deutschland, Sir Neill Malcolm, vom Comité intergouvernemental zu den Beratungen eingeladen wird. Wie ich bereits erwähnte, nimmt Michael Hansson, der Präsident des Nansen-Büros, in offizieller Eigenschaft an dieser Konferenz teil, und ich bin mir sicher, wir werden von seinem fundierten Wissen und seinen Erfahrungen profitieren.

Ich will mich an dieser Stelle nicht allzu ausführlich über die organisatorischen Aspekte des vorliegenden Problems auslassen. Man erlaube mir jedoch anzumerken, dass wir zukünftig verstärkt und detailliert Informationen über die Zahl und Art der Einwanderer werden austauschen müssen, die jede Regierung unter Berücksichtigung der im Land aktuell geltenden Gesetze und deren Handhabung bereit ist aufzunehmen. Dies gilt auch für die Gesetze und deren Handhabung selbst, sowie für das zur Niederlassung von Migranteng geeignete Territorium der einzelnen teilnehmenden Regierungen – dies alles, das versteht sich von selbst, strikt vertraulich und nur zur Verwendung des Komitees. Hinzu kommt ein weiteres, genauestens zu prüfendes Problem, nämlich wie die aus politischen Gründen ausgewanderten Personen mit den notwendigen Papieren versehen werden können, wenn sie zum Verlassen ihres Landes gezwungen werden, sich jedoch die üblichen Dokumente aufgrund ihrer schlechten Lage an ihrem ursprünglichen Wohnsitz nicht besorgen können. Wir werden auch die verschiedenen Studien berücksichtigen müssen, die sich in den jeweiligen Ländern dem Problem der Hilfe zur Emigration, sowie zur Niederlassung und Finanzierung der politischen Flüchtlinge gewidmet haben. Ich möchte an dieser Stelle darauf hinweisen, dass Präsident Roosevelt in den Vereinigten Staaten einen beratenden Ausschuss zum Thema po-

litische Flüchtlinge⁵ einberufen hat, deren Präsident, James G. McDonald, bei dieser Konferenz anwesend ist, und ich weiss, dass er bereit ist, Ihnen seine Organisation im Einzelnen vorzustellen.

Sie werden sicherlich festgestellt haben, dass die Einladung meiner Regierung zur heutigen Konferenz ausdrücklich vermerkte, dass die hier ausgesprochenen Empfehlungen hinsichtlich zu ergreifender Massnahmen unbedingt im Rahmen der jeweiligen Gesetzgebung der beteiligten Regierungen und ihrer üblichen Handhabung zu bleiben hat. Die amerikanische Regierung hat allen Grund, stolz auf ihre freiheitliche Gesetzgebung und deren Handhabung zu sein, und das betrifft sowohl die Anzahl der jährlich von den Vereinigten Staaten aufgenommenen und in die eigene Bevölkerung integrierten Migranten, als auch die Art und Weise, wie diese Personen nach ihrer Ankunft behandelt werden. Ich möchte noch hinzufügen, dass die amerikanische Regierung Massnahmen zur Konsolidierung des deutschen Kontingents sowie des ehemaligen österreichischen Kontingents ergriffen hat, so dass heute jährlich insgesamt 27370 Immigranten für das deutsche Kontingent auf amerikanischem Boden zugelassen sind.

Mit dem hier unternommenen Versuch, den politischen Flüchtlingen zu helfen, verband die amerikanische Regierung von Anfang an eine Idee: Dass die Konferenz von Evian einen Anstoss zur Zusammenarbeit der Aufnahmestaaten hinsichtlich der Flüchtlingshilfe geben sollte, und dass diese Zusammenarbeit sich langfristig stabilisieren möge. Die amerikanische Regierung ist überzeugt davon, dass eine dauerhafte Zusammenarbeit langfristig am besten durch ein regelmässiges Treffen diplomatischer – oder sonstiger von den jeweiligen Staaten entsandter – Vertreter der beteiligten Regierungen in einer europäischen Hauptstadt gewährleistet wäre, und wir hoffen, dass die französische Regierung damit einverstanden ist, diese Treffen in Paris stattfinden zu lassen. Hierfür könnte die Gründung einer Geschäftsstelle notwendig sein, die das Comité intergouvernemental dauerhaft unterstützt und Aufgaben der Verwaltung übernimmt. Die Kosten für diese Geschäftsstelle müssten von den teilnehmenden Staaten getragen werden, wobei diese erste Konferenz zur Höhe der Kosten eine Empfehlung aussprechen sollte. Zum Schluss brauche ich wohl kaum zu betonen, dass die Diskriminierung von Minderheiten sowie die damit einhergehenden Einschränkungen und die Missachtung der grundlegenden Menschenrechte den Prinzipien widersprechen, die wir im Allgemeinen als einer Zivilisation würdig bezeichnen. Wir hören immer wieder von den extrem unruhestiftenden Konsequenzen, die Warendumping für

⁵ President's Advisory Committee on Political Refugees.

die Weltwirtschaft mit sich bringt. Um wie vieles unruhestiftender ist das massive Dumping unter Zwang und im Chaos von bedauernswerten Menschen! Ergebnis: Rassen- und Religionsprobleme haben in allen Regionen der Welt zugenommen. Das lädt zu wirtschaftlichen Massnahmen gegen die verantwortlichen Länder ein und führt zu einer weltweiten Zunahme von Misstrauen und Argwohn, aber auch von Furcht, was ein erhebliches Hindernis für den allgemeinen Frieden zwischen den Nationen darstellt.

Das Problem ist längst kein rein privates mehr, sondern wirft die Frage zwischenstaatlicher Massnahmen auf. Wenn wir die derzeitigen Migrationsströme in die Aufnahmeländer weiter unkontrolliert anwachsen lassen, und wenn gewisse Regierungen weiterhin leichtfertig grosse Teile ihrer Bevölkerung in eine krisengeschüttelte Welt werfen, die davon unerwartet überrollt wird, so steuern wir auf menschliches Leid katastrophalen Ausmasses zu. Das wird wiederum zur allgemeinen Unruhe und zur Ausbreitung von Spannungen auf dieser Welt führen. All diese Elemente fördern keinen dauerhaften Frieden, wie ihn die Völker ersehnen.

Lord WINTERTON (Vereinigtes Königreich).⁶ – Die Regierung Seiner Majestät im Vereinigten Königreich begrüsst die grosszügige Initiative des Präsidenten der Vereinigten Staaten, diese Konferenz einzuberufen. Sie hat das Ziel, sich mit dem internationalen Problem zu beschäftigen, vor das wir durch derzeitige und zukünftige Migrationsbewegungen aus Deutschland und Österreich gestellt werden. Ich möchte der französischen Regierung an dieser Stelle all unseren Dank aussprechen für die Mühe, die sie auf sich genommen hat, um die aktuelle Konferenz zu organisieren. Wir sind stolz darauf, ihre Gastfreundschaft in Anspruch nehmen zu dürfen.

Die Regierung Seiner Majestät möchte betonen, dass sie sich in grösstmöglichem Masse an den Bemühungen der hier versammelten Staaten beteiligen wird, umsetzbare Lösungen für die Probleme zu finden, denen sich sowohl die leidgeprüften Emigranten als auch die Länder, die sie aufnehmen sollen, gegenübergestellt sehen. Der Rede des Vertreters der Vereinigten Staaten habe ich mit grosser Genugtuung zugehört und stimme grundsätzlich mit ihm über die Art der Aufgabe überein, die sich uns stellt.

Für die Regierung Seiner Majestät im Vereinigten Königreich und für das britische Volk ist das Problem vor allem ein humanitäres. Die Tradition der britischen Regierungen ist es immer gewesen, jenen Personen Asyl zu gewähren, die aus politi-

⁶ Compte Rendu, S. 13-15.

schen, rassischen oder religiösen Gründen zum Verlassen ihres Landes gezwungen wurden. Das Vereinigte Königreich hat diese Politik noch nie bereut. Die Flüchtlinge haben das Leben des britischen Volkes oftmals bereichert und haben zum Wohlstand des Landes beigetragen. Doch das Vereinigte Königreich ist kein Einwanderungsland. Es handelt sich um ein hochindustrialisiertes und dicht besiedeltes Land, das nach wie vor mit Arbeitslosigkeit zu kämpfen hat. Aus wirtschaftlichen und sozialen Gründen kann also die traditionelle Asylpolitik nur in engen Grenzen fortgeführt werden. Innerhalb dieser Grenzen ist das britische Volk jedoch bereit, seine Aufgabe zu übernehmen.

[...]

Die Regierung Seiner Majestät erörtert auch sehr genau, inwiefern sie Flüchtlinge in ihre Kolonien und Überseegebiete aufnehmen kann. Das ist keine einfache Frage. Die wirtschaftlichen und sozialen Faktoren, die im Vereinigten Königreich wirksam sind, werden dort noch durch klimatische, rassische und politische Aspekte verschärft. Viele der Überseegebiete sind bereits überbevölkert, andere sind teilweise oder ganz ungeeignet für die Ansiedelung von Europäern, bei wiederum anderen erschweren oder verhindern die lokalen politischen Gegebenheiten eine umfangreiche Einwanderung. Diese Faktoren setzen der Möglichkeit, europäischen Flüchtlingen Asyl zu gewähren, enge Grenzen, doch die Regierung Seiner Majestät ist zuversichtlich, dass einige ihrer Kolonialgebiete zukünftig ihrerseits eine – und sei es zweitrangige – Rolle bei der Lösung des Problems spielen werden. Die Regierung Seiner Majestät prüft zum aktuellen Zeitpunkt, inwiefern eine Niederlassung in gewissen Gebieten Ostafrikas möglich wäre. Die sich eventuell eröffnenden Möglichkeiten werden aber aller Wahrscheinlichkeit nach, zumindest in der Anfangszeit, nur eine begrenzte Anzahl ausgewählter Familien betreffen. Die Gesamtheit des Problems wird aktuell einer genauen Prüfung unterzogen. Es versteht sich von selbst, dass gründliche Untersuchungen vor Ort jeglichem konkreten Angebot vorangehen müssen. Diese Untersuchungen sind derzeit noch im Gange; der zeitliche Rahmen war allerdings bisher zu kurz, um heute schon, so optimistisch ich auch bin, verlässliche positive Aussagen in dieser Sache treffen zu können. Wenn alle hier vertretenen Regierungen ihrerseits bereit sind, einen noch so bescheidenen positiven Beitrag zu leisten, so bin ich zuversichtlich, dass diese Versammlung Fortschritte erzielen wird in der Sache, die mir am dringlichsten erscheint, nämlich die Erweiterung der Möglichkeiten zur dauerhaften Ansiedlung von Emigranten aus Deutschland und Österreich in den Aufnahmeländern.

Es gibt eine weitere Frage, die hinsichtlich des Problems der Emigration nicht verschwiegen werden darf. Die hier versammelten Regierungen werden versuchen, eine systematische Lösung der Schwierigkeiten zu finden, mit denen sie konfrontiert sind, doch wird ihre Aufgabe erheblich erschwert oder gar verunmöglicht, wenn das Herkunftsland nicht bereit ist, seinen Beitrag zu leisten, das heisst, wenn die Emigranten, die in anderen Ländern Aufnahme finden sollen, nicht wenigstens die Mittel für ihren Unterhalt mitbringen können. Man kann von keinem dichtbevölkerten Land erwarten, Personen aufzunehmen, die schon, bevor sie in das entsprechende Land einwandern, ihrer Mittel zum Selbsterhalt beraubt wurden. Man kann auch nicht mehr erwarten, dass die Ressourcen der privaten Hilfswerke die Verluste dieser Emigranten ausgleichen. Wenn die Immigrationsländer eine möglichst komplikationslose Aufnahme von Emigranten gewährleisten sollen, so kann man vom Herkunftsland erwarten, ebenfalls einen Beitrag dazu zu leisten: indem es bestmögliche Bedingungen für die Emigranten schafft, ihre Existenz in einem anderen Land mit Erfolgsaussichten zu beginnen. [...]

DER VORSITZENDE, in seiner Funktion als Vertreter Frankreichs.⁷ – Die französische Regierung begrüsst die von der amerikanischen Regierung ergriffene Initiative, deren Ausdruck die eben vernommene glänzende Rede war.

Myron C. Taylor, der eigens hierfür von Präsident Roosevelt entsandte Botschafter, hat uns die Sicht des Präsidenten und des Aussenministeriums auf das Problem der Flüchtlinge unserer Zeit unterbreitet, ebenso wie die Lösungen, die Amerika für dieses Problem anbietet.

Frankreich steht diesen Lösungen umso wohlwollender gegenüber, als dass es seit dem Ersten Weltkrieg ununterbrochen eine grosse Zahl Vertriebener sowie Flüchtlinge jeglicher Herkunft aufgenommen, versorgt und ihnen teilweise sogar dauerhaftes Bleiberecht gewährt hat. Die Anzahl der Flüchtlinge übersteigt heute 200'000, und das wirft bei einer französischen Bevölkerung von 40 Mio. Einwohnern, die bereits mehr als 3 Mio. Ausländer zählt, eine Reihe schwerwiegender Probleme auf.

Kein anderes Land hat in der von Präsident Roosevelt mit dieser Initiative zur Diskussion gestellten Frage eine proportional höhere Zahl an Einwanderern aufzuweisen.

Frankreich hat diese Frage bisher bei sich im Land gelöst, auf eigenes Risiko, Dank der Wohltätigkeit und der Solidarität der privaten Hilfswerke in Zusammenarbeit mit den Verantwortlichen der Verwaltung des französischen Staates sowie der vom Völkerbund geschaffenen Organisationen.

Mehrere Millionen Francs wurden so Dank der französischen Grosszügigkeit für hunderttausende Flüchtlinge ausgegeben. Zugleich war Frankreich immer darum bemüht, einen neuen sozialen Status für diese unglücklichen Opfer zu bestimmen und zu ermöglichen, die man zurecht als die «Staatenlosen» der nationalen Revolutionen unserer Zeit bezeichnet hat.

Frankreich unterstützt bereits das Nansen-Büro, den Hochkommissar für Flüchtlinge aus Deutschland, sowie den Völkerbundrat. Und wie man sehen kann, handelt es sich dabei um eine sehr aktive Unterstützung.

Es bleibt so seiner uralten Tradition einer universellen Gastfreundschaft treu, die es im Laufe seiner Geschichte immer wieder unter Beweis gestellt hat. Und es möchte in den Grenzen seiner durch Geographie, Bevölkerung und Ressourcen bestimmten Möglichkeiten diese Tradition fortsetzen. Auch wenn Frankreich, wenn es um die Aufnahme von Flüchtlingen geht, längst die Grenzen seiner Auslastung erreicht und sogar überschritten hat, so begrüsst es doch diesen neuen Vorstoss von Präsident Roosevelt. Wir wollen uns keinesfalls einer Konkretisierung dieses neuen Vorstosses und der neuen Etappe verweigern, im Gegenteil, Frankreich bekennt sich mit aller gebotenen Vernunft zum Comité intergouvernemental.

Frankreich ist ganz wie Amerika der Meinung, dass das Flüchtlingsproblem ein Problem der internationalen Politik ist, dass nur durch eine kollektive, solidarische Aktion der Regierungen dieses Planeten ein für alle Mal gelöst werden kann. Was die deutschen und österreichischen Flüchtlinge im Speziellen angeht, so ist Frankreich bereit, über die besten Massnahmen zur Lenkung ihrer Auswanderung und zur Ermöglichung ihrer Niederlassung zu diskutieren. Es gibt eine Gesamtheit territorialer, maritimer, finanzieller, monetärer und sozialer Massnahmen, die im Vorfeld aufs Genaueste und sehr diskret von Unterkomitees auf ihre Umsetzbarkeit hin geprüft werden müssen. Mir scheint, dies wird das eigentliche Thema unserer Versammlung sein.

Wir sind keine Réunion intergouvernementale; wir sind ein Comité intergouvernemental. Wir sind kein Forum, das den Tribunen das Wort erteilt; wir sind eine Versammlung, welche unterschiedliche Vorgehensweisen in der Praxis koordinieren möchte.

Voller Respekt verneigen wir uns vor dem in Genf Erreichten, das all unsere Bewunderung und Solidarität verdient. Doch Evian kann und darf nicht die gleiche Arbeit leisten wie Genf. Es geht nicht mehr um die Auslegung von Recht, wie es so eloquent von der politischen Kommission des Völkerbunds geschehen ist. Jetzt geht es um die Umsetzung des Erreichten, gemeinsam mit allen Regierungen, einschliesslich derer, die nicht oder nicht mehr Mitglied im Völkerbund sind. Ein schwieriges, undankbares, ungewisses Unterfangen. Aber auch ein nützliches Unterfangen, das der amerikanischen Regierung zu Ehren gereichen wird. Im Namen der französischen Regierung möchte ich betonen, dass wir voll und ganz hinter dem Projekt stehen. Wir werden uns mit all unserer aufrichtigsten Kraft für seine Umsetzung einsetzen, im Rahmen der Möglichkeiten meines Vaterlandes und dessen, was es schon bis zur Erschöpfung seiner eigenen Ressourcen geleistet hat, die leider nicht so unbegrenzt sind wie sein brennender Wille, der Gemeinschaft der Menschen zu dienen.

Und wem verdanken schliesslich Amerika und Australien ihr Aufblühen in den vergangenen drei Jahrhunderten, wenn nicht dem ständig erneuerten Zustrom europäischer Emigranten, Flüchtlinge und Vertriebenen, die der Neuen Welt das wertvolle Ferment des Alten brachten? Es liegt also in der Logik der Geschichte der Menschheit, dass heute die Initiative und die Ressourcen dieser Neuen Welt in einer Art Umkehrbewegung den neuen Flüchtlingsschwärmen dargeboten werden, die von neuen Revolutionen aus ihren alten Waben verjagt wurden. Zeigen wir dem Präsidenten der Vereinigten Staaten unsere Dankbarkeit. Und hoffen wir, dass einer solch grosszügigen Geste wieder fruchtbare zivilisatorische Neuerungen entspringen werden. [...]

ZWEITE ÖFFENTLICHE SITZUNG⁸

abgehalten am Donnerstag, 7. Juli 1938, 15 Uhr 30.

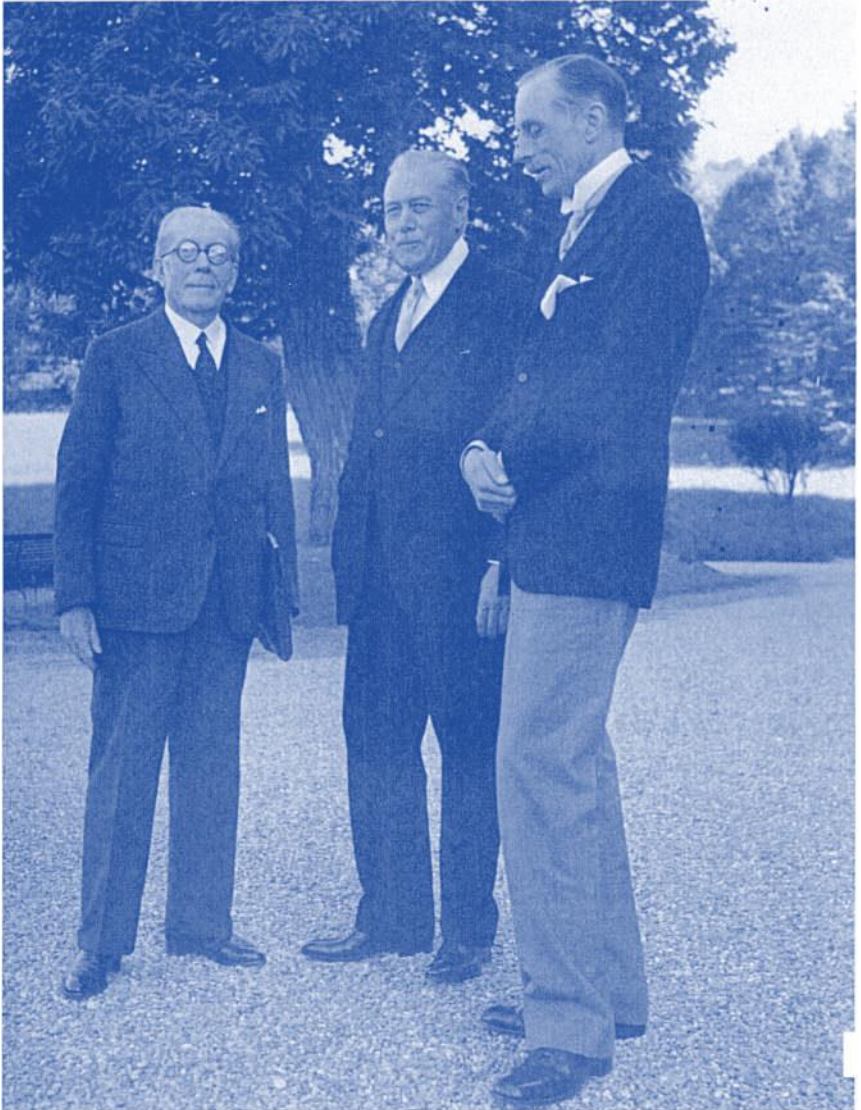
Vorsitzender: Henry BÉRENGER, anschliessend Myron C. TAYLOR.

[...]

Oberstleutnant Sir Thomas Walter WHITE (Australien),⁹ – Die Regierung des Commonwealth von Australien begrüsst die Initiative des Präsidenten der Vereinigten Staaten, diese Konferenz aus humanitären Gründen einzuberufen. Australien ist

⁸ Compte Rendu, S. 17

⁹ Compte Rendu, S. 19.



Henry Bérenger, Myron C. Taylor, Lord Winterton im Park des Hotel Royal, 6. Juli 1938, National Archives, College Park, MD

von der Bedeutung und Dringlichkeit des Problems überzeugt, und wie die Regierung des Vereinigten Königreichs hat es einen Staatsminister als Leiter seiner Delegation entsandt, um ein so edles Anliegen zu unterstützen.

Gestern hat der Leiter der britischen Delegation, Lord Winterton, im Namen des Vereinigten Königreichs und der Kolonien die Frage in bewundernswerter Weise erläutert. Die Dominions fallen jedoch in eine andere Kategorie als die Kolonien, da sie freie Mitglieder des British Commonwealth sind und über ihre Wirtschaft und ihr nationales Schicksal selbst entscheiden. Australien hat hier seine ganz eigenen Schwierigkeiten, denn, wie Lord Winterton richtig feststellte, handelt es sich hier um «keine einfache Frage», und es müssen für jedes Land «wirtschaftliche und soziale Faktoren sowie klimatische und politische Aspekte berücksichtigt werden».

Herr Bérenger machte in seiner ausgezeichneten Erklärung im Namen Frankreichs (dem wir alle für die Vorbereitungen im Vorfeld der Konferenz danken) darauf aufmerksam, dass die Vereinigten Staaten und Australien ihre Entwicklung den Einwanderern aus der Alten Welt verdanken. Das ist richtig, allerdings war diese Einwanderung im Falle Australiens natürlich in erster Linie britisch. Wir haben nicht die Absicht, davon abzuweichen, solange es verfügbare britische Siedler gibt.

Dennoch hat sich auch die australische Commonwealth-Regierung intensiv mit dem Problem der ausländischen Emigration beschäftigt, und in den letzten Jahren war ein gewisser Teil der Neuankömmlinge ausländischer Herkunft. Aufgrund der erbärmlichen Lage der deutschen und österreichischen Juden hat diese Regierung ihre Einwanderung in mit jedem anderen Land vergleichbaren Massen zugelassen. Um sicherzustellen, dass die Neuankömmlinge die notwendigen Bedingungen erfüllen, bürgt die australische Jewish Welfare Society in hohem Masse für sie.

Unter den gegenwärtigen Umständen kann Australien nicht mehr tun, als es schon tut, und man wird verstehen, dass man in einem so jungen Land den menschlichen Zuwachs bevorzugt, der die gleiche Herkunft wie die Mehrzahl seiner Bürger hat. Nicht-britischen Subjekten ungerechtfertigte Privilegien zu gewähren, hiesse, den anderen Unrecht zu tun. Da wir kein Rassenproblem im eigentlichen Sinne haben, wird man auch verstehen, dass wir nicht wünschen, eines einzuführen, indem wir einen grösseren Einwanderungsplan gleich welcher Art unterstützen. Darüber hinaus wird man, wie wir hoffen, auch feststellen, dass wir aufgrund der besonderen Umstände der Entwicklung unseres Landes

die Migration vor allem auf kaufmännische Berufe beschränken wollen, oder auf solche, bei denen es Arbeitsmöglichkeiten gibt, die nicht die Lebensgrundlagen unserer eigenen Bevölkerung gefährden.

Die Bemühungen des Vereinigten Königreiches, gemeinsam mit den Bemühungen unserer Regierung sowie den anderen Regierungen werden, davon sind wir fest überzeugt, die hier versammelten Mitglieder des Comité intergouvernemental dazu ermutigen, neue gemeinsame Pläne zur Lösung eines tragischen, weltweiten Problems zu entwickeln und damit vielen unglücklichen Menschen eine neue Hoffnung geben.

Tomas Alberto LE BRETON (Republik Argentinien).¹⁰ – Die Regierung der Republik Argentinien begrüsst die Initiative der Regierung der Vereinigten Staaten und die Einladung zu dieser Konferenz, denn die Tradition ihrer Einwanderungspolitik hat es ihr stets ermöglicht, an humanitären Bemühungen im Namen derjenigen mitzuwirken, die aus den unterschiedlichsten Gründen aus ihrem Land auswandern wollten.

Wie die Statistiken zeigen, hat kein Land mehr als Argentinien für die Aufnahme von Einwanderern unternommen, unabhängig von ihrer Herkunft, ihrer politischen Meinung oder ihrer Konfession.

Ich möchte auf die Zahlen verweisen, die am 3. Juli vom Büro der vom Völkerbund bevollmächtigten Jewish Agency veröffentlicht wurden.

Nach den Vereinigten Staaten ist Argentinien statistisch betrachtet das Land, das die meisten jüdischen Einwanderer aufgenommen hat, und wenn wir die Grösse und Bevölkerung der beiden Länder in Bezug setzen, werden wir sehen, dass Argentinien sogar den grösseren Anteil aufgenommen hat. Wenn wir das vergangene Jahr (1935) betrachten, für das Statistiken verfügbar sind, kommen auf 38 jüdische Einwanderer in die Vereinigten Staaten 32 Einwanderer nach Argentinien. Bedenkt man, dass die Bevölkerung der Vereinigten Staaten zehnmal grösser ist als die Argentinien, ist dies eine wirklich bemerkenswerte Tatsache. Wenn wir den Vergleich auf Südamerika beschränken, werden wir sehen, dass Argentinien 270 Einwanderer dieser Kategorie aufgenommen hat, während auf alle anderen südamerikanischen Länder zusammen 100 Einwanderer kommen. Mit diesen Zahlen möchte ich nur zeigen, dass wir die humanitären Empfehlungen dieser Konferenz in der Realität bereits vorweggenommen haben und dass

wir unsere Pflicht zur solidarischen Zusammenarbeit angesichts des Ungleichgewichts der Migrationsbewegungen unserer Zeit erfüllt haben.

Argentinien ist vor allem ein Agrarland, das viele Möglichkeiten eröffnet. Sein «Slogan» war schon immer: «Regieren heisst bevölkern». Erfahrene Landwirte werden in einem so ausgedehnten und fruchtbaren Gebiet wie dem unseren, dessen Boden die unterschiedlichsten und nützlichsten Produkte liefert, natürlich und noch für lange Zeit reichlich Möglichkeiten finden. Zentral ist hierbei die Tierhaltung. Dank unseres gemässigten Klimas und der natürlichen Fruchtbarkeit unserer Weiden kann Viehzucht im Freien auf natürliche, effiziente und gesunde Weise für die Tiere erfolgen, ohne dass eine grosse Anzahl von Arbeitskräften eingesetzt werden müsste.

Unsere Industriebetriebe, die sich bisher nur in moderater Weise entwickelt haben, verfügen schon über alle notwendigen Arbeitskräfte.

Die Einwanderung nach Argentinien muss daher auf landwirtschaftliche Tätigkeiten ausgerichtet sein sowie auf bestimmte Fachberufe.

Es ist nur selbstverständlich, dass die Zahl der Einwanderer, die beabsichtigen, in bereits mit Arbeitskräften gesättigten Berufen zu arbeiten, ein vernünftiges Mass nicht überschreiten sollte. Andernfalls hätte dies nicht nur nachteilige Folgen für das gesamte Wirtschaftsleben des Landes, da sich die Arbeitsmöglichkeiten unserer eigenen Bevölkerung verringern würden, sondern auch für die bereits aufgenommenen Einwanderer. Es wäre für uns unmöglich, ihnen weiterhin günstige Bedingungen zu bieten für das komfortable und glückliche Leben, das wir ihnen in unserem Land wünschen.

Es gibt einen Punkt, der denjenigen zur Kenntnis gebracht werden sollte, die nach Argentinien kommen wollen. Aufgrund unserer Gesetze und unserer langjährigen Erfahrung in der Aufnahme von Ausländern, die Teil unserer Nation werden wollen, erhalten diese in jeder Hinsicht die Gelegenheit dazu und werden unseren eigenen Bürgern gleichgestellt. Andererseits würden diejenigen, die bei Ankunft in unserem Gebiet an die besonderen Bedingungen ihres Herkunftslandes gebunden bleiben wollen, besser daran tun, ihre Absicht aufzugeben, solange noch Zeit dafür ist. Sie sollten lieber davon absehen, nach Argentinien zu kommen. Trotz unserer extremen Grosszügigkeit werden wir sicherlich nie so weit gehen, neuen Einwanderern einen Vorteil oder eine privilegierte Situation gegenüber argentinischen Staatsangehörigen oder anderen Einwanderern zu gewähren, die sich bereits dauerhaft in unserem Land niedergelassen haben.

Wir halten es nicht für notwendig – oder gar möglich –, den Umfang unserer künftigen Bemühungen in diesem Bereich im Voraus festzulegen. Wir sind jedoch davon überzeugt, dass unsere Haltung in der Vergangenheit genug über die Grosszügigkeit unserer Sicht der Dinge in Zukunft auszusagen vermag. Die Einwanderungsbehörden werden mit Unterstützung des Konsulardienstes regelmässige Informationen über die Zahl der Einwanderer der unterschiedlichen Berufe liefern, die wir zum jeweiligen Zeitpunkt assimilieren können. Innerhalb dieser Grenzen werden wir uns wie bereits in der Vergangenheit an der gemeinsamen Unternehmung beteiligen.

Wir werden nicht versuchen, die Entscheidung anderer Länder mit grossen Gebieten und geringer Bevölkerungsdichte zu beeinflussen. Das betrifft die Frage, in welcher Art und Weise sie Einwanderer auf ihrem jeweiligen Gebiet aufzunehmen gedenken, aber auch die mögliche Entscheidung, niemanden zuzulassen. Wir unsererseits behalten uns in dieser Angelegenheit vor, selbst und auf der Grundlage unserer spezifischen Umstände sowie Möglichkeiten zu entscheiden. Unsere soziale und wirtschaftliche Situation wird über die äusserste Grenze unserer Aufnahmefähigkeit von Einwanderern bestimmen.

Wir werden uns des Weiteren sorgfältig davor hüten, uns direkt oder indirekt in die internen Entscheidungen der jeweiligen Auswanderungsländer einzumischen und werden unsere eigenen Rechte in allen Bereichen hinsichtlich der Verfahren und Mittel vehement verteidigen, die Einwanderern die Einreise und Niederlassung in unserem Land gestatten.

Eines unserer charakteristischen Merkmale ist die Abwesenheit von Vorurteilen jeglicher Art. Wir sind von Natur aus gastfreundlich. Diese Eigenschaft kommt in der Präambel unserer Verfassung zum Ausdruck, und unsere umfangreichen und glücklichen Erfahrungen auf dem Gebiet der Einwanderung erlauben es uns, gelassen in die Zukunft zu blicken.

Wir haben volles Verständnis dafür, dass diejenigen, die auswandern wollen, dafür Länder in Betracht ziehen, bei denen sie sich die besten Chancen auf Wohlstand versprechen. Wenn sie unser Land wählen, so verstehen wir das als Beweis dafür, dass sie an die Zukunft unseres Landes glauben, so wie wir fest an seine Zukunft glauben.

Wir haben keinen Grund, das Thema mit Vorbehalt, mit Vorurteilen, oder aus einem egoistischen Blickwinkel zu betrachten. Wir sind fest entschlossen, in den Grenzen des Möglichen zu kollaborieren. Diese Grenzen bieten einen grossen Spielraum, was das edle Werk dieser Konferenz betrifft. Mit Entschlossenheit

werden wir also dazu beitragen, dieses so wichtige und heikle Problem und seine Lösungen zu erörtern, da es das Wohlergehen der Menschheit und die Zukunft aller Länder beeinflusst. [...]

9. Verfahren für die weitere Arbeit des Ausschusses.¹¹

Der VORSITZENDE verliest die Vorschläge der Versammlung zur Einsetzung von zwei Unterausschüssen.

1. Unterausschuss für die Anhörung von Organisationen, die an der Unterstützung politischer Flüchtlinge aus Deutschland einschliesslich Österreich interessiert sind

Dem Unterausschuss, der als Exekutiv-Organ tagt, wird je einen Vertreter der beim Generalsekretariat registrierten Organisationen anhören. Es wurde beschlossen, dass die jeweiligen Organisations-Vertreter befugt werden können, in einer begrenzten Redezeit ein Memorandum über die Vorgehensweise ihrer Organisation vorzulegen. Der Unterausschuss wird eine Zusammenfassung der erhaltenen Memoranden erstellen und der Konferenz darüber Bericht erstatten. Der Unterausschuss für die Organisationen setzt sich wie folgt zusammen:

Vorsitzender: Oberstleutnant WHITE, Australien.

Mitglieder: Belgien, Vereinigtes Königreich, Vereinigte Staaten von Amerika, Frankreich, Mexiko, Peru, Kuba, Nicaragua, Costa Rica, Venezuela

2. Technischer Unterausschuss

Dieser Unterausschuss wird unter Wahrung der Vertraulichkeit die Erklärungen über Gesetze und Massnahmen der teilnehmenden Regierungen hören, sowie Erklärungen über die Anzahl und Kategorie von Einwanderern, die jedes Land bereit ist aufzunehmen. Des Weiteren wird er sich mit der Frage der notwendigen Papiere befassen. Er wird der Konferenz darüber Bericht erstatten.

Der technische Unterausschuss setzt sich wie folgt zusammen:

Vorsitzender: Michael HANSSON, Norwegen

Mitglieder: Brasilien, Kanada, Chile, Vereinigtes Königreich, Vereinigte Staaten von Amerika, Frankreich, Haiti, Niederlande, Schweiz.

Sir Neill Malcolm, Hochkommissar für Flüchtlinge aus Deutschland, ist eingeladen, an der Arbeit des Unterausschusses teilzunehmen.

Der Unterausschuss kann Vertreter anderer Delegationen, die nicht Mitglieder des Ausschusses sind, dazu einladen, vor dem Ausschuss zu sprechen.

¹¹ Compte Rendu, S.24.

*Die vom Büro des Komitees vorgelegten Vorschläge wurden angenommen.
(Die Sitzung wurde aufgehoben).*

DRITTE ÖFFENTLICHE SITZUNG¹²

Samstag, 9. Juli 1938, 11 Uhr.

Vorsitzender: Myron C. Taylor.

[...]

Fernando GARCIA OLDINI (Chile).¹³ – Die chilenische Regierung würdigt den humanitären Geist, der den Präsidenten der Vereinigten Staaten dazu veranlasst hat, ein Treffen einzuberufen, das prüfen soll, inwiefern eine Lösung für das Problem gefunden werden kann, welches die derzeitige Auswanderungswelle für die unterschiedlichen Gemeinschaften und, in nicht geringerem Masse, für die Herzen der Menschen darstellt.

Auch wir möchten der französischen Regierung danken, die es durch ihre grosszügige Gastfreundschaft ermöglicht hat, diese Konferenz an einem so friedlichen und schönen Ort abzuhalten, der sicherlich seinen Beitrag zu klugen und harmonischen Lösungen leisten wird.

Die uns vorliegende Frage ist – wie bereits festgestellt wurde – schwierig und komplex. Es wäre sinnlos und vielleicht gefährlich, eine sofortige und vollständige Lösung anzustreben. Angesichts der Vielfalt ihrer Aspekte stellt sie nicht etwa ein Problem, sondern eine ganze Reihe von Problemen dar. Der Vertreter Frankreichs hat uns bereits darauf hingewiesen, dass es «eine Gesamtheit territorialer, maritimer, finanzieller, monetärer und sozialer Massnahmen» gibt, «die im Vorfeld aufs Genaueste auf ihre Umsetzbarkeit hin geprüft werden müssen». Sicherlich könnten dem Problem noch weitere Aspekte hinzugefügt werden.

Nur in dem Masse, in dem diese sehr unterschiedlichen, jedoch miteinander verbundenen Fragen beantwortet werden können, wird es möglich sein, uns der humanitären Lösung zu nähern, auf welche die edle Initiative von Präsident Roosevelt abzielt, oder uns von ihr zu entfernen. Wenn wir diesen Ausgangspunkt sowie unsere begrenzten Möglichkeiten nicht anerkennen, wecken wir unerfüllbare Erwartungen, die eine reale und grausame Desillusion nach sich ziehen werden.

¹² Compte Rendu, S.27-28.

¹³ Compte Rendu, S.27.

Deshalb halten wir es für unsere Pflicht, neben dem Ausdruck unseres Wohlwollens und guten Willens auch auf die Mauern hinzuweisen, welche die Realität tagtäglich vor uns errichtet.

Ich hatte bereits Gelegenheit, auf der von der internationalen Arbeitsorganisation in Genf einberufenen Conférence des migrations colonisatrices zu betonen, dass das Migrationsproblem eng mit der Frage der Produktion und der Arbeitslosigkeit verbunden ist, und das beides insbesondere für junge Länder in hohem Masse davon abhängt, inwiefern es ihnen gelingt, die Produkte ihrer Bemühungen und ihrer Arbeit auf dem internationalen Markt abzusetzen.

Es wäre unklug und widerspräche dem Interesse der nationalen Arbeitnehmerschaft, wenn die Arbeitskräfte und damit die Produktion plötzlich erhöht würden, ohne dass diese Erhöhung mit der gleichzeitigen Ausweitung des Vertriebs und der Absatzmöglichkeiten der Produkte ihrer Arbeit einherginge.

Die letzte Krise, deren Folgen noch nicht ganz beseitigt sind, hat meiner Regierung eine sehr vorsichtige Politik in dieser Hinsicht auferlegt. Wir sind weiterhin offen für menschlichen Zufluss aus dem Ausland. Wir möchten auch gerne jede grosszügige Initiative zur Linderung des Elends der Menschen unterstützen, jedoch immer ausschliesslich in dem Masse, in dem dies nicht unsere nationale Arbeiterschaft gefährdet, und, wie in der Tagesordnung festgehalten, ausschliesslich «im Rahmen der in den Aufnahmeländern geltenden Einwanderungsgesetze und -Vorschriften». Aus diesen Gründen sehen wir uns auch gezwungen, das Problem als eine ganze Reihe von Einzelproblemen zu betrachten und können keine formalen Verpflichtungen eingehen oder eine umfassende und allgemeine Lösung unterstützen.

Was die landwirtschaftliche Kolonisierung angeht, so verhält es sich ähnlich. Wir haben mit der Entwicklung unserer Landwirtschaft vor allem versucht, die Folgen der letzten Krise abzumildern. Insofern stellt sich auch hier das Problem unter ähnlichen Aspekten dar, wie ich sie zuvor dargelegt habe.

Bleibt hinzuzufügen, dass die Untersuchungen, die derzeit von den Fachabteilungen unserer Verwaltung zur Immigration und Kolonisierung durchgeführt werden, noch nicht abgeschlossen sind und es uns insofern noch nicht möglich ist, abzusehen, inwiefern wir die kolonisierende Immigration in unserem Land noch weiter ausbauen können.

Aus dem bisher Gesagten ergibt sich, dass unser Handlungsrahmen in der uns beschäftigenden Frage von zahlreichen Faktoren begrenzt wird. Und es liegt nicht in unserer Kompetenz, den wichtigsten dieser Faktoren zu beeinflussen – einen Ab-

satzmarkt für die Überproduktion zu finden, die sich aus einer Vermehrung der Arbeitskräfte ergeben würde.

In dem Masse, wie diese Faktoren es erlauben und im Rahmen der von mir dargelegten Möglichkeiten, sind wir bereit – der stets gastfreundlichen Tradition unseres Landes und seiner Institutionen folgend –, die Vorschläge, die uns von diesem Komitee unterbreitet werden, sehr wohlwollend zu prüfen. Wir werden in diesem Sinne gerne praktische und umsetzbare Massnahmen ergreifen, die dazu beitragen können, das Unglück zu lindern, das derzeit einen Teil der Menschheit bedrückt und die Herzen mit Sorge und Mitleid erfüllt.

Sir Neill MALCOLM [Übersetzung].¹⁴ – Ich freue mich sehr, dass ich die Gelegenheit habe, mich mit ein paar Sätzen an das Komitee zu wenden, und ich werde mich so kurz wie möglich fassen. Bei dieser Gelegenheit möchte ich dem Präsidenten der Vereinigten Staaten Respekt und Dankbarkeit übermitteln, dass er diese Konferenz einberufen hat. Des Weiteren möchte ich einen kurzen Überblick über meine Tätigkeit der letzten zwei Jahren geben, und vielleicht, basierend auf meinen Erfahrungen, etwas über die Zukunft sagen.

Als ich im Februar 1936 zum Hochkommissar ernannt wurde, hatte ich drei klar eingegrenzte Aufgaben zu erfüllen. Die zweite dieser Aufgaben betraf das Thema, das uns hier beschäftigt: Es ging darum, «sich mit den verschiedenen Regierungen in der am besten dafür geeigneten Weise über die Möglichkeiten und Bedingungen für die Unterbringung von Flüchtlingen auszutauschen, sowie darüber, wie sie in ein Arbeitsverhältnis gebracht werden können».

Später im Jahr änderten sich meine Anweisungen, aber das hat für unsere Diskussion keine Bedeutung.

Bereits nach kurzer Beschäftigung mit der Frage wurde mir klar – und ich glaube, dass dies auch die privaten Hilfswerke so sahen –, dass die Wahrscheinlichkeit einer umfangreichen Ansiedelung von Flüchtlingen in Übersee äusserst unwahrscheinlich ist. Ich glaube, dass diese Einschätzung durch die Reden, die wir in den letzten zwei Tagen gehört haben, mehr oder weniger bestätigt wurde. Deshalb musste ich in meinem Bericht an die Versammlung darauf hinweisen, dass es meiner Meinung nach zu jenem Zeitpunkt mit oder ohne Unterstützung des Hochkommissars keine Möglichkeit für die privaten Hilfswerke gab, in dieser Richtung effektiv tätig zu werden. Ich habe diese Schlussfolgerung mit grossem Bedauern ziehen müssen, nach Rücksprache mit den Hochkommissaren der britischen Herr-

schaftsgebiete sowie den Vertretern der Länder, in denen die Aussichten am besten schienen.

Ich kann nur betonen, dass der Empfang, der mir bereitet wurde, ausnahmslos höflich und ermutigend war, doch ich erhielt sozusagen in jedem einzelnen Fall die gleiche Antwort: dass nämlich erstens angesichts der derzeitigen Arbeitsmarktlage in den Ländern dieser Welt jeder umfangreichere Migrationsplan nur Feindseligkeiten hervorrufen würde; und dass es zweitens in keinem dieser Länder antijüdische Gefühle gibt, dass diese aber mit hoher Wahrscheinlichkeit in Erscheinung träten, wenn eine Regierung grössere Massen ausländischer Einwanderer aufnahme, da diese fast zwangsläufig zur Entstehung eines fremden Elements innerhalb der betreffenden Staaten führen würden.

Diese Überlegungen galten – das möchte ich betonen – gleichermassen für jüdische und nichtjüdische Einwanderer. Deshalb hat man mich immer wieder gebeten, nicht auf diese spezielle Form der Migration zu bestehen, und deshalb hat man auch immer wieder unterstrichen, dass es sowohl für unsere Herrschaftsgebiete als auch für andere Länder viel einfacher wäre, eine beträchtliche Anzahl von Ausländern als Einzelpersonen aufzunehmen, sofern sie in der Lage sind, Arbeit zu finden und sich zu assimilieren.

So kam ich zu dem Schluss, dass eine Infiltrationsmethode wahrscheinlicher glücklichere Ergebnisse zeitigen würde. Es wurden also Listen von besonders qualifizierten Flüchtlingen an die britischen Kolonien versandt; des Weiteren verhandelte man mit der australischen Regierung, damit bestimmte Beschränkungen aufgehoben würden. Und ich freue mich, Ihnen mitteilen zu können, dass diese Massnahmen erfolgreich waren.

Es ist sehr aufschlussreich, die Ergebnisse mit den von den privaten Hilfswerken gelieferten Zahlen zu vergleichen. Ich hebe diesen Punkt so hervor, weil wir meiner Meinung nach nicht immer die bewundernswerte Arbeit der privaten Hilfswerke ausreichend würdigen.

Seit 1933 in Deutschland das derzeitige Regime an die Macht gekommen ist, haben rund 150'000 Menschen das Land verlassen. Von diesen haben etwa 120'000 in Übersee oder anderswo Asyl gefunden; es bleiben also etwa 30'000 Menschen. Diese Zahl scheint mehr oder weniger konstant zu bleiben; in dem Masse, in dem die Flüchtlinge dank privater Hilfswerke ins Ausland gelangen, kommen weitere aus Deutschland und treten an ihre Stelle. Die Zahlen müssen möglicherweise aufgrund der Annexion Österreichs noch angepasst werden.

Dieser Erfolg ist in erster Linie den privaten Hilfswerken zu verdanken, die sich seit vielen Jahren mit diesem Auswanderungs- und Siedlungsproblem beschäftigen. Deshalb bin ich davon überzeugt, dass das im Moment günstigste Verfahren darin bestehen würde, die privaten Hilfswerke, sofern es uns möglich ist, bei ihrer derzeitigen Tätigkeit zu unterstützen. Hier könnte das zu gründende Komitee meiner Meinung nach eine äusserst wichtige Rolle spielen. Auch der Hochkommissar hätte in Zusammenarbeit mit diesem Komitee und in engem Kontakt mit dem Comité de Liaison hier eine wichtige Aufgabe.

Wenn das Komitee die privaten Hilfswerke finanziell unterstützen könnte, wäre dieses Geld, davon bin ich überzeugt, sinnvoll angelegt.

Damit ein Auswanderungsverfahren erfolgreich sein kann, müssen drei Bedingungen erfüllt sein: es muss Land zur Verfügung stehen, es müssen Emigranten mit entsprechender Ausbildung da sein, es braucht finanzielle Mittel. Herr Oungre sagte mir, dass für die Ansiedelung einer Familie auf einem schon verfügbaren Land ein Höchstbetrag von 1'000 Pfund erforderlich sei; ich zitiere Herrn Oungre deshalb, weil er der Vertreter einer der grössten Hilfswerke ist, die sich mit Auswanderung befassen. Es gibt natürlich noch andere. Seine Organisation legt die notwendigen finanziellen Mittel aus und erhält sie über einen durchschnittlichen Zeitraum von vierzehn Jahren inklusive Zinsen wieder zurück. Die finanziellen Mittel seines Hilfswerkes sind bedeutsam, doch begrenzt, ganz wie die finanziellen Mittel anderer Organisationen. Den verschiedenen Hilfswerken weitere Mittel zur Verfügung zu stellen, wäre, davon bin ich überzeugt, eine sinnvolle Aufgabe des Komitees. Vielleicht wäre es möglich, die notwendigen Mittel dank staatlicher Kredite bereitzustellen. Darüber habe ich mit Herrn Oungre nicht gesprochen, aber ich glaube, es gäbe hier durchaus Aussichten auf Erfolg.

Ich habe bisher vor allem über die Niederlassung von Landwirten gesprochen, denn es ist ganz offensichtlich, dass gut ausgebildete Menschen wie Ärzte, Anwälte und Ingenieure, deren Tätigkeiten hauptsächlich in Städten ausgeübt werden, leichter und mit weniger finanziellem Aufwand angesiedelt werden können. Sofern diese Menschen die erforderliche Ausbildung besitzen, gibt es an zahlreichen Orten Bedarf. Die eigentliche Schwierigkeit besteht darin, Zufluchtsorte für die weniger gut ausgebildeten Massen zu finden, die Europa aller Voraussicht nach verlassen werden. In diesem Zusammenhang möchte ich darauf hinweisen, dass vor dem Krieg jedes Jahr durchschnittlich 100'000 Juden Europa in Richtung Nord- und Südamerika verliessen. Wenn die Welt bis zu einem gewissen Grad zu den Bedingungen der Vorkriegszeit zurückkehren könnte, wäre die Ansiedlung

deutscher Flüchtlinge ein weitaus weniger grosses Problem als in der heutigen Situation.

Meiner Meinung nach kommt das Projekt zur Schaffung eines Komitees daher genau zum richtigen Zeitpunkt. Ganz abgesehen von dem Einfluss, den es womöglich in Deutschland ausüben könnte, hätte das Komitee das enorme Ansehen des Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika und des amerikanischen Volkes hinter sich sowie das der europäischen Länder. Der tatsächliche Einfluss des Komitees lässt sich nicht voraussagen. Womöglich könnte es die deutsche Regierung dazu veranlassen, eine liberalere Geld- und Vermögenspolitik zu betreiben; es könnte die privaten Hilfswerke finanziell unterstützen, die bereits so viel getan haben. Es könnte sogar eines Tages in der Lage sein, umfangreiche Auswanderungs- und Siedlungspläne umzusetzen, die derzeit unmöglich erscheinen.

(Die Fortsetzung der Diskussion wurde vertagt.)

(Die Sitzung ist aufgehoben.)

VIERTE ÖFFENTLICHE SITZUNG¹⁵

Abgehalten am Montag, 11. Juli 1938, 11 Uhr.

Vorsitzender: Myron C. Taylor.

(...)

Gemeinsame Erklärung von Dr. Constantion Herdocia, Delegierter der Republik Nicaragua, Professor Luis Dobles Segreda, Delegierter der Republik Costa Rica, Dr. Mauricio Rosal, Delegierter der Republik Honduras, und Dr. E. Hoffmann, Delegierter der Republik Panama, im Namen ihrer Regierungen.¹⁶ Sehr geehrter Herr Vorsitzender, sehr geehrte Delegierte,

Als Vertreter von vier Regierungen – Costa Rica, Honduras, Nicaragua und Panama –, möchten wir vor dem Comité intergouvernemental, das in Evian zusammengekommen ist, um das Problem der politischen Emigranten zu diskutieren, die aus unterschiedlichen Gründen ihre Heimat verlassen haben, gemeinsam folgende Erklärung abgeben:

1. Wir begrüssen einhellig die grosszügige Initiative Seiner Exzellenz, des Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika, und sichern ihr unsere volle moralische Unterstützung zu. Gerne sind wir bereit, an der grossen Aufgabe mitzuwirken, die dem

¹⁵ Comptes Rendus, S. 34.

¹⁶ Comptes Rendus, S. 35.

Comité intergouvernemental übertragen wurde und die wir in höchstem Masse für humanitär halten.

2. Wir begrüßen die Einsetzung eines in einer europäischen Hauptstadt ansässigen Comité permanent, das sich für die Wahrung der Interessen politischer Flüchtlinge unabhängig von ihrer Nationalität einsetzt. Allerdings nur sofern diese nicht zu den Einwanderern gehören, deren Aufnahme in unsere jeweiligen Ländern dem Gesetz widersprechen würde.
3. Wir begrüßen es, dass das ständige Komitee ermächtigt werden soll, die notwendigen Papiere zur Legalisierung der politischen Situation dieser Flüchtlinge auszustellen, sofern die Untersuchung ihrer Vorgeschichte ergibt, dass es für sie unmöglich ist, diese Papiere in ihren Herkunftsländern zu erhalten.
4. Die von so vielen herausragenden Kollegen geäußerten Ideen sind ganz im Sinne der hier vertretenen Regierungen, die nach praktischen Lösungen für dieses schwierige Problem suchen möchten.

Deshalb werden wir unsere jeweiligen Regierungen zu der Form und den Bedingungen konsultieren, unter denen sie die ihnen zugewiesenen Flüchtlinge aufnehmen können. Voraussetzung ist allerdings, dass sich alle hier vertretenen Regierungen verpflichten, den gleichen Prozentsatz Flüchtlinge aufzunehmen. Dieser sollte strikt proportional zur territorialen Ausdehnung jedes Landes berechnet werden, ohne Berücksichtigung des Zustroms von Einwanderern vor diesem Kongress.

Wir neuen Länder sind saturiert von fremden Elementen; ganz ohne Zweifel hat der Zustrom dieser Elemente unseren Reichtum vermehrt und unsere Kultur bereichert; unsere Kapazitäten sind jedoch aufgrund der Knappheit unserer Ressourcen und unserer ungünstigen Assimilationsvoraussetzungen trotz allem begrenzt. Wir werden die Aufnahme von Flüchtlingen sicherlich nicht ablehnen, können jedoch den eben erwähnten, am jeweiligen Territorium gemessenen, proportionalen Anteil an Flüchtlingen nicht überschreiten.

Wir erklären ebenfalls, dass sich unsere Regierungen nicht verpflichten können, in ihrem Namen Flüchtlinge ins Land zu holen oder anzusiedeln. Die Einwanderer, die sich in unseren Ländern niederlassen wollen, müssen dies auf eigene Rechnung und eigenes Risiko tun.

Des Weiteren erklären wir hiermit, dass wir keine Kaufleute oder Intellektuelle aufnehmen können, denn unsere Länder sind von diesen Elementen bereits saturiert. [...]

Heinrich Rothmund (Schweiz).¹⁷ – Mit grosser Freude hat die Schweizer Regierung die Einladung zu dieser Konferenz in Evian angenommen. In der Tat betrifft das Problem der deutschen und österreichischen Emigranten die Schweiz als Nachbarland ganz besonders. Ich erlaube mir also, Ihnen zunächst die Situation der Schweiz zu schildern.

Angesichts der grossen Zahl der in der Schweiz ansässigen Ausländer sah sich die Regierung 1919, also nach dem Ersten Weltkrieg, gezwungen, die Aufnahme von Ausländern besser zu kontrollieren. Die 1930 durchgeführte Volkszählung ergab einen Ausländeranteil an der Gesamtbevölkerung von 9%. Das macht bei 4 Millionen Einwohnern 355'000 Ausländer. Davon hatten zum Zeitpunkt der Zählung ungefähr 300'000 eine Niederlassungserlaubnis, konnten also in aller Freiheit eine Arbeit aufnehmen sowie ihren Aufenthaltsort, Beruf oder ihre Wohnung wechseln; mit anderen Worten, eine solche Erlaubnis bot ihnen eine absolut privilegierte Stellung. Die genannten Bedingungen wurden auch während der grossen Krise aufrechterhalten, die unser Land 1921 traf, und sie werden es auch in der aktuellen Krise.

Hingegen kommt die Schweiz nicht umhin, die Anerkennung neuer Ausländer streng zu kontrollieren. Wir sind von den Ereignissen 1933 selbst überrascht worden, die eine sehr grosse Anzahl Menschen zum Verlassen ihres Heimatlandes gezwungen haben. Im April 1933 beschloss der Bundesrat spontan, die Grenze nicht zu schliessen und allen Flüchtlingen vorübergehend Asyl zu gewähren. So sind zwischen April und September 1933 allein am Grenzübergang Basel 10'000 deutsche Juden in die Schweiz gekommen. 1933, 1934 und 1935 war es für Flüchtlinge noch verhältnismässig leicht, in ein Land auszureisen, das ihnen dauerhaft Asyl gewähren würde. Die Schweiz als Transitland bemühte sich, den Unglücklichen während ihres Aufenthalts in der Schweiz zu helfen. Sie erhielten eine befristete Aufenthaltsbewilligung, um ihre Emigration in ein endgültiges Asylland vorzubereiten.

Das Schweizer Volk ist für fremdes Leid immer offen gewesen. Es hat sogar mehr als einmal seine eigenen Schwierigkeiten beiseitegelassen, um den Unglückseligen im Rahmen seiner Möglichkeiten zu helfen. Mehrere neue Organisationen wurden in den letzten Jahren zu diesem Zweck gegründet. Erlauben Sie mir, die wichtigsten zu nennen: die Schweizerische Zentralstelle für Flüchtlingshilfe – ein neutraler Dachverband für alle Hilfswerke, die sich um das Schicksal von Flüchtlingen kümmern, wie die Caritas, der Verband Schweizerischer Jüdischer Flücht-

lingshilfen, das Schweizer Hilfswerk für deutsche Gelehrte; dann das Schweizer Hilfswerk für Emigrantenkinder, deren Sektionen in mehreren Schweizer Städten in den vergangenen drei Jahren es annähernd 3'000 Kindern ermöglicht haben, ihre Ferien in der Schweiz zu verbringen; und an dritter Stelle die neutrale schweizerische Kinderhilfe für spanische Kinder.

Ich erinnere noch einmal daran, dass die Schweiz nach dem Ersten Weltkrieg fast 150'000 Kinder aufgenommen und in Krankenhäuser untergebracht hat. Die Schweiz hat noch niemanden verhungern lassen, und ein Kranker ist noch immer im Krankenhaus aufgenommen worden, wenn die Umstände es erforderlich machten, ohne dass nach seinen Ressourcen oder seiner Nationalität gefragt wurde. Unser Land ist zurecht stolz auf diese Tradition. Es kann aber angesichts der extremen Notlage im Ausland nur im Rahmen seiner Möglichkeiten handeln, und diese sind aufgrund der begrenzten Grösse des Landes von Natur aus beschränkt. Die Aufgabe des Staates ist es, all jene zu koordinieren, die guten Willens sind und den Flüchtlingen helfen wollen. Er muss aber auch darauf achten, dass diese Bemühungen nicht zu einer Situation führen, die seine Kräfte übersteigen.

Sie können sich vorstellen, dass diese Kräfte nicht unbegrenzt sind, erst recht, wenn ich Ihnen erkläre, dass die Schweiz in den vergangenen Wintermonaten noch ungefähr 100'000 Arbeitslose zählte, dass die Ausgaben für Arbeitslosenversicherung und Krisenintervention 1936 für sich allein auf 88 Mio. Franken angestiegen sind, und dass die Ausgaben für die Armenhilfe sich auf ungefähr 85 Mio. im Jahr belaufen. Die Gesamtausgaben übersteigen 160 Mio. im Jahr, das heisst, 40 Franken pro Einwohner. Und obwohl 2'000 bis 3'000 Schweizer gezwungen waren, aus Spanien in die Schweiz zurückzukehren und man ihnen unter die Arme greifen musste, bis sie wieder Fuss gefasst hatten; obwohl ein grosser Teil meiner Mitbürger keine andere Wahl hatte, als aufgrund der im Land herrschenden Überbevölkerung auszuwandern, haben die privaten Hilfswerke für Flüchtlinge ihre Arbeit getan. Bedeutende Summen Geld wurden aufgebracht, um die Flüchtlinge zu ernähren und ihnen zu erlauben, in ein endgültiges Asyl weiter zu emigrieren. Für jeden einzelnen Fall suchen diese privaten Hilfswerke eine konstruktive Lösung, d.h., ein Land, das dem Flüchtling dauerhaft Asyl gewährt. Eine sehr enge Zusammenarbeit zwischen der Fremdenpolizei und den privaten Hilfswerken ist zu diesem Zwecke unerlässlich. Diese Zusammenarbeit gereicht beiden Seiten zum Nutzen, wovon sehr viele Fälle zeugen.

Wenn wir also den Flüchtlingen nicht erlauben können, dauerhaft in unserem Land zu bleiben, so behandeln wir sie dennoch mit der nötigen Umsicht, indem wir den

Elementen, die es verdient haben, eine befristete Aufenthaltserlaubnis gewähren und eine konstruktive Lösung für sie finden. Das Gesetz über den Aufenthalt und die Niederlassung der Ausländer räumt jedem Ausländer das Recht ein, Widerspruch gegen die Entscheidungen der Fremdenpolizei einzulegen; beim erstmaligen Kontakt müssen die entsprechenden Personen darauf hingewiesen werden. Auf diese Weise kann das Schweizer Volk diesen entwurzelten Menschen nützlich sein, auch wenn, ich wiederhole es, unser Land nur ein Transitland sein kann. Nach dem Anschluss sind zwischen dem 12. März und 1. April 3'000 bis 4'000 österreichische Flüchtlinge in die Schweiz gekommen. Alle anderen Nachbarländer des ehemaligen Österreichs haben ihre Grenzen geschlossen, und so sah sich die Schweiz gezwungen, die Visapflicht für Österreicher einzuführen, um die Einwanderung zu kontrollieren. Die Österreicher, die zurzeit noch in der Schweiz weilen, werden von den privaten Hilfswerken unterstützt, die dank ihrer internationalen Beziehungen nach Emigrationsmöglichkeiten für sie suchen. Solange erhalten sie eine Aufenthaltsgenehmigung, so dass sie für die Polizeibehörde einen legalen Status haben. Die Eidgenossenschaft gewährt zusätzliche finanzielle Hilfen, sofern die privaten Hilfswerke nicht das nötige Geld für die Emigration aufbringen können. Doch die Emigration ist im Laufe der letzten Jahre immer schwieriger geworden. Deshalb erfüllt es mich mit Genugtuung, dass mehrere grosse Länder in Übersee sich im Prinzip damit einverstanden erklärt haben, die Immigration von Flüchtlingen zu erleichtern. Ich bin überzeugt davon, dass alle europäischen Staaten diese Perspektive und diese neue Hoffnung begrüßen werden. Es ist in der Tat der erste notwendige Schritt zu einer sinnvollen Arbeit. Das Komitee, das auf Vorschlag der Vereinigten Staaten gegründet werden soll, muss meiner Meinung nach die Frage der Immigration nach Übersee in ihrer Gesamtheit diskutieren und das Problem unter all seinen Gesichtspunkten beleuchten.

Darüber hinaus wissen wir alle, was der Völkerrat bisher erreicht hat. Die Flüchtlingsarbeit ist sicherlich eine der nobelsten Aufgaben, denen sich der Völkerbund verpflichtet hat, und er sollte sich ihr weiterhin verpflichten, denn sie ist für alle europäischen Länder von Interesse, die zeitweise Flüchtlinge bei sich aufgenommen haben oder Transitländer sein werden. Wenn man weiss, dass in bestimmten Fällen die Emigration in ein weiteres Land möglich sein wird, fällt es leichter, den Flüchtlingen Aufnahme und eine begrenzte Aufenthaltsdauer zu gewähren. Der Völkerbund mit allen ihm zur Verfügung stehenden Mitteln ist darüber hinaus befähigt, sich um die Gesamtheit der Frage in Europa zu kümmern und enge

Beziehungen zum Komitee für Emigration zu pflegen, dass wir zu gründen im Begriff sind. Dieses Komitee müsste festlegen, welche Bedingungen ein Flüchtling im Einzelnen erfüllen muss, um emigrieren zu können. Hierzu gehört zum Beispiel die berufliche Vorbereitung oder sogar der Berufswechsel – dies zu unterstützen wird Aufgabe der europäischen Staaten sein. Ich denke auch an eventuelle, spezielle Aktionen für Flüchtlingskinder, zum Beispiel die Möglichkeit von Ferien. Aber all diese Fragen können erst dann erörtert werden, wenn die europäischen Staaten die Einwanderungsbedingungen der Überseeländer kennen.

Zum Abschluss möchte ich noch anmerken, wie sehr ich hoffe, dass diese Konferenz zahlreiche Fragen klären und so die Aufgabe all derer erheblich erleichtern wird, die den Flüchtlingen ihre Hilfe anbieten wollen, und zwar jeder nach Massgabe seiner Möglichkeiten.

ANHANG I.¹⁸

BERICHT DES UNTERAUSSCHUSSES ÜBER DIE ANHÖRUNG DER ORGANISATIONEN, DIE AN DER HILFE FÜR POLITISCHE FLÜCHTLINGE AUS DEUTSCHLAND, EINSCHLIESSLICH ÖSTERREICH, INTERESSIERT SIND.

vom Ausschuss am 14. Juli 1938 angenommen.

Berichterstatter: T. W. White (Australien), Vorsitzender des Unterausschusses.

Der Unterausschuss für die Anhörung von Organisationen, die an der Unterstützung politischer Flüchtlinge aus Deutschland einschliesslich Österreich interessiert sind, tagte am 8. Juli um 14 Uhr 30 unter dem Vorsitz von T.W. White, D.F.C., V.D., M.P., Handels- und Zoll-Minister der australischen Bundesregierung.

Der Unterausschuss hat in folgender Zusammensetzung getagt: Australien

Belgien

Costa-Rica

Kuba

Vereinigte Staaten von Amerika

Frankreich

Vereinigtes Königreich

Mexiko

Nicaragua

Peru

Venezuela

Das Komitee hat die folgenden Persönlichkeiten gehört: Sir Neill Malcolm, Herrn Prof. Norman Bentwich, Lord Marley, Herrn Edouard Oungre, Frau Ormerod, Pater Odo, Herrn Walter Adams, Herrn Dr. M. Goldmann, Herrn Dr. Ruppin, Herrn Dr. Steinberg, Herr Georg Bernhard, Herrn Raoul Evrard, Rabbi Jonah Wise, Herrn Eppstein, Herrn Goodman, Herrn Brotman, Herrn Leo Lambert, Herrn Gourevitch, Herrn Marcovici, Herrn Benjamin Akzin, Herrn Dr. Brutzkus, Herrn Dr. Oskar Grun, Herr Forcht und Frau Irène Harand.

Diese Personen erklärten, dass sie die folgenden Organisationen vertreten:

Comite international chrétien pour les Non-Aryens (Londres);

Bureau central pour l'établissement des Juifs allemands (Londres);

Association de colonisation juive (Paris);

Comité d'aide aux Juifs allemands (Londres);

Société pour la protection des sciences et des études (Londres);

Comité d'aide et d'assistance aux victimes de l'anti-sémitisme en Allemagne
(Bruxelles);

Comité d'assistance aux réfugiés (Paris);

Comité voor Bijzondere Joodsche Befangen (Amsterdam);

Centre suisse pour l'aide aux réfugiés (Bâle);

Comité central tchécoslovaque pour les réfugiés provenant d'Allemagne (Prague);

Fédération internationale des émigrés d'Allemagne (Paris);

Service international de migration (Genève);

Service universitaire international (Genève);

Comité international pour le placement des intellectuels réfugiés (Genève);

The Joint Foreign Committee of the Board of Deputies of British Jews and the Anglo-Jewish Association (Londres);

Agudas Israël World Organisation (Londres);

American Joint Distribution Committee (Paris);

Council for German Jewry (Londres);

Hicem (Association des Emigrés Hias lea) (Paris);

Association des savants allemands en détresse à l'étranger (Londres);

Comité allemand de la société des amis «Quakers» (Londres);

Bureau international pour le respect du droit d'asile et l'aide aux réfugiés politiques (Paris);
Congrès juif mondial (Paris);
Nouvelle organisation sioniste (Londres);
Emigration Advisory Committee (Londres);
Alliance israélite universelle (Paris);
Comité pour le développement de la grande colonisation juive (Zurich);
Internationale ouvrière et socialiste (Paris-Bruxelles);
Comités catholiques américains, anglais, belge, français, néerlandais et suisse pour l'aide aux émigrés;
«Freeland» Association (Londres);
«Ort» (Paris);
Centre de recherches de solutions au problème juif (Paris);
League of Nations Union (Londres);
Agence juive pour la Palestine (Londres);
Comité pour la défense des droits des Israélites en Europe centrale et orientale (Paris);
Union des Sociétés «Osé» (Paris);
Roval Institute of International Affairs (Londres);
Fédération des émigrés d'Autriche (Paris);
Société d'émigration et de colonisation juive «Emcol» (Paris).

Das Komitee hat das Sekretariat mit der Ausarbeitung einer zusammenfassenden Analyse der Vorschläge oder Beobachtungen beauftragt, die entweder in den mündlichen Erklärungen der gehörten Personen vorgebracht wurden, oder in den bereits vorgelegten oder noch vorzulegenden Stellungnahmen der betreffenden Vereinigungen enthalten sind. Das Ergebnis wird dem Comité intergouvernemental übermittelt, sobald es vorliegt.

Die Organisationen, welche die gestrigen Anhörungen nicht nutzen konnten, um dem Unterausschuss ihre Sicht der Lage mitzuteilen, können dies noch nachholen, indem sie dem Sekretariat der Konferenz eine schriftliche Eil-Erklärung übermitteln.

Die bewegenden Geschichten, die vor dem Unterausschuss vorgebracht wurden, zeigen die immense menschliche Tragödie, mit der wir es zu tun haben. Sie erfordert sofortige Massnahmen zur Verbesserung der Situation und sollte für die Konferenz Anlass sein, alles zu tun, um gemeinsam dazu beizutragen.

ANHANG II.¹⁹**BERICHT DER TECHNISCHEN UNTERKOMMISSION***Vom Ausschuss am 14. Juli 1938 angenommen.**Berichterstatter: Michael Hansson (Norwegen),**Vorsitzender des Unterausschusses.*

Der Technische Unterausschuss wurde beauftragt:

1. Mit der vertraulichen Anhörung der Erklärungen über die Gesetze und Verfahren der teilnehmenden Regierungen sowie der Erklärungen über die Anzahl und Kategorien von Einwanderern, die jeder von ihnen bereit ist, aufzunehmen;
2. Die Frage der notwendigen Papiere für Flüchtlinge zu prüfen.

Der Technische Unterausschuss setzte sich wie folgt zusammen:

Vorsitz: Michael Hansson, Norwegen.

Mitglieder: Brasilien, Kanada, Chile, Vereinigtes Königreich, Vereinigte Staaten von Amerika, Frankreich, Haiti, Niederlande, Schweiz.

Sir Neill Malcolm, Hochkommissar für Flüchtlinge aus Deutschland, wurde eingeladen, an der Arbeit des Unterausschusses und an seinen Sitzungen teilzunehmen.

Der Unterausschuss tagte am 8., 11. und 13. Juli 1938.

Die schriftlichen Erklärungen, die der Unterausschuss von den im Comité intergouvernemental vertretenen Delegierten erhalten hat, werden dem Vorsitzenden des Ausschusses streng vertraulich weitergeleitet. Sie dienen der Information der Delegierten und werden dem perspektivisch vom Ausschuss einzusetzenden, ständigen Gremium vorgelegt. Die schriftlichen und mündlichen Erklärungen und Reden der Delegierten des intergouvernementalen Komitee zeigen ausnahmslos, dass die vertretenen Regierungen den ernsten Charakter des Flüchtlingsproblems und die dringende Notwendigkeit einer Lösung erkannt haben, und dass alle Regierungen bereit sind, im Rahmen ihrer Rechtsvorschriften und jeweiligen besonderen Umstände zu einer solchen Lösung beizutragen. Seit 1933 wurde eine bedeutsame Anzahl von Flüchtlingen auf den Gebieten der unterschiedlichen Länder aufgenommen, und nach wie vor werden viele weitere aufgenommen.

Der Unterausschuss stellt zu seiner grossen Zufriedenheit fest, dass die Präsentationen die Aufnahme einer umfangreicheren Zahl von Flüchtlingen im Rahmen der Einwanderungsgesetze der Aufnahmeländer erwarten lassen. Einige Länder haben ihre Bereitschaft bekundet, qualifizierte Landwirte aufzunehmen. Andere signali-

sierten ihre Bereitschaft, die Ansiedelung ausgewählter Kategorien von Arbeitern zu gestatten, für die geeignete Arbeitsplätze zur Verfügung stehen. Wiederum andere erlauben es Einwanderern, ohne Arbeitseinschränkungen einzureisen und gestatten legal eingewanderten Flüchtlingen, die Art ihrer Beschäftigung selbst zu bestimmen. Auch das Kontingentsystem, das die Aufnahme von Einwanderern beschränkt und in einigen Ländern in Kraft ist, wird es ermöglichen, eine beachtliche Anzahl von Flüchtlingen aufzunehmen. Länder ohne zahlenmässige Beschränkungen sind zu einer liberalen Haltung gegenüber der Aufnahme von Flüchtlingen im Einklang mit ihren bestehenden Kontrollmethoden bereit. Schliesslich sind einige Länder bereit, Pläne für die Ansiedelung von Flüchtlingen in ihrem Gebiet in Betracht zu ziehen, wenn solche Pläne von den staatlichen oder privaten Hilfswerken vorgelegt werden.

Wir können daher weiter und mit Aussicht auf Erfolg an der Untersuchung des Problems arbeiten. Wie bereits dargelegt wurde, ist das Problem umfassend und komplex, und es ist offensichtlich, dass seine Lösung langfristige Massnahmen erfordert, die sorgfältig entwickelt und umgesetzt werden müssen. Die an Deutschland einschliesslich Österreich angrenzenden Länder, die im Komitee vertreten sind, haben bereits eine grosse Zahl von Flüchtlingen aufgenommen. Es ist also vorerst nicht zu erwarten, dass sie ihre derzeitigen Bemühungen noch intensivieren werden, bevor nicht ihr Anteil an Flüchtlingen durch die Aufnahme von Flüchtlingen in anderen Ländern oder deren Auswanderung reduziert wird.

Solange könnten sie weiterhin zur Lösung des Problems beitragen, indem sie für Flüchtlinge, die vorübergehendes Asyl geniessen, Möglichkeiten für die Weiterbildung, die technische oder landwirtschaftliche Ausbildung oder für die Wiedereingliederung in einem anderen Land bereitstellen, ohne dabei – im Masse ihres hier in den letzten Tagen dargestellten Handlungsspielraums – die jeweilige Prüfung des Einzelfalls aus den Augen zu verlieren. Viele Länder befinden sich in einer schwierigen wirtschaftlichen Lage und haben mit hoher Arbeitslosigkeit zu kämpfen. Das lässt einen plötzlichen und massiven Zustrom von Ausländern auf ihrem Gebiet nicht zu. Darüber hinaus ist ein Grossteil der Flüchtlinge, die sich gezwungen sehen, ausserhalb Deutschlands einschliesslich Österreichs ein neues Leben aufzubauen, mittellos. Diese Tatsache stellt ein sehr schwerwiegendes Hindernis für ihre Übersiedlung in ein anderes Land dar.

Auch die Frage der Papiere wurde untersucht. Diese lassen sich in zwei Kategorien einteilen: Zum einen die Dokumente, die zur Auswanderung in ein Land notwendig

sind. Zum anderen die Papiere, die einem Flüchtling von dem Aufnahmeland, in dem er sich gerade aufhält, anstelle eines Passes ausgestellt werden können.

Hinsichtlich der ersten Kategorie schlägt der Unterausschuss vor, die im Ausschuss vertretenen Länder dazu einzuladen, die Annahme der folgenden Bestimmung in Betracht zu ziehen:

In Einzelfällen, in denen ein Einwanderer dem Aufnahmeland die im Allgemeinen erforderlichen offiziellen Dokumente seines Heimatlandes nicht zur Verfügung stellen kann, sollte das Aufnahmeland jegliches Dokument akzeptieren, das der Einwanderer sich beschaffen kann und das den gesetzlichen Anforderungen des Aufnahmelandes entspricht.

Was die zweite Kategorie anbelangt, so hat der Unterausschuss die unterschiedlichen Verfahrensweisen der vertretenen Länder zur Kenntnis genommen, um das Problem im Einklang mit den geltenden Rechtsvorschriften anzugehen. Er erachtet es deshalb nicht für notwendig, diesbezüglich Empfehlungen abzugeben. Man kann in diesem Zusammenhang jedoch auf die zahlreichen internationalen Abkommen verweisen, die die Ausstellung eines als Reisepass geltenden Reisedokuments vorsehen, und auf die Vorteile ihrer umfassenderen Anwendung.

ANHANG III.²⁰

BESCHLUSS ÜBER DEN BERICHT DES TECHNISCHEN UNTERAUSSCHUSSES vom Ausschuss am 14. Juli 1938 angenommen.

Das Comité intergouvernemental stellt nach seiner Befassung mit dem Bericht des technischen Unterausschusses mit Befriedigung fest, dass er die zukünftige Aufnahme von mehr Flüchtlingen erwarten lässt, die nach den in den Aufnahmeländern geltenden Einwanderungsgesetzen und -verfahren dazu geeignet sind; stellt ferner fest, dass einige Länder Pläne für die Ansiedlung von Flüchtlingen in ihren Gebieten in Erwägung ziehen, wenn solche Pläne von offiziellen oder privaten Hilfswerken vorgelegt werden;

ist der Auffassung, dass, wenn die an Deutschland einschliesslich Österreich angrenzenden Länder unter den gegebenen Umständen nicht in der Lage sind, ihre derzeitigen Bemühungen zu intensivieren, sie weiterhin zur Lösung des Problems beitragen können, indem sie für Flüchtlinge, die vorübergehendes Asyl geniessen, Möglichkei-

ten für die technische oder landwirtschaftliche Ausbildung bereitstellen; empfiehlt den im Ausschuss vertretenen Regierungen, weiterhin und im Geiste der Grosszügigkeit die im Bericht des Unterausschusses aufgeworfenen Fragen zu prüfen.

ANHANG IV.²¹

RESOLUTION

vom Komitee am 14. Juli 1938 angenommen.

Das Comité intergouvernemental hat vom 6. bis 15. Juli 1938 in Evian getagt.

1. Unter Berücksichtigung dessen, dass die Frage der unfreiwilligen Auswanderung sich erheblich weiterentwickelt hat und das Schicksal der von ihr betroffenen unglücklichen Menschen ein Problem darstellt, das zwischenstaatliche Beratungen notwendig macht;
2. In dem Bewusstsein, dass die unfreiwillige Auswanderung einer beträchtlichen Anzahl von Menschen unterschiedlicher Glaubensrichtungen, finanzieller Voraussetzungen oder Berufe aus dem oder den Ländern, in denen sie beheimatet waren, die allgemeine Wirtschaft belastet, da diese Menschen ausgerechnet in Zeiten hoher Arbeitslosigkeit vorübergehend oder dauerhaft in andere Länder flüchten müssen; dass also die Asyl- und Niederlassungsländer nicht nur mit wirtschaftlichen und sozialen, sondern auch mit gesellschaftlichen Problemen konfrontiert sind; dass des Weiteren die wohlwollenden Verfahrensweisen der Verwaltungen sowie die Aufnahmekapazitäten der Aufnahmeländer ernsthaft auf die Probe gestellt werden;
3. Im weiteren Bewusstsein, dass das inzwischen erreichte Ausmass der unfreiwilligen Auswanderung grosser Bevölkerungsmassen die Probleme von Rasse und Religion verschärft, internationale Spannungen verstärkt und den Fortschritt des Friedens in den internationalen Beziehungen ernsthaft gefährdet;
4. In der Überzeugung, dass ein umfassendes Programm zur Koordinierung der Hilfe für derzeitige und zukünftige unfreiwillige Auswanderer im Rahmen der geltenden staatlichen Einwanderungsgesetze und -verfahren in Betracht gezogen werden muss;

21 Compte Rendu, S.54-55.

5. Unter Berücksichtigung der Tatsache, dass die Asyl- oder Niederlassungsländer, sofern sie eine gemeinsame, rationale Lösung des dem Ausschuss vorgelegten Problems anstreben, eine Zusammenarbeit mit dem Herkunftsland anstreben sollten, und von der Überzeugung ausgehend, dass letzteres seinen Beitrag leisten wird, indem es unfreiwilligen Emigranten erlaubt, ihr Eigentum mitzunehmen und einem systematischen Verfahren folgend auszuwandern;
6. a) Im vollen Einvernehmen mit der Initiative des Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika, der die Regierungskonferenz von Evian mit dem Ziel einberufen hat, die unfreiwillige Auswanderung aus Deutschland (einschliesslich Österreich) zu erleichtern; b) In tiefster Dankbarkeit der französischen Regierung gegenüber für die Gastfreundschaft, die sie der Regierungskonferenz von Evian entgegengebracht hat;
7. Unter Berücksichtigung der vom Rat des Völkerbundes am 14. Mai 1938 angenommenen Resolution zur internationalen Unterstützung von Flüchtlingen – Spricht das Comité intergouvernemental folgende Empfehlungen aus:
 8. a) Dass folgende Personen in den Zuständigkeitsbereich des Comité intergouvernemental fallen: i) Personen, die ihr Herkunftsland (Deutschland einschliesslich Österreich) noch nicht verlassen haben, jedoch aufgrund ihrer politischen Meinung, ihres Glaubens oder ihrer rassischen Herkunft zur Auswanderung gezwungen werden; ii) Personen im vorgenannten Sinne, die ihr Herkunftsland bereits verlassen haben, sich jedoch noch nicht dauerhaft niedergelassen haben; b) Dass die im Comité intergouvernemental vertretenen Regierungen zur Information des Komitees weiterhin und auf streng vertraulicher Basis folgendes zur Verfügung stellen: i) detaillierte Informationen über diejenigen Einwanderer, die jede Regierung nach ihren derzeitigen Gesetzen und Verfahren aufnehmen kann, und ii) detaillierte Informationen über diese Gesetze und Verfahren;
 - c) Dass die Asyl- und Niederlassungsländer eine wirtschaftliche und soziale Anpassung der Einwanderer in das Wirtschafts- und Sozialsystem erwarten dürfen und die Einwanderer deshalb in vielen Fällen verpflichtet werden können, zumindest für einen bestimmten Zeitraum eine Änderung ihrer Lebensbedingungen in den Niederlassungsländern zu akzeptieren;
 - d) Dass die Regierungen der Asyl- und Niederlassungsländer keinerlei Verpflichtung zur Finanzierung der unfreiwilligen Auswanderung haben;
 - e) Dass die im Comité intergouvernemental vertretenen Regierungen in Bezug auf die von den Asyl- und Niederlassungsländern geforderten Dokumente die Annahme der folgenden Regelung in Betracht ziehen:

In Einzelfällen, in denen ein Einwanderer dem Aufnahmeland die im Allgemeinen erforderlichen offiziellen Dokumente seines Heimatlandes nicht zur Verfügung stellen kann, sollte das Aufnahmeland jegliches Dokument akzeptieren, das der Einwanderer sich beschaffen kann und das den gesetzlichen Anforderungen des Aufnahmelandes entspricht; und dass in Bezug auf die Papiere, die einem unfreiwilligen Auswanderer von dem Aufnahmeland, in dem er sich aufhält, anstelle eines Passes ausgestellt werden können, die zahlreichen internationalen Abkommen berücksichtigt werden sollen, die die Ausstellung eines als Reisepass geltenden Reisedokuments vorsehen, sowie die Vorteile ihrer umfassenderen Anwendung.

- f) Dass die nächste Tagung des Comité intergouvernemental in London stattfinden wird und die an der Tagung in Evian teilnehmenden Regierungen ihre Vertreter hierfür benennen. Dieses Komitee wird die Fortsetzung und Weiterentwicklung des Werks der intergouvernementalen Konferenz von Evian zur Aufgabe haben; es wird sich wie folgt zusammensetzen und auf folgende Weise funktionieren: An seiner Spitze ein Vorsitzender und vier stellvertretende Vorsitzende; ein vom Comité intergouvernemental ermächtigter Direktor, der nach den Richtlinien des Komitees handelt. Er wird Verhandlungen zur Verbesserung der derzeitigen Situation mit dem Ziel führen, den derzeitigen Exodus durch eine geordnete Auswanderung zu ersetzen. Er wird sich mit den Regierungen der Asyl- und Niederlassungsländer in Verbindung setzen, um die Möglichkeit einer dauerhaften Niederlassung der Emigranten zu verbessern. Das Comité intergouvernemental erkennt den Wert der bisher für Flüchtlinge geleisteten Arbeit des Völkerbundes sowie die von der Internationalen Arbeitsorganisation durchgeführten Studien über Migration an und wird eng mit diesen Gremien zusammenarbeiten; während der Londoner Tagung wird es prüfen, wie sich die Zusammenarbeit des Komitees und des Direktors mit diesen Gremien im Konkreten gestalten kann. Das Comité intergouvernemental wird auf seiner nächsten Tagung in London des Weiteren prüfen, wie die anfallenden Ausgaben auf die teilnehmenden Regierungen verteilt werden können;
9. Dass die erste Sitzung des Comité intergouvernemental in seiner zukünftigen Zusammensetzung am 3. August 1938 in London abgehalten werden wird.

ERINNERUNGEN AN ÉVIAN

Golda Meir

Golda Meir (1898-1978) nahm als «jüdische Beobachterin aus Palästina» an der Konferenz in Évian teil. Später war Meir Aussenministerin (1956-1966) und Ministerpräsidentin (1969-1974) Israels. In ihren 1975 erschienenen Erinnerungen blickte sie auch auf die Konferenz von Évian zurück und beschrieb eindrücklich, welche Wut sie angesichts der Teilnahmslosigkeit der Vertreter der Staaten empfunden hatte.

QUELLE 1 MEIN LEBEN

Meir, Golda: Mein Leben, Hamburg 1975, S. 157-159.

Obwohl die Frage der Einwanderung sich für die Juden Europas schnell zu einer Sache von Leben oder Tod entwickelte, schienen wir das einzige Volk auf der Welt zu sein, das dies begriff. Aber wer hörte auf uns? Was waren wir schon? Ein paar hunderttausend Juden in einer kleinen Ecke des Nahen Ostens zusammengedrängt, die nicht über ihr Schicksal bestimmen konnten. Wir gehörten nicht einmal ganz zum britischen Empire. Wir hatten nicht das geringste Recht, zu den Juden Europas zu sagen: «Kommt zu uns, bevor es zu spät ist.» Die Briten dagegen besaßen die Schlüssel zu den Toren des jüdischen Heimatlandes. Sie konnten sie schliessen – ohne Rücksicht auf das, was sich vorbereitete.

Wenn Palästina jedoch für die Juden Europas verschlossen sein würde, wie verhielten sich die anderen Länder? Im Frühjahr 1938 wurde ich zur Internationalen Konferenz für Flüchtlingsfragen entsandt, die von Franklin D. Roosevelt nach Evian-les-Bains einberufen worden war. Ich nahm daran in der lachhaften Eigenschaft als «jüdische Beobachterin aus Palästina» teil und sass nicht einmal bei den Delegierten, sondern bei den Zuhörern, obwohl die Flüchtlinge, über die diskutiert wurde, meine eigenen Landsleute waren, Angehörige meiner jüdischen Familie, nicht unbequeme Zahlen, die man in amtlichen Statistiken verstecken konnte. Es war ein schreckliches Erlebnis, dort in dem prächtigen Saal zu sitzen und zuzusehen, wie die Delegierten von zweiunddreissig Ländern sich nacheinander erhoben und erklärten, sie hätten gern eine beträchtliche Zahl von Flüchtlingen aufgenommen, seien jedoch dazu bedauerlicherweise nicht imstande. Nur wer ähnliches durchgemacht hat, kann verstehen, welche Gefühle mich in Evian



Golda Meir, 1973.

erfüllten – eine Mischung aus Kummer, Wut, Frustration und Grauen. Am liebsten wäre ich aufgesprungen und hätte geschrien: «Wisst ihr nicht, dass diese ‚Nummern und Zahlen‘ menschliche Wesen sind, Menschen, die vielleicht den Rest ihres Lebens in Konzentrationslagern verbringen oder in der Welt herumziehen müssen wie Lep-rakranke, wenn ihr sie nicht aufnehmt?» Natürlich wusste ich damals nicht, dass nicht Konzentrationslager, sondern Todeslager die heimatlosen Flüchtlinge erwartete. Hätte ich das gewusst, dann wäre es mir nicht möglich gewesen, schweigend eine Stunde nach der anderen dabeizusitzen und mich diszipliniert und höflich zu verhalten.

Einmal dachte ich an die Sozialistische Internationale, die ich ein Jahr zuvor besucht hatte. Dort war ich Zeuge gewesen, wie die spanische Delegation schluchzend um

Hilfe zur Rettung Madrids flehte. Alles, was Ernest Bevin in dieser Lage zu sagen wusste, war: «Die britische Labour Party ist nicht bereit, für euch in den Krieg zu ziehen.» Viel später sollte ich erfahren, was sozialistische Brüderlichkeit bedeuten kann. Aber in Evian wurde mir klar, dass es nicht genügt, wenn ein schwaches Volk beweist, wie gerecht seine Forderungen sind. Ich fühlte mich damals wie in Russland als kleines Mädchen, das voller Angst die Hufe der Kosakenpferde durch die Stadt donnern hörte.

Auf die Frage «Sein oder Nichtsein» muss jede Nation ihre eigene Antwort geben. Die Juden sollten nicht davon abhängig sein, dass ihnen irgendjemand Erlaubnis erteilt, am Leben zu bleiben. Seit 1938 ist mit der Welt, mit dem Jishuw und mit mir selbst Entscheidendes geschehen – wir haben Schreckliches erlebt. Aber heute hört man nirgends mehr die Worte «jüdische Flüchtlinge», denn der jüdische Staat ist bereit und imstande, jeden Juden, der in ihm leben will – ob gelernte Arbeiter oder nicht, ob alt oder jung, krank oder gesund –, aufzunehmen.

In Evian bekam ich nichts als Phrasen zu hören, doch bevor ich abreiste, gab ich eine Pressekonferenz. Wenigstens die Journalisten sollten hören, was ich zu sagen hatte. Mit ihrer Hilfe konnten wir die Weltöffentlichkeit erreichen und versuchen, ihre Aufmerksamkeit auf uns zu lenken. «Es gibt nur eines, was ich noch erleben möchte, bevor ich sterbe: dass mein Volk keine Mitleidsbekundungen mehr braucht», sagte ich den Leuten von der Presse.

Im Mai beschlossen die Briten, trotz der wachsenden Verfolgung und Ermordung von Juden in Deutschland und Österreich, es sei an der Zeit, die Tore Palästinas endgültig zuzuschlagen. Die Regierung Chamberlain gab dem arabischen Druck auf ähnliche Weise nach wie den Nazis.

DAS «SCHICKSALSJAHR» 1938

Die Tagebücher von Luise Solmitz und Ruth Maier

Vivien Mikos

Die Reichsvertretung der Juden in Deutschland bezeichnete 1938 als «historischen Wendepunkt»¹ für das Schicksal der Juden, da die antisemitischen Vorgänge und Massnahmen in diesem Jahr zunehmend brutalere Formen angenommen hatten.² Im Deutschen Reich und ab März 1938 auch im «angeschlossenen» Österreich erhöhte sich die Zahl antijüdischer Massnahmen in diesem Jahr rapide. Die antisemitischen Aktionen reichten von Zerstörung von Geschäften und Eigentum über Enteignung von Vermögen, Massenverhaftungen bis hin zu körperlicher Gewalt und Mord. Das Jahr 1938 erreichte seinen negativen Höhepunkt in der Nacht vom 9. auf den 10. November.³ Nach den Novemberpogromen waren nahezu alle jüdischen Einrichtungen geschlossen oder zerstört worden. Avraham Barkai fasst die antisemitischen Ausschreitungen von 1938 unter dem Begriff des «Schicksalsjahres» zusammen.⁴ Die Emigrationsrate stieg rasant an.⁵ Aus Deutschland emigrierten 1938 etwa 40'000, aus dem annektierten Österreich etwa 60'000 Juden.⁶ Chaim Weizmann, der Präsident der World Zionist Organization, beschrieb die Situation der Juden im Jahr 1939 mit den Worten: «In diesem Teil der Welt [Ost- und Mitteleuropa] leben sechs Millionen Juden,... für die sich die Welt aufteilt in nicht bewohnbare und nicht betretbare Orte.»⁷

1 Gross, Raphael: November 1938. Die Katastrophe vor der Katastrophe, München 2013, S. 65.

2 Vgl. Gross: November 1938, S. 9.

3 Vgl. Guttermann, Bella; Shalev, Avner (Hg.): Zeugnisse des Holocaust. Gedenken in Yad Vashem, Yad Vashem 2005. S. 56f.

4 Vgl. Barkai, Avraham: «Schicksalsjahr 1938». Kontinuität und Verschärfung der wirtschaftlichen Ausplünderung der deutschen Juden, in Büttner, Ursula (Hg.): Das Unrechtsregime, Bd. 2, Hamburg 1986, S. 45-68.

5 Vgl. Gross: November 1938, S.66-67.

6 Vgl.ebd.

7 Guttermann, Bella; Shalev, Avner (Hg.): Zeugnisse des Holocaust. Gedenken in Yad Vashem, Yad Vashem 2005, S. 65.

DAS «ZEITALTER DES TAGEBUCHES»⁸ – REFLEKTIERTER UND KRITISCHER UMGANG MIT TAGEBÜCHERN

Der Historiker Frank Bajohr bezeichnet die NS-Zeit auch als «Zeitalter des Tagebuchs». Tagebücher stellen eine Möglichkeit zur «Vergegenwärtigung, Reflexion und Erklärung»⁹ dar. Deshalb erscheint es plausibel, dass in einer gleichgeschalteten Gesellschaft, die auf ein starkes Freund-Feind-Denken ausgelegt ist, vermehrt Tagebücher geschrieben wurden. Ein entscheidendes Auswahlkriterium für ein Tagebuch als Hauptquelle ist, dass es sich um ein zeitgenössisches Selbstzeugnis handelt.¹⁰ Im Gegensatz zu Erinnerungen und Interviews sind Tagebücher in der Regel nicht von «so starker Überformung der Erinnerungskonstruktion»¹¹ betroffen. Die Tagebucheinträge werden ohne Einflüsse der folgenden Geschehnisse formuliert. Sie sind darüber hinaus ungefilterte Berichte, die nicht zwangsläufig mit der Intention verfasst worden sind, später gelesen zu werden, um historische Zusammenhänge nachzuvollziehen. Ausserdem sind Tagebücher meist etwas sehr Persönliches und Individuelles, weshalb sie sich stark in Aufmachung und Intention unterscheiden können. So können sie der Verarbeitung persönlicher Gedanken und Gefühle oder der späteren Erinnerungen an politische Abläufe dienen. Sie können als «Dokumente des inneren Widerstandes»¹², als «Medium der inneren Emigration»¹³ oder auch als «Literatur des Kerkers»¹⁴ verfasst worden sein. Letzteres erscheint als besonders plausibel für die NS-Zeit: Das Tagebuch stellte eine Art letztes Medium zum freien Gedankenaustausch dar. Besonders Frauen schrieben Tagebücher, «um sich in einer Welt, in der alles aus den Fugen geraten war, ihrer selbst zu vergewissern, nicht aufzugeben und weiterzumachen.»¹⁵ Bei der Interpretation von Tagebüchern ist ein methodisch-reflektierter Umgang unumgänglich, der individuelle Aussagen der Autorinnen nicht uneingeschränkt generalisiert.¹⁶ Verallgemeinerungen werden erst dann möglich, wenn sich Aussagen wiederholen oder durch zusätzliche Quellen belegen lassen. Die Leser von Tagebüchern sollten stets berücksichtigen, dass sie keine abgeschlossene Geschichtserzählung

8 Bajohr, Frank: Das «Zeitalter des Tagebuchs». Subjektive Zeugnisse aus der NS-Zeit, in: ders.; Steinbacher, Sybille (Hg.): Tagebücher und persönliche Zeugnisse aus der Zeit des Nationalsozialismus und des Holocaust, Göttingen 2015, S. 7-22, hier S.7.

9 Ebd., S.7.

10 Vgl. Steuwer, Janosch: «Ein Drittes Reich wie ich es auffasse». Politik, Gesellschaft und privates Leben in Tagebüchern 1933-39, Göttingen 2017, S. 22.

11 Bajohr: Das «Zeitalter des Tagebuchs», S. 9.

12 Blum, Lothar: Das Tagebuch zum Dritten Reich. Zeugnisse der inneren Emigration von Jochen Klepper bis Ernst Jünger, Bonn 1991, S. 24.

13 Görner, Rüdiger: Das Tagebuch. Eine Einführung, München 1986, S. 23.

14 Bajohr: Das «Zeitalter des Tagebuchs», S. 8.

15 Hämmerle, Christa: (Über-)Leben in einer «nicht privilegierten Mischehe». Das Tagebuch der Therese Lindenberger (1938-1946). Beitrag zum Themenschwerpunkt «Europäische Geschichte – Geschlechtergeschichte», in: Themenportal Europäische Geschichte, 2012, online in: www.europa.clio-online.de/essay/id/artikel-3620. (Stand: 13.4.19)

16 Vgl. Steuwer: «Ein Drittes Reich wie ich es auffasse», S. 22.

vorliegen haben und die häufigsehr emotionale Schilderung auf Plausibilität, Vollständigkeit, Beschönigungen, besondere Stilisierungen oder mögliche Auslassung prüfen sollen.¹⁷ Bei allen Bemühungen, einen Einblick in die Gefühle und Gedanken der Betroffenen zu ermöglichen, soll die Aussage der Emigrantin Charlotte Beradt nicht vergessen werden:

«Wie es wirklich war, wollen Sie wissen. Sie werden es nie erfahren. Niemand wird es je erfahren. Niemand wird es sich vorstellen können, der nicht Ähnliches erlebt hat.»¹⁸

DIE TAGEBÜCHER DER LUISE SOLMITZ – LEBEN IN EINER «PRIVILEGIERTEN MISCHEHE»

Luise Stephan wurde am 25. Mai 1889 in eine sozial gut gestellte Kaufmannsfamilie in Altona geboren. Ihr Vater war bekennender Antisemit und gab seine Einstellung an seine Tochter weiter. Er ermöglichte ihr den Besuch einer höheren Mädchenschule. Nach ihrer Ausbildung zur Lehrerin lernte sie den älteren Friedrich Wilhelm Solmitz kennen. 1920 bekam das unverheiratete Paar die Tochter Gisela. Zu diesem Zeitpunkt kannte Luise die jüdische Herkunft ihres Geliebten noch nicht, der sie, wie sie nachträglich erfuhr, wegen dieser zuerst nicht heiraten wollte. ZurZeit der Machtübernahme durch die Nationalsozialisten lebte die Familie in einer Hamburger Villa und betätigte sich aktiv in vielen (zum Teil nationalsozialistischen) Vereinen.¹⁹ Erst durch einen Fragebogen, den Tochter Gisela im Mai 1933 aus der Schule mitbrachte, offenbarte sich Friedrich gegenüber Luise. Sie entschieden sich, den Weg gemeinsam zu gehen.²⁰ Sie lebten in einer Mischehe, wobei diese durch die nichtjüdische Erziehung ihrer Tochter als ‚privilegiert‘ galt.²¹ Luisens Mann entschied sich auch, aus allen Vereinen auszutreten. Aufgrund seines Militärdienstes im Ersten Weltkrieg, seines freiwilligen Rücktritts und der Mischehe mit Luise gelang es, dass er nicht deportiert wurde. Ende 1943 wurde er trotz Kriegsverletzungen zur Zwangsarbeit herangezogen. Nach Kriegsende konnten sie ihr Leben langsam wiederaufbauen und Luise ihrer Arbeit als Lehrerin nachgehen.

¹⁷ Vgl. ebd., S. 25.

¹⁸ Kreis, Gabriele: *Frauen im Exil. Dichtung und Wirklichkeit*, Düsseldorf 1984, S. 31.

¹⁹ Vgl. Meyer, Beate: «Ich schlüpfte unbeachtet wie eine graue Motte mit durch.» *Die Wandlung der Luise Solmitz zwischen 1933 und 1945 im Spiegel ihrer Tagebücher*, in: Bajohr, Frank; Steinacher, Sybille (Hg.): «Zeugnis ablegen bis zum letzten». *Tagebücher und persönliche Zeugnisse aus der Zeit des Nationalsozialismus und des Holocaust*, Göttingen 2015, S. 61-80, hier S. 64.

²⁰ Vgl. Meyer: «Ich schlüpfte unbeachtet wie eine graue Motte mit durch.», S. 62f.

²¹ Vgl. Hilberg, Raul: *Täter, Opfer, Zuschauer. Die Vernichtung der Juden 1933-1945*, Frankfurt am Main 1992, S. 149. Eine ‚privilegierte‘ Mischehe bestand dann, wenn einer der Ehepartner als «arisch» angesehen und die gemeinsamen Kinder im nichtjüdischen Glauben erzogen wurden.

Auffällig an diesem Tagebuch ist der starke politische Bezug. Luise Solmitz berichtete über neue Gesetze, politische Massnahmen und schilderte die Reaktionen, so beispielsweise zur Anmeldepflicht von jüdischem Vermögen vom April 1938. (*Quelle!*) Im gleichen Jahr kommentierte sie die Einführung der Zwangsvornamen für Juden. (*Quellen 2 und 3*) Einschneidende Erlebnisse waren die Novemberpogrome 1938 und die folgenden Verordnungen «zur Ausschaltung der Juden aus dem deutschen Wirtschaftsleben» (*Quelle 4*) und «über eine Sühneleistung der Juden deutscher Staatsangehörigkeit» (*Quelle 5*). Neben der politischen Aufarbeitung erfüllte ihr Tagebuch die Funktion, ihr kulturelles und historisches Gedächtnis zu stützen, als ‚Klagemauer für Eheprobleme‘ und als Möglichkeit, sich ihrer eigenen Ideologien und Prinzipien zu vergewissern.²² Ihre Tagebücher spiegeln ab 1933 die Entwicklung von einer «Deutschnationalen» zu einer «NS-Anhängerin», die den nationalsozialistischen Aufstieg bejubelte, wider. Dies hielt so lange an, bis sie an den gesellschaftlichen Rand gedrängt wurde, wo sie zunächst noch versuchte, ihre Ideologie aufrechtzuerhalten, was ihr langfristig aber nicht mehr gelang.²³ Sie konnte sich immer weniger mit der Regierung identifizieren, bis sie im November 1938 begann, sich vollständig abzuwenden (*Quelle 6*). Kurz vor Kriegsende entschied sie, die Hakenkreuzfahne, die sie lange Zeit gehisst hatte, zu verbannen.²⁴ Solmitz übergab ihre Tagebücher an das Staatsarchiv Hamburg mit der Intention, auf ihre Geschichte und ihren langwierigen Erfahrungsprozess aufmerksam zu machen.²⁵ Am 8. Mai 1945 notierte sie: «Nie hat sich ein Volk mit grösserer Begeisterung für eine schlechte Sache eingesetzt.»²⁶

DIE TAGEBÜCHER DER RUTH MAIER – EIN JUNGES MÄDCHEN AUS WIEN AUF DER FLUCHT

«Man unterdrückt Menschen wegen ihrer Meinungen. Man schlägt andere tot, um das Vaterland zu verteidigen. Man straft nicht, man schlägt keine Menschen, weil sie sind, was sie sind. Weil sie jüdische Grosseltern haben. Das ist etwas Geisteschwaches, etwas Idiotisches. Das ist zum Verrücktwerden.»²⁷

²² Vgl.: Meyer: «Ich schlüpfte unbeachtet wie eine graue Motte mit durch.», S. 76.

²³ Vgl. ebd.

²⁴ Vgl. Latzel, Klaus; Mailänder, Elissa; Maubach, Franka: Geschlechterbeziehungen und «Volksgemeinschaft». Zur Einführung, in: Latzel, Klaus; Mailänder, Elissa; Maubach, Franka (Hg.): Geschlechterbeziehung und Volksgemeinschaft, Göttingen 2018, S. 9-27, hier S. 9.

²⁵ Vgl. ebd. und Meyer: «Ien schlüpfte unbeachtet wie eine graue Motte mit durch.», S. 61f.

²⁶ Bajohr: Das «Zeitalter des Tagebuches», S. 76.

²⁷ Tagebucheintrag vom 29.11.1942 aus Oslo, in: Void, Jan Erik (Hg.): «Das Leben könnte gut sein.» Tagebücher 1933 bis 1942, München 2008, S. 519.

Die junge Jüdin beschreibt in ihren Tagebüchern ihr Leben als Mädchen im nationalsozialistischen Österreich (*Quelle 8*), die Trennung ihrer Familie und ihre eigene einsame Flucht in das vermeintlich sichere Norwegen. Am 10. November 1920 wurde sie in Wien geboren. Dort lebte sie als säkulare Jüdin und bezeichnete sich ab 1926 selbst nicht mehr als Mitglied der jüdischen Glaubensgemeinschaft.²⁸ Ihren Vater verlor das Mädchen bereits im Alter von 13 Jahren. Nach dem «Anschluss» Österreichs (*Quelle 7*) gab es für sie keine Möglichkeit mehr, zur Schule zu gehen, und die Familie musste die moderne Wohnung verlassen.²⁹ Grund war eine Massenkündigungsaktion von 2'000 Mietverhältnissen zum 31. Juli 1938. Die Familie musste zu einem Freund in ein sogenanntes «Judenviertel» ziehen, in dem es nach Ruths Berichten regelmässig zu Verhaftungen, Schikanen und Plünderungen gekommen ist. Die Reichspogromnacht und die Zuspitzung der antisemitischen Ausschreitungen Ende 1938 erlebte das Mädchen in der Nacht ihres 18. Geburtstages am 10. November (*Quelle 9*). Ihre Mutter reagierte mit dem Versuch, beide Kinder möglichst schnell ausser Landes zu schaffen. Als erstes konnte sie eine Fluchtmöglichkeit für die jüngere Tochter Judith organisieren, die am 9. Dezember 1938 mit einem Kindertransport nach Grossbritannien floh. Diese Kindertransporte wurden durch vereinfachte Einreisebestimmungen für Kinder unter anderem nach Grossbritannien ermöglicht. Dahinter stand die Organisation Movement for the Care of Children from Germany.³⁰ Insgesamt konnten 7 842 Kinder jüdischen Glaubens nach Grossbritannien gebracht werden. Ein Drittel der Kinder kamen aus Österreich.³¹ Ruth war mit 18 Jahren zu alt für einen solchen Transport. Sie konnte mit Hilfe von Freunden der Mutter Ende Januar 1939 zu einer Familie nach Norwegen ziehen. Nach dem Abitur arbeitete sie freiwillig für den norwegischen Frauendienst und verdiente Geld mit kunsthandwerklicher Arbeit.³² Ihre Grossmutter und Mutter konnten Judith am 29. April 1939 nach Grossbritannien folgen, aber alle Versuche, Ruth auch nach Grossbritannien zu holen, scheiterten. Mit der Kapitulation der norwegischen Streitkräfte am 10. Juni 1940 änderte sich die Situation erneut. Das Quisling-Regime ordnete sofortige Massnahmen zur Erfassung der in Norwegen lebenden Juden an.³³ Ruth Maier erhielt im März 1942 einen Fragebogen. Sie gab als gegenwärtige Religionszugehörigkeit: keine und als

28 Vgl. Void: «Das Leben könnte gut sein», S. 8.

29 Vgl. ebd., S. 9.

30 Vgl. Curio, Claudia: Verfolgung, Flucht, Rettung. Die Kindertransporte 1938/1939 nach Grossbritannien, Berlin 2006, S. 9.

31 Vgl. Curio: Verfolgung, Flucht, Rettung, S. 77.

32 Vgl. Void: «Das Leben könnte gut sein», S. 7.

33 Vgl. Schreiber, Gerhard: Der zweite Weltkrieg, München 2002, S. 30.

frühere Religionszugehörigkeit: mosaisch durch Geburt an.³⁴ Am 26. November 1942 wurde sie bei einer gross angelegten Razzia mit 300 Polizisten, Gestapo-Männern und Hirden³⁵ verhaftet. Eine Augenzeugin berichtete, dass ein junges Mädchen Ruth anbot, ihren Schmuck zu verwahren «bis sie wiederkommt», worauf Ruth ihr antwortete: «Ich werde nie zurückkommen.»³⁶

Auf dem Truppentransportschiff ‚DONAU‘ wurde sie nach Stettin und von dort nach Auschwitz deportiert. Bei der Ankunft wurde sie gemeinsam mit 166 Männern, 188 Frauen und 42 Kindern als nicht arbeitsfähig eingestuft und in einer Gaskammer getötet.³⁷ Sie starb am 1. Dezember 1942 mit 22 Jahren. Während ihre Schwester, Mutter und Grossmutter in Grossbritannien überlebt haben, wurden alle Geschwister ihres Vaters und der Bruder ihrer Mutter in Konzentrationslagern ermordet.³⁸ Heute steht ihr Name auf einem Mahnmal für jüdische Kriegsoffer auf dem Ostfriedhof in Oslo und auf einer Erinnerungstafel der Kunst- und Handwerksschule.³⁹

Seit 2014 sind ihre Tagebücher Teil des UNESCO-Weltdokumentenerbes. Das Schreiben ihrer Tagebücher begann Ruth Maier im Alter von 13 Jahren. In ihren Einträgen finden sich nicht nur Alltagsschilderungen, sondern auch selbstverfasste Prosatexte, Traumdeutungen, Zeichnungen oder Landkarten.⁴⁰ Darüber hinaus spielt die Österreicherin eine entscheidende Rolle in der norwegischen Geschichtspolitik, auf die am Holocaustgedenktag 2012 der norwegische Ministerpräsident hinwies, indem er betonte, dass der Mord an ihr einer von vielen durch das NS-Regime gewesen sei, dass aber auch dieser Mord habe nur mit Hilfe der norwegischen Bevölkerung stattgefunden.⁴¹ Bis heute gilt das für viele immer noch unbekannte Mädchen als: «norwegische Anne Frank.»⁴²

34 Vgl. Garscha, Winfried: Ruth Maier (1920-1942): Wien – Oslo – Auschwitz, online in: <http://www.doew.at/erinnern/biographien/spurensuche/ruth-maier-1920-1942-wien-oslo-auschwitz> (Stand: 22.1. 2019)

35 Hirden waren eine norwegische paramilitärische Organisation, die nach dem Vorbild der SA gegründet wurden.

36 Garscha: Ruth Maier.

37 Vgl. Void: «Das Leben könnte gut sein», S. 7

38 Vgl. ebd., S. 9.

39 Vgl. ebd., S. 8.

40 Vgl. Dewitz, Claudia: Identität, Emanzipation und Sexualität in den Tagebüchern von Ruth Maier, Norderstedt 2009, S. 3.

41 Vgl. Garscha: Ruth Maier.

42 Ebd.

**QUELLE 1 | 27. APRIL 1938 – TAGEBUCHEinTRAG
LUISE SOLMITZ – VERMÖGENSANMELDUNG**

Heim, Susanne u.a. (Hg.): Die Verfolgung und Ermordung der europäischen Juden durch das nationalsozialistische Deutschland 1933-1945. Deutsches Reich 1938-August 1939, Bd. 2, München 2009, S. 141-142.

27. April

1938 «Anmeldepflicht für Judenvermögen über 5'000 RM. Der Beauftragte für den Vierjahresplan kann die Massnahmen treffen, die notwendig sind, um den Einsatz des anmeldepflichtigen Vermögens in Einklang mit den Belangen der deutschen Wirtschaft sicherzustellen.» Das heisst: Enteignung. – Termin der Anmeldung: 30. Juni. Anmeldepflicht auch für nichtjüdische Ehegatten. «Zum Vermögen gehören nicht: bewegliche Gegenstände, die ausschliesslich zum persönlichen Gebrauch des Anmeldepflichtigen bestimmt sind und der Hausrat, soweit sie nicht Luxusgegenstände sind.»

So ist unser Haus «Vermögen». Unsere Hypothek, bei Frau W. in guten Händen, wird nach Gutdünken angelegt. Was wollen wir jammern. Was nützt es. Wir gehen alle unseren Weg. Wie ich mir früher wohl mein Leben gedacht habe. Solche Schwierigkeiten konnte meine Seele nicht ahnen. Outcast, outlaw... das ist eben doch das Glück für uns beide,⁴³ das Reich, das uns doch bleiben muss.

**QUELLE 2 | 24. AUGUST 1938 – TAGEBUCHEinTRAG LUISE SOLMITZ –
EINFÜHRUNG DER ZWANGSVORNAMEN FÜR JUDEN**

Heim, Susanne u.a. (Hg.): Die Verfolgung und Ermordung der europäischen Juden durch das nationalsozialistische Deutschland 1933-1945. Deutsches Reich 1938-August 1939, Bd. 2, München 2009, S. 272.

24. August

1938 Anruf... «Und wie geht es Ihnen?» Es ist so bitter, sagen zu müssen «Danke, gut!», wenn man ums nackte Leben kämpft und nicht mehr Achtung geniessen soll als ein Zuchthäusler.

Und abends fiel dann auch der neue Schlag, auf den wir warteten.

Fr.⁴⁴ ganz blass und still, dann sagt er es mir.

Deutsche, nur deutsche Vornamen, ein paar eingebürgerte eingeschlossen.

⁴³ Im Original ist in diesem Halbsatz hinter «das» «(es)» und hinter «doch» «(dennoch)» eingefügt.

⁴⁴ Gemeint ist Friedrich Wilhelm, der Ehemann von Luise Solmitz.

Aber Juden jüdische. – Ich sagte vorher: «Pass auf, sie schreiben sie vor!» Und so kam es auch. Nicht Jonas, Josua, Benjamin, die sich ertragen liessen, sondern furchtbarste, kaum gekannte, zum Teil beleidigende Namen, und was für Fr. in Betracht kommt, wer andere Vornamen hat, muss ihnen, als Mann: Israel, als Frau: Sarah hinzufügen. Man weiss gar nicht, was man sagen soll. Jede amtliche Unterschrift muss so geleistet werden: so stehts im Fernsprechverzeichnis, im Adressbuch, im Girokonto.

Fr. schrieb sogleich an den Minister des Inneren Frick, bat ihn, davon verschont zu bleiben, gab seine Gründe an. Wer weiss, ob das nicht noch als Auflehnung gilt?...

Hitler und Horthy in Hamburg.⁴⁵ – Herr v.Z. hatte sie gesehen. Hitler, ganz gegen seine Gewohnheiten, wohl um des Gastes willen, tief im Wagen.

**QUELLE 3 | 17. AUGUST 1938 – ZWEITE VERORDNUNG ZUR DURCHFÜHRUNG
DES GESETZES ÜBER DIE ÄNDERUNG DER FAMILIENNAMEN UND
VORNAMEN**

RGBl. 1938I, S. 1044.

**Zweite Verordnung
zur Durchführung des Gesetzes über die
Änderung von Familiennamen und Vornamen.
Vom 17. August 1938.**

Aufgrund des § 13 des Gesetzes über die Änderung von Familiennamen und Vornamen vom 5. Januar 1938 (Reichsgesetzbl. I S. 9) wird folgendes verordnet:

§ 1

Juden dürfen nur solche Vornamen beigelegt werden, die in den vom Reichsminister des Inneren herausgegebenen Richtlinien über die Führung von Vornamen aufgeführt sind.

Abs. 1 gilt nicht für Juden, die eine fremde Staatsangehörigkeit besitzen.

§2

Soweit Juden andere Vornamen führen, als die nach § 1 beigelegt werden dürfen, müssen sie vom 1. Januar 1939 ab zusätzlich einen weiteren Vornamen annehmen und zwar männliche Personen den Vornamen Israel, weibliche Personen den Vornamen Sara.

⁴⁵ Der ungar. Reichsverweser Miklos Horthy war vom 21. bis 26.8.1938 auf Staatsbesuch in Deutschland. Am 24.8.1938 reiste Hitler mit Horthy, einst Admiral der k.u.k. Marine, nach Hamburg.

Wer nach Abs. 1 einen zusätzlichen Vornamen annehmen muss, ist verpflichtet, hiervon innerhalb eines Monats seit dem Zeitpunkt, von dem ab er den zusätzlichen Vornamen führen muss, dem Standesbeamten, bei dem seine Geburt und seine Heirat beurkundet sind, sowie der für seinen Wohnsitz oder gewöhnlichen Aufenthaltsort zuständigen Ortspolizeibehörde schriftliche Anzeige zu erstatten. Ist die Geburt oder die Heirat des Anzeigepflichtigen von einem deutschen diplomatischen Vertreter oder Konsul oder in einem deutschen Schutzgebiet beurkundet, so ist die dem Standesbeamten zu erstattende Anzeige an den Standesbeamten des Standesamtes I in Berlin zu richten. Hat der Anzeigepflichtige seinen Wohnsitz oder gewöhnlichen Aufenthalt im Ausland, so ist die im Abs. 2 Satz 1 vorgesehene Anzeige an Stelle der Ortspolizeibehörde dem zuständigen deutschen Konsul zu erstatten.

Bei geschäftsunfähigen und in der Geschäftsfähigkeit beschränkten Personen trifft die Verpflichtung zur Anzeige der gesetzliche Vertreter.

§3

Sofern es im Recht- und Geschäftsverkehr üblich ist, den Namen anzugeben, müssen Juden stets auch wenigstens einen ihrer Vornamen führen. Sind sie nach § 2 zur Annahme eines zusätzlichen Vornamens verpflichtet, ist auch dieser Vorname zu führen. Die Vorschriften für die Führung einer Handelsfirma werden hierdurch nicht berührt.

§4

Wer der Vorschrift des § 3 vorsätzlich zuwiderhandelt, wird mit Gefängnis bis zu sechs Monaten bestraft. Beruht die Zuwiderhandlung auf Fahrlässigkeit, so ist die Strafe Gefängnis bis zu einem Monat.

Wer die im § 2 vorgeschriebene Anzeige vorsätzlich oder fahrlässig unterlässt, wird mit Geldstrafe oder mit Gefängnis bis zu einem Monat bestraft.

Berlin, den 17. August 1938.

Der Reichsminister des Inneren
In Vertretung Dr. Stuckart
Der Reichsminister der Justiz
Dr. Gürtner⁴⁶

⁴⁶ Dr. Franz Gürtner (1881-1941), Jurist; von 1909 an im bayer. Justizministerium tätig, 1922-1932 bayer. Justizminister, sorgte für die Aufhebung des NSDAP-Verbots, 1932-1941 Reichsjustizminister; 1937 NSDAP-Eintritt; Hrsg. u.a. von «Das kommende deutsche Strafrecht» (1934).

QUELLE 4 | 12. NOVEMBER 1938 – VERORDNUNG ZUR AUSSCHALTUNG DER
JUDEN AUS DEM DEUTSCHEN WIRTSCHAFTSLEBEN

RGBl. 1938I, S. 1580.

**Verordnung zur Ausschaltung der Juden aus dem Wirtschaftsleben.
vom 12. November 1938.**

Auf Grund der Verordnung zur Durchführung des Vierjahresplans vom 18. Oktober 1936 (Reichsgesetzbl. I S. 887) wird folgendes verordnet:

§1

Juden (§ 5 der Ersten Verordnung zum Reichsbürgergesetz vom 14. November 1935 – Reichsgesetzbl. I S. 1333) ist vom 1. Januar 1939 ab der Betrieb von Einzelhandelsverkaufsstellen, Versandgeschäften oder Bestellkontoren sowie der selbstständige Betrieb eines Handwerks untersagt.

Ferner ist ihnen mit Wirkung vom gleichen Tage verboten, auf Märkten aller Art, Messen oder Ausstellungen Waren oder gewerbliche Leistungen anzubieten, dafür zu werben oder Bestellungen darauf anzunehmen.

Jüdische Gewerbebetriebe (Dritte Verordnung zum Reichsbürgergesetz vom 14. Juni 1938 – Reichsgesetzbl. I S. 627), die entgegen diesem Verbot geführt werden, sind polizeilich zu schliessen.

§2

Ein Jude kann vom 1. Januar 1939 ab nicht mehr Betriebsführer im Sinne des Gesetzes zur Ordnung der nationalen Arbeit vom 20. Januar 1934 (Reichsgesetzbl. I S. 45) sein.

Ist ein Jude als leitender Angestellter in einem Wirtschaftsunternehmen tätig, so kann ihm mit einer Frist von sechs Wochen gekündigt werden. Mit Ablauf der Kündigungsfrist erlöschen alle Ansprüche des Dienstverpflichteten aus dem gekündigten Verträge, insbesondere auch Ansprüche auf Versorgungsbezüge und Abfindungen.

§3

Ein Jude kann nicht Mitglied einer Genossenschaft sein.

Jüdische Mitglieder von Genossenschaften scheiden zum 31. Dezember 1938 aus.

Eine besondere Kündigung ist nicht erforderlich.

§4

Der Reichswirtschaftsminister wird ermächtigt, im Einvernehmen mit den beteiligten Reichsministern, die zu dieser Verordnung erforderlichen Durchführungsbestimmungen zu erlassen. Er kann Ausnahmen zulassen, soweit diese infolge der Überführung eines jüdischen Gewerbebetriebs in nichtjüdischen Besitz, zur Liquidation jüdischer Gewerbebetriebe oder in besonderen Fällen zur Sicherstellung des Bedarfs erforderlich sind.

Berlin, den 12. November 1938.
Der Beauftragte für den Vierjahresplan
Göring
Generalfeldmarschall

**QUELLE 5 | 12. NOVEMBER 1938 – VERORDNUNG ÜBER EINE
SÜHNELEISTUNG DER JUDEN DEUTSCHER STAATSANGEHÖRIGKEIT**

RGBl. 19381, S. 1579.

Verordnung über eine Sühneleistung der Juden deutscher Staatsangehörigkeit.

Vom 12. November 1938.

Die feindliche Haltung des Judentums gegenüber dem deutschen Volk und Reich, die auch vor feigen Mordtaten nicht zurückschreckt, erfordert entschiedene Abwehr und harte Sühne.

Ich bestimme daher auf Grund der Verordnung zur Durchführung des Vierjahresplans vom 18. Oktober 1936 (Reichsgesetzblatt I, S. 887) das Folgende:

§1

Die Juden deutscher Staatsangehörigkeit in ihrer Gesamtheit wird die Zahlung einer Kontribution von 1'000'000'000 Reichsmark an das Deutsche Reich auferlegt.

§2

Die Durchführungsbestimmungen erlässt der Reichsminister der Finanzen im Benehmen mit den beteiligten Reichsministern.

Berlin, den 12. November 1938
Der Beauftragte für den Vierjahresplan
Göring
Generalfeldmarschall

QUELLE 6 | 10. NOVEMBER-13. NOVEMBER 1938 –
TAGEBUCHETRÄGE DER LUISE SOLMITZ – NOVEMBERPOGROM
UND ANTIJÜDISCHE BESTIMMUNGEN

Heim, Susanne u.a. (Hg.): Die Verfolgung und Ermordung der europäischen Juden durch das nationalsozialistische Deutschland 1933-1945. Deutsches Reich 1938-August 1939, Bd. 2, München 2009, S. 438-441.

10.11.38

Ein böser, böser Tag. Fredy⁴⁷ erfuhr es zuerst beim Grünmann, dass jüdische Geschäfte zerstört und geschlossen seien. Wir gingen zur Stadt, besorgten (etwas). ... Die Leute unheimlich geschäftig, beschäftigt, Gruppen, Zusammenballungen, Sperrungen, all die grossen jüdischen Geschäfte geschlossen, (bei) Robinsohn, Hirschfeld sämtliche Scheiben zertrümmert, ein fortwährendes Scheppern und Klirren. Schweigende, erstaunte und zustimmende Leute. Eine hässliche Atmosphäre. – «Wenn sie drüben unsere Leute totschliessen, dann muss man so handeln», entschied eine ältere Frau.

Um 18 Uhr im Rundfunk: Demonstrationen und Aktionen gegen Juden seien sofort einzustellen. – Die Antwort auf den Mord an Herrn von Rath⁴⁸ werde der Führer auf dem Verordnungswege geben. – Goebbels lässt sagen.

D.h. (Das bedeutet) unser Schicksal läuft unaufhaltsam dem Untergang zu.

An der Synagoge waren fast alle Scheiben zertrümmert, auch das Innere war wohl zerstört. Die Leute sahen durch die Türöffnungen hinein. Polizei stand im Vorgarten. Unablässig zogen die Menschen vorüber. [...] Abends brachten Gisela und ich einen kleinen Hund auf unsere Polizeiwache; ein Jude wurde untersucht, in einer Ecke lag auf einem Stuhl ein totbleicher Mensch. Der kleine Hund beschnupperte den Mann: «Pfui, lass!» sagte der Polizeibeamte zu ihm. «Das ist ein Jude.» [...] Wenn wenigstens die Verordnung gleich herauskäme, die uns vernichtet. Vernichtet, weil ein jüdisch-polnischer Verbrecher mordet. Mit B.'s waren wir drei bei Bassler. Vielleicht war es ganz gut. Aber all die anderen sehen (müssen), unbekümmert, unbeschwert; die meinen gewiss, sie haben Sorgen, ach, was sind die gegen unsere Verzweiflung. Sie gehen nach Hause, schlafen ohne Angst vor morgen und der Zukunft, können die Verordnungen und Gesetze in Ruhe abwarten. Hingegen wir!

Paris meldet aus Nürnberg,⁴⁹ dass, da der Führer dort weile, alle Juden sich bis 18 Uhr auf der Polizei einschreiben lassen und Haus- und Garagenschlüssel abliefern mussten.

⁴⁷ Gemeint ist der Ehemann von Luise Solmitz, Friedrich Wilhelm Solmitz.

⁴⁸ Richtig: Ernst vom Rath.

⁴⁹ Gemeint ist vermutlich ein franz. Radiosender.

– 500 seien verhaftet. In Berlin sollen die Synagogen verbrannt sein. – Polizei und Feuerwehr griffen nicht ein.

Immer dachte ich, nun ist wohl der Gipfel erreicht, siehe da, es war immer nur Vorspiel des nächsten. Nun kommt das Ende.

11.11.38

Der Tag begann mit der Tröstung von Frau Hartmann (der Reinemachfrau):

«Nu is der Bart ab, nu is es aus mit die Juden.»

Ich fürchte, sie wusste schon etwas früh morgens Durchgesagtes, fragte aber nichts, und es war auch nichts.

Trübe, bittere, angstvolle Stimmung. Da hilft kein Mut.

Ich ging mit Gisela zur Stadt; statt der Fenster, Holzverschlüsse, Riesenschäden; stumm wogte die Menge auf und ab. Kein Jude dazwischen.

Abends bei unserem Blockwart wegen der Waffenablieferungen. Denn das lasen Gisela und ich unterwegs: alle Schuss-, Stoss-, Hieb Waffen von Juden müssen binnen 4 Tagen der Polizei abgeliefert werden.

Fredys schönes Jagdgewehr, die Waffen, die er im Felde getragen hat. Ein Bitteres kommt zum anderen, nirgends ein Schimmer von Wohlwollen, von Hoffnung, nirgends ein kleines Aufatmen. Die das nicht trifft, können nicht vermessen, wie glücklich, wie sicher ihr Leben ist. Ihr Eigentum brauchen sie nicht zu umfürchten. Zeitung, Rundfunk, nichts kann sie beunruhigen.

Als ich von der Ablieferung der Waffen las, trieb es mich nach Hause, ich sorgte mich um Fr.,⁵⁰ ich war froh, als wir ihn ... trafen. ... wir wollen sehen, wie weit es sich ertragen lässt. – «Ist es so schwer, etwas früher vom Tisch des Lebens aufzustehen?», lässt Fontane Effi Briest fragen. Ja, es ist schwer für den, den Bande der Liebe halten, der den Wert des Lebens, seine Schönheiten, seinen heiligen Alltag kennt, und (der) sich keiner, keiner staatsbürgerlichen Schuld bewusst ist, der nie seinem Vaterlande untreu wurde.

In Himmlers Verordnung wird für Nichtablieferung der Waffen das KZ und Schutzhaft von 20 Jahren! angedroht.⁵¹

50 Friedrich Wilhelm Solmitz.

51 In der VO gegen den Waffenbesitz der Juden wurde bei Zuwiderhandlung in besonders schweren Fällen mit einer Zuchthausstrafe von bis zu fünf Jahren gedroht.

12.11.38

Ich besorgte im Alsterhaus⁵² Theaterkarten für Gisela und Frau E. und ihre Rita. Ehe ich das Alsterhaus betrat, las ich: «Die Reichsregierung wird antworten – legal aber hart.» – Nie werde ich diese Worte vergessen: legal aber hart. Unser Schicksal ist besiegelt. Ich begreife nicht, dass ich meinen Auftrag im Alsterhaus erledigte. Ich sah nichts von all den bunten Dingen um mich herum. Ich musste Gisela von den Karten sagen, ich rief an, ich vermochte es, von den Theaterkarten zu sprechen; fast versagte mir die Stimme. Dann traf ich wieder mit Fredy zusammen ... und wir gingen zur Gestapo im Stadthaus. Fr.⁵³ hatte den Wortlaut des Waffenerlassens noch nicht gelesen, sonst hätte er den Antrag nicht erst gestellt, seinen Degen aus dem Felde zu behalten und die Pistole. – Die beiden SS-Leute, die uns in einer Halle am Paternoster abfertigten, waren etwas ratlos: «Major a.D.?» Der Beamte oben sagte trocken: «Das ist jetzt ganz vorbei.» – «Und», fügte er hinzu, «wenn ich Ihnen raten soll, liefern Sie alles ab!» – «Das ist selbstverständlich für mich als alten Offizier», erwiderte Fredy.

Eben waren wir zu Hause, wollten noch einmal fort, da klingelte es. Zwei Herrn in Zivil. Fredy sagte: «Luise, die Herren kommen von der Geheimen Staatspolizei.» – «Ja, bitte?», sagte ich ebenso ruhig und war es auch. Als ich mit ins Zimmer trat, sagte der eine der Beamten zu Fredy: «Kann ich Sie allein sprechen?» Ich verliess das Zimmer. – Hörte noch, wie er sagte: «Haben Sie Auszeichnungen?» – «Kriegsauszeichnungen? Ja, eine ganze Menge.» – «Zeigen Sie die Urkunden.» – «Sie waren Flieger?» – «Ja, einer der ersten Fliegeroffiziere Deutschlands und als solcher 50 v.H. dienstbeschädigt.» Bei allem die Losung: Bitte, ganz kurz – Fredy sagte, wir kämen eben von der Gh. Staatspolizei wegen der Waffenablieferung. «Sie haben Waffen?!» – «Eine Masse, als alter Frontoffizier.» – «O, dann liefern Sie sie ja alle ab.» Das sei ganz selbstverständlich, wiederholte Fredy, und ist es auch. «Darf ich nach dem Grund Ihres Besuches fragen?» – «Daraus, dass wir so wieder fortgehen, sehen Sie, dass alles in Ordnung ist.»

Hätten sie ohne die Auszeichnungen Fr. mitgenommen oder doch ihm Platz und Zeit angewiesen, wo er sich einzufinden hätte? Er hat eine böse Viertelstunde durchgekämpft.

In trübster Stimmung, ich wie versteinert vor Angst, fuhren wir zu Wanda, wir hatten uns nun mal da anmeldet.

52 Kaufhaus an der Binnenalster in Hamburg.

53 Friedrich Wilhelm Solmitz.

Unterwegs schrie es uns aus den Zeitungen entgegen: Juden ist der Besuch von Theater, Konzerten, Kinos verboten.

Wir waren keine heiteren Gäste ... Wanda war ganz entsetzt: «Aber Dir, Fr., tun sie doch nichts! Dich geht es doch nichts an!!» Wie ist es möglich, dass man so auf dem Mond lebt. Ich sagte ihr, sie solle sich nicht so schnell um eine Zweizimmerwohnung bemühen, vielleicht sei ihr drittes Zimmer schon bald die letzte Zuflucht... Sie versprach es. – Nein, fröhliche Gäste waren wir nicht.

Und abends traf der Schlag, – ich hörte gar nicht zu vor Angst. Paris meldete: Eine Milliarde Reichsmark für den Mord in Paris, zu zahlen von den Juden. Dabei völlige Ausschaltung aus dem Wirtschaftsleben.

Nun gab auch Freya es zu: Wir sind vernichtet.

Etwa 45 Millionen ... Franzosen zahlten aus einem reichen Land 5 Milliarden (1871),⁵⁴ macht 9 Millionen Menschen auf eine Milliarde. Hier sollen an 600'000 Menschen eine Milliarde in tiefstem Notstand aufbringen ... es haftet (dafür) nicht das, was verdient wird, sondern das, was durch Vermögensabgabe zugriffsbereit daliegt, d.h. alles.

13.11.38

Ein Sonntag so golden, so warm, so unserer Angst hohnsprechend ... Wir lieferten die Waffen auf dem Polizeirevier ab, das tut weh, meinte der Wachtmeister (der 1945 ganz zufällig unser Mieter wurde!), der auch Frontsoldat gewesen ist, und ein anderer lobte das schöne Jagdgewehr und meinte, es steckte doch ein grosser Wert in den Waffen; sie (die Polizisten) waren ja ganz erstaunt, ein ganzes Arsenal zu bekommen von Fr.⁵⁵ – Fr.'s Degen, auf dem er im Felde die Leute verteidigte, die Pistole, die ihn in den Kämpfen in Ost und West begleitet hatte, der belgische Pallasch, ein Beutestück, Payes dummer kleiner Trommelrevolver, ... den ich 1918 nicht abgeliefert hatte, Säbel, Grabenmesser, Mauerpistole, Munition. Bekamen eine Bestätigung und brachten noch ein paar Patronen nach.

54 Nach dem Deutsch-Französischen Krieg 1870/71 musste Frankreich dem neuen Deutschen Reich das Elsass, Metz und Teile Lothringens abtreten und Kontributionszahlungen in Höhe von fünf Milliarden Goldfranken leisten.

55 Friedrich Wilhelm Solmitz.

QUELLE 7 | 15. MÄRZ 1938 – GESETZBLATT FÜR DAS
LAND ÖSTERREICH – KUNDMACHUNG

Gesetzblatt für das Land Österreich, Jahrgang 1938, S. 1.

1. Kundmachung: des Bundeskanzleramtes, womit das Bundesverfassungsgesetz über die Wiedervereinigung Österreichs mit dem Deutschen Reich, B.G. Bl. Nr. 75/1938, neuerlich verlautbart wird.

Bundesverfassungsgesetz über die Wiedervereinigung Österreichs mit dem Deutschen Reich.

Auf Grund des Artikels III, Absatz 2, des Bundesverfassungsgesetzes über ausserordentliche Massnahmen im Bereich der Verfassung, B. G. Bl. I, Nr. 255/1934, hat die Bundesregierung beschlossen:

Artikel 1. Österreich ist ein Land des Deutschen Reiches.

Artikel 2. Sonntag, den 10. April 1938, findet eine freie und geheime Volksabstimmung der über 20 Jahre alten deutschen Männer und Frauen Österreichs über die Wiedervereinigung mit dem Deutschen Reiche statt.

Artikel 3. Bei der Volksabstimmung entscheidet die Mehrheit der abgegebenen Stimmen.

Artikel 4. Die zur Durchführung und Ergänzung dieses Bundesverfassungsgesetzes erforderlichen Vorschriften werden durch Verordnung getroffen.

Artikel 5. (1) Dieses Bundesverfassungsgesetz tritt am Tage seiner Kundmachung in Kraft. (2) Mit der Vollziehung dieses Bundesverfassungsgesetzes ist die Bundesregierung betraut.

Seyss-Inquart Glaise-Horstenau Wolf
Hueber Menghin Jury Neumayer
Reinhaller Fischböck

Das verfassungsmässige Zustandekommen dieses Bundesverfassungsgesetzes wird beurkundet.

Seyss-Inquart
Seyss-Inquart Glaise-Horstenau Wolf
Hueber Menghin Jury Neumayer
Reinhaller Fischböck

Dieses Bundesverfassungsgesetz ist am 13. März 1938 in Kraft getreten.

Seyss-Inquart

2. Verordnung der Bundesregierung zur Durchführung der Volksabstimmung am 10. April 1938 (Abstimmungsverordnung – AB).

Auf Grund des Artikels 4 des Bundesverfassungsgesetzes über die Wiedervereinigung Österreichs mit dem Deutschen Reich, B. G. BL Nr. 75/1938, wird verordnet:

1. Stimmrecht.

(1) (Stimmberechtigt bei der Volksabstimmung am 10. April 1938 sind im Sinne des Artikels II des Bundesverfassungsgesetzes B. G. Bl. Nr. 75/1938 alle spätestens am 10. April 1918 geborenen Männer und Frauen, die die österreichische Bundesbürgerschaft besitzen oder auf Grund des §10, Absatz 2, des Bundesgesetzes B. G. Bl. Nr. 285/1925 in der Fassung der Verordnung der Bundesregierung B. G. Bl. Nr. 369/1933 ausgebürgert wurden und nicht gemäss §2 vom Stimmrecht ausgenommen oder ausgeschlossen sind.

(2) Jeder Stimmberechtigte hat nur eine Stimme.

(3) Das Stimmrecht ist grundsätzlich persönlich auszuüben, • nur Blinde und Bresthafte können sich von einer Begleitperson vor die Stimmbehörde führen und diese Begleitperson an ihrer Stelle abstimmen lassen.

(2) Ausgenommen vom Stimmrecht ist, wer Jude ist oder als Jude gilt.

(3) Jude ist, wer von mindestens drei der Rasse nach volljüdischen Grosseltern abstammt. Als volljüdisch gilt ein Grosselternanteil ohne Weiteres, wenn er der jüdischen Religionsgesellschaft angehört hat.

(4) Als Jude gilt der von zwei volljüdischen Grosseltern abstammende jüdische Mischling,

a) der am 16. September 1935 der jüdischen Religionsgesellschaft angehört hat oder danach in sie aufgenommen wurde;

b) der am 16. September 1935 mit einem Juden verheiratet war oder sich danach mit einem solchen verheiratet hat. [...]

QUELLE 8 | 16. OKTOBER 1938 – TAGEBUCH-EINTRAG DER RUTH MAIER – RÜCKBLICK AUF DEN ANSCHLUSS ÖSTERREICHS

Void, Jan Erik (Hrsg.): *Ruth Maier. «Das Leben könnte gut sein» Tagebücher 1933 bis 1942, S. 143.*

Sonntag, 16. Oktober 1938, Wien

Es sind Pogrome!

Sie prügeln die Juden und wollen sie an Laternen aufhängen. Sie rufen «Hepp, hepp». Die Rettungsgesellschaft⁵⁶ hat zu tun. Sie zerstören die Tempel. Sie reißen den alten Juden an den Bärten, sie hauen die Frauen. Sie schlagen die Fenster ein. Ruth, merk Dir das! Es ist sieben Uhr abends und jetzt, in dem Moment, geht's wieder los. Drinnen in den kleinen Gassen: Schiffamtsgasse, Leopoldgasse, etc. Käthe geht herum mit blauen Ringen um die Augen. Es ist greulich. Man kann nichts sagen. Man presst die Lippen fest zusammen: Mittelalter. Die Träume, meine Kinderträume, meine Liebe zu den Menschen, diese elenden Bestien... Weil ich Jüdin bin, wollen sie mich morden. Nein, und es ist so, ich muss es sagen: «Sind wir Vieh, Tiere? Sind wir Menschen?» «Ja», sagt Herr Goebbels, «wie Flöhe auch Tiere sind.»

Im Jahr 1938 war es sehr dunkel auf der Erde!

Und ich liebe die Juden, das ist der Erfolg. Ich liebe sie, weil sie leiden. Ich liebe sie von ganzem Herzen. Ja, beinahe sinnlich liebe ich sie. Diese klugen Gesichter. Und mögen sie schreien «Hepp, hepp!» Ich bin Jüdin! Und sollen es alle wissen und sollen mich auf die höchste Spitze des Kirchturms hängen, mir Fusstritte geben, mich anspucken, mich blau machen schlagen, ich bin Jüdin! Was wollt ihr denn noch? Schneidet mir die Adern auf, damit mein jüdisches Blut fliesse. Jöhlt und schreit! Ihr Schweinehunde. Und wenn ihr diese Zeilen lesen solltet, packt mich an den Haaren, ohrfeigt mich. Ich stehe zur Verfügung... Und nachher spielt Jazzmusik und ihr freut euch am Leben. Denn es ist doch wirklich Genuss.

Ja! Wirklich, ich vergesse ganz, dass es noch Felder gibt, goldene Ähren, Sonne, leisen Wind, Sterne, blauer Himmel. Das ist alles jetzt so fern...

Ja! Wenn ihr wollt, will ich es euch ausmalen, ein Bild: Über dem Gesicht hat er roten Streifen, der Jud', und sein eines Auge habt ihr ihm ausgestochen und den Bart habt ihm ausgerissen. Gefällt euch das!

Und ihr Studenten, rührselige Weltverbesserer, Sozialisten, Kommunisten, Träumer, Schwärmer mit den weissen Händen. Warum lasst ihr das geschehen? Warum?

⁵⁶ Die «Wiener Freiwillige Rettungs-Gesellschaft» ist ein Hilfs- und Rettungsdienst.

Alles kann ich mir vorstellen! Alles! Und ich würde es geschehen lassen, wenn ich nicht anders könnte. Ich würde, wäre ich noch bei Bewusstsein, denken: «Je mehr, desto besser.» Aber, wenn ihr meinen Vater anrührt, ich weiss nicht, was ich tun würde. Ich glaub' ich nähme einen Revolver. Denn meinen Vater dürft ihr nicht anrühren. Ich würde auf den Knien vor euch rutschen, euch bitten, betteln: «Tut meinem Vater nichts! Tut meinem Vater nichts!»

Und ich werde zur bewussten Jüdin, ich spüre es. Ich kann nicht anders. Entschuldige, alles ist so kreuz und quer in meinem Kopf. Ich schreibe so wirr!

QUELLE 9: 11. NOVEMBER 1938 – TAGEBUCH-EINTRAG DER RUTH MAIER – WIENER POGROM

Heim, Susanne u.a. (Hg.): Die Verfolgung und Ermordung der europäischen Juden durch das nationalsozialistische Deutschland 1933-1945.

Deutsches Reich 1938-August 1939, Bd. 2, München 2009, S. 400.

11. November 1938

Sie haben uns geschlagen! Gestern war der schrecklichste Tag, den ich je erlebt habe. Ich weiss jetzt, was Pogrome sind, weiss, was *Menschen* tun können, Menschen, die Ebenbilder Gottes.

In der Schule sagte uns der Direktor: «Ja, also, sie zünden Tempel an, verhaften, schlagen... vor der Tür steht ein Lastauto... Drei Professoren haben sie verhaftet.» ... Dann werden wir der Reihe nach zum Telefon aufgerufen ... wie in einem Schlachthaus, wir trauten uns nicht auf die Strasse, lachten ... machten Witze, waren nervös... Mit dem Taxi fuhren Dita⁵⁷ u. ich nach Hause, es sind 100 Schritte. Wir rasten durch die Strasse, es war wie im Krieg... Leute starrten, kalte Luft, Gestalten u. vorn ein Lastauto mit Juden, ganz aufrecht, wie Schlachtvieh! Diesen Anblick werd' und darf ich nie vergessen. Juden wie Schlachtvieh im Lastauto ... Leute starren.

Wir schlüpfen wie gehetztes Wild ins Haus, keuchten die Stiegen hinauf. Dann begann es. Sie schlugen, sie verhafteten, zerdroschen Wohnungseinrichtungen etc. Wir sassen alle so bleich zu Haus und von der Strasse kamen Juden zu uns wie Leichen.

Ich fragte: «Wie ist es draussen?» – «Mies!»

⁵⁷ Judith Suschitzky, geb. Maier (*1922), jüngere Schwester von Ruth Maier; emigrierte 1938 nach Grossbritannien.

Grete L. haben sie 46 Reichsmark weggenommen, haben geschrien, eine 75jährige Frau haben sie geschlagen, und sie schrie, sie haben ihr die Wohnung mit einem Hammer zerschlagen, etc.

Heute ging ich durch die Gassen. Es ist wie am Friedhof. Alles zerschlagen mit Lust u. Freude, die jüd. Geschäfte versiegelt, nichts als Rollbalken. Dann ein Zettel: «Das Inventar dieses Cafés in arisch. Händen: nicht beschädigen!»

In dem Volksruf⁵⁸ steht: «Wo bleibt der gelbe Fleck?»

Und wenn wir alle einen gelben Fleck tragen müssen: Sittlich, im Inneren, unsere Welt, die wir mit uns tragen, die können sie uns nicht nehmen. Und drum lassen sie ihre Wut an Fensterscheiben aus, schlagen uns, schreien: «Juda verrecke!» Unten sagt ein Arier: «Dem Juden hab' ich an Steissen gebn, dass er glei in Winkel taumelt ist.»

Menschen, Ebenbilder d. Götter! Und dann «Selig sind, die Verfolgung leiden, um der Gerechtigkeit willen.»⁵⁹

58 Nicht ermittelt.

59 NT: Matthäus, 5,10.

LATEINAMERIKA

Fluchtziele mit hohen Hürden

Lars Nothdurft

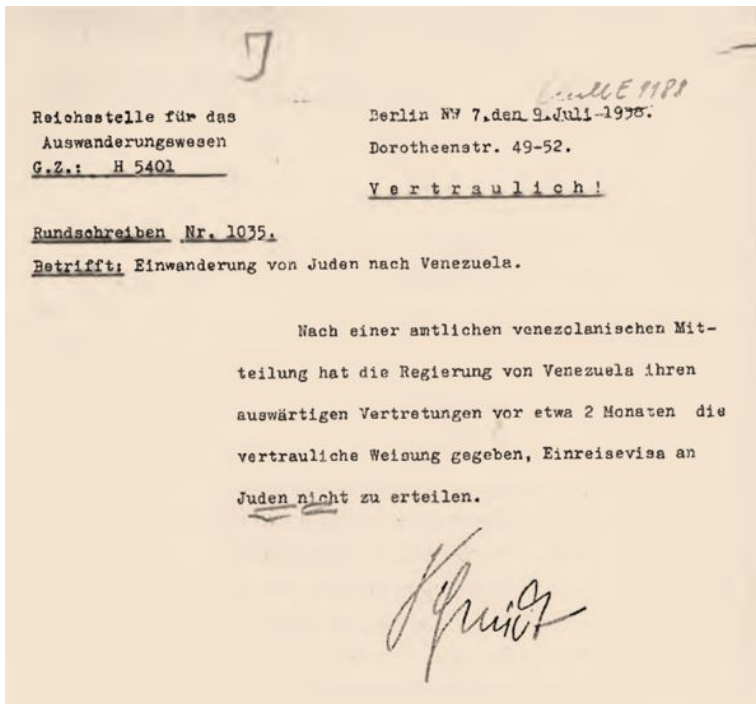
Ende der 1930er Jahre zeigten die europäischen Nachbarländer eine begrenzte Bereitschaft zur Aufnahme von deutschen Juden.¹ Die beginnende Expansion des Deutschen Reichs mit dem «Anschluss» Österreichs verstärkte die Fluchtbewegung. In den Fokus der zur Auswanderung Gezwungenen rückten nun auch vermehrt Ziele in Übersee – nicht zuletzt die Länder Mittel- und Südamerikas. Diesen Staaten kam eine besondere Bedeutung als potentielle Aufnahmeländer und als «Wartesaal» für eine Weiterreise in die USA zu. Doch eine Zuflucht in der westlichen Hemisphäre warähnlich schwer zu finden wie in Europa.

Auf der Konferenz von Évian äusserten die lateinamerikanischen Staaten zwar Mitgefühl mit den im Deutschen Reich unterdrückten und verfolgten Juden. Bezüglich der Aufnahme von Flüchtlingen zeigten sie sich jedoch, wie alle anderen Teilnehmer, betont zurückhaltend: So forderten die Delegationen Costa Ricas, Nicaraguas, Honduras und Panamas in einer gemeinsamen Erklärung alle Konferenzteilnehmer zur Selbstverpflichtung auf, den gleichen Prozentsatz an Flüchtlingen aufzunehmen. Dieser sei strikt proportional zur territorialen Ausdehnung des jeweiligen Landes zu berechnen, ohne Berücksichtigung des Zustroms von Einwanderern vor dem Kongress.² Manche Regierungen suchten im Verborgenen vor, während oder nach der Konferenz, eine weitere jüdische Einwanderung gänzlich zu verhindern: Die Regierung Venezuelas gab ihren auswärtigen Vertretungen im Mai 1938 die vertrauliche Anweisung, Juden keine Einreisevisa mehr zu erteilen.

In Chile berichtete die Tageszeitung *El Mercurio* am 6. Juli 1938 ausführlich über den Beginn und das Programm der Konferenz (*Quelle 1*) – doch nur zwei Tage zuvor hatte Aussenminister José Ramon Gutiérrez Allende seine Delegation instruiert, «jeden formalen Kompromiss zu vermeiden» (*Quelle 2*). Argentinien war mit rund 30'000

¹ Zu den Hintergründen der europäischen Flüchtlingspolitik gegenüber dem Deutschen Reich, siehe: Heim, Susanne: *The Attitude of the US and Europe to the Jewish Refugees from Nazi Germany*, in: *International Holocaust Remembrance Alliance* (Hg.): *Refugee Politics from 1933 until Today: Challenges and Responsibilities*, Berlin 2018, S. 55-62.

² Siehe hierzu im Beitrag «Protokoll der Konferenz von Évian – Auszüge» in diesem Band: Gemeinsame Erklärung der Delegierten Zentralamerikas.



Reichsstelle für das Auswanderungswesen: Rundschreiben Nr. 1035, 9. Juli 1938, Politisches Archiv/Auswärtiges Amt, R 127880: Auswanderung von Juden (Dez. 1937-Dez. 1940)

deutschsprachigen jüdischen Flüchtlingen von 1933 bis 1945 Lateinamerikas grösstes Aufnahmeland.³ Am 12. Juli 1938 informierte Aussenminister José Maria Cantilo jedoch die Konsulinnen und Konsuln über die bevorstehende Novellierung des Gesetzes Nr. 817. Ein Rundbrief an die Botschafter (*Quelle 3*) enthielt die Anweisung keine Visa mehr an «Unerwünschte» oder «Ausgewiesene» zu erteilen. Die Berufskonsulinnen und -konsuln erhielten die volle Entscheidungsbefugnis, unabhängig von ihrem Kenntnisstand über die Antragssteller. Im Anschluss wurde die kaum kaschierte Drohung formuliert, dass die Entscheidungen als Grundlage für die Bewertung ihrer Eignung für ihren Posten dienen würden. Das Schreiben enthielt eine Referenz auf die Konferenz von Évian, was darauf hindeutet, dass das abgewandelte Gesetz sich explizit gegen Juden richtete. Tatsächlich

³ Jetz, Klaus: Zuflucht in Lateinamerika. Eine Ausstellung zur Emigration der deutschen Juden nach 1933, in: *ila. Das Lateinamerika-Magazin*, Ausgabe Nr. 301, (Dezember 2006), online in: <https://www.ila-web.de/ausgaben/301/zuflucht-in-lateinamerika>. (Stand: 12.2.2019).

gelang den meisten der zwischen 1933 und 1945 eintreffenden jüdischen Flüchtlingen die Einreise oft nur durch Bestechung von Konsuln und Regierungsbeamten, illegalen Grenzübertritt oder durch Verschweigung ihrer jüdischen Identität.⁴ Über 66 Jahre lang blieb das Gesetz Nr. 817 in Kraft – bis zu seiner Entdeckung durch die Raoul Wallenberg Foundation, die erfolgreich seine Aufhebung forderte.⁵ Am 8. Juni 2005 annullierte Präsident Néstor Kirchner das Gesetz offiziell. Der Präsident Uruguays, General Alfredo Baldomir Ferrari, hatte im Vorfeld von Évian Hoffnungen auf eine grosszügige Aufnahmepraxis seines Landes geschürt. Auf der Konferenz erklärte die Delegation jedoch den wahren Standpunkt seiner Regierung – mit Verweis auf das im Land geltende «Gesetz der Unerwünschten».⁶ Bis 1945 fanden dennoch 10 500 jüdische Flüchtlinge Aufnahme in Uruguay.⁷ Die Dominikanische Republik stellte eine Ausnahme unter den in Évian teilnehmenden Nationen dar. Sie erklärte am 12. August 1938 ihre Absicht, 50'000 bis 100'000 Flüchtlinge aufzunehmen. Staatschef Rafael Leonidas Trujillo Molina, der das Land diktatorisch regierte, handelte aus ökonomischen und rassistischen Motiven: Gut ausgebildete hellhäutige Europäersollten den Norden des Inselstaates bevölkern und zugleich das Land «rassisch aufhellen.»⁸ Auch sein persönliches Ansehen stand für Trujillo im Vordergrund: Im Oktober 1937 hatte er noch ein Massaker an bis zu 20'000 haitianischen Migranten befohlen⁹, nun liess er sich im Inland wie auf internationaler Ebene für seine vermeintliche Philanthropie feiern. Die angestrebte Zahl der Aufnahmen wurde jedoch weit verfehlt: Nur etwa 3'000 Juden gelangten in die Dominikanische Republik. Sie siedelten sich zumeist an der Nordküste, in einer von der *Dominican Republic Settlement Association*

4 Vgl. Bruns, Theo: Argentinien und die «Unerwünschten». Nach 1938 konnten jüdische Flüchtlinge oft nur heimlich oder mit gefälschten Papieren einreisen, in: *ila. Das Lateinamerika-Magazin*, Ausgabe Nr. 298 (September 2006), online in: <https://www.ila-web.de/ausgaben/298/argentinien-und-die-%E2%80%99Eunerw%C3%Bcnschten%E2%80%9C> (Stand: 14.2.2019).

5 Vgl. Raoul Wallenberg Foundation: *Argentina eliminates two unfortunate remains of its past*, online in: <http://www.raoulwallenberg.net/news/argentina-eliminates-two/>, 2005, (Stand: 24.1.2019).

6 «Gesetz der Unerwünschten» («Ley de indeseables»): 1932 verabschiedetes Gesetz. Es beschränkte die Einwanderung körperlich oder geistig behinderter und «nicht arbeitsfähiger» Menschen sowie Mitglieder linker Organisationen nach Uruguay. In der Praxis verwendeten die Behörden dieses Gesetz oftmals auch gegen jüdische Einwanderer. Siehe: Bonnesoeur, Frédéric u.a. (Hg.): *Geschlossene Grenzen. Die internationale Flüchtlingskonferenz von Évian 1938*, Berlin 2018, S. 393.

7 Vgl. ebd., S. 394.

8 Ebd., S. 146.

9 Zu Hintergründen des sogenannten «Petersilien-Massakers» von Oktober 1937 siehe: Turtis, Richard Lee: *A World Destroyed, A Nation Imposed. The 1937 Haitian Massacre in the Dominican Republic*, in: *Hispanic American Historical Review*, Jahrgang 82,3. Ausgabe, 2002, S. 589-635.

(DORSA)¹⁰ gegründeten Siedlung an der Bucht von Sosúa an.¹¹ Viele wanderten später in die USA weiter.

Mehrere Staaten verschärfen 1938/39 ihre Einreisebestimmungen. Als Kuba, eines der Haupttransitländer für eine Weiterreise in die USA, 1939 die Einreiseerlaubnis von einer Bescheinigung des Arbeitsministeriums abhängig machte, waren die Passagiere der «ST. LOUIS» den Folgen unmittelbar und brutal ausgeliefert.¹² Während die lateinamerikanischen Staaten aus dem rassistischen Charakter ihrer Bestimmungen, insbesondere gegenüber Menschen aus Afrika und Asien sowie Sinti und Roma, zumeist keinen Hehl machten, wurden Juden nicht immer direkt ausgeschlossen. Doch gab es oft Hürden wie die Entrichtung hoher Landungsgelder und den Nachweis eines nicht immer genau definierten Kapitals. Finanziell Schwächeren sowie Seniorinnen und Senioren ohne Familienangehörige im Zielland sowie Personen mit körperlichen Beeinträchtigungen wurde die Einwanderung somit zumeist unmöglich gemacht. Ein bedeutender Faktor war auch die von vielen mittel- und südamerikanischen Ländern – so etwa Ecuador – favorisierte Einwanderung in die Landwirtschaft (*Quelle 4*). In diesem Metier besaß nur eine Minderheit der deutschen und österreichischen Juden Erfahrung. Die Absicht der Länder, den heimischen Arbeitsmarkt vor der Konkurrenz durch Immigranten zu schützen, erschwerte es besonders Kaufleuten, Intellektuellen und Handwerkern, ein Aufnahmeland zu finden. Brasilien, wo 23 572 Juden bis 1945 Zuflucht fanden,¹³ verkündete im September 1939 allerdings offen, dass *Personen «hoher sozialer Stellung»*¹⁴ auf Gutdünken des Konsuls von den polizeilichen Führungszeugnissen und Berufssattesten befreit werden konnten (*Quelle 5*). In Mexiko mussten jüdische Einwanderer einen Kapitalnachweis zwischen 50'000 und 100'000 Dollar erbringen.¹⁴ Dass dieses Land dennoch für viele zur Zufluchtsstätte werden konnte, war ein massgeblicher Verdienst des mexikani-

10 Diese sich mit Spendengeldern finanzierende Hilfsorganisation war vom Intergovernmental Committee on Refugees (IGC/IGCR) und dem American Jewish Joint Distribution Committee (JDC) mit Unterstützung des US-Außenministeriums gegründet worden, siehe: Bonnesoeur: Geschlossene Grenzen, S. 146.

11 Vgl. ebd. und vgl. auch Marion Kaplan: Zuflucht in der Karibik. Die jüdische Flüchtlingssiedlung in der Dominikanischen Republik. 1940-1945, Göttingen 2010.

12 Vgl. hierzu den Beitrag von Lea Bussas in diesem Band.

13 Vgl. ebd., S. 377.

14 Jetz: Zuflucht in Lateinamerika.



Gilberto Bosques, Foto: Universidad Nacional Autónoma de México, o.D.

schen Generalkonsuls in Frankreich, Gilberto Bosques, der in den Jahren 1940/41 Tausende Visa ausstellte.¹⁵

Wer Aufnahme in einem lateinamerikanischen Staat gefunden hatte, musste sich nicht nur an das tropische Klima anpassen, sondern auch an die oft mangelhafte Infrastruktur gewöhnen. Gute Verkehrswege waren rar und auch in grossen Zentren wie der kolumbianischen Hauptstadt Bogota gab es Schwierigkeiten mit der Wasserversorgung (*Quelle 6*). Allzu oft herrschte in der neuen Heimat auch ein jüdenfeindliches Klima vor. In Bolivien, wohin rund 8'000 Personen immigrierten,¹⁶ schrieb die Zeitschrift *«El Eco Libre»* im April 1939: *«Das bolivianische Volk ist in den Händen der bolivianischen und ausländischen Juden»* und *«Dos Emigrantengesindel fängt an, sich unter uns breit zu machen»* (*Quelle 7*). Am 30. April 1940 verschloss sich das Land mit einem neuen Einwanderungsgesetz offiziell gegenüber Juden.

¹⁵ Siehe: Neuber, Harald: Gilberto Bosques. Mexikos Schindler. Gilberto Bosques verhalf Tausenden Juden zur Flucht – eine Ausstellung würdigt ihn, online in: <https://www.juedische-allgemeine/allgemein/mexikos-schindler>, 2007 (Stand: 16.2.2019). Seit 2016 trägt die VHS im Berliner Stadtteil Kreuzberg den Namen Gilberto Bosques.

¹⁶ Vgl. Bonnesoeur: Geschlossene Grenzen, S. 371.

QUELLE 1 | 6. JULI 1938 – EL MERCURIO

32 Länder beginnen heute in Evian mit den Beratungen über die Lage der politischen Flüchtlinge

Es gilt als wahrscheinlich, dass diese von Präsident Roosevelt einberufene Konferenz eine Institution ins Leben ruft, die sowohl den spanischen Flüchtlingen als auch den Juden, die gerade in einigen europäischen Ländern auf der Flucht vor antisemitischer Verfolgung sind, sofortige Hilfe anbietet.

Die von den USA eingeladenen Länder beraten über die Schaffung einer ständigen Organisation, die in der Lage sein soll, schnell den Opfern von zukünftigen politischen Unruhen oder ungleicher rassistischer Behandlung zu Hilfe zu kommen. Die Konferenz wird wahrscheinlich eine solche Institution ins Leben rufen, die geflüchteten spanischen Republikanern und Nationalisten sowie Juden, die sich zurzeit auf der Flucht vor einer Welle des Antisemitismus in Osteuropa befinden, sofortige Hilfe zukommen lassen kann.

Teilnehmer der Konferenz sind alle Länder, die den politischen Flüchtlingen vorübergehend oder permanent Schutz bieten können. Alle nord- und südamerikanischen Nationen, mit der Ausnahme von Salvador, das sich zunächst beteiligen wollte, später aber sich dagegen entschied, nehmen an der Konferenz teil. Diese sind: Argentinien, Australien, Belgien, Bolivien, Brasilien, Kanada, Chile, Kolumbien, Costa Rica, Kuba, Dänemark, Dominikanische Republik, Ecuador, Eire (Irland), die Vereinigten Staaten, Frankreich, Grossbritannien, Guatemala, Haiti, Holland, Honduras, Neuseeland, Mexiko, Nicaragua, Norwegen, Panama, Paraguay, Peru, Schweden, Schweiz, Uruguay und Venezuela.

Südafrika hat, obwohl nicht offiziell an der Konferenz teilnehmend, einen Beobachter entsandt. Italien wies die Einladung zurück, trotz der amerikanischen Andeutung, manche Flüchtlinge könnten sich als gute Siedler in Äthiopien erweisen. Polen und Rumänien, auch wenn sie nicht eingeladen wurden, haben inoffizielle Beobachter entsandt, wohl in der Hoffnung, dass die Konferenz eine Lösung für die Ausreise ihrer eigenen jüdischen Bevölkerung vorschlagen könnte.

Das Programm besteht aus fünf Punkten:

1. Die Niederlassung von politischen Flüchtlingen aus Deutschland und Österreich in anderen Ländern zu erleichtern. Als politische Flüchtlinge werden Menschen verstanden, «die Deutschland verlassen möchten oder dies bereits getan haben».
2. Beratung über mögliche sofortige Hilfsmassnahmen in den dringenden Fällen, im Rahmen der bestehenden gesetzlichen Regelungen über Immigration. Jedes Land wird eine vertrauliche Schätzung geben über die Zahl und die Art der Migranten, die es zu empfangen bereit wäre.

3. Beratung über die Ausstellung eines Reisepasses oder anderer Dokumente für die Flüchtlinge, die diese nicht von den eigenen Regierungen erhalten können.
4. Beratung über die Einrichtung von einem Gremium mit Regierungsvertretern in einer europäischen Hauptstadt. Diese Institution sollte ein langfristiges Programm zur Lösung oder Eindämmung des Problems im weitesten Sinne durchführen.
5. Erarbeitung von Empfehlungen, die der Arbeit dieser Organisation als Leitlinien dienen können.

Reaktionen in Berlin

BERLIN, 5. (U.P.) Die Konferenz über politische Flüchtlinge, die ab morgen im französischen Evian tagen wird, hat zwar in Regierungskreisen eine gewisse Verstimmung verursacht. Die Bevölkerung insgesamt aber interessiert sich nicht dafür. Die Regierung hat die Konferenz systematisch ignoriert und die gleichgeschaltete Presse hat das gleiche getan.

Die Verstimmung, die deutsche Regierungsbeamte privat zugeben, kommt davon, dass sie die Konferenz als einen weiteren Versuch sehen, «Deutschland zu verurteilen» mit dem einzigen Ziel, die Ressentiments gegen das Dritte Reich im Ausland zu schüren.

QUELLE 2 | 4. JULI 1938 – SCHREIBEN DES CHILENISCHEN AUSSENMINISTERIUMS AN SEINE DELEGIERTEN – ANWEISUNGEN ZUR KONFERENZ

Archiva General Histórico, Ministerio de Relaciones Exterior de Chile, Santiago de Chile

Republik Chile, Ministerium für auswärtige Angelegenheiten und Handel, J.B.M. Nr. 22, 4. Juli 1938

Per Luftpost gehen die Anweisungen zur Evian-Konferenz. Zusammenfassend: a) Jede formale Verpflichtung vermeiden; b) Die fehlende Bereitschaft in Chile und die geltenden Gesetze über die Begrenzung des Zugangs für Juden, um eine übermäßige Einwanderung einer einzelnen Gruppe zu vermeiden, und die Präferenzen der Produzenten gegenüber Maklern und Spezialisten mitbedenken; c) Nur reguläre Regierungspässe akzeptieren. Keine Nansen – oder ähnliche Pässe akzeptieren; e) Beratung in jedem Fall von auch nur relativer Bedeutung.

Gutierrez

QUELLE 3 | **12. JULI 1938 – ARGENTINISCHER AUSSENMINISTER JOSÉ MARIA CANTILLO AN BOTSCHAFTER**

The International Raoul Wallenberg Foundation

Buenos Aires, 12. Juli 1938

Aussenministerium Rundschreiben Nr. 11 Streng vertraulich Sehr geehrter Herr Botschafter. Die Regierung bereitet zurzeit eine Novellierung des Gesetzes Nr. 817 mit dem Ziel, die Immigration mit den wirtschaftlichen und sozialen Bedürfnissen des Landes in Einklang zu bringen. Neben diesen Absichten müssen auch die Verpflichtungen berücksichtigt werden, die das Land in letzter Zeit zur Aufnahme von ausländischen Landwirten durch die Unterzeichnung von bilateralen Abkommen eingegangen ist. Ebenso zu beachten sind jene Verpflichtungen, die sich aus unserer Teilnahme an internationalen Konferenzen und Organisationen ergeben könnten, die zurzeit nach einer Lösung zu diesem Problem suchen. Aus diesem Grund ist es notwendig mit allen Mitteln eine strenge Kontrolle und Auswahl aufrecht zu erhalten, um zu vermeiden, dass unkontrollierte Migrationsströmungen unser Land ansteuern und den endgültigen Regelungen der Regierung zuvorkommen.

Sie werden deshalb gebeten, die Ihnen unterstehenden Konsularischen Vertretungen mitzuteilen, dass ab sofort die Visaerteilung zur Einreise von Ausländern aller Kategorien ausschliesslich von Berufskonsuln vorgenommen werden darf. Eine ausdrückliche Genehmigung dieses Ministeriums zugunsten bestimmter Honorarkonsuln ist möglich.

Darüber hinaus werden Sie gebeten ausschliesslich und unter Wahrung der Vertraulichkeit die Berufskonsuln über die folgenden Instruktionen in Kenntnis zu setzen:

«Unbeschadet der übrigen Verordnungen zur Auswahl der Reisenden mit Ziel in unserem Land und mit Ausnahme von besonderen Anweisungen dieses Ministeriums, werden die Konsuln die Ausstellung eines Visums, auch als Touristenoder Transitvisums, jeder Person verweigern, von der anzunehmen ist, dass sie ihr Herkunftsland als unerwünschte Person verlassen musste oder aus welchem Grund auch immer des Landes verwiesen wurde. Dieses Ministerium erwartet, dass Eifer und Verstand des Konsuls die formalen Informationen ersetzen werden, die eventuell in Einzelfällen nicht zu beschaffen sein könnten. Dieses wird auch dazu beitragen, die

Eignung des Beamten für den ausgeübten Posten festzustellen. Im Zweifelsfall sowie in allen Fällen, die den Konsuln als ungeeignet erscheinen, muss immer das Aussenministerium gefragt werden. Diese Instruktionen sind streng vertraulich und dürfen gegenüber Einzelpersonen oder Behörden des Landes, in dem der Konsul tätig ist, unter keinen Umständen erwähnt werden. Alle Anweisungen, die diesen Instruktionen entgegen stehen sind hiermit ausser Kraft gesetzt. Die Konsuln werden gebeten den Empfang dieses Rundschreibens direkt dem Aussenministerium zu bestätigen.»

Mit der Bitte um Empfangsbestätigung und dem Ausdruck meiner vorzüglichen Hochachtung.

(Unterschrift)

QUELLE 4 | **ECUADORS NEUES FREMDENRECHT**

C.V.-Zeitung. Blätter für Deuschtum und Judentum vom 21.4.1938

Ecuadors neues Fremdenrecht

Immer wieder haben sich die Augen der Auswanderungshungrigen auf jenes Land an der Westküste Südamerikas gerichtet, das sich unter dem Aequator wie ein Keil zwischen Kolumbien und Peru nach Brasilien schiebt und in dessen Mitte der Chimborasso 6'310 Meter hoch aufragt. 715'000 (Deutschland mit Österreich 551'000) Quadratkilometer umfasst dieser Staat, der in drei streng voneinander begrenzten Landschaften zerfällt. Im Westen die Schmale Küstenebene, in der Mitte die Doppelkette der Anden, im Osten die Niederungen des Amazonas mit ihren tropischen Urwäldern. Etwa drei Millionen Menschen leben im Land. Von ihnen sind 48 Prozent Indianer, 30 Prozent Mischlinge, 14 Prozent Neger und nur 8 Prozent Weisse. Unter ihnen ca. 1'000 Juden, von denen etwa 350 in der einzigen Hafenstadt Guayaquil und 450 in der 450 Kilometer entfernten in den Anden auf 3'000 Meter Höhe liegenden Hauptstadt Quito leben. Ein Drittel der Juden stammt aus Deutschland, zwei Drittel aus osteuropäischen Ländern. Ueber die Möglichkeiten, die das Land dem Einwanderer tatsächlich bietet, haben wir regelmässig berichtet.

Deswegen ist es nicht unwichtig, das neue Fremdengesetz zu kennen, welches soeben amtlich publiziert wurde und über dessen wesentlichen Inhalt unser Berichterstatter uns folgendes schreibt:

K.J.R. Buenos Aires, 14. April (Luftpost)

Die gesetzgebenden Behörden von Ecuador haben vor einigen Wochen ein Gesetz über das Fremdenwesen, die Ausweisung und die Einbürgerung verabschiedet, das die gesamte Materie des Ausländerrechtes regelt und auch Bestimmungen über die Einwanderung enthält. Das Gesetz bildet den Abschluss der Auseinandersetzungen, die zu Anfang des Jahres in Ecuador über die Einwanderungsfrage geführt wurden und über deren Rückwirkung auf die eingewanderte Judenheit wir in der C.-V.-Zeitung (Nr. 28 vom 24. Februar 1938) eingehend berichtet haben. Das Gesetz enthält keine Ausnahmestimmungen für Juden, so dass in den Verhältnissen der bereits im Lande befindlichen und der einwanderungswilligen jüdischen Menschen nunmehr eine Klärung eintreten dürfte, falls die gesetzlichen Bestimmungen zur Grundlage der Verwaltungspraxis gemacht werden. Das Gesetz geht davon aus, dass das Land für alle Ausländer offen stehe, die in seinem Territorium wohnen oder sich niederlassen wollen, sofern sie die gesetzlichen Erfordernisse erfüllen. Ecuador begünstigt ausdrücklich die Einwanderung von Individuen und Familien, die Landwirtschaft betreiben, neue Industrien einführen oder bestehende verbessern wollen oder die auf künstlerischem und wissenschaftlichem Gebiet zu unterrichten beabsichtigen, sofern es sich um Elemente handelt, die dem Fortschritt des Landes dienen. Darüber hinaus sind Ausnahmestimmungen für alle menschlichen Wesen, die sich in drohender Lebensgefahr befinden, festlegt, und auch politische Flüchtlinge genießen gewisse Sonderbestimmungen. Die Juden werden in dem Gesetzestext nicht erwähnt. Einwanderungsbeschränkungen bestehen lediglich für Chinesen und ein Einwanderungsverbot für Zigeuner aller Nationalitäten. Die Niederlassung Fremder im Lande ist von einer Genehmigung der Oficina Central de Inmigracion y de Extranjeria abhängig, ausserdem müssen die gesetzlichen Erfordernisse bei der Visierung des Passes dem zuständigen Konsulat nachgewiesen werden.

Zur Aufenthaltserlaubnis verlangt das Gesetz neben dem fast in allen Ländern üblichen Papieren den Nachweis eines Vermögens von wenigstens 1'000 amerikanischen Dollars, die landwirtschaftlich oder industriell in Ecuador investiert werden müssten. Ehefrauen und minderjährige Kinder von Einwanderern oder eingewanderten Personen, ferner von Staatsangehörigen Ecuadorianern müssen diesen Nachweis nicht führen. Ebenso sind Personen, die zu einer Landwirtschaftsgesellschaft gehören und in Ecuador landwirtschaftlich arbeiten wollen, vom Kapitalnachweis befreit. Alle einwandernden Frauen müssen ihre Subsistenzmittel nachweisen: Jugendliche unter 18 Jahren bedürfen einer Anforderung durch eine im

Land ansässige Person. Bemerkenswert ist, dass binnen 60 Tagen nach Erlass des Gesetzes alle schon in Ecuador lebenden Fremden die Niederlassungserlaubnis mit den erwähnten Nachweisungen führen müssen, andernfalls sie das Land binnen weiterer 30 Tage zu verlassen haben. Ob infolge dieser Bestimmungen Juden zur Weiterwanderung genötigt sind, lässt sich im Augenblick noch nicht übersehen. Von den politischen Rechten abgesehen, hat der Fremde in Ecuador vollauf die gleichen Rechte und Pflichten wie jeder Bürger des Landes. Die Einbürgerung kann bereits nach zwei Jahren vorgenommen werden, sofern neben formalen Bedingungen ein Monateinkommen von 200 sucres nachgewiesen wird. Bemerkenswerterweise gilt dies jedoch nur für Landwirte und industriell Tätige, während bei Kaufleuten festgestellt wird, ob der Prozentsatz der Naturalisierten in einem angemessenen Verhältnis zu den Staatsbürgern der gleichen Berufsklasse und zu Angebot und Nachfrage in der Wirtschaft steht. Die Ausweisung ist einigermaßen dehnbar geregelt. Sie kann vorgenommen werden, wenn ein Fremder eine Gefahr für die Moral, die öffentliche Ordnung und die guten Sitten des Landes darstellt, wenn die Einwanderung unter Bruch des Gesetzes erschlichen wurde, bei politischer Propaganda und Kriminalität. Auch fehlende Kenntnisse industrieller Tätigkeit oder sonstiger Berufserfahrung, die den Fortschritt des Landes hemmen würden, und Mangel an wirtschaftlichen Mitteln können zur Ausweisung führen, sofern die Behörde dies für angemessen hält. Dem Ausgewiesenen, der das Land kurzfristig verlassen muss, steht ein Beschwerderecht zu. Von unterrichteter Seite erfahren wir dazu folgendes: Eine Bestätigung der vorstehenden Inhaltsangabe war von den zuständigen ecuadorianischen Stellen noch nicht zu erlangen. Unterstellt man die Richtigkeit der obigen Meldung, so treten folgende Züge des Gesetzes klar hervor: Zunächst die Erhöhung des Vorzeigegeldes auf 1'000 amerikanische Dollar für alle nicht-landwirtschaftlichen Einwanderer. Dies kann insofern Erschwerungen schaffen, als Ecuador bisher für gewisse Handwerker und unter Umständen sogar für Angehörige der freien Berufe als ein nicht ungünstiges Einwanderungsland galt. Als nicht völlig geklärt müssen die Bestimmungen über die jetzt notwendige Erwirkung der Niederlassungserlaubnis für die schon im Lande befindlichen Einwanderer gelten; wenn hierfür ebenfalls der Nachweis eines für ecuadorianische Verhältnisse so erheblichen Kapitalbetrages wie 1'000 amerikanische Dollars notwendig sein sollte, so läge die Gefahr von Ausweisungen für diejenigen der nach Ecuador eingewanderten Juden aus Deutschland nahe, die über eine derartige Summe noch nicht verfügen und auch noch nicht eingebürgert

sein können. Man wird mit einer abschliessenden Wertung naturgemäss zurückhalten müssen, bis die beabsichtigte Verwaltungspraxis klarliegt.

QUELLE 5 | **EINWANDERUNG NACH BRASILIEN, AUSZUG**

C.V.-Zeitung. Blätter für Deutschtum und Judentum vom 15.9.1938

Die Einwanderung nach Brasilien / Sonderbericht für die C.-V.-Zeitung.

L.B. Rio de Janeiro, 5. September

[...] Erfordernisse für das Visum

Für die dauernde Einwanderung ist die Einreichung folgender Beweise bei der Konsularstelle erforderlich: Gültiger Reisepass, Leumundszeugnis für 5 vorausgehende Jahre, politisches Führungszeugnis einer Polizeistelle oder 2 von der Konsularstelle anerkannter glaubwürdiger Personen, Gesundheitszeugnis, Impfzeugnis, Beweis des angegebenen Berufs, Geburtsschein, Trauschein. Personen über 60 Jahre ohne Angehörige in Brasilien bedürfen eines Beweises, dass sie über \$ 600'000 monatlich einnehmen. Personen hoher sozialer Stellung können von den polizeilichen und Berufsattesten nach Gutdünken des Konsuls befreit werden. [...]

QUELLE 6 | **BOGOTA, DIE HAUPTSTADT KOLUMBIENS, AUSZUG**

C.V.-Zeitung. Blätter für Deutschtum und Judentum vom 8.9.1938

Bogota, die Hauptstadt Kolumbiens

Ein kleiner Bericht über eine grosse Stadt

A.H.J., Bogota, 24. August (Luftpost) [...]

Das Leben in Bogota ist keineswegs billig. Man darf nicht in den Fehler verfallen, Mark und Peso gleichzustellen, denn tatsächlich ist 1 Peso gleich 1,50 Reichsmark. Was die Lebenshaltung in Bogota wesentlich verteuert, sind die Wohnverhältnisse, die für eine Stadt von fast 350'000 Einwohnern ungewöhnlich ungünstig sind. Was man in Deutschland unter möblierten Zimmern versteht, dürfte es hier nur sehr selten geben. Dafür gibt es eine Unmenge für europäische Begriffe primitive Pensionen. Es ist in den anständigen Hotels und Pensionen selbstverständlich peinlich sauber, die Bedienung ist in jeder Beziehung gut, aber die Einrichtung der Zimmer ist mehr als einfach. Was wir in Europa als Bäder kennen, gibt es in Kolumbien überhaupt nicht. Badewannen sind da, aber kein Wasser. Man kann in den Badewannen duschen, aber zu einem Sitzbad reicht das Wasser nicht. Denn die Wasser-

versorgung ist überhaupt ein wunder Punkt. Es gibt Tage, an denen man einfach kein Wasser – ausser Trinkwasser – bekommt, und es gibt Tage, an denen sich der groteske Zustand ergibt, dass man kein Wasser hat, um sich zu waschen. Auch die Toiletten funktionieren an solchen Tagen nicht, ein ungewöhnlicher Zustand für eine solche Stadt. Das Trinkwasser wird, wie in Deutschland die Milch, gegen geringes Entgelt ins Haus geliefert. Das Waschwasser darf unter keinen Umständen zum Trinken benutzt werden, weil es gesundheitsschädlich ist. Die Arbeitsmöglichkeiten schwanken je nach den Berufen. Grundbedingung für gute und feste Anstellung ist Kenntnis der spanischen Sprache, wenigstens in ihren Grundzügen. Wichtig sind ausserdem Kenntnisse vor allem im Englischen, aber auch Französischem. Wenn man nur ein ganz klein wenig spanisch spricht, erhält man von jedem Kolumbianer jede nur erdenkliche Hilfe. Man darf sich unter keinen Umständen darauf verlassen, auf dem Schiff oder in den ersten Tagen im Lande die Sprache zu erlernen, damit geht kostbare, unwiederbringliche Zeit verloren. Gelernte Handwerker jeder Art, die über sichere Kenntnisse verfügen, werden hier bestimmt ihren Weg finden. Kaufleute und Intellektuelle werden es schwerer haben, denn gerade hierfür ist eine profunde Kenntnis der spanischen Sprache Vorbedingung. Von dem sozialen, gesellschaftlichen und jüdischen Leben in Bogota soll in einem weiteren Artikel die Rede sein.

Die Religiöse Auswanderer-Betreuung Agudas Jisroel, Berlin N 4, Johannisstr. 8, weist darauf hin, dass bei jeder Buchung einer Schiffs-Passage mit ritueller Verpflegung eine Rückfrage über die Zuverlässigkeit des Kaschruth bei der Agudas notwendig ist. Für die «Fahrt nach Nordamerika» ist ein besonderes Merkblatt herausgegeben (Spesenvergütung 15. Pfg.). Jüdische Auswanderer, die mit Schiffen fahren, die am Schabbath in USA. ankommen, erhalten auf Wunsch spezielle Informationen. Berichte über die jüdisch-religiösen Verhältnisse in allen Einwanderungsländern stehen den Interessenten zur Verfügung. Gesetzestreue Bäcker, die in den nächsten Wochen nach USA. auswandern, werden um Aufgabe ihrer Anschrift gebeten. Für sich in Uebersee bildende Gemeinden werden Ritualien, auch Torarollen, benötigt.

Ermässigte Fernsprechgebühren nach England. Mit dem 1. September sind die Gebühren im Fernsprechverkehr zwischen Deutschland und Grossbritannien um 1,10 RM für ein Dreiminutengespräch in den einzelnen Zonen herabgesetzt worden. Ein Dreiminutengespräch Berlin-London kostet jetzt demnach in der gewöhnlichen Sprechzeit 8,60 (bisher 9,70 RM), in der verbilligten Sprechzeit (zwischen 7 Uhr abends und 8 Uhr morgens) 5,16 (bisher 5,80) RM. Gleichzeitig werden die Orte des Landes Oesterreich in den deutsch-britischen Fernsprechartarif aufgenommen.

QUELLE 7 | APRIL 1939 – AUGENZEUGENBERICHT –
ANTI-JÜDISCHE PRESSEHETZE IN BOLIVIEN

Wiener Library for the Study of the Holocaust & Genocide, London

Augenzeugenbericht über «Anti-jüdische Pressehetze» in Bolivien, um 1939
Am Montag, den 17. April 1939, erschien zum ersten Mal die Zeitschrift «El Eco Libre», ein Blatt, das man als eine Miniaturausgabe des «Stürmers» bezeichnen kann. Es ist vielleicht nicht ganz richtig, wenn ich sage: zum ersten Male, denn das Blatt trägt die Nummer 36, Jahrgang III. Aber die vorige Nummer sah ganz anders aus. No 35 enthielt Karikaturen, selbst Beschimpfungen, der Diktatoren, war durchaus antifaschistisch und ... projüdisch! Früher veröffentlichte sie sogar Artikel, die zur Flüchtlingshilfe aufriefen. Jetzt erscheint das Blatt in folgender Aufmachung: auf der Titelseite ein Bild des gekreuzigten Jesus, mit der Unterschrift: «El Pueblo» (Das Volk).

Um Hände und Beine sind schwere Stricke geschlungen, an denen Juden ziehen. Dazu folgender Text: «In den Händen der bolivianischen Juden – und der ausländischen Juden .. ist das bolivianische Volk.»

Ein anderer Artikel auf der Titelseite: «Der neue Shylock.» Da heisst es von den jüdischen Flüchtlingen: Es ist ein gutes Stück, solides und hohes Theater, das der Kampf der Rassen wiederaufnimmt. Gegen die jüdische Heuschreckenplage, die als Bauern über unsere Felder gefallen sind, und die unser Land kultivieren... – in der Konditorei Apolo oder im Hotel Paris.»...Und so weiter: auf Seite 2, Seite 4, Seite 8 – immer dasselbe Thema: «Das Emigrantengesindel fängt an, sich unter uns breit zu machen.»...

Die einzige Zeitschrift, die vielleicht noch auf einem etwas höheren Niveau steht, «La Revista de Bolivia», eine Monatsschrift, bringt in ihrer März-Ausgabe verschiedene Bilder unter dem Titel «Echo des Karnevals.» «Das Paar Dietrich – Alborata» stellen «die Juden» dar und bekommen für ihre «humoristische» Kostümierung den ersten Preis. Der Junge in einem zu grossen Anzug mit viel zu langen Ärmeln und Hosen, in der einen Hand einen Stock, in der anderen einen Koffer; das Mädchen mit einem Hut aus Grossmutterns Zeit und einem Rock, der bis weit auf die Erde reicht, ausserdem Regenschirm und dunkle Brille. Darunter als Erklärung: «Die Juden»!

Anlage zu Bericht aus Habana
 Vom 11. Mai 1939 Nr. 22/31

GACETA OFICIAL

REPUBLICA DE CUBA, LA HABANA. VIERNES, 5 DE MAYO DE 1939

CUARTO PLIEGO DEL DIA. EXCLUSIVAMENTE OFICIAL. — HORA DEL DIERRE: 5 P. M.

Año XXXVII. DIRECCION. PLAZOLETA DE ADMON. EDITORA MODERNA. Número 284.
 Tomo V. BELEN, LUZ Y COMPOSTELA. S. A.—COMPOSTELA 619, BAJOS. TELEFONO M-2588. APTDO. 10. Página 8833

SUMARIO DE LAS MATERIAS CONTENIDAS EN ESTE PLIEGO

SECRETARIAS DEL DESPACHO	PODER JUDICIAL	Mariano San José de las Vegas, Santiago de las Vegas, Burgidero de Batavano, San Juan y Martines San Luis-Pinar del Rio, Cárdenas, Santa Clara Calabazar de Sagua, Cienfuegos, Cruces, Esmorjajade Pomenio, Palmira, Placetas Remedios, Sancti Spiritus, Vuelta, Yaguajay Camaguey, Bayamo, Gibara, Guanámano, Holguin, Manzanillo, Mayarí de la Pág. 8838 a la 8847
SECRETARIAS DEL DESPACHO HACIENDA Decreto No. 937. — Modificación a la prohibición establecida para la entrada de extranjeros en Cuba. 8833	PODER JUDICIAL Juizados de Instrucción Convocatorias de los Juizados de San Cristobal, Matanzas Colón, Santa Clara, Cienfuegos Remedios, Sagua, la Grande Sancti Spiritus, Trinidad Camaguey, Ciego de Avila, Morón, Santa Cruz del Sur, Pinar de Cuba-Norte, Banes, Bayamo, Gibara, Guanámano, Holguin, Manzanillo, Mayarí de la Pág. 8838 a la 8847	Juizados Municipales Ciego de Avila — Florida, Guaimaro, Jaitonico, Alto Rango, Tigabua — Expedientes en accidentes del trabajo de la Pág. 8849 a la 8857
DEFENSA NACIONAL Decreto No. 898. — Aprobación de la Ley de Defensa Nacional. 8836	Juizados Correccionales Convocatorias de los Juizados de la Sección Cuarta, Sección Quinta, Sección Sexta Nocturna Nos. 1 y 2 de la Habana. 8847	
Decreto No. 925. — Concediendo Orden del Merito Militar al Coronel Manuel Lopez y Nieves. 8837		

SECRETARIAS DEL DESPACHO DE LA REPUBLICA

HACIENDA

Decreto N° 937

Por cuanto por Decreto número 55 de trece de mayo del año en curso se dictaron las reglas para la entrada en el territorio nacional de inmigrantes, dando mayor intervención al Secretario del Trabajo en esa materia por las razones expuestas en los preámbulos del citado Decreto.

Por cuanto la práctica aconseja la modificación de algunas de las disposiciones vigentes en la materia.

Por tanto en uso de las facultades que me confiere la Ley Constitucional de la República y la del Poder Ejecutivo, y a propuesta del Secretario de Hacienda,

Resolvo:

Primero. El artículo II del Decreto número 55 de trece de mayo último quedará redactado así:

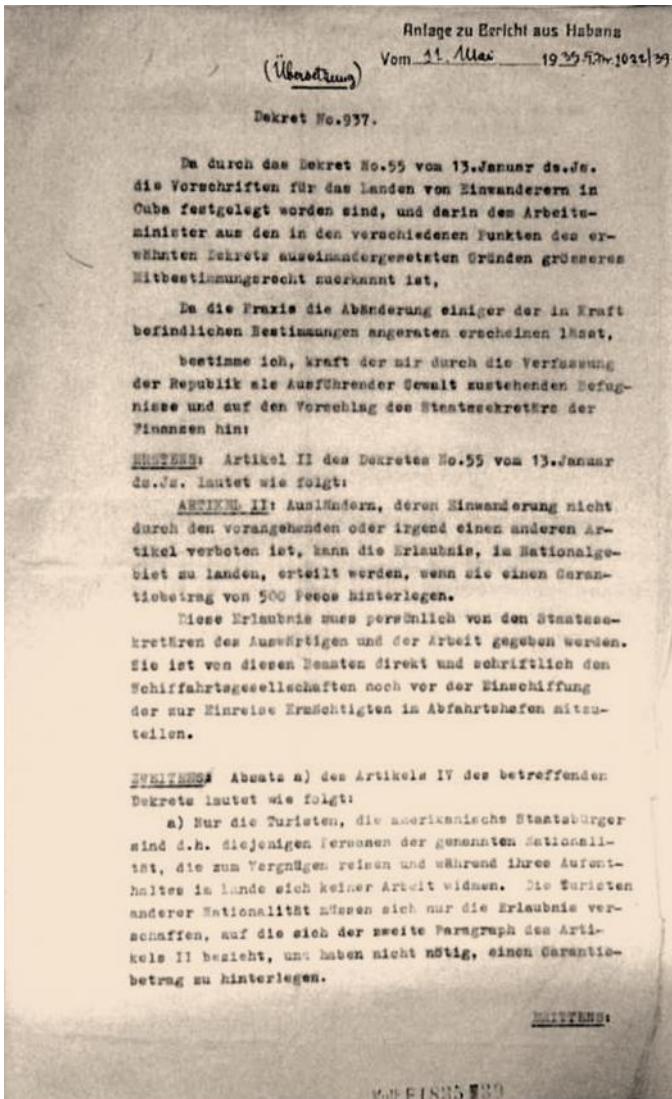
"Artículo II.—Los extranjeros no comprendidos en la prohibición establecida por el artículo anterior y en cualquier otro, podrán ser autorizados a desembarcar en el territorio nacional siempre que presten una fianza de quinientos pesos.

"Esta autorización tendrá que ser concedida personalmente, cuando lo tengan a bien, por los Secretarios de Estado y del Trabajo, y comunicada, directamente y por escrito, por esos funcionarios, a las empresas de transporte, con anterioridad al embarque del autorizado en el puerto de origen."

Segundo. En inciso a) del artículo IV del mencionado Decreto quedará redactado así:

"a) Sólo los turistas ciudadanos norteamericanos, o sean, aquellas personas de esa nacionalidad que viajen por placer y no se dedican a trabajo alguno durante su permanencia en el territorio nacional. Los turistas de otra nacionalidad sólo necesitarán obtener la autorización a que se refiere el párrafo segundo del artículo II sin necesidad de prestar fianza alguna."

5. Mai 1939, Dekret Nr. 937 in der Gaceta Oficial de la Republica de Cuba
 Auswärtiges Amt/Politisches Archiv, Berlin, R 99412 Juden in Cuba, 1938-1942



Dekret 937, Übersetzung Seite 1, Für gesamte Übersetzung siehe Quelle 4 im folgenden Beitrag, Auswärtiges Amt/Politisches Archiv, Berlin, R 99412 Juden in Cuba, 1938-1942

AUF DER INSEL UNERWÜNSCHT

Der Antisemitismus auf Kuba in den 1930er Jahren

Lea Bussas

In den 1930er Jahren kam es auf Kuba wie überhaupt in Lateinamerika zu der Gründung faschistischer und antisemitischer Parteien. Während des spanischen Bürgerkriegs baute die Falange¹ ihren Einfluss auf Kuba aus.² Zwar waren nach Francos Sieg 1939 auch Spanierinnen nach Kuba geflüchtet, es waren aber zu wenige, um ein Gegengewicht gegen die Falange-Sympathisanten zu bilden.³ Die *Partido Falangista Cubano* wurde 1936 legalisiert. Sie soll eng mit Nazi-Agenten im Land zusammengearbeitet haben und engen Kontakt zu den spanischen Konsularbeamten in Havanna und in den Provinzen gehabt haben.⁴ Auf Kuba gab es auch eine deutsche Kolonie, die im Vergleich zu anderen deutschen Kolonien in Lateinamerika eine relativ homogene Gruppe darstellte und vor allem aus deutschen Vereinen bestand, die die Machtübernahme Hitlers bejubelten.⁵ Bereits im Sommer 1933 gründete sich eine Ortsgruppe Havanna der NSDAP unter Herbert Behnke, der sich die Verbreitung der nationalsozialistischen Idee in der deutschen Gemeinschaft auf Kuba zur Aufgabe gemacht hatte. 1939 zählte die NSDAP Kubas 58 Mitglieder. Hervor traten ausserdem der *Deutsche Verein* und der *Deutsche Bund*, die sich als Elite der deutschen Kolonie sahen. Sie propagierten den Nationalsozialismus und damit einhergehend den Antisemitismus auf Kuba.⁶

1938 gründete Juan Prohías die *Partido Nazi Cubano*. In dem Parteiprogramm werden die «rassischen und religiösen Probleme» Kubas und Deutschlands verglichen und der kommunistische Feind hervorgehoben. (*Quelle 1*) Häufig wurden Kommunisten und Juden gleichgesetzt. So wurde auch auf Kuba das verbreitete Bild der kommunistischen

1 Die Falange war von 1933 bis 1937 eine faschistische Bewegung in Spanien. Unter Franco wurde sie zur Staatspartei Movimiento Nacional.

2 Vgl. Bejarano, Margalit: *The Jewish Community of Cuba. Memory and History*, Jerusalem 2014, S. 135.

3 Vgl. Levine, Robert M., *Tropical Diaspora. The Jewish experience in Cuba*, Gainesville 1993, S. 93.

4 Vgl.ebd.

5 Matthias Hucke gibt 350 in Havanna lebende Deutsche für das Jahr 1939 an. Vgl. Hucke, Matthias: «Wir sind wahre Nationalsozialisten». Die deutsche Kolonie auf Kuba 1933-1944, in: Franzbach, Martin; Ette, Ottmar (Hg.): *Kuba heute. Politik, Wirtschaft, Kultur*, Frankfurt am Main 2001,801-827.

6 Vgl.ebd.

Bedrohung auf Menschen jüdischen Glaubens übertragen. Die Aussage der *Partido Nazi Cubano*, die Einwandererinnen seien alle Kommunisten, wurde von vielen Zeitungen übernommen.⁷ Prohias Partei sowie die *Partido Nacional Fascisto* wurden im Oktober 1938 zugelassen. Sie riefen gemeinsam zu einem Boykott jüdischer Geschäfte auf und hetzten die Kubanerinnen auf, sich gegen die «jüdische Bedrohung» zu wehren.⁸ In seiner Radiosendung *Hora Liberal Independiente* attackierte Juan Prohia täglich die eingewanderten Juden.

Über die Zahl der Nazi-Sympathisanten auf Kuba gibt es unterschiedliche Angaben. Die israelische Historikerin Margalit Bejarano vertritt die These, dass es nur eine kleine Gruppe war, die den Nationalsozialismus zum Vorbild nahm, diese aber zur einflussreichen Elite gehörte.⁹ Die New Yorker Zeitung *Herold Tribune* schätzte ihre Zahl auf 5'000.¹⁰ Der US-amerikanische Historiker Robert M. Levine beschrieb in seiner Studie «Tropical Diaspora. The Jewish experience in Cuba» eine «Kundgebung gegen Juden», zu der ehemalige Präsident Grau San Martín¹¹ am 8. Mai 1939 aufgerufen hatte und an der 40'000 Menschen teilgenommen haben sollen. Weitere tausend sollen über Radio mitgehört haben.¹²

DIE PRESSE ALS SPRACHROHR DES ANTISEMITISMUS

Besonders die spanisch-kubanische Elite fiel durch ihre antisemitische Propaganda auf. Auch hier war die Presse das Propagandainstrument.¹³ Ein Vertreter dieser Elite war der Herausgeber der Zeitung *Diario de la Marina* José Ignacio Rivero, der noch zwei weitere Zeitungen und einen Radiosender besass. Er nutzte seinen Einfluss auf die Gesellschaft, um antisemitische Propaganda auf der Insel zu verbreiten. Am 6. Juni 1939 stand im *Diario de la Marina* ein Artikel über die Abweisung der «ST. LOUIS», in dem die Rede des Präsidenten Laredo Brú abgedruckt wurde. Er drückte seine «tiefe Trauer und Schmerz» aus, da aber die «Bereitschaft der Regierung missbraucht wurde», könnten die Geflüchteten leider nicht aufgenommen werden.

7 Vgl. Levine: *Tropical Diaspora*, S. 108.

8 Vgl. ebd., S. 93.

9 Vgl. Bejarano, Margalit: *La historia del buque San Luis. La perspectiva cubana*, Jerusalem 1999, S. 17.

10 Vgl. Levine: *Tropical Diaspora*, S. 93.

11 Ramon Grau San Martín war von 1933 bis 1934 und von 1944 bis 1948 der Präsident Kubas und gründete 1934 die *Partido Revolucionario Cubano (Auténticos)*.

12 Vgl. Levine: *Tropical Diaspora*, S. 108.

13 Vgl. Hernandez Gomez de Molina, Adriana: *La inmigración judía a Cuba y el impacto del antisemitismo europeo. El caso del St. Louis*, Havanna 2013, S. 55.



Federico Laredo Brú, Wiki Commons

(Quelle 2) Drei weitere Zeitungen fuhren einen ähnlichen Kurs, nämlich die Zeitungen *La Discusion* (von Tomas Julia), *Alerta* (von Jorge Fernandez de Castro) und *El Avance Criollo*.¹⁴ **(Quelles)** Die Zeitungen druckten Artikel und Fotos, die ihre Nähe zum Nationalsozialismus zeigten: zum Beispiel durch Fotos von gut gekleideten Männern und Frauen, die sich in die Kamera mit dem Hitlergruss positionierten.¹⁵ Die Zeitung *La Discusion* schrieb am 4. Februar 1937 über die jüdische Einwanderung: «Die Juden organisieren sich überall mit ihrer eisernen Eigenschaft einer verfluchten Rasse, die der Menschheit kalt all die Abwehrkräfte zurückgibt, die sie für sie empfindet, weil... sie unter ihrem Joch leben und sich ausbeuten lassen muss... weil Regierungen keine Zeit haben, Massnahmen gegen dieses grundlegende Übel aller Völker zu diktieren.»¹⁶ Nur die *Havana Post*, eine auf Englisch erschienene Tageszeitung, verteidigte die Geflüchteten.¹⁷ Sie schrieb ausführlich über die «ST. LOUIS» und appellierte an die Regierung, die Juden

¹⁴ Vgl. Hernandez Gómez de Molina: La inmigración judía a cuba, S. 55.

¹⁵ Vgl. Levine: Tropical Diaspora, S. 93.

¹⁶ Vgl. Hernandez Gómez de Molina: La inmigración judía a cuba, S. 56.

¹⁷ Vgl. Afoumado, Diane: Exil impossible. L'errance des Juifs du paquebot St. Louis, Paris 2005, S.71.

aufzunehmen: «Es liegt eine klare Ungerechtigkeit vor im Falle dieses Schiffs. Als die Flüchtlinge am 14. Mai Hamburg verliessen, besaßen sie gültige Genehmigungen der Einwanderungsbehörde und waren daher überzeugt, dass ihre derzeitige Notlage direkt in der Verantwortung der kubanischen Regierung liege. Sagen wir, ihre Agenten der Regierung haben einen Fehler gemacht, als sie die Genehmigungen ausstellten. Die Regierung hat eine moralische Verpflichtung, den Fehler zu korrigieren, indem sie akzeptiert, dass diese Opfer von Bord gehen.»¹⁸

DIE VERSCHÄRFUNG DER GESETZE UND DIE EINREISEBEHÖRDE IN DER HAND VON MANUEL BENITEZ

Die meisten Juden, die Anfang der 1920er Jahre aus Europa nach Kuba emigrierten, sahen Kuba als Transitland, um in die USA einzuwandern. Die Länder Lateinamerikas hatten Anfang der 1920er Jahre noch keine Quote, weshalb viele den Weg in die Vereinigten Staaten über Kuba beziehungsweise Lateinamerika wählten. 1924 wurde in den USA der Immigration Act in Kraft gesetzt, was die Immigranten aus jedem Land, die einwandern durften, auf 2% der bereits aus diesem Land stammenden Bevölkerung begrenzte. Für viele aschkenasische Juden auf Kuba bedeutete das Gesetz das Ende der Hoffnung auf eine Weiterreise.¹⁹ Am 8. November 1933 wurde das Dekret 2583 eingeführt: Mindestens 50% der Angestellten eines Unternehmens mussten kubanischer Herkunft sein. Das Dekret hatte zur Folge, dass für viele Immigranten, die auf Lohnarbeit auf Kuba angewiesen waren, die Einreise erschwert wurde. Im März 1937 unterschrieb der Präsident Laredo Brú (1936-1940) das Dekret 1021, das die Kautions für eine Einreise auf 500 \$ anstiegen liess.²⁰ Das Dekret 937 vom 5. Mai 1939 hatte die grösste Bedeutung für die Passagiere der «ST. LOUIS». (*Quelle 4*) Es machte die Visa von der zusätzlichen Genehmigung des Arbeits- und Aussenministeriums abhängig. Visa, die vor dem 5. Mai ausgestellt worden waren, wurden für ungültig erklärt. Dieses Dekret ging massgeblich darauf zurück, die Geschäfte von Manuel Benitez Gonzalez, dem Generaldirektor der Einwanderungsbehörde, zu beenden. Ihm und weiteren Reiseagenturen war es gelungen, durch die Vergabe von Visa ein gutes Geschäft zu machen und zu Geld zu kommen. Sein Sohn Manuel Benitez Valdez spielte

18 The Havana Post, 4.6.1939. Die Havana Post war eine US-amerikanische Tageszeitung, die von 1900 bis 1960 in Havanna erschien. Anmerkung: Die Geflüchteten verliessen Hamburg am 13. Mai.

19 Vgl. Levine: Tropical Diaspora, S. 33

20 Vgl. Bejarano: La historia del buque San Luis, S.5

eine wichtige Rolle während der Revolution von 1933, die Fulgencio Batista an die Macht brachte.²¹ Als Belohnung verschaffte Batista dessen Vater die Stelle des Generaldirektors der Einwanderungsbehörde. Im Herbst 1938 richtete Benitez sein Büro in Havanna ein. Jede Einreiseerlaubnis musste er unterschreiben.²² Die meisten Papiere der Passagiere der «ST. LOUIS» trugen seine Unterschrift. So auch die Einreiseerlaubnisse von Herrn Josef Joseph und seiner Familie. (*Quelles*) Benitez machte in Zusammenarbeit mit Louis Clasing, dem Direktor der HAPAG Hamburg Amerika Linie in Havanna, aus der Überfahrt von Geflüchteten ein persönliches, lukratives Geschäft.²³

JÜDISCHE ORGANISATIONEN AUF KUBA

Nachdem die Nationalsozialisten 1933 an die Macht gekommen waren, emigrierten viele Juden aus Deutschland in die Vereinigten Staaten. Zunächst reisten viele als Touristen ein, um vor Ort den Status eines Flüchtlings zu erhalten. Die US-amerikanische Gesetzgebung sah vor, dass Geflüchtete für einige Zeit das Land wieder verlassen mussten, bis ihre Quotennummer an der Reihe war. So blieben viele für Tage oder Wochen auf Kuba. Für die Organisation der Rückreise in die USA wurden sie an das *National Coordinating Committee* (NCC) weitergeleitet. 1938 nahm die Zahl der Geflüchteten nach dem «Anschluss» Österreichs und den Novemberpogromen rasant zu, weshalb Juden aus Deutschland Monate und sogar Jahre auf der Insel in einer Warteposition verharren mussten, bis ihre Quotennummer an die Reihe kam.²⁴ Dazu kamen Geflüchtete, die direkt aus Europa nach Kuba emigrierten, um dort eine Einreiseerlaubnis für die Vereinigten Staaten zu erlangen. Zum Teil kamen Menschen mit Hilfe jüdischer Organisationen und zum Teil auf eigene Faust. Die steigende Zahl an Immigrantinnen auf Kuba ging einher mit einer wachsenden antisemitischen Propaganda. Doch auch zwischen den Migranten gab es Konflikte. Denn die einreisenden Juden waren keineswegs eine homogene Gruppe. Unter ihnen waren Aschkenasim aus Europa sowie Sepharden

21 1933 wurde der Diktator Gerardo Machado von einer Revolution aus dem Amt verjagt. Im Anschluss folgten Aufstände von Sergeanten gegen die Abhängigkeit von den USA und gegen die neue Regierung. Unter diesen Sergeanten war auch Fulgencio Batista, der es schaffte, sich an die Spitze des Militärs zu stellen und mit Hilfe der USA als «Strippenzieher» im Hintergrund Einfluss auf die Politik Kubas zu nehmen.

22 Vgl. Levine: *Tropical Diaspora*, S.94.

23 Vgl. Gurock, Jeffrey: *America, American Jews, and the Holocaust*. *American Jewish History*, New York 1998, S. 146-147.

24 Vgl. Glaser, Zhava Litvac: *Refugees and Relief: The American Jewish Joint Distribution Committee and European Jews In Cuba and Shanghai 1938-1943*, New York 2015, S. 19-20.

aus der Türkei und aus Nordamerika.²⁵ Es kam zu Konflikten zwischen Zionisten, Nicht-Zionisten, liberalen oder orthodoxen Juden.²⁶

1937 gründete sich die jüdische Organisation *Joint Relief Committee* (JRC), auf Kuba. Sie arbeitete eng mit dem NCC und dem JDC zusammen. Jack Brandon, Direktor des JRC, fuhr im Juli 1938 zu der Konferenz von Évian und schlug dort vor, auf die Regierung Kubas Druck auszuüben, damit diese Geflüchteten erlaube, übergangsweise arbeiten zu dürfen.²⁷ Das JRC vertrat die Geflüchteten aus Deutschland vor der Einreisebehörde und dem Konsulat der USA und half ihnen Visa zu erlangen. Das JRC arbeitete auch mit dem NCC zusammen, um Menschen aus Konzentrationslagern auf direktem Weg nach Kuba zu holen.²⁸

DIE TRAGÖDIE DER «ST. LOUIS»

Die «ST. LOUIS» erreichte am 27. Mai den Hafen von Havanna. Das Dekret 937 vom 5. Mai 1939 hatte zur Folge, dass die Visa der Passagiere der «ST. LOUIS» für ungültig erklärt wurden. So bestand bereits vor der Ankunft der «ST. LOUIS» die Möglichkeit, dass die Passagiere nicht einreisen dürften. Nach Levine schickte schon im April 1939 der Propagandaminister Joseph Goebbels 14 Agenten, die den Antisemitismus auf Kuba ausweiten sollten.²⁹ Das Motorschiff «ST. LOUIS» eignete sich gut, um den Antisemitismus zu fördern. Das Schiff, gemeinsam mit zwei weiteren, der «ORDUNA» und «FLANDRE», mit insgesamt über 1200 Juden an Bord, wurde inszeniert als die Bedrohung aus Europa, die Arbeitsplätze im Land wegnehmen würde. Als die Passagiere der «ST. LOUIS» nicht von Bord gehen durften, sandte das JDC Lawrence Berenson, einen New Yorker Anwalt, der für die kubanische Handelskammer gearbeitet hatte. Am 30. Mai landete er auf Kuba und begann mit den Verhandlungen. Berenson und seine Begleiterin Cecilia Razovsky vom Nationalen Flüchtlingsdienst in New York waren bereit, für die Passagiere der «ST. LOUIS» Geld zu zahlen. (*Quelle 6*) Jedoch kam es zwischen Razovsky und der Regierung zu Unstimmigkeiten und ein zweites Treffen lehnte Laredo Bru ab. Einige Tage später unterbreiteten zwei Repräsentanten des kubanischen Präsidenten das Angebot, die Passagiere für eine Summe von 453'000 \$ einreisen zu lassen. Doch die notwendige Zeit, um das

²⁵ Vgl. Bejarano: *La historia del buque San Luis*, S.7.

²⁶ Vgl. Glaser: *Refugees and Relief*, S. 20-21.

²⁷ Vgl. Bejarano: *La historia del buque San Luis*, S. 8.

²⁸ Vgl. Bejarano: *La historia del buque San Luis*, S. 7; Glaser: *Refugees and Relief*, S. 35.

²⁹ Vgl. Levine: *Tropical Diaspora*, S. 103. Zhava Litvac Glaser (*Refugees and Relief*, S. 81) nennt ebenfalls Nazi-Agenten, die von Joseph Goebbels nach Kuba geschickt worden seien.



Havannas Hafen vom Deck der «ST. LOUIS», USHMM Nr. 31739

Geld organisieren zu können, wurde den Vertretern des JDC nicht zugestanden. Am 2. Juni musste die «ST. LOUIS» den Hafen von Havanna verlassen. Berenson verhandelte unermüdlich weiter mit der kubanischen Regierung und erreichte schliesslich beinahe eine Übereinkunft, die Passagiere auf der Insel Isla de Pinos in ein vorübergehendes Lager unterzubringen. Er zögerte jedoch zu lange, sodass auch dieser Versuch fehlschlug.³⁰

QUELLE 1 | 13. OKTOBER 1938 – PARTIDO NAZI CUBANO – GRÜNDUNGSPROGRAMM DER KUBANISCHEN NATIONALSOZIALISTISCHEN PARTEI, AUSZUG

Bejarano, Margalit: The Jewish Community of Cuba: Memory and History, Jerusalem 2014, S. 136

Gründungsprogramm der Kubanischen Nationalsozialistischen Partei

Die Kubanische Nationalsozialistische Partei geht in die Öffentlichkeit, um den Kommunismus im Wahlkampf zu bekämpfen. Sie will durch eine Bürgerbewegung von Ideen und Taten Bewusstsein schaffen gegen die Absicht, in unsere Regierungsform Gesetze und

³⁰ Vgl. ebd., S. 119-120.

Normen des wirtschaftlichen und sozialen Lebens einzuführen, Prinzipien, Massnahmen und Verfahren, die denen in Russland, Mexiko und dem linken Spanien entsprechen.

Die Nazi-Doktrin ist die höchste Synthese des antikommunistischen Ideals; daher bezeichnet sich diese neue Partei als kubanische Nazipartei: um zu zeigen, dass es darum geht, gegen den Kommunismus zu kämpfen, der versucht, die Macht in Kuba zu ergreifen. Die Partei möchte bei dieser Gelegenheit Folgendes klarstellen:

Von der Nazi-Doktrin übernimmt die Kubanische Nationalsozialistische Partei in ihrer Gesamtheit die Postulate und Orientierungen gegen den Kommunismus, aber von den anderen Idealen, Bestrebungen und Systemen des Nationalsozialismus akzeptiert sie ausschliesslich diejenigen, die anpassungsfähig sind, diejenigen, die mit unserem Land übereinstimmen und kompatibel sind, deren grundlegende Probleme in vielerlei Hinsicht nicht mit denen Deutschlands, Wiege und Leuchtturm des Nationalsozialismus, vergleichbar sind, denn Kuba hat keine Probleme mit den Grenzen, noch eine Überbevölkerung, die die Notwendigkeit einer territorialen Expansion erfordert. Kuba hat weder internationale Demütigungen noch Ungerechtigkeiten zu rächen. KUBA HAT KEINE RASSISCHEN ODER RELIGIÖSEN PROBLEME.

Die Kubanische Nationalsozialistische Partei denkt und fühlt AUF KUBANISCH, passt ihr Handeln an unsere Realitäten an, fällt nicht in den Irrtum derjenigen in Kuba, die sich mit den Utopien ohne Verstand solidarisieren, die von Bolschewismus und Menschewismus, Anarchosyndikalismus und Anarchismus kommen. Ideen, die in anderen Breitengraden und für andere Völker konzipiert wurden, die konkret in Russland, Mexiko und Spanien Quelle politischer und wirtschaftlicher Tragödien waren und die es töricht wäre, grob zu kopieren.

QUELLE 2 | 6. JUNI 1939 – DIARIO DE LA MARINA

Diario de la Marina, 6.6.1939

Niemand kann bestreiten, dass Kuba grosszügig mit den Exilanten war, erklärt der Präsident in Bezug auf die Juden.

Herr Dr. Laredo Brú fügte hinzu: «Aber diese Grosszügigkeit wurde missbraucht». Er schlägt ein provisorisches Lager auf der Isla de Pinos vor, bis eine andere Lösung gefunden wird.

Gegenüber Vertretern der ausländischen Presse gab gestern der Präsident der Republik, Oberst Laredo Bru, in Bezug auf die Immigranten der «St. Louis» folgende Erklärung ab:

«Gerne beantworte ich die von Korrespondenten der ausländischen Presse zu den Passagieren der «St. Louis» gestellte Frage:

«Niemand kann die grosszügige Gastfreundschaft bestreiten, die das kubanische Volk den Exilanten und aus politischen und religiösen Gründen Verfolgten entgegengebracht hat. Durch eine liberale und breite Auslegung der Immigrations- und Arbeitsgesetze hat es kürzlich tausenden von Hebräern eine Bleibe gegeben sowie weiteren anderen tausenden, die früher zu uns gekommen sind.

«Ihnen kann sicherlich nicht entgehen, welche Opfer für den Handel und die Arbeit der Kubaner es bedeutet, unsere mageren Ressourcen mit diesen zugereisten Menschen zu teilen. Aber der Kubaner, der in noch nicht weit zurückliegenden Zeiten Hilfe und Asyl in fremden Ländern fand, konnte seine Traditionen nicht verleugnen und war grosszügig bis zur Ausopferung. Diese Bereitschaft seitens der Regierung wurde aber missbraucht. So sehr, dass der Grossteil der unfreiwilligen Immigration sich auf den Hafen von Havanna konzentrierte, was die Unregelmässigkeiten verursachte, die heute untersucht werden.

«Angesichts des Problems bestellte der Präsident der Republik persönlich Anfang Mai die Vertreter der Reedereien mit Sitz in der Hauptstadt zu sich. Er teilte ihnen bei dieser Gelegenheit mit, dass die Ausschiffung von Immigranten ohne die erforderliche Genehmigung der Aussen- und Arbeitsminister auf keinen Fall erlaubt werden konnte. Darüber hinaus wurde das Dekret 937 erlassen, das vorhergehende Verordnungen bekräftigte und präziserte.

«Der Präsident der Republik veranlasste, dass die Aussen- und Arbeitsminister das Verbot bestätigten. Wenn eine Reederei versucht hat, Immigranten von Bord gehen zu lassen, hat sie gegen die Regelungen der Regierung verstossen und darf sich nicht auf vorher erteilten Genehmigungen berufen, da ihnen ausdrücklich die Ungültigkeit solcher Genehmigungen mitgeteilt wurde.

«Mir fehlen die Worte um die Trauer und den tiefen Schmerz auszudrücken, die ich beim Anblick von hunderten Menschen, Alten, Frauen und Kindern, die sich gezwungen sehen ihre Heimat zu verlassen und Asyl suchen müssen, empfinde. Meine Funktion als Präsident bringt aber schwere Pflichten mit sich. Diese verlangen, die Impulse des Herzens gegenüber der harten Pflicht zu unterdrücken. Die Aufnahme dieser Flüchtlinge in unserem Land ist absolut unmöglich. Sie ist

es aus so offensichtlichen Gründen, dass niemand, der die Hintergründe des Problems und die Lage des Landes kennt, diese bestreiten kann.

«Nichtdestotrotz, in einer neuerlichen Anstrengung im Sinne der tief im Herzen des kubanischen Volkes verwurzelten Brüderlichkeit, wäre die kubanische Regierung dazu bereit, eventuelle Massnahmen in Betracht zu ziehen, die den Flüchtlingen erlauben könnten, ein provisorisches Konzentrationslager ausschliesslich für die Flüchtlinge der «St. Louis» an einem geeigneten Ort wie der Isla de Pinos zu errichten. Voraussetzung dafür wäre die unerlässliche Zusicherung, dass diese Flüchtlinge nicht zu einer öffentlichen Last werden. Die erneute Einschiffung sowie die Unterkunft und Verpflegung während der Zeit bis zur Realisierung der Massnahme soll ebenfalls zugesichert werden.»

**QUELLE 3 | 4. APRIL 1939 – BRIEF DER KUBANISCHEN EINWANDERUNGS-
BEHÖRDE AN JOSEF JOSEPH**

USHMM, The Liesl Loeb Papers, 1991.164.118

Republik Kuba
Finanzministerium
Einwanderungsbehörde
Havanna, 4. April 1939.

Herr José Rodriguez Gonzalez.

Jovellar # 125.

Havanna.-

Herr; –

Mit freundlichen Grüssen.

In Bezug auf das von Ihnen vor diesem Amt in eidesstattlicher Erklärung Vorgetragene und gemäss Paragraph 4, Absatz A des Dekrets 55 vom Januar des laufenden Jahres sowie Absatz 3 des Dekrets 2507 vom 17. November 1938, hat diese Einwanderungsbehörde folgendes verfügt: Sie erlaubt die Einreise und den Aufenthalt in Kuba für die Zeit, die die Gesetze der Republik zulassen von Herrn Josef Joseph und seiner Ehefrau Lilly Joseph, Erwachsene, verheiratet sowie der jüngsten Tochter beider, Liesel, zehn Jahre alt, alle aus Deutschland, um das konsularische Visum und die Einreise in die Vereinigten Staaten oder ein anderes Land zu beantragen; sofern sie unter keiner

Krankheit oder körperlichem Defekt leiden, die entsprechenden Pässe mit sich führen und während ihres Aufenthalts im Staatsgebiet keinerlei Arbeit nachgehen.

Manuel Benitez Gonzalez.
Generaldirektor der Einwanderungsbehörde.

**QUELLE 4 | 5. MAI 1939 – DEKRET NR. 937 IN DER
GACETA OFICIAL DE LA REPÚBLICA DE CUBA**

Auswärtiges Amt/Politisches Archiv, Berlin, R 99412 Juden in Cuba, 1938-1942

Anlage zum Bericht aus
Habana Vom 11. Mai 1939

Dekret No. 937.

Da durch das Dekret No. 55 vom 13. Januar ds.Js. die Vorschriften für das Landen von Einwanderern in Cuba festgelegt worden sind, und darin dem Arbeitsminister aus den in den verschiedenen Punkten des erwähnten Dekrets auseinandergesetzten Gründen gösseres Mitbestimmungsrecht zuerkannt ist,

Da die Praxis die Abänderung einiger der in Kraft befindlichen Bestimmungen angeraten erschienen lässt, bestimme ich, kraft der mir durch die Verfassung der Republik als Ausführender Gewalt zustehenden Befugnisse und auf den Vorschlag des Staatssekretärs der Finanzen hin:

ERSTENS: Artikel II des Dekrets No. 55 vom 13. Januar ds. Js. lautet wie folgt:

ARTIKEL II: Ausländern, deren Einwanderung nicht durch den vorangehenden oder irgendeinen anderen Artikel verboten ist, kann die Erlaubnis, im Nationalgebiet zu landen, erteilt werden, wenn sie einen Garantiebtrag von 500 Pesos hinterlegen.

Diese Erlaubnis muss persönlich von den Staatssekretären des Auswärtigen und der Arbeit gegeben werden. Sie ist von diesen Beamten direkt und schriftlich den Schiffahrtsgesellschaften noch vor der Einschiffung der zur Einreise Ermächtigten in Abfahrtshafen mitzuteilen.

ZWEITENS: Absatz a) des Artikels IV des betreffenden Dekrets lautet wie folgt:

a) Nur die Touristen, die amerikanische Staatsbürger sind d.h. diejenigen Personen der genannten Nationalität, die zum Vergnügen reisen und während ihres Aufenthaltes im Lande sich keiner Arbeit widmen. Die Touristen anderer Nationalitäten müssen sich nur die Erlaubnis verschaffen, auf die sich der zweite Paragraph des Artikels II bezieht, und haben nicht nötig einen Garantiebtrag zu hinterlegen.

DRITTENS: Der zweite Paragraph des Absatzes c) des Artikels IV des erwähnten Dekrets hat folgenden Wortlaut:

Der Kapitän des Schiffs und dessen Konsignatäre sind verpflichtet, den Hafenbehörden und den Sekretären des Auswärtigen, der Finanzen und der Arbeit von den Passagieren Kenntnis zu geben, die nur als Durchreisende an Land gehen und von denen, die im Lande bleiben.

Die Verkehrsgesellschaften, auf deren Schiffen die Passagiere reisen, sind verpflichtet, den Hafenbehörden und den Staatssekretären des Auswärtigen, der Finanzen und der Arbeit mitzuteilen, wenn die Durchreisenden nach Ablauf der 30 Tage, vom Tage der Ankunft in Cuba an gerechnet, sich nicht wieder eingeschifft haben.

VIERTENS: Artikel IV des verschiedentlich erwähnten Dekrets No. 55 wird durch folgenden Paragraphen erweitert:

Die Verkehrsgesellschaften, die Reisende nach Habana oder anderen Häfen der Republik als Bestimmungshafen bringen, sind verpflichtet, bei Ankunft ihrer Schiffe den Staatssekretären des Auswärtigen, der Finanzen und der Arbeit eine ausführliche Aufstellung einzusenden, in der Name und Herkunft eines jeden Reisenden genau angegeben sind, und beim Verlassen des Hafens eine zweite Liste vorzulegen, in der die Reisenden aufgeführt sind, die die Reise fortsetzen. In der Liste sollen auch diejenigen Reisenden vermerkt sein, die im Lande zurückgeblieben sind.

FÜNFTENS: Artikel V des Dekrets 2507 vom 17. November 1938, der in der *Gaceta Oficial* vom 25. des gleichen Monats veröffentlicht ist, lautet wie folgt:

ARTIKEL V: Die diplomatischen und konsularischen Behörden der Republik haben über alle Fälle zu berichten, in denen Ausländer beabsichtigen, nach Cuba zu gehen und den Garantiebetrag zu hinterlegen sowie die Landungserlaubnisse in Uebereinstimmung mit den Einwanderungsvorschriften einzuholen haben. Sie haben ferner den Beruf, den die in Frage stehenden Ausländer ausüben, anzugeben. In solchen Fällen brauchen sie nur die Sichtvermerke auszustellen, vorausgesetzt, dass sie dazu die vorherige Ermächtigung seitens des Aussen- und Arbeitsministeriums im Benehmen mit dem Finanzministerium erhalten haben, Vorbedingungen, ohne die die Sichtvermerkte ungültig sind.

Erforderlich ist die Erteilung eines Einreisesichtvermerks für die Ausländer, die nicht nordamerikanische Bürger sind, sich nach Cuba begeben und unter die Abschnitte d) und e) des Artikels IV des Dekrets No. 55 vom Jahre 1939 fallen. Um den Sichtvermerk in diesen Fällen erteilen zu können, ist es erforderlich, dass der

diplomatische oder konsularische Beamte hierzu durch den Staatssekretär des Auswärtigen ermächtigt wird, nach dem die Einreise solcher Ausländer nach Cuba durch den Staatssekretär der Finanzen im Benehmen mit dem Staatssekretär für Erziehung bewilligt worden ist.

SECHSTENS: Die Verkehrsgesellschaften, die Ausländer nach Cuba bringen, die unter die Einwanderungsgesetze fallen und die darin vorgesehenen Bestimmungen nicht erfüllt haben, sind verantwortlich für die Kosten, die durch solche Verstöße verursacht werden und zwar für die Kosten während ihres Aufenthalts in Cuba sowie für die der Rückver- schiffung. Sie werden hierfür entweder vom Finanzministerium auf administrativem Wege der Zwangsvollstreckung, durch Einleitung eines dienstlichen Gerichtsverfahrens oder auf dem Klagewege durch das Aussen- oder Handelsministerium zur Verantwortung gezogen.

In gleicher Weise werden die Verkehrsgesellschaften verantwortlich gemacht für Durchreisende, die im Lande bleiben, desgleichen die Unternehmen, welche die Passagen von Cuba bis zum Bestimmungsorte im Ausland für solche Durchreisende ausgestellt haben, die innerhalb der 30 Tage, vom Tage der Ankunft in Cuba an gerechnet, nicht nach ihrem Bestimmungsorte weitergereist sind.

SIEBTENS: Die Staatssekretäre des Auswärtigen, der Finanzen und der Arbeit haben dafür Sorge zu tragen, dass das Dekret in den sie betreffenden Teilen richtig durchgeführt wird.

ACHTENS: Alle Dekrete, Verordnungen, Beschlüssen und Bestimmungen, die der Aus- führung der Bestimmungen des vorliegenden Dekrets entgegen sind, werden hiermit auf- gehoben. Das Dekret tritt mit dem Tage seiner Veröffentlichung in der Gaceta Oficial der Republik in Kraft.

Gegeben im Präsidentenpalast in Habana, am 5. Mai 1939

gez. Federico Laredo Bru

Präsident

gez. Oscar Garcia Montes

Finanzsekretär.

QUELLE 5 | 16. MAI 1939 – EL AVANCE CRIOLLO – TITELSEITE, AUSZUG

El Avance Criollo, 16.5.1939

Logischerweise wird die Ankunft der Einwanderer, auf die wir uns beziehen, die Krise verschärfen. Die Neuankömmlinge werden mit den Einheimischen konkurrieren... Wenn

nicht rechtzeitig Vorkehrungen getroffen werden, werden Menschen einer anderen Rasse, einer anderen Sprache und eines anderen religiösen Glaubens in unserem Volk schwere wirtschaftliche Konflikte hervorrufen, die am Ende zu politischen Auseinandersetzungen führen werden. Das Beispiel anderer Nationen kann uns dies veranschaulichen. Die Probleme, die auf uns zukommen, sind nicht originell. Sie wurden zuvor von anderen Ländern erlitten, die unbesorgt oder unvorsichtig waren... Es ist nicht nur der Arbeiter... der sich vor der Bedrohung durch den ausländischen Flüchtling unruhig fühlt... Die Eindringlinge, die Menschen mit schäbigen Gewohnheiten sind und einen dementsprechend niedrigen Lebensstandard haben, sind es gewohnt, die Preise zu drücken um die Kundschaft zu gewinnen... sie werden einen Rassenzaun bilden... Wir werden dann die Folgen eines neuen Kapitalismus erleiden, der weder unsere Sprache spricht noch an unseren Gott glaubt noch unsere Sorgen fühlt.

QUELLE 6 | 2. JUNI 1939 – DAVIDSON UND BERENSON AN LAREDO BRÜ – ANGEBOT DES NATIONAL COORDINATING COMMITTEE FOR AID TO REFUGEES AND EMIGRANTS COMING FROM GERMANY

JDC Archives

June, 2nd 1939

To His Excellency Frederico Laredo Brü

President of the Republic of Cuba

Habana, Cuba

My dear Mr. President

In accordance with the conference you granted me on June first, 1939, I have the honor to present to your Excellency the following proposal of the National Coordinating Committee for Aid to Refugees and Emigrants coming from Germany, for the entry into Cuba of the Refugees at present on board the SS St. Louis, now on the high seas:

1. That a bond of the Maryland Casualty Company which is qualified to do business in Cuba, shall be immediately posted with your Excellency in favor of the Republic of Cuba in the sum of FIFTY THOUSAND DOLLARS (50'000.00\$), providing as follows:
 - (a) A guaranty and indemnity to the Cuban government that the persons on board the SS St. Louis entering Cuba shall not violate the labor laws of the Cuban

- government, on penalty that if any such person shall be found guilty of such violation, they shall be subject to deportation by the Cuban government, and the cost of deportation shall be a direct charge upon the bond.
- (b) The bond shall further provide indemnity and guaranty to the Cuban Government that none of the refugees upon the SS St. Louis upon entering Cuba shall become public charges of the Cuban Government, or any department there, or municipality, or other political sub-division of Cuba, said bond being a direct obligation therefor.
 - (c) The bond shall further provide that in the event any of the male refugees from said ship, of the age of 21 years or more, shall not be engaged within three years from date of entry into Cuba, in agriculture enterprises, either as a land tenant, or as a land owner, or cooperative owner of land, or shall not be engaged in an occupation approved by the Cuban government, such refugees shall leave Cuba for another country within ninety days after said three year period, and the cost of transportation of such refugees to such other country shall be a direct charge upon the bond.
 - (d) The bond so posted with your Excellency shall be in lieu of and in substitution for a present or future regulation, law order, decree or other requirement, of the Cuban Government, or any department or branch thereof, while said bond is outstanding, for a deposit of any other bond for aliens entering Cuba as immigrants, tourists or under any other classification.
 - (e) The bond shall run for a period of five years and as refugees who entered Cuba on this ship leave Cuba for the United States or other countries, from time to time, the bond shall be correspondingly reduced at the end every six months' period during the life of the bond.
2. That the said refugees shall proceed to such parts of Cuba and Isle of Pines as shall be determined by the Secretary of Hacienda in accordance with advices received from the duly constituted officials of the National Coordinating Committee, or a Cuban corporation designated of the National Coordinating Committee, it being understood and agreed that the National Coordinating Committee or such Cuban corporation as it shall designate, will undertake immediately upon the entry of said refugees in Havana a study of the families and individuals from said ship, to determine in what places in Cuba or Isle of Pines such families and individuals will best be suited. That the said report of the National Coordinating Committee or the Cuban corporation designated by it shall be completed as rapidly as

possible, and in any event, within a period of nine month from the date of entry of the refugees, and shall be submitted to the Secretary of Hacienda.

3. That the National Coordinating Committee or a Cuban corporation designated by it shall be permitted to establish living accommodations and training schools for children to which may be brought experts from the United States to work in conjunction with Cuban teachers approved by the Cuban Government. No part of the expense for the maintenance of such institution shall be borne by the Cuban Government.
4. The National Coordinating Committee or a Cuban corporation designated by it shall be permitted to provide living quarters and training schools in the field of agriculture or other fields for adult refugees, in such places in Cuba and the Isle of Pines as shall be determined by the Secretary of Hacienda upon recommendation of the National Coordinating Committee. No part of expense for the maintenance of the same shall be borne by the Cuban Government.
5. That all male refugees from the SS St. Louis of the age of 21 years or over shall be required to report every three months either to Secretary of Hacienda or to the Department of Police in the district within which said persons reside.

If the foregoing plan meets with the approval of your Excellency, and your Excellency issues a decree authorizing the entry of the refugees on board the SS St. Louis, I trust that your Excellency will direct that their entry be accomplished with the utmost expedition on account of the conditions on the ship.

Annexed is a list of the passengers on board the SS St. Louis, subject to correction. There is also annexed a list of the organizations in the United States which the National Coordinating Committee represents officially.

I beg to inform your Excellency that agreements which had been made for the reception of the refugees and the placing of them in suitable quarters before the difficulties arose are still available.

With best respects and highest esteem, believe me, Mr. President, to be, Faithfully yours

(signed) Cecilia R. Davidson

Secretary and Director,
National Coordinating
Committee for Aid to
Refugees and Emigrants
Coming from Germany.

(signed) Lawrence Berenson

Honorary Counsel, National Coordinating
Committee to Aid to Refugees and
Emigrants Coming from Germany.

GUSTAV SCHRÖDER

Kapitännsbericht über die Fahrt der «ST. LOUIS»

Lennart Edel

Die Fahrt der «ST. LOUIS» war nicht nur für die Passagiere und verschiedene Hilfsorganisationen eine Herausforderung. Gustav Schröder, seit 1921 bei der HAPAG und seit 1936 Kapitän, wurde während der Reise mit vielen Unwägbarkeiten konfrontiert und versuchte diese zu lösen. Den Ablauf der Fahrt nach Kuba, den Versuch der Landung in Havanna und die anschliessende Rückkehr nach Europa zeichnete Schröder detailliert in einem dreiteiligen Kapitännsbericht auf. Kapitännsberichte stellen eine Formalie dar. Die Schiffsleitung gibt für die Reedereiverwaltung kurz und nüchtern die Ereignisse während der Fahrt wieder. Zentral sind dabei nautische und meteorologische Daten. Die Fahrt der «ST. LOUIS» brachte einen aussergewöhnlich umfangreichen Bericht hervor. Aufgrund der Art des Dokuments bleibt der Bericht in der Sprache sachlich und nüchtern. Tiefere Einblicke in sein persönliches Erleben der Fahrt gab Gustav Schröder in seinen später veröffentlichten Erinnerungen.

Die Judenverfolgung im Deutschen Reich war in der Reichspogromnacht vom 9. und 10. November 1938 bereits vor der Abfahrt des Schiffes in Hamburg am 13. Mai 1939 eskaliert. An Bord der «ST. LOUIS» sahen sich die jüdischen Passagiere aber keinerlei Antisemitismus ausgesetzt: Es galt der Befehl, dass die Flüchtlinge zahlende Passagiere und als solche zu behandeln seien. Wie auf allen Fahrten des Luxusliners gab es jeden Abend Konzerte und mehrgängige Menüs. Gustav Schröder liess aus Rücksicht auf seine Passagiere sogar ein grosses Hitler-Porträt im Ballsaal abhängen.¹ In seinen Berichten an die Reederei erwähnt er dies allerdings nicht.

Den Umgang mit den verfolgten Passagieren thematisiert Schröder nicht weiter. Er äussert sich, obwohl selbst Mitglied der NSDAP, an keiner Stelle negativ über sie. Im Gegenteil: Schröder lobt unter anderem die «ausgezeichneten Dienste» des aus den jüdischen Reisenden geformten Bordkomitees und eine «ausgezeichnete Ansprache» des Komitee-Vorsitzenden Josef Joseph (*Quelle* 1).² Beiläufig erwähnt Schröder den Tod des Passagiers Weiler und seine Seebestattung, verschweigt aber eine später überlieferte Bewandtnis: Auf Wunsch der Witwe wurde der Leichnam

¹ Vgl. Miller, Scott; Ogilvie, Sarah A.: *Refuge Denied. The St. Louis Passengers and the Holocaust*, Madison 2006, S. 15.

² Vgl. hierzu den Beitrag von Matthias Loeber zum Bordkomitee in diesem Band.

INFO

Gustav Schröder

Gustav Schröder (geb. 27. September 1885, gest. 10. Januar 1959) setzte sich als Kapitän der «ST. LOUIS» während der Fahrt im Mai und Juni 1939 couragiert für seine Passagiere ein. Zwar war er seit 1933, noch vor Erlass des Aufnahmestopps, Mitglied der NSDAP gewesen, den jüdischen Emigranten gegenüber verhielt er sich jedoch korrekt und menschlich. So bemühte er sich im engen Austausch mit dem American Jewish Joint Distribution Committee um eine Landung des Schiffs ausserhalb Deutschlands und berief ein Bordkomitee ein, das die Interessen der Passagiere an Bord vertreten sollte. Schon in den 1950er Jahren wurden dem Kapitän Ehrungen zu Teil, deren Liste sich bis heute fortsetzt:

- 1957: Verleihung des Bundesverdienstkreuzes.
- 1990: Benennung des Kapitän-Schröder-Wegs in Hamburg-Langenhorn.
- 1993: Ernennung zum «Gerechten unter den Völkern» durch die Gedenkstätte Yad Vashem. Gustav Schröder war die erste zum «Gerechten» ernannte Person, deren Handeln vor Beginn des Zweiten Weltkriegs stattfand.
- 2000: Einweihung einer Gedenktafel für Gustav Schröder in Hamburg-St. Pauli an den Landungsbrücken.
- 2018: Einweihung einer Gedenktafel für Gustav Schröder in seiner Geburtsstadt Haderslev (deutsch: Hadersleben).



Gedenktafel für Gustav Schröder in Hamburg-St. Pauli, 2000 eingeweiht, WikiCommons



Kapitän Gustav Schröder 1939, USHMM, Photo Nr. 88372

nicht, wie es Vorschrift war, in einer Hakenkreuzflagge dem Meer übergeben, sondern in einer Flagge der Hamburg-Amerika-Linie.³

Gustav Schröder gibt in seinen Berichten fortwährend die vorherrschende Atmosphäre unterden Reisenden wieder. «Die Stimmung der Passagiere war während der Reise trotz der Todesfälle⁴ ausgezeichnet» schreibt er über die Fahrt nach Havanna (*Quelle 1*). Bei der Ankunft am 27. Mai 1939 schlug die Gemütslage um. Die Reederei wusste schon vor der Abfahrt der «ST. LOUIS», dass es Probleme mit der Anerkennung der Einreiseerlaubnisse durch die kubanischen Behörden geben könnte.⁵ Gustav Schröder rechnete laut seines Berichtes entsprechend mit Schwierigkeiten: «Die Abfertigung und Landung der Fahrgäste sollte noch während der Dunkelheit vor sich gehen, um einem zu erwartenden Landungsverbot des Präsidenten der Republik Cuba zuvorzukommen», schreibt er (*Quelle 1*). Dieser Plan ging jedoch nicht auf. Schröder berichtet sachlich über den Selbstmordversuch des Passagiers Max Loewe am 30. Mai 1939. Es habe mehrere weitere Versuche gegeben und die Androhung, dass sich weitere Passagiere das Leben nehmen, falls das Schiff Kuba wieder verlassen müsse. Die Stimmung habe sich erst durch das Eintreffen von Lawrence Berenson vom *Joint Distribution Committee* (JDC) zu Verhandlungen mit der Regierung in Kuba gebessert.⁶

Dennoch musste die «ST. LOUIS» den Hafen am 2. Juni 1939 wieder verlassen, nur 28 Passagieren war die Einreise erlaubt worden. Sechs davon zählten nicht zu den verfolgten Juden und konnten reguläre spanische oder kubanische Pässe vorweisen. 22 Verfolgte durften an Land gehen, da sie vollständige Visa besaßen und eine finanzielle Sicherheit hinterlegt hatten. Gustav Schröder verfasste eine öffentliche Bekanntmachung, in der versprochen wurde, eine Landung ausserhalb Deutschlands erreichen zu wollen (*Quelle 1*). Nach dem Auslaufen erreichte ihn ein Telegramm der Reederei aus Hamburg, das ihn zur Heimreise aufforderte. Wenig später erhielt er vom New Yorker Direktor der Hamburg-Amerika-Linie die Order, langsam nach Norden zu fahren und weitere Entwicklungen abzuwarten. Gustav Schröder hielt sich an letzteren Befehl, da er später gekommen und damit aktueller war. «Ich benutzte die Gelegenheit, den Passagieren Miami zu zeigen, damit sie auf andere Ge-

³ Vgl. Ogilvie; Miller: *Refuge Denied*, S. 18.

⁴ Nicht nur Passagier Weiler verstarb auf der Hinfahrt, ein Crewmitglied beging Selbstmord. Auf der Rückfahrt von Kuba nach Europa nahm sich ein weiteres Mitglied der Mannschaft das Leben.

⁵ Vgl. Morse, Arthur D.: *While Six Million Died*, Norwich 1968, S. 272.

⁶ Vgl. hierzu die Zusammenstellung der Dokumente über Berensons Verhandlungen in Kuba in diesem Band.

danken kamen», schreibt der Kapitän über den 3. Juni 1939 (*Quelle 2*). Dennoch brach Unruhe an Bord aus.

Währenddessen liefen die Verhandlungen zwischen Lawrence Berenson vom JDC und der kubanischen Regierung über eine mögliche Landung der Passagiere auf Kuba. Gustav Schröder äussert sich in seinem Bericht sehr positiv über die Arbeit der Organisation: «Da ich die Herren dieses Komitees als zuverlässig und vorsichtig kannte, konnte ich mir nicht denken, dass man den schon so oft enttäuschten Fahrgästen jetzt noch eine unsichere Meldung vorsetzen würde» (*Quelle 2*). Eine Motivation Gustav Schröders wird deutlich, als er über die Fahrt von Miami zurück in Richtung Kuba und das Warten auf eine Erlaubnis zum Anlegen dort schrieb: «Aber als die Zeit verstrichen war, in der die Ordervon Hamburg hätte da sein müssen, und da ichesfürden Fall einerdoch noch notwendigen Heimreise mit Rücksicht auf unsere Ausrüstung an Öl, Wasser und Proviant nicht mehr verantworten konnte, länger zu warten, beschloss ich Kursauf Europa zu nehmen.» (*Quelle 2*). Gustav Schröder trug als Kapitän der «ST. LOUIS» die Verantwortung für Passagiere, Mannschaft sowie das Schiff selbst und handelte, um drohende Gefahren und Schäden für alle drei abzuhalten und eine möglichst reibungslose Fahrt zu gewährleisten.

Kurz darauf erreichte dann auch die Absage aus Kuba und die Order der HAPAG zur Heimreise das Schiff. Die Hoffnung auf eine Landung in Santo Domingo zerbrach sich am 9. Juni 1939 ebenfalls. Schröder berichtet von unter den Passagieren ausbrechender Panik: «In dichten Haufen kamen die Männer die Treppe herauf und drängten zur Brücke», schreibt er über die Ereignisse des 9. Juni 1939 (*Quelle 2*). In einer Ansprache habe er den Männern anschliessend neuen Mut gemacht und eine Vollversammlung einberufen. Josef Joseph vom Bordkomitee habe eine Ansprache gehalten, die vorerst für Ordnung gesorgt habe. Die Situation entspannte sich erst, als die Passagiere Nachricht darüber erhielten, dass das JDC ihre Landung in europäischen Staaten ausserhalb des Deutschen Reiches verhandele. Gustav Schröder fuhr laut seines Berichts so langsam wie möglich, um Zeit für die laufenden Gespräche zu gewinnen. Schliesslich kam die Erlaubnis, in Antwerpen zu landen und alle Passagiere auf Belgien, die Niederlande, Frankreich und Grossbritannien zu verteilen.

Weitere Einsicht in diese «kritischen Tage» gibt ein Nachtrag zum Kapitänsbericht, den Gustav Schröder am 21. Juni 1939 unterschrieben hat (*Quelle 3*). So hätten Mitglieder der Besatzung während der Fahrt von Kuba nach Europa unter den Passagieren Gespräche über die Sabotage des Schiffs aufgeschnappt. Gustav Schröder liess daraufhin zusätzliche Wachen aufstellen, verdächtige Personen beschatten und die



Kapitän Schröder (mittig, mit dem Rücken zur Kamera) bespricht mit Behördenvertretern in Antwerpen die Landung, USHMM

Brücke «unauffällig in Verteidigungszustand» bringen. Das verdeutlicht, wie angespannt die Situation an Bord in Hinsicht auf eine mögliche Rückkehr nach Hamburg war. Zu einem offenen Konflikt zwischen Mannschaft und Passagieren kam es nicht. «Ich wollte, um das Ansehen des Schiffes und der Reederei nicht zu gefährden, nicht eher Gewalt anwenden, als es durchaus nötig wäre», schreibt Gustav Schröder in dem Nachtrag und hebt seine gefühlte Verantwortung gegenüber dem Schiff und der Reederei hervor (*Quelle 2*). Unklar ist, aus welchem Grund der Nachtrag wenige Tage nach dem Kapitänsbericht entstanden ist. Möglicherweise war Schröder aufgrund seiner Unterstützung für die politischen Flüchtlinge unter Druck geraten. Der Text beschreibt einen zuvor nicht in diesem Umfang erwähnten Konflikt zwischen Kapitän und Mannschaft auf der einen und den jüdischen Flüchtlingen auf der anderen Seite, welchen Schröder laut eigener Aussage im Notfall mit Gewalt gelöst hätte. Damit wollte er womöglich seine Treue zum NS-Regime unter Beweis stellen. Denn in seinen beiden vorangegangenen Berichten zeigt er eine der im Deutschen Reich des Jahres 1939 vorherrschenden Ideologie widersprechende grosse Empathie für seine jüdischen Passagiere. Die Dokumente belegen, dass er erhebliche Anstrengungen auf sich genommen hat, um die Sicherheit seiner in Deutschland verfolgten Fahrgäste zu gewährleisten.

QUELLE 1 | 27. MAI 1939 – KAPITÄNSBERICHT GUSTAV SCHRÖDER ZUR FAHRT DES MS «ST. LOUIS» NACH HAVANNA

StAH 621-1/95 Nr. 4776. HAPAG-Reederei. Schiffsakte MS «ST. LOUIS». Teil 2.

Habana, den 27. Mai 1939
Motor-Schiff ST. LOUIS, 98. Reise
Ab Hamburg, den 13. Mai 1939
An Habana, den 27. Mai 1939

Reisebericht des Kapitäns

Die Fahrt bis Cherbourg verlief bei günstigem Wetter fahrplanmässig.

Cherbourg

Der Tender kam erst um 13.40 statt um 12 Uhr, sodass wir erst um 14.15 Uhr den Hafen verlassen konnten.

Die Reise nach Habana konnte ebenfalls fahrplanmässig durchgeführt werden. Obgleich durch ein Seebegräbnis und ein «Mann-über-Bord-Manöver» etwa 3 Stunden verloren gingen, wurde am 27. Mai um 4.30 Uhr in den Hafen eingelaufen, etwa 4 Stunden vor der «Orduna», vor welcher wir unbedingt ankommen sollten. Dieses wäre nicht möglich gewesen wenn wir den Kurs südlich der Azoren gewählt hätten, wie eigentlich beabsichtigt war. Aber da man die ruhige Wetterlage des Atlantiks auf weitere Sicht erkennen konnte, beschloss ich, nördlich der Azoren zu fahren, wodurch etwa 75 SM = 5 Stunden = 10 Tonnen Öl gespart wurden. Das Schiff erreichte mit der geringen Durchschnitts-Umdrehungszahl von 99,5 eine D-Fahrt von 14,9, ein sehr gutes Ergebnis, wenn man bedenkt, dass durchschnittlich mindestens 0,3 Knoten Gegenstrom für die ganze Reise anzusetzen sind. Die geringe Umdrehungszahl ist auf mehrfaches längeres Aussetzen eines Teiles der Motoren zwecks Reparaturen zurückzuführen. Dass das Schiff trotzdem so gut gelaufen hat, ist dem absichtlich herbeigeführten Trimm des Schiffes, 6 Fuss im Gatt zu verdanken, wozu die Erfahrungen der letzten 3 New Yorker Reisen Anlass gaben, auf welchen das Schiff bei annähernd gleicher Wetterlage auf ebenem Kiel 15,1 Knoten, mit 2 Fuss im Gatt 15,4 Knoten, mit 5 Fuss im Gatt 15,6 Knoten erreichte, alle drei Mal mit etwas mehr als 101 D-Umdrehungen. Der günstige Einfluss dieses Trimmes kommt aber nur bei ganz leicht beladenem Schiff, wie es auf diesen Reisen war, zur Geltung.

INFO

Die Hamburg-Amerikanische Packetfahrt-Actien-Gesellschaft (HAPAG)

Die 1847 in Hamburg gegründete HAPAG gehört zu den ältesten Reedereiunternehmen Deutschlands. Die Aktiengesellschaft entstand durch einen Zusammenschluss namhafter Hamburger Kaufmanns- und Reederfamilien. Unter den Gründern waren Carl Woermann, Ferdinand Laeisz und August Bolten. Den ersten Vorsitz übernahm Adolph Godeffroy. Von Beginn an lag das Hauptgeschäft der Reederei im Liniendienst in die Vereinigten Staaten mit regelmässigen Verbindungen zwischen Hamburg und New York. Dabei spielte der Auswandererverkehr eine zentrale Rolle.

Eine bedeutsame Expansion erfuhr die Reederei unter ihrem Generaldirektor Albert Ballin, der 1888 in den Vorstand eintrat. Ballin zählt zu den einflussreichsten jüdischen Persönlichkeiten des Deutschen Kaiserreichs. Er pflegte enge Kontakte zu Kaiser Wilhelm II. und stand mit ihm in regelmässigem Austausch. Unter Ballins Ägide baute das Unternehmen sein Fahrnetz aus, bot Linien nach Ostasien sowie Kreuzfahrten im Mittelmeer an. Bis 1914 wurde die HAPAG die grösste Reederei der Welt und beschäftigte rund 22'000 Personen.

Der Erste Weltkrieg traf das Unternehmen schwer. Schiffe konnten nicht fahren oder wurden im Ausland interniert. Am 9. November 1918 starb Albert Ballin. Sein Nachfolger wurde der spätere Reichskanzler Wilhelm Cuno, der massgeblichen Anteil am Wiederaufbau der Reederei hatte. Ab 1919 eröffnete die Reederei den Liniendienst erneut. Die 1920er Jahre stellten abermals eine Phase kontinuierlicher Expansion dar, in der die Konkurrenz mit dem in Bremen ansässigen Norddeutschen Lloyd (NDL) wieder deutlich wurde. Kurz nach Inbetriebnahme der hochmodernen Schwesterschiffe «MILWAUKEE» und «ST. LOUIS» im Jahr 1929 erreichte die Weltwirtschaftskrise jedoch auch die HAPAG. 1930 schloss das Unternehmen mit dem Norddeutschen Lloyd den sog. Union-Vertrag ab, der das Verhältnis beider Reedereien regelte und sie zur gegenseitigen Unterstützung verpflichtete. Die rückläufigen Zahlen in Passagier- und Frachtverkehr bewirkten, dass die HAPAG Teile der Flotte auflegen und vorzeitig verschrotten lassen musste. 1932 musste die Reederei erstmals subventioniert werden. 1934 war das Unternehmen auf dem wirtschaftlichen Tiefpunkt angelangt und konnte nur durch Erhöhung des Aktienkapitals gerettet werden. Das Reich kaufte die Mehrheit der Anteile und wurde somit zum Hauptaktionär. Rund 16 Jahre nach der Ära Albert Ballin war die HAPAG de facto

zum NS-Staatsunternehmen geworden. Unter dem Namen Nordatlantikdienst GmbH (Norda) legte die Reederei ihren Linienverkehr in die USA mit dem des NDL in Bremen zusammen. Die Verfolgungspolitik des NS-Regimes bewirkte einen Anstieg der Auswandererzahlen.

Der Zweite Weltkrieg bedeutete erneut die Internierung und den Verlust vieler Schiffe sowie den Zusammenbruch der Passagierschifffahrt im Atlantik. Nach Kriegsende zeichnete sich das Ende der Transatlantik-Passagierfahrt zunehmend ab. Die Kooperation mit dem Norddeutschen Lloyd wurde weitergeführt. 1970, nach über 120-jähriger Firmengeschichte, fusionierten HAPAG und NDL zur Hapag-Lloyd AG, die anfangs noch gleichberechtigte Firmensitze in Hamburg und Bremen hatte, mittlerweile nur noch in Hamburg ansässig ist. Die Firmenzentrale befindet sich an der Binnenalster am Ballindamm.

Literaturhinweise

Gerhardt, Johannes: Albert Ballin, Hamburg 2009.

Rübner, Hartmut: Konzentration und Krise der deutschen Schifffahrt. Maritime Wirtschaft und Politik im Kaiserreich, in der Weimarer Republik und im Nationalsozialismus, Bremen 2005.

Straub, Eberhard: Albert Ballin. Der Reeder des Kaisers, Berlin 2001.

Witthöft, Hans Jürgen: HAPAG. Hamburg-Amerika-Linie, Hamburg³ 1997.

Über den Todesfall des jüdischen Passagiers Weiler und den Selbstmord des Aufwäschers Leonig Berg ist schon durch Telegramme und Sonderberichte Kenntnis gegeben worden.

Die Stimmung der Passagiere war während der Reise trotz der Todesfälle ausgezeichnet, wenn man zwei durch Krankheit bedingte Fälle nicht rechnet.

Habana

Die Abfertigung und Landung der Fahrgäste sollte noch während der Dunkelheit vor sich gehen, um einem zu erwartenden Landungsverbot des Präsidenten der Republik Cuba zuvorzukommen. Dieser hatte aber schon am Abend vorher der Einwanderungsbehörde verboten, an Bord zu gehen, was unsere Vertretung bei Ankunft des Schiffes aber nicht wusste. Es wurde nun mit allen Mitteln in Zusammenarbeit mit dem Joint Committee, der Gesandtschaft und Rechtsbeistand durch Argumente, Angebote und Appellation versucht, ihn umzustimmen, aber vergeblich. Am 30.5. nachmittags ereignete sich schon der erste Selbstmordversuch. Ein Rechtsanwalt, dessen Frau und Kinder an Bord waren, versuchte sich die Pulsadern durchzuschneiden und sprang über Bord. Der Matrose Meier sprang ihm nach und hielt ihn solange über Wasser, bis die Barkasse kam, in welche er trotz Protest und Abwehr hineingezogen werden konnte. Die Schnitte hatten die Pulsadern nicht getroffen.

Gleich darauf versuchte es ein anderer mit Gift, auch ein Jurist; er wurde aber wieder zu sich gebracht, da es rechtzeitig gemerkt wurde.

Während der Nacht versuchte eine Frau über Bord zu springen. Und eine ganze Anzahl anderer sagte offen, dass sie es auch tun würden, wenn das Schiff mit ihnen den Hafen verliesse.-

Mit der Ankunft einer einflussreichen Persönlichkeit aus New York, Berenson, stieg die Hoffnung wieder etwas und man wartete ab. Aber dann kam am Donnerstag, 1. Juni, nachmittags das bekannte Dekret heraus, nach welchem das Schiff den Hafen verlassen sollte. Ich ging sofort an Land, verständigte den Deutschen Geschäftsträger telefonisch und schickte ihm den Wortlaut des Dekretes zu. An Bord zurückgekehrt setzte ich im Einverständnis mit den Vertrauensleuten der Passagiere einen Anschlag auf, der die Abfahrt, aber die Fortsetzung der Verhandlungen ankündigte. Ferner versprach ich, alles zu tun, um eine Landung ausserhalb Deutschlands zu erreichen und vorläufig in der Nähe der Küste zu bleiben. So wurde die Abfahrt mit einer gewissen Ruhe aufgenommen. Als aber kurz vor der Abfahrt noch 2 Familien (Friedmann und Boch) gelandet wurden, durch besondere Erlaubnis des Präsidenten der Republik Cuba, kam es zu dramatischen

Szenen. Die Unruhe konnte nur dadurch einigermaßen behoben werden, dass 2 Herren des Joint Committee eine Ansprache hielten, in der sie den Fahrgästen fest versprachen, sie würden nicht in Deutschland gelandet. Da ich während des Auslaufens trotzdem noch Vorfälle befürchten musste, bat ich die Hafenz Polizei, die uns schon die ganzen Tage weitgehendst unterstützt hatte, uns mit Barkassen zu begleiten und verliess den Hafen so langsam wie möglich, mit meist gestoppten Maschinen.

Der Rechtsanwalt, der über Bord gesprungen war, verblieb an Land im Hospital. Es gelang mir nicht, seine Frau und die Kinder zu landen, auch nicht die Witwe des auf See verstorbenen Herrn Weiler, deren Sohn aus New York gekommen war und der einzige war, welcher Erlaubnis bekam, das Schiff zu betreten. Alle anderen Verwandten, die zu Hunderten da waren, wurden von den Behörden rücksichtslos auf höheren Befehl abgewiesen.

Der Ankerplatz in der Bucht von Habana war so eng, dass beim Schwoien nach Westen zu immer Gefahr bestand, mit einem norwegischen Dampfer und beim Schwoien nach Osten zu mit einer Boje in Berührung zu kommen, sodass oft auch bei Nacht klar gestanden werden musste.

Schröder
Kapitän

QUELLE 2 | 17. JUNI 1939 – KAPITÄNSBERICHT GUSTAV SCHRÖDER ÜBER DIE RÜCKFAHRTAUS HAVANNA

StAH 621-1/95 Nr. 4776. HAPAG-Reederei. Schiffsakte MS «ST. LOUIS». Teil 2.

Antwerpen, den 17.6.1939
Motor-Schiff St. Louis, 98. Reise
Ab Habana, den 2. Juni 1939
An Antwerpen, den 17. Juni 1939

Reisebericht des Kapitäns

Kurz vor der Abfahrt von Habana teilte mir unsere Agentur den Inhalt eines Kabels aus Hamburg mit, nach welchem die ST. LOUIS den Kurs einer regulären Heimreise antreten sollte. Gleich darauf wurde mir der Inhalt eines Telefongesprächs mit Direktor Schröder, New York mitgeteilt, wonach wir langsam nach Norden fahren und uns nicht zu weit von

der Küste entfernen sollten, bis die Entscheidung gefallen sei. Er sei bereit, das Schiff vom Fahrplan zu streichen. Das Hamburger Telegramm war ihm bekannt. Dadurch musste ich annehmen, dass die Hamburger Order überholt sei und handelte entsprechend. Die Agentur teilte mir ferner mit, dass mit dem Verlassen des Hafens erst die Bedingungen zum Verhandeln gegeben seien. Wir würden sicher wieder hereingerufen und es würde sich empfehlen, in der Nähe zu bleiben, sodass ich von der Landung in Habana überzeugt sein musste. Am nächsten Morgen, am 3. Juni, kam ein Kabel aus New York: «Nach jetzigen Instruktionen aus Hamburg sollen Sie umkehren, da Habana noch hoffnungsvoll. Aber wenn bis Mittag keine Entscheidung fällt, muss das Schiff nach Hamburg fahren.» Abends kam wieder ein Kabel von N.Y.: «Nach telefonischer Rücksprache Dr. Hoffmann ermächtigen Sie, bis morgen Mittag 2 Uhr an Stelle treten, da Aussicht auf Landung Habana besteht.» Ich benutzte die Gelegenheit, den Passagieren Miami zu zeigen, damit sie auf andere Gedanken kamen. Als die Zeit der Ermächtigung um war, fuhr ich nach Norden und verliess die Florida-Strasse, allerdings unter grosser Beunruhigung der Passagiere. Am 5. morgens kam wieder ein Kabel von Hamburg: «Bitte fahren Sie 24 Stunden langsam; wenn Sie inzwischen von uns oder Habana nichts Gegenteiliges hören stoppen Sie. Wir werden Sie instruieren nach Habana zurückzukehren, wenn es nötig ist.» Da wir im stärksten Golfstrom in der Ausrichtung trieben, stoppte ich, um Öl zu sparen, die Maschinen zeitweise. Während des Tages liefen viele Telegramme an Fahrgäste von Habana aus ein, des Inhaltes, die Landung sei gesichert. Und gegen Abend bekam ich ein Telegramm vom Centre Israelita (Joint Committee): «Bitte informieren Sie Fahrgäste, dass Landung Pinos genehmigt.» Da ich die Herren dieses Komitees als zuverlässig und vorsichtig kannte, konnte ich mir nicht denken, dass man den schon so oft enttäuschten Fahrgästen jetzt noch eine unsichere Meldung vorsetzen würde, und ich war überzeugt, richtig zu handeln, wenn ich das Schiff auf Süd-Kurs brachte, um mit langsamer Maschine wenigstens auf der Stelle zu bleiben. Aber als die Zeit verstrichen war, in der die Order von Hamburg hätte da sein müssen, und da ich es für den Fall einer doch noch notwendigen Heimreise mit Rücksicht auf unsere Ausrüstung an Öl, Wasser und Proviant nicht mehr verantworten konnte, länger zu warten, beschloss ich Kurs auf Europa zu nehmen. Bald darauf kam denn auch von Hamburg das Telegramm: «Proceed to Hamburg full speed.»

Kurz vor Habana hatte ich nach Rücksprache mit dem 1. Zahlmeister Herrn Mül-
ler ein Komitee von 5 zuverlässigen Herren aus den Fahrgästen zusammengeru-

fen, die bei der Betreuung der Fahrgäste ausgezeichnete Dienste geleistet haben. Nach einigen Tagen bildete sich aber ein Gegen-Komitee, welches mit meinem nicht zufrieden war, indem sie behaupteten, sie liessen sich von mir einwickeln. An einem kritischen Tage lud ich das Gegenkomitee zu einer Besprechung ein und es gelang mir am nächsten Tage 2 Herren vom Gegenkomitee trotz anfänglichen Protestes meines Komitees zur Mitarbeit heranzuziehen. Ausserdem hatte ich eine Gruppe Männer, die schon auf der Ausreise zeitweise seelsorgerische Dienste geleistet hatten, gebeten, ihre Tätigkeit wieder aufzunehmen und sie bewährte sich besonders bei den wiederholt auftretenden Nervenzusammenbrüchen.

Als wir nun am 6.6. mit voller Fahrt nach NO fuhren, entstand eine grosse Unruhe im Schiff. Fortwährend wurden wir gefragt, wohin die Reise gehe. Es blieb mir nichts anderes übrig, als bekannt zu machen, dass wir auf einen Ort zudampfen, der gleichweit von Cuba, Haiti und New York entfernt sei. Aber es waren schon viele da, die überhaupt nichts mehr glaubten. Immer wieder wurden Zahlmeisterei und Schiffsleitung von verzweifelten Männern und Frauen um Auskünfte gebeten. Es wäre verkehrt gewesen, sie abzuweisen, aber es gehörte eine ungeheure Geduld dazu, darauf einzugehen.

Als nun am 9. Juni die Hoffnung auf San Domingo immer mehr schwand, wurde es kritisch. Ich wollte dem Komitee gerade reinen Wein einschenken über die Nachricht, dass San Domingo auch abgelehnt würde, da man bezweifle, dass nötige Geld sei deponiert. Auf irgendeine Weise war schon etwas durchgesickert. Wenige Minuten später war es im ganzen Schiff herum und es entstand ein panikartiger Zustand. In dichten Haufen kamen die Männer die Treppe herauf und drängten zur Brücke. Ich war gerade mit dem Komitee in meiner Kammer, als diese Nachricht einlief. Es blieb mir nichts anderes übrig, als den erregten Männern zunächst auf dem obersten Vorplatz des Treppenhauses eine Ansprache zu halten, in der ich ihnen Mut machte für neue Hoffnung, obgleich ich selbst an nichts glaubte. Zugleich bat ich sie, um 17 Uhr alle in die Halle zu kommen zwecks einer Vollversammlung. Ich erreichte, dass sie sich alle in die Halle begaben. Das Komitee, welches auf meine schon früher gemachten Vorschläge zu solchen Versammlungen nicht hatte eingehen wollen, stand nun vor der vollendeten Tatsache. Es sprach erst der Rechtsanwalt Joseph und dann ich selbst und nach einer halben Stunde war die Ruhe wieder einigermaßen hergestellt. So konnten wir wenigstens überlegen, was wir am nächsten Tage zur Beruhigung unternehmen könnten. Und so gelang es denn auch am nächsten Tage die Ordnung einigermaßen aufrecht zu erhalten. Der Rechtsanwalt Joseph hielt eine ausgezeichnete Ansprache, in der er

den Männern klar machte, sie hätten jetzt eine Mission, wenn die ganze Welt sie nicht aufnehmen wolle. Die Männer wurden dadurch etwas aufgerichtet, aber bei den Frauen herrschte eine verzweifelte Stimmung. Glücklicherweise kamen am nächsten Tage die ersten Anzeichen von Verhandlungen in Europa und so beruhigten sich die meisten allmählich durch die neue Hoffnung. Und als die ersten positiven Nachrichten über Landung ausserhalb Deutschlands kamen, trat allmählich wieder ein normaler Zustand ein. Das Wetter war während der ganzen Heimreise günstig. Es wurde vom 47. Längengrade ab der vorgeschriebene A-Track gefahren.

Am 14. Juni verübte der Steurer Franz Kritsch Selbstmord, siehe Sonderbericht. Die Leiche wurde einbalsamiert zum Transport nach Hamburg.

Der Gesundheitszustand der Fahrgäste war, von einigen etwas ernsteren Erkrankungen der Kinder und den wiederholt vorkommenden Nervenzusammenbrüchen abgesehen befriedigend. Bei der Mannschaft war eine ernste Sache, der Aufwäscher Max Katt hatte eine gefährliche Unterkieferknochen-Eiterung, die operiert werden musste. Er ist jetzt in der Besserung.

Vlissingen wurde am 17. Juni um 9.15 passiert. Dort kamen Kapt. Mahr, Herr Vallesen, Herr Troper vom Joint Committee und verschiedene andere Herren an Bord um die Abfertigung für Antwerpen vorzubereiten.

Antwerpen wurde um 14 Uhr erreicht, und um 14.36 Uhr war das Schiff am Scheldekai Schuppen 18 fest.

Assekuranzschäden liegen, soweit ersichtlich, nicht vor
Gustav Schröder, Kapitän

QUELLE 3 |

17. JUNI 1939 – NACHTRAG ZUM KAPITÄNSBERICHT DES KAPITÄNS GUSTAV SCHRÖDER, MS «ST. LOUIS», ÜBER 98. HEIMREISE

StAH 621-1/95 Nr. 4776. HAPAG-Reederei. Schiffsakte MS «ST. LOUIS». Teil 1.

Vertraulich

Als die kritischen Tage kamen, warnte mich der Ortsgruppenleiter PG. Zschiedrich vor möglichen Sabotage-Akten, da er und auch andere Besatzungsmitglieder dahingehende Gespräche belauscht hatten. Es wurde, um allem sicher vorzubeugen, ein zuverlässiger Wachdienst aufgezogen, die Brücke unauffällig in Verteidigungszustand gebracht und die Eingänge zur Maschine bewacht. Die verdächtigen Personen liess ich besonders bewachen. Ich wollte, um das Ansehen des

Schiffes und der Reederei nicht zu gefährden, nicht eher Gewalt anwenden, als es durchaus notwendig wäre.

Der Ortsgruppenleiter unterstützte uns in jeder Weise durch Einsatz von S.A. und Freiwilligen. Alarmsignale und eventuelle Gegenmassnahmen wurden festgelegt. Eine meiner Gegenmassnahmen war auch die erwähnte Heranziehung der beiden Herren aus dem Gegenkomitee. Nach reiflicher Überlegung und Besprechung mit dem 1. Offizier und dem Ortsgruppenleiter wurde um Schutzmassnahmen gebeten für den Fall, dass das Schiff mit den Fahrgästen nach Hamburg zurück müsse.

Schröder

Kapitän

Antwerpen, den 17. Juni 1939

Zur Kenntnis an:

Herrn Dr. Hoffmann

Herrn Aldag

Herrn Holthusen

Herrn Lütgens

21.6.39

Naut. Abtlg.

GESCHEITERTE VERHANDLUNGEN

Das American Jewish Joint Distribution Committee und die kubanische Regierung im Juni 1939

Nachdem der grösste Teil der Passagiere der «ST. LOUIS» nicht in Kuba landen durfte, entsandte das American Jewish Joint Distribution Committee (JDC) den Anwalt Lawrence Berenson und seine Kollegin Cecilia Razovsky zu Verhandlungen mit der kubanischen Regierung nach Havanna.¹ Am 1. Juni 1939 traf Berenson den Präsidenten Federico Laredo Bru und unterbreitete diesem im Anschluss in einem Schreiben das Angebot, dass das JDC mit je 500 \$ für alle Passagiere bürgen würde, wenn diese in Kuba landen dürften.² Im Anschluss kam es zu ausgedehnten Verhandlungen über ihre Aufnahme. Trotz grösster Mühen konnte das JDC keine Übereinkunft mit der kubanischen Regierung finden. Unterlagen aus dem Archiv der Organisation dokumentieren die Anstrengungen.

QUELLE 1 | 5. JUNI 1939, PROTOKOLL DER LAGEBESPRECHUNG DES JOINT DISTRIBUTION COMMITTEE

The Joint Distribution Committee Archives

HIGHLY CONFIDENTIAL

THE AMERICAN JEWISH JOINT DISTRIBUTION COMMITTEE, INC.

Minutes of the Meeting of the Executive Committee

A special meeting of the Executive Committee was held on Monday, June 5th, 1939 at 4 P. M. at the office of the Committee, 100 East 42nd Street, New York City.

There were present the following officers and members of the Executive Committee:

Messrs. Harry Fischel	Samuel D. Leidesdorf
Mrs. H.B.L. Goldstein	Albert H. Liebermann

¹ Vgl. zu den Aktivitäten des JDC im Zusammenhang mit der «ST. LOUIS» die Beiträge von Matthias Loeber sowie von Vivien Mikos und Jan Mathis Tietjen in diesem Band.

² Vgl. hierzu den Beitrag von Lea Bussas in diesem Band. Dort ist der Brief im Wortlaut abgedruckt.

I. Edwin Goldwasser	James Marshall
Harold K. Guinzburg	Miss Evelyn M. Morrissey
Marco F. Hellman	Dr. Joseph A. Rosen
Joseph C. Hyman	William Rosenwald
Henry Ittleson	Eustace Seligman
Alfred Jaretzki, Jr.	Lewis L. Strauss
Alexander Kahn	Edward M. M. Warburg
Dr. Bernhard Kahn	Rabbi Jonah B. Wise

Present by invitation:

Members of the Board of Directors

And Standing Committees –

Messrs. Abner Bregman

Miss Carolin A. Flexner

Isidor Coons (repr. Gov. Lehman)

Mrs. Pauline Baerwald Falk Mrs. David M. Levy

Mrs. Marion R. Stern

Members of the Staff –

Miss F. R. Adlerstein

Mrs. H. K. Buchman

Mrs. N.C. Beith

Mr. Herbert Katzki

Messages of regret were received from a number of the members, the list thereof being on file at this office. [...]

The SS «St. Louis» Emergency

The subject of the status of the passengers on the S.S. St. Louis was considered. Mr. Hyman brought the members of the Committee up to date on the developments in the emergency occasion by the refusal of the Cuban government to admit on Cuban soil the 907 refugees aboard the Hamburg-American liner. He pointed out that there are today in Cuba, it is estimated, between 6'000 and 6 500 German Jewish refugees of whom between 700 and 1'000 had been receiving direct relief from the funds of the Joint Distribution Committee which has been disbursing \$ 3'000 a week for such assistance.

The problem arose in very large degree from the immigration procedure in Cuba. Ordinarily, the requirements for admission to Cuba had been the posting of \$ 500 in cash with the Cuban authorities as a guarantee against becoming a public charge and as against violating the labor laws. However, for a considerable period, special landing permits had been issued by the Immigration Commissioner Col. Benitez. These had been made available to applicants with visas in Germany and refugee lands ab-

road, through steamship agencies, lawyers, etc. It is believed that from 2'500 to 5'000 persons in Europe, more especially in Germany, had secured these so-called Benitez landing certificates. The average fee charged had been \$ 160, although much larger sums had frequently been paid. There was a great deal of unpleasant discussions in the Cuban press and in Cuban political circles concerning this state of affairs.

The passengers on the S.S. St. Louis, with the exception of approximately two dozen persons, were all in possession of these special Benitez immigration landing cards. Likewise, groups of passengers on the French steamship Flandre and on the British steamship Orduna had similar papers. All three boats had arrived in Cuba during the past week or ten days and had been denied admission.

The Cuban government, on May 5th, had issued an official statement that only persons with visas and certificates approved by three heads of the Cabinet, and on certification that \$ 500 had been deposited in cash would be duly admitted and that all persons who failed to have such papers, would be denied entrance. This information had been officially given to the Hamburg-American Lines and to other lines. It had been made public; in fact, the League of Nations High Commissioner had likewise advised the authorities in Germany to that effect. The Joint Distribution Committee, having received this word early in May, had immediately cabled to its office in Paris and word had been directly transmitted to all refugee committees in Europe, to the Hilfsverein in Berlin, to the Kultusgemeinde in Vienna and to all organizations dealing with emigration and immigration matters that passengers who hoped to enter Cuba on any but regularly approved certificates were taking the most dangerous chance and should be dissuaded and prevented from embarking on this trip. Nevertheless, hundreds of persons, under the pressure of the terror in Germany, had secured these certificates and were now being denied admission. These persons had done so without reference to any philanthropic or emigrations agency.

When other boats had reached Cuba subsequent to the government action, the Immigration Commissioner had personally arranged for the landing of the passengers despite their inability to produce the requisite certificates. At this time, however, the government refused to consider any such possibility.

When it appeared that the St. Louis situation had become critical and messages were being received from members of the Havana Joint Relief Committee and others in Cuba to that effect, the National Coordinating Committee and the Joint Distribution Committee determined to send down two representatives, Mr. Law-

rence Berenson, an active lawyer who for a number of years had been the President of the Cuban-American Chamber of Commerce, and Miss Cecilia Razovsky, Executive Director of the National Coordinating Committee. An emergency meeting of the officers and active workers of the Joint Distribution Committee had been convened on Friday, June 1st, to consider the matter, had thoroughly discussed it and had appointed a subcommittee consisting of Mr. Alfred Jaretzki, Jr., as Chairman, and Messrs. David M. Bressler, I. Edwin Goldwasser and Joseph C. Hyman, to keep continuously in touch with Mr. Berenson and Miss Razovsky who had left for Cuba, and to take all necessary action. Since the meeting on June 1st, the subcommittee has been in constant telephonic communication, day and night, with Havana.

The situation was at present as follows: Mr. Berenson, after some difficulty, had succeeded in obtaining an appointment with the President of Cuba, Dr. Frederico Laredo Bru. Prior to that, he had been in touch with a special committee appointed by the President to consider this matter. The President had stated through his Committee, that in the first instance, the steamship must leave Cuban waters so that it might be clear that the sovereignty of the Republic could not be flouted by the Hamburg-American Line. He would thereafter consent to consider the matter, after further discussion. Members of the President's committee, with whom Mr. Berenson had gone into this situation, were of the opinion that if the National Coordinating Committee or the Joint Distribution Committee were to offer a surety bond in a fair amount, \$ 25'000 to \$ 30'000, to guarantee that the St. Louis passengers, of admitted, would not become public charges or violate the labor law, it would undoubtedly prove acceptable to the administration.

Further discussions with Mr. Berenson impelled the subcommittee to authorize him to raise the amount of the indemnity bond to \$ 200'000, should that be required. Immediate arrangements were effected in New York, through the courtesy of Mr. Henry Ittleson, with several bonding and indemnity organizations, and Mr. Berenson was authorized to state that any indemnity bond required would be given. The President had received Mr. Berenson cordially, but insisted that the full, legal, formal requirement of \$ 500 cash deposit per person must be met. Up to this time, the Cuban authorities had not insisted that infants or children accompanying their parents or older relatives, would be required to put up cash deposits. When Mr. Berenson asked whether this requirement now applied to children, he was advised that literal construction of the law would make it necessary for every person, whether adult, infant or child, to post this cash guarantee.

In the discussion with the President, Mr. Berenson indicated that he wished to report to his colleagues in New York and the President told him that within a few days, he would be ready to receive him after Mr. Berenson had had that opportunity. There was no agreement reached between the President and Mr. Berenson on any of these points save that Mr. Berenson had prepared, in detailed form, a letter setting forth the willingness of our Committee not only to guarantee the maintenance of persons who would require assistance from among the refugees on the St. Louis, but also from the refugees on the S.S. Flandre and the Orduna. Moreover, in this proposal, our Committee stood ready to arrange that the passengers would not be landed in Havana, where they would add to the over-congested refugee population, but would be placed in centers or camps, either in the interior of Cuba or on the Isle of Pines. In the course of the discussion with the President, Mr. Berenson had calculated that the total amount required for each adult aboard the three boats – St. Louis, Flandre and Orduna – would be approximately \$ 443'000. He asked whether, in view of the special circumstances in this situation, the putting up by the Joint Distribution Committee of \$200'000 immediately to be deposited with the National City Bank, an additional \$ 90'000 available to the National Coordinating Committee from relatives, and the balance of \$ 153'000 to be secured at the earliest moment from the boats' passengers and from additional relatives, would not meet the wishes of the government. The President stated that the legal requirement of \$ 500 cash per person should be met. It was not set forth as a final decision. He would consider it after Mr. Berenson talked to his New York colleagues.

Mr. Jaretzki supplemented Mr. Hyman's report and read part of a statement that had been issued to the press by the Cuban government at four o'clock that very afternoon, in which it appeared that the government says that it is willing to consider the adoption of some measures that would enable these refugees to organize provisional concentration camps exclusively for the passengers of the St. Louis, that this would be done after guarantees had been assured that the refugees would not become public charges, and that food and housing would be guaranteed for the time of their stay. Moreover, the statement said that the time within which this offer would have to be accepted would end the following day at 12 o'clock noon. In the meantime, the St. Louis had been ordered out of Cuban territorial waters and was reported to be cruising about 300 miles off Havana. The offer of Mr. Berenson to find \$ 443'000 in cash, the funds to be furnished by the J.D.C. and by deposits of relatives with the National Coordinating Committee, would provide at the rate

of \$ 500 per adult for the refugees on the three boats. The question of infants and children had, for the time being, been held over; this accounted for the difference between the sum which he proposed to offer and the total amount of \$ 500 per capita for each person – man, woman and child. It was expected that during the course of the afternoon or evening, a definite understanding would be reached with the Cuban government, inasmuch as the J.D.C. and the Coordinating Committee were meeting substantially every requirement imposed by the government.

There following a very full discussion of all the aspects of the situation. Members of the Committee raised questions as to the position of the St. Louis, the morale of the passengers, communication with the Hamburg-American Line and asked for other detailed information. It was reported that if the latest proposal presented by Mr. Berenson were accepted, as hoped, the Joint Distribution Committee was prepared to send to Cuba within twenty-four hours, a staff of experts and social workers headed by Dr. Joseph A. Rosen, to organize in all details for suitable housing arrangements, educational and training facilities etc. Mr. Hyman had personally been in touch with a number of organizations, – the American Red Cross, the American Friends Service Committee, the German Jewish Children's Aid, the National Council of Jewish Women, etc. From each of these he had had cordial offers immediately to lend workers and assistance. Moreover, he had been in touch with Mr. Kepecs of Chicago, an outstanding child-care worker, who was ready to proceed within twenty-four hours to Havana. Dr. Rosen had already packed his clothes preparatory to flying down to Havana.

In response to the question as to whether there was any accuracy concerning reports that the Dominican Republic had agreed to admit the St. Louis passengers, Mr. Jaretzki reported that these statements were not wholly accurate and that the proposals which had come were by no means feasible.

The question of sentiment among the Jews in this country concerning the entire emergency, was considered. Rabbi Jonah B. Wise pointed out that public opinion had been aroused. Although these passengers had not been advised to come to Cuba by the J.D.C., the Coordinating Committee or any organization with which the J.D.C. deals; although they had, in fact, been advised and urged not to come to Cuba without regular certificates the feelings of sympathy for the passengers, and indignation against the German authorities, were such that there was virtually a mandate to the J.D.C. to exert every possible effort to help land these passengers, at whatever cost. At the same time, he realized fully the gravity of the precedent that might seem to be created. There could be no such precedent. The J.D.C. could

not continue on such a course of action and the St. Louis passengers were being assisted because, in view of the present state of public emotion, they were in a special category and because – and this point he emphasized – these people had proceeded to Cuba believing that the visas issued by the Commissioner of Immigration were in fact legal visas.

Dr. Wise raised the question as to whether it might be desirable to ask the various communities throughout the country to share in the necessary underwriting of the cash deposit guarantees out of their own funds or out of special funds. In this way, there would not be an unduly large burden on any single individual or on the J.D.C., which was already burdened in all directions.

Mr. Jaretzki explained that although he and his colleagues on the subcommittee had been given complete authority to go to the full limit of putting up \$ 500 in cash per person, of necessary, this subject was so important that it was desirable to have this authority approved by the Executive Committee. Thereupon, Mr. Harry Fischel made a motion, which was second by Mr. Lieberman, that the subcommittee be given full and ample authority to deal with this situation and to furnish all sums that might be requisite in the circumstances.

QUELLE 2 | 7. JUNI 1939, BRIEF DER CHASE NATIONAL BANK AN DAS JOINT DISTRIBUTION COMMITTEE

The Joint Distribution Committee Archives

The Chase National Bank
Of the City of New York
Cable Address-Chasebank
New York
June 7, 1939

The American Jewish Joint Distribution Committee, Inc.
New York, N.Y.

Gentlemen:

We are pleased to acknowledge the receipt of your letters of June 7th, which we quote below verbatim:

«The undersigned, the American Jewish Joint Distribution Committee, Inc., requests you as our Agent to notify the Cuban Government that you are authorized on our behalf to submit to the Cuban Government the following proposal:

«The Committee will provide a \$ 500. deposit for each of the refugees who have not already made such deposit, on board the SS ST. Louis, to permit, their immigration into Cuba under the appropriate Cuban regulations, and a like amount for each refugee aboard the SS Flanders and the SS ORDUNA, it being understood that it is not a condition of the offer that it be accepted in respect of the last two steamers; this deposit of \$ 500. in each case to be made with the Government against the issue of a landing permit and Treasury receipt, the Treasury receipt to be delivered to Chase National Bank, Havana.

«You will kindly advise the Cuban Government that you are authorized to make this offer and that you have the funds available for such purpose.

«You will also please advise the Cuban Government that in addition to the foregoing, this Committee guarantees that none of the foregoing refugees will become a public charge to the Cuban Government. This last is the responsibility of our Committee and not of The Chase National Bank.»

«Referring to our letter of June 7, 1939 with respect to the deposit with the Cuban Government of \$ 500. cash for each of the refugees on board the SS ST. LOUIS, Flanders and ORDUNA, we hereby authorize you to set aside from the balance with you the amount necessary for any payments which you may have to effect under the above authorization to the Cuban Government, including all expenses incident to this transaction.

The American Jewish Joint Distribution
Committee, Inc.

«With respect to the deposit of \$ 500. for each refugee, we request that you endeavor to arrange that this deposit may be made in Cuban currency. If this is not acceptable to the Cuban Government, you are authorized to make the deposit in United States Currency.»

In line with the authorization contained in the above mentioned two letters, we have authorized our Havana Branch to submit your offer to the Cuban Government and to confirm to the Cuban Government that our branch will pay the Cuban Government \$ 500. landing deposit for each of the refugees who have not already made such a deposit and who are on board the SS ST. LOUIS, the SS FLANDERS and the SS ORDUNA, against the issuance of a landing permit and a Treasury receipt, which receipt

is to be delivered to The Chase National Bank, Havana, for safekeeping for your account. We have authorized our Havana Branch to proceed along the foregoing lines without consultation before payment and our Havana Branch will reimburse itself for its outlays by drawing on us accompanied by a duplicate of the Treasury receipt. We have been pleased to cooperate with you in connection with the above, it being understood of course that in doing so we are acting as your Agent and that you agree to hold us harmless from any and all consequences arising therefrom. Will you kindly countersign the attached copy of this letter.

Very truly yours,
Alfred W. Barth³
Assistant Cashier

QUELLE 3 | 8. JUNI 1939, PROTOKOLL DER LAGEBESPRECHUNG DES JOINT DISTRIBUTION COMMITTEE

The Joint Distribution Committee Archives

HIGHLY CONFIDENTIAL
THE AMERICAN JEWISH JOINT DISTRIBUTION COMMITTEE, INC.

Minutes of the Meeting of the Executive Committee

A special meeting of the Executive Committee was held on Thursday, June 8th, 1939 at 4 P.M. at the office of the Committee, 100 East 42nd Street, New York City.

There were present the following officers and members of the Executive Committee:

Messrs.	David M. Bressler	Dr. Bernhard Kahn
	Harry Fischel	Sam A. Lewisohn
	Mrs. H.B.L. Goldstein	Miss Evelyn M. Morrissey
	Harold K. Guinzburg	Dr. Joseph A. Rosen
	Joseph C. Hyman	James N. Rosenberg
	Henry Ittleson	Lewis L. Strauss

³ Handschriftliche Unterschrift.

Alfred Jaretzki, Jr.

Edward M.M. Warburg

Present by invitation:

Members of the Board of Directors

And Standing Committees –

Messrs. Abner Bregman Miss Carolin A. Flexner

Isidor Coons (repr. Gov. Lehman)

Mrs. Pauline Baerwald Falk Mrs. David M. Levy Mrs. Marion

R. Stern

Members of the Staff –

Miss F.R. Adlerstein Mr. Herbert Katzki

Mrs. N.C. Beith Mr. Robert Pilpel

Mrs. H.K. Buchman

Messages of regret were received from a number of the members, the list thereof being on file at this office.

The SS «St. Louis» Refugees

The major part of the afternoon's discussion was devoted to the further consideration of the St. Louis emergency. The Chairman expressed his sincere appreciation for the devoted efforts of the subcommittee, consisting of Messrs. Alfred Jaretzki, Jr., Chairman David M. Bressler, I. Edwin Goldwasser and Joseph C. Hyman, who had struggled with this problem day and night for more than two weeks. He invited Mr. Jaretzki to make a brief statement in order to bring the record up to date. Mr. Jaretzki outlined the developments since the last meeting of the Executive Committee on Monday, June 8th. He recalled that, following the authority granted the subcommittee by the Executive Committee, to put up the full amount of \$ 500 per person for each refugee on board the St. Louis, the Orduna and the Flandre, the subcommittee had communicated with Mr. Berenson and had been arranged for him the following morning, Tuesday, to wait on the Cuban President. At that time he was quite hopeful that negotiations would be brought to a successful conclusion. During the entire day, Mr. Berenson failed to receive audience from the President and at noon, the Secretary of State announced that the deadline had been passed without the conditions stipulated by the President having been met, and that, therefore, the matter was now closed.

Following receipt of this astonishing word from Mr. Berenson, the subcommittee placed itself in touch with important personalities in our government, as it had also

done previously, and with various other organizations and persons with whom in fact prior discussions had been had on this matter since its inception. On Tuesday night, the subcommittee communicated with the President of the Chase National Bank in New York; by eleven o'clock Wednesday morning it had arranged to have the full amount in cash available to the Havana Branch of the Chase Bank. The Manager of the Havana Branch of the Chase Bank was requested, despite the previous announcement issued by the government, to secure an appointment with the President in order to enter a further plea on behalf of the St. Louis passengers. The J.D.C. likewise, in order to place on record its position in this matter, addressed to the President of Cuba on June 7th, the following message:

«TO THE HONORABLE THE PRESIDENT OF THE REPUBLIC OF CUBA HAVANA «YESTERDAY AFTERNOON WHEN WE WERE UNDER THE IMPRESSION THAT THE NEGOTIATIONS AS TO DETAILS OF THE POSSIBLE ADMISSION INTO CUBA OF THE REFUGEES ON THE STREAMER ST. LOUIS WERE PROCEEDING IN HAVANA WITH YOUR GOVERNMENT WE RECEIVED INFORMATION THAT YOUR GOVERNMENT CONSIDERED THOSE NEGOTIATIONS LAPSED stop WE RESPECTFULLY HASTEN TO ASSURE YOU THAT APPRECIATING YOUR DESIRE TO REACH PROMPTLY A JUST AND HUMANE SOLUTION OF THIS DIFFICULT PROBLEM WE HAVE SPARED NO EFFORT HERE TO PROVIDE THE NECESSARY FUNDS TO COMPLY WITH THE GOVERNMENT CONDITIONS stop THIS HAS TODAY BEEN COMPLETED AND WE HAVE AUTHORIZED CHASE NATIONAL BANK HAVANA MAKE FOLLOWING PROPOSAL TO YOU ON OUR BEHALF stop WILL PROVIDE FIVE HUNDREED DOLLARS DEPOSIT EACH REFUGEE ON BOARD SS ST. LOUIS TO PERMIT ENTRY INTO CUBA UNDER APPROPRIATE CUBAN REGULATIONS ALSO LIKE AMOUNT IN RESPECT EACH REFUGEE SS FLANDRE AND SS ORDUNA SHOULD THEY ALSO BE PERMITTED ENTRY CUBA stop CHASE BANK HAS RECEIVED FUNDS FROM US AVAILABLE FOR SUCH PURPOSE stop IN ADDITION THIS COMMITTEE GUARANTEES THAT NONE OF THESE REFUGEES WILL BECOME PUBLIC CHARGE TO CUBAN GOVERNMENT stop CONFIDENT THAT WHILE ST. LOUIS SAID TO BE ON WAY BACK TO GERMAN IT IS NOT TOO LATE TO RADIO TO HER TO RETURN TO HAVANA stop THIS WE BEG YOU TO DO stop RESPECTFULLY REQUEST YOUR EXCELLENCE TO GIVE THE FOREGOING YOUR IMMEDIATE AND FAVORABLE CONSIDERATION

«AMERICAN JEWISH DISTRIBUTION COMMITTEE

«BY JAMES N. ROSENBERG CHAIRMAN»

A reply had just been received in Spanish, the translation of which appears herein:

«JUNE 8th 1939

«I REPLY TO YOUR CABLE IN REFERENCE TO THE REFUGEES ON BOARD THE SS ST. LOUIS YOU KNOW DEAR MR ROSENBERG THAT CUBA HAS CONTRIBUTED IN RELATION TO ITS RESOURCES AND POPULATION WITH MORE ELEMENTS THAN ANY OTHER NATION AND HAS GIVEN HOSPITALITY TO PERSECUTED PEOPLE NEVERTHELESS IT IS COMPLETELY IMPOSSIBLE TO ACCEDE TO THE IMMIGRATION ENTRANCE ON NATIONAL TERRITORY OF THE BOAT SUBJECT ST LOUIS IS COMPLETELY ENDED BY THE GOVERNMENT LAMENTABLE FOR ME IN NEGATIVE SENSE TO REITERATE IMPOSSIBLE TO PERMIT COMING TO CUBA I WISH I COULD BRING IT ABOUT MY SINCERE WISHES LAREDO BRU»

With this message, Mr. Jaretzki stated he believed that the matter was closed so far as Cuba was concerned. He was of the opinion that the basic difficulty had been not the question of indemnity bonds, or cash deposits, or effecting arrangements satisfactory to the Cuban authorities, or that each step of the transaction could be fully and satisfactorily met. He was convinced that the Cuban government had never seriously intended to admit the refugees. He was fortified in this view by the opinions of important Cubans and of American personalities close to the situation, officially and otherwise. At the same time, Mr. Jaretzki pointed out how difficult it would be to make the full story public in all of the intimate details. Obviously, this could not be done without jeopardizing the 6'000 – 7'000 German refugees now in Havana. Moreover, it was our understanding that some 2'000, and perhaps a larger number, are in special danger because they had been permitted by the Immigration Commissioner to enter Cuba on the basis of the very type of landing certificates which were rejected in the case of the St. Louis passengers.

In response to an inquiry, Mr. Hyman, who had been in touch with this problem day and night, and had received innumerable delegations, telephone calls, messages, communications and suggestions, reported more fully on some of these matters. The Hamburg-American Line had been telephoning him continuously. The present position of the boat was about 750 miles east of New York headed toward Europe. Every effort was being made to keep up the morale of the passengers, who were naturally in the deepest despair.

Certain proposals had been made for landing some groups of passengers from the SS Flandre in one or another of the Central American countries, but each proposal had proven to be impractical. In one instance, that of San Domingo, a payment of \$ 500 per person would be required, not as a returnable bond but as an outright landing fee.

What was especially disagreeable was that the Dominican Republic imposed this fee only on immigrants of Jewish extraction. Inquiries concerning the suitability of settling in Santo Domingo also disclosed some unfavorable information. It was the consensus of opinion of the Executive Committee, taking into account all of these factors and others which cannot be reported fully in the written minutes, that the Joint Distribution Committee should not consent to any procedure where a special indemnity for admission was required of Jews only. Reverting to the St. Louis, Mr. Hyman stated that every effort would now be made and that all pressure would be brought to bear to land these passengers in some European port before the boat returned to Germany. Mr. Jaretzki, Mr. Rosenberg and he had spoken to Mr. Baerwald in London. The situation had been fully and forcefully placed before Mr. Baerwald, who had been urged to communicate as quickly as possible with important British and French Jews, as well as with other influential personalities in the several governments that might admit these people. Every possibility of getting them into a British or French camp must be considered. Mr. Baerwald was deeply moved by this situation. He realized the difficulties we had undergone. However, he did not minimize the difficulties of securing admission for these people into European countries, in view of the deep feeling of the leading personalities in all of these governments, that the German government should not be permitted to dump refugees in this way or to exploit such a situation as a precedent. Word was being expected from Mr. Baerwald momentarily.

Mr. Rosenberg felt that, in addition to the efforts now being made by Mr. Baerwald and Mr. Harold Linder in London, and the activities initiated by Mr. Morris C. Troper, our European Chairman in Paris, a cablegram should be sent to Sir Herbert Emerson, League of Nations High Commissioner for Refugees; to Lord Winterton, Chairman of the Intergovernmental Refugee Committee; to Norman H. Davis, Chairman of the American Red Cross; and to Max Huber, Chairman of the International Red Cross in Geneva. The J.D.C. must leave no stone unturned in attempting to aid the St. Louis passengers.

There was some question as to sending and publicizing such messages at this time. It might, in the opinion of Mr. Bressler, cause the governments which were at this very moment being approached by Mr. Baerwald, Mr. Linder, Mr. Troper and their associates, to divest themselves of any responsibility and to turn the solution of the problem over to the intergovernmental bodies. He felt, and this opinion Mr. Jaretzki shared, that the question should be submitted to Mr. Baerwald.

At this point, a transatlantic telephone call came through from Mr. Baerwald and the meeting adjourned to give Mr. Hyman opportunity to talk to him. Mr. Hyman returned to the meeting and said that Mr. Baerwald felt that a message such as Mr. Rosenberg proposed would be inopportune, in view of the proposals discussed with Sir Herbert Emerson. Mr. Baerwald indicated that he was sparing no effort in London to induce the proper organizations to act, and he promised to keep the officers in New York informed of developments.

There was considerable opposition to the admission of any of the refugees in England. However it was suggested that if these people had to be landed in Germany, Sir Herbert Emerson would personally proceed to Germany to supervise the examination of these passengers by British Consular officers so that those who might as soon as possible be admitted to England would be promptly sent out and so that those who remained would be accorded humane treatment. Mr. Hyman promised to keep the Committee advised promptly of word from England.

In the meantime, Mr. Rosenberg and Mr. Linder were in touch by transatlantic telephone with Mr. Troper, who was exerting virtually superhuman efforts in addressing himself to the most influential persons in France, Belgium and Holland, as well as in England, to plead for the admission of these refugees and to assure them that the Joint Distribution Committee would post all the necessary guarantees for the maintenance of these people.

Mr. Rosenberg raised the important question as to how the general public might be advised of the present status of the refugees. After discussion, it was unanimously resolved that Messrs. Alfred Jaretzki, Jr., Joseph C. Hyman, David M. Bressler, Harold K. Guinzburg, Edward M. M. Warburg and James N. Rosenberg be appointed as a subcommittee to be entrusted fully with the responsibility for any public statements. The committee was also requested to consider the drafting of a public statement to be sent out to friends and co-workers of the J.D.C. throughout the country.

The meeting adjourned at 5:45 p.m.

Respectfully submitted,

J.C. Hyman⁴
Secretary

DIE BERICHTE DER DEUTSCHEN GESANDTSCHAFT ÜBER DIE LAGE AUF KUBA

Mai – Juli 1939

Der Verfasser der Berichte war Walter Kaempfe, promovierter Diplomat und seit 1. Mai 1935 Mitglied der NSDAP. Er war seit Januar 1937 in der deutschen Gesandtschaft in Havanna tätig, zuerst als Legationssekretär, ab August 1938 als Gesandtschaftsrat. Nach der Versetzung seines Vorgesetzten, des Gesandten Hans Hermann Völckers war er ab 19. April 1939 als Geschäftsträger mit der kommissarischen Leitung der Gesandtschaft beauftragt.

Die neun Berichte und Telegramme decken den Zeitraum vom 11. Mai 1939 bis 27. Juli 1939 ab. Im ersten Schreiben informierte Kaempfe über das Dekret 937 vom 5. Mai 1939 und dessen Folgen für die Einwanderung. Er habe sich auf Antrag der Hapag an den Staatssekretär Remos gewandt und ihn gebeten, die Passagiere, die vor dem 5. Mai ihre Einreisegenehmigung erhalten haben, «ungehindert landen zu lassen». Er gehe davon aus, dass «deren Heimkehr nicht in unseren Interessen liegen würde». Am 25. Mai beschrieb er die «antijüdische Campagne» in einigen Zeitungen und hob hervor, dass der Antisemitismus auch in Regierungs- und Parlamentskreisen erwache. Eine weitere Verschärfung der Bestimmungen des Dekrets Nr. 937 solle verhindern, dass «Juden in Cuba einwandern und cubanische Arbeiter aus ihren Stellen verdrängen.» Kaempfe bezeichnete es als «unbestreitbare Tatsache», dass die Juden «durch ihr abstossendes Wesen und unlauteres Handeln den Antisemitismus selbst erzeugen». In den folgenden Berichten (2.-7. Juni) zeigte er einerseits Verständnis für die Haltung der kubanischen Regierung, andererseits ging er unverändert davon aus, dass eine Rückkehr der «ST. LOUIS» in einen deutschen Hafen unerwünscht sei. Er berichtete von den Verhandlungen verschiedener jüdischer Organisationen, vor allem des jüdischen Hilfskomitees für Flüchtlinge und der Erwartung des Hapag-Agenten, dass gegen eine hohe Zahlung an die Regierung die «ST. LOUIS» noch landen dürfe. Die schriftliche Ankündigung des Präsidenten Laredo Brü, dass die «ST. LOUIS» noch am 1. Juni abfahren müsse, andernfalls werde die Kriegsmarine die «ST. LOUIS» ausserhalb der Hoheitsgewässer bringen, kritisierte Kaempfe scharf. Das von ihm als «Gewaltandrohung» gegen herrschendes Recht bezeichnete Verhalten der kubanischen Regierung beantwortete er nach der Genehmigung durch das Auswärtige Amt mit einer Protestnote. Ende Juli berichtete Kaempfe, dass sich der Staatssekretär Campa mit

einer Note entschuldigt habe und der «Zwischenfall» damit in einer «für Deutschland zufriedenstellenden Form» erledigt sei.

QUELLE 1 | **BERICHT DER DEUTSCHEN GESANDTSCHAFT IN HAVANNA
ÜBER DIE NEUEN KUBANISCHEN EINREISEBESTIMMUNGEN
VOM 11. MAI 1939**

Politisches Archiv/Auswärtiges Amt, R 99412: Juden in Cuba, 1938-1942

Deutsche Gesandtschaft
Habana

Durchdruck

Habana, den 11. Mai 1939.

T. Nr. 1022/39

Mit Bezug auf den Bericht vom 1. Februar ds.Js. – T.Nr.222/39 –

Inhalt: Neue kubanische Einreisebestimmungen.

8 Anlagen

An das
Auswärtige Amt, BERLIN.

In der Anlage beehre ich mich ein neues kubanisches Dekret vom 5. ds.Mts.¹ – No. 937 – in einem Ausschnitt aus der Gaceta Oficial No. 284 von gleichem Datum nebst einer deutschen Uebersetzung vorzulegen.

Das Dekret bringt verschiedene Abänderungen des Dekrets vom 13. Januar ds.Js. und bezieht sich hauptsächlich auf dessen Artikel II und IV. Er ist am 5. ds.Mts. bereits in Kraft getreten und bestimmt im² Wesentlichen das Nachstehende:

Alle Touristen³ nichtamerikanischer Nationalität, die in Kuba landen wollen, müssen noch vor ihrer Einschiffung im Besitz der Einreisegenehmigung seitens der Staatssekretäre des Auswärtigen und der Arbeit neben der⁴ Einwanderungsbehörde sein. Einwanderer müssen ausserdem einen Garantiebetrag⁵ von \$ 500.- hinterlegen. Das Dekret bestimmt ferner, dass die Schifffahrtsgesellschaften⁶ den Staatssekretären des Auswärtigen,

1 «Dekret vom 5. ds.Mts» im Original handschriftlich doppelt rot unterstrichen.

2 Im Original Wortdopplung.

3 Im Original «Touristen».

4 Im Original Wortdopplung.

5 Im Original handschriftlich rot unterstrichen.

6 Im Original «Schifffahrtsgesellschaften».

der Finanzen und der Arbeit vollständige Listen der ankommenden und abreisenden Passagiere vorzulegen haben, damit auf diese Weise festgestellt werden kann, ob nicht vielleicht einzelne Passagiere illegal im Lande geblieben sind. Die Schifffahrtsgesellschaften, die gegen diese Bestimmungen verstossen, haben für alle Kosten des Aufenthalts der Einwanderer in Kuba und ihrer Heimbeförderung aufzukommen.

Die neuen Bestimmungen bringen eine weitere Erschwerung der Einreise von Ausländern⁷ in Kuba und sind in erster Linie auf die Juden, die in immer grösseren Mengen häufig schwarz oder gegen Bezahlung von Bestechungsgeldern hier einreisen, gemünzt. Wie ich von gut unterrichteter Seite höre, ist das Dekret zum Teil auch das Ergebnis des Neides der Staatssekretäre des Auswärtigen und der Arbeit auf den Generaldirektor der Einwanderungsbehörde Manuel Benitez y Gonzalez, der bereits eine halbe Million Dollar an Bestechungsgeldern eingeheimst hat. Wie dem auch sei, die Einwanderung der Juden wird von jetzt ab in Kuba eingeschränkt werden.

Verschiedene Schiffe, die bereits unterwegs sind, oder vor dem Auslaufen⁸ stehen, bringen hierher Passagiere mit nach den früheren Bestimmungen ordnungsmässig erteilten Einreisegenehmigungen. Da solche jedoch nach dem neuen, am 5. ds.Mts. in Kraft getretenen Dekret ihre Gültigkeit verloren haben, würden solche Passagiere am Landen verhindert werden. Angesichts dieses unhaltbaren Zustandes (es sollen mit den Schiffen «Iberia» und «St. Louis» rund 1'000 Juden⁹ aus Deutschland kommen, deren Heimkehr nicht in unserem Interesse liegen würde) habe ich mich auf Antrag der hiesigen Hapag-Agentur mit der abschriftlich beiliegenden Note an den Staatssekretär Remos gewandt und ihn gebeten, die Passagiere deutscher Schiffe, die nach Habana unterwegs sind, und vor dem 5. ds.Mts., die Einreisegenehmigungen erhalten haben, ungehindert landen zu lassen. Entsprechende Schritte sind auch vom englischen Gesandten und vom französischen Geschäftsträger unternommen worden. Im Übrigen hat der Generaldirektor der Einwanderungsbehörde in einem im beiliegenden Ausschnitt aus dem «Diario de la Marina» veröffentlichten Rundschreiben zur allgemeinen Kenntnis gebracht, dass die auf Grund der früheren Bestimmungen vor dem 6. Mai erteilten Einreisegenehmigungen noch gültig sein würden.

⁷ «eine weitere Erschwerung der Einreise von Ausländern» im Original handschriftlich rot unterstrichen.

⁸ Im Original: «Auslaufden».

⁹ «St. Louis' rund 1'000 Juden» im Original handschriftlich rot unterstrichen.

Ueber den weiteren Verlauf der Angelegenheit darf ich mir einen Bericht Vorbehalten. Einige Zeitungsausschnitte betr. das neue Dekret sind in der Anlage beigelegt, gez. Kampfe

**QUELLE 2 | BERICHT ÜBER DEN WACHSENDEN ANTISEMITISMUS
AUF KUBA VON DER DEUTSCHEN GESANDTSCHAFT
AN DAS AUSWÄRTIGE AMT VOM 25. MAI 1939**

Politisches Archiv/Auswärtiges Amt, R 99412: Juden in Cuba, 1938-1942

Deutsche Gesandtschaft

Havana

(Legacion Alemana)

T.Nr.1111/39

Habana, den 25. Mai 1939.

Inhalt: Wachsender Antisemitismus in Cuba.

8 Anlagen.

An das

Auswärtige Amt, BERLIN.

In letzter Zeit macht sich in einem grösseren Teil der hiesigen Presse ein Erstarren der antijüdischen Campagne bemerkbar. Es handelt sich hier vor allem um die Zeitungen «Diario de la Marina», «Avance» und das im Verlage des «Diario de la Marina» erscheinende Mittagsblatt «Alerta». Das Letztere brachte eine Reihe von Artikeln, in denen es heisst, dass die Juden in den hiesigen Handel eindringen, die Cubaner in rücksichtsloser Weise ausbeuten, ja auch aus dem Handel herauszudrängen beginnen, ferner dass sie die Gesetze des Landes verletzen bzw. umgehen und die cubanischen Behörden betrügen. Die Zeitung verlangt, dass die cubanische Regierung die Juden als unerwünschte und lästige Elemente schleunigst ausweist, und bezeichnet sie als Polypen, die dem cubanischen Volkskörper das Blut aussaugen. Einer von den genannten Artikeln trägt die unmissverständliche Überschrift «Hinaus mit den Juden».

In einem «La amenaza inmigratoria» überschriebenen Artikel des Abendblattes «Avance» werden die Gefahren eines weiteren Eindringens der Juden in Cuba vor Augen geführt. Die Juden, sagt der Artikelschreiber, werden bald den Handel in Cuba beherrschen

und das cubanische Volk wird unter Kapitalisten neuer Prägung, die eine andere Sprache sprechen, an einen anderen Gott glauben und sich nicht um die Sorgen des Landes kümmern, leiden müssen. Interessant ist schliesslich ein Aufsatz der bedeutendsten hiesigen Zeitung «Diario de la Marina» der von dem Inhaber des Blattes¹⁰, Herrn Dr. José I. Rivero, unter dem Titel «Impresiones» veröffentlicht worden ist. Herr Rivero verlangt hier ausserordentliche Massnahmen gegen die jüdische Einwanderung, damit Situationen, wie im Jahre 1933 (Revolution gegen Machado) vermieden werden. Die in Frage stehenden Aufsätze sind in der Anlage beigefügt, desgleichen 2 sehr farblose Artikel der hiesigen Linkspresse («Hoy» vom 18. ds.Mts. und «El Mundo» vom 18. ds.Mts.), die für die Juden eine Lanze brechen.

Aber nicht in der Presse allein wird jetzt gegen die jüdische Einwanderung Front gemacht. Auch in Regierungs- und Parlamentskreisen ist der Antisemitismus erwacht. So hat beispielsweise der Vorsitzende des Einwanderungsausschusses der Deputiertenkammer, Pedro Mendieta, den Präsidenten der Republik unter Hinweis darauf, dass die Juden illegal in Cuba einwandern und cubanischen Arbeitern das Brot wegnehmen, gebeten, die Landung der Juden hier gesetzlich zu verbieten. In gleichem Zusammenhang darf ich auch auf das neue Einwanderungsgesetz vom 5. Mai (vgl. Bericht vom 11. Mai ds.Js. – T.Er.1022/39 –) hinweisen, das die Einreise der Juden stark erschwert.

Es ist eine unbestreitbare Tatsache, dass die Juden dort, wo sie in grösseren Massen sind, sich sehr bald unbeliebt machen und durch ihr abstossendes Wesen und unlauteres Handeln den Antisemitismus selbst erzeugen. In Cuba, wo rund 7'000 Juden eingewandert sind, wird diese Strömung im Volke wie in Regierungskreisen immer stärker. Sorgen macht der cubanischen Regierung, wie mir der Unterstaatssekretär Dr. Campa sagte, vor allem der Gedanke, dass die Juden, die sich in Cuba in der Regel als «Durchreisende» oder «Touristen» aufhalten, um später nach den Vereinigten Staaten zu gehen, sich hier definitiv niederlassen könnten. In Erkennung der grossen jüdischen Gefahr für das Land wird nach den letzten Zeitungsnachrichten demnächst ein neues Dekret erlassen werden, das die Bestimmungen des Einwanderungsdekrets vom 5. Mai ds.Js. – No. 937 – noch verschärfen wird und verhindern soll, dass Juden in Cuba einwandern und cubanische Arbeiter aus ihren Stellen verdrängen.

Weitere Berichterstattung behalte ich mir ergebenst vor.

Kaempfe¹¹

10 Im Original «des Blatte».

11 Im Original handschriftlich unterschrieben.

QUELLE 3 | **BERICHT ÜBER DIE «ST. LOUIS» UND LANDUNGSVERBOT FÜR JÜDISCHE EMIGRANTINNEN AUF KUBA VOM 2. JUNI 1939**

Politisches Archiv/Auswärtiges Amt, R 99412: Juden in Cuba, 1938-1942

Deutsche Gesandtschaft

Habana

(Legacion Alemana)

T. Nr. 1143/39

Habana, den 2. Juni 1939

Im Anschluss an den Bericht vom 11. v.Mts. – T.Nr.1022/39 – und an den anderweitigen Bericht vom gestern – No. 35 –

Inhalt: Hapag-Schiff «San Luis» und Landungsverbot für jüdische Emigranten in Cuba.

8 Anlagen, (sowie 29 Zeitungsausschnitte)¹²

An das

Auswärtige Amt, BERLIN.

Am 27. v.Mts. traf um 4 Uhr a.m. im hiesigen Hafen der Hapag-Dampfer «San Luis» mit 936 jüdischen Emigranten ein. Die Passagiere befanden sich nur zum ganz geringen Teil im Besitz von cubanischen Einreisesichtvermerken, alle übrigen¹³ besaßen dagegen vor dem 6. Mai ds.Js. ausgestellte Einreise genehmigungen des Generaldirektors der hiesigen Einwanderungsbehörde.

Während die cubanischen Behörden die Passagiere (jüdische Emigranten) des am 15. v.Mts. hier eingetroffenen Dampfers «Iberia» mit der Begründung landen ließen, dass sie bei Erlass des Einwanderungsdekrets vom 5. v.Mtg. (vgl. Bericht vom 11. Mai ds.Js. – T.Nr.1022/39 –) bereits unterwegs waren, stellten sie sich diesmal auf den Standpunkt, dass sowohl die Passagiere als auch die Hapag-Agentur den neuen gesetzlichen Bestimmungen nicht entsprochen hätten, und untersagten die Landung. Später wurde allerdings denjenigen Juden, die ein cubanisches Visum hatten, die Landung gestattet.¹⁴ Das Ausschiffungsverbot der überwiegenden Mehrzahl der Juden wurde indessen bis zum Schluss aufrechterhalten, obwohl

¹² Handschriftliche Ergänzung.

¹³ «nur zum ganz geringen Teil im Besitz von cubanischen Einreisesichtvermerken, alle übrigen» im Original handschriftlich rot unterstrichen.

¹⁴ Satz im Original handschriftlich rot unterstrichen.

der Chef der Einwanderungsbehörde, Oberst Benitez,¹⁵ in seinem abschriftlich beiliegenden offiziellen Schreiben an die Hapag-Agentur vom 9. v.Mts. ausdrücklich erklärt hat, dass die von ihm vor dem 6. v.Mts. ausgestellten Einreisegenehmigungen gültig seien.

Da ich schon bei Veröffentlichung des neuen Einwanderungsdekrets vom 5. v. Mts. voraussah, dass die Cubaner der Landung der Juden Schwierigkeiten in den Weg legen würden, ich mir andererseits aber darüber im Klaren war, dass ihre Rückkehr nach Deutschland unerwünscht wäre, habe ich mich am 10. v.Mts. mit der meinem Bericht vom 11. v.Mts. – T.Kr.1022/39 – abschriftlich beigefügten Note an den Staatssekretär Remos gewandt und, da ich keine Antwort erhielt, ihn erneut in der abschriftlich beiliegenden Note vom 23. v.Mts. gebeten, die Passagiere des Schiffs «San Luis» landen zu lassen. Eine schriftliche Antwort erhielt ich vom Staatssekretär auch jetzt nicht. Dagegen erschien bei mir am Tage des Eintreffens der «San Luis» gegen 10 Uhr a.m. ein Beamter des Protokolls und erklärte mir, dass der Präsident der Republik die Landung verboten hätte, da die Bestimmungen des Dekrets vom 5. v.Mts. von den Passagieren und von der Hapag verletzt worden seien. Auch zeigte er mir einen Bericht des cubanischen Generalkonsuls in Hamburg, wonach kein einziger Passagier der «San Luis» eine gültige Einreisegenehmigung für Cuba erhalten hätte. Ich suchte daraufhin noch am selben Abend in Begleitung eines Herrn der hiesigen Hapag-Agentur den Staatssekretär Remos auf, um von ihm wenigstens die Genehmigung zur Freimachung von Plätzen für etwa 300 Passagiere, die mit der «San Luis» nach Deutschland reisen sollten, zu erhalten. Ich bat ihn, die entsprechende Anzahl von Juden landen und zunächst nach dem hiesigen Einwandererlager Tiscornia bringen zu lassen, wobei die Hapag die Garantie dafür übernehmen würde, dass diese Personen, falls ihr Verbleiben definitiv abgelehnt werden sollte, in spätestens sechs bis sieben Wochen Cuba wieder verlassen würden. Dr. Remos versprach, noch am nächsten Morgen mit dem Präsidenten der Republik zu sprechen. Der Erfolg blieb jedoch auch diesmal aus.

Während bis zum gestrigen Tage hier allgemein die Auffassung herrschte, dass die Cubanische Regierung doch noch die Landungsgenehmigung erteilen würde, überreichte gestern der hiesige Zollchef Dr. Varona dem Hapag-Agenten das in dem anderweitigen Bericht von gestern – No.35 – genannte Dekret des Staatspräsidenten neben einem von ihm unterzeichneten Begleitschreiben. Beide liegen in der Anlage abschriftlich und in deutscher Übersetzung bei. Hierin wurde verlangt,

¹⁵ Im Original handschriftlich unterstrichen.

dass der Dampfer «San Luis» noch am gleichen Tag Habana verlässt, andernfalls er durch die cubanische Kriegsmarine ausserhalb der Hoheitsgewässer gebracht werden würde.¹⁶ Als Grund hierfür wurde neben der Nichtbefolgung der Einwanderungsbestimmungen die Gefährdung der öffentlichen Sicherheit (!) angegeben. Angesichts der unerhörten Behandlung eines deutschen Schiffs, vor allem aber der Gewaltandrohung und zu kurzen Fristsetzung für die Verproviantierung habe ich mich veranlasst gesehen, die abschriftlich in deutscher und spanischer Sprache in der Anlage beigefügte Note an den Staatssekretär zu richten, worin ich auch meinen Standpunkt zu den Ausführungen des Schreibens des Generaldirektors der Einwanderungsbehörde und zur Frage der Gültigkeit der Einwanderungsgenehmigungen¹⁷ vertrat. Das Schiff «San Luis» hat inzwischen heute vormittag um 11 Uhr 30 Habana in vollster Ruhe und Ordnung verlassen.

Dass die Cubanische Regierung keine Lust verspürt, die zahlreichen jüdischen Emigranten aufzunehmen, ist durchaus verständlich. Auch in Argentinien und Uruguay ist in den letzten Tagen die Landung von Juden aus Deutschland nicht gestattet worden. Es wäre kaum etwas einzuwenden gewesen, wenn die hiesige Regierung ohne Gewaltandrohung das von den Juden vollbesetzte Schiff veranlasst hätte, den Hafen in angemessener Zeit zu verlassen. Die Art, wie die Regierung ein deutsches Schiff zu behandeln gewagt hat, hat indessen mit Juden nichts mehr zu tun und stellt eine Beleidigung Deutschlands dar, die wir von Cuba, das schon wiederholt seine anti-deutsche Einstellung offenbart hat, nicht stillschweigend hinnehmen können.

Selbstverständlich hat der Aufenthalt der «San Luis» im Hafen von Habana wieder eine antideutsche Pressecampagne ausgelöst. Eine Reihe von dreisten und dummen Hetzartikeln der hiesigen Linkszeitungen «Hoy», «El Pais» und «El Mundo» und des antideutschen amerikanischen Blatts «Havana Post» füge ich in der Anlage bei. Andererseits waren auch häufig in der cubanischen Presse anti-jüdische Aeusserungen zu lesen. Vor allem soll aber demnächst, verursacht durch den Aufenthalt der «San Luis» mit rund tausend Juden im hiesigen Hafen, ein neues Dekret erlassen werden, in dem der Einwanderung der Juden ein Riegel vorgeschoben wird. Ein starker Gegner der jüdischen Einwanderung in Cuba ist der Vorsitzende des Einwanderungsausschusses der Kammer, Herr Mendieta,¹⁸

16 «San Luis' noch am gleichen Tag Habana verlässt, andernfalls er durch die cubanische Kriegsmarine ausserhalb der Hoheitsgewässer gebracht werden würde» im Original handschriftlich unterstrichen.

17 Im Original: Einwanderungsgenehmigungen.

18 Im Original handschriftlich unterstrichen.

mit dem ich über die Judenfrage eingehend zu sprechen Gelegenheit hatte. Eine Anzahl von Zeitungsausschnitten betr. «San Luis» und das Judenproblem liegt gleichfalls bei.

Von besonderem Interesse ist der Umstand, dass eine Reihe von jüdischen Verbänden und Organisationen, insbesondere aber das Jüdische Hilfskomitee, sich mit der hiesigen Regierung in Verbindung gesetzt und über die Frage der Genehmigung der Landung der Juden verhandelt hat und trotz der Abfahrt des Schiffs immer noch weiter verhandelt. Allein 5 amerikanisch-jüdische Anwälte, unter ihnen Dr. Lawrence Berenson,¹⁹ Vorsitzender der Cubanischen Handelskammer in den Vereinigten Staaten und Anwalt des Jüdischen Hilfskomitees für Flüchtlinge, waren hierher gekommen. Wie mir der Hapag-Agent heute sagte, ist es durchaus wahrscheinlich, dass der Dampfer «San Luis» noch zurückkehren wird, und dass die Juden die Landungsgenehmigung schliesslich doch erhalten werden, da die amerikanisch-jüdischen Organisationen einen sehr beträchtlichen Geldbetrag den Cubanern hierfür zu zahlen bereit sein sollen. Auch geht hier das Gerücht um, dass die Regierung der Dominikanischen Republik den Juden von «San Luis» die Zuwanderung in Santo Domingo gestattet hätte. Die nächste Zukunft wird über das Los dieser jüdischen Emigranten entscheiden.

Für eine baldgefällige Weisung, ob bzw. welche weiteren Schritte ich wegen der unerhörten Behandlung eines deutschen Schiffs durch die Cubanische Regierung unternehmen soll, wäre ich dankbar.²⁰

Kaempfe²¹

NS. Die soeben erhaltene Gaceta Oficial vom 1. Juni ds.Js. – No. 357 – ist gleichfalls beigelegt.

QUELLE 4 | TELEGRAMM VON KAEMPFE AN DAS AUSWÄRTIGE AMT ÜBER DIE «ST. LOUIS» VOM 2. JUNI 1939

Politisches Archiv/Auswärtiges Amt, R 99412: Juden in Cuba, 1938-1942

Telegramm (geh.Ch.V.)

Havana, den 2. Juni 1939 0 Uhr 04

Ankunft: den 2. Juni 1939 8 Uhr 35

¹⁹ Im Original handschriftlich unterstrichen

²⁰ «ob bzw. welche weiteren Schritte ich wegen der unerhörten Behandlung eines deutschen Schiffs durch die Cubanische Regierung unternehmen soll, wäre ich dankbar.» handschriftlich unterstrichen.

²¹ Im Original handschriftlich unterschrieben.

Nr.35 vom 1/6. Bezug Bericht vom 11. Mai 1022.

Die Kubanische Regierung hat, nachdem wiederholte Schritte der Gesandtschaft erfolglos geblieben, heute um 15 Uhr Hapag-Agenten Wortlaut heutigen, noch nicht veröffentlichten Dekrets des Staatspräsidenten durch Zollchef aushändigen lassen, in dem Verlassen Hafens durch Schiff «San Luis», das seit 27. Mai²² mit über 900 jüdischen Emigranten hier liegt, mit Besatzung und Passagieren noch am heutigen Tag verlangt wird. Begründung hierfür neben Nichtbeachtung Einwanderungsbestimmungen durch Schiffsgesellschaft und Passagiere Gefährdung der öffentlichen Ordnung durch Unruhe unter den Passagieren. Andernfalls würde Schiff durch Kriegsmarine ausserhalb Hoheitsgewässer gebracht werden. Besatzungsmitglieder, die illegal an Land sind, würden durch die Polizei an Bord gebracht werden.

Inzwischen Frist Aufenthalts bis morgen 18 Uhr zwecks Verproviantierung verlängert.

Einlege sofort Protest gegen ungebührliche Behandlung Schiffes und Gewaltandrohung.

Schriftbericht folgt.

Telegramm hat Hoheitsträger vorgelegen.

Kaempfe

**QUELLE 5 | TELEGRAMM VON KAEMPFE AN DAS AUSWÄRTIGE AMT
VOM 2. JUNI 1939**

Politisches Archiv/Auswärtiges Amt, R 99412: Juden in Cuba, 1938-1942

Telegramm

(Geh.Ch.V.)

Havana, den 2. Juni 1939 23.02 Uhr

Ankunft den 3. Juni 1939 8.15 Uhr

Nr.36 vom 2.6. Im Anschluss an Telegramm vom 1.Nr.35

Datumangabe im Text des gestrigen Telegramms muss lauten 27. Mai nicht 27.

April.

Kaempfe

²² Handschriftlich durchgestrichen und korrigiert: «April».

QUELLE 6 | **BERICHT DER DEUTSCHEN GESANDTSCHAFT
IN HAVANNA ÜBER DIE «ST. LOUIS» VOM 6. JUNI 1939**

Politisches Archiv/Auswärtiges Amt, R 99412: Juden in Cuba, 1938-1942

Deutsche Gesandtschaft

Havana

(Legacion Alemana)

Habana, den 6. Juni 1939.

T.Nr.1150/39

Im Anschluss an den Bericht vom 2. ds.Mts. – T.Nr.1143/39 –

Inhalt: «San Luis» – Zwischenfall.

4 Anlagen.

15 Zeitungsausschnitte.

An das Auswärtige Amt, BERLIN.

Im Anschluss an meinen oben bezeichneten Bericht beehre ich mich in den Anlagen Abschrift und Übersetzung einer an mich gerichteten Note des Staatssekretärs des Auswärtigen, Dr. Remos, vom 5. ds.Mts. und meine Antwortnote vom gleichen Datum zu übersenden.

Dr. Remos lässt sich in seiner Note weitschweifig über die Frage der Un-erwünschtheit der Juden in Cuba, was an sich sehr erfreulich und verständlich ist, aus, erwähnt unrichtigerweise wiederholt, dass die Juden von «San Luis» aus Deutschland ausgewiesen (expulsado) worden seien, nennt un-überzeugende und keinesfalls durchschlagende Gründe für die Nichtbeant-wortung meiner Noten vom 10. und 23. v.Mts., verfällt in chronologische Fehler und geht vor allem auf den Kern der Angelegenheit, nämlich auf die dem Schiff zu kurz gesetzte Frist für das Verlassen des Hafens und auf die Gewaltandrohung, die für die Entsendung meiner Note vom 1. ds.Mts. ent-scheidend waren, überhaupt nicht ein. Ich habe mich deshalb veranlasst gesehen, ihm noch vor Weiterleitung seiner Note an das Auswärtige Amt kurz zu antworten und zu einzelnen seiner Behauptungen Stellung zu neh-men.

Während ich in meinen Noten vom 10. und 23. v.Mts. auf Antrag der hie-sigen Hapag-Agentur und insbesondere aus dem Gesichtspunkt heraus, dass die Rückkehr der Juden nach Deutschland unerwünscht wäre, den

Staatssekretär bat, den Juden, die sich vor Inkrafttreten des Dekrets vom 5. v.Mts. eingeschifft haben oder vor dem gleichen Datum ausgestellte Einreisegenehmigungen besitzen, landen zu lassen, erwähnte ich in meiner Note vom 1. ds.Mts. die jüdischen Emigranten überhaupt nicht, sondern wandte mich gegen die ungehörige Behandlung eines deutschen Schiffs²³ und gegen die Gewaltandrohung²⁴ seitens der Cubanischen Regierung²⁵. Selbstverständlich gab ich hierbei auch meiner Verwunderung darüber Ausdruck, dass das Staatssekretariat meine früheren Noten nicht beantwortet hat und mich als Reichsvertreter überhaupt ohne jede Information über die gegen unser Schiff getroffenen Gewaltmassnahmen liess. Jedenfalls war es m.E. durchaus richtig und erforderlich, bei der Cubanischen Regierung wegen ihres ungehörigen Verhaltens Vorstellungen zu erheben und ihr zu verstehen zu geben, dass Deutschland nicht gewillt ist, sich von ihr derartige Dinge gefallen zu lassen. Im Übrigen ist die recht konfuse Note des Herrn Remos sehr weich abgefasst und lässt erkennen, dass die Cubanische Regierung meinen Schritt ganz richtig verstanden hat.

Wenn Herr Remos, was für uns natürlich sehr interessant ist, davon spricht, dass die Juden in Cuba unerwünscht seien, und dabei hervorhebt, dass sie gerade in Deutschland als für das nationale Wohlergehen schädliche Elemente angesehen werden, so entsprechen seine Ausführungen nicht gerade den von dem Präsidenten Laredo Bru gestern Pressevertretern gegenüber gemachten Äusserungen, in denen er die Juden seiner aufrichtigen und tiefen Teilnahme versichert und erklärt, dass die Cubanische Regierung im Zeichen der Weltbrüderlichkeit Massnahmen treffen werde, um für die Juden von «San Luis» in Cuba, voraussichtlich auf der Isla de Pinos, ein Konzentrationslager einzurichten. Hierfür verlangt er allerdings von dem jüdisch-amerikanischen Anwalt Berenson, über den ich bereits in meinem letzten Bericht geschrieben habe, Garantien dafür, dass diese Juden dem Staat nicht zur Last fallen, und dass ihre Einschiffung und Versorgung für den Fall dass sie die Erlaubnis nach einem anderen Lande (Amerika) zu gehen erhalten, sichergestellt sind. Dass bei dieser Selbstbeweihräucherung des Herrn Staatspräsidenten nicht die Gefühle der Weltbrüderlichkeit, sondern ganz andere Gründe, die ich nicht näher bezeichnen möchte, die Hauptrolle spielen, ist für jeden, der die hiesigen Verhältnisse einigermaßen kennt, vollkommen klar. Es erscheint durchaus wahrscheinlich, dass die cubanischen Bedingungen nicht so

23 «ungehörige Behandlung eines deutschen Schiffs» im Original mit rot unterstrichen.

24 Im Original unterstrichen.

25 «die Gewaltandrohung seitens der Cubanischen Regierung» im Original handschriftlich mit rot unterstrichen.

hochgeschraubt sind, wie die der Dominikaner, über deren Humanität und Anteilnahme für die armen, aus Deutschland ausgewiesenen Juden, die Zeitungen in den letzten Tagen geschrieben haben. Wie dem auch sei, heute nachmittag soll die Entscheidung der Cubanischen Regierung über die Zulassung bezw. Nichtzulassung der «San Luis»-Juden fallen. Nach den letzten Pressemitteilungen soll sich «San Luis» nicht, wie die Hapag-Agentur mir versicherte, auf der Heimreise befinden, sondern sich unweit von Cuba aufhalten, um die Entscheidung der Cubanischen Regierung abzuwarten. Noch am heutigen Abend wird wohl das Ergebnis der zwischen der Cubanischen Regierung und dem jüdisch-amerikanischen Anwalt Berenson²⁶ geführten Verhandlungen bekannt gegeben werden.

Wie ich von dem Kapitän des Hapag-Schiffs «Iberia» neulich hörte, soll das Schwesterschiff «Orinoco», das am 27. v.Mts. mit weiteren 200 Juden, die keine gültigen cubanischen Einreisegenehmigungen hatten, Deutschland verliess, angesichts des «San Luis»-Zwischenfalls diese wieder nach Hamburg zurückgebracht haben. Ich kann dies nur begrüssen, denn es liegt entschieden im Interesse der guten deutsch-cubanischen Beziehungen, dass von nun ab jüdische Emigranten, die die entsprechend dem letzten Einwanderungsgesetz erforderlichen Einreisegenehmigungen nicht besitzen, auf deutschen Dampfern nicht mehr nach Cuba geschafft werden.

Abschliessend möchte ich darauf hinweisen, dass wenn auch der «San Luis»-Fall bedauerlicherweise nicht nur in Cuba, sondern auch in anderen Ländern, insbesondere in den Vereinigten Staaten von Amerika eine Pressehetze gegen Deutschland ausgelöst hat, er andererseits erneut gezeigt hat, dass die Juden auch in dieser Hemisphäre als unerwünschte Elemente betrachtet werden.

Eine Reihe von betreffenden Zeitungsausschnitten ist in der Anlage beigefügt.
Kaempfe²⁷

26 «jüdisch-amerikanischen Anwalt Berenson» im Original handschriftlich unterstrichen.

27 Im Original handschriftlich unterschrieben.

QUELLE 7 | **BERICHT DER DEUTSCHEN GESANDTSCHAFT IN HAVANNA ÜBER DIE «ST. LOUIS» VOM 7. JUNI 1939**

Politisches Archiv/Auswärtiges Amt, R 99412: Juden in Cuba, 1938-1942

Deutsche Gesandtschaft
Havana
(Legación Alemana)

Habana, den 7. Juni 1939.

T.Nr. 1157/39

Im Anschluss an den Bericht vom 6. ds. Mts. - T.Nr. 1150/39 -
83-26 46

Inhalt: "San Luis"-Zwischenfall.

bei 20.6. hier Kop

83-26 46
- 2

Die Verhandlungen, die der jüdisch-amerikanische Anwalt Lawrence Berenson mit der Cubanischen Regierung geführt hat, sind gestern gescheitert. Der Präsident der Republik hat den Vorschlag des Juden, wonach Cuba einen Garantiebtrag von \$ 443 000.- für die Emigranten von "San Luis", von englischen Schiff "Orduña" (72 Personen) und von französischen Schiff "Flandre" (85 Personen) erhalten sollte, abgelehnt und die Landung all dieser Juden definitiv verboten.

Der wenig schöne Kuhhandel, bei dem die jüdischen Organisationen den von Cuba verlangten, zu hoch angesetzten Geldbetrag für die Aufnahme der Juden nicht bewilligen wollten, hat, nachdem er die Öffentlichkeit der hiesigen Hemisphäre längere Zeit beschäftigt hat, sein Ende gefunden. Das Schiff "San Luis" hat nunmehr, da weder Cuba, noch Santo Domingo, noch die Vereinigten Staaten, an deren Präsidenten sich die Juden zuletzt telegraphisch gewandt hatten, sie aufgenommen haben, auf Anordnung der Hapag Kurs nach Europa genommen und befindet sich auf der Rückreise nach Hamburg.

Während der Vorfall für die jüdischen Emigranten beendet zu sein scheint, kann dies in Bezug auf die unerhörte Behandlung des Schiffs "San Luis" durch die Cubanische Regierung nicht behauptet werden. Ich darf erneut meiner Meinung dahin Ausdruck geben, dass Deutschland das unerhörte Verhalten der Cubaner unter Protest zurückweisen muss. Für eine möglichst baldige Weisung entsprechend meinen Berichten vom 2. und vom 6. ds. Mts. - T.Nr. 1143/39 und 1150/39 - wäre ich deshalb dankbar.

An das
Auswärtige Amt,
BERLIN.

83-26

**QUELLE 8 | SCHREIBEN AN DIE DEUTSCHE GESANDTSCHAFT IN HAVANNA
BEZÜGLICH DER ABWEISUNG DER «ST. LOUIS» VOM 20. JULI 1939**

Politisches Archiv/Auswärtiges Amt, R 99412: Juden in Cuba, 1938-1942

Berlin, den 20. Juli 1939.

U.St.S.

Diplogerma

Habana

Nr. 39

Tel. in Ziff.

Geh.Chiffr.Verf.

Auf Bericht vom 2. v.M. Nr – 1141/39 –

Bitte gegen Punkt 2 Dekrets vom 2. Juni im Auftrag Reichsregierung durch Notenübergabe formell Protest erheben mit Begründung, dass Reichsregierung Behandlung Hapag-schiffes St. Louis durch kubanische Behörden als Verletzung internationaler Verkehrsregeln sowie Nichtachtung deutscher Flaggenehre zurückweisen müsse. Bei Notenübergabe mündlich nachdrücklich der Erwartung Ausdruck geben, dass kubanische Regierung Zwischenfall in Deutschland zufriedenstellender Form²⁸ erledigen werde.

Schumburg

Wvorl. nach Abg.

(Benachrichtigung der hiesigen Hapag-Vertretung)

**QUELLE 9 | SCHREIBEN DER DEUTSCHEN GESANDTSCHAFT IN
HAVANNA AN DAS AUSWÄRTIGE AMT VOM 27. JULI 1939**

Politisches Archiv/Auswärtiges Amt, R 99412: Juden in Cuba, 1938-1942

Deutsche Gesandtschaft

Havana

(Legaciön Alemana)

Habana, den 27. Juli 1939.

T.Nr.1461/39

Auf die anderweitige Weisung vom 20. ds.Mts. – No. 39 –

28 Im Original wurde «durch entschuldigende Erklärung» durchgestrichen und mit «in Deutschland zufriedenstellender Form» handschriftlich ersetzt.

Inhalt: **Protesterklärung** wegen Behandlung Hapag-Schiffs «St. Louis».
2 Anlagen.

An das
Auswärtige Amt, BERLIN.

Weisungsgemäss habe ich dem Staatssekretär Campa die abschriftlich beigelegte Note nebst spanischer Übersetzung übergeben und dabei mündlich nachdrücklichst der Erwartung Ausdruck gegeben, dass die cubanische Regierung den Zwischenfall mit dem Hapag-Schiff «St. Louis» in einer für Deutschland zufriedenstellenden Form erledigen werde.

Herr Campa, der zur Zeit des Vorfalles noch nicht Staatssekretär war – die unerhörte Behandlung des Schiffs war dem inzwischen ausgeschiedenen, absolut deutschfeindlichen Staatssekretär Remos zu verdanken – hat mir sofort nach Durchsicht der Note sein aufrichtiges Bedauern²⁹ über die seinerzeitige Behandlung des Schiffs ausgesprochen, daraufhingewiesen, dass die Protesterklärung ihm als dem neuen Aussenminister äusserst peinlich sei, und dass er nur den einen Wunsch hege, zu Deutschland, dem er grosse Sympathie entgegenbringe, die freundschaftlichsten und herzlichsten Beziehungen zu unterhalten. Ich hatte aus seinen Worten und aus der ganzen Art seines Verhaltens den festen Eindruck, dass er die Behandlung des Schiffs durch die frühere cubanische Regierung tatsächlich missbilligte, und erklärte ihm, dass ich von der Aussprache seines Bedauerns Kenntnis genommen hätte und meiner Regierung entsprechend berichten würde.

Zur Berücksichtigung seines bereits ausgesprochenen Bedauerns sandte Herr Campa heute früh noch den Chef des Protokolls zu mir in die Gesandtschaft und liess ihn erneut sein persönliches und der cubanischen Regierung Bedauern über die seinerzeitige Behandlung des Schiffs aussprechen. Ich glaube, dass die Form, in der Herr Campa den Vorfall erledigt hat, als zufriedenstellend angesehen werden dürfte, und dass wir auf eine weitere Verfolgung der Angelegenheit verzichten können.

²⁹ «sein aufrichtiges Bedauern» im Original unterstrichen.

«ZWECKS EINER SCHNELLEN ABWICKLUNG DER LANDUNGSANGELEGENHEITEN»

Rolle und Aufgaben des Bordkomitees der «ST. LOUIS»

Matthias Loeber

In den frühen Morgenstunden des 27. Mai 1939 erreichte die MS «ST. LOUIS» die Bucht von Havanna. An Bord des Schiffs befanden sich 937 Passagiere. Die meisten von ihnen waren deutsche Juden, die hofften, in Kuba eine vorübergehende Heimat bis zur Weiterreise in die Vereinigten Staaten zu finden. Der grösste Teil dieser Gruppe war im Besitz einfacher Landepermits, welche die kubanische Einwanderungsbehörde unter Manuel Benitez Gonzalez ausgestellt hatte. Sie konnten über die kubanischen Konsulate in Deutschland bezogen werden. Mit dem Erlass des Dekrets 937 vom 5. Mai 1939 durch die Regierung Kubas war die rechtliche Gültigkeit dieser Dokumente fraglich geworden.¹ Das Dekret sah vor, dass Einreisende, mit Ausnahme von Touristen, eine Sicherheit von 500 \$ hinterlegen mussten. Auch brauchten sie die Zustimmung des kubanischen Aussen- und Arbeitsministeriums.² Vor diesem Hintergrund durften im Verlauf des 27. Mai 1939 nur 28 Passagiere das Schiff nach Ankunft in Kuba verlassen: 22 von ihnen waren deutsche Juden, die über reguläre Einwanderungspapiere verfügten und eine entsprechende finanzielle Sicherheit hinterlegt hatten. Vier Spanier und zwei Kubaner durften das Schiff ebenfalls verlassen. Sie waren mit der «ST. LOUIS» ohne Fluchthintergrund nach Havanna gereist.³ Den anderen Passagieren verwehrten die kubanischen Behörden bis auf Weiteres die Landung.

Bereits im Vorfeld war Kapitän Schröder über zu erwartende Schwierigkeiten in Kenntnis gesetzt worden. Die Firmenzentrale der HAPAG hatte am 23. Mai in einem Telegramm darauf hingewiesen, dass die Mehrheit der Passagiere möglicherweise nicht landen dürfte. Noch am gleichen Tag hatte Schröder ein Bordkomitee als Vertretung der Passagiere einberufen.⁴ Mit dem Ziel «einer schnellen Abwicklung der Landungsangelegenheiten» wurden Dr. Max Weis, Herbert Manasse, Josef Joseph, Max Zellner und Arthur Hausdorff

1 Zur Einwanderungspolitik der lateinamerikanischen Regierungen vgl. den Beitrag von Lars Nothdurft in diesem Band.

2 Vgl. Miller, Scott; Ogilvie, Sarah: *Refuge Denied. The St. Louis Passengers and the Holocaust*, Madison (Wisconsin) 2006, S. 19.

3 Vgl. Miller/Ogilvie: *Refuge Denied*, S. 20.

4 Vgl. ebd., S. 20.

REPUBLICA DE CUBA
DEPARTAMENTO DE INMIGRACION
TARJETA DE IDENTIFICACION DEL PASAJERO TRANSFUNTE
IDENTIFICATION CARD OF THE PASSENGERS INTRANSIT.

Nombre del pasajero Josef Joseph
Name of passenger

Nacionalidad Alemana Nombre del Vapor "St. Louis"
Nationality Name of Steamer

Manifiesto No. 6 Partida No. 5
Manifest No. Line No.

Puerto de procedencia del pasajero
Port of origin of the passenger.

AVISOS: 1.—Esta tarjeta deberá ser conservada por el pasajero para su identificación en Cuba.
2.—Transcurridos 90 días de la llegada del turista o transeunte, y sin perjuicio de lo que disponen las leyes sobre inmigración, deberá inscribirse en el "Registro de Extranjeros".
3.—El portador se obliga a no desempeñar empleo ni trabajo de ninguna clase en Cuba.

NOTICE: 1.—This card must be retained by the person to whom it is issued for purposes of identification during permanency in, and departure from Cuba.
2.—Upon arrival in Cuba the person to whom this card is issued agrees to comply with and conform to the Laws of Immigration, and 90 days after date of arrival must register at the "Registration Bureau for Aliens".
3.—The holder also agrees not to engage in pursuit of work or employment in any shape or form, paid or unpaid, or Company established in Cuba, during his, or her, permanency in Cuba.

Fecha 27. Mai 1939
Date.

Firma del pasajero Josef Joseph Sobrecargo J. Müller
Passenger's signature Purser.

net 59 1d 5' 87 a

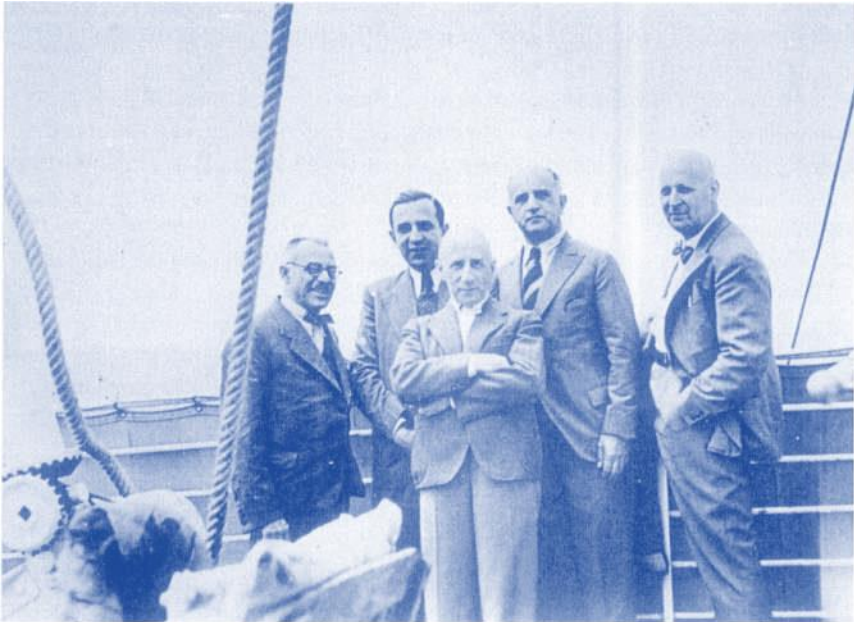
Landungsschein für Josef Joseph, ausgestellt am Tag der Ankunft in Havanna auf Grundlage der Benitez-Einreisegenehmigung. Die Landung wurde verwehrt, USHMM, The Liesl Loeb Papers, 1991.164.118.

zu Mitgliedern des Komitees ernannt. Sie sollten fortan die Entwicklungen an die Passagiere kommunizieren und selbst an den Verhandlungen teilnehmen. (*Quelle 1*) Josef Joseph wurde zum Vorsitzenden des Bordkomitees gewählt. Im Verlauf der Fahrt traten dem Komitee zusätzlich Sally Guttman und Ernst Vendig bei.

Die Mitglieder des Bordkomitees waren vor 1933 angesehene Angehörige des Bürgertums gewesen, einige waren einflussreiche Persönlichkeiten. Zwischen 1933 und 1939 wurden ihre bürgerlichen Existenzen durch die Nationalsozialisten vernichtet und ihnen mehr und mehr die Lebensgrundlage entzogen.⁵

Josef Joseph, Jahrgang 1882, hatte in Rheydt im Rheinland gelebt. Als Anwalt und Vorsitzender der jüdischen Walther-Rathenau-Loge war er in seiner Heimatstadt bekannt.⁶

⁵ Siehe hierzu den Beitrag von Laura Radel in diesem Band.



Das Bordkomitee in seiner ersten Besetzung, v.l. Max Zellner, Dr. Max Weis, Herbert Manasse, Josef Joseph und Arthur Haussdorf, USHMM, Photo Nr. 31845.

In den 1920er Jahren hatte der erfolgreiche Jurist zu den Finanziers und Unterstützern eines noch unbekanntes Germanisten und Schriftstellers gehört: Joseph Goebbels.⁷ Durch die «Fünfte Verordnung zum Reichsbürgergesetz» vom 27. September 1938 wurde Joseph die Anwaltszulassung entzogen.

Dr. Max Weis, geboren 1881, hatte in Würzburg und München Medizin studiert. Ab 1906 unterhielt er in Beuel, heute ein Stadtteil von Bonn, eine Arztpraxis. Im Ersten Weltkrieg war er Stabsarzt in einem Lazarett gewesen. Nach der Machtübernahme der Nationalsozia-

⁶ Vgl. Reinfelder, Georg: MS «ST. LOUIS». Frühjahr 1939 – Die Irrfahrt nach Kuba. Kapitän Gustav Schröder rettet 906 deutsche Juden vor dem Zugriff der Nazis, Teetz 2002, S. 141-142.

⁷ Vgl. Reuth, Ralf Georg: Einführung, in ders. (Hg.): Joseph Goebbels. Tagebücher 1924-1945. Band 1. Einführung, 1924-1929, München³ 2003, S. 1-46, hier S. 28. Joseph schrieb in der Spätphase des Zweiten Weltkriegs einen bemerkenswerten offenen Brief an Joseph Goebbels, vgl. Josef Joseph: Offener Brief an Joseph Goebbels, USHMM, The Liesl Loeb Papers, 1991.164.118.

listen geriet er zunehmend in Bedrängnis, bevor er 1938 seine Praxis aufgeben musste.⁸

Dr. Ernst Vendig, Jahrgang 1899, stammte aus Kaiserslautern. Bis 1936 betrieb der promovierte Jurist mit seiner Frau ein Bekleidungsgeschäft. Nachdem sie das Unternehmen durch Druck der Nationalsozialisten verkaufen mussten, konnten sie sich in Berlin zeitweise ein neues Modegeschäft aufbauen, ehe auch diese Existenz zerschlagen wurde.⁹

Die angeführten Lebenswege sind repräsentativ für den Werdegang der Mitglieder des Bordkomitees. Sie alle hatten bis 1938 die Zerstörung ihrer Lebensgrundlage mit ansehen müssen. Die Novemberpogrome von 1938 brachten die endgültige Gewissheit, dass für Juden in Deutschland keine Zukunft bestehe. Von Arthur Hausdorff ist überliefert, dass er nach der Pogromnacht nach Buchenwald deportiert wurde – es ist davon auszugehen, dass er nur gegen den Beleg einer Auswanderungsmöglichkeit freigelassen wurde.¹⁰

DIE ARBEIT DES BORDKOMITEES

Schröders Wahl für die Besetzung des Bordkomitees dürfte wohlüberlegt gewesen sein. Die Mitglieder, insbesondere ihr Vorsitzender Joseph, waren routinierte Redner und Schreiber, sie verfügten über einschlägige Auslandskontakte und nicht zuletzt auch Kenntnisse der englischen Sprache. Viele von ihnen hatten Verwandtschaft in den Vereinigten Staaten oder Grossbritannien. Bereits am 28. Mai 1939 entsandte das American Jewish Joint Distribution Committee (JDC) den Rechtsanwalt Lawrence Berenson nach Havanna, um mit der kubanischen Regierung und dem Präsidenten Laredo Bru zu verhandeln. Das Bordkomitee stand fortan in Austausch mit den Vertretern des JDC und teilte den Passagieren regelmässig den Verhandlungstand mit oder gab die ermutigenden Worte der jüdischen Hilfsorganisation weiter. (*Quelle 2*)

Daneben bemühte es sich auch selbst um eine Lösung. Die Ehefrauen der Komiteemitglieder appellierten an die First Lady von Kuba, «Die traditionelle Humanität Ihres Volkes und Ihrer Excellenz mitfühlendes Frauenherz» zu zeigen und die glücklosen Passagiere der «ST. LOUIS» doch noch aufzunehmen. (*Quelle 3*)

⁸ Vgl. Reinfelder: MS. «ST. LOUIS», S. 143f.

⁹ Vgl. Vendig, Charlotte: Unsere Auswanderung und ihre Folgen. Unveröffentlichtes Manuskript, USHMM, Fred Vendig Papers, 1999.A.0089.1.

¹⁰ Vgl. o. V.: Voyage of the St. Louis, Eintrag «Hausdorff, Arthur», online in: <https://www.ushmm.org/online/st-louis/detail.php?PassengerId=306&letter=H&ord=320> (Stand: 14.4.2019).

Nach dem Scheitern der Verhandlungen in Kuba versuchte das Komitee auf eigene Initiative einen Ort zur Landung des Schiffs zu finden. In diesem Sinne telegraphierte Joseph an den britischen Premierminister Chamberlain, um eine Landung in Southampton zu bewirken, da im Falle einer Rückkehr nach Deutschland «Verzweiflungsakte» an Bord «unvermeidlich» gewesen wären. *(Quelle 4)*

In insgesamt 13 Lageberichten teilte das Komitee den Passagieren den Stand der Verhandlungen über ihre Landung mit. Aus den Schreiben geht die enge Kooperation mit dem JDC und seinem europäischen Vertreter Morris C. Troper hervor, aber auch der Kontakt zu jüdischen Prominenten wie dem Bankier Max Warburg. Im 13. Bericht vom 14. Juni 1939 – die «ST. LOUIS» war mittlerweile mehr als einen Monat auf See – konnte das Bordkomitee die befreiende Nachricht von Troper bekanntgeben: «Endgültige Vereinbarungen für die Ausschiff aller Passagiere sind zustande gekommen».¹¹

(Quelle 5)

Mit bewegenden Worten bedankten sich die Mitglieder des Bordkomitees kurz nach der Landung in Antwerpen bei James Rosenberg, dem Vertreter des JDC in New York: «Für alle Ihre Aufopferung und unermüdliche Tätigkeit, die Sie ganz besonders in den letzten Tagen zu unserer Rettung und zur Sicherung unserer Abreise in so wunderbarer Weise entfaltet haben, ist jedes menschliche Wort zu schwach, um die tiefe seelische Erschütterung, die uns alle im Banne hält, zum Ausdruck zu bringen.» *(Quelle 6)*

AKTIVITÄTEN DES BORDKOMITEES NACH DER LANDUNG IN ANTWERPEN

Auf Initiative des JDC und in Kooperation mit dem Intergovernmental Committee on Refugees (IGCR) glückte am 17. Juni 1939 die Landung der «ST. LOUIS» in Antwerpen und die Unterbringung von 214 Passagieren in Belgien, 181 in den Niederlanden, 224 in Frankreich und 287 in Grossbritannien.¹²

Vier von sechs der Komiteemitglieder fanden Zuflucht in Grossbritannien. Lediglich Ernst Vendig mit seiner Frau Charlotte sowie den Söhnen Ernst und Fritz Dieter kam in Belgien unter. Herbert Manasse landete mit Frau Emmy und Sohn Wolfgang in Frankreich.

Die Arbeit des Bordkomitees endete nicht mit der Landung in Antwerpen. Seine Vertreter blieben Ansprechpartner für die Passagiere im jeweiligen Land. Während Josef

¹¹ Vgl. hierzu den Beitrag von Vivien Mikos und Jan-Mathis Tietjen in diesem Band.

¹² Vgl. hierzu den Beitrag zur Kooperation von JDC und IGCR in diesem Band.

Joseph in Grossbritannien ein funktionierendes Netzwerk hatte und mehrere seiner ehemaligen Kollegen im gleichen Land waren, musste Herbert Manassehne weitere Unterstützung für die ehemaligen Passagiere in Frankreich sorgen. Während er selbst in Paris eine Bleibe fand, waren die restlichen Passagiere über das gesamte Land verteilt. *(Quelle 7)*

Die Abweisung in Havanna hatte eine Vielzahl von Fragen aufgeworfen. Viele der Passagiere hatten Umzugsgepäck nach Kuba befördern lassen, zudem hatten sie trotz ihrer wirtschaftlich oft schwierigen Lage Geld für die Landepermits gezahlt, das sie wiederzuerlangen hofften. Die Organisation der Interessen der Passagiere lag bei Josef Joseph, der weiterhin als Vorsitzender der Gruppe fungierte. Er informierte die Passagiere regelmässig über die Vorgänge. *(Quelle 8)* Da die Verhandlungen über das Auswanderergut bis 1941 nachzuverfolgen sind, ist davon auszugehen, dass die Rückführung letztlich in den meisten Fällen scheiterte.¹³

Mit dem deutschen Überfall auf die Niederlande, Belgien und Frankreich gelangten die Passagiere in diesen Ländern wieder in den Machtbereich der Nationalsozialisten. Viele von ihnen wurden unmittelbar nach dem Beginn des Überfalls als «feindliche Ausländer» interniert, so dass die Deutschen die Strukturen der Internierungslager nach der Besetzung nur zu übernehmen brauchten. Wiederholt wandten sich ehemalige Passagiere oder deren Angehörige an Josef Joseph, in der Hoffnung, dass er für ihre festsitzenden oder schlimmstenfalls bereits internierten Verwandten noch etwas erreichen könnte. Im Dezember 1940 schrieb Friedrich Karliner, dessen Bruder Josef Karliner mit Frau und vier Kindern nach der Fahrt der «ST. LOUIS» von Frankreich aufgenommen worden war, an Josef Joseph und bat ihn um Hilfe. *(Quelle 9)* Für Martha und Josef Karliner sowie zwei ihrer Kinder war jedoch jede Hilfe vergebens.¹⁴

Josef Joseph bemühte sich auch nach 1940, als er mit seiner Familie in die USA übersiedelte, um das Schicksal der ehemaligen Passagiere. Am 13. Mai 1945 verfasste er ein Manuskript, in dem er die Ereignisse resümierte. Er verwies auf die vielen Passagiere, die nach 1940 wieder in die Hände der Deutschen gefallen und in den Konzentrationslagern getötet worden waren.¹⁵ Er betonte bei dieser Gelegenheit das Schicksal einer unbekanntem Zahl von Kindern, die durch den deutschen

13 So bemühte sich Josef Joseph noch Anfang 1941 um finanzielle Bezeichnung einer Überführung seines Gepäcks in die USA – das Ergebnis ist nicht bekannt. Vgl. National Refugees Service, Inc. an Josef Joseph, 27.1.1941, USHMM, The Liesl Loeb Papers, 1991.164.118.

14 Vgl. hierzu den Beitrag von Joscha Glanert in diesem Band.

15 254 der ehemaligen Passagiere wurden von den Nationalsozialisten ermordet, vgl. Online-Ausstellung des USHMM zur «MS ST LOUIS», unter: <https://www.ushmm.org/online/st-louis/>, (aufgerufen am 3.4.2019).

Überfall auf die westlichen Nachbarstaaten von ihren Eltern getrennt worden waren: «Wir wissen nicht, wo sie sind. Tausende von verwaisten Kindern sind in Frankreich in Heimen, Klöstern und bei Pflegeeltern untergebracht. Wir können nur hoffen, dass auch unsere St. Louis-Kinder dabei und noch am Leben sind.»

Um das Leid dieser Kinder zu lindern und ihnen einen Neuanfang zu ermöglichen, schlug er vor, einen Hilfsfond einzurichten. (*Quelle 10*) Der «Aufbau», die grosse deutschsprachige jüdische Zeitung in New York, lehnte den Druck seines Aufsatzes mit der Feststellung ab, es bestünden bereits zu viele konkurrierende Hilfsfonds.¹⁶ Dievier Familien der Bordkomiteemitglieder, die in Grossbritannien Zuflucht fanden, überlebten den Krieg. Wie Familie Joseph zogen sie meist in die USA weiter. Dagegen erging es den Familien Manasse und Vendig wie vielen ehemaligen Passagieren der niederländischen, französischen und belgischen Kontingente. Familie Vendig durchlief fünf Internierungslager, entging knapp der Deportation in den Osten und konnte sich letztlich 1942 in die Schweiz retten. Herbert, Emmy und Wolfgang Manasses Weg endete in Auschwitz.¹⁷

QUELLE 1 | MAI/JUNI 1939, SCHIFFSLEITUNG DER «ST. LOUIS», ANKÜNDIGUNG ÜBER BEAUFTRAGUNG DES BORDKOMITEES

USHMM, The Liesl Loeb Papers, 1991.164.118

Hamburg Amerika Linie

Die Schiffsleitung hat die nachstehend benannten Herren gebeten, zwecks einer schnellen Abwicklung der Landungsangelegenheiten die Interessen der Passagiere wahrzunehmen:

Herrn Dr. Weiss

Herrn Herbert Manasse

Herrn Rechtsanwalt Josef Joseph

Herrn Rechtsanwalt Zellner

Herrn Rechtsanwalt Haussdorf

Diese Herren werden durch die Schiffsleitung von allen Massnahmen laufend unterrichtet. Die Passagiere können davon überzeugt sein, dass von der Schiffsleitung und der Agentur in Verbindung mit dem jüdischen Hilfskomitee und der Deutschen Ge-

¹⁶ Vgl. Redaktion des «Aufbau» an Josef Joseph, 21. Mai 1945, USHMM, The Liesl Loeb Papers, 1991.164.118

¹⁷ Zu Familie Vendig vgl. Vendig, Charlotte: Unsere Auswanderung und ihre Folgen. Unveröffentlichtes Manuskript, USHMM, Fred Vendig Papers, 1999.A.0089.1.

sandschaft nichts unversucht gelassen wird, um die Landung zu beschleunigen. Die Passagiere werden gebeten, sich nur auf die authentischen Mitteilungen zu verlassen, die von der Schiffsleitung durch das bestehende Komitee bekannt gegeben werden.

Die Schiffsleitung.

QUELLE 2 | 10. JUNI 1939, ANKÜNDIGUNG DES BORDKOMITEES, VERBREITUNG EINES TELEGRAMMS DES AMERICAN JEWISH JOINT DISTRIBUTION COMMITTEES

USHMM, The Liesl Loeb Papers, 1991.164.118

Folgendes Telegramm ist soeben eingegangen:

We are doing everything humanly possible to come to your aid we ask you for your own sake and for the sake of your relatives and dear owns here to keep up your courage and to realize that all our organisations here and abroad are working day and night every minute in your behalf we are in touch with cooperating organisations and colleagues throughout the world.
Joint distribution committee

Übersetzung:

Wir tun alles Menschenmögliche, um Euch zu helfen. Wir bitten Euch, um Euretwillen und auch wegen Eurer Verwandten und Angehörigen hier, den Mut aufrecht zu erhalten und versichert zu sein, dass alle unsere Organisationen hier und im Auslande Tag und Nacht jede Minute für Euch arbeiten. Wir stehen mit den entsprechenden Organisationen und Persönlichkeiten in der ganzen Welt in Verbindung.

Joint Distribution Committee.

Absender: Joint Committee New York, am 10. Juni 1939 Das Komitee.

QUELLE 3 | JUNI 1939, TELEGRAMM DER FRAUEN DES BORDKOMITEES AN DIE KUBANISCHE FIRST LADY

USHMM, The Liesl Loeb Papers, 1991.164.118

Telegramm an die Frau des Präsidenten von Kuba in Habana

389 unglückliche heimatlose Frauen und 106 Kinder des Ms. St. Louis bitten in letzter Stunde inständigst um den Beistand Ihrer Exzellenz, damit die Passagiere der St. Louis baldigst eine Zuflucht in Cuba erhalten, um von da ihre Weiterwanderung antreten und sich mit den dort bereits befindlichen Angehörigen wieder vereinigen zu können. Die traditionelle Humanität Ihres Volkes und Ihrer Exzellenz mitfühlendes Frauenherz erfüllt uns mit der Hoffnung, dass unsere flehentliche Bitte erhört wird.

Für die Frauen der St. Louis:

Frau Bella Weiss, Frau Gertrud Zellner, Frau Emmi Manasse, Frau Grete Hausdorff, Frau Lilli Joseph

QUELLE 4 | 10. JUNI 1939, TELEGRAMM DES BORDKOMITEES AN DEN BRITISCHEN PREMIERMINISTER CHAMBERLAIN

USHMM, The Liesl Loeb Papers, 1991.164.118

Prime Minister Chamberlain

London 907 Passagiere Dampfer St. Louis Hälfte Frauen und Kinder trotz Permits von Kuba verweigert jetzt auf Rückfahrt Hamburg erbitten Rettung durch Asyl in England bestenfalls Ausbootung Southampton da Rückkehr Hamburg unmöglich Verzweiflungsakte dann unvermeidlich. Bitte unterstützt entsprechende Bemühung durch Comitee Passagier Comitee St Louis

QUELLE 5 | 14. JUNI 1939; 13. LAGEBERICHT DES BORDKOMITEES, VERBREITUNG DES ERLÖSENDEN TELEGRAMMS DES AMERICAN JEWISH JOINT DISTRIBUTION COMMITTEE

USHMM, The Liesl Loeb Papers, 1991.164.118

HAMBURG AMERIKA LINIE

XIII. Bericht

14. Juni 1939, 18 Uhr

Wir geben hiermit nochmals das entscheidende und erlösende Telegramm des Herrn Morris C. Troper, des europäischen Präsidenten des amerikanischen Joint Distribution Committee bekannt:

weitergebracht werden, Ihnen tief bewegt aus vollem heissen Herzen unseren unvergänglichen Dank zum Ausdruck bringen für alles das, was Sie in New York und was die Herren Baerwald und Linder in London für uns in unserer unbeschreiblich grossen Not getan haben.

Für alle Ihre Aufopferung und unermüdliche Tätigkeit, die Sie ganz besonders in den letzten Tagen von unserer Rettung und zur Sicherung unserer Abreise in so wunderbarer Weise entfaltet haben, ist jedes menschliche Wort zu schwach, um die tiefe seelische Erschütterung, die uns alle im Banne hält, zum Ausdruck zu bringen.

Unsere tief gefühlten Dank sprechen wir auch allen Ihren Mitarbeitern aus, an diesem edlen wunderbaren Werk der Menschen und der Bruderliebe.

In diesen letzten Tagen war es uns eine alle Herzen bewegende Beglückung auch Herrn Morris Troper selbst und seine liebenswerte Gattin, seine Mitarbeiter Miss Manson und Mr. Rosen und die anderen Delegierten der 4 Länder in unserer Mitte zu sehen und sie persönlich kennen zu lernen. Wir können Sie versichern, dass Herr und Frau Troper unser aller Herzen wie in einem Sturm der edelsten Gefühle erobert haben. Unvergesslich für uns, unsere Frauen, unsere Kinder und Kindeskinde wird das Gedächtnis an diese grosse Tat brüderlicher und schwesterlicher Liebe weiterleben.

Auch dem amerikanischen Jewish Joint Distribution Committee, allen seinen Mitarbeitern und Helfern wollen wir hiermit unseren unvergänglichen Dank dafür zum Ausdruck bringen, dass sie die Errettung unserer armen oftmals verzweifelten Mitmenschen, unserer lieben Frauen und Kinder in so wunderbarer Weise zu Stande brachten.

Das Komitee der Passagiere des
M.S. St. Louis
Josef Joseph Max Weiss
Arthur Hausdorff Herbert Manasse
Max Zellner Sally Guttman Ernst Vendig

QUELLE 7 | 28. JULI 1939, HERBERT MANASSE AN
JOSEF JOSEPH, WEGEN DER WEITEREN KOOPERATION DES EHEMALIGEN
BORDKOMITEES

USHMM, *The Liesl Loeb Papers*, 1991.164.118

Réf. à rappeler:
«St. Louis»
Herbert Manasse
Paris (179, le 28.7.1939
Tél: WAG 20-41
- 20-42

Herrn
Dr. Josef Joseph
c/o Dr. Magnus
Weltenhouse
Dringhouses
York/England

Mein lieber Amtskollege!

Leider leider haben wir noch nichts von einander gehört. Ich hoffe doch, dass unser erster Bericht, der allerdings noch nach London gerichtet war, noch in Ihren Besitz gelangt ist. Auch an Herrn Dr. Hausdorff hatten wir geschrieben, ohne bisher überhaupt etwas von den «Engländern» zu hören.

Ich bin also, wie Sie ersehen, auch weiter im Comité verblieben und habe sogar eine Menge zu tun. Besonders dadurch, dass 95% in kleine Städte verteilt wurden und ja doch die meisten Sachen hier central in Paris erledigt werden müssen. Auch meine bessere Hälfte ist in demselben Gehalt wie ich als Stenotypisten von mir engagiert worden: Allerdings ist es recht schwierig, sich hiervon etwas zu kaufen! Das Comité hat uns allerdings eine sehr nett möblierte Wohnung bewilligt, die wir gemeinsam mit der Familie Greve bewohnen und bewirtschaften. Ausserdem erhalten wir unsere Fahrtspesen vergütet.

Ich hoffe, dass der Kontakt mit den Herrn «Bord-Comitéern» und Familien weiter aufrecht erhalten bleibt und wäre Ihnen verbunden, wenn Sie mir deren Adressen geben könnten. Falls Sie sie sehen, bitte ich herzlichst Familie Weiss, Hausdorff und Zöllner zu grüssen.

Nun, mein lieber, mir sehr fehlender Amtsbruder, lassen Sie doch bitte von sich etwas hören sowie von meiner lieben Vizetochter und der lieben verehrten Gattin. Mit herzlichsten Grüßen an Alle bleibe ich stets
Ihr Herbert «saufe nicht»

PS. Bei mir wurde sehr dringend die Adresse von Frau Rechtsanwältin Löwe angefragt. Seien Sie doch bitte so nett zu veranlassen, dass mir diese zugeht.

Meine sehr lieben, ich bin «sehr böse» keine Antwort bekommen zu haben! Alles alles Gute u. auf baldige Nachricht von Ihnen freut sich Ilse Emmy Manasse.²⁰

QUELLE 8 | 12. JANUAR 1940, JOSEF JOSEPH, ÜBERSENDUNG EINES VERTRAULICHEN BERICHTS AN EHEMALIGE PASSAGIERE

USHMM, The Liesl Loeb Papers, 1991.164.118

Vertraulicher Bericht für St. Louis-Passagiere

Nachdem ich erst im August hierhergekommen war, konnte ich auch erst Ende des Mts Bemühungen²¹ für Aufklärung der uns interessierenden Fragen anstellen. Ich schrieb mehrfach an die Leitung des hies. Committees (Bloomsb. House) ohne auch nur eine Antwort zu bekommen. Erst auf Bemühung engl. Bekannter erhielt ich im November eine Nachricht, man wolle sich wegen der von mir gestellten Frage indes. Gepäck nach Paris wenden & mir Bescheid geben, wann von da Antwort komme. Es geschah aber wieder nichts. Es ist einfach unmögl. hier an die leitende Persönlichkeit heranzukommen. Im Dezember erfuhr ich das Mr. Troper wegen seiner Verdienste betr. Flüchtlingsfürsorge, beginnend mit der St. Louis zum Ritter der Ehrenlegion ernannt worden war. Ich hab ihm namens aller ehemal. St. Louispassagiere gratuliert. Und daran anschliessend auch wegen unsrer Angelegenheiten geschrieben: Gepäck, Weiterreise nach USA und Cuba-Permitgelder Betr. Gepäck hatte tatsächlich auf m. erste Eingabe hier Zuschrift bekommen & hat hier mit den zuständigen Stellen vor etwa zwei Wochen verhandelt. Er meint: diese Frage könne nur insgesamt & einheitlich gelöst werden, nicht für einzelne Familie und es komme darauf an, in welchem Verhältnis der Wert der Lifts & Kisten zu der Höhe der notwendigen Aufwendung stehe. Ich hab ihm ausgeführt, dass viele Passagiere im Gepäck Wertsachen, Maschinen und Apparate haben, mit denen sie draussen neue Berufe anfangen & so die Committees entlasten können. Jedenfalls seien die

²⁰ Letzter Absatz handschriftlich am Rande eingefügt.

²¹ Oe, ae und ue wurden stillschweigend durch korrekte Umlaute ersetzt.

Lifts etc. das letzte & einzige Hab & Gut der Vertriebenen & es sowie die Passagiere selbst seien wert würdig, dass man auch diese Güter rette.

Gerade höre ich von einem Louisianer, er hat schon von hier eine Zuschrift bekommen zu Angabe von Einzelheiten betr. Lift, Kisten, etc. Also ist die Vorarbeit schon in Gange. Ich hoffe auch dort & würde mich freuen, von ihnen oder andern darüber zu hören. Es scheint, dass man erst eine Art Bestandsaufnahme machen will. Mr. Troper's Zusage lässt aber hoffen, dass diese Frage jetzt ernsthaft behandelt wird.

Wie für die Weiterreise der mittellosen Louisianer in den andern Ländern gesorgt ist bezw. wird, ist mir nicht bekannt, ich weiss nur über Frank Bescheid. Dort ist diese Frage durch Mr. Tr. geregelt. Hier noch nicht. Es ist erst der erste Fall akut geworden, mit dem ich hier zum Bloomsb. H. ging. Zunächst ergebnislos. Dann – nach Aussprache mit Mr. Troper – erhielt der betr. Herr Bescheid, dass er Febr. fahren kann & die Karte bekommt. Ich habe Mr. Tr. gebeten auch diese Frage in den 3 Ländern zu einer Regelung zu bringen.

Betr. Permittgelder war meine Auskunft leider völlig negativ. Es ist in dieser Hinsicht von Joint aus Paris noch nichts geschehen. Ich erinnerte an die Listen, die wir an Bord angefertigt hatten und die ich seinem Sekretär mit gegeben habe. Ich hatte aber wegen dieser Frage auch schon im August nach Havanna geschrieben und bekam darauf nach etwa 4 Monaten von NYork folgenden Bescheid: Man bedauere für uns nichts tun zu können. Die Permits seien illegal gewesen und es müsse jedem einzelnen überlassen werden, ob er auf sein Risiko etwas unternehmen wolle.

Auch aus andern Nachrichten aus Hab. hörte ich, es seien Klagen gegen den ehemal. Einwanderungsdirektor von den kub. Gerichten zurückgewiesen worden, weil die Regierung die Permits als illegal betrachtete und die Passagiere das gewusst hätten, dass sie illegal seien. Ich bin persönl. für mich & andre anderer Ansicht und habe deshalb mich nochmals nach Hab. gewandt. Es besteht aber wenig Aussicht auf einen Erfolg, darüber muss man sich klar sein, zumal man es mit Gerichten zu tun hat. Dazu kommt eine andere interessante Meldung, die kürzlich in 1 amerikan. Zeitung stand: dass nämlich die jetzige kuban. Regierung die bekannten Depots von 500 Dollars von den Auswanderern für verfallen erklärt, die über 6 Monate lang in Cuba geblieben sind. Das heisst: man steckt diese Gelder einfach ein, obwohl sie nur Depots sind und nach den Bestimmungen der regulären Einwanderungsgesetze bei Weiterwanderung den Auswanderern ausgezahlt werden müssten. Das ist

eben spanisch und wird uns ewig spanisch bleiben. Es zeigt aber wie wenig dort mit Rechts- oder moralischen Erwägungen zu erreichen ist.

Bitte behandeln Sie diese Mitteilungen vertraulich. Sie sind nur für direkt beteiligte St Louis Passagiere bestimmt, dürfen also nicht an andre Personen weiter gegeben werden. Ich verlasse mich darauf, dass die Vertraulichkeit gewährt wird.

**QUELLE 9 | 15. DEZEMBER 1940, FRIEDRICH KARLINER AN JOSEF JOSEPH,
WEGEN DES SCHICKSALS SEINER FAMILIE MIT FRANKREICH**

USHMM, The Liesl Loeb Papers, 1991.164.118

Hartford, Dez. 15, 1940
Friedrich Karliner 70
Greenfield St Hartford,
Conn.

Herrn Rechtsanwalt Josef Joseph, Philadelphia

Sehr geehrter Herr Joseph!

Durch den Aufbau habe ich Ihre w. Adresse erfahren u. erlaube mir ein paar Anfragen an Sie zu richten. Ich gehöre zwar nicht zu den Passagieren der St. Louis, hatte aber die Absicht s.Z. Mit dem nächsten Dampfer nach Cuba zu reisen. Das Original-Permit, für welches ich \$ 580.- zahlte, sowie eine Quittung der Hapag über Mk. 9.-, befindet sich in meinem Besitz. Ich wäre Ihnen sehr verbunden, wenn Sie in meiner Angelegenheit etwas unternehmen würden. Auf der St. Louis befand sich mein Bruder Josef Karliner, dessen Frau u. 4 Kinder, die nach Frankreich kamen u. jetzt leider im besetzten Gebiet, in Mira-beau, sind. Leider habe ich von meinem Bruder seit Juli keine Nachricht, was mich in grosse Unruhe versetzt. Im Monat Mai d. J. schickte ich ihm ein Affidavit, an das Consulat nach Nantes. Ich habe mich bereits an das Rote Kreuz gewandt, bin aber noch ohne Antwort. Können Sie mir vielleicht einen Rat erteilen, wie ich mit meinen Angehörigen in Verbindung kommen könnte?

Ihrer gefl. Antwort entgegensehend, zeichne hochachtungsvoll grüssend

F. Karliner

QUELLE 10 |

VERM. 13. MAI 1945, JOSEF JOSEPH, MANUSKRIFT «NACH DEM SIEG»

USHMM, *The Liesl Loeb Papers*, 1991.164.118

Nach dem Sieg

Ein Gedenktag, eine Mahnung, ein Appell.

13. Mai: Ewig im Gedächtnis brennt dieser Tag. Jenen 922 Menschen, die am 13. Mai 1939, vor jetzt 6 Jahren, von Hamburg aus die Flucht vor dem Terror der Nazi-Banditen antraten. Der Hamburg-Amerika Liner M.S. «St. Louis» brachte uns nach teils stürmischer Fahrt nach Habana – Cuba, aber nur um zu erfahren, dass die damalige kubanische Regierung dem Schiff nicht erlaubte, seine Flüchtlinge an Land zu setzen. Während der 40 Tage der St. Louis, die wir auf den Meeren umher fahrend verbrachten, hielt uns immer eine Hoffnung aufrecht: Dass jenes grosse Land, das das Endziel der meisten Passagiere war, Amerika, uns doch noch zu guter Letzt die Tore zu einem zeitweisen Aufenthalt öffnen würde.

Der Stern Davids war schon damals durch die trüben Wolken der Nazi-Tyrannie verdunkelt. Aber ein anderer Stern schien uns noch am Himmel unserer Hoffnung zu leuchten: Amerika, verkörpert in dem Namen des grossen Menschenfreundes Präsident Roosevelt, dessen Hinscheiden wir tief im Herzen ewig betrauern werden.

Vom Hafen von Habana aus, wo wir 6 bange Tage auf die Entscheidung der kubanischen Regierung warteten, zuletzt doch mit der Drohung der Gewaltanwendung wieder auf die hohe See verwiesen wurden, richteten wir ein Telegramm an den Präsidenten Roosevelt:

«922 Passagiere des M.S. «St. Louis», darunter 492 Frauen und Kinder, mit Permits für Habana, wird soeben durch Dekret der kubanischen Regierung der vorübergehende Aufenthalt hier versagt. In höchster Verzweiflung richten wir flehentlichste Bitte an den Präsidenten der USA, den unglücklichen Heimatlosen Asyl zu gewähren oder zu beschaffen. Rückfahrt Richtung Europa bedeutet Verzweiflung und Tod.»

Wir wussten damals noch nicht, dass auch der grosse Präsident dieses grossen Landes durch Verfassung und Gesetz in seinem Willen gebunden war. Wir konnten nicht die Wege, die nötig waren zu beschreiten um ein Gesetz zu erlangen, das unsere Aufnahme – auch als zeitweises Asyl – hätte bewerkstelligen können. Fünf Jahre hat es gedauert, bis das erste derartige Asyl in Fort Ontario durch die erst im Krieg möglich gewordene Massnahme errichtet werden konnte.

Wieviel Leid, Kummer, Tränen und Unglück hätte so vielen unter uns erspart werden können, wenn auch uns damals eine solche Möglichkeit geboten worden wäre.

Denn von den mehr als 200 Männern, die damals direkt aus den Konzentrationslagern und Gefängnissen der Nazi-Banditen kamen, von den 492 Frauen und Kindern kamen nur die 284 gepeinigten Menschen in verhältnismässige Sicherheit, die durch Wahl oder Zufall nach England kamen.

Die andern, die nach Holland, Frankreich und Belgien kamen – Länder, die in hochherziger Weise sich ebenfalls erboten hatten, die Flüchtlinge der «St. Louis» aufzunehmen – sind die meisten verschollen, verschleppt durch jene Unholde, denen nichts mehr heilig war auf Erden als ihr eignes unwürdiges Dasein.

Wo mögen die fast 200 Kinder sein, die unsere Augenweide und Freude während der langen Wanderung über die Meere waren? Denkt nicht jeder «Louisianer» heute noch an die niedlichen drei Kinder des Dr. Vendig aus Kaiserslautern, an den heranwachsenden Sohn des Herrn Manasse aus Berlin, deren Väter beide Mitglieder und treusorgende Berater unseres Bordkomitees waren? Noch Anfang Mai erhielt ich von Dr. Vendig, der die nach Belgien gekommene Gruppe unserer Schicksalsgenossen in Brüssel betreute, einen Bericht, in dem er mir mitteilte: «Hier kommen sie nicht durch, wir fühlen uns ganz sicher.» – und am 10. Mai schon war alles vorbei, Eltern in Belgien, Holland, Frankreich von ihren Kindern getrennt, auf der Flucht vor den Barbaren oder in Konzentrationslagern.

Keiner von uns hat auch die Namen jener Männer vergessen, denen wir unsere damalige Rettung zu verdanken hatten: Morris Troper, den damaligen europäischen Direktor des Joint Distribution Committee, sowie die Herren James Rosenberg in New York und die Herren Baerwald und Linder in London. Jeder von uns hier, der dazu in der Lage ist, hat sicher bereits begonnen, seine Schuld an den Joint durch eifrigste Beiträge an den United Jewish Appeal zurückzuzahlen. Es bedarf nur dieser Erinnerung, um gerade jetzt jeden Louisianer – hier in Nordamerika, in England, oder in Südamerika oder wo sonst er seinen neuen Start zum leben gefunden haben mag – dazu anzuhalten, der Sammlung des United Jewish Appeal sein Herz, seine Hand und seinen Geldbeutel zu öffnen.

Aber damit dürfen wir nicht glauben, schon genug getan zu haben.

Das traurige Schicksal unserer verlorenen St. Louis-Kinder legt uns einen andern Gedanken nahe: Wir wissen nicht, wo sie sind. Tausende von verwaisten Kindern sind in Frankreich in Heimen, Klöstern und bei Pflegeeltern untergebracht. Wir

können nur hoffen, dass auch unsere St. Louis-Kinder dabei und noch am Leben sind.

Deshalb sollte es unsere Pflicht sein, irgendwie für sie eine Vorsorge zu treffen. Wir können in New York leicht ein kleines Komitee bilden, dem Geldspenden zugewiesen werden, um einen Fond zur Betreuung der Kinder der St. Louis zu bilden.

Wir können uns jetzt schon verpflichten, die Patenschaft für je eines dieser Kinder zu übernehmen, sobald ihr Aufenthalt festgestellt worden ist, um es in der Fremde mit allem Notwendigen zu versorgen und um in Fällen, wo das durch Einreisepapiere möglich ist, sie hierher zu bringen.

Die Schicksalsgemeinschaft, die die 40 Tage der St. Louis einst um uns geschmiedet hat, darf nicht vergessen werden. Sie muss einen lebendigen Ausdruck finden in unserem Willen, denen noch zu helfen, denen noch geholfen werden kann.

Wer mitarbeiten will an diesem würdigen Werk, möge dem Unterzeichneten seine Zustimmung und Vorschlag zukommen lassen.

Als ehemaliger Chairman des «St. Louis»-Komitee entbiete ich meinen Gruss

J. Joseph
(2327 N. Park Ave Philadelphia 32, Pa.)

MORRIS C. TROPER UND DIE VERHANDLUNGEN ÜBER DIE LANDUNG DER «ST. LOUIS» IN EUROPA

Vivien Mikos & Jan Mathis Tietjen

Nachdem der grösste Teil der Passagiere der «ST. LOUIS» nicht auf Kuba landen durfte, entsandte das *American Jewish Joint Distribution Committee* (JDC), eine der zentralen privaten jüdischen Hilfsorganisationen, den Anwalt und zeitweiligen Vorsitzenden der kubanisch-amerikanischen Handelskammer, Lawrence Berenson, zu Verhandlungen mit der kubanischen Regierung nach Havanna. Am 1. Juni 1939 traf er den Präsidenten Federico Laredo Bru. Trotz grösster Mühen und immenser finanzieller Zusicherungen konnte das JDC keine Übereinkunft mit der kubanischen Regierung finden.¹ Protokolle der Lagebesprechungen des JDC, Korrespondenz mit der kubanischen Regierung und Pressemitteilungen der jüdischen Organisation dokumentieren die Verhandlungen.²

Nach dem endgültigen Scheitern der Unterredungen mit Kuba und den Vereinigten Staaten trat die «ST. LOUIS» am 7. Juni 1939 die Heimreise an.³ Damit endete die Unterstützung des JDC allerdings nicht. Vertreter der jüdischen Hilfsorganisation verhandelten in Rücksprache mit dem *Intergovernmental Committee on Refugees* (IGCR) direkt mit den westeuropäischen Regierungen über die Landung des HAPAG-Dampfers in einem europäischen Hafen.⁴ Dabei trat der Vorsitzende des JDC in Europa, Morris C. Troper, besonders in den Vordergrund. Sein Verhandlungsgeschick war essenziell für das Zustandekommen einer Einigung. An dieser Stelle soll nach kurzer Vorstellung der Geschichte des JDC auf Tropers Rolle eingegangen werden.

1 Zur politischen Situation und antisemitischen Tendenzen auf Kuba vgl. den Beitrag von Lea Bussas in diesem Band.

2 Vgl. Brief Lawrence Berenson an den kubanischen Präsidenten Laredo Bru, 2.6.1939; Protokoll der Lagebesprechung des Joint Distribution Committee, 5.6.1939; Brief der Chase National Bank an das Joint Distribution Committee, 7.6.1939; Protokoll der Lagebesprechung des Joint Distribution Committee, 8. Juni 1939, The Joint Distribution Committee Archives. Die Dokumente sind online einsehbar: <https://archives.jdc.org/topic-guides/the-story-of-the-s-s-st-louis/>, Stand: 5. April 2019.

3 Vgl. Miller, Scott; Ogilvie, Sarah: *Refuge Denied. The St. Louis Passengers and the Holocaust*, Madison (Wisconsin) 2006, S. 25.

4 Zur Rolle des IGCR vgl. den Beitrag von Matthias Loeber in diesem Band.

GRÜNDUNG UND GESCHICHTE DES JDC

Das JDC wurde am 27. November 1914 mit dem Ziel gegründet, Juden wirtschaftlich und finanziell zu unterstützen. Erweitert wurde die Organisation im Jahr 1915, als das *Jewish Labor Committee* beirat.⁵ Das JDC stellte nach 1933 eine der wichtigsten Hilfsorganisationen für die Juden in Deutschland dar, indem es sie finanziell unterstützte und bei der Auswanderung aus dem Deutschen Reich half. Von 1934 bis 1937 wurden rund 30% des Budgets für den *Zentralausschuss der deutschen Juden für Hilfe und Aufbau*, insgesamt ca. 4,6 Millionen Dollar, durch das JDC gestellt.

Daneben unterstützte das JDC die im Jahr 1927 gegründete Organisation *HICEM*, welche sich primär dafür einsetzte, jüdische Auswanderungen zu ermöglichen. Die Gründung dieser Organisation wurde durch die Gelder des JDC ermöglicht.⁶ Der europäische Sitz der Organisation befand sich bis 1933 in Berlin. Nach der Machtübernahme zog das Komitee nach Paris um und bezog letztlich nach der deutschen Besetzung Frankreichs Quartier in Lissabon.⁷ Vor der nationalsozialistischen Machtübernahme hatte das JDC primär das Ziel, jüdische Gemeinden in Zentraleuropa zu erhalten sowie Juden speziell in Osteuropa ökonomisch und sozial zu unterstützen. Nach 1933 wechselte der Fokus auf die Fluchthilfe aus dem nationalsozialistischen Machtbereich.⁸ So gelang es zwischen 1933 und 1939, etwa 100'000 Menschen die Ausreise zu ermöglichen.⁹ Mit Beginn des Zweiten Weltkriegs stieg die finanzielle Unterstützung massiv an, so wurden bis 1945 etwa 70 Millionen Dollar investiert, wobei nach dem Kriegseintritt der USA keine legale Unterstützung in den Ländern der Kriegsgegner mehr möglich war. Nach dem Zweiten Weltkrieg unterstützte das JDC vor allem Displaced Persons. Bis in die 2000er Jahre machte es sich die Organisation zur Aufgabe, jüdische Überlebende des Holocaust juristisch und finanziell zu unterstützen. Bis heute fördert das JDC weltweit Projekte mit Bezug zur jüdischen Religion und jüdischem Leben.¹⁰

5 Vgl. Bauer, Yehuda: *The American Jewish Joint Distribution Committee, 1939-1945*, Detroit 1981, S. 21-22; United States Holocaust Memorial Museum: *American Jewish Joint Distribution*, in: <https://encyclopedia.ushmm.org/content/en/article/american-jewish-joint-distribution-committee-and-refugee-aid>, Stand: 5.4.2019.

6 Vgl. Bogin, Frederick; Milton, Sybil (Hg.): *American Jewish Joint Distribution Committee New York Part 1*, in: *Archives of the Holocaust. An international collection of selected documents*, New York; London 1995, S.X.

7 Vgl. USHMM: *American Jewish Joint Distribution Committee*.

8 Vgl. Bauer, Yehuda: *The American Jewish Joint Distribution Committee*, S. 25.

9 Vgl. JDC: *1930s: Rescue Efforts in the Nazi Era*, in: <http://archives.jdc.org/our-stories/history-of-jdc/1930s/>, Stand: 5.4.2019.

10 Vgl. JDC: *2000s: JDC in the New Millenium-Touching Lives, Transforming Communities*, in: <http://archives.jdc.org/our-stories/history-of-jdc/2000s/>, Stand: 5.4.2019.

DAS JDC, MORRIS C. TROPER UND DIE FAHRT DER MS «ST. LOUIS»

Morris C. Troper erlangte 1920 innerhalb des JDC den Vorsitz der europäischen Exekutive. In den ersten Jahren arbeitete er hauptsächlich in Osteuropa und setzte sich für Juden in der Sowjetunion ein.¹¹

Während der Ereignisse im Mai und Juni 1939 stellte Troper grosses Verhandlungsgeschick unter Beweis. Bei der Einigung über die Landung des Schiffs ausserhalb Deutschlands nahm er eine zentrale Position ein. So verhandelte er, nachdem seine US-Kollegen ohne Erfolg versucht hatten, die Passagiere nach Kuba, beziehungsweise in die Vereinigten Staaten zu bringen (*Quelle il*), mit verschiedenen europäischen Regierungen über die Aufnahme der Passagiere. Die Dokumente aus dem Archiv des JDC aus dem Zeitraum zwischen 8. und 10. Juni 1939 geben darüber Aufschluss.¹² Am 13. Juni 1937 schickte Troper folgendes Telegramm an die «ST. LOUIS»:

*«Endgültige Vereinbarungen für die Ausschiffung aller Passagiere sind zustande gekommen. Ich bin glücklich, Sie wissen zu lassen, dass die Regierungen von Belgien, Holland, Frankreich und England in der ausgezeichnetsten Weise mit dem Amerikanischen Joint Distribution Committee zusammengearbeitet haben, um diese Möglichkeit zu verwirklichen».*¹³

Diese Abmachung basierte vor allem darauf, dass das JDC den jeweiligen Ländern eine Garantie von 500 Dollar pro aufgenommenem Passagier versprochen hatte.¹⁴ Paul Baerwald, der Mitbegründer und Vorsitzende der Organisation, drückte in einem Telegramm seinen Dank für den Einsatz Tropers aus:

*«Can Imagine how tired and worn out you are after these many days effort. We think you did magnificent job and hope when all finished you will feel it has been worthwhile. One thing is sure that this developement has put name of JOINT important».*¹⁵

11 Vgl. Jewish Telegraphic Agency: Brig, Gen. Morris C. Troper Dies; Active in Refugee Work Since 1920, in: <https://www.jta.org/1962/11/19/archive/brig-gen-morris-c-troper-dies-active-in-refugee-work-since-1920>.

12 Vgl. Telefonnotiz über Gespräch mit Morris C. Troper, 10.6.1939, The Joint Distribution Committee Archives NY AR3344.

13 13. Lagebericht des Bordkomitees, 14.6.1939, USHMM, The Liesl Loeb Papers, 1991.164.118.

14 Vgl. Jewish Joint Distribution Committee: The Story of the S.S. St. Louis (1939), <http://archives.jdc.org/topic-guides/the-story-of-the-s-s-st-louis/> (Stand: 5.4.2019)

15 Telegramm Paul Baerwald an Morris C. Troper, USHMM, Moris Troper Papers, 1997.36.15.



Morris C. Troper (mittig, mit Schnurrbart) mit einer Gruppe von «ST. LOUIS»-Passagieren an Deck des Schiffs im Hafen von Antwerpen, USHMM Photo Nr. 01175A

Auch Kapitän Gustav Schröder, der während der Fahrt in ständigem Kontakt mit Troper gestanden hatte, bedankte sich herzlich bei ihm: «I am sure with this satisfactory ending I join the passengers with my personal thanks and appreciation for all you have done.» (*Quelle 2*)

Troper's Verhandlungsgeschick und seine Kontakte zu Regierungskreise hatten letztlich einen zentralen Teil zur Landung der Passagiere in Antwerpen am 17. Juni 1939 beigetragen. Doch auch über das Ende der Fahrt hinaus blieb er Ansprechpartner und Kontaktperson für die Fahrtgäste der «ST. LOUIS». Er stand weiterhin mit Josef Joseph, dem Vorsitzenden des Bordkomitees, in Kontakt und unterstützte die Passagiere beispielsweise bei der Rückerlangung ihres Auswanderergepäckes und Milderung des Leids der in Lagern Internierten (*Quelle 3*).¹⁶

16 Vgl. hierzu den Beitrag zur Rolle und Aufgaben des Bordkomitees von Matthias Loeber in diesem Band.

**QUELLE 1 | 10. JUNI 1939 – BAERWALD AN TROPER –
VERSUCH PASSAGIERE NACH KUBA ZU BRINGEN**

USHMM, Moris Troper Papers, 1997.36.15

You know STLOUIS caused tremendous excitement here and hysterical unformed people criticizing JDC. Criticism without justification am confident that when leader through country know facts they will understand JDC left no stone unturned to get STLOUIS refugees to Cuba. Through cable telephone communications Baerwald.

**QUELLE 2 | 18. JUNI 1939, BRIEF VON
GUSTAV SCHRÖDER AN MORRIS C. TROPER**

USHMM, Photograph Number: 01176

Antwerpen, 18th of June 39
M.S. St. Louis

To Mr Morris Carlton Troper
Chairman European Executive Consil
American Joint Distribution Committee
Paris

Before I leave Antwerp I take the opportunity to thank you once more sincerely for the cooperation we have received from you personally and the different Committees in organizing so efficiently the distribution of my passengers and with this helping to arrange their debarkation so speedily. The Rhakotis has taken the contingents for France and England already. I am sure with this satisfactory ending I join the passengers with my personal thanks and appreciation for all you have done.

Sincerely
G. Schröder
Captain

QUELLE 3 |

6. JANUAR 1940, BRIEF VON JOSEF JOSEPH AN MORRIS C. TROPER

USHMM, *The Liesl Loeb Papers*, 1991.164.118

Josef Joseph London NW2

Jan.6.40.

20 Park Avenue

Willesden Green.

Mr. Morris C.

Troper Paris.

Hoch verehrter Herr Troper,

Gestatten Sie mir bitte heute Ihnen eine Anzahl Fragen vorzulegen, die mir von St. Louis-Passagieren aus England, Frankreich und Holland in verschiedenen Zuschriften zugegangen sind. Ich hätte Ihnen schon längst auch von mir aus hierüber geschrieben, doch vermute ich, dass ohnehin schon derartige Fragestellungen an Sie gelangt sein mögen und vor allem wollte ich Zeit lassen, bis die brennendsten Fragen bezüglich der Weiterwanderung der Flüchtlinge im Allgemeinen und der St. Louis-Passagiere im Besonderen sich etwas geklärt haben könnten. Ich kann mir die Last ihrer Arbeiten in etwa vorstellen und wollte Sie daher auch nicht unnötig in Anspruch nehmen. Deshalb schrieb ich bisher nicht. Jetzt aber lässt sich das nicht mehr länger aufschieben und ich erlaube mir zu bitten, sich in einer ruhigen Stunde einmal mit nachstehend erwähnten Problemen befassen und mir eine Nachricht zugehen lassen zu wollen.

- 1.) St.Louis-Passagiere aus dem Camp DTinternement: No7 in Fresnay-Sarthe schreiben: In den ersten Wochen hatten wir Listen eingereicht über Lifts und Kisten, welche z. Teil in Habana zum Teil wieder in Hamburg lagern. Nach vielen Wochen kam von Paris die Nachricht, dass die Committees es ablehnen sich darum zu bemühen. Jetzt drohen die Spediteure die Güter zu versteigern. So kämen die Besitzer um ihr letztes Hab und Gut. Auch abgesehen davon können wir, die Kameraden in den Lägern, den Standpunkt nicht teilen, die Committees seien nur dafür da, die armen Menschen zu retten. Es gibt da auch noch triftige Gründe zu Gunsten der Rettung der schwimmenden oder lagernden Güter. Viele Passagiere haben in ihren Lifts wertvolle Maschinen und Apparate, mit deren Hilfe sie in den endgültigen Einwanderungsländern eine neue Existenz aufbauen wollen und können. Sie haben sich für einen neuen Beruf vorbereitet, den sie mit diesen Apparaten ausüben wollen. Auf diese Weise würden diese Passagiere in den Ankunftsländern nicht mehr oder nicht lange der dortigen Fürsorge zur Last fallen. Andere

haben in ihren Lifts oder Kisten andere grössere Werte. Durch deren Veräusserungen könnten diese Flüchtlinge Teile der Frachten und Lagergelder decken und so wenigstens die Committees wieder entlasten und ihre übrige Habe retten. Sie könnten sogar sich damit eine Zeitlang selbst über Wasser halten, was wiederum eine Entlastung der Committees bedeuten würde.

Ich erlaube mir in der Anlage eine kleine Liste von 4 St. Louis-Passagieren aus dem Camp Fresnay-Sarte beizufügen.

Sehr verehrter Mr. Troper: ich glaube nicht unbescheiden zu sein, wenn ich sage, dass die Passagiere der St. Louis durchweg wertvolle Menschen sind, die in ihrer alten Heimat angesehene Stellungen einnahmen und die unbedingt von dem ernstesten Willen beseelt sind, sich so zu betätigen, dass sie so schnell als möglich wieder sich und ihrer Familien selbst unterhalten zu können und die sogar den festen Entschluss haben, den Committees nach Kräften Rückerstattung zu machen.

Frage: können Sie diesen Leuten helfen? Kann verhindert werden, dass die insbesondere in Habana lagernden Kisten versteigert werden? Könnten die in Hamburg lagernden Kisten d.h. dorthin zurückgebrachten Kisten der St. Louis-Passagiere nicht nach Belgien oder USA überführt werden? Die Zeit dürfte ja jetzt auch wohl nahe sein, in der die meisten nach USA ihre Visa bekommen und ausreisen können.

- 2.) Besteht die Möglichkeit, dass die in Frankreich in den Lagern befindlichen Passagiere wieder aus den Lagern entlassen werden? – Von den Passagieren der St. Louis dürfte wohl ohne Beweis angenommen werden können, dass sie, die meisten aus deutschen Konzentrationslagern oder Gefängnissen entronnen sind, bestimmt keine Nazifreunde, sondern dankbare und wohlgesinnte Gäste der grossen und grossmütigen Französischen Republik sind.
- 3.) Es haben hier bereits St. Louis-Passagiere das Visum zur Weiterreise nach USA erhalten. Sie haben aber keine Mittel die Passage zu bezahlen. Könnten Sie, verehrter Herr Troper, mit dem Bloomsbury- oder Woburn-House ein Arrangement dahin treffen, dass die hierfür erforderlichen Mittel aus dem für die Passagiere garantierten 500 Dollars zur Verfügung gestellt werden? Dadurch würde die Überführung dieser Passagiere und die Entlastung der kriegsführenden Länder ganz bedeutend beschleunigt. Ebenso wäre das der Fall, wenn auf die gleiche Weise den St. Louis-Passagieren in anderen Ländern geholfen werden könnte.
- 4.) Endlich erhalte ich immer wieder Anfragen und Zuschriften von Passagieren wegen der in Cuba für die Permits gezahlten Beiträge. Hierüber habe ich Ihnen bzw.

ihrem Herrn Rosen noch an Bord eine grosse Liste überreicht. Ist in dieser Hinsicht schon ein Versuch unternommen worden, den inzwischen vom Amt entfernten Benítez in Habana zu zwingen, die von ihm zu Unrecht eingesteckten Beiträge herauszugeben? Natürlich könnte ein solcher Versuch nur von USA aus mit Aussicht auf Erfolg gemacht werden. Nach meiner Kenntnis waren die meisten Passagiere im guten Glauben, dass diese Permits legal waren. Könnte nicht einmal Klage für einen oder mehrere Passagiere bei denen diese Voraussetzung bestimmt zutrifft, durchgeführt werden?

In Dankbarkeit und immerwährender Hochachtung!

EINE (fast) VERGESSENE ZUSAMMENARBEIT

American Jewish Joint Distribution Committee und Intergovernmental Committee on Refugees

Matthias Loeber

Nachdem der überwiegenden Mehrheit der Passagiere der «ST. LOUIS» die Landung auf Kuba verwehrt wurde, hatten Tage intensiver Verhandlungen des American Jewish Joint Distribution Committee (JDC) mit den Regierungen Kubas und der Vereinigten Staaten über den Verbleib der Passagiere eingesetzt.¹ Nach der endgültigen Absage des US-Aussenministeriums am 4. Juni 1939 drehte die «ST. LOUIS» am 7. Juni bei und nahm Kurs auf Europa.² Die herausragende Rolle des JDC bei den Verhandlungen, die letztlich zur Aufnahme der Passagiere in Grossbritannien, Frankreich, Belgien und den Niederlanden geführt hatten, ist in der Forschung zu Recht hervorgehoben worden.³ Dagegen findet wenig Beachtung, dass die private jüdische Hilfsorganisation zwar zweifelsohne den grössten Anteil an der Durchsetzung dieser Lösung hatte, aber stets in Kooperation mit staatlichen und zwischenstaatlichen Organisationen, insbesondere dem Intergovernmental Committee on Refugees (IGCR) agierte, wie C. Paul Vincent zu Recht erstmals hervorhob.⁴

Das IGCR war im Anschluss an die Konferenz von Évian 1938 als zwischenstaatliche Einrichtung zur Verhandlung über Flüchtlingsfragen gegründet worden. Nachdem das Deutsche Reich 1933 aus dem Völkerbund ausgetreten war, hatte der Hochkommissar für Flüchtlinge des Völkerbundes keine Handhabe mehr zur Verhandlung mit der Reichsregierung. Das neu gegründete IGCR sollte diese Funktion übernehmen.⁵ Es setzte sich aus Vertretern von an der Konferenz von Évian beteiligten Staaten zusammen. Die Vereinigten Staaten und Grossbritannien besetzten zentrale Posten. Erste Direktoren wurden die US-Amerikaner George Rublee und Robert Pell. Auf Rublee, der

1 Vgl. hierzu die Quellendokumentation zu den Verhandlungen in Kuba in diesem Band.

2 Vgl. Miller, Scott; Ogilvie, Sarah: *Refuge Denied. The St. Louis Passengers and the Holocaust*, Madison (Wisconsin) 2006, S. 25.

3 Vgl. Miller; Ogilvie, S. 25, vgl. Afoumado, Diane: *Exil Impossible. L'errance des Juifs du paquebot «St-Louis»*, Paris 2005, S. 169-183. Vgl. Reinfelder, Georg: *MS «ST. LOUIS». Frühjahr 1939 – Die Irrfahrt nach Kuba. Kapitän Gustav Schröder rettet 906 deutsche Juden vor dem Zugriff der Nazis*, Teetz 2002, S. 104-108.

4 Vgl. Vincent, C. Paul: *The Voyage of the St. Louis Revisited*, in: *Holocaust and Genocide Studies* 25 (2011) Nr. 2, S. 252-289, hier S. 273.

5 Vgl. Bonnesoeur, Frédéric; Meyer, Winfried u.a. (Hgg.): *Geschlossene Grenzen. Die Internationale Flüchtlingskonferenz von Évian 1938*, Berlin 2018, S. 106.

sich für diese Tätigkeit nur ein halbes Jahr zur Verfügung stellte, folgte der Brite Sir Herbert Emerson. Die grösste strukturelle Schwäche des IGCR war, dass es über keinerlei staatliche Mittel zur Unterstützung von Flüchtlingen verfügte, sondern auf private Ressourcen angewiesen war.⁶ Dieses grundlegende Problem zeigte sich auch in den Verhandlungen über die Landung der «ST. LOUIS».

Ohne den persönlichen Einsatz und die finanziellen Ressourcen des JDC wäre die einstweilige Rettung der Passagiere nicht möglich gewesen. Hier soll anhand einiger Dokumente gezeigt werden, wie JDC und IGCR dabei zusammenarbeiteten und auf welche Netzwerke beide Organisationen zurückgriffen.

Dies wird bereits aus den internen Besprechungen des JDC deutlich. In einem Brief an Morris C. Troper betonte der Vorsitzende Paul Baerwald, dass er im Austausch mit Sir Herbert Emerson stehe. Emerson unterrichtete die Vertreter des JDC über die Positionen der US-Regierung und bemühte sich um Intervention zugunsten der Passagiere der «ST. LOUIS» (*Quelle 1*).

Dass Troper und Baerwald als zentrale Akteure des Joint Distribution Committee nicht isoliert vorgingen, sondern vielmehr ihre Kontakte und Netzwerke zugunsten der Familien an Bord des HAPAG-Dampfers nutzten, ist nur naheliegend. So stand Troper in engem Austausch mit der Bankiersfamilie Rothschild, die wiederum enge Kontakte zu französischen Regierungskreisen pflegte und sich dort um Aufnahme der Passagiere bemühte (*Quelle 2*). Das JDC bediente sich seiner eigenen Verbindungen. Aber auch das IGCR bemühte sich unabhängig von der jüdischen Organisation um den Verbleib der «ST. LOUIS»-Passagiere. Dies wird aus einem Schreiben deutlich, das Robert Pell, Vize im IGCR, am 10. Juni 1939 an das Department of State, das US-Aussenministerium, richtete. Darin fasste er Ausführungen des US-Botschafters in London, Joseph Kennedy, zusammen. Aus dem Bericht geht hervor, dass auch das IGCR in Verhandlungen mit Grossbritannien, Frankreich und den USA stand. Aus dem Text wird zudem deutlich, dass angedacht war, dass Lord Edward Tumor, 6. Earl Winterton, der dem Vorstand des IGCR angehörte, aber auch als Paymaster General im Kabinett Chamberlain tätig war, die britische Regierung zur Aufnahme von Passagieren bewegen sollte. Bemerkenswert ist hier, dass die finanzielle Absicherung der Flüchtlinge durch Garantien seitens des JDC als elementare Grundvoraussetzung für jede Aufnahme betrachtet wurden. Hier bestätigt sich die von Tommie Sjöberg formulierte These von der elementaren Schwäche des IGCR, die letztlich durch das Fehlen eigener Finanzmittel bedingt war. (*Quelle 3*).

⁶ Vgl. Sjöberg, Tommie: *The Powers and the Persecuted. The Refugee Problem and the Intergovernmental Committee on Refugees*, Diss. Lund 1991, S. 41.

Deutlich wird die «Arbeitsteilung» zwischen jüdischer Privatorganisation und zwischenstaatlichem Komitee aus der Notiz über ein Gespräch zwischen Paul Baerwald, Direktor des JDC und Robert Pell, zweitem Vorsitzenden des IGCR, am 11. Juni 1939. Es zeigt sich, dass beide Gruppen auf höchster Ebene im direkten Austausch standen. Es wird ferner deutlich, dass es Morris C. Troper war, der die Aufnahme von 250 Passagieren in Frankreich erreichte, wobei Baron Guy de Rothschild eine zentrale Rolle gespielt haben dürfte. Ferner versuchte Troper, über Kontaktpersonen ähnliche Erfolge in Belgien und den Niederlanden zu erzielen. (*Quellen 4 und 5*).

Robert Pell gab die Ergebnisse am 15. Juni 1939 weiter, um die Landung der für Grossbritannien eingeteilten Passagiere vorzubereiten. (*Quelle 6*). Die Ereignisse sind bemerkenswert. Vertreter des JDC hatten wiederholt angegeben, sie hätten die Firmenleitung der Hapagund auch die Reichsvereinigung der Juden in Deutschland wiederholt vor Antritt der Fahrt der «ST. LOUIS» gewarnt, da die zu erwartenden Probleme mit der kubanischen Regierung bekannt geworden waren.⁷ Notgedrungen war das JDC nach Einsetzen der Schwierigkeiten zum Verhandlungspartner erst der kubanischen Regierung, dann der Regierungen der USA, lateinamerikanischer und europäischer Staaten geworden. Das IGCR mit seinen unmittelbaren Verbindungen in US-amerikanische und britische Regierungsstrukturen fungierte als Netzwerkpartner und Co-Organisator. Dass die Landung der Passagiere in Antwerpen und ihre vorübergehend sichere Unterbringung in Grossbritannien, Frankreich, Belgien und den Niederlanden erreicht werden konnte, hing aber letztlich von der finanziellen Zusicherung der privaten Hilfsorganisation ab: Das JDC hatte sich bereit erklärt, für alle Passagiere finanziell zu bürgen. Mit einer Sicherheit von 500 \$ pro Person sollte verhindert werden, dass die Passagiere zur Belastung der Sozialsysteme in den Aufnahmeländern hätten werden können – die *conditio sine qua non* für irgendeine Form der Aufnahmebereitschaft (*Quelle 7*).

⁷ Vgl. hierzu den Beitrag von Lea Bussas in diesem Band.

QUELLE 1 | 8. JUNI 1939, BRIEF VON PAUL
BAERWALD AN MORRIS C. TROPER

USHMM, Morris Troper Papers, 1997.36.15

American Joint Distribution Committee
European Executive Council
19. Rue de Téhéran, Paris (8e)
Telephone Laborde 79-84
Cables & Telegrams
Jointfund-Pas
London, June 8, 1939

Highly Confidential

Dear Mr. Troper:

I discussed the two cables that came from New York with Sir Herbert who advises that he sees no prospects for other openings. He stated that the situation is liquid, and it will take some time before these people will arrive back in Germany. He further indicated that he will try to arrange to have representations made through the foreign office and the State Department that the passengers receive proper treatment and are not put in concentration camps. Furthermore, he is quite prepared to write a personal letter to Mr. Wohlthat.

In spite of the fact that New York may still perhaps get a favorable answer from Cuba, I wonder whether you would nevertheless want to inform any of the French authorities of today's cables, or whether you would prefer waiting until Sir Herbert arrives in Paris next Tuesday. My own feeling is that it might perhaps be better for you to discuss this entire matter with Sir Herbert before taking any action. Kindest personal greetings to you.

Sincerely yours

QUELLE 2 | 9. JUNI 1939, TELEFONNOTIZ ÜBER
EIN GESPRÄCH MIT MORRIS C. TROPER

The Joint Distribution Committee Archives, NY AR193344

London, June 9, 1939

Record of Telephone Conversation with Mr. Troper, Paris – June 9th, 1939 Re SS
St. LOUIS

1. Mr Troper saw Guy Rothschild who spoke to the Baron. They are making every effort to see what can be done in France. It was Guy Rothschild's definite feeling that if some arrangements are made in England for the admission of some of the passengers, this might have a very favorable effect on the authorities in France and they might be willing to agree to accept a number of the refugees. Mr. Troper asked that as soon as we have further word on the subject, to let him know.
2. Mr Troper also spoke with Mr. Epstein of the Reichsvertretung, who is now in Paris. Mr. Epstein stated that before he left for Paris, he had been called out of Berlin twice a day by the police who wanted to know what was being done for the passengers aboard the boats. He was definitely led to believe that if these refugees are permitted to be returned to Germany, they would most certainly be put into concentration camps. He also advised that his impression was that about one-half of these people have American visas, and that a number of the others had expected to remain in Cuba. He is endeavoring to secure correct information from the Hamburg American Line, and was hopeful that he would know more or less definitely by 3:00 o'clock this afternoon, the countries of final destination of the passengers. Mr. Troper felt that it was most important to have this information as the French authorities would undoubtedly want to know the prospects of eventual emigration of these people.
Mr. Epstein further stated that he spoke to the Hamburg American Line last night and he was told that the ST. LOUIS is proceeding from Cuba under half steam, and that they have orders to continue travelling so until tomorrow night, presumably in the expectation that they will receive instructions to turn back to Cuba. After that time they will have to continue their journey full steam so as to avoid the necessity of buying oil, which they cannot do having no foreign valuta.
3. The CZE also communicated with Mr. Troper to inform him that they had been approached as to the possibility of their taking 100 children off the boat. They informed the Aid Committee (of which M. Bonnet is one of the honorary officers) that they would be prepared to accept 100 children, and Mrs. Weiss, the secretary of the Entr' Aide Committee is now doing her utmost to secure necessary permission for the admission of these children. As soon as the OZE has more definite information, they will advise Mr. Troper.
4. Mr. Troper was also in touch with the Hicem in connection with this matter. Once before, in a similar situation, the Hicem was successful in arranging for the admission of some people into France and some to Portugal. The Hicem raises the specific question as to whether the guarantee which America was prepared to furnish

for these people in Cuba, is available for use in France and elsewhere. If so, they feel that through certain connections they have, they may be able to do something in Portugal and perhaps in France.

QUELLE 3 |

10. JUNI 1939, BERICHT ROBERT PELL AN DAS DEPARTMENT OF STATE

*National Archives and Record Administration, RG 59, CDF 1930-1939,
Box 5969, 837.55-J-41-93*

Telegram Received from

Gray

London

Dated June 10, 1939

Received 10:32 a.m.

Secretary of State,

Washington

816, Jun 10, 1 p.p

FROM PELL

Your 420, June 8, 5 p.m.

Division of

European Affairs

June 10 1939

Department of State

One, Emerson and I have been doing our utmost to find a place of temporary refuge for the passengers on the ST. LOUIS, and, if this effort fails, to persuade the authorities to deal leniently with these people when the ship returns to Cuxhaven. For your background, Emerson was informed more than a month ago by the Cuban authorities that the papers of the refugees who proposed to sail on the ST. LOUIS and also on the ORINOCO were not in order, and that they would not be allowed to land at Habana. He at once notified the Hamburg-Amerika Line and the Jewish organizations. Both, however, disregarded his warning and went ahead with their plans. In fact the Jewish leaders from Berlin during their recent visit to London said that since virtually the rest of the world with the exception of the United States was now closed to legal immigration they would be forced to resort to shock tactics of their own and oblige

the outside countries to take account of their situation. Of course the organizations in turn are under pressure from the secret police.

Two. We had first to deal with the case of the ORINOCO which was headed off at Cherbourg. The French and British authorities declined to allow the passengers to land and since this was the eve of Wohlthat's visit to London, I made a personal appeal to him through Abshagen pointing out that it would be unfortunate if the atmosphere of his discussions here were to be marred by the maltreatment of the ORINOCO passengers upon their return to Cuxhaven.

Subsequently we received information that the passengers were allowed to land and proceed to their homes without incident.

Three. With regard to the ST. LOUIS, we have been feeling out the situation ever since we learned that the ship had sailed. The Cubans told us flatly that the passengers would not be permitted to land. We informed the private organizations. It was our understanding that the organizations would in consequence sound out other Latin American governments. We have not been informed whether this actually was done. As the efforts to persuade the Cubas to relent proved to be unavailing, however, the private organizations brought every sort of pressure on us to arrange refuge for the ST. LOUIS passengers in Europe.

We immediately discussed the situation with the British and the French. There is no possibility of placing people in other Western European countries, where the situation already is serious and there is real danger of political repercussions. The British take the view that to admit refugees under pressure would create a most unfortunate precedent for Palestine where Jewish organizations acting in concert with German and Italian lines are attempting to force their hand. The most that the British indicate a willingness to do so far is to give the ST. LOUIS passengers a priority of examination for admission to England after their return to Germany and even this requires cabinet approval.

The French may take the children from the ST. LOUIS and will consider a special arrangement in Morocco with regards to a limited number of adults.

Four. As matters now stand, in consequence, it would seem that we are obliged to fall back on further appeal to Wohlthat which Emerson is prepared to make. However, I am spending the weekend with Winterton and, using a letter guaranteeing the support of these people which Baerwald will give me, hope to persuade him at least to place the position before the Cabinet committee which at present he is reluctant to do.

Kennedy

QUELLE 4 | 11. JUNI 1939, TELEFONNOTIZ PAUL BAERWALD ÜBER
GESPRÄCH MIT ROBERT PELL

The Joint Distribution Committee Archives, NY AR193344

Memorandum of Mr. Baerwald's Telephone Conversation with Mr. Pell Sunday, June 11, 1939 – 12:00 Noon

Mr. Baerwald stated that there were two important matters which he would like to convey to Mr. Pell:

1. Mr. Baerwald read the cable received from New York, dated June 10th, indicating that all passengers had landing permits and that it was not a case of illegal dumping. He felt it was important for Mr. Pell to have the full content of the message for his discussions with his English friends.

2. Mr. Baerwald referred to his discussions with Mr. Troper and to the extraordinary progress made by him. P. B. stated that there were 743 persons, out of a total of 937, who have affidavits or other papers for emigration to the United States; that a request has been made of the French Government to permit 500 refugees entry to Tangiers, and MCT is reasonably certain that this request will be granted. Definite word on this will be given no later than Monday. In connection with these efforts, Mr. Baerwald referred to the helpful cooperation and assistance given by Baron Rothschild and a friend of the Baron through whom the matter was discussed with M. Bonnet.

Mr. Gottschalk of Holland, on behalf of his government, has promised to take 250 refugees – this is quite definite, which means that all those having American affidavits, will be taken care of (assuming of course, that France will take favorable action). With regard to the remaining 200 who have no particular papers, MCT is still making efforts to find places for them, thus obviating the necessity for their return. He has been in touch with Holland, but is not very hopeful. He is awaiting word from Luxembourg and Portugal.

Mr. Troper was told that the boat cannot be stopped unless 5'000 \$ is paid with which to buy oil, and Mr. Troper told his informant that under no circumstances would we pay any such amount. It was necessary for him to make that statement categorically in the first instance.

Mr. Baerwald also raised the question of the possibility of landing some of these people in the Bahamas, Barbados, especially since it was his feeling that the boat was not very far away from Cuba. He stated that he knew that Jamaica and Bermuda, also British

possessions, were quite impossible, and that there was a pretty bad situation in Trinidad. Mr. Baerwald also stressed the importance of recognizing the situation that all passengers had landing permits previously recognized by Cuban Immigration Commissioner on which these People relied.

**QUELLE 5 | 12. JUNI 1939, VERMERK, THEMEN
FÜR EIN GESPRÄCH MIT ROBERT PELL**

The Joint Distribution Committee Archives, NY AR193344

June 12th, 1939

Matters for Discussion with Mr. Pell

1. France has agreed to allow 250 passengers now aboard the ST. LOUIS to enter that country.
2. French authorities have also indicated its willingness to permit all the passengers to disembark at Boulogne, to be distributed from that point. They pointed out that usually, several days' notice is required for people to land at Southampton.
3. The French official who is conversant with this matter is Mr. A. Leger, Secetaire General des Affaires Etrangères. It was suggested that the British position be conveyed to Sir Eric Phipps, who could then communicate with Mr. Leger.
4. Mr. Troper is endeavoring to secure the names of the officials in Holland and Belgium with whom the British can communicate. The French authorities have asked – and Mr. Troper is arranging it – that Holland and Belgium [unleserlich] the French Government of their readiness to accept a specific number of passengers.

**QUELLE 6 | 15. JUNI 1939, TELEGRAMM STEPHEN MORRIS AN
GEORGE L. WARREN WEGEN VERTEILUNG DER PASSAGIERE**

*National Archives and Record Administration RG 59, CDF1930-39, Box 5969,
837.55J-41-93.*

[...]

My dear Mr. Warren!

A telegram was received from Pell in which he stated that the Dutch and Belgian Governments would receive each approximately two hundred of the ST. LOUIS passengers. Likewise the French confirm their decision to receive a similar number,

LH

June 15 1939

In reply refer to
Eu

My dear Mr. Warren:

A telegram was received from Pell in which he states that the Dutch and Belgian Governments would receive each approximately two hundred of the St. Louis passengers. Likewise the French confirm their decision to receive a similar number, and the Foreign Office reports that the British Government will receive about three hundred. Refugees to be received by Great Britain will be landed at Southampton and directed from that point to their various destinations.

Sincerely yours,

Stephen V. C. Morris
Acting Chairman, Departmental
Committee on Political Refugees

Mr. George L. Warren, Executive Secretary,
President's Advisory Committee on Political Refugees,
132 East Twenty-second Street,
New York, New York.

Eu:SM:EMC
6-14-39
2m

837.55U/60

FILED
JUN 20 1939

IM/PLS

GE ✓
JUN 15 1939

837.55J

Telegramm von Stephen Morris an George L. Warren, 15.6.1939, National Archives and Record Administration RG 59, CDF 1930-39, Box 5969,837.55J-41-93.

and the Foreign Office reports that the British Government will receive about three hundred. Refugees to be received by Great Britain will be landed at Southampton and directed from that point to their various destinations.

Sincerely yours,

Stephen V.C. Morris
Acting Chairman, Departmental
Committee on Political Refugees

QUELLE 7 | JULI 1939, JDC BULLETIN: DUMPED EMIGRATION

July, 1939

Dumped Emigration

A Statement of J.D.C. Policy Evoked by the St. Louis Crisis

Few events within recent months have aroused such wide sympathy as the plight of the 907 refugees aboard the Hamburg-American liner «St. Louis», who, refused admission into Cuba despite the energetic efforts of the Joint Distribution Committee and its offer to put up cash guarantees of \$ 500 for each person, finally found asylum in Holland, Belgium, England and France. These temporary havens were granted as a result of the negotiations conducted by the J.D.C. and the financial guarantees which it made to the four countries. This story has been told in every newspaper throughout the country.

The «St. Louis» emergency is over, but the problem presented by the «St. Louis» has far wider implications than the immediate question of 907 human lives. It cannot be repeated too often that, although the «St. Louis» made front page news, it was by no means graver than the numerous problems affecting far larger numbers of people with which the Joint Distribution Committee must cope from day to day. It is important that the general public understand that the work of the J.D.C. is not limited to such crises as that of the «St. Louis» whose dramatic character lifts them in the public mind out of their proper place in the general program of refugee assistance.

The whole question has been the subject of careful thought by the Joint Distribution Committee. At the last meeting of the Executive Committee on June 16, 1939, there was unanimously approved a policy to be pursued in connection with possible future events of this type. The article on this page is a statement of that policy. Through the energetic efforts and financial guarantees of the Joint Distribution Committee the refugees of the *SS St. Louis* have been saved from return to Germa-

ny. They have been landed in Belgium, France, Holland and England on the assurance of J.D.C. that they will not become public charges.

The dramatic emergency presented by these 907 men women and children denied entry into Cuba evoked the sympathy of humane people throughout the world. The proximity of Cuba to the United States naturally heightened the public interest and the desire that everything humanely possible be done to help these passengers. It was taken for granted by the Jewish and by general community that it was the function of the J.D.C. to provide for these people.

It should be borne in mind that none of the refugees on the *SS St. Louis* had been advised or assisted in any way to take passage to Cuba by the Joint Distribution Committee, or by any agency which it subventions. On the contrary, the Joint Distribution Committee had made public announcement that it was dangerous and undesirable for any persons to attempt to gain admission, to Cuba or to any other country unless they were in possession of such documents as would be entirely acceptable to the receiving countries. However, in the emergency presented by the *SS St. Louis* matter, the National Coordinating Committee and the Joint Distribution Committee acted without delay to find a settlement for this Problem, sparing no effort or cost. The National Coordinating Committee sent its representatives to Cuba; the Joint Distribution Committee deposited in cash over \$500'000 to cover the required guarantees of \$ 500 per Person.

When, despite these efforts, the Cuban Government declined to admit the refugees, the J.D.C. immediately turned its attention to finding havens in Europe. The results of these efforts you already know. That these refugees are now in Belgium, Holland, France and England, instead of in Germany, is due to the intercession and the financial guarantees of the J. D.C.

This emergency is over. It is essential, however, to take into account the bearing that this incident may have on the future. Your attention is directed to a statement by Mr. Osbert Peake, undersecretary of the British Home Office, as published in the *New York Times* on June 14th. Mr. Peake stated that the exceptional circumstances resulting from «the fact that all these people had been granted visas which later were not honored», prompted the British Government to make an exception in their case. He went on to state: «It is of the first importance that arrangements for the emigration of Jewish refugees from Germany shall proceed in accordance with an orderly program and that no encouragement shall be given to any idea that refugees may leave Germany before arrangements had been completed for their reception.»

A similar statement was made by a spokesman for the Liaison Committee of the League of Nations High Commission for refugees, as reported by the New York Herald-Tribune of June 14th. He said: «One thing we must state is that if these (the St. Louis passengers) are taken care of by certain governments it is not to constitute a precedent for other shiploads.» This is a point which we cannot afford to overlook. On numerous occasions the Joint Distribution Committee and its collaborating agencies have warned against the Chaos resulting from «dumped» emigration. We have requested emigration bureaus and refugee committees and organizations throughout the world who have any dealings with the problems of refugees to take note of the abuses unfortunately practised by certain steamship agencies, travel bureaus and public officials. The press had frequently reported the movement of ships bearing refugees with invalid papers from port to port, and for the most part, denied entry.

It must be obvious to all that aside from the fundamental questions of policy which are involved, the financial and administrative burdens of such «dumped», chaotic, forced and disorganized emigration are entirely beyond the scope of private philanthropic resources or the facilities of existing organizations. Moreover, this type of emigration aggravates immeasurably the situation, not alone of other immigrants who are already found asylum, but of the native Jewish populations in the countries to which these emigrants have gone. On a financial basis, merely to provide minimal funds for transportation, guarantees, and to assure the maintenance for a single emigrant for a single year, without taking future burdens into account, requires an irreducible minimum of approximately \$ 750. If the Joint Distribution Committee, under this type of terrorized pressure, were to be obliged to submit to this kind of program of enforced help, its entire resources for the whole year 1939 would be exhausted in taking care of from 10'000 to 15'000 emigrants. In other words, 20 boatloads of refugees like those on the St. Louis whom the J.D.C. would undertake to provide for and for whom it would have to give guarantees, would virtually deplete the treasury of the Joint Distribution Committee and would deprive all of the other activities and programs of the Committee of essential funds. Already the cost of providing⁸ guarantees for the 907 St. Louis refugees is equal to the entire budgetary allotment of the J.D.C. for all of the work of relief and assistance to Jewish communities within Germany during the first six months of the year.

⁸ Im Original sind hinter «prov-» zwei Zeilen vertauscht worden. Die nächste Zeile begann mit «the entire».

Under these circumstances, the Joint Distribution Committee must place on record that it cannot regard its action in behalf of the St. Louis passengers, and the enormous sacrifices it has made in the financial commitments undertaken for this relatively small number of persons, as constituting a precedent for any similar action. There are dependent upon the program of aid conducted by the J.D.C. multitudes of persons in Germany and Old Austria, in sections of Bohemia, Moravia and Slovakia; in Hungary; in Poland; in Rumania; and in refugee countries throughout the world. Its program of assistance includes the education of children, child care and welfare work, training of young men and women in productive occupations, credit aid and loans, development of new occupations, medical and sanitary service, relief as well as emergency emigration aid for the refugees. Conscious of its responsibilities in all of the vital necessities of the Jewish populations overseas, the J.D.C. as a trustee for the funds turned over to it by contributors throughout the country, cannot undertake to expend huge sums for a comparatively small number of refugees in any such type of enforced and disorderly emigration.

In the circumstances, the St. Louis incident must be regarded as in fact it was, as a special problem that required special treatment. It must be brought home to all governments and all people that the Joint Distribution Committee is daily faced with emergency and critical needs, frequently of an equally urgent nature, affecting Jewish populations in many other parts of the world. Within the limits of the funds made available to the J.D.C. by the Jewish communities of this country, it is our duty so to expend those funds as to bring the greatest and the most lasting good to the greatest number.

Joseph C. Hyman⁹
Secretary & Executive Director

⁹ Handschriftliche Unterschrift.

WIE EIN JUGENDLICHER DIE FAHRT DER «ST. LOUIS» ERLEBTE

Die Reiseberichte des Fritz Buff

Fritz Buff (geb. 26. Juli 1921 in Krumbach, gest. 2017) war als 17-Jähriger ohne Angehörige an Bord der «St. LOUIS». Er wollte auf Kuba auf die Einreisegenehmigung in die Vereinigten Staaten warten und sich dort mit seinen später aus Deutschland ausreisenden Eltern treffen. Nach der Umkehr des HAPAG-Schiffs lebte er in Brüssel. Seine Eltern und seine Schwester reisten Ende 1939 über Italien in die USA aus. Im Januar 1940 erwarb er eine Schiffspassage nach New York.

An Bord der «ST. LOUIS» schrieb Fritz Buff einen ausführlichen Reisebericht, der hier in Gänze abgedruckt ist.

QUELLE | **13. MAI 1939 BIS CA. 16. JUNI 1939 –
REISEBERICHT FRITZ BUFF**

USHMM, 2007.121.1, Fritz Buff Papers

Fritz Buff

an Bord St. Louis.

Reisebericht

1. Teil

Fahrt von Hamburg bis Habana¹

Am 13. Mai 1939 gegen 20 Uhr lichtete die St. Louis, das grösste Motorschiff der HAPAG im Hamburger Hafen die Anker um annähernd 1'000 Menschen in ein fernes Land zu bringen, wo sich diese ihr Leben wieder neu zu gestalten dachten, in ein Land auf das alle unsere Augen gerichtet waren: «Cuba».

Mit gemischten Gefühlen nahm jeder einzelne Abschied von Deutschland und schloss gleichzeitig mit seinem bisherigen Leben ab, um die Überbleibsel wiederum neu vorzutragen, der eine gedachte tränenden Auges daran zurück, was er bisher seine Heimat nannte, der andere rief seinen Angehörigen am Quai noch ein letztes Lebewohl zu, ein Gedanke aber erfüllte all unsere Herzen gleichstark, der Gedanke an die Zukunft.

¹ Die im Original als ae, oe und ue geschriebenen Umlaute wurden zur besseren Lesbarkeit durchgehend durch ä, ö und ü ersetzt. Interpunktion und Orthografie wurden, so weit möglich, stillschweigend korrigiert.

Nachdenklich, in alte Erinnerungen und neue Pläne versunken standen wir alle an der Reling um den 1. Abend auf See zu erleben. Ich gedachte meiner Eltern, meiner Schwester, die ich zurücklassen musste, an all die vielen Menschen die ich in den Jahren meines kurzen Lebens lieb gewonnen hatte, und an vieles, vieles was hinter mir lag. Es war ein schöner Abend, dieser Abend des 13. Mai der uns in unser Glück führen sollte.

Nun sind wir bereits in Cherbourg angekommen. Wir liegen immer noch im Hafen und warten darauf, dass sich noch weitere 30 Leute zu uns gesellen werden, die das gleiche Ziel wie wir haben. Es sollen meist Kinder sein, deren Angehörige bzw. Eltern ebenfalls auf dem Schiff sind, und die mit Kindertransporten bereits in Holland, Belgien oder England untergebracht waren.

Nun haben wir den Hafen Cherbourgs schon wieder verlassen und hoffen alle den Europäischen Kontinent nicht wiederzusehen, vielleicht unser Leben lang. Die bereits erwähnten 30 Leute wurden mit einem Boot der HAPAG ans Schiff gebracht und stiegen so auf die St. Louis über, so dass diese gar nicht festzumachen brauchte.

Allmählich lernt man nun auch die übrige Jugend auf dem Schiff kennen, findet nach und nach immer mehr Freunde, uns allen hat das Schicksal ja das gleiche Ziel gegeben, und wir alle hatten noch eine 14-tägige Seefahrt vor uns. Abends wird getanzt, man sieht wieder neue Gesichter, alles ist in freudiger Stimmung, geht es ja der langersehnten Freiheit entgegen.

Die Seekrankheit fordert auch schon ihre 1. Opfer nachdem wir bis Cherbourg vollkommen ruhige See hatten. Nun aber nachdem das Festland längst hinter uns liegt und nichts den Wellen mehr Einhalt gebieten kann, springen diese gegen den Bug unseres Schiffes an, das diesen Anprall nicht mehr ruhig widerstehen kann, viel mehr dem ewigen Druck der Wellen nachgeben muss und sachte zu schaukeln beginnt. Die Tische bei den Mahlzeiten haben sich schon ziemlich geleert, alles sucht sich vor der Seekrankheit zu schützen und bleibt im Bett liegen. Nur wenige, die ganz aus Stahl und Eisen sind werden von dieser Krankheit nicht erfasst, die sich immer noch weitere Opfer sucht, und dafür sorgt, dass auch die Fische genügend Nahrung bekommen.

Nun einiges über die Ordnung hier an Bord. Morgens 7 Uhr ist grosses Wecken, jeden Morgen bläst ein Trompeter sein Liedchen, das ist das Zeichen zum Aufstehen. Um ½ 8 Uhr wird zum 2. Mal geblasen das Zeichen zum 1. Frühstück für den 1. Tisch. Es wird nämlich hier an Bord in 2 Abteilungen gegessen um die vielen Menschen in den Speisesälen unterbringen zu können. Auf 1'000 Fahr-

gäste ist selbst dieses Schiff nicht eingerichtet, jeder verfügbare Platz ist belegt. Jede Kammer besetzt. Um 8¼ Uhr beginnt das Frühstück für den 2. Tisch. Mittags um 12 bzw. 1 Uhr wird das Mittagessen eingenommen, nachmittags um ½ 4 bzw. 4 Uhr der 5 o'clock tea und abends um 6 bzw. 7 Uhr das Abendessen. Zwischen 10 und ½ 11 Uhr abends werden dann noch Sandwiches gereicht. Wir alle müssen uns erst an dieses viele Essen gewöhnen, denn ohne Arbeit lässt der Appetit manchmal etwas auf sich warten. Aber die Seeluft sorgt auch wieder für genügenden Absatz, denn sie ist ja den meisten ungewohnt. Sowohl das Essen wie die Bedienung sind mustergültig. Jeder Tisch wird von 2 Stewards bedient, so dass alles wie am Schnürchen läuft.

Nun einiges über die Einrichtung des Schiffes, das in 1. und 2. Klasse getrennt ist. Die Räume der 1. Klasse sind auf dieser Fahrt aber für jedermann zugänglich, denn wir alle sind eine Schicksalsgemeinschaft und haben alle das gleiche Los. So war ich heute auch auf dem Sportdeck und spielte mit meinen Freunden Shuffle Board, Tischtennis, Ringtennis usw. Es hängt auch ein Ball für die Boxliebhaber da, für alles ist gesorgt. Das Sportdeck ist das höchste Deck des Schiffes, das im Ganzen in 7 Decks eingeteilt ist. Trotzdem wir nun bereits 4 Tage auf See sind-, komme ich immer wieder irgendwo hin, wo ich noch nicht gewesen bin, immer wieder muss ich nach dem Weg zu meiner Kabine fragen. Denn ein solches Schiff ist eine wahre Stadt und ein ganzes Labyrinth von Gängen. Meine Kabine befindet sich im Untersten, im D-Deck. Wir schlafen dort zu 4 Mann, 3 ältere Herren und ich. Wir haben eine Aussenkabine, d.h. es führt von unseren Betten aus, (je 2 sind übereinander angebracht) ein Gang vor zu einem Bullauge, das aber momentan immer geschlossen bleiben muss. Bei diesem Seegang, der eben herrscht wäre es nämlich möglich, dass einmal eine Welle gegen das Schiff schlägt, den Schiffskörper entlang in die Höhe spritzt um eine ganze Kabine unter Wasser zu setzen. Deshalb beugen wir lieber vor, indem wir unser Bullauge schliessen, bevor man in der Kabine das Schwimmen lernen könnte.

Auf dem ganzen Schiff verteilt sind auch Kaufläden angebracht, in denen man die verschiedensten Dinge kaufen kann. Ich kaufte mir beispielsweise verschiedene Toilettenartikel, ein Fotoalbum und einige Filme. Natürlicherweise ist an all diesen Geschäften grosser Andrang und wird bald ausverkauft sein. Jeder will sein Bordgeld noch nutzbringend verwenden, und kann sich jeder nach seinem Geschmack noch einiges kaufen. Nun will ich den Bericht für einige Tage unterbrechen, und erst fortsetzen, wenn sich wieder Neues ereignet hat.

Nun einige Tage später, will ich die Ungunst der Witterung benutzen, um das bereits Begonnene weiterzuführen. Heute haben wir nämlich das 1. Mal schlechtes Wetter und regnet es ein wenig, so dass man sich nicht auf dem Sportdeck aufhalten kann. Dort weilten wir nämlich während der ganzen letzten Tage und vergnügten uns mit allerlei Deckspielen. Besonders fleissig wurde Tischtennis gespielt, und trugen wir auch bereits einige Turniere aus.

Fotographieren hat sich nun auch zum Hauptsport entwickelt, denn jeder will an diese wunderschöne Seereise auch späterhin zurückdenken & will sich durch Fotos ein dauerndes Andenken schaffen.

Vorgestern Abend war grosses «Bockbierfest» nach echt bayerischem Muster, alles war bunt dekoriert, am Liebsten wäre ich in meiner Ladernen gekommen, was sicher gut in den Rahmen gepasst hätte, Die Musikkapelle spielte lauter bayerische Landler und Jodler und wir tanzten dazu Walzer, bis alles doppelt vor unseren Augen erschien. Das Bockbier trug dazu auch noch einiges bei, so liess die Stimmung nichts zu wünschen übrig. Alles war besonders lustig, denn in den letzten Jahren konnten wir etwas derartiges nicht mehr mitmachen, so dass dies ein besonderes Erlebnis für uns wurde. Gestern Abend wurde das Gleiche in einem anderen Speisesaal wiederholt, doch alles war noch müde vom vorhergehenden Abend und einer nach dem anderen verschwand stillschweigend (ins Bett). Heute früh fand das 2. Mal Bordkino statt. Das 1. Mal wurde «Ihr Leibhusar» gegeben, diesmal ein Tierfilm von Bengt Berg «mit den Zugvögeln nach Afrika». Geboten wird hier immer etwas, langweilig kann es einem nie werden und das ist gut so. Heute früh sind wir nun bereits bei den Azoren angelangt und fahren eben zwischen 2 Inseln hindurch, leider ist das Wetter immer noch sehr dunstig, so dass nicht viel zu erkennen ist. Man sieht nur die Umrisse von 2 mächtigen Steinblöcken und darauf einzelne Quadrate, was wohl die Felder und Wiesen der Bewohner darstellen wird. Inzwischen wurden auch Häuser und Windmühlen mit mächtigen Flügeln sichtbar, genauso wie wir sie in Deutschland auch kannten. Die Bewohner der zu Portugal gehörenden Inselgruppe ernähren sich hauptsächlich vom Fischfang und führen auf ihren Inseln ein richtiges Robinsonleben.

Dieser Punkt ist für uns ein Markstein, denn nun haben wir ungefähr die Hälfte des Weges von Europa nach Übersee zurückgelegt, und dann wird es von hier ab schnell wärmer werden. Ein Anzeichen dafür ist, dass bereits das Schwimmbassin installiert wird. Bis jetzt wäre es noch nicht möglich gewesen sich im Wasser zu tummeln, denn trotz des fast durchweg schönen Wetters wäre die Luft bisher trotzdem zu kalt gewesen, als dass man im Badeanzug sich hätte an Deck aufhalten

können. Ich bin gespannt wie das Baden in Salzwasser werden wird, denn hier habe ich das 1. Mal die Gelegenheit in Seewasser zu schwimmen.

Heute, Freitag Abend, werde ich den Gottesdienst besuchen, ebenso morgen, Samstag früh. Am schwarzen Brett stehen die jeweiligen Gottesdienstzeiten angeschlagen. Jeden Vormittag ist orthodoxer Gottesdienst in 1. und 2. Klasse. Es wurde den frommen Leuten ermöglicht hier an Bord koscher zu leben, allerdings fleischlos. Diese Einrichtungen erstaunen mich sehr, und hätte ich sie auf einem Deutschen Schiff nicht erwartet.

Die Seekrankheit wurde nun auch von den meisten Leuten überwunden, es gibt aber welche, die seit dem 1. Tag noch seekrank sind. Ich selbst war nur einen halben Tag gelegen, nun bin ich aber schon wieder fest auf den Beinen und habe mich an dieses dauernde «Hin und her – auf und ab» schon gewöhnt.

Nun ist es bereits Sonntag geworden. Freitag Abend war ich wie angekündigt im Gottesdienst und war alles überfüllt trotzdem in 4 Abteilungen Gottesdienst abgehalten wurde, So nach und nach ist das ganze Schiff eine Gemeinde geworden und fühlt man sich im Gottesdienst wie ein Mitglied dieser Gemeinde.

Gestern Samstag Abend war grosses Winzerfest. Zwar waren wir nicht auf dem Rhein, doch immerhin auch auf Wasser und stellten wir uns im Gedanken die Loreley vor. Es wurde fest getanzt, gesungen und getrunken und sind wir erst Sonntag früh in unseren Kabinen angekommen, als es schon fast Zeit zum Wiederaufstehen war.

Damit es keinem langweilig werden kann, war heute früh bereits wieder Besichtigung der Kommandobrücke, wo uns der 1. Offizier alle Messinstrumente, Kompass und Alarmvorrichtungen zeigte und erklärte. Auch das Schwimmbassin wurde heute früh eröffnet und war ich bereits das 1. Mal beim Schwimmen. An das Salzwasser muss man sich zuerst gewöhnen, denn es brennt einem in den Augen und hat man noch lange nachher den Salzgeschmack auf den Lippen. Die 1. Anzeichen der tropischen Hitze machen sich nun auch bemerkbar und brennt die Sonne tagsüber erbarmungslos auf uns nieder, wie wird das erst in Cuba werden? Nach 7 Tagen konnte man heute das 1. Schiff am Horizont erblicken, das den Kurs Europa fuhr, woher wir kamen. Bisher war immer nur Meer und Himmel um uns und ist ein anderes Schiff für uns schon bald ein ungewohnter Anblick.

Meine Gedanken weilen nun schon viel in unserer neuen Heimat und freuen wir uns alle doch allmählich am Ziel anzukommen. Ich bin froh hier auf dem Schiff gute Freunde gefunden zu haben, gemeinsam werden wir den schweren Weg in die Zukunft schon finden, das ist unser aller Trost.

Heute will ich den Bericht unserer so wunderbar verlaufenen Seereise zum Abschluss bringen, denn noch heute muss die Post zurück nach Europa bereits abgegeben werden, damit das Personal die Unmengen von Briefen bis zu unserer Ankunft bereits sortiert hat. Die St. Louis wird von Habana aus direkt nach New York fahren, von wo aus sie den ganzen Sommer Gesellschaftsfahrten ausführen will. Auf der Telegraphenstation an Bord herrscht nun auch schon emsiges Treiben, jeder will seinen Angehörigen einen Gruss kabeln und die baldige Landung anzeigen.

Auch ich sende heute noch ein Kabel an meine Lieben: «Land in Sicht!» Bald werden wir dieses Land betreten, das uns eine neue Heimat werden wird. Unser langjähriger Wunsch hat sich erfüllt, wir sind in der Freiheit angekommen. Nun, nachdem wir vor der Tür einer neuen Welt stehen, sind unsere Gefühle nicht nur die der Freude, sondern auch die der Sorge, der Sorge um unsere Angehörigen, die leider nicht mit uns kommen konnten und noch in Deutschland weilen. Vielen wird Habana die Erlösung aus jahrelanger Trennung bringen, haben doch viele Frauen ihre Männer dort, viele Mütter ihre Kinder.

Alle Passagiere sind in Hamburg als eine Gemeinschaft des Schicksals an Bord gekommen und werden nun als Gemeinschaft das Schiff wieder verlassen. Viele Freundschaften wurden geschlossen, viele schönen Stunden und Tage sind vorüber, wird in unserem Leben wohl nochmal eine Zeit kommen in der man so sorglos und glücklich dem kommenden Tag entgegensehen kann?

Und nun will ich meinen Bericht in der Hoffnung schliessen, dass wir alle diese Gemeinschaft auch in Cuba bleiben werden und uns durch gegenseitige Hilfe das Leben erleichtern werden. Der letzte Gruss gilt meinen Eltern und meiner Schwester in der Hoffnung sie recht bald gesund wiederzusehen.

Fritz Buff an Bord St. Louis

Reisebericht

2. Teil

Ankunft in Habana und 7-tägiger Aufenthalt im Hafen

Im Anschluss an meinen 1. Bericht möchte ich nun zuerst die Ereignisse der letzten 2 Tage unserer Seefahrt bis Habana schildern.

12 Tage waren wir bereits unterwegs, ohne dass irgendein Zwischenfall unsere Fahrt, die sich gleich der Regelmässigkeit eines Uhrwerkes abspielte, gehemmt hätte. Da plötzlich 2 Tage vor dem lange ersehnten Ziel verbreitete sich wie ein

Lauffeuer die Kunde, dass einer der Passagiere gestorben sei. 2 Tage bevor er seinen Sohn wiedersehen konnte, der gleichsam als Pionier seiner Familie bereits in Habana weilte und nun seine Eltern zu sich kommen lassen wollte. Gleichzeitig erzählte man sich, dass die Cubanische Regierung die Bestattung der Leiche in ihrem Lande nicht gestattet hat. So wurde denn nach Eintritt der Dunkelheit die Leiche nach altem Seemannsbrauch bei abgestellten Maschinen ins Meer versenkt. Ein grosser Teil der Besatzung war zur Ehrenbezeugung angetreten. Anschliessend überreichte der Herrn Kapitain der Witwe eine Meereskarte, in der die Stelle gekennzeichnet war, wo ihr Mann die letzte Ruhe gefunden hatte.

Kaum war eine Stunde vergangen, jedermann gedachte noch des tragischen Falles, da schrillte die Alarmsirene 3 mal durch die Nacht und weckte jeden der sich bereits schlafen gelegt hatte unbarmherzig wieder auf. Erneut stoppten die Maschinen, keiner wusste was geschehen war und jeder malte sich in seiner Fantasie alles Erdenkliche aus, bis man endlich die Rufe hörte: «Mann über Bord!» Ein Besatzungsmitglied war ins Meer gesprungen um seinem Leben ein vorzeitiges Ende zu bereiten. Sofort wurde ein Rettungsring ausgeworfen, ein Boot klargemacht und schon nach wenigen Minuten wurde das Boot mit einigen Matrosen als Besatzung herabgeseilt. Das Boot wurde sofort auf den Rettungsring mit Leuchtboje zugesteuert, um diesen wieder einzuholen und falls sich der Mann dorthin gerettet haben sollte, diesen wieder zum Schiff zurückzubringen. Doch das Boot kam ergebnislos zurück, der Mann galt als verloren. Dem Seemannsbrauch gemäss kreuzte das Schiff noch 2 Stunden an dieser Stelle, um dann erneut die Fahrt gen Habana aufzunehmen.

Der letzte Tag vor Habana galt dem Gepäck, alles musste gepackt werden und kam mit Ausnahme des Handgepäcks an Deck um bei der Landung gleich entladen werden zu können. Vereinzelt konnte man am Horizont auch schon wieder Land erkennen wie die Bahama-Inseln und etwas später den Strand von Florida, doch jeder war mit den Vorbereitungen für die Landung so sehr beschäftigt, dass er zwischendurch nur schnell einen Blick nach diesen Sehenswürdigkeiten warf. Morgen sollten wir nach genau 14-tägiger Fahrt wieder Land unter die Füsse bekommen, doch es kam alles ganz anders. Um die Landungsformalitäten möglichst frühzeitig beginnen zu können wurde bereits um 4 Uhr zum Wecken geblasen, alles sprang nervös auf, diese Nacht hatten die wenigsten noch ruhig schlafen können, man freute sich auf das Wiedersehen mit all seinen Angehörigen. Ich sprang sofort ans Bullauge, wo sich mir ein märchenhafter Anblick bot. Wir waren bereits in der Hafeneinfahrt Habanas und konnten in der Dunkelheit die mit

Palmen umpflanzte Uferstrasse von Vedado erkennen, dahinter sah man die teilweise schon erleuchteten Villen dieser einzigartigen Vorstadt. Auf den Strassen herrschte schon reges Leben. Autos und viele Fussgänger begleiteten das Schiff bis in den Hafen, mancher konnte sogar schon seine Angehörigen erkennen und rief diesen schnell einige Begrüssungsworte zu, das sollte ein Wiedersehen geben! Schnell kleidete ich mich an, trank unruhig eine Tasse Kaffee, um sofort meinen Blick wieder auf die noch in Dunkel gehüllte Stadt zu werfen, die mir eine neue Heimstätte werden sollte.

Rasch ging die Sonne auf, als die St. Louis bereits im Hafen Anker geworfen hatte. Wir mussten zum Arzt, der bereits an Bord gekommen war. Die Untersuchung war schnell beendet, dann wurden die Landungskarten geprüft, jeder war der Meinung, dass die Landung bald erfolgen müsste.

Schon um 8 Uhr morgens kamen die 1. Boote ans Schiff heran. Es waren alles Leute die diese Reise schon vor uns gemacht hatten und die ihre Angehörigen auf der dicht von Menschen umsäumten Reling suchten. Unbeschreibliche Freude herrschte allgemein über das Wiedersehen, schon wurden Verabredungen für Habana getroffen, immer neue Boote kamen vollbesetzt an und umschwirrten uns, doch noch waren keinerlei Anzeichen für eine Landung festzustellen, woran aber keiner den geringsten Zweifel hatte. Wir wussten, dass man hier Zeit hat, und kannten auch schon das Wort «Manana», deshalb warteten wir alle geduldig auf das Fortschreiten der Landungsformalitäten. Wieder wurde zum Mittagessen geblasen, zum Nachmittagskaffee und schliesslich zum Abendessen, jedesmal wurden wir in unserem Glauben es sei die Henkersmahlzeit enttäuscht. Aus den Booten wurde heraufgerufen, heute Nacht noch werdet Ihr alle ausgeschifft werden, ein anderer rief, morgen früh, ein dritter wieder, morgen im Laufe des Tages. Es eilte uns nicht, es ging uns ja gut auf dem Schiff, wenn manch einer auch schon lieber im Kreise seiner Lieben geweilt hätte. Doch auch der nächste Tag brachte uns keine Erlösung und langsam begann sich eine leise Unruhe und Ahnung auszubreiten. Doch der Anblick der Angehörigen und deren tröstende Worte ermunterten uns wieder, wir glaubten, dass die Verzögerung der Landung darauf zurückzuführen sei, dass noch 2 weitere Schiffe mit Einwanderern angekommen seien, und dass diese vor uns ausgeschifft würden.

Die allgemeine Unruhe und Nervosität wuchs, was hatte das alles zu bedeuten? Wir hatten doch alle ordnungsgemässe Papiere die vom Einwanderungssekretariat ausgestellt worden waren.

Ein Tag verging nach dem anderen, immer noch kamen die Boote heran, immer wieder wurden wir von einem Tag auf den anderen vertröstet, doch allmählich verfinsterten sich auch die Gesichter derer, die zu uns heraufriefen. Etwas war nicht in Ordnung, darüber wurden wir uns alle klar, doch was? Sollten wie in Quarantaine kommen? Anschläge zeigten uns, dass Verhandlungen über die Landung im Gange seien, glaubten wir noch an diese Landung? Wir wussten es selbst nicht. Auch den Rufen aus den Booten konnten wir keinen Glauben mehr schenken, wir legten uns in die Liegestühle und grübelten über all das nach, bis wir von Zeit zu Zeit durch die Salutschüsse eines Amerikanischen Kreuzers, der nahe bei uns angelegt hatte, aus unserem Halbschlaf wieder geweckt wurden. Alle Möglichkeiten wurden erwogen, sollten wir etwa wieder zurück nach Hamburg kommen. Doch dieser Gedanke wurde immer wieder gewaltsam abgeschüttelt, es konnte nicht Wirklichkeit sein.

Schon waren 6 Tage vergangen, und noch keine Lösung. Vor uns lag Habana das Kapitoll, das rettende Ufer, die Zukunft!

Die Nerven hatten an diesen Tagen eine harte Probe zu bestehen, ein Mann war diesen Nervenanspannungen nicht gewachsen, er öffnete sich die Pulsadern und sprang am hellen Tage ins Wasser. Erneut wurden die Rufe laut: «Mann über Bord!» Wieder wurde ein Rettungsring ins Wasser geworfen, ein Matrose sprang beherzt ins Wasser und konnte den Mann solange festhalten bis ein Boot herangefahren war um ihn aufzunehmen.

Nun hiess es recht die Nerven behalten! Schwäche konnte uns nicht nützen. Unsere Aufgabe war es die anderen Leute davor zurückzuhalten. Abwechslungsweise hatten wir Jugendliche Wacht zu halten, doch bald sollte die 1. Entscheidung fallen. Es wurde angeschlagen, dass am Freitag den 2. Mai die St. Louis den Hafen von Habana zu verlassen hätte, da der Herr Präsident von Cuba sonst die Verhandlungen nicht weiterführen könnte. Wieder kamen die Boote, doch diesmal war es kein freudiger Anlass, der sie hierherführte, trotzdem sie uns alle Mut einzuflössen versuchten, war es diesen Leuten bestimmt auch anders ums Herz.

Aber noch waren die Verhandlungen nicht abgebrochen, noch war ein Schimmer von Hoffnung da, der nicht begraben werden durfte.

Einen Tag später, am Freitag früh, dem Tag unserer Ausfahrt wurden wir alle in die Halle gerufen, die Herren Präsidenten des Joint aus Habana und New York wollten zu uns sprechen. Alles versammelte sich lautlos und sah mit ungeheurer Spannung der Worte unserer Schicksalsführer entgegen.

Diese Versammlung hatte ihre Wirkung nicht verfehlt, sie hat uns auch sicher viel Unheil erspart, der Gedanke auf solche Männer bauen zu können, erfüllte uns mit neuem Mut und neuer Kraft und liess uns getrost dem Kommenden entgegenblicken. Als dann erst der Präsident des Zollwesens von Habana zu uns sprach konnte man die Tränen nicht mehr länger zurückhalten, selbst sein einziger Wunsch war es, uns alle bald wieder nach Habana zurückzubringen. Alle Herren die zu uns sprachen, gaben uns die wiederholte Zusicherung, dass wir auf keinen Fall, so lange die Entscheidung auch auf sich warten liesse, nach Hamburg zurückkommen würden. Diese Worte waren für uns von grösster Bedeutung und verschafften unseren dunklen Ahnungen Erleichterung, bezweckten sogar, dass wir uns fast auf unsere Ausfahrt aus dem Hafen freuten, denn so beruhigend die Besuche der Boote in den 1. Tagen auch waren, umso beunruhigender waren sie mit zunehmender Zeit, je unbestimmter unsere Lage wurde.

Um ³4 10 Uhr morgens verliessen die Vorsitzenden der Comités das Schiff wieder und schweren Herzens nahmen wir Abschied von ihnen.

Pünktlich um 10 Uhr wurde das Zeichen zur Ausfahrt gegeben, der Schiff drehte sich der Hafenausfahrt zu und begann sich langsam in Bewegung zu setzen, nachdem es genau eine Woche in diesem landschaftlich so wunderbaren Hafen gelegen war.

Unsere Hoffnung, doch wieder hierher zurückkehren zu können, war nach den vorhergegangenen Ansprachen wieder gewaltig gestiegen, schienen die Verhandlungen ja in einer günstigen Atmosphäre zu verlaufen.

Fritz Buffan Bord St-Louis

Reisebericht

3. Teil

Ausfahrt aus dem Hafen Habanas und unsere 14-tägige Irrfahrt.

Dieser Abschied von Habana wird von keinem, der auf der St. Louis war, je wieder vergessen werden können. Jeder war bis ins Innerste erschüttert, selbst der Tapferste konnte da nicht mehr standhaft bleiben, waren doch hunderte an Bord, die ihre Angehörigen, Frauen die ihre Männer, und Kinder, die ihre Eltern am Ufer stehen sahen, sich nach langer Trennung nun am Ziele glaubten, um nun wieder in die Nacht der Ungewissheit zurückgerissen zu werden.

Langsam fuhr die St. Louis aus dem Hafen, wieder umschwirrt von vielen Booten, die diesmal aber nicht von Angehörigen, sondern von Mitgliedern aller Organisatio-

nen gemietet waren. Es mögen wohl 30 Boote gewesen sein, die uns das Geleit gaben, ebenso wie hunderte von Autos die der Quaistrasse entlang mit uns fuhren, bis wir wieder vom offenen Meer aufgenommen wurden, das Land immer weiter in die Ferne rückte, um endlich ganz unseren Blicken zu entschwinden.

2 Boote begleiteten uns besonders lange, das eine war das der Polizei, das andere das der Vorsitzenden der Comités. Selbst die Polizei winkte uns noch lange mit Tränen in den Augen nach und rief uns zu: «Hasta la vista!» (Auf Wiedersehen) Wir hatten uns während unseres 7-tägigen Aufenthaltes im Hafen von Habana schon mit allen Polizisten angefreundet, sie erlebten mit uns an Bord diese 7 Tage und lernten dabei unsere Lage kennen. Das war selbst für sie zu viel, als dass sie von all dem hätten ungerührt bleiben können. Lange standen wir noch an der Reling und winkten noch mit den Taschentüchern, und von Zeit zu Zeit wieder die Tränen abwischend.

Manch einer brach vor Verzweiflung und Enttäuschung vor unseren Augen zusammen, als ihm seine Kinder vom Ufer her noch einige Worte zuriefen. Solch viele Menschen wird der Quai Habanas wohl noch kaum zuvor gesehen haben, als in dieser Stunde unserer Ausfahrt, waren wir doch ohne unseren Willen eine Sensation geworden. Wie wird wohl das Ende dieses Trauerspieles werden?

Zurückgeworfen in die unübersehbare Weite des Meeres irren wir nun zwischen Florida und Cuba umher gleichsam als «Schiff ohne Hafen!» Wann wird die Entscheidung über unser Schicksal endlich fallen? Schon seit 10 Tagen wird deshalb verhandelt, immer noch wurde keine Lösung gefunden. Kann es denn so schwierig sein 1'000 Menschen unterzubringen? 1'000 Menschen, die der Verzweiflung nahe sind?

Eben wurde am schwarzen Brett bekannt gemacht, dass die Entscheidung binnen 24 Stunden fallen müsse, doch keiner beachtet diesen Anschlag mehr, wie oft sollte diesen Anschlägen nach die Entscheidung schon gefallen sein? Jeder liess sich treiben wie ein willenloses Geschöpf, das schon fast allen Mut und alle Hoffnung verloren hatte.

Wieder ist ein Tag grösster Aufregung hinter uns. Das Schiff hatte Nordostkurs eingeschlagen und war bereits einige Stunden in voller Fahrt Richtung Hamburg gelaufen. Das wirkte auf die sowieso schon angespannten Nerven wie eine Bombe, das Deck glich einem Hexenkessel, das war denn doch zu viel, alles konnte mit uns geschehen, jeder Hafen konnte für uns zur Landung ausgesucht werden, doch bei dem Worte Hamburg stiegen alte Erinnerungen in einem auf und war es der feste Wille der Mehrzahl lieber zu sterben als diesen Hafen je wiederzusehen.

Schliesslich wurde der Kurs wieder geändert und es ging wieder gen Südwesten. Heute fahren wir zwar wieder Europa zu, aber doch ist alles beruhigter, das in der Nacht ein Kabel veröffentlicht wurde, demzufolge sich ein Land, das vorläufig bis zum Abschluss der Verhandlungen mit Habana noch nicht genannt sein wollte, bereit erklärt hätte, uns aufzunehmen. Zwar wurde selbst diese Nachricht noch etwas skeptisch aufgenommen, liess jedoch wieder einen kleinen Hoffnungsschimmer in einem wach werden, sah man doch wenigstens, dass immer noch für uns gearbeitet wurde, noch war nicht alles verloren!

Heute früh bot sich uns ein märchenhafter Anblick. Wir fuhren in ganz geringer Entfernung der Floridaküste entlang und bewunderten den Strand und die Wolkenkratzer Miamis. Fischerboote reicher Amerikaner sowie ein Polizeiboot und ein Flugzeug der Küstenwache umkreisten das Schiff. Warum konnte uns dieses Land, das Land unserer Träume und unseres Endzieles nicht aus der Qual der Ungewissheit befreien? Birgt dieses Land nicht noch ungeheure Flächen unbewohnten Gebietes? Wir konnten es nicht begreifen.

Weitere 2 Tage sind vergangen, immer noch das gleiche Bild. Da endlich wurde das langersehnte Telegramm angeschlagen, wir alle sollten gelandet werden und zwar auf zu Cuba gehörenden Insel Pinos. Alles war äusser sich vor Freude, man umarmte sich. Zum 2. Male wurden Telegramme nach aller Welt gesandt um den sich schon um uns sorgenden Angehörigen Mitteilung von unserem Glück zu machen. Erneut drehte das Schiff um wieder einer heisseren Zone zuzufahren. Was kümmerte es uns, dass diese Insel kaum bewohnt war, dass wir dort in Hütten wohnen sollten, wir alle waren ja überzeugt, dass es nur ein Zwischenaufenthalt für uns werden sollte. Schnell wurde wieder gepackt, alles sah in gespannter Erwartung unserer neuen Heimstätte entgegen.

Doch plötzlich drehte das Schiff wieder um erneut Kurs Europa einzuschlagen, wieder sind wir enttäuscht worden. Warum konnte dieses Telegramm angeschlagen werden? Wollte man uns nur beruhigen, es war uns unbegreiflich, dass dieses Kabel bekanntgegeben wurde. Nun konnten wir keinem Anschlag mehr Glauben schenken, bevor nicht fester Boden unter unseren Füssen war. Sollten wir etwa ein 2. Schiff des fliegenden Holländers sein, das 7 Jahre auf dem Meere umherirren musste? Viele verloren den Glauben an eine Gerechtigkeit, waren wir doch ahnungslos mit ordnungsgemässen Papieren für Cuba in Hamburg abgefahren. Wieder steuerte das Schiff auf den Schnittpunkt des Dreiecks New York – San Domingo – Habana zu. Zwischen diesen 3 Städten und Hamburg musste die Entscheidung liegen.

Dutzende von Hilferufen verlassen täglich auf dem Kabelwege das Schiff, doch alles bleibt stumm um uns, niemand will unsere verzweifelten Rufe erhören und uns ein Domizil gewähren, selbst an alle Europäischen Länder gehen schon Hilfstelegramme ab, vielleicht liegt hier noch unsere letzte Hoffnung, in einem Erdteil, mit dem wir in unseren Gedanken bereits abgeschlossen hatte.

Gestern Abend wurde im Bordkino Mutterlied mit Benjamins Gigli gegeben, doch wer konnte noch Gefallen an einem Kinostück finden? Auch Sprachkurse wurden eingerichtet, man ging hin um abgelenkt zu werden, lernen konnte man in diesen Tagen kein Wort. Alles versucht auf Deck in den Liegestühlen auf bessere Gedanken zu kommen, es will einem aber nicht glücken, unsere Situation ist zu verzweifelt.

Langsam beginnt die tropische Hitze auch abzuflauen, wir haben den Golfstrom bereits verlassen, es geht unweigerlich Richtung Europa. Tag um Tag vergeht, immer weiter entfernen wir uns [von] dem Amerikanischen Kontinent und immer weiter entfernen sich unsere Hoffnungen noch einmal dorthin zurückkehren zu können. So schnell wir uns auch Europa nähern, so langsam vergeht die Zeit für uns. Stunden erscheinen uns wie Tage, Tage wie Wochen. Immer noch keine Entscheidung, immer noch sind wir auf die Folter gespannt, man kommt sich um Jahre älter vor. Welche Sorgen werden sich wohl unsere Angehörigen in der Welt um uns machen?

Ungeduldig erwartet man ein Telegramm von den Eltern, von den Geschwistern auch dies will nicht kommen, haben sich alle Götter gegen uns verschworen? Hätte uns Amerika nicht aufnehmen können, wo doch fast alle Passagiere ein Affidavit und eine Quotennummer für dieses Land haben? Unsere letzte Hoffnung liegt nun in Europa, vielleicht wird sich das Sprichwort «was lange währt, währt endlich gut!» doch noch bewahrheiten.

Wieder sind Tage vergangen, Tage neuer Ereignisse, neuer Spannungen. Will die Welt nun unsere Hilferufe doch gehört haben? Vielleicht wird sich unser Schicksal doch noch zum Guten wenden! Zwar sind wir nur noch wenige Tage von Europa entfernt und haben noch von keinem Land eine Landungserlaubnis bekommen, doch besagen uns verschiedene eingelaufene Telegramme, dass sich Holland bereits einverstanden erklärt hat, 200 Menschen aufzunehmen, oder soll das wieder nur ein Gerücht sein? Wer aber wird die übrigen 800 Menschen aufnehmen? Doch hoffen wir, dass noch andere Länder diesem Beispiel folgen werden. Die Stimmung an Bord beginnt sich langsam zu bessern, besteht nun ja die Hoffnung, dass diese Irrfahrt der St. Louis doch noch gut abgeschlossen werden kann.

Täglich werden wir nun in die Halle gerufen, wo uns das auf dem Schiff gebildete Comité die letzten Kabel bekannt gibt. Täglich werden wir zur Ruhe gemahnt, in Europa soll ja mit Erfolg für uns gearbeitet werden.

Noch eine Tagesreise bis Europa, erneut wurde eine Versammlung in der Halle anberaumt. Die Würfel sind gefallen. Es wird uns die Freudenbotschaft verkündigt, dass sich England, Frankreich, Belgien und Holland gemeinsam bereit erklärt haben, uns aufzunehmen. Der Jubel kennt keine Grenzen mehr, wir sind betrunken vor Freude, der Horizont beginnt sich über uns aufzuklären, wir sind nicht vergessen worden wie wir es fast annehmen konnten. 5 Wochen waren wir nun auf See, endlich ist ein Hafen für uns gefunden worden: «Antwerpen!» Besonderen Anteil an diesem «happy end» hat unser Schiffscomit , das Tag und Nacht in uneigennutziger Weise für uns gearbeitet hat, Telegramm um Telegramm abgesandt hat, um endlich eine Entscheidung, die 3 Wochen auf sich warten liess, zu erreichen. Grösster Dank gebührt auch dem Kapitain der St. Louis, denn auch er hat unermessliches für uns getan und ist an diesem Erfolg zu einem grossen Anteil beteiligt.

Durch diese Lösung wurden viele Menschenleben gerettet, die es nicht auf sich genommen hätten, nach Hamburg zurückzukehren. Das Versprechen, das uns die Herren Vorsitzenden des Joint in Habana gegeben haben, Hamburg nie wieder zu sehen, und an das wir alle nicht mehr glauben konnten, ist noch Wirklichkeit geworden. Der Joint hat diese Landungserlaubnis erwirken können. Wie dankbar ihm dafür 1'000 Menschen für immer sein werden, bedarf keiner besonderen Erklärung.

Zwar weiss noch niemand in welches der 4 Länder er kommen wird, doch werden wir heute nach dieser nervenzerm rbenden Reise keine Privatw nsche mehr stellen und zufrieden sein, wohin wir auch immer von diesen verschiedenen Comités verteilt werden.

Nachdem diese Reise nun doch noch ein gutes Ende gefunden hat, will ich diesen Bericht schliessen, und jedem, der uns während unserer 5-wöchigen Irrfahrt auf der St. Louis geholfen hat, dankbar sein.

«DIE TOTENSCHIFFE FAHREN...»

Die deutsch-jüdische Zeitung «Aufbau» über Flucht auf den Meeren (1939-1941)

Die deutsch-jüdische Zeitung *Aufbau* war während der Zeit des Nationalsozialismus die wichtigste Zeitung für deutschsprachige Flüchtlinge in den USA. Sie wurde vom German Jewish Club in New York herausgegeben. Die erste Nummer erschien am 1. Dezember 1934. Zu den bekanntesten Autorinnen und Autoren *des Aufbaus* gehörten: Hannah Arendt, Max Brod, Lion Feuchtwanger, Oskar Maria Graf, Thomas Mann, Alfred Polgar, Gershom Scholem, Berthold Viertel, Carl Zuckmayer, Stefan Zweig. 2004 ist die Redaktion von New York nach Zürich umgezogen.

Der Aufbau berichtete ausführlich über Schiffe mit Geflüchteten an Bord. Im Mittelpunkt der ausgewählten neun Artikel stehen die «ST. LOUIS» (1939) und die «NAVEMAR» (1941).

Der letzte Ausweg für Juden aus der hoffnungslosen Situation wird immer wieder beschrieben: «Was können wir denen sagen, die beiseite schleichen und sich selbst das Tor öffnen in jene letzte Freiheit, die ihnen keiner mehr streitig macht?!»¹

QUELLE 1 | DR. PAUL KL.: REFUGEES

Aufbau vom 15.2.1939

Wer dieses Wort liest, vor dessen Blicken steigt der ganze Jammer auf, der mit diesem einzigen Worte gesagt ist.

Wie der junge Vogel aus seinem Neste, so ist der Refugee aus seinem, mit Liebe aufgebauten, Heime geworfen.

Wie im Mittelalter der Missetäter vogelfrei und landesverwiesen, so ist der Refugee schimpflich aus seiner Heimat verjagt.

¹ M. g.: «Vergässe ich deiner je, St. Louis..» in: *Aufbau* vom 15.6.1939. Vgl. zur Situation jüdischer Geflüchteter und Suizid als Ausweg auch Hannah Arendt: *Wir Flüchtlinge*, Stuttgart 2018, S. 16-20. Das 1943 publizierte Essay erschien erst 1986 in deutscher Übersetzung im Rotbuch Verlag Berlin.

Wie der Abbrändler aller Habe beraubt, so steht der Refugee da, aber nicht nur um seine Habe, sondern auch noch um Amt und Würden, ja selbst um die primitivsten Menschenrechte gebracht.

Viele Betroffene machten das Dichterwort wahr, dass des Juden einzige Ruhestätte sein Grab sei, und zogen das Grab dem Lose eines Refugees vor. Aber die Meisten haben in gottergebener Hoffnung auf Besserung das Schicksal des Refugee auf sich genommen.

Wohl atmeten jene unter ihnen auf, denen die New Yorker Freiheits-Statue den Trost entgegenwinkte, dass ein mächtiges, freies Land sie bergen und ihnen den Weg zum neuen Leben ebnen wolle.

Doch mit der Landung so vieler Unglücklicher begannen die grossen Aufgaben der Hilfsbereiten aus allen Lagern.

Diese Aufgaben sollen, im Vereine mit den amerikanischen Rettern, aus der Mitte der Refugees heraus gelöst werden.

Von solchem Geiste erfüllt, hat es der «German-Jewish Club» auf sich genommen, zunächst den Zusammenschluss aller bereits bestehenden deutsch-jüdischen Hilfszentren herbeizuführen.

Die Durchführung einer solchen Grossorganisation ist schwer; aber ihre Notwendigkeit ist erkannt und der Weg zu diesem Ziele muss rasch gefunden werden; es darf keine Zeit mehr verloren gehen!

Auch die Frage des Umfanges einer solchen Arbeitsgemeinschaft wurde viel diskutiert: ob auf rein jüdischer Grundlage, ob nur für New York oder auch ganz USA, ob nur als soziale «Aid» oder auch als Repräsentative; die Antwort wird früher oder später zu geben sein.

Die Lage ist schwierig; die Geschichte kennt keinen Präzedenzfall; das Herinspielen so vieler schwieriger Probleme drückt auf die Entschlusskraft zu Begründung einer so umspannenden Organisation.

Der Moment verlangt also nach tatkräftigen, entschlosssbereiten und doch idealen Männern insbesondere aus den Reihen der Emigrees. Befreiend wird erst der Moment werden, wo auch die grossen amerikanischen Hilfsorganisationen die Helfer aus den Reihen der Refugees zu gemeinsamer Arbeit auffordern werden. Es handelt sich also nicht mehr um das Ob, sondern um das Wie der Kooperation Aller. Wo ein Wille ist, ist auch ein Weg!

Wie an anderer Stelle zu lesen ist, hat der «German-Jewish Club» in seiner letzten Generalversammlung beschlossen, mit allen Kräften und durch seine besten Männer sich an dieser Aufbauarbeit zu beteiligen.

Tiefer sittlicher Ernst und Tatkraft ist diesen führenden Männern eigen. Refugees – folgt ihrem Rufe nach Sammlung!

Möge dieses Beginnen segensvoll für alle werden.

QUELLE 2 | DIE TOTENSCHIFFE FAHREN

Aufbau vom 1.4.1939

Das jüdische Schicksal hat seinen Climax erreicht. Es geht kaum mehr weiter, kaum noch kann auf den Gipfel des Elends noch neues Elend getürmt werden. Neulich konnte man in den Wochenschauen ein erschütterndes Bild sehen: Jüdische Flüchtlinge stiegen in Shanghai am Hafen aus, wurden dann in Notbaracken von chinesischen Kulis gefüttert und schliesslich wurde diese ganze arme Menschenfracht in Lastwagen abgekart, irgendwohin...

Aber diese Juden waren wenigstens noch auf festem Land. Sie teilten wenigstens nicht die Düsternis, die um die Flüchtlingsschiffe finstert, die heute überall die Meere durchziehen, Gespenstersegler, Totenschiffe, fliegende Holländer von 1939.

Eines von ihnen, unter rumänischer Flagge, ist unmittelbar vor der palestinensischen Küste von Wachtschiffen überrascht worden. 270 Menschen waren zusammengepfercht darauf, Fracht aus ganz Europa. Mannschaft und Passagiere wurden verhaftet, das Schiff konfisziert.

Abenteuerliche Reisen ohne Ziel und Bestimmung. ... Die «Königstein» mit 780 Emigranten an Bord ist nach wochenlangen Irrfahrten, nachdem sie in Trinidad und British Guyana vergeblich zu landen versuchte, endlich in den Hafen von Caracas in Venezuela hineingelassen worden. Auch die Passagiere des Dampfers «Conto di Grande» durften schliesslich in Montevideo an Land gehen.

Die französische Terrorherrschaft kannte die «Noyades», die Versenkung von Gefangenenschiffen – was die Nazis machen ist schlimmer, ist letzte Bestialität gepaart mit einem furchtbaren Sadismus. Oder wie soll man es nennen, wenn kürzlich bei Nacht und Nebel ein Dampfer mit 500 Juden aus dem Danziger Hafen dampfte, jeder mit 10 Dollar in der Tasche und einem Danziger Pass ohne Visum sowie dem berichtigten J auf der ersten Seite. Zwei englische Journalisten wurden verhaftet, als sie nähere Einzelheiten zu erfahren versuchten. Es handelt sich um ein griechisches Schiff, von der Danziger Regierung mit dem Auftrag gechartert,

irgendwo einen Hafen zu finden. In den nächsten Wochen sollen noch zwei solcher Judenschiffe abgehen.

Judenschiffe – Totenschiffe – sie fuhren schon einmal, als Spanien seine Juden vertrieb. Aber damals gab es noch freundliche Küsten, Holland, die Türkei. ... In der Abenddämmerung des untergehenden Europa gibt es keine Küsten mehr.

-eo-

QUELLE 3 | **H.J. WOHLMANN: LOB DES REFUGEE.
EINMAL EINE ANGENEHME NACHRICHT**

Aufbau vom 15.4.1939

Wenn man seit Jahren vergeblich gegen das Vorurteil angekämpft hat, dass eine Einwanderung aus Deutschland den Aufnahmeländern nur Nachteile mit sich bringt, ist es doppelt erfreulich, auch Stimmen zu hören, die die kulturellen und wirtschaftlichen Vorteile der Einwanderung für die Gastländer betonen.

So würdigt *Harold Fields* in seinem kürzlich erschienenen Buch «*The Refugee in the United States*» die kulturellen Leistungen vieler Einwanderer aus Deutschland in den Vereinigten Staaten. Darüber hinaus schreibt er aber:

«Aber noch bedeutungsvoller als diese Leistungen der Literatur, Kunst, Wissenschaften, Musik und Erziehung sind die Dienste, die der durchschnittliche Refugee geleistet hat, der sein Bestes diesem Land gab. Es ist erhebend zu sehen, wie immer mehr Gelehrte nach den Vereinigten Staaten verpflanzt wurden, um dieses Land auf dem Gebiete der Wissenschaft zum führenden in der Welt zu machen. Diesen kulturellen Leistungen müssen die Erfolge von Fabrikanten, Gewerbetreibenden aus dem Mittelstand und anderen Personen zugezählt werden, die sich alle in der freien Luft der Vereinigten Staaten gut und produktiv entwickelt haben.»

Eine ähnliche Auffassung wird aus Cuba übermittelt, wo von Regierungsstellen festgestellt wurde, dass die Einwanderung einen günstigen Faktor für die Entwicklung des Landes darstelle. Es wäre zu begrüßen, wenn eine Anzahl begüterter Refugees sich in Cuba niederliesse, statt nach den Vereinigten Staaten weiterzuwandern. Dazu wird bemerkt, dass Fremde auf eigene Rechnung, allerdings nicht als Arbeitnehmer, arbeiten dürfen. Es ist jedem Einwanderer gestattet, einen Handels-, Industrie- oder landwirtschaftlichen Betrieb zu eröffnen, aber er darf nur Cubaner beschäftigen. Maschinen können von Fall zu Fall mit vorheriger Be-

willigung zollfrei eingeführt werden. Die cubanische Staatsbürgerschaft kann nach fünfjährigem Wohnsitz in Cuba erworben werden.

QUELLE 4 | **BERTHOLD VIERTEL: DAS SCHIFF VON CUBA**

Aufbau vom 15.6.1939

Der Dichter, der als Theaterdirektor in Berlin, Dresden und Wien einer der schöpferischsten Vorkämpfer der jungen deutschen Literatur war und später als Filmregisseur in Berlin, London und Hollywood wirkte, weilt in diesen Tagen in New York. Er las hier vor einem auserlesenen Publikum in der «German American Writers Ass'n.» neue Gedichte vor. Seit seinen ersten Bänden «Die Spur» und «Die Bahn» hat er nie aufgehört, ein Lyriker zu sein und legt jetzt seinen neuen Band «In diesem Augenblick» vor. Erschüttert durch die Ereignisse der letzten Tage schuf er die folgenden Strophen, die er dem «Aufbau» zur Erstveröffentlichung übergab.

Schiff mit der Menschenfracht, die es den Küsten
Wie ein Hausierer seine Ware bietet.
Wen wird es nach den Flüchtlingen gelüsten?
Wo ist das Land, das Menschen kauft, tauscht, mietet?

Wo öffnet sich ein Hafen, zu empfangen
Die ausgestossenen Tausend, die sich bergen
In den Kabinen? Die an Bord gegangen
Aus einer Welt von Händlern und von Schergen?

Wir sehen euch in Traum und Wachen, kennen
Wir euch doch alle, Männer, Frauen, Kinder,
Die nun das gleichgültige Meer berennen,
Fliehende aus dem Reich der Menschenschinder.

Noch wenn ihr hinsinkt, laufen eure Füße,
Im Schlaf sogar, um rascher anzukommen.
Und mancher träumt vom Glück: wie er ans süsse
Und gnadenreiche Ufer unversehrt geschwommen.

Mancher liegt wach und plant, hinabzuspringen
Und bis zum Grund der Ewigkeit zu tauchen,
Wo Juden frei sind und vor allen Dingen
Mehr keinen Pass und keinen Judenstempel brauchen.

Ein billiger Vorsatz, schwierig auszuführen,
Denn das Begleitschiff wacht mit tückischer Sorge
Auch vor des Todes wellennassen Türen,
Dass keiner sich den unbefugten Einlass borge.

So kreuzt das Schiff seit Tagen, langsam treibend
Und ohne Ziel, mit zögernden Maschinen,
Stets fern genug von jeder Küste bleibend:
Neunhundertsieben Juden. Möven folgen ihnen.

Und keifen unbekümmert, schrille Zeugen
Der Menschenangst, die sie ja nicht begreifen.
Wie sie mit glasigem Blick nach Beute äugen
Und die besonnte Oberfläche streifen.

Kennen auch sie den Futterneid, sie zetern,
Wenn ein Genosse wo sich was erkundet,
Und hacken mit den Schnäbeln nach den Vettern,
Wo einem Schnappenden ein Brocken mundet –

Doch sind nicht klug genug, das zu ersinnen:
Die Marter, die der Mensch allein erfindet,
Wie ahnten sie die Tränen, die blind rinnen,
Bis mit dem Auge auch das Herz erblindet!

Sie zählen nicht die ,würgenden Minuten,
In die dem Harrenden der Tag sich spaltet,
Und nicht die Stunden, die wie Wunden bluten,
Und nicht das Jahr, das hoffnungslos veraltet,

Wenn Haar und Wange in der Not erbleichen
Dem Ausgesetzten, den kein Recht bekleidet,
Der keine Bleibe hat in allen Reichen
Und jeden Bettler um den Pass beneidet. –

Schwimmt nicht dies Schiff in einer Flut von Zähren,
Um in der Bucht des Unheils schwer zu landen?
Und eine Jüdin wird auf ihm gebären –
Wehe, wenn erst die Wehen überstanden!

Wo wird der neue Bürger eingetragen?
Wer wagt es, seine Ankunft zu verkünden?
Wir aber leben auch in diesen Tagen
Das Dasein unserer Unterlassungssünden.

Weitersagen!

Die Refugees nehmen den Einheimischen den «Job» fort? Wenn Dir das einer sagt, gib ihm dieses kleine Beispiel: Der «British Home Secretary» hat im englischen Unterhaus festgestellt, dass bis Ende 1938 sich 11'000 Einwanderer in England niedergelassen haben. Diese Einwanderer haben 15'000 bis dahin stellungslosen Arbeitern Arbeitsplätze gegeben. Dies sind amtliche Ziffern!

QUELLE 5 | IRREND UND HOFFNUNGSLOS! EINIGE TROCKENE ZAHLEN AUS DER SCHICKSALS-ARENA DES JÜDISCHEN ELENDS

Aufbau vom 15.6.1939

Die «St. Louis» hat ihre unglückliche Fracht in Europa abgeladen. Es ist schön, dass den Passagieren des Elendsschiffes die Rückkehr nach Deutschland erspart blieb, aber an der Grauenhaftigkeit des Ereignisses wird dadurch nichts geändert. Die jüdische Menschware, nirgends gefragt, wurde in ein paar europäischen Lagern deponiert. Die Menschen wollten dort gar nicht hin. Und sie wissen auch gar nicht, wie sie von dort wieder wegkommen....

Selten hat die Welt so erkannt, was heute vorgeht, wie in diesem Fall. Jetzt weiss sie es von neunhundertundsieben Seelen. Aber seien wir ein bisschen aufmerksamer: zur gleichen Zeit ereignen sich hundertfach noch schlimmere Schicksale.

In Sulina, am Schwarzen Meer, liegen seit vier Wochen fünf ungarische Dampfer mit dreitausend Emigranten an Bord, und wissen nicht wohin.

In drei kleinen Zollbuden in Konstanza hausen seit Wochen hundertfünfzig Oesterreicher, die Dachau entronnen sind, und wissen nicht wohin.

Der Dampfer «Sanloo» kehrte in diesen Tagen nach Konstanza zurück, mehrere hundert Emigranten an Bord, die er nirgends absetzen konnte. Seit vier Tagen waren die Lebensmittel ausgegangen.

Im deutsch-polnischen Niemandsland sind in den letzten Tagen zweitausend aus dem Reich ausgetriebene Juden angekommen, die zwischen Benschon und Byton die Grenze zu überschreiten suchten und zurückgetrieben wurden.

Achthundert tschechische Juden, die nach Kattowitz geflüchtet waren, sollen nach dem Protektorat zurückgebracht werden. Sie haben einen gemeinsamen Eid geschworen, lieber Selbstmord zu begehen als zurückzugehen.

Alle ostpreussische Juden, polnischer Nationalität sowohl wie deutscher – im ganzen elftausend – müssen bis zum 20. Juni die Provinz verlassen. Niemand weiss wohin.

In Hindenburg (Oberschlesien) lud ein Sonderzug aus Wien zweitausend Juden aus, die bei Nacht von deutscher Polizei mit vorgehaltenem Revolver nach Polen hinein zu schmuggeln versucht wurden. Die meisten von ihnen wurden am nächsten Tag wieder zurückbefördert.

Die unter dem König Zogu ungestört in Albanien lebenden Flüchtlinge, etwa hundert an der Zahl, sollen von Italien an das Reich ausgeliefert werden.

Das sind ein paar Ereignisse, die die Zeitungen in drei Zeilen bringen, die aber erst die ganze Bedeutung des Falles «St. Louis» in seiner vollen Tragik aufzeigen. Man kann diese Dinge nur berichten und niederschreiben. Ausdenken kann man sie sich nicht.

QUELLE 6 | **NEHMT 900 NAZIS!**

Aufbau vom 15.6.1939

In der «Neuen Volkszeitung», herausgegeben von Gerhart Segen lesen wir:

Wir vermögen nicht, die ganze Schuld der cubanischen Regierung zuzuschreiben, obwohl sie selbstverständlich eine Ausnahme hätte machen und diese Schiffsladung von hoffenden und bangenden Menschen hätte an Land nehmen sollen. Aber wenn man sich einmal in die Lage einer solchen Regierung versetzt, so muss man

doch sagen, dass diese Erpressungsmethode der Naziregierung unmöglich auf die Dauer dadurch sanktioniert werden kann, dass man sich ihr ergibt. Die Nazis, das haben sie schon wiederholt getan und wir haben schon darüber berichtet, sammeln einfach ein paar hundert Juden in Deutschland, nehmen ihnen alles weg, was ihnen nicht schon vorher weggenommen worden ist, laden sie auf ein Schiff und versuchen dann, sie irgendwo abzusetzen. Die Nazis spekulieren dabei auf dasselbe Empfinden der Humanität, das sie im eigenen Lande ausgelöscht haben; sie kalkulieren, dass man in anderen Ländern die Opfer dieser Erpressungspolitik schon an Land lassen werde. Es ist furchtbar, dass diese Politik auf dem Rücken von völlig unschuldigen, verzweifelten Menschen ausgetragen wird, und es gäbe nur ein Mittel, um den Nazis beizubringen, dass sie diese Deportationen ins Nichts unterlassen: man müsste in anderen Ländern sich einfach 900 Nazis aufgreifen, auf Schiffe laden und ohne Pass und ohne Visum einen deutschen Hafen anlaufen, um sie dort abzusetzen. Man müsste diesen 900 Nazis in dem Lande, in dem sie leben, alles wegnehmen, was sie sich je gespart haben, sie dürften nichts weiter behalten, als was sie auf dem Leibe tragen; Rücksichten auf Verwandte, Familie, Beruf, Heim müssten genau so fallen gelassen werden, wie die Nazis das tun, und dann müsste man diese Menschenfracht in Deutschland an Land setzen. Das wäre die einzige Methode, mit der man die Nazis dazu bringen könnte, die Deportation von Juden nach unbekanntem Ufern zu unterlassen.

QUELLE 7 | «**VERGÄSSE ICH DEINER JE, ST. LOUIS...**»

Aufbau vom 15.6.1939

m.g. So schwer war es noch nie zu leben... Was können wir denen sagen, die beiseite schleichen und sich selbst das Tor öffnen in jene letzte Freiheit, die ihnen keiner mehr streitig macht?!

Was haben wir getan, dass sie noch im letzten Augenblick vielleicht Mut schöpfen und zurücktauchen aus dem Dunkel, das sie schon umrauscht?!

Mit fettem Lächeln und dem Mördergrinsen, diesem feilen schweinischen Gangsterhochmut brutalen Schlägertums, rieben sich die Totenkopfhelden vom Schwarzen Korps und die Plünderungshorden der braunen Brigaden von Satans Gnaden die parfümierten weichlichen Hände: «Wieder 900 Juden zum Teufel!». Und der Leibpornograph dieser traurigsten Epoche Deutschlands, die diesem einst so blühendem Reich den Untergang in Tod und Trümmern bringen wird,

leckte in Nürnberg den Bleistift, um eine neue Gemeinheit seines unzüchtigen Hirns niederzukritzeln.

Ach, was nutzt es uns zu wissen, dass der «Stürmer» bald gestürmt sein wird und dass sie die Totenköpfe in nicht allzu ferner Zeit statt auf den Mützen auf den Körpern tragen werden?! Muss unterdessen das beste Leben unseres Volkes in Qual und Elend verrinnen?

Was nutzt es uns zu wissen, dass ein unerforschliches Schicksal der jüdischen Not die deutsche folgen lassen wird, dass diese beiden Völker, statt gemeinsam ihre Gaben zu einen, so verkrallt in einander sein müssen, dass sie das ewige Schicksal des immer neu über sie verhängten Todes teilen?! Schon heute sind die anständigen Deutschen hineingerissen in die Verachtung, die immer höher das Reich umschwillt, das sich von dem Abschaum der Menschheit beherrschen lässt. Die Zeit ist nicht fern, da kein Hund ein Stück Brot von ihnen nimmt und Gerechte und Ungerechte werden im gleichen Krieg untergehen. Aber unterdessen werden erst wir selbst seelisch und leiblich vernichtet. Und woher nehmen wir den Mut, der die Mauer der Ausdauer und des Widerstandes um uns baut?!

«St. Louis», Du Totenschiff, Du Schiff der Heimatlosen, Du Sinnbild für den «Assimi», die «Flandre», den «Ossian», die hundert anderen Schiffe, umherirrend auf den Meeren, Du grässliches Symbol für die Reife der Menschheit zum Opfer einer neuen Sintflut, die da kommen wird mit brausenden Bombengeschwadern des Todes, mit den apokalyptischen Reitern, die umgesattelt sind auf den Ledersitz von Jagdfliegern und anderen Piloten der Vernichtung... «St. Louis», Du Wiege der Verzweiflung, Objekt der Erpressung, Gegenstand des Schachers, Du Schiff jener Reederei, die der Jude Ballin zum Ruhme eines undankbaren Vaterlandes schuf, in dessen Untergang er einst starb... «St. Louis», Du Schiff, das an der Küste nicht landen konnte, für deren Befreiung als erster Soldat Jakob Berlin, sechzehnjähriger Jude und Rauhreiter Theodore Roosevelts, sein Blut gab... «St. Louis», Du Schiff mit der traurigsten Fracht, die je unter dem blauen Himmel Westindiens kreuzte, Du sollst das Schiff der Erinnerung heißen... Du sollst es sein... noch aus den immer schmaler werdenden Rauchfahnen, als Du wieder gen Hamburg dampftest, einst eine stolze Hansestadt und heute das Räubernest von Piraten und Erpressern, konnten wir das Orakel lesen:

R-E-M-E-M-B-E-R...

Und da steigt in der Erinnerung noch anderes Schicksal auf. Nein, wir Juden sind nicht allein. Vielleicht allein, weil uns niemand hilft, aber nicht allein in unserem Schmerz und dem Unrecht, das uns angetan wird.

Da sind die Aethiopier, ausgerottet von den italienischen Fliegern, und unterdrückt und versklavt von ihren Eroberern...

Da sind die Millionen von Spaniern in ihrem Lande, ausgeliefert den Blutgerichten ihrer Faschisten, die sich die Dokumente und Argumente zu der Hinmetzlung ihrer eigenen Landsleute von italienischen und deutschen «Bundesgenossen» besorgen lassen... und die Hunderttausende spanischer Kämpfer, Frauen und Kinder, die in den Konzentrationslagern auf fremder Erde liegen...

Da sind die Basken, deren Land verwüstet ist wie ein Acker nach einem Wolkenbruch. ...

Da sind die Tschechen und die irregeleiteten Slovaken, die die Beute fremder Machthaber geworden sind und die braune Pest im eigenen Land haben...

Da sind die Hunderttausende in Südafrika und Südamerika, die verkauft werden an die Agenten der beutegierigen Mächte des Faschismus...

Da sind die Freiheitskämpfer in Mexico, die bedroht sind vom Schicksal des loyalistischen Spanien...

Sie und wir ... wir sind die Opfer einer Macht, jener Macht, die in Berlin und Rom ihren Sitz aufgeschlagen hat und zu deren Sturz der Wille nun in der Welt heranreift...

Der Präsident in Exil, Eduard Benesch, hat in der vorigen Nummer dieser Zeitschrift zur Sammlung gerufen, und der treueste Freund des Präsidenten dieses Landes, in dem wir leben, fügt heute Worte der Ermunterung und der Kampfbereitschaft hinzu. Wir Juden dürfen, wer wir auch sind, nicht abseits stehen. Wir haben kein Recht fortzugehen und unser privates Schicksal zum Richtpunkt unseres Lebens zu machen. Wir sind nicht allein! Wir sind ein wichtiger Sektor in der Kampffront, und wir haben in demselben Schützengraben zu liegen und auszuharren, wieviele auch noch fallen mögen, um an dem Tage dazusein, an dem es heisst: «Es lebe die Freiheit der Welt!».

Und über unseren Kämpfern wird die Fahne der «St. Louis» wehen, und die Fahne von Buchenwald und Dachau, von Wien und Tabor, von Oranienburg und Sachsenhausen. Die Fahnen werden noch den Brandgeruch der Synagogen dunsen und den des blutig gepeitschten Fleisches und der Seufzer, die in den Folterzellen der Gestapo verhauchten. Und sie werden vereint sein mit den zerfetzten Fahnen von Gondar und Gualajara, mit denen des böhmischen Löwen und des Davidsterns von Hebron und der Siedler des Emek, vereint mit den Fahnen der Völker der Welt, die aufstehen gegen die Schänder der Menschheit. Und auf al-

len Fahnen wird ein Wort stehen, das Donnerwort der grossen Abrechnung:
R-E-M-E-M-B-E-R!

QUELLE 8 |

DIE WAHRHEIT ÜBER DIE SCHWIMMENDE HÖLLE «NAVEMAR»

Aufbau vom 12.9.1941

«Obwohl ich schon viele Reisen in meinem Leben gemacht habe die Fahrt mit der «Navemar» war wohl die schlimmste und dürfte im 20. Jahrhundert noch von keinem anderen Passagierschiff übertroffen worden sein.»

Mit diesen Worten beendete ein lateinamerikanischer Staatsbürger, der durch Zufall auf dieses Schiff geraten war, ein Interview mit einem unserer Mitarbeiter. «Navemar» – das wird ein Begriff werden. Ein Begriff für die Skrupellosigkeit, der arme, gehetzte, hilflose Menschen in diesen Zeiten des Chaos ausgeraubt worden sind.

Das Schiff soll Mittwoch oder Donnerstag in New York docken. Wie wir aus zuverlässiger Quelle erfahren, gab ein leitender Beamter der hiesigen Schiffsagentur Garcia & Dias in einem New Yorker Restaurant am Montag, den 8. September, den Schiffsreportern der wichtigsten New Yorker Blätter eine reiche Bewirtung, bei der es an Getränken nicht fehlte. Das ist heute ungewöhnlich. Denn, wenngleich früher solche Dinners die Regel waren, hatten sie seit zwei Jahren, d.h. seit Kriegsbeginn, fast völlig aufgehört. Bei diesem Dinner machte auch ein Exekutiv-Beamter der Linie verschiedene Bemerkungen, mit denen er die anwesenden Reporter in eine milde Stimmung für ihren bevorstehenden Schiffsbesuch auf der «Navemar» zu versetzen sich bemühte.

Wir sind gewiss, dass die New Yorker Reporter Tatsachen und Reden auseinanderzuhalten wissen. Wir jedenfalls sind für die Tatsachen. Sie lauten: Dieses Schiff «Navemar» ist ein Höllenschiff gewesen. Fünf Tote und zahlreiche Kranke beweisen das, und die Berichte der Passagiere bestätigen, dass während der ganzen Reise an Bord die skandalösesten Zustände geherrscht haben.

Achtung, Potemkin'sche Dörfer!

Möglicherweise wird das Schiff, wenn es in New York ankommt, gesäubert sein. Möglicherweise werden die Passagiere in den letzten Tagen gutes Essen erhalten haben. Aber das sind Potemkin'sche Dörfer. Schon einmal hat man plötzlich den Schweinestall «Navemar» zu Schauzwecken sauber gemacht. Schon in Bermuda hat die Schiffsleitung versucht, den englischen Offizieren ein X für ein U vorzuma-

chen. Die zur Besichtigung freigegebenen Teile des Schiffes waren das erste Mal auf der langen Fahrt gesäubert worden, ja, es waren plötzlich sogar gedeckte Tische da, die die Passagiere vorher nie gesehen hatten. Wunder auf Wunder pasierten. Aber als die Passagiere den englischen Offizieren die Wahrheit über die «Navemar» erzählen wollten, wurden sie bedroht.

Hier folgen Augenzeugen-Berichte über den «Navemar»-Skandal, die dem «Aufbau» zur Verfügung gestellt worden sind.

Da haben wir zuerst einen Bericht der Lissaboner Korrespondenten der Jewish Telegraphie Agency, VIKTOR BIENSTOCK, der die «Navemar» ein «schwimmendes Konzentrationslager» nennt. Er hat sie im Lissaboner Hafen aufgesucht und schreibt:

Ein schwimmendes Konzentrationslager

«Als ich mich die überfüllte Schiffstreppe hinunter drängte, musste ich an jene schrecklichen Luftschutzkeller im Londoner East End denken, in denen sich in den ersten Tagen der Luftangriffe tausende zusammendrückten. Aber bald wurde es mir klar, dass die «Navemar» schlimmer war. Es war der Anblick eines Höllenschauspiels, das sich mir bot. Hollywood hätte es als Kulisse für eine Szene aus Dantes Inferno aufgebaut haben können. Dunkel und stinkig umgaben mich von allen Seiten Verschlüge. Alte Männer und Frauen lagen nach Luft ringend in der unerträglichen Hitze oder starrten bewegungslos vor sich hin, während die Kinder weinten. Jeder war hungrig, jeder war schmutzig, jeder war durstig. Die Kapitäne der alten Sklavenschiffe haben ihrer Menschenfracht bessere Behandlung ange-deihen lassen, als es hier der Fall war.»

Nach dieser Schilderung lassen wir ein Resume folgen, das aus den Berichten von Frauen und Männer auf der «Navemar» zusammengestellt ist.

Die «Navemar» sollte ursprünglich am 10. Juli von Cadiz abfahren. In Marseille wurden durch die Hicem dreihundert Plätze verkauft. Der Durchschnittspreis betrug \$750. Eine besondere Klasse oder gar Kabine wurde den Passagieren nicht angeboten. «Einheitsklasse».

Als ein Teil der Passagiere in Cadiz ankam, lag die Nachricht vor, dass die «Navemar», ein Schiff der «Compania Espagnola de Navigacione Maritima» mit Sitz in Barcelona, von Sevilla abfahren würde. Gründe? Der amerikanische Konsul hätte es bequemer, dort eventuell abgelaufenen Visen zu erneuern. Sevilla ist sechzig Kilometer vom Meer entfernt gelegen: man fährt den Guadalquivir herunter, ehe man in den Atlantischen Ozean gelangt. Diese Tatsache spricht für die Version, dass die für die Abfahrt in Cadiz verantwortlichen Behörden das Schiff we-

gen seiner vollkommen unzureichenden Ausstattung nicht ausfahren lassen wollten. Die Behörden in Sevilla hatten aber nur die Frage zu prüfen, ob das Schiff flusstüchtig, nicht seetüchtig, sei; diese Frage glaubten sie positiv entscheiden zu können.

Die Abfahrt der «Navemar» wurde mehrfach verschoben, Endlich am 6. August sahen unsere Freunde das Schiff. Welche Empfindung hatten sie?

«Es graute uns, hinauf zu gehen.»

Ein hohes Schiff ohne Luken, düster lag es da. Die «Navemar» konnte naturgemäss die Masse der Passagiere nicht auf einmal aufnehmen. So wurden am ersten Tage etwa dreihundert Passagiere über steile Leitern durch Luftschächte in das Schiffsinne geschickt, wo sie übereinander und nebeneinander arrangierte Betten mit einem Strohsack und einer Wolldecke versehen voranden. Hier sollten zweihundert Menschen in einem Raum für lange Zeit zusammenleben. Tiefe Finsternis herrschte. Manchem brach der Angstschweiss aus.

Finsternis und Enge begleiten die mehr als elfhundert Passagiere auf ihrer langen Fahrt, zunächst nach Lissabon, wo das Schiff sieben Tage liegen blieb, damit abgelaufenen amerikanische Visen verlängert werden konnten. Fünf lebende Ochsen wurden u.a. an Bord gebracht, und nach einwöchigem Aufenthalt fuhr das Schiff endlich weiter.

Jeder Passagier hatte zwar einen Rettungsring, aber die etwa zwanzig Rettungsboote hätten nur vierhundert Passagiere aufnehmen können.

Die Verpflegung war ein eigenes Kapitel und wurde von Tag zu Tag schlechter. Das Oel, mit dem die Speisen zubereitet waren, war schlecht. Brot schimmelig, Eier faul. Oft verzichteten die Passagiere auf das Fleisch. Das Wasser war unzureichend, und es gab bei der Hitze keine kalten Erfrischungen. Um das notdürftige Essen zu erhalten, musste man Schlange stehen. Die Raumenge, die Knappheit der Lebensmittel, die täglich sich steigenden Krankenziffern (die Anzahl der Schwerkranken wurde auf zwanzig Prozent, die der Leichtkranken auf sechzig Prozent der Passagiere geschätzt) führten zu einer ständig gereizten Stimmung unter den Passagieren. Es kam zu unbeschreiblichen Szenen.

Das Hospital bestand aus einem Raum, nicht grösser, als zwei mal drei Meter. Ein Arzt und eine Krankenschwester standen zur Verfügung, aber die Schiffsleitung wollte keinen der vielen Emigrantenärzte, die an Bord waren, zulassen. Erst sehr spät wurde dieser Standpunkt revidiert und ein deutscher Arzt war mittätig.

Viel Schwerkranke, u.a. auch solche, welche starben, lagen in Lehnstühlen auf einem Gang vor dem Krankenzimmer, und dieser Gang führte zur Toilette. Kann man ermessen, welche Qualen diese Schwerkranken ausgestanden haben?

Die Toiletten- und Waschraumfrage war nicht weniger schlimm als andere. Zehn Duschen und zwanzig Lavoirs standen für sechshundert Personen zur Verfügung. Eine unbeschreibliche Unsauberkeit musste notgedrungen vorherrschen.

Jedes Aufbegehren gegen diese menschenunwürdigen Zustände wurde von der Schiffsmannschaft, die aus den gepeinigten Passagieren jeden materiellen Vorteil zu ziehen wusste, unterdrückt. In Bermuda bedrohte man eine Frau, die sich an einen englischen Offizier wenden wollte, um ihm die Wahrheit über die «Navemar» zu sagen.

Als Todesursache geben die Befragten an, dass die häufigsten Erkrankungen Darminfektionen waren, die oft schlimmeres nach sich zogen. Nicht nur dass das Essen miserabel war, es wurden sogar die Kartoffeln kalt serviert, da bei den unzureichenden Küchenvorrichtungen für den ersten Teil der Passagiere bereits am frühen Morgen die Kartoffeln gekocht, aber erst um zwölf Uhr gegessen wurde. Da es keine Sonnendecks auf dem Schiff gab, war es unerträglich heiss. Wenn die Nacht vorüber war, begann ein Tag, an dem das Schlimmste war, dass die Passagiere nicht wussten, wo sie sich aufhalten sollten.

Eine Kantine gab es an Bord, aber «wir wurden übervorteilt.»

Die Matrosen nutzten die furchtbare Lage und Enge des Schiffes aus. Für teures Geld, man spricht von 4 bis 500 Dollar, gaben sie den Passagieren ihre Kabinen. Die Fahrt der «Navemar» war ein Raubzug sondergleichen.

Die Toten

Das Durchschnittsalter der Passagiere war über sechzig Jahre. Hundertundzehn Kinder befanden sich an Bord. Die Toten sind alte Leute, Mütter und Väter, die noch einmal in das Gesicht ihrer Kinder schauen wollten. Der jüngste von ihnen ist 75 Jahre alt. Man wird das als mildernden Umstand benutzen, er ist es nicht. Denn sowohl die «Munzinho» wie auch die «Cavalho Arauco» brachten alte Leute, welche gesund und ohne Klage hier ankamen. An Bord der «Navemar» starben u.a. die 81jährige Frau Rawack, Prof. Heinrich Schnitzler aus der Familie des berühmten Artur Schnitzler und eine Frau Rosenstrauch.

QUELLE 9 | HINTER DEN KULISSEN DES NAVEMAR-SKANDALS

Aufbau vom 19.9.1941

Die folgenden Ausführungen wurden uns von einem bekannten amerikanischen Journalisten zur Verfügung gestellt. Der Verfasser, seit vielen Jahren Berichtersteller für

die angesehensten Zeitungen in New York und Washington, gilt als einer der best-informierten Zeitungsleute, dessen «inside» Informationen auf Redaktionsbüros und bei Regierungsstellen seit beinahe zwei Jahrzehnten als absolut zuverlässig bekannt sind. – Wegen kontraktlicher Verpflichtungen des Verfassers erscheint der Artikel anonym.

Seit den Tagen, in denen der verstorbene «public relations»-Agent Ivy Lee ungünstige Zeitungsberichte über die Zustände bei Petroleumsgesellschaften zu unterdrücken versuchte, hat es keine solche Entrüstung in New Yorker eingeweihten Zeitungskreisen gegeben wie im «Fall ‚Navemar’». Die Verschleierungsversuche, die im letzten Stadium selbst nicht vor Gewaltmethoden zurückschrecken, werden, falls es zu einer weiteren Untersuchung kommt, vor der amerikanischen Öffentlichkeit als das blossgestellt werden, was sie waren: der Gipfel einer unglücklichsten Brutalität.

Vorläufig seien einige nackte *Tatsachen* festgestellt. Wie der «Aufbau» schon letzte Woche als einziges New Yorker Blatt berichten konnte, hatte am Montag, den 8. September, die Firma Geria & Diaz, Freunde der Franco-Bewegung und Agenten für die «Navemar», ein Dinner für gewisse Reporter veranstaltet, die voraussichtlich über die Ankunft der «Navemar» zu berichten haben würden. Inzwischen konnte definitiv festgestellt werden, dass das Arrangement dieses Dinners und die Auswahl der Teilnehmer sowie deren Benachrichtigung von Garcia & Diaz einem Mann anvertraut wurde, der zum Kreise der ship news reporter eines grossen Blattes gehörte. Zwei Tage später berichtete einer der Teilnehmer an dem Gelage – pardon Dinner:

«Ein Herr von der Firma Garcia & Diaz sagte uns ungefähr folgendes: Schlimme Sache mit der «Navemar». Ihr habt die Kabelberichte aus Bermuda und Havana gesehen. Wird eine verdammt schlechte Presse geben, wenn das Schiff in New York ankommt. Es ist schon so viel durchgesickert, dass sicher alle Zeitungen Reporter schicken werden. Allright: da ist eben nicht mehr zu machen. Aber seid vernünftig, Jungens, lasst *unseren* Namen aus dem Spiel. Was immer schlimm an dem Schiff sein mag: wir können nichts dafür, wir sind ja nur die hiesigen Agenten für die Linie.»

Am Donnerstag, 11. September, versuchten verschiedene grosse New Yorker Blätter, denen durch den «Aufbau» und von anderer Seite im Voraus dokumentarisches Material über die Zustände über die «Navemar» zugegangen war, die üblichen Vorbereitungen für ihre Berichterstatter und Photographen zu machen. Garcia & Diaz gaben ausweichende Antworten. Fünf Minuten vor fünf Uhr, als

die Behörden gerade schlossen, konnte die «Daily News» endlich feststellen, dass der übliche Coast Guard Cutter, der *allen* Schiffen entgegenfährt und die Gesundheits-, Einwanderungs- und Zollbeamten, sowie die Presse an Bord bringt, am folgenden Morgen für die «Navemar» ausfallen würde! Es war zu später an diesem Tag eine Rückgängigmachung dieser aussergewöhnlichen Massnahme durchzusetzen. Aber am nächsten Tage löste sich das Rätsel: Als die «Navemar» Quarantäne erreichte, hisste sie seelenruhig – die Seuchenflagge. Natürlich war Gottseidank keine Seuche oder Epidemie an Bord – aber die sorgfältigen und so sorgsame Agenten Garcia & Diaz hatten entsprechende Vorsorge getroffen. Welch rührende Sorge – um unsere Reporter sagten die Redakteure. Und charterten sofort Dampfpinassen für den nächsten Morgen.

Um die gleiche Nachmittagsstunde lief die Nachricht durch die New Yorker Redaktionen: Garcia & Diaz haben soeben eine Menge privater Wachmannschaft von schlimmstem Kaliber engagiert und ihnen Anweisung erteilt, bei Ankunft des Schiffer «der Presse auf die Finger zu sehen».

Unter diesen Umständen war es nicht verwunderlich, dass auf dem Pier die uniformierten und zivilen Wächter hohnlachen die Presseausweise der New Yorker Polizei und der Obersten Zollbehörde zurückwiesen. Innerhalb der Zollschränken stand in traulichem Gespräch mit Herrn Marcelino Diaz Jr. der oben erwähnte Reporter und gab Anweisungen, wer zugelassen war. Wer nicht schnell genug aus der Umzäunung ging oder protestierte, wurde von Leuten des Mealli Detective Service unsanft an die Luft befördert. Michael Mealli überwachte händereibend den «Dienst» seiner Leute; seine Firma befindet sich übrigens im gleichen Gebäude wie Garcia & Diaz, 17 Battery Place. Reporter und Photographen, die sich gegenüber den brutalen Methoden der «Privatpolizei» auf ihre Regierungsausweise beriefen, wurden an einen uniformierten Beamten der Einwanderungspolizei verwiesen.

Zehn Minuten später kam der oben erwähnte Reporter zu seinen Kollegen und sagte: «Ich habe unter grossen Schwierigkeiten erreicht, dass vier von Euch mit mir auf das Schiff dürfen. Wir müssen also vier auswählen.»

Die Ausgewählten waren zufällig alle Freunde des betreffenden Herrn mit Ausnahme von Ned Armstrong von PM, den man wegen der bekannten unabhängigen und furchtlosen Haltung dieser Zeitung aus Angst vor Komplikationen wohl nicht auszu schliessen wagte.

Waren die «Wachmannschaften» der Mealli Detective Agency schon grob mit den Pressevertretern, ihr Vorgehen gegen die Passagiere veranlasste einen hohen

Polizeibeamten, der in Zivil anwesend war, zu der Bemerkung: «Wenn einer meiner Leute sich je so gegen einen Verbrecher bei einem Verhör benehmen würde, würde ich sofort seine Entlassung erwirken.»

Wie die von der Firma Garcia & Diaz engagierten Privatpolizisten die Passagiere an Bord und auf dem Pier knufften und stiessen, liess selbst uns abgebrühte amerikanische Reporter vor Wut hochgehen. Die unflätigen Schimpfworte, mit denen sie die Passagiere unaufhörlich bedachten, trieb uns die Schamröte ins Gesicht. Aber bei all diesen Widerwärtigkeiten soll ein Lichtpunkt bei Ankunft der «Navemar» nicht vergessen werden. Unter den vielen Vertretern von Organisationen, die ihr Bestes taten, um den Passagieren zur Hand zu gehen, tat sich Miss *Anna Kaufman* vom National Council of Jewish Women besonders hervor. Was diese Frau, die vielen durch ihre gütige und erfolgreiche Tätigkeit auf Ellis Island bekannt ist, in stiller Tüchtigkeit an diesem Tag leistete, schien das Menschenmögliche zu übersteigen. Ueberall griff sie helfend ein. Von drei Seiten gleichzeitig bestürmt, hatte sie für jeden ruhig und mit einem Lächeln die richtige Antwort. Wenn die Einwanderungsbeamten sich in ihren Akten nicht mehr zurechtfinden konnten, Miss Kaufman glättete den Fall. Spät nachts, als ein Inspektor der Einwanderungsbehörde ihr sagte: «Take it easy», antwortete sie ihm: «Ich bin für diese Leute hier; sie brauchen mich.» Hut ab vor Miss Anna Kaufman!

Der Fall Castelia

All den Casablanca-Flüchtlingen wird dieser Name ein Begriff sein. Castella war, nachdem im Mai dieses Jahres die auf dem Wege nach Martinique befindlichen Schiffe in Casablanca strandeten, der mächtigste Mann. Castella ist der beste Freund des spanischen Konsuls in Casablanca. Castella ist Schiffsagent, und wenn er erklärte, dass er eine Schiffskarte für einen der gestrandeten Flüchtlinge besorgen wollte, so kam auf Grund einer solchen Erklärung der Flüchtling aus dem Lager. Erklären tat Castella aber so etwas nur, wenn man eine Anzahlung bei ihm gemacht hatte. Tausende von Franken wanderten in die Kasse von Castella, und er versprach allen, er würde sie expedieren. Aber nur wenige brachte er fort, die Franken aber blieben bei ihm. Als die HICEM die «Guine» und die «Nyassa» nach Casablanca brachten, da wurden bei Castella viele Passagen annulliert, aber Castella gab das Geld nicht zurück. Nicht nur das. In New York wurden Tausende von Dollars eingezahlt. Obwohl die Reservierungen zur rechten Zeit annulliert wurden, erklärte Castella in einem Fall den eingezahlten Betrag 100% für verfallen, in einem anderen verlangte er 50%.

So weit es sich um Dollargeschädigte handelt, haben sich einige an den «Aufbau» gewandt und ein gemeinsames Vorgehen der ebenfalls Geschädigten angeregt. Der «Aufbau» ist gern bereit die Betreffenden zusammenzubringen. Man schreibe an den «Aufbau» unter Beifügung des Vermerks «In Sachen Castella».

Schiffsbewegungen

Am 15. September traf die Exeter, ein Boot der American Export Line, ein. Auf dem Wege über Cuba nach New York befindet sich die Nyassa und auf direktem Wege nach New York die Serpa Pinto.

Noch einmal «Navemar»?

Einer der Reporter, die die Ankunft der «Navemar» beschrieben haben, tat am Montag, 15. September, auf einem anderen Schiffe Dienst. Bei dieser Gelegenheit traf er auf Herrn Garcia; dieser fauchte den Reporter an:

«Sie sind auch einer von den elenden Journalisten, die so schöne Sachen über die ‚Navemar‘ geschrieben haben.» Der Reporter antwortete:

«Gewiss. Und ich bin stolz darauf. Wenigstens haben meine Kollegen und ich mit unseren Stories erreicht, dass Ihre Firma den Fall ‚Navemar‘ nie wieder wiederholen kann.»

Garcia brach darauf in ein Hohngelächter aus und sagte:

«Junger Mann, ich mache hier an Ort und Stelle jede Wette mit Ihnen, dass das nächste Mal, wenn die ‚Navemar‘ hier ankommt, zweitausend Juden darauf verfrachtet sein werden.»

DIE FLÜCHTLINGSSCHIFFE

Fahrten ins Ungewisse

Lars Nothdurft

Zehntausende Juden des Deutschen Reiches waren Ende der 1930er und Anfang der 1940er Jahre auf der Flucht, als die sukzessive Entrechtung unerträglich wurde und die offene Verfolgung zunahm. Der «Anschluss» Österreichs im März 1938 und der Einmarsch der Wehrmacht in die Tschechoslowakei im März 1939 verstärkten die Fluchtbewegung von Juden dieser Länder. Der Weg in die erhoffte Sicherheit führte Tausende von Flüchtlingen über die Meere. Von mehreren deutschen und europäischen Häfen aus stachen Schiffe nach Mittel- und Südamerika, Palästina, Ostasien in See, in geringerem Masse auch nach Australien und Niederländisch-Indien. (*Quelle 1*).

1939 erreichte die jüdische Emigration einen Höhepunkt. Zwischen Januar und August schifften sich allein im Hamburger Hafen 2 863 Juden ein. Doch nicht in allen Fällen konnte die geplante Fahrt tatsächlich angetreten werden, so etwa wenn das vorgesehene Zielland kurzfristig die Einreisevisa für ungültig erklärte, wie im Fall der «CAMPANA» im Dezember 1938 (*Quelle 2*). Dass die Flüchtlinge auch im Augenblick des Ablegens noch nicht in Sicherheit waren, belegte die Fahrt der «ORINOCO» der *Hamburg-Amerikanischen-Packetfahrt-Actien-Gesellschaft* (HAPAG) wenige Monate später: Ende Mai 1939 lief dieses Schiff von Hamburg nach Havanna aus. Auf Funkbefehl aus Berlin kehrte es Anfang Juni nach Cuxhaven zurück (*Quelle 3*). Einem anderen HAPAG-Schiff, der «ST. LOUIS» mit über 900 jüdischen Passagierinnen an Bord, war gerade erst die Landung in Havanna verwehrt worden, nachdem die kubanischen Behörden ihre Visabestimmungen geändert hatten.¹ Der Fall hatte für Aufsehen in der Weltpresse gesorgt. Den Fall der «ORINOCO» beutete die deutsche Presse propagandistisch aus: Sie verhöhnte die jüdischen Flüchtlinge, die nirgendwo willkommen seien (*Quelle 4*). Wie die Fahrt der «ST. LOUIS», deren Passagiere ebenfalls nach Deutschland zurückgebracht werden sollten, aber schliesslich in den Niederlanden, Belgien, Frankreich oder

¹ Im Mai 1939 machte Kubas Präsident Federico Laredo Bru mit dem sogenannten Dekret 937 Einreisegenehmigungen von einer Bescheinigung des Arbeitsministeriums abhängig. Siehe hierzu auch den Beitrag von Lea Bussas in diesem Band.

Grossbritannien Aufnahme fanden², zeigte: Auch wer seine Fahrt wie geplant antreten konnte und nicht nach Deutschland zurückgeschickt wurde, konnte sich nicht sicher sein, wo er oder sie letztlich ankommen würde. Als gefährlich erwiesen sich illegale Fahrten nach Palästina: Auf den wachsenden Unmut der arabischen Bevölkerung auf die jüdische Einwanderung reagierte die britische Mandatsmacht Ende der 1930er Jahre mit einer strengen Immigrationspolitik. Tatsächlich war das Vorgehen zumeist rigoros: Jüdische Immigranten, die ohne Einreiseerlaubnis in Palästina landen wollte, liefen Gefahr, interniert oder gar beschossen zu werden, wie im Fall der «AGIOS NICOLAOS» (*Quelle 5*). Auch ein griechischer Dampfer mit 424 Juden aus Danzig wurde vom britischen Militär abgewiesen. Nach einer monatelangen Odyssee wurden die Passagierinnen an der Küste von Kreta ausgesetzt und ihrem Schicksal überlassen. Wochen – oder gar monatelange Irrfahrten waren keine Seltenheit: Allein im Mai und Juni 1939 stachen 18 Schiffe mit insgesamt 5 627 jüdischen Flüchtlingen von Europa aus in See und wurden in ihren Bestimmungshäfen abgewiesen (*Quelle 5*). Und nur die wenigsten Flüchtlingsschiffe boten einen solchen Komfort wie etwa die «ST. LOUIS» der HAPAG. Viele Schiffe erwiesen sich als unzulänglich ausgestattet, teilweise waren sie gar nicht für den Personenverkehr ausgelegt. So mussten von Juni bis August 1939 hunderte von Personen, darunter zahlreiche Frauen und Kinder, fast zwei Monate langaufeinem Kohlenfrachteraushalten (*Quelle 6*). Neben der Ungewissheit über das tatsächliche Ziel ihrer Flucht hatten die Passagierinnen jener Schiffe daher auch mit widrigen Umständen zu kämpfen, die mit zunehmender Fahrtdauer immer drastischer wurden: Trinkwasser- und Lebensmittelknappheit, Ratten, Ungeziefer und ansteckende Krankheiten. Auf manchen Fahrten forderten die katastrophalen Zustände Todesopfer, teils auch durch Suizid. Auf mindestens einem Schiff, dem italienischen Dampfer «FROSSULA» mit 658 jüdisch-tschechischen Flüchtlingen an Bord, brach gar die Pest aus.

Um Deutschland und dessen Einflussbereich zu entkommen, waren die allermeisten Flüchtlinge jedoch gewillt, die Entbehrungen auf sich zu nehmen, insbesondere nach Ausbruch des Krieges, der auch den Atlantik und das Mittelmeer erfasste und die Fluchtmöglichkeiten dramatisch reduzierte. Dies betraf nicht zuletzt auch die Fahrten nach Palästina, die vorwiegend über die Häfen Italiens und Griechenlands verliefen. Mit dem Kriegseintritt Italiens im Juni 1940 und der Besetzung Griechenlands durch die Wehrmacht im April 1941 war eine Einschiffung in den Häfen dieser Länder nicht

2 Hasse, EdgarS: Die dramatische Irrfahrt der «St. Louis» auf dem Atlantik, in: Hamburger Abendblatt, 22.1. 2018, online unter: <https://www.abendblatt.de/hamburg/article213186527/Die-dramatische-Irrfahrt-der-St-Louis-auf-dem-Atlantik.html> (abgerufen am 26.3.2019).

mehr möglich.³ Vereinzelt Fluchtwege über die Meere gab es zu Beginn der 1940er Jahre jedoch noch: portugiesische, spanische, argentinische und chilenische Reedereien hielten den Schiffsverkehr zwischen Europa und Nord- und Südamerika aufrecht.⁴ Im August 1941 stach der Frachter «NAVEMAR» von Lissabon aus mit 1'200 Passagieren in See. Ausgelegt war das Schiff für 15 Passagierinnen (*Quelle 7*). Von Bord aus schrieb eine Frau noch vor dem Auslaufen an ihren Sohn in Minneapolis, USA: «Wir haben nur einen Wunsch: Gesund bei dir anzukommen. Alles andere ist nicht so schlimm, dass es nicht ertragen werden könnte...».

QUELLE 11

STATISTIK DER PASSAGEN VON JUDEN AUF ALLEN LINIEN 1937-1939

StAHH 621-1/95 Nr. 3002

Stat. No. 186/39

Unsere Juden -Beförderung ab Hamburg: Januar-August 1939

	I [Kl]	Kaj.	II.		Tou.	III.	Total
Mittelamerika							
Gesamt-Beförderung	957	14	807			889	2667
davon Juden	301	4	239	-	-	524	1068
= %	31,5	28,6	29,6	-	-	58,9	
Südamerika, Westk. Ge-							
samt-Beförderung	560	363		20	519	95	1557
davon Juden	245	66		8	191	48	558
= %	43,7	18,2		40,0	36,8	50,5	35,8

³ Vgl. Heid, Evelyn: Emigration in der NS-Zeit. Jüdische Auswanderung, in: regionalgeschichte.net. Internetportal für regionale und lokale Geschichte (Hrsg.), online unter: <https://www.auswanderung-rpl.de/emigration-in-der-ns-zeit/allgemeines-juedische-auswanderung.html> (abgerufen am 26.3.2019).

⁴ Vgl. ebd.

Cuba/Mexico							
Gesamt-Beförderung	745	6			700		2658
davon Juden	366	0	-	-	154		1099
= %	49,1	-	-	-	22,0		41,3
Niederl.-Indien							
Gesamt-Beförderung		99					99
davon Juden	-	0	-	-	-	-	0
= %	-	-	-	-	-	-	-
Ostasien							
Gesamt-Beförderung		343				37	380
davon Juden	-	119	-	-	-	0	119
= %	-	34,7	-	-	-	-	31,3
Australien							
Gesamt-Beförderung		58					58
davon Juden	-	19	-	-	-	-	19
= %	-	32,8	-	-	-	-	32,8
Insgesamt							
Gesamt-Beförderung	2262	883	807	20	1219		7419
davon Juden	912	208	239	8	345		2863
= %	40,3	23,6	29,6	40,0	28,3		38,6
ferner: M.S. «St. Louis»							
Gesamt-Beförderung	398				535	6	937
davon Juden	386	-	-	-	505	0	891
= %							

QUELLE 2 | 5. DEZEMBER 1938 – ROHRPOST CHAIM KRUG

Sammlung Wolfgang Haney, Berlin

Französisches Verkehrsbüro
Alleinige General-Vertretung Französischer
Schiffahrts-Gesellschaften für Deutschland
Compagnie des Chargeurs Réunis,
Société Général de Transports Maritimes a Vapeur
Compagnie de Navigation Sud-Atlantique, Compagnie de Navigation Paquet

Berlin W8 – Unter den Linden 27

Rohrpost!

Herrn Chaim Krug

Berlin NO 55

Jablonskistrasse 19

Berlin, den 5. Dez. 1938

Lu/F. 3635

Wir erhalten soeben die Meldung, dass die uns kürzlich gewordene Information, wonach die bis zum 18. November 1938 erteilten PARAGUAY-Visa noch zur Einwanderung berechtigen, nicht mehr gültig ist. (...)

Die für Sie vorgesehene Abfahrt D. «CAMPANA» kann daher auch nicht vorgenommen werden.

Wir bedauern, Ihnen diesen Bescheid geben zu müssen und begrüßen Sie Hochachtungsvoll

QUELLE 3 | 22. JULI 1939 – REISEBERICHT DES
KAPITÄNS DER MS «ORINOCO»

StAH 621-1/95 Nr. 4651. HAPAG-Reederei. Schiffsakte MS ORINOCO

Reisebericht des Kapitäns, MS ORINOCO, Hamburg, 22. Juli 1939 [...]

Am 27. Mai um 18.31 wurde mit Hilfe von zwei Schleppern vom Kaiplatz 73 abgelegt und die 70. Ausreise angetreten. Die Fahrt elbabwärts verlief glatt bei gut sichtbarem Wetter. Um 00.25 Uhr am 28.5. wurde bei Elbe 3 der Lotse abgesetzt, um 01.06 Elbe 1 passiert. Dis Terschelling stand NW Wind von St. 5-6, später Nordwind 5. Es lief ziemlich grobe See. Beim Haaks-F.S. wurde um 12.49 der Scheldelotse an Bord genommen, um 14.40 brach das im Sonderbericht vom 29.5. bereits gemeldete Feuer im Haupt-Treppen-

haus der I. KL aus. Von 14.44 bis 15.06 waren deswegen beide Maschinen gestoppt. Um 17.53 am gleichen Tage wurde bei der Bollen van Goeree Boja in das Ostgat der Schelde eingesteuert, um 19.55 bei Vlissingen Lotsenwechsel vorgenommen und um 23.00 Antwerpen erreicht. Um 23.44 war das Schiff mit Hilfe von zwei Schleppern gegen Flutstrom am Schuppen 17 angelegt.

Gleich nach Ankunft erfolgte die Besichtigung der Brandschäden durch den Germ. Lloyd und die belgische Kriminalpolizei. Mit Reparatur begann die Fa. Beliard Crighton&Co. um 07.00 am 29.5.

Bis zum Nachmittag des 31.5. wurde am Schuppen 17 geladen, dann musste der Liegeplatz für E.S: Patria geräumt werden. Bei einsetzender Flut um 22.30 wurde mit Hilfe von zwei Schleppern nach Schuppen 15 verholt. Die Reparaturarbeiten erlitten dadurch keine Unterbrechung. Am Morgen des 2. Juni waren alle durch den Brand entstandenen Schäden beseitigt. Nach Abnahme durch den Germ. Lloyd wurde um 12.05 abgelegt und Antwerpen wieder verlassen. Auf der Fahrt stromabwärts, die von schönem klarem Wetter begleitet war, traf der Radio-Befehl zur Rückkehr nach Cuxhaven ein. Es wurde demgemäß nach Lotsenwechsel bei Vlissingen durch das Oostgat ausgelaufen. Der Seelotse ging um 18.03 bei der Nord-Steenbank Boje von Bord. In der Nordsee stand leichter NO Wind, Wetter und Sicht waren gut.

Abends gab ich den Passagieren aller Klassen die Rückkehr des Schiffes nach Cuxhaven, und die dort zu erfolgende Wieder-Ausschiffung aller für Habana gebuchten Nichtarier persönlich bekannt. Die davon Betroffenen waren äusserst bestürzt, wiederholter Hinweis auf die von der Gestapo gegebene Zusicherung ungehinderter Einreise beruhigte jedoch allmählich. Für die Nacht wurden unauffällige Schutzvorkehrungen getroffen und verschärfter Wachdienst angesetzt. Am 3. Juni um 11.27 wurde bei Elbe 1 der Elblotse an Bord genommen und um 13.40 am Steubenhöft in Cuxhaven angelegt. Die Landung von insgesamt 221 Fahrgästen ging ohne Zwischenfälle vor sich, das vorher zum grössten Teil an Deck gesetzte Gepäck war um 18.15 gelöscht. 78 Tons verbrauchtes Treiböl wurden ergänzt. Von der Besatzung, für die wegen der kurzen Liegezeit Urlaubsverbot bestand, waren die Stewards Distelmaier und Rühl bei Abfahrt nicht an Bord. Strafanträge wurden der Mannschaftsannahme von Cherbourg eingereicht, die Effekten der Beiden der dortigen Agentur zwecks Rückbeförderung mit D. Hamburg übergeben. Um 18.33 wurde wieder abgelegt und die Ausreise aufs Neue angetreten, um 19.33 verliess bei Elbe 3 der während des Liegens in C. an Bord verbliebene Lotse Schiff um 20.10

wurde Elbel passiert. Das Wetter war schön und klar und blieb auch so bei leichten N-Oestlichen Winden bis zur Ankunft in Cherbourg am Morgen des 5.6. [...]

**QUELLE 4 | 5. JUNI 1939 – CUXHAVENER ZEITUNG –
FLÜCHTLINGSSCHIFF ORINOCO ZURÜCKGESCHICKT, AUSZUG**

Cuxhavener Zeitung, 5.6.1939

Keiner will sie haben!

«ORINOCO» landete Sonnabend einen Judentransport in Cuxhaven
Was ist das? Juden kommen nach Deutschland? Jawohl, rund 200 plattfüßige, edelrassige Hebräer stiegen Sonnabendnachmittag auf dem Steubenhöft an Land. Zahlreiche Zuschauer betrachteten diese Fracht mit recht gemischten Gefühlen. Krummnasig aber offenbar in bester Verfassung kamen die Juden von Bord und spielten obendrein die Hochnäsigen. Sie sind ausgewandert oder waren im Begriff dazu. Aber niemand will sie haben. So sind sie gereist und gereist, bis man sie in Antwerpen sammelte und mit der «ORINOCO» wieder zu den bösen Nazis schickte. Nun haben wir die «Herrschaften» wieder.

Es waren urrechte Typen darunter, mit krausem, schwarzem Haar, dicken Lippen und Säbelbeinen. Die Frauen hatten sich aufgedonnert. Man sah Judengören in Krachledernen. Es war kein alltägliches und erst recht kein erfreuliches Bild. [...]

QUELLE 5 | DIE UMHERIRRENDE JUDEN

L'Oeuvre vom 30. Juni 1939

Die umherirrenden Juden

von H.R. Knickerbocker⁵

Zehntausend hilflose, von allen verlassenen Juden, zehntausend Menschen, die nichts mehr wert sind, zehntausend umherirrende Juden ohne Visa und ohne Geld

5 Hubert Renfro Knickerbocker (1898-1949) war ein US-amerikanischer Journalist und Publizist. Er arbeitete u.a. für die Evening Post (New York), den International News Service, für welchen er von 1925 bis 1927 teilweise auch in der Sowjetunion unterwegs war, und verschiedene deutsche Tageszeitungen, insbesondere für das Berliner Tageblatt und die Vossische Zeitung. Knickerbocker berichtete von Hungersnöten und dem Fünfjahresplan in der Sowjetunion, wofür er den Pulitzer-Preis erhielt. Spätere Schwerpunkte seiner Arbeit waren u.a. die Entwicklung in der Weimarer Republik, der Italienisch-Äthiopischen Krieg, der Spanische Bürgerkrieg, der «Anschluss» Österreichs und die Konferenz von Evian.

werden wie Tiere vertrieben und ins Niemandsland abgeschoben, aufs Niemandsmeer.

Sie haben ihr Zuhause verloren, werden nirgendwo hereingelassen und kampieren nun im Niemandsland zwischen Deutschland und seinen Nachbarn, als seien sie schwarze Sklaven. Sie werden auf levantinische Schiffe verfrachtet, die vor der Küste Palästinas kreuzen, ohne ihre verzeufelte Fracht am Ufer des Gelobten Landes abladen zu können. Sie leben hungrig und in Lumpen auf den ansonsten menschenleeren Inseln und in verlorenen Buchten der Ägäis. In den Hafenstädten am Schwarzen Meer warten sie voller Angst darauf, dass ein Schiff sie an Bord lässt. Von Kuba nach Brasilien, von Hamburg nach Schanghai suchen die Erde ab nach einem Ort, an dem sie an Land gehen können. Endlos irren die Schiffe mit den jüdischen Passagieren an Bord über die Weltmeere.

Es gibt kein Land der Welt, wo sie nicht Unterschlupf gesucht hätten. Tausend Passagiere haben sogar drei Monaten an Bord eines Schiffs verbracht.

Eine Untersuchung hat ergeben, dass allein in den vergangenen zwei Monaten 18 transatlantische Dampfer mit 5 627 jüdischen Flüchtlingen – Männer, Frauen, Kinder – nach Europa zurückkehren mussten, nachdem sie vergeblich einen Ort gesucht hatten, wo ihre Passagiere von Bord gehen könnten. Die Hoffnung hält am Leben. Doch tausende von Flüchtlingen haben längst die Hoffnung aufgegeben. Manchmal gelingt es ihnen, irgendwo an Land zu gehen, doch niemand weiss wo, niemand weiss wie. Dann verschwinden sie – und werden von der Liste gestrichen.

Der Gier der Kapitäne ausgesetzt

Die meisten von ihnen sind «illegal.» Das heisst: Sie sind arm. Hätten sie Geld, hätten sie sich gültige Papiere beschaffen können. Sie *hatten* einmal Geld. Doch sie sind unter die Walzen der Nazis geraten und haben nichts mehr übrig.

Viele wurden unterwegs noch ein zweites Mal ausgeraubt: von den Kapitänen und der Schiffsbesatzung. Der Kolonialminister Malcom MacDonald hat sich im Unterhaus bitter beklagt über die Gier der Agenten und Kapitäne, die die «illegalen» Emigranten, die nach Palästina einwandern wollen, bis aufs Hemd ausplündern und ihnen Transatlantik-Tarife erster Klasse für einen Platz an Deck eines Mittelmeer-Frachters abknöpfen.

Manche Kapitäne sind regelrechte Piraten. Eine jüdische Hilfsorganisation berichtet, ein Kapitän habe seinen Passagieren kurzerhand mitgeteilt, es gäbe kein Trinkwasser mehr. Um Wasser zu bekommen, mussten sie ihre Uhren, Ringen und ihren Schmuck im Wert von 1'000 Dollar abgeben. Dann hiess es, es gäbe nichts mehr zu



H.R. Knickerbocker, Bundesarchiv Berlin: Bild 102-11663, CC-BY-SA 3.0

essen – es sei denn gegen eine Bezahlung von weiteren 2'500 Dollar. Am Ende der Reise hatte der Kapitän ihnen noch den letzten Cent, den letzten Schmuck abgenommen: insgesamt einen Wert von 5'000 Dollar. Sie kamen ohne einen Pfennig in der Tasche am Ziel an.

Die jüdischen Flüchtlinge wollen nur eins: irgendwo ausserhalb von Deutschland an Land gehen. Die 900 Flüchtlinge an Bord der *St. Louis* verdanken ihre Rettung der öffentlichen Aufmerksamkeit, die ihnen zuteilwurde. Sie kamen aus Hamburg und wollten nach La Havanna. Doch die Behörden verweigerten ihnen die Erlaubnis, und 200 Flüchtlinge drohten damit, eher über Bord zu springen, als nach Deutschland zurückzukehren. Dank des Echos, die dieses Drama auf der ganzen Welt fand, gewährte man den Passagieren der *St Louis* ein vorübergehendes Asyl in Holland, Frankreich, England und Belgien.

Die jämmerliche Odyssee der griechischen Frachtschiffe

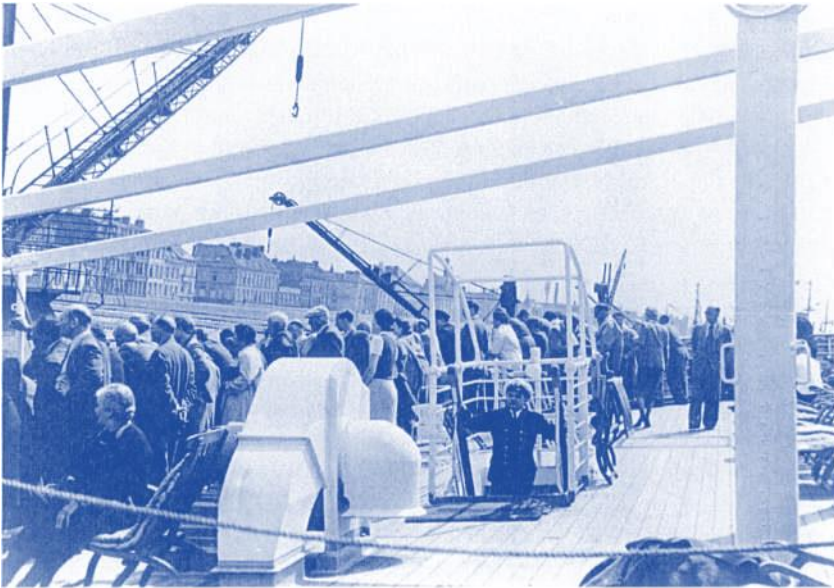
Aber die Reise mit der *St. Louis war* im Vergleich zu vielen anderen noch eine Vergnügungsfahrt. Die «*Agios Nicolaos*» mit 552 Männer, Frauen und Kinder an Bord – alle aus Deutschland, Danzig und der Tschechoslowakei – stach um den 1. März herum in Richtung Palästina in See. Keiner der Passagiere hatte eine Einreiseerlaubnis. Man hatte sie belogen und ihnen versprochen, der Kapitän werde – gegen eine ansehnliche Summe – dafür sorgen, dass sie trotzdem ins Land einreisen könnten.

Am 31. März versuchten sie, an der palästinensischen Küste zu landen, wurden aber entdeckt und von der Küstenwache unter Beschuss genommen. Einer der Passagiere wurde dabei erschossen. Der Dampfer kehrte nach Kandia zurück, doch die Juden durften auch hier nicht an Land. Der Frachter musste wieder ablegen und irrte vier Wochen lang zwischen den Inseln des Ägäischen Meers umher. Die Passagiere ernährten sich von Tee und trockenem Brot. Letzten Berichten zufolge haben sie vor etwa einer Woche versucht, im Hafen der rumänischen Stadt Baltschick anzulegen, wurden aber wiederum von der Polizei abgewiesen. Sie sind nun schon über 100 Tage an Bord. Ein anderer griechischer Frachtdampfer, die *Astir*, brach am 6. April mit 641 «Illegalen» an Bord nach Palästina auf, doch dort angekommen, durften die Passagiere nicht an Land. Seit zwei Monaten liegt das Schiff zwischen Kea und Lavrio vor Anker. Die Passagiere sterben an Entkräftung. Auf seiner Fahrt über das ägäische Meer stiess die *Astir* auf 434 auf Kreta ausgesetzte Flüchtlinge, die im grössten Elend wie Wilde auf der Insel leben. Sie nahmen von ihnen eine Botschaft an die Einwohner Tel Avivs mit, in der sie darum baten, man möge ihnen Nahrungsmittel und Kleider schicken.

MacDonald gab im Unterhaus an, er habe einen Bericht vorliegen, der *Astir* sei am 17. Mai das Anlegen von den griechischen Behörden verwehrt worden. Seitdem hat man nichts mehr von ihr gehört.

Die *Marmora*, ebenfalls ein griechischer Dampfer, fuhr vor ungefähr vierzehn Tagen mit 500 «Illegalen» von dem kleinen rumänischen Schwarzmeerhafen Mangalia ab; auch diese Passagiere wollten nach Palästina. Niemand weiss, was aus ihnen geworden ist.

Die 78 Flüchtlinge auf der *Orbita*, denen in Ecuador die Landung verweigert wurde, durften in Balboa anlegen. Doch man weiss nicht, ob sie dort bleiben können. Noch weniger Glück hatten die 270 Flüchtlinge auf der *Assimi*, einem 320 Tonnen-Frachtschiff, auf dem es nur Kabinen für die Schiffsmannschaft gibt. Die Passagiere verbrachten die Überfahrt also im Frachtraum.



Warten auf Gewissheit. Wer nimmt die Menschen auf? USHMM Nr. 01174

Sie waren seit März vor der palästinensischen Küste gekreuzt, bevor es ihnen schliesslich gelungen war, ins Land zu kommen. Sie wurden entdeckt und verhaftet. Trotz der Proteste der jüdischen Behörden in Palästina wurden sie gezwungen, auf die *Assimi* zurückzukehren. Der Kapitän musste unter Gefängnisandrohung unverzüglich wieder ablegen. Die palästinensische Polizei berichtet, 245 «illegale Einwanderer» – vermutlich die Passagiere der *Assimi* – hätten versucht, im Schutz der Dunkelheit an Land zu gehen und seien verhaftet worden.

Die 182 Passagiere der *Panagiya Correstrio* wurden nördlich von Tel Aviv gefasst. Doch sie zwangen die britischen Behörden, sie in ein Internierungslager zu sperren, indem sie alle auffindbaren Lebensmittel über Bord warfen, nachdem sie aufs Schiff zurückgebracht worden waren.

Überall unerwünscht

Der französische Dampfer *Flandre* brach am 9. April mit 102 Flüchtlingen nach Kuba auf. Nur sechs der Passagiere durften in La Havanna an Land gehen. Nach einer zweimonatigen Irrfahrt musste das Schiff mit den verbleibenden 96 Passagieren nach Frankreich zurückkehren. Noch besteht Hoffnung, dass diese Flüchtlinge in Mexiko oder Mittelamerika Asyl erhalten.

Schlimmer noch erging es den 200 Flüchtlingen auf der *Orinoco*, die am 28. Mai von Hamburg aus nach Kuba in See stach. Als der Kapitän erfuhr, die kubanischen Behörden hätten den Flüchtlingen der *St. Louis* die Einreise verweigert, blieb er kurzerhand in Cherbourg liegen. Nach drei Tagen wurden die 200 Juden nach Hamburg zurückgebracht und müssen nun fürchten, ins Konzentrationslager zu kommen, falls sie nicht rasch das Land wieder verlassen können.

Der rumänische Dampfer *Sandu*, der vor einem Monat mit 269 «Illegalen» von Konstanza nach Palästina losfuhr, ist inzwischen mit allen Passagieren wieder in Konstanza. Doch die rumänischen Behörden lassen sie nicht mehr an Land.

800 Flüchtlinge, die drei Monate lang auf der *General St. Martin*, der *Oceanica*, der *Cap Norde* und der *General Artigas* über die Meere irrten, nachdem sie von der Gestapo auf die Schiffe verbracht worden waren, haben schliesslich eine vorübergehende Aufenthaltserlaubnis in Lissabon, Gibraltar und Montevideo erhalten. Als die britischen Behörden die 906 verlumpten und halb verhungerten Männer, Frauen und Kinder erblickten, welche die «Liesel» auf den ansonsten menschenleeren Inseln des Archipels aufgesammelt hatte, bekamen sie dann doch Mitleid und liessen die Flüchtlinge ins Land. Auch die 400 Flüchtlinge des Rettungsschiffs *Atrato*, darunter 285 Frauen und Kinder, durften ins Land und kamen in ein Internierungslager. Doch für jeden «Illegalen», der ins Land darf, darf ein «Legal» weniger nach Palästina einwandern.

Das ist die – unvollständige – Liste der Opfer, die der Nazismus allein in den vergangenen zwei Monaten gefordert hat. Diese Opfer sind Juden, die über die Weltmeere irren. Doch wie viele mehr irren durch die Lande!

QUELLE 6 | JULI 1939 – SOPADE – AUFZÄHLUNG FLÜCHTLINGSSCHIFFE

Deutschland-Berichte der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (Sopade) 1934-1940, 6. Jg. 1939, Nr. 7, Juli 1939, S. 938-940.

DOK. 316

Die Exil-SPD zählt im Juli 1939 die Flüchtlingsschiffe auf, denen die Landung verweigert wird

Deutschland-Bericht der Sopade, Juli 1939, Paris (Typoskript) [...]

h) Die Flüchtlingsschiffe

In eine andere Art «Niemandland» geraten die jüdischen Flüchtlinge, und zwar abermals zu vielen tausenden, auf hoher See. Aus allen Häfen gejagt, ausserstande, ihre verzweifelnde menschliche Fracht wo immer in der Welt an Land zu setzen, kreuzen die «Geisterschiffe» auf den Meeren. Lebensmittel, Trinkwasser und Kohle werden knapp, die Passagiere werden von ansteckenden Krankheiten befallen, die Selbstmorde mehren sich. Hilferufe werden nach allen Seiten gefunkt, aber nur selten wird Hilfe gewährt. Einige Beispiele:

FLANDRE hatte etwa 100 Flüchtlinge aus Deutschland an Bord, Cuba und Mexiko verweigerten die Landung. Am 19. Juni ist das Schiff nach wochenlanger Irrfahrt im Hafen von St. Nazaire (Bretagne) gelandet.

St. LOUIS, ein Hapag-Dampfer mit 937 Flüchtlingen an Bord, konnte in Cuba nicht landen, weil die cubanischen Visa der Passagiere sich nicht als gültig erwiesen. Amerika lehnte eine sofortige Aufnahme dieser Flüchtlinge ab. Endlich, nach einer wochenlangen Irrfahrt des Schiffes erklärten sich die Regierungen von England, Frankreich und Belgien damit einverstanden, dass die Passagiere auf ihre Länder verteilt würden.

ORINOCO befand sich mit 200 jüdischen Flüchtlingen etwa um die gleiche Zeit auf der Fahrt von Deutschland nach Cuba. Im Hafen von Cherbourg erreichte sie aus Berlin der funktelegrafische Befehl: «Sofort zurück nach Hamburg!» Mehrere Flüchtlinge versuchten, ins Meer zu springen. *ORINOCO* ist das erste Schiff, das zwangsweise nach Deutschland zurückbeordert worden ist, und zwar unter Hinweis auf das Aufsehen, das das Schicksal der *St. LOUIS* erregt hat.

USARAMO irrte mit 500 jüdischen Flüchtlingen, darunter mehreren Aerzten, Anwälten, Schriftstellern, sechs Wochen auf dem Meer umher und nahm Kurs nach Shanghai. Die Unterbringung auf dem Dampfer war denkbar schlecht. Die Flüchtlinge durften die 270 Baderäume nicht benutzen.



So nah und doch so fern. Versuch einer Kontaktaufnahme mit den Passagieren der «ST. LOUIS» in Havanna. USHMM Nr. 30636A

ORBITA mit 68 jüdischen Flüchtlingen durfte in Ecuador nicht landen und lag lange Zeit in Balboa, Panama-Kanal-Zone, in Quarantäne. Endlich bekamen die Passagiere die Erlaubnis, in Panama an Land zu gehen, wo sie für drei Monate Aufenthaltsbewilligung erhielten. Nach Ablauf dieser Frist müssen sie, sofern sie nicht von Amerika aufgenommen werden, nach Europa zurückkehren.

CAP NORTE hat mit 15 Flüchtlingen an Bord am 28. April Hamburg verlassen, und zwar mit dem Ziel Südamerika. Paraguay, Uruguay, Argentinien verweigerten die Landung. Am 26.6. landete das Schiff in Boulogne sur mer. Die Passagiere wurden vorübergehend in Frankreich aufgenommen.

Auf dem Motorschiff *MONTE OLIVIA* der Hamburg-Südamerika Linie befanden sich 78 jüdische Passagiere, die eine Einreiseerlaubnis nach Paraguay hatten. Aber Uruguay verweigerte Landung und Durchreise. Die Passagiere durften nach wochenlanger Unsicherheit am 15. Juni in Buenos Aires an Land gehen, wo sie Aufenthaltsgenehmigungen für 20 Tage erhielten. Schliesslich nahm Chile sie auf.

PROSULA mit 65 Flüchtlingen, meist aus der Tschechoslowakei stammend, verliess am 25. Juni den Hafen Sulina (Donaumündung) mit dem Ziel Shanghai. Unterwegs gingen Geld und Lebensmittel aus. Das Schiff lief den ersten besten Hafen an, und zwar den nordlibanesischen Seehafen Tripoli. Die Behörden beschlossen Mitte Juni, die Passagiere zuzulassen.

DORA, ein alter griechischer Kohlendampfer, verliess, unter der Flagge von Panama reisend, mit 500 jüdischen Flüchtlingen an Bord am 17. Juni Amsterdam, angeblich um nach Siam zu fahren. Tatsächlich irrt er heute noch auf dem Meer umher. Unter den Passagieren, die zum grössten Teil deutsche Juden sind, befinden sich zahlreiche Frauen und Kinder.

Auf dem italienischen Dampfer *FROSSULA*, der 658 tschechisch-jüdische Flüchtlinge an Bord hat, brach die Pest aus. Zwei Passagiere starben daran. Der französische Hochkommissar für Syrien gestattete der *FROSSULA*, für kurze Zeit im Hafen von Beirut in Quarantäne zu gehen. Nach der Desinfektion des Schiffes wurden die Passagiere, die vorübergehend an Land gegangen waren, sofort wieder auf den Dampfer zurückgebracht. Die Abreise wurde auf Ende Juli festgesetzt. Das weitere Schicksal der *FROSSULA*-Flüchtlinge ist ungewiss.

OSIRIS mit 600 Flüchtlingen ankert gegenwärtig vor der syrischen Küste. Sechs wochenlang hat das Schiff nach einer Landungsgelegenheit gesucht. Die Lebensmittelvorräte waren schon lange erschöpft. Bis jetzt ist noch keine Entscheidung über das Schicksal der Passagiere gefallen.

THESSALIA mit 550 Flüchtlingen ist vor Beirut von einem libanesischen Küstenwachboot gestellt und gezwungen worden, die syrischen Hoheitsgewässer zu verlassen. Tripoli verweigerte die Landung. Der Dampfer irrt weiter auf hoher See umher.

Am 2. März 1939 sind 424 Danziger Juden in plombierten Waggonen nach einem rumänischen Hafen überführt worden. Ein kleiner griechischer Dampfer sollte sie illegal nach Palästina bringen. Britisches Militär hat die Landung verhindert. Speisevorräte und Trinkwasser waren zu jener Zeit schon sehr knapp. 13 Wochen lang irrte das Schiff auf dem Meer umher. Endlich sind die Vertriebenen auf der griechischen Insel Kreta abgesetzt worden. Sie sind ohne Kleidung und Schuhwerk, leiden unter Hunger und epidemischen Krankheiten, werden von Ratten und Ungeziefer fast zerfressen. Einige Flüchtlinge sind bereits gestorben.

Am 28. Juli meldete die «Times»:

Etwa 900 jüdische Flüchtlinge aus Mitteleuropa, die vor 3 Wochen auf einem jugoslawischen und einem ungarischen Dampfer in Rustschuk, Bulgarien, ankamen

und denen die Landungserlaubnis verweigert wurde, sind jetzt auf denselben Schiffen nach Sulina, Rumänien, abgereist. Sie hoffen, dass sie von dort aus imstande sein werden, irgendwo im Mittelmeer einen Zufluchtshafen zu finden.

QUELLE 7 | DER FALL NAVEMAR

Auftau vom 5. September 1941

Der Fall «Navemar»

Wie lange noch Wucher mit Schiffskarten? Ueberfüllte teure und billige leere Schiffe

Der Fall des Schiffes «Navemar» ist noch dunkel und ungeklärt. «Mit 1'200 Passagieren abgefahren, obwohl nur für 15 normale Kabinen-Unterkunft bestand», so hiess unsere Notiz im vorigen «Aufbau». Wir waren uns bewusst, dass sich dahinter eine neue Emigrantentragedie verbergen musste.

Aber nicht nur wir allein, sondern auch unsere Kollegen von der grossen Tagespresse hatten diese erstaunliche Nachricht bekommen. In den Reporter-Stuben herrschte Alarmstimmung. Aber die Journalisten stiessen, wo immer sie sich erkundigten, bei der Schifffahrtlinie, bei verschiedenen Organisationen und an anderen Stellen auf Schweigen.

Und dann kam am Sonntag plötzlich ein Bericht der «New York Times» aus Hamilton (Bermuda), der besagte, dass die «Navemar» dort eingetroffen sei. Die Gesundheitsbehörden, so hiess es in der Depesche, betrachten es als erstaunlich, dass auf dem Schiff keine Epidemie ausgebrochen sei. Und am nächsten Tag wurde dieses Kabel durch ein zweites ergänzt, wonach die Frauenorganisationen auf Bermuda Kleider und Geschenke für die Passagiere gesammelt hätten, und dass – sechs Passagiere krank in einem Hospital der Insel zurückgeblieben seien. Einer von ihnen sei gestorben, und unterwegs waren bereits vier weitere Todesfälle zu verzeichnen gewesen.

Fünf Todesfälle auf einer einzigen Ueberfahrt, das ist eine ausserordentlich seltene und hohe Ziffer. Bei 1'200 Passagieren mit Unterbringungsmöglichkeiten für nur 15 ist die Ziffer erstaunlich gering.

Gewiss, jeder vernünftige Mensch wird sich sagen: Wichtig ist vor allem, dass diese Menschen Europa verlassen konnten. Ein paar Wochen unbequemer Reise sind nichts im Vergleich zu den Jahren der Freiheit, die ihnen winken.

Das ist durchaus vernünftig und richtig gedacht. Aber solche Tatsachen sind keine Entschuldigung dafür, dass im Schiffsverkehrsverkehr zur Zeit an manchen Stellen eine solche Uebervorteilung der Passagiere betrieben wird, die nichts Weiteres ist als die krasseste Ausnutzung einer entsetzlichen Notlage. Denn was wurde von den Passagieren der «Navemar» – 1'200 mit Plätzen für 15 – für die einzelne Fahrkarte bezahlt?!

Nach geprüften Berichten: von \$400 bis \$1 500. Was man dafür erhielt, schildert zum Teil ein Brief, den wir weiter unten veröffentlichen. Am 20. Juli sollte die «Navemar» (5'000 to.) von Cadiz abfahren. Die dortigen Hafenbehörden hatten aber wegen der vollkommen unzulänglichen Ausstattung des Schiffes die Abfahrt verweigert. Die Abfahrt erfolgte schliesslich von Sevilla, wo die Behörden «liberaler» waren. In Lissabon hatte es längeren Aufenthalt, da wegen der verspäteten Ausreise viele amerikanische Visen abgelaufen waren, die die amerikanischen Behörden jedoch entgegenkommenderweise verlängerten. Der Konsul begab sich aufs Schiff, um die Formalitäten zu erledigen, da die Passagiere nicht ans Land durften.

Inzwischen hatten die jüdischen Organisationen von Missständen auf dem Schiff gehört und Wasser- und Lebensmittel-Vorräte an Bord geschafft. Endlich, am 16. August, konnte die «Navemar» Lissabon verlassen und ihre abenteuerliche Fahrt beginnen.

Es ist bezeichnend, dass der Kapitän der «Excalibur» von der American Export Line bei seiner kürzlichen Ankunft in New York erklärte, dass er es nicht verstehen könne, wie überhaupt jemand die Verantwortung für die Ausreiseerlaubnis der «Navemar» hätte übernehmen können. (Wobei wir auf der anderen Seite wieder nicht verstehen, wie es möglich ist, dass in dieser Periode der Schiffsplatznot der Dampfer «Excambion» von derselben Export-Line mit 72 leeren Betten soeben in New Jersey ankommen konnte!)

Wer steckt hinter den Geldmachern im Falle «Navemar»? Das Schiff ist von einer Kapitalistengruppe, die zur Zeit uns namentlich noch nicht bekannt ist, aber aus nichtjüdischen Portugiesen bestehen soll, gechartert worden. Der Charterungspreis, der an die spanische Transmediterranean gezahlt worden ist, soll etwa \$250'000 ausgemacht haben. In New York wurden von den Agenten durchschnittlich \$700 pro Platz verlangt, in Lissabon wurden bis zu \$1'500 bezahlt; die Gesellschaft selbst sollte pro Passagier Minimum \$ 400 erhalten.

Wer sind die Nutzniesser dieses skandalösen Geschäftes?**Wie ist es auf der «Navemar» wirklich zugegangen?****Wieso kam es zu den fünf Todesfällen?**

Der «Aufbau» bittet schon jetzt die Angehörigen von «Navemar»-Passagieren diese bei der Ankunft zu bitten, ihre Erlebnisse niederzuschreiben und uns zur Durchsicht einzureichen. Die Ergebnisse unserer Nachforschung werden wir zu gegebener Zeit veröffentlichen.

Das Schiff ist inzwischen in Cuba angekommen und dürfte von da aus nach New York abgehen. Es ist aber auch möglich, dass das Schiff, dessen Besichtigung durch New Yorker Behörden und Reportern manchen Personen nicht erwünscht sein dürfte, in Cuba bleibt und die Passagiere in Gruppen auf andere Schiffe nach New York verladen werden.

Die «Mouzinho» angekommen

Am Dienstag ist in Staten Island im New Yorker Hafen das portugiesische Schiff «Mouzinho» aus Lissabon mit 625 Passagieren angekommen. Unter ihnen befanden sich 45 Kinder, die mit Hilfe des «Committee for the Care of European Children» und des «Joint Distribution Committee» die Reise nach Uebersee antreten konnten. Ferner sind u.a. angekommen: *Eva Wassermann*, die Tochter von Jakob Wassermann, die zu ihrem zukünftigen Schwiegervater, Prof. Herman Broch von der Universität Princeton fährt, *Flora Kutsch* mit ihrem 8jährigen Sohn Helmuth aus Frankfurt am Main und der Musiker Alexander Tansmann aus Nizza.

*

Ebenso wie die «Excalibur» brachte die am Dienstag angekommene «Excambion» der American Export Line, eine Zahl von Passagieren mit, die weit unter ihrer normalen Kapazität lag. Auf dem Schiff befanden sich *lediglich* 118 *Passagiere*, während bei früheren Fahrten 165 bis 200 belegte Plätze als üblich galten. Ein Vertreter der Linie begründete die schlechte Besetzung der amerikanischen Schiffe gegenüber den bis zum Bersten überfüllten spanischen und portugiesischen Dampfern damit, dass «die amerikanischen Schiffe ihre Fahrpläne strikt einhielten und nicht wie die anderen Fahrzeuge oft wochenlang auf Passagiere warten könnten.»

Unter den Angekommenen der «Excambion» befand sich u.a. Frau *Alwine Werfel*, die Mutter des Dichters. Werfels Vater ist vor einem Monat an den Folgen einer Herzattacke in Lissabon *gestorben*.

Wie man auf der «Navemar» für \$700 bis \$1,500 gepflegt wurde

Der folgende Briefauszug wird uns von unserem Leser **Peter J. Heller** (Minneapolis, Minn.) zur Verfügung gestellt. Er stammt von seiner Mutter, die ihm diese Zeilen zu einer Zeit schrieb, da die «Navemar» noch in Lissabon vor Anker lag. In Deinem gestrigen Telegramm... wünschst Du uns «Bon Voyage». Das wünschen wir uns auch, mit tieferem Grund als Du denkst. ... Ich schlafe mit 150 Frauen zusammen und habe ein Oberbett, Vati auf der anderen Seite des Schiffes auch. Kein Bettuch, Kopfkissenbezug, kein Handtuch. Ich decke mich mit meiner Kamelhaardecke zu und hänge meine Sachen an einen Draht, der an einer Seite des Bettes gespannt ist.

Das breakfast, für das Du uns so gute Tipps gegeben hast, spielt sich folgendermassen ab: Wenn man die Treppe zum «Speisesaal» heruntergekommen ist, bekommt man zwei Stück Weissbrot oder Brötchen in die Hand. Dann geht man zu seinem Platz: lange Tische und Bänke. Auf jedem Platz steht eine Obertasse mit einem Löffel drin, und dann kommt der «Kellner» und schenkt *eine* Tasse Milchkaffee ein. Ob Du nun Dein Brot einstippen willst oder Dir den aufgehobenen Käse vom Abend vorher drauflegen willst, oder einbrocken, oder die Quittenscheibe vom Mittag vorher als Marmelade gebrauchen willst, hängt von Deiner Phantasie und Deinem Geschmack ab. Kein Teller, kein Messer, keine Untertasse. Wir essen in drei Schichten, und da wir bei der dritten sind, kommt unser Abendessen von 9.30 Uhr an.

Wasser darf man nicht trinken, dafür wird öfters mal Tee ausgegeben. Dann stehen alle mit ihren Thermosflaschen Schlange. Das wichtigste, da man durch die salzige Luft schnell einen trockenen Mund bekommt.

Aufenthaltsraum für die 1 200 jüdischen Auswanderer ist das Deck, Gottseidank war bis jetzt schönes Wetter. Es sind viele sehr vornehme, kluge Menschen hier, aus Deutschland, von Wien, viel Süddeutsche, viele junge Frauen mit kleinen Kindern, die alle französisch sprechen, da sie in Frankreich geboren sind.

Viele kommen aus Gurs. Natürlich sind auch viele andere hier, die mit vielen Ansprüchen, die nie Zufriedenen, die immer Schimpfen. Das andere sind die Resignierenden, die sich mit allem möglichst abfinden, nur wünschen, dass die sanitären Anlagen in einen gewissen Stand gesetzt werden, der wenigstens den primitivsten und menschenwürdigen Ansprüchen entsprechen.

Wie ein grosser Teil der Passagiere hatte ich gleich am zweiten Tage einen starken Magen- und Darmkatarrh, der auch jetzt noch nicht ganz behoben ist. Aber seit gestern fange ich langsam wieder an zu essen. Leider haben wir keinen Cent Geld,

da die \$ 20 Bordgeld gegen alles Recht von den Spaniern als sogenannte «Hafenabgabe» eingezogen wurden.

... Gestern haben wir uns einen Dollar geliehen, um uns etwas Wein zu kaufen, anstatt Wasser oder Tee zu trinken. Da wir so wenig Fett bekommen, keinerlei Butter, bin ich furchtbar dünn und mager geworden....

Wenn wir nur erst abfahren würden. Wir haben nur einen Wunsch: Gesund bei Dir anzukommen! Alles andere ist nicht so schlimm, um nicht ertragen werden zu können....

LEBEN ZWISCHEN HOFF- NUNG UND VERZWEIFLUNG

Die Fluchtversuche der Familie Rosenberg

Anja Hasler

Persönliche Schicksale, die sich hinter einer gescheiterten Diplomatie verbergen, gibt es zu Tausenden. Sie zu erforschen und zu erzählen verliert dadurch jedoch nicht an Bedeutung, wie anhand der Geschichte der Familie Rosenberg aus Bassum/Bremen gezeigt werden kann.

Hier wird für uns ansatzweise erfahrbar, welche fatalen Folgen die Entscheidungen, die auf der Konferenz von Évian und an den Schreibtischen der Regierungsverantwortlichen getroffen wurden, für die vor Verfolgung und Entrechtung Fliehenden hatten. Die Rosenbergs versuchten mehrmals und auf unterschiedlichen Wegen aus Deutschland auszureisen und andernorts ein neues Leben zu beginnen. Doch für drei von vier Familienmitgliedern endete der Lebensweg in den Vernichtungslagern der Nazis.

Als Quellen wurden vor allem die Akten des Bremer Landesamtes für Wiedergutmachung zu Frieda und Siegmund Rosenberg aus den 1950er und 1960er Jahren genutzt. Antragstellerin war ihre Tochter Gertrud. Anhand dieser Akten kann der Lebensweg der Familienmitglieder allerdings nur bedingt nachvollzogen werden, denn ihre Entstehung geht vor allem auf die Nachweise und Berechnungen von Entschädigungsansprüchen zurück. Sie enthalten so gut wie keine persönlichen Dokumente. Weitere Quellen waren Einwohnermeldeeinträge, eine Akte der Bremer Devisenstelle aus den Jahren 1939 bis 1941 sowie Listen von Verhaftungen und Deportationen. Eine weiterführende Recherche in Archiven des In- und Auslandes sowie die Suche nach lebenden Verwandten stehen noch aus. Daher kann hier lediglich ein Zwischenstand der Recherche abgebildet werden.

HOFFNUNGSTRÄGER ARGENTINIEN

Siegmund Rosenberg und seine Frau Frieda lebten mit ihren Kindern Gertrud und Helmut bis 1936 in Bassum bei Bremen. Er war als Viehhändler tätig, wurde jedoch nach der Machtübernahme der Nazis in seiner Berufsausübung stark eingeschränkt. Die Bassumer boykottierten die Geschäfte jüdischer Mitbürgerinnen und

bereits im Jahr 1935 konnte der Betrieb der Rosenbergs keine Einnahmen mehr erzielen. Im Sommer 1936 zog die Familie nach Bremen und Siegmund musste seinen Betrieb auflösen.¹ Die Tochter Gertrud war zu diesem Zeitpunkt 17 Jahre alt, der Sohn Helmut 13.

Im Sommer 1938 plante die Familie ihre Flucht nach Argentinien. In einem Brief an ihren in Argentinien lebenden Neffen Karl Heinz Leeser kündigte Frieda Rosenberg ihr Kommen an (*Quelle 1*). Der Brief ist nicht datiert, doch die Familie befand sich zu diesem Zeitpunkt bereits in Bremerhaven bei Friedas Schwester, Irma Leeser. Als Abreisedatum gab sie den 31. August an:

«Lieber Karl Heinz, Nun bin ich hier bei deinen l. Eltern und habe Bremen verlassen um die grosse Reise nach dort anzutreten. Hoffentlich geht es dir nach Wunsch. Hoffentlich sehen wir uns dort gesund wieder. Nun sind inzwischen wohl schon viele l. Verwandte dort angelangt und haben sich inzwischen schon eingelebt bis wir kommen. Wenn alles klappt fahren wir am 31. August fort.»

Vorab hatte die Familie bereits ihre gesamte Wohnungseinrichtung veräussern müssen. Von dem Erlös schafften sie Gegenstände an, welche in der neuen Heimat verkauft werden und so den Lebensunterhalt sichern sollten. In einer eidesstattlichen Erklärung (*Quelle 2*) erinnerte sich Gertrud, im folgenden Gerdy Kleinman² genannt, an die Wohnungseinrichtung und deren Verkauf:

«Ich schätze den Wert der vorstehenden Einrichtung im Zeitpunkt der Verschleuderung auf ungefähr RM 20'000 bis 25'000. Nach meiner besten Erinnerung hatten meine Eltern seinerzeit eine Anzeige in die Zeitung gesetzt, derzufolge sehr viele Leute ins Haus kamen. Ich erinnere mich noch genau, dass meine Mutter damals sehr geweint hat, weil sie die teuren Möbel zu einem lächerlichen Preis weggeben musste. Mir ist nicht bekannt, welchen Erlös meine Eltern hierfür erzielten.»

¹ Vgl. Renemann, Kornelia: Stolpersteinbiographie zu Siegmund, Frieda und Helmut Rosenberg, in: Christoffersen, Peter; Johr, Barbara (Hrsg.): Stolpersteine in Bremen. Biografische Spurensuche Ostertor/Östliche Vorstadt, Bremen 2016, S. 155.

² Gertrud Rosenberg änderte nach ihrer Einreise in die USA ihren Vornamen in Gerdy und heiratete dort Sam Kleinman.

Der NS-Staat hatte schon früh damit begonnen, auswandernde Juden auszuplündern. Wesentliche Instrumente waren die Reichsfluchtsteuer und das Devisenrecht. Beide waren bereits vor 1933 im Zuge der Weltwirtschaftskrise entstanden und wurden von den Nazis so reformiert, dass sie vornehmlich zur Enteignung der Juden beitrugen.³

Die Reichsfluchtsteuer verpflichtete Ausreisende ab einem Vermögen von 200'000 RM dazu, 25% an das Finanzamt abzuführen. Im Mai 1934 setzte die NS-Regierung die Vermögensgrenze auf 50'000 RM herab und schuf die Möglichkeit, nach Ermessen eine Sicherheitsleistung einzufordern.⁴ Im Sommer 1938 war der Ausplünderungsprozess längst nicht abgeschlossen, ermöglichte es dem Staat aber bereits, jüdisches Vermögen bei geplanter Ausreise zu blockieren.⁵

Ähnlich verhielt es sich mit dem Devisenrecht, welches ab 1935 vornehmlich dazu genutzt wurde, die Konten von Juden zu kontrollieren. Jede Transaktion ins Ausland musste vorab genehmigt werden und konnte nach Ermessen der Beamten blockiert werden.⁶ Es ist gut möglich, dass die Rosenbergs deswegen Gegenstände angeschafft haben, anstatt den Erlös des Wohnungsverkaufs zu überweisen.

Die Familie konnte im Sommer 1938 noch einen freihändigen Verkauf organisieren. Das war im November desselben Jahres bereits nicht mehr möglich.⁷ Dennoch sahen sie sich gezwungen, wie aus Gerdys Stellungnahme hervorgeht, die Sachen massiv unter Wert zu verkaufen.

Angeschafft wurden nach Gerdys Erinnerung Heizöfen, Fahrräder, Nähmaschinen und eine Schreibmaschine. Sie wurden samt des persönlichen Gepäcks zum Versand nach Argentinien gebracht.⁸

SCHIEDEN AN DEN EINREISEBEHÖRDEN

Nachdem diese Hürden überwunden waren, begaben sich die Rosenbergs nach Bremerhaven. Doch die geplante Reise konnte nicht stattfinden. Die Familie wartete vergeblich auf die Einreiseerlaubnis der argentinischen Behörden.⁹

3 Vgl. BaIcar, Jaromir: Raub von Amts wegen. Zur Rolle von Verwaltung, Wirtschaft und Öffentlichkeit bei der Enteignung und Entschädigung der Juden in Bremen, Bremen 2014, S. 28f.

4 Gesetz über Änderung der Vorschriften über die Reichsfluchtsteuer, RGBl I (Jg. 1934) S. 392f.

5 Vgl. hierzu den Beitrag von Laura Radel in diesem Band.

6 Vgl. BaIcar: Raub von Amts wegen, S. 30f.

7 Vgl. ebd., S. 29f.

8 Vgl. Eidesstattliche Versicherung Gerdy Kleinman vom 23.9.1963, StAB 4,54 E 10466.

9 Vgl. Renemann: Stolpersteinbiographie zu Siegmund, Frieda und Helmut Rosenberg, S. 155f.

Bereits 1933 waren die argentinischen Einwanderungsbedingungen unter dem Vorwand von Wirtschaftskrise und Arbeitslosigkeit verschärft worden.¹⁰ Die Einreisenden mussten Arbeitsverträge oder Kapital vorweisen. Eine andere Möglichkeit der Einreise waren die so genannten *Hamadas*. Verwandte ersten Grades, also Eltern, Kinder, Geschwister, Tanten, Onkel oder Neffen und Nichten, konnten Einreiseanträge stellen.¹¹ Auch die Rosenbergs hatten, wie *Quelle 1* zeigt, Verwandte in Argentinien. Eine weitere Alternative zur legalen Einreise war der kostspielige Erwerb eines Touristenvisums.¹²

Mit dem Spanischen Bürgerkrieg und dem Anschluss Österreichs kamen immer mehr, von der katholisch-konservativen Regierung unerwünschte Flüchtlinge nach Argentinien. Dabei wollte man aus politischen Gründen nicht nur Kommunistinnen und Anarchisten, sondern auch jüdische Migranten fernhalten. Sie galten als nicht anpassungsfähig. In Évian machte die argentinische Regierung keinerlei Zugeständnisse. Stattdessen wurde die legale Einreise nach der Konferenz unter dem Eindruck der Delegierten, man wolle Argentinien eine Masse von Flüchtlingen aufdrücken, weiter erschwert. Noch im selben Monat, am 28. Juli 1938, wurde das *Dekret 8972* erlassen, welche Grenzkontrollen und Einreisebestimmungen zum 1. Oktober 1938 verschärfte. Die Möglichkeiten des Touristenvisums wurde beschränkt, eine strengere Eignungsprüfung der Emigranten eingeführt und die *Hamadas* auf Kinder und Eltern beschränkt.¹³ Das Dekret löste eine Welle von Einreiseanträgen aus, da viele befürchteten, nach dem 1. Oktober keine Chance zur legalen Einwanderung mehr zu haben. Zeitweise stellte die argentinische Einwanderungsbehörde, deren Chef Santiago Perlata bekennender Antisemit war, ihren Betrieb ganz ein.¹⁴ Ausser dem Dekret erschien ein geheimes Rundschreiben, das *Circular II*¹⁵, welches sich an Konsuln und Botschafter weltweit richtete. Es wies die Beamten an, alle Arten von Visa für Menschen zu verweigern, welche augenscheinlich in ihrem Heimatland als unerwünscht oder ausgewiesen galten. Willkür und Bestechungen waren die Folge.¹⁶

10 Die Argentinische Einwanderungspolitik bevorzugte traditionell weisse Europäerinnen und Landwirtinnen. Die Mehrheit der in den 1930er Jahren vom NS als Juden Verfolgte passte nicht in dieses Wunschbild. Vgl: Mettauer, Phillip: *Erzwungene Emigration nach Argentinien. Österreichisch-jüdische Lebensgeschichten*, Wien 2010, S. 85.

11 Vgl. Mettauer: *Erzwungene Emigration*, S. 88f.

12 Vgl. ebd.

13 Vgl. ebd., S. 90 und Newton, Ronald C.: *The Nazi Menace in Argentina 1931-1947*, Stanford 1992, S. 150f.

14 Vgl. Mettauer: *Erzwungene Emigration*, S. 90f.

15 Vgl. hierzu den Beitrag von Lars Nothdurft in diesem Band.

16 Vgl. Mettauer: *Erzwungene Emigration*, S. 90f.

Auch wenn wir die genauen Umstände der Ablehnung des Einreiseantrags der Familie Rosenberg bisher nicht kennen, ist es sehr wahrscheinlich, dass er eben dieser Politik zum Opfer fiel.

Das Gepäck der Rosenberg lagerte bei einem Spediteur in den Niederlanden und wurde dort im Oktober 1941 von den Deutschen beschlagnahmt.¹⁷ Die Familie wusste offenbar nichts über den Verbleib ihres Umzugsguts. In einem Schreiben vom 1. Oktober 1939 an den Oberfinanzpräsidenten in Bremen (*Quelles*) erklärte Frieda Rosenberg:

*«Da unsere Sachen irrtümlich nach Argentinien im vorigen Jahr gingen, da wir dahin auswandern wollten, habe ich nur das notwendigste bei mir.»*¹⁸

Frieda lebte zu diesem Zeitpunkt bei Verwandten in Bremen. Sie war allein zurückgeblieben. Ihr Mann und ihre Kinder befanden sich im Ausland.¹⁹

Gerdy war die Ausreise bereits 1938 gelungen. Die damals 19-jährige erhielt ein Visum für die USA und ging am 24. September 1938 in New York an Land. Von dort aus versuchte sie in den folgenden Jahren ihre Eltern bei der Auswanderung aus Deutschland zu unterstützen. Doch zunächst soll die Fluchtgeschichte ihres Bruders Helmut näher beleuchtet werden.

HELMUT ROSENBERG – EIN KIND AUF DER FLUCHT

Über Helmut's Lebensweg ist bisher am wenigsten bekannt. Nach der gescheiterten Ausreise im August 1938 lebte Helmut mit seinen Eltern in der Hastedter Heerstrasse 313. Am 5. November 1938 meldete er sich nach Wesermünde, am 15. November nach Hamburg ab. Er reiste vermutlich in Begleitung seiner Mutter Frieda, welche sich laut ihrer Bremer Einwohnermeldekarte bis zum 21. November 1938 ebenfalls in Hamburg aufhielt.²⁰

Helmut war in Hamburg in der Bundesstrasse 35 gemeldet. Dort befanden sich die Wohnungen des Samuel Levy Stifts, einer jüdischen Wohlfahrtseinrichtung. Nach

¹⁷ Vgl. Schreiben Niederländisches Staatliches Institut für Kriegsdokumentation an den Rechtsanwalt Fred Meyerhoff vom 23.11.1962, StAB 4,54 E 10466.

¹⁸ Schreiben Frieda Rosenberg an den Oberfinanzpräsidenten Weser-Ems vom 01.10.1939, StAB 4,42/3-37.

¹⁹ Vgl. ebd.

²⁰ Vgl. Einwohnermeldekartei Bremen für das Ehepaar (Siegmond und Frieda) Rosenberg, StAB 4,82/1-1279 (231) und Helmut Rosenberg, StAB 4,82/1-1279 (211).

Willen des Stifters lebten dort vor allem hilfsbedürftige «Glaubensjuden».²¹ Ob Helmut dort allein oder bei Verwandten lebte, ist unklar. Ebenso ungeklärt ist, wie lange und zu welchem Zweck er sich in Hamburg aufhielt.

Seine Spur führt weiter in die Niederlande. Im März 2019 wurde für Helmut ein Stolperstein in der Sophiastraat 37 in Gouda verlegt. Laut der im Internet veröffentlichten Biographie kam Helmut bereits im November 1938 mit einem Kindertransport in die Niederlande.²² Diese Information konnte jedoch nicht bestätigt werden. Nachzeitigem Kenntnisstand wurde Helmut zunächst nicht offiziell in den Niederlanden registriert, sondern lebte bei Enoch Enno Kargauer und seiner Frau Minna Kargauer-Rosenberg. Letztere kam aus Leer und könnte eine Verwandte der Familie väterlicherseits gewesen sein.²³

Später findet sich Helmut's Spur in verschiedenen Einrichtungen für Geflüchtete wieder, so etwa auf einer Quarantänestation und in einem Flüchtlingscamp in Amsterdam, sowie in einem Jungenwohnheim in Rotterdam, Westersingel.²⁴ Er lebte dann in Rotterdam gemeinsam mit dem Jungen Heinz Lewkonja bei der Familie Kirchheim. Mit ihnen zog er weiter nach Gouda, wo er ab Juni 1941 in der Sophiastraat gemeldet war und auch die Jugendfarm Catherinahoeve besuchte.²⁵ Auf der Farm wurden jüdische Jugendliche vor allem durch landwirtschaftliches Training auf eine Auswanderung nach Palästina vorbereitet.²⁶

Helmut's Lebensweg ist exemplarisch für die Situation der jüdischen Flüchtlingskinder in den Niederlanden.

Nach der Reichspogromnacht und dem daraus resultierenden Druck der jüdischen Hilfsorganisationen sowie der Öffentlichkeit, wurden die strengen niederländischen Einreisebestimmungen im November 1938 für eine begrenzte Zahl an Flüchtlingen noch einmal gelockert. Diese Ausnahme betraf vor allem Kinder. Neben den Kindertransporten, welche nicht nur nach Grossbritannien, sondern in kleinerem Rahmen

21 Vgl. Lohmeyer, Susanne: Stolpersteinbiografie Heinrich Harth, online in: http://www.stolpersteine-hamburg.de/index.php?MAIN_ID=7&BIO_ID=739 (zuletzt abgerufen am 15.3.2019).

22 Vgl. Citroen, Soesja: Verhalen bij de plaatsing van Stolpersteine op 11 maart 2019, online in: <http://www.goudsmetaheerhuis.nl/verhalen2019.html> (zuletzt abgerufen am 15.3.2019).

23 Vgl. Email von Miriam Keesing an Anja Hasler vom 20.3.2019.

24 Vgl. Duitse Oorlogskinderen In Nederland: Eintrag zu Helmut Rosenberg, Online in: <http://www.dokin.nl/deceased-children/helmut-rosenberg-born-22-mar-1924>.

25 Vgl. Joodse Monument: Eintrag zu Helmut Rosenberg, Online in: <https://www.joodsmonument.nl/nl/page/226608/helmut-rosenberg>.

26 Vgl. Verzetmuseum Zuidholland: Gouda in de Tweede Wereldoorlog, online in: <http://verzetmuseum-zh.nl/index.php/home-museum/aandachtsgebieden/gouda-in-de-tweede-wereldoorlog> (2016).

auch in die Niederlande stattfanden, überquerten in diesem Zeitraum viele Kinder die Grenze illegal oder erhielten die Einreiseerlaubnis über Verwandte vor Ort.²⁷ Unabhängig davon, wie sie in die Niederlande gelangten, war es ihnen nach offizieller Registrierung nicht mehr erlaubt, bei ihren Verwandten zu leben. Die Familienmitglieder vor Ort wurden zwar zur Kasse gebeten, die Unterbringung erfolgte aber in Pflegefamilien oder staatlichen Einrichtungen. Zweck dieser Massnahme war es, die Einwanderung besser kontrollieren zu können. Die Kinder wechselten häufig ihre Unterkunft, da viele der eingerichteten Heime wegen schlechter Bedingungen wieder geschlossen wurden. Ab Januar 1939 wurde seitens der Regierung die Unterbringung in Pflegefamilien favorisiert und erneut mussten viele Kinder den Wohnort wechseln. Etwa 700 jüdische Flüchtlingskinder lebten in Pflegefamilien. Auch leibliche Eltern(teile) mussten einen Antrag als Pflegefamilie stellen, um ihre Kinder zurückzubekommen. So kam es, dass viele von ihnen jahrelang getrennt von ihren Familien leben mussten, auch wenn sich diese inzwischen im Land befanden.²⁸ So könnte es auch Helmut ergangen sein, der weder bei Familie Kargauer-Rosenberg geblieben ist, noch zu seinem Vater Siegmund zog, der sich ab Juni 1939 ebenfalls in den Niederlanden aufhielt.

Der Überfall der Wehrmacht im Mai 1940 veränderte die Situation der Flüchtlingskinder dramatisch. Einige Unterkünfte wurden evakuiert und jüdische Familien gezwungen, die Küstenregionen zu verlassen.²⁹ Nach und nach wurde ihr Leben durch antisemitische Massnahmen eingeschränkt. So wurde etwa im September 1941 das Verbot erlassen, öffentliche Veranstaltungen und Einrichtungen zu besuchen.³⁰ Für Kinder wie Helmut musste sich das wie eine Wiederholung des in Deutschland durchlebten Albtraums angefühlt haben.

Am 5. Februar 1943 wurde Helmut unter unbekanntem Umständen in das Lager Westerbork eingeliefert und bereits vier Tage später nach Auschwitz deportiert. Er wurde dort am 30. April 1943 ermordet, wie aus einer Bescheinigung des Niederländischen Roten Kreuz (*Quelle 4*) hervorgeht.

Es gibt mehrere Indizien, die auf eine Beeinträchtigung oder Erkrankung Helmut schliessen lassen. Im Februar 1939 hatte ihm der Nervenarzt J.J. van Straaten einen

27 Vgl. Keesing, Miriam: Refugee children from the Third Reich in foster care in the Netherlands, online in: http://www.dokin.nl/publications/misjopge_refugee_children_english (2010).

28 Vgl.ebd.

29 Vgl. Kausch, Christine: «Viel früher als die niederländischen Juden müssen sie sich vogelfrei gefühlt haben». Jüdische Flüchtlinge in den Niederlanden 1940-1942, in: Fritz Bauer Institut (Hrsg.): Der Holocaust. Neue Studien zu Tathergängen, Reaktionen und Aufarbeitungen (Jahrbuch 2017 zur Geschichte und Wirkung des Holocaust), Frankfurt a.M. 2017, S. 79-98, hier: S. 83.

30 Vgl.ebd., S. 94.

«gering entwickelten Intellekt» bescheinigt.³¹ Die Forscherin Miriam Keesing erinnert sich an ein Dokument aus Gouda, in dem es über Helmut heisst: «sick very often, a school at a low level was advisable even though in some ways one would get very right answers from him. With good guidance something can be reached»³². Weiterhin taucht in seinen Unterlagen des Lagers Westerbork die Adresse einer psychiatrischen Einrichtung, der *Willem Arntsz Hoeve* in Den Dolder auf.³³ All diese Umstände können aber ebenso auf eine Traumatisierung als Folge der Erfahrungen von Flucht und Verfolgung hindeuten. Hieran wird deutlich, wie wenig wir trotz Kenntnis der äusseren Umstände über die Menschen und ihre Schicksale wissen.

SIEGMUND ROSENBERG – ÜBER DEN ATLANTIK UND ZURÜCK

In der Reichspogromnacht in Bremen wurde auf Befehl des Bürgermeisters und SA-Gruppenführers Heinrich Böhmcker zerstört, geplündert und gemordet. Nachdem die erste Welle von Übergriffen abgeebbt war, wurden die SA-Führer um 2 Uhr nachts angewiesen, Juden aus ihren Häusern zu holen und zu verhaften.³⁴ Siegmund Rosenberg, welcher sich inzwischen Selig nannte³⁵, lebte mit seinem Neffen Herbert Leeser in der Hastedter Heerstrasse 313. Seine Frau Frieda und sein Sohn Helmut waren in dieser Nacht nicht in Bremen. Das Haus in der Hastedter Heerstrasse gehörte dem jüdischen Geschäftsmann Erich Alexander, einem Cousin Frieda Rosenbergs. Die Fensterscheiben des Hauses wurden in der Nacht zertrümmert und seine Bewohner festgenommen.³⁶ Gemeinsam mit mindestens 176 weiteren männlichen Gefangenen mussten Rosenberg und sein Neffe am Morgen des 10. Novembers 1938 durch die Stadt zum Zuchthaus Bremen-Oslebshausen marschieren. Einen Tag später wurden sie in das Konzentrationslager Sachsenhausen deportiert.³⁷

31 Vgl. Bescheinigung des Nervenarztes J.J. van Straaten vom 15.2.1939 und Anfrage des Jüdischen Flüchtlingscamps in Rotterdam West vom 16.2.1939, online in: <http://www.dokin.nl/deceased-children/helmut-rosenberg-born-22-mar-1924> (zuletzt abgerufen am: 17.3.2019).

32 Vgl. Email von Miriam Keesing an Anja Hasler vom 20.3.2019.

33 Vgl. Email von Jose Martin, Mitarbeiter der Gedenkstätte Westerbork, an Peter Christoffersen vom 16.4.2012.

34 Dieser Befehl Böhmckers ging auf eine Anweisung der Gestapo zurück. Vgl. Brinkhus, Jörn: Novemberpogrome 1938 im Land Bremen (Kleine Schriften des Staatsarchivs Bremen Bd. 48), Bremen 2013, S. 20.

35 Die Umstände dieser Namensänderung sind noch ungeklärt.

36 Vgl. Dünzelmann, Anne E.: Juden in Hastedt. Zur Geschichte jüdischen Lebens in Bremen seit 1782, Bremen 1995, S. 120.

37 Vgl. Brinkhus, Jörn: Novemberpogrome 1938, S. 26.

Siegmond Selig Rosenberg war nur wenige Tage, bis zum 24. November 1938, in Sachsenhausen inhaftiert.³⁸ Die Häftlinge erhielten bei Entlassung die Auflage, sich um Auswanderung zu bemühen.³⁹

Im Februar 1939 fiel das Haus in der Hastedter Heerstrasse 313 der «Arisierung» zum Opfer. Erich Alexander wurde enteignet, und die Rosenbergs zogen in den Ostertorsteinweg 77.⁴⁰

Mit Unterstützung seiner Tochter Gerdy, die sich in New York von Verwandten Geld leihen konnte, unternahm Selig Rosenberg einen erneuten Versuch, aus Deutschland zu fliehen.⁴¹ Am 12. Mai 1939 meldete er sich in Bremen ab, um einen Tag später mit der MS «ST. LOUIS» nach Kuba zu fahren.⁴²

Nach einer zweiwöchigen Fahrt über den Atlantik erreichte das Schiff am 27. Mai Havana. Doch die kubanische Regierung erteilte keine Einreiseerlaubnis und weigerte sich, die Flüchtenden aufzunehmen. Auch die USA und Kanada lehnten ihre Aufnahme ab und so musste das Schiff nach Europa umkehren.⁴³

Nach der mehr als tragischen Rückfahrt der «ST. LOUIS» und der Landung in Antwerpen im Juni 1939, wurden die Passagiere schliesslich auf England, Frankreich, die Niederlande und Belgien umverteilt. Rosenbergs Weg führte in die Niederlande. Vielleicht hatte er sich hierfür sogar eingesetzt, da sich zu diesem Zeitpunkt bereits sein Sohn Helmut in den Niederlanden aufhielt. Ob Vater und Sohn Kontakt hatten, ist nicht bekannt. Am 18. Juni kam Selig in Rotterdam an und ab August 1939 war er in der Oostelijke Handelskade Nr. 34 in Amsterdam gemeldet.⁴⁴ Dort befand sich ein Hotel der Royal Holland Lloyd, welches seit 1935 ungenutzt war und ab 1939 zur Flüchtlingsunterkunft um-

38 Vgl. Eintrag zu Selig Siegmund Rosenberg im Gedenkbuch «Opfer der Verfolgung der Juden unter der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft in Deutschland 1933-1945», online in: <http://www.bundesarchiv.de/gedenkbuch/de952235>.

39 Vgl. von der Born, Jana Sophie: Novemberpogrome 1938 in Niedersachsen und Bremen, online in: <https://pogrome1938-niedersachsen.de/bremen/> (zuletzt abgerufen am: 17.3.2019).

40 Vgl. Dünzelmann: Juden in Hastedt, S. 122f. und Balz, Hanno: Die «Arisierung» von jüdischem Haus- und Grundbesitz in Bremen (Schriftenreihe Erinnern für die Zukunft, Bd. 2), Bremen 2004.

41 Vgl. Schreiben des Anwalts Fred Meyerhoff an das Bremer Landesamt für Wiedergutmachung vom 2.11.1961, StAB 4,54 E 10466.

42 Vgl. Einwohnermeldekartei Bremen für das Ehepaar (Siegmond und Frieda) Rosenberg, StAB 4,82/1-1279 (231) sowie Passagierliste der MS «ST. LOUIS», online in: <https://www.ushmm.org/online/st-louis/list.php>.

43 Vgl. hierzu den Beitrag von Matthias Loeber in diesem Band.

44 Vgl. Auskunft Einwohnermeldekartei Amsterdam zu Selig Rosenberg vom 20.7.1962, StAB 4,54 – E 10466.

funktioniert wurde. Nach kurzem Bestehen wurde die Unterkunft allerdings wieder geschlossen und die Bewohner mussten in ein benachbartes Gebäude umziehen.⁴⁵

Wie lange Selig in der Oostelijke Handelskade geblieben ist, konnte noch nicht geklärt werden.

Wie für die anderen Passagiere auch, bedeutete die Rückkehr der MS «ST. LOUIS» für Selig Rosenberg eine Fortsetzung der Bedrohung und Verfolgung durch den Nationalsozialismus. Nach der Besetzung der Niederlande durch die Wehrmacht im Mai 1940, waren besonders Emigranten aus Deutschland von den ersten Verhaftungswellen betroffen. Da die niederländische Regierung bereits im März 1938 damit begonnen hatte, alle jüdischen Flüchtlinge zu registrieren, waren diese für die deutschen Besatzer schnell auffindig zu machen.⁴⁶ Am 1. Juli 1940 wurde Selig in das Lager Westerbork eingeliefert, wie eine Auskunft des niederländischen Roten Kreuz bescheinigt (*Quelle 5*).

Westerbork, von der niederländischen Regierung 1939 als zentrales Flüchtlingslager für jüdische Emigrantinnen eingerichtet, unterstand ab dem 1. Juli 1940 dem Justizministerium und der Militärpolizei. Militärischer Drill, Zwangsarbeit und eine drastische Verschlechterung der Lebensbedingungen waren die Folge. Das Lager wurde von den Besatzern zum Transitlager für die Deportationen niederländischer Juden in die Vernichtungslager im Osten ausgebaut. Am 1. Juli übernahm der Befehlshaber der Sicherheitspolizei und des SD offiziell das neue «Polizeiliche Durchgangslager Westerbork».⁴⁷ Insgesamt wurden von dort aus mehr als 100'000 Juden deportiert.⁴⁸ Aus einem Schreiben seiner Ehefrau Frieda geht hervor, dass er zu 40% kriegsverletzt war und im Frühjahr 1941 eine kleine monatliche Unterstützung von ihr erhielt.⁴⁹ Als einer der «alten Lagerinsassen» blieb er zunächst von der Deportation verschont.⁵⁰ Sein Sohn Helmut dagegen hielt sich hier nur wenige Tage bis zu seinem Weitertransport auf. Eine Begegnung der beiden erscheint daher unwahrscheinlich. Am 18. Januar 1944 wurde Selig Rosenberg nach Theresienstadt deportiert. Von dort kam er nach Auschwitz, wo er am 8. Oktober 1944 ermordet wurde (*Quelle 5*).

45 Vgl. Keesing, Miriam: Refugee Homes in NL. Lloyd Hotel, online in: <http://www.dokin.nl/refugee-homes-in-nl/amsterdam-lloyd-hotel> (zuletzt abgerufen am 17.3.2019).

46 Vgl. Kausch: «Viel früher als die niederländischen Juden...», S. 81f.

47 Vgl. Hajková, Anna: Das Polizeiliche Durchgangslager Westerbork, in: Benz, Wolfgang; Distel, Barbara (Hrsg.): Terror im Westen. Nationalsozialistische Lager in den Niederlanden, Belgien und Luxemburg 1940-1945 (Geschichte der Konzentrationslager Bd. 5), Berlin 2004, S. 217-248, hier: S. 218-220.

48 Vgl. ebd., S. 241.

49 Vgl. Schreiben von Frieda Rosenberg an die Devisenstelle Bremen vom 20.2.1941, StAB 4,42 – 3-37.

50 Vgl. Hajková, Anna: Das Polizeiliche Durchgangslager Westerbork, S. 220.

FRIEDA ROSENBERG – WETTLAUF GEGEN DIE ZEIT

Nachdem ihr Mann und ihr Sohn das Land verlassen hatten, blieb Frieda allein in Bremen zurück und kam bei Verwandten unter. Vermutlich hatte ihre Tochter Gerdy, die in New York als Kellnerin arbeitete, im Frühjahr 1939 nur die Mittel für eine Passage nach Kuba aufreiben können. Da ihrem Vater nach der Entlassung aus dem KZ Sachsenhausen weitere Verfolgung drohte, ist die Entscheidung nicht schwer nachvollziehbar. Es dauerte zwei weitere Jahre, bis sich für ihre Mutter Frieda eine Gelegenheit zur Ausreise bieten sollte.

Am 27. Mai 1941 buchten Gerdy und ihr Mann, Sam Kleinman, beim Reisebüro Trace Service eine Schiffspassage für Frieda. Von Lissabon aus sollte es mit der britischen Reederei Port Line im September desselben Jahres nach New York gehen. Der Hafen von Lissabon war 1941 eine der letzten Möglichkeiten für Flüchtende, über den Atlantik zu kommen. Es gab einen regelrechten Kampf um Fahrkarten und Visa und die portugiesischen und US-amerikanischen Linien waren bereits Monate im Voraus ausgebucht.⁵¹

Die Vorbereitungen der Nazis für die Vernichtung der Juden waren zu diesem Zeitpunkt bereits in vollem Gange und Frieda Rosenberg konnte die begehrte Passage aus bisher unbekanntem Gründen nicht mehr antreten.⁵² Vielleicht war es ihr, mittellos und in ihrem Pass als Jüdin ausgewiesen, nicht mehr möglich nach Lissabon zu reisen, oder sie wartete, wieso viele andere, vergebens auf die benötigten Papiere zur Aus- und Einreise. Seit Mai 1941 war allen Juden im besetzten Belgien und Frankreich die Ausreise untersagt. Im Oktober folgte ein allgemeines Auswanderungsverbot für die deutschen Juden.⁵³

Im November 1941 wurde Frieda schliesslich in das Ghetto in Minsk deportiert.⁵⁴ Am 17. November hatten 443 Juden in Bremen und Umgebung den Befehl erhalten, sich in Sammelstellen einzufinden. Am folgenden Tag fand die Deportation statt.⁵⁵ Im Zuge dessen wurden sie zwangsenteignet und staatenlos.⁵⁶ Auch Friedas Schwes-

51 Vgl. Heine Teixeira, Christina: Wartesaal Lissabon 1941. Hannah Arendt und Heinrich Blücher, online in: <http://www.hannaharendt.net/index.php/han/article/view/99/164> (2006).

52 Vgl. Bescheid des Bremer Landesamtes für Wiedergutmachung vom 12.12.1961, StAB 4,54 E 10465.


53 Vgl. Bundeszentrale für politische Bildung: Vor 75 Jahren. Ausreiseverbot für Juden, online in: <http://www.bpb.de/politik/hintergrund-aktuell/235829/1941-ausreiseverbot-fuer-juden> (2016).

54 Vgl. Bescheid des Landesamtes für Wiedergutmachung vom 3.8.1956, StAB 4,54 E 10465.

55 Vgl. Christoffersen, Peter: «Es war ein einziges Grauen». Die Deportationen Bremer Juden in das Ghetto Minsk und ihre Vernichtung, in: Christoffersen, Peter; Johr, Barbara (Hrsg.): Stolpersteine in Bremen. Biografische Spurensuche Schwachhausen/ Horn-Lehe, Bremen 2017, S. 18f.

56 Vgl. ebd., S. 21f.

209 B



Sam Kleinmann
316 W 88th Street
New York TR 4-9420

TRAVEL OFFICE

55 WEST 42nd STREET, NEW YORK, N. Y. BRYANT 9-1161

RESERVATION BLANK 577

Name Rosenberg Frieda Profession _____

Address Bremen, Blankenburgerstr 26 Adults 1 Children _____ Servants _____

Phone _____

Tours: _____

Airplane: _____ Line: _____

Bus: _____ Line: _____

Steamer: _____ Lines Port. Line

Rail Road: _____

Canal: _____ Line: _____

Class _____

From Lisbon To New York

Leaving on or about September Arriving _____

Bed Berth 12th Upper Lower Bath Shower

Hotels: EP AP Doubt room with _____ bath Single with _____ bath
for _____ night

Meals _____

Remarks: Consulate : Hamburg

Rate including cables, expenses	\$ 317.-
Supplement	
Port Taxes	
Other Taxes	
U.S. Taxes	
Cable	8.-
Letters of Credit	
Traveler Checks	
Currency	
Hotels	
Meals	
Baggage Insurance	
Service	25.-
Grand Total	350.-
Deposit No. _____	Deposit <u>300.-</u>
	Balance due <u>50.-</u>


Date May 27th, 1941. Booked by Lowinger

Deposit received by _____

Rate checked by _____

Ticket No. _____ Issued _____

Balance has to be paid at least six days before leaving, otherwise reservations are not guaranteed.


 Name of Applicant

PAID in full
19/1941

Quittung des Reisebüros Trace Service für die Schifffspassage Lissabon – New York, StAB 4,54-E 10465

ter Irma Leeser, deren Mann Justus, ihr Cousin Erich Alexander sowie weitere entfernte Verwandte wurden deportiert.⁵⁷

Es ist nicht überliefert, wie Frieda Rosenberg im Ghetto Minsk ums Leben gekommen ist. Vermutlich starb sie auf Grund von Kälte und den katastrophalen Lebensbedingungen oder bei den Massenermordungen im Verlaufe des Jahres 1942.⁵⁸ Von den ca. 7'000 nach Minsk deportierten Juden haben nach aktuellen Erkenntnissen 48 überlebt, davon 6 Männer aus Bremen.⁵⁹

Frieda Rosenberg blieb verschollen und wurde am 8. September 1948 mit Wirkung zum 9. Mai 1945 für tot erklärt.⁶⁰

Wie aus einer Eidesstattlichen Erklärung hervorgeht, erfuhr Gerdy Kleinman erst Jahre später von dem endgültigen Schicksal ihrer Familie, als sie 1953 in Bremen einen Antrag auf ihre Todeserklärung stellte. (*Quelle 6*)

FAZIT

Die Wege der Familie Rosenberg spiegeln ein Leben zwischen Hoffnung und Verzweiflung wider. Sie hatten, wie so viele als Juden Verfolgte, versucht, sich durch die Flucht ins Ausland zu retten. Doch die Ausplünderung durch den NS und die verschärften Einwanderungsbedingungen in Europa und Übersee liesen ihnen kaum eine Chance. Die Tragik ihrer Einzelschicksale macht betroffen, traurig, vielleicht auch wütend. Doch wir können anhand ihrer Geschichte(n) die Wirkung der politischen Massnahmen und Vorgänge auf den Einzelnen begreifen und ihre Bedeutung erahnen. Die restriktive Flüchtlingspolitik der potentiellen Zielländer, die gescheiterte Diplomatie, die Mechanismen der Ausgrenzung bis hin zur Shoah bekommen so ein Gesicht. Es ist deswegen umso wichtiger, dass der einzelne Mensch nicht in Vergessenheit gerät, sondern ihm ein Raum in der Geschichtsschreibung der Gegenwart gegeben wird.

57 Vgl. Liste der nach Minsk verschleppten jüdischen Mitbürger aus dem Regierungsbezirk Stade, in: Staatsarchiv Bremen (Hrsg.): Es geht tatsächlich nach Minsk (Kleine Schriften des Staatsarchiv Bremens, Heft 21), Bremen 2001, S. 105-107.

58 Vgl. Rentrop-Köcher, Petra: Die Sonderghettos für deutsche Juden im besetzten Minsk (1941-1943), in: Meyer, Beate: Deutsche Juden in Ghettos und Lagern (1941-1945). Lodz, Chelmno, Minsk, Riga, Auschwitz, Theresienstadt, Berlin 2017, S. 88-109, hier: S.98f. und S. 102-105.

59 Vgl. ebd., S. 109.

60 Vgl. Bescheid des Landesamtes für Wiedergutmachung vom 3.8.1956, StAB 4,54 E10465.

QUELLE 1 | 25. JUNI 1962 – FRED MEYERHOFF AN DAS LANDESAMT FÜR WIEDERGUTMACHUNG – BETRIFFT GESCHEITERTE AUSREISE NACH ARGENTINIEN, ENTHÄLT AUCH EINEN BRIEF VON FRIDA ROSENBERG AN IHREN NEFFEN KARL HEINZ LEESER AUS DEM JAHR 1938

St AB 4,54-E 10466

Fred Meyerhoff
Rechtsanwalt
2112 Broadway
New York 23,
N.Y.
Tel: Susquehanna 7-31
15 25. Juni 1962

VIA AIR MAIL

An das Landesamt für Wiedergutmachung Meinkenstrasse 1
Bremen
Germany

In der Entschädigungssache Gerdy Kleinman nach ihrem Vater Siegmund Rosenberg,
-Aktz. 4080/E 10466/lb, –

nehme ich höflichst Bezug auf Ihr Schreiben vom 21. März 1962. In der Anlage überreiche ich beglaubigte Photokopie eines Schreibens der Frau Frieda Rosenberg, der Mutter der Antragstellerin, aus dem Jahre 1938, gerichtet an ihren Neffen Karl Heinz Leeser in Argentinien. Hieraus ergibt sich eindeutig, dass die Familie Rosenberg beabsichtigte, am 31. August (1938) nach Argentinien auszuwandern. Ferner liegt mir ein ebenfalls an Herrn Karl Heinz Leeser gerichtetes Schreiben seines Bruders Herbert vom 7.9.1938 vor, in dem er folgendes ausführt: «Rosenbergs sind nicht gefahren, wie ich Dir wohl schon geschrieben habe und hat Onkel Siegmund gestern erfahren, dass seine Sachen in Hamburg mit verladen sind und hat er nun den Spediteur für den Schaden haftbar gemacht»... Hierdurch werden die Angaben der Antragstellerin rahmenmässig bestätigt.

Die Überfahrt des Herrn Rosenberg an Bord der «St. Louis» nach Kuba und seine Rückkehr nach Amsterdam wird durch die von Ihnen eingeholte Auskunft des EMA-Bremen bestätigt. Sofern sie weiteres Beweismaterial hierüber wünschen, bitte ich Sie

höflichst, sich direkt an das Einwohnermeldeamt sowie an das Polizeirevier in Amsterdam zu wenden.

Bezüglich des Namens des von der Antragstellerin angegebenen Reisebüros in Hamburg teilt mir diese nunmehr mit, dass lt. ihren Verwandten in Argentinien der Name desselben nicht Hermann und Schuhmann, sondern Heumann und Schumann lautete.

Sofern der Auswanderungskostenanspruch noch weiter aufklärungsbedürftig erscheint, bitte ich höflichst, mir eine diesbezügliche Auflage zu machen, andernfalls wäre ich für baldige antragsgemässe Entscheidung dankbar.

Hochachtungsvoll

Fred Meyerhoff,⁶¹

Rechtsanwalt

JL: em

Anl.

Lieber Karl Heinz. Nun bin ich hier bei deinen 1. Eltern und habe Bremen verlassen um die grosse Reise nach dort anzutreten. Hoffentlich geht es dir nach Wunsch. Hoffentlich sehen wir uns dort gesund wieder. Nun sind inzwischen wohl schon viele 1. Verwandte dort angelangt und haben sich inzwischen schon eingelebt bis wir kommen. Wenn alles klappt fahren wir am 31. Aug. fort. Lieber Karl Heinz kannst du dich wohl mal erkundigen ob es da ein Heim gibt, wo wir evtl. Helmut unterbringen können. Wo er ein Handwerk erlernt und gleichzeitig die Sprache. Vielleicht hörst du dich für mich u. Gertrud mal um einerlei im Haushalt, oder bei Kindern. Wir sprechen täglich von dir. Dass [zwei Worte unleserlich bzw. durch Locher beschädigt] nicht gedacht, vor einem Jahr, dass es so kommen würde. Die 1. Mutter freut sich sehr, dass ich noch mal gekommen bin. Deine 1. Eltern freuen sich sehr, dass du so fleissig schreibst. Mein 1. Karl Heinz auf ein frohes gesundes Wiedersehen freut sich deine Tante Frieda.

[Zusatz in anderer Handschrift]

Die Eltern des Karl Heinz Leeser, Justus und Irma Leeser, lebten in Bremerhaven – s. E8435 und E8436 –. Irma Leeser war eine geborene Silberberg. Sie war am 1.10.1886 in Bassum geboren und anscheinend die Schwester der Frieda Rosenberg.

Rut 18/11.63

61 Handschriftliche Unterschrift.

QUELLE 2 | FEBRUAR 1963 – EIDESSTATTLICHE VERSICHERUNG GERDY KLEINMAN – VERKAUF DER WOHNUNGSEINRICHTUNG VOR DER REISE NACH ARGENTINIEN

StAB 4,54-E 10466

Eidesstattliche Versicherung

Hierdurch versichere ich, die Endesunterzeichnete, Gerdy Kleinman geb. Rosenberg, wohnhaft 645 West 160th Street, New York 32, N.Y., das Folgende an Eidesstatt, mit dem Wesen einer eidesstattlichen Versicherung vertraut:

Vor unserer geplanten Auswanderung nach Argentinien sahen sich meine Eltern veranlasst, ihre gesamte Wohnungseinrichtung zu verkaufen. Sie hatten die Absicht, von dem Erlös Gegenstände zu erwerben, diese in einem Lift nach Südamerika mitzunehmen und dort für unseren Lebensunterhalt zu verkaufen. Nach meiner besten Erinnerung setzte sich unsere Wohnung im Hause Feldstrasse 22 in Bremen wie folgt zusammen:

1 grosses Wohn- und Speisezimmer:

- 1 Ausziehtisch mit 8 ledergepolsterten Stühlen
- 2 Armsessel
- 1 dunkles Mahagonie-Buffer mit Glasscheiben, enthaltend Speiseservice für 12 Personen, Kristall und Silber
- 1 achteckiger Cocktail-Tisch mit Marmorplatte
- 1 Schreibtisch
- 1 Anrichte
- 1 Teewagen
- 1 Ledersofa
- 1 Bettsofa
- 1 Ziehlampe mit antiken Perlen
- 1 grosser Wandspiegel
- 2 Albrecht Dürer Stiche
- 3 Ölgemälde
- 1 Perserteppich
- 2 Brücken
- 1 Schlafzimmer (dunkles Mahagonie)
- 2 Betten
- 3 Nachttische
- 4 Nachttischlampen

- 1 grosse Kommode
- 2 doppelter Kleiderschrank
- 3 Stühle
- 1 Läufer
- 2 Mädchenschlafzimmer (helle Eiche)
- 3 Betten
- 4 Nachttische
- 5 Nachttischlampen
- 1 Kommode
- 2 Kleiderschränke
- 3 Bettvorlagen
- 1 Läufer
- 2 Küche, bestehend aus üblichen Möbeln

Ausserdem: Tisch- und Bettwäsche, 6 Federbetten, 10 Federkissen, Gardinen und Vorhänge.

Die Möbel stammten zum Teil aus der Zeit der Eheschliessung meiner Eltern (1918), zum anderen Teil waren sie im Laufe der Jahre erneuert bzw. dazugekauft worden. So wurde z.B. das Mädchenschlafzimmer anlässlich meines 13. Geburtstages, also im Jahr 1932, eingerichtet. Ich schätze den Wert der vorstehenden Einrichtung im Zeitpunkt der Verschleuderung auf ungefähr RM 20'000 bis 25'000.

Nach meiner besten Erinnerung hatten meine Eltern seinerzeit eine Anzeige in die Zeitung gesetzt, derzufolge sehr viele Leute ins Haus kamen. Ich erinnere mich noch genau, dass meine Mutter damals sehr geweint hat, weil sie die teuren Möbel zu einem lächerlichen Preis weggeben musste. Mir ist nicht bekannt, welchen Erlös meine Eltern hierfür erzielten.

New York, den ? Februar 1963
Gerdy Kleinman

Vor mir, einem für State und County of New York zugelassenen Notar erschien heute, von Person bekannt, Mrs. Gerdy Kleinman, wohnhaft an der obigen Adresse. Die vorstehende Erklärung wurde ihr vorgelesen; sie bestätigte deren Richtigkeit und beschwor und unterzeichnete sie alsdann vor mir.

New York, den ? Februar
1963 Irving Singer

QUELLE 3 | **FRIEDA ROSENBERG AN DEN OBERFINANZPRÄSIDENTEN
WESER-EMS VOM 1.10.1939**

StAB 4,42/3-37

JS 206/1

Bremen d. 1.10.39

An den Oberfinanzpräsident Weser Ems
Bremen

Möchte Ihnen auf Ihr Schreiben vom 30. 09. 39 höflich⁶² mitteilen, dass ich, seit Mai ganz alleine noch hier bin, da mein Mann und Kinder sich im Ausland befinden, seit einem Jahr weder Wohnung noch Zimmer hatten und bei Verwandten waren. Seit Mai ist mein Mann fort und bin ich bei Verwandte Lemhoff hier, voll und ganz untergebracht und werde von Ihnen gepflegt. Da unsere Sachen irrtümlich nach Argentinien im vorigen Jahr gingen, da wir dahin auswandern wollten, habe ich nur das notwendigste bei mir.

Hochachtend

Frieda Sara Rosenberg Ostertorsteinweg 77

QUELLE 4 | **BESCHEINIGUNG DES NIEDERLÄNDISCHEN
ROTEN KREUZ ZU HELMUT ROSENBERG VOM 4.8.1953**

StAB 4,75/12-3067

Informatiebureau van het

Nederlandsche Roode Kruis

's- Gravenhage, 4. August 1953

Afdelning: J

Dossier No.150139

Betrifft:

Ihr Brief v. 24.7.1953

Bescheinigung

Unterzeichneter, Direktor des «Informatiebureau van het Nederlandse Roode Kruis», bestätigt hierdurch, dass laut der ihm zur Verfügung

⁶² Im Original: höfl.

Helmut Rosenberg

geboren: 22. März 1924 in Bassum (Dld)

letzter Wohnsitz: Gouda, R.v.Catsweg 61

am 5. Februar 1943 ins K.L. Westerbork (Holland) eingeliefert und am 9. Februar 1943 aus rassistischen Gründen, und zwar wegen jüdischer Abstammung, vom K.L. Westerbork nach Auschwitz deportiert wurde.

Obengenannte Person gilt als gestorben am 30. April 1943 in Auschwitz.

Am 26. April 1951 ist beim Standesamt in Gouda laut Bekanntgabe im niederländischen Staatsanzeiger gleichen Datums von der zuständigen Kommission Anzeige gemacht worden vom Ableben der in dieser Bescheinigung erwähnten Person.

Es wird noch darauf hingewiesen, dass sobald die gesetzlich vorgeschriebene Frist von drei Monaten verstrichen ist, die Ausstellung der Sterbeurkunde erfolgt und beglaubigte Abschriften beim dortigen Standesamt erhältlich sind.

[unleserlich]

Für J. van de Vosse

Direktor

QUELLE 5 | **BESCHEINIGUNG DES NIEDERLÄNDISCHEN ROTEN KREUZ ZU SIEGMUND (SELIG) ROSENBERG VOM 4.8.1953**

StAB 4,54-E 10466

Informatiebureau van het
Nederlandsche Roode Kruis
's-Gravenhage,
4. August 1953 Afdeling:
J Dossier No.150139

Betrifft:

Ihr Brief v. 24.7.1953

Bescheinigung

Unterzeichneter, Direktor des «Informatiebureau van het Nederlandsche Roode Kruis», bestätigt hierdurch, dass laut der ihm zur Verfügung stehenden Angaben Siegmund (selig) Rosenberg

geboren: 2. September 1890 in Leer (Dld),

1. Adr: Amsterdam, D. Willinkpl 2,

stehenden Angaben aus rassischen Gründen, und zwar wegen jüdischer Abstammung am 1. Juli 1940 in K.L. Westerbork (Holland) eingeliefert wurde.

Deportation erfolgte am 18. Januar 1944 vom K.L. Westerbork aus nach Theresienstadt. Am 6. Oktober 1944 wurde er von Theresienstadt nach Auschwitz überstellt. Obgenannte Person ist nach den hier vorhandenen Unterlagen am oder etwa 8. Oktober 1944 in Auschwitz gestorben.

(gez) J. van de Vosse
Direktor

**QUELLE 6 | EIDESSTATTLICHE VERSICHERUNG
VON GERDY KLEINMAN VOM 17.4.1953**

StAB 4,75/12-3067

State of New York
County of New York

Eidesstattliche Versicherung

Hierdurch versichere ich, die Endesunterzeichnete, Gerdy Kleinman geb. Rosenberg, wohnhaft 645 West 160th Street, New York 32, N.Y., das Folgende an Eidesstatt, mit dem Wesen einer eidesstattlichen Versicherung vertraut:

Mein Vater Siegmund Rosenberg wurde am 2. September 1890 zu Leer (Ostfriesland) geboren. Nachdem er im Jahre 1938 von den Nazis zeitweilig verhaftet war, versuchte mein Vater, mit der St. Louis die Zulassung in Kuba zu erreichen. Bekanntlich wurde der Transport nicht zugelassen und mein Vater gelangte nach Amsterdam. Dieses war im Jahre 1939. Er hielt sich dort auf, bis er etwa im Jahre 1940 verhaftet und in das Konzentrationslager zu Westerbork verbracht wurde. Mein Vater hielt sich offenbar bis zum Jahre 1944 in diesem Lager auf, denn ich erhielt eine letzte Nachricht von ihm durch das Rote Kreuz im Jahre 1944. Von dieser Zeit ab hatte ich keinerlei Nachrichten mehr von meinem Vater und ich muss annehmen, dass er, wie die meisten in Holland verhafteten Juden, nach dem Osten abtransportiert wurde und dort seinen Tod gefunden hat. Meine Bemühungen, ein Lebenszeichen von ihm zu erhalten, waren leider erfolglos.

Meine Mutter Frieda Rosenberg, geb. Silberberg, wurde am 8. Mai 1889 geboren. Meines Wissens war der Geburtsort Bassum, möglicherweise Hemelingen b/Bremen. Meiner Mutter ist es nicht mehr gelungen, Deutschland zu verlassen. Ich war im Jahre 1938 nach den vereinigten Staaten ausgewandert und erhielt das letzte Lebenszeichen von meiner

Mutter im Jahr 1940⁶³. Nach Kriegsende habe ich vergeblich versucht, Kontakt zu meiner Mutter zu bekommen, jedoch vergeblich. Ich muss daher leider annehmen, dass meine Mutter ebenfalls nicht mehr lebt. Mein Bruder Helmut Rosenberg wurde am 22. März 1924 zu Bassum geboren. Ende 1938 ist mein Bruder nach Holland ausgewandert und ist dort, soweit ich mich entsinne, in einem Umschichtungslager bis etwa 1940 gewesen. Von dieser Zeit ab habe ich keine Nachricht von meinem Bruder mehr gehabt und ich weiss nichts über sein Schicksal. Meine Bemühungen, nach dem Waffenstillstand ein Lebenszeichen von ihm zu bekommen, sind vergeblich geblieben. Ich muss daher annehmen, dass auch er nicht mehr lebt. Mein Bruder war unverheiratet.

Der letzte inländische Wohnsitz meiner Eltern war in Bremen. Mein Vater und mein Bruder lebten letztlich Feldstrasse 22, während meine Mutter letztlich auf der Brandenburgerstrasse⁶⁴ 26 wohnte.

New York, den 17. April 1953

Gertrud Kleinman, geb. Rosenberg

Vor mir, einem für State und County of New York zugelassenen Notar erschien heute, von Person bekannt, Mrs. Gerdy Kleinman, wohnhaft an der obigen Adresse. Die vorstehende Erklärung wurde ihr verlesen; sie bestätigte deren Richtigkeit und beschwor und unterzeichnete sie alsdann vor mir.

New York, den 17. April 1953

Fred Meyerhoff Notary Public

63 Gemeint sein müsste eigentlich 1941. In diesem Jahr wurde zumindest noch eine Schiffspassage für die Mutter gebucht.

64 Muss «Biankenburgerstrasse» heissen.

NUR EINE ATEMPAUSE

Das Schicksal der «ST. LOUIS» – Passagiere nach der Landung in Antwerpen

Joscha Glanert

Am 17. Juni 1939 kehrte die «ST. LOUIS», 36 Tage nachdem sie Hamburg verlassen hatte, nach Europa zurück und landete in Antwerpen. Nach längeren Verhandlungen, insbesondere mit *dem American Jewish Joint Distribution Committee (JDC)*, waren schliesslich England, Frankreich, Belgien und die Niederlande bereit, die 906¹ Flüchtlinge, die sich an Bord der «ST. LOUIS» befanden, aufzunehmen und untereinander aufzuteilen. Dabei nahm England 287 Menschen auf, Frankreich 224, Belgien 214 und die Niederlande 181. Die Verteilung auf die vier Länder erfolgte durch das Bordkomitee der «ST. LOUIS», welches sich vor allem mit Morris C. Troper vom *JDC* abstimmte.² (*Quelle 7*) Die Flüchtlinge, die in Havanna das Schiff verlassen hatten, und die, die von England aufgenommen wurden, überlebten die Shoa. Jene, die in Frankreich, Belgien und den Niederlanden blieben, waren der Gefahr ausgesetzt, nach der Besetzung dieser Länder von den Nationalsozialisten interniert, deportiert und ermordet zu werden. Viele von ihnen versuchten weiterhin, zum Teil erfolgreich, über andere, beschwerliche und gefährliche, Wege zu fliehen, meist in die Vereinigten Staaten von Amerika. 254 der nach Europa zurückgekehrten Juden wurden ermordet, oft nach einem langen Leidensweg durch verschiedene Lager.³ Von den 224 Flüchtlingen, die hofften in Frankreich eine Zuflucht gefunden zu haben, ermordeten die Nationalsozialisten 86, von den 181 in den Niederlanden Aufgenommenen wurden 82 ermordet und 85 der 214, die in Belgien geblieben waren. Familien wurden auseinandergerissen, Kinder verloren ihre Eltern, ganze Familien wurden ausgelöscht. An den Toten und Internierten, die Passagiere der «ST. LOUIS» waren

1 Die «ST. LOUIS» verliess Hamburg am 13.5.1939 mit 937 Menschen an Bord. Ein Passagier starb während der Überfahrt, 28 Passagiere durften in Havanna von Bord, da sie über gültige Visa verfügten. Unter Ihnen befanden sich auch 22jüdische Flüchtlinge, unter anderem die Familie Friedman, auf die näher eingegangen wird.

2 Siehe zum Bordkomitee den Beitrag von Matthias Loeber und zu Morris C. Troper den Beitrag von Vivien Mikos und Jan-Mathis Tietjen in diesem Band.

3 Vgl. Online-Ausstellung des USHMM zur «MS ST LOUIS», unter: <https://www.ushmm.org/online/st-louis/>, aufgerufen am 17.3.2019

und zu Opfern der Nationalsozialisten wurden, obwohl sie den rettenden Hafen bereits vor Augen hatten, zeigt sich die ganze Grausamkeit der Vernichtungspolitik.

Im Folgenden werden sechs Familien vorgestellt, deren Schicksale nach ihrer Fahrt mit der MS «ST. LOUIS» Einblicke in die unterschiedlichen Lebenswege der Flüchtlinge an Bord geben.⁴ Die Familie Friedman, die zu den wenigen Glücklichen gehörte, die bereits in Kuba von Bord gehen konnten; die Familien Dingfelder und Grünthal, die von den Niederlanden aufgenommen wurden; Familie Dublon, die in Belgien bleiben konnte, und die Familien Manasse und Karliner, die in Frankreich unterkamen.

FAMILIE FRIEDMANN

An Bord der «ST. LOUIS» waren aus der Familie Friedmann:⁵

Georg Friedmann, geb. am 16. Januar 1897 in Czempin, Posen.

Lillian Friedmann, geb. Bach, am 30. Mai 1906 in München.

Amalie Friedmann, geb. am 28. Juli 1871 in Zerkow.

Bruno Friedmann, geb. am 20. Februar 1894, in Czempin, Posen.

Cecilia Back, geb. Friedmann, am 26. Februar 1891 in Berlin.

James Back, geb. am 4. Februar 1887 in Berlin.

Georg und Lillian Friedmann waren Kaufleute und betrieben in ihrem Wohnort Schwandorf gemeinsam mit zwei Partnern ein Modehaus. Georgs Bruder Bruno und seine Mutter Amalie wohnten auch in Schwandorf. Die Schwester von Georg und Bruno, Cecilia Back lebte gemeinsam mit ihrem Mann in Berlin. Aus der Korrespondenz mit der Hamburg-Amerika-Linie (Hapag) geht hervor, dass sich insbesondere Lillian und Georg Friedmann um die Auswanderung der Familie kümmerten. Vor der Ausreise war Georg Friedmann im KZ Dachau interniert. Spätestens ab Anfang Oktober 1938 begann die Familie, ihre Flucht vorzubereiten. Zuerst beantragte sie Reisepässe. Kurz darauf nahm sie Kontakt mit der Hamburg-Amerika-Linie auf und erkundigte sich über Ausreisemöglichkeiten nach Kuba. Zunächst buchte die Familie eine Passage für den 27. Mai 1939 an Bord der «ORINOCO», jenem Schiff, das bereits kurz nach der Abfahrt nach Cuxhaven zurück-

⁴ Sofern nicht anders angegeben sind sämtliche Informationen zu diesen Familien aus der Sammlung des USHMM unter: <https://collections.ushmm.org>, aufgerufen am 17.3.2019, der Online-Ausstellung zur «MS ST LOUIS» des USHMM, unter: <https://www.ushmm.org/online/st-louis/>, aufgerufen am 17.3.2019 oder der Online-Fassung des Gedenkbuches des Bundesarchives, unter: <https://www.bundesarchiv.de/gedenkbuch/>, aufgerufen am 17.3.2019, entnommen.

⁵ Hinweise zu der Familie Friedmann sind überwiegend aus der Sammlung Friedmann des Leo Baeck Institute NY entnommen.



Familie Friedman auf der Gangway der «ST. LOUIS» in Hamburg, Leo Baeck Institute NY

kehren musste, da die «ST. LOUIS» nicht in Kuba landen durfte.⁶ Letztlich gelang es ihnen jedoch, sechs Tickets für die «ST. LOUIS» zu erhalten, die zwei Wochen früher ablegte. In ihren Reisevorbereitungen wurde die Familie von ihrer in New York lebenden Cousine Sadie Annenberg unterstützt. Der finanziellen Hilfe ihrer Cousine verdankte es die Familie vermutlich auch, dass sie über gültige Visa verfügte. Die Familie gehörte zu den 22 Flüchtlingen, die von den kubanischen Behörden die Erlaubnis erhielten, von Bord zu gehen, da sie nicht nur über Landeerlaubnisse verfügte. Amalie Friedmann ist noch auf Kuba verstorben, die übrigen fünf Familienmitglieder konnten jedoch im Laufe des Jahres 1940 in die Vereinigten Staaten Weiterreisen. Am 8. März 1946 erhielt Georg Friedman seine US-amerikanische Einbürgerungsurkunde.⁷

FAMILIE DINGFELDER

An Bord der «ST. LOUIS» befanden sich aus der Familie Dingfelder:

Leopold, geb. am 13. Mai 1886 in Ühlfeld.

Johanna, geb. Wormser, am 13. Mai 1886 in Zeitlofs.

Rudi, geb. am 21. April 1924 in Ühlfeld.

⁶ Siehe hierzu die Artikel von Lea Bussas und Lars Nothdurft in diesem Band.

⁷ Vgl. Einbürgerungsurkunde Georg Friedman, Leo Baeck Institute, Center for Jewish History NY, AR 72231/5 Georg and Lillian Friedmann Collection, S47/1.



Familie Dingfelder, v.l. Leopold, Johanna und Rudi Dingfelder an Bord der St. Louis, USHMM Nr. 31698.

Nach der Landung liess sich Familie Dingfelder zunächst in Gouda nieder.⁸ Nachdem die Niederlande am 28. Mai 1940⁹ von der Wehrmacht besetzt wurde, internierten die Nationalsozialisten die Familie im Oktober 1942 in Westerbork¹⁰. Johanna und Leopold wurden kurz danach nach Auschwitz deportiert und am 5. Februar 1943 ermordet. Rudi wurde am 9. Oktober von der Gestapo verhaftet und ebenfalls in Westerbork interniert. Am 20.

8 Vgl. The Dingfelder Family, unter: <https://www.ushmm.org/exhibition/st-louis/story/dingfeld/>, aufgerufen am 17.3.2019.

9 Der als «Fall Gelb» bezeichnete Teil des deutschen Westfeldzuges umfasste unter anderem den am 10.5.1940 durchgeführten Überfall auf die Niederlande, Belgien und Luxemburg. Diese Invasion endete am 28.5.1940 mit der Kapitulation der belgischen Streitkräfte. In der Folge wurden alle drei Länder durch die deutsche Wehrmacht besetzt.

10 Das Lager Westerbork diente nach dem Einmarsch der deutschen Wehrmacht als Durchgangslager, von dem aus die internierten in verschiedene Konzentrations- und Vernichtungslager deportiert wurden. Vor dem Krieg diente es der niederländischen Regierung als «Zentrales Flüchtlingslager», in dem insbesondere jüdische Flüchtlinge, die aus Deutschland und Österreich in die Niederlande gekommen waren, aufgefangen wurden. Die ersten Internierten waren 22 ehemalige Passagiere der «ST. LOUIS», die am 9.10.1939 in das Lager kamen. Die Lebensbedingungen wurden von vielen Internierten nur als wenig besser empfunden, als sie es zum Teil aus den deutschen Konzentrationslagern kannten. Vgl. <https://www.kampwesterbork.nl/de/geschiedenis/fluechtlingslager>, aufgerufen am: 17.3.2019.

Februar 1943 wurde er in das KZ Vught¹¹ deportiert, am 17. September 1943 wurde er wieder im Lager Westerbork inhaftiert. Am 3. März 1944 deportierten ihn die Nationalsozialisten in das KZ Auschwitz, wo sie ihn zur Arbeit in der *Siemens-Schuckert* Fabrik zwangen. Im Januar 1945 wurde er in das KZ Buchenwald transportiert. Kurz darauf wurde er mit anderen Insassen auf einen der Todesmärsche in das Lager Sachsenhausen geschickt. Auf dem Weg dorthin versuchte er zusammen mit vier Häftlingen zu fliehen. Drei von ihnen wurden erschossen und der vierte starb kurze Zeit später. Rudi wurde von alliierten Truppen gefunden und nach Gouda zurückgebracht. Er überlebte als einziger der Familie die nationalsozialistische Herrschaft und wanderte 1946 in die USA aus.

FAMILIE DUBLON

Aus der Familie Dublon versuchten mit der «ST LOUIS» zu fliehen:

Otto Wilhelm Willi, geb. am 13. September 1889 in Apolda.

Erna Dora, geb. Beerman, am 27. Januar 1903 in Steinfurt.

Lore Lotte, geb. am 26. August 1927 in Erfurt.

Eva, geb. am 13. September 1933 in Erfurt.

Erich, geb. am 6. November 1890 in Apolda.

Willi und Erna Dublon lebten mit ihren Töchtern Lore und Eva in Erfurt, wo er ein Schuhgeschäft der Kette *Salamander Schuhe* betrieb. 1938 bewarb sich die Familie um Visa für die USA. Da sie Deutschland möglichst schnell verlassen wollten und wussten, dass es einige Zeit dauern könnte bis sie diese erhielten, buchten sie eine Passage auf der «ST. LOUIS», um zunächst nach Kuba zu gelangen und später von dort aus in die USA einzuwandern. Mit an Bord war auch Willis jüngerer Bruder Erich, der während der Fahrt ein «Bordtagebuch» führte. Nachdem das Schiff in Antwerpen angekommen war, wurde die Familie von Belgien aufgenommen, wo Erna Verwandte hatte. Nach der Besetzung Belgiens internierten die Nationalsozialisten die gesamte Familie in Mechelen¹². Erich Dublon

11 Das Konzentrationslager Vught war eines von fünf deutschen Konzentrationslagern in den Niederlanden. Es wurde am 5.1.1943 eröffnet und stand als einziges Lager ausserhalb des Deutschen Reiches unter direkter Aufsicht des SS-Wirtschafts- und Verwaltungshauptamtes. Am 6. und 7. 6.1943 wurde von den Nationalsozialisten mitgeteilt, dass alle jüdischen Kinder das Lager verlassen müssten und in ein spezielles Kinderlager verbracht werden würden. Stattdessen wurden sie jedoch zunächst in das Durchgangslager Westerbork und von dort aus weiter in das Vernichtungslager Sobibor deportiert, wo alle getötet wurden. Nachdem die alliierten Truppen das Konzentrationslager im Herbst 1944 befreit hatten, wurde es zunächst als Internierungslager genutzt, auch für die Bevölkerung aus verschiedenen deutschen Gemeinden, in denen deutsche Kollaborateure vermutet wurden.



Die Familie Dublon mit anderen Passagieren an Bord der St. Louis, Erna und Erich sitzen auf dem Geländer, Eva und Lore stehen vor ihrem Vater Willi, USHMM Nr. 30787.

wurde am 11. August 1942 nach Auschwitz deportiert und am 3. September ermordet. Die Familie wurden am 15. Januar 1944 ebenfalls nach Auschwitz deportiert, wo Willi, Erna und Eva ermordet wurden. Lore wurde in das Aussenlager Gollerschau gebracht, wo auch sie umgebracht wurde.

FAMILIE GRÜNTHAL

An Bord der «ST. LOUIS» befanden sich zehn Mitglieder der Familie Grünthal:

Adolf, geb. am 30. September 1896, in Gleiwitz,

Bertha-Ellen, geb. Eckstein, am 7. Januar 1901 in Zobten,

12 Das SS-Sammellager Mechelen diente als Durchgangslager für die Deportation in deutsche Vernichtungslager.

Lutz, geb. am 22. November 1928 in Gleiwitz,
 Horst-Martin, geb. am 29. Juni 1930 in Gleiwitz.
 Walter, geb. am 26. November 1898 in Gleiwitz,
 Margarete, geb. Goldschmidt, am 14. August 1902 in Lissa,
 Ruthild, geb. am 21. März 1928 in Gleiwitz,
 Sibyll, geb. am 15. März 1931 in Gleiwitz.
 Lici Dzialowski, geb. Grünthal, am 10. Februar 1894 in Gleiwitz,
 Bruno Dzialowski, geb. am 6. November 1890 in Apolda.

Lici zog nach ihrer Hochzeit mit Bruno Dzialowski nach Liegnitz. Die anderen Familienmitglieder lebten alle in Gleiwitz. Vor 1939 waren die beiden Brüder Adolf und Walter im KZ Buchenwald inhaftiert. Nach ihrer Freilassung versuchten die Familien gemeinsam zu fliehen. Nach der Landung der «ST. LOUIS» in Antwerpen, baten die Brüder das Bordkomitee, die Familien nicht zu trennen (*Quelle 8*). Alle drei Familien wurden von den Niederlanden aufgenommen und erreichten Rotterdam am 25. Juni 1939. Dem elfjährigen Lutz und seinem neunjährigen Bruder Horst-Martin wurde, nachdem die Familien Amsterdam erreichten, angeboten nach Palästina auszuwandern. Aus Sorge, das Leben dort sei zu schwer, lehnten sie dies jedoch ab. Die drei Familien wurden zunächst in das Internierungslager Heijplaat¹³ geschickt und anschliessend in dem «Zentralen Flüchtlingslager» Westerbork interniert. Während Lici und ihr Mann bis zum Ende des Krieges dort interniert blieben, wurden die anderen acht Familienmitglieder am 4. September 1944 nach Theresienstadt deportiert. Von dort aus transportierten die Nationalsozialisten sie am 29. September oder 4. Oktober 1944 nach Auschwitz. Sibyll wurde am 6. Oktober 1944, Horst-Martin und Berta am 25. Oktober 1944 ermordet. Ruthild wurde am 28. Februar 1945 für tot erklärt, an dem Tag, an dem auch Lutz ermordet wurde. Auch Walter, und Margarete Grünthal überlebten Auschwitz nicht. Adolf Grünthal wurde zunächst in dem Arbeitslager Auschwitz III-Monowitz inhaftiert, am 2. Februar 1945 wurde er im Aussenlager Góleschau ermordet.

Die einzigen Überlebenden der zehnköpfigen Familie waren Lici und Bruno Dzialowski, die nach der Befreiung zunächst nach Palästina emigrierten und schliesslich nach Deutschland zurückkehrten.

13 Einige Quellen nennen Heijplaat als ehemalige Quarantänestation in Rotterdam, die 1939 als Kinderheim genutzt wurde. Da viele der von den Niederlanden aufgenommenen Flüchtlinge zunächst [Vgl. FN 12] in Sammellagern interniert wurden ist es auch möglich, dass nur die Kinder vorläufig nach Heijplaat kamen. Wo die Familie in diesem Fall vor der Eröffnung des Lagers Westerbork untergebracht war, ist nicht bekannt.



Familie Grünthal; v.r. Bertha Grünthal, Adolf Grünthal, Margarete Günthal und Lici Dzialowski in Gleiwitz, USHMM, Nr. 65950.

FAMILIE MANASSE

Aus der Familie Mariasse waren an Bord der «ST. LOUIS»:

Herbert, geb. am 16. Oktober 1899 in Berlin.

Emmy, geb. Salomon, am 24. Mai 1904 in Berlin.

Wolfgang, geb. am 14. März 1929 in Berlin.

Ida, geb. Cossman, am 10. Dezember 1870 in Sodin.

Herbert und Emmy lebten mit ihrem Sohn Wolfgang und Herberts Mutter Ida im Berliner Bezirk Wilmersdorf, heute Charlottenburg-Wilmersdorf. An Bord der «ST. LOUIS» war Herbert Manasse eines der fünf Gründungsmitglieder des Bordkomitees, das sich bemühte, eine Lösung für die Notlage der Flüchtlinge zu finden. Die Familie wurde von Frankreich aufgenommen. Sie versuchte vermutlich erneut aus Europa zu fliehen, diesmal über Italien. Bekannt ist, dass alle vier Familienmitglieder im Lager Borgo San Dalmazzo interniert waren. Von dort aus wurden sie am 21. November 1943 zunächst in das Sammellager Drancy deportiert und am 7. Dezember 1943 nach Auschwitz transportiert, wo die gesamte Familie ermordet wurde.

FAMILIE KARLINER

Die sechsköpfige Familie Karliner an Bord der «ST. LOUIS» bestand aus:

- Joseph, geb. am 27. Juni 1888 in Peiskretscham.
- Martha, geb. Weissler, am 11. Juli 1895 in Nikolai.
- Ilse, geb. am 11. Januar 1923 in Peiskretscham.
- Walter, geb. am 11. August 1924 in Peiskretscham.
- Herbert, geb. am 3. September 1926 in Peiskretscham.
- Ruth, geb. am 10. Oktober 1927 in Peiskretscham.

Familie Karliner besass einen Gemischtwarenladen, den Martha die meiste Zeit führte, während Josef Pferdehandel betrieb. In der Nacht vom 9. auf den 10. November 1938 wurde der Laden zerstört und Josef in Buchenwald interniert. Nachdem Martha für ihren Mann ein Visum für die Einreise in Shanghai erworben hatte, wurde er nach zwei Monaten frei gelassen. Da dieses Visum jedoch nur für Josef galt, versuchte die Familie einen alternativen, gemeinsamen Weg für die Auswanderung zu finden, und buchte eine Passage auf der »ST. LOUIS«.

Die Familie wurde in Frankreich aufgenommen. Walter, Herbert und Ruth wurden in ein Kinderheim des Œuvre de secours aux enfants (*OSE*)¹⁴ in der Nähe von Paris untergebracht, wo sie bis zum November 1939 blieben. Anschliessend wurden sie in ein Heim in Creuse gebracht, wo Walter für einen Tischler und Herbert in einer Bäckerei arbeitete. Ruth konnte zu ihren Eltern und ihrer älteren Schwester Ilse gehen, die in Mirebeau lebten. 1941 zog Walter in ein anderes Heim des *OSE* in Montintin und begann dort eine Ausbildung zum Tischler. Am 26. August 1942 durchsuchten französische Polizisten das Heim in Chaumont und nahmen alle Kinder fest, die älter als 16 waren, unter ihnen auch Herbert. Da er nachweisen konnte, dass er erst eine Woche später 16 werden würde, liess man ihn jedoch frei. Der *OSE* schickte ihn daraufhin in ein Heim in Masgellier, wo er ein weiteres halbes Jahr blieb. Daerfürchtete, dass dieses Heim ebenfalls durchsucht werden würde, floh Herbert im Februar 1943 gemeinsam mit einem Freund in Richtung der spanischen Grenze.

Als sie sich dieser näherten, erfuhren sie von Mitgliedern der Resistance, dass es nicht mehr möglich sei, die Grenze sicher zu überqueren. Sie wurden nach Lyon geschickt. Dort sollten sie erfahren, wie sie in die Schweiz gelangen könnten. Sie schlugen sich nach Annemasse durch, wo sie erfuhren, dass auch eine Flucht in die Schweiz nicht mehr mög-

14 Der französische Zweig der 1921 in St. Petersburg gegründeten Organisation, die frei übersetzt als «Kinderhilfswerk» bezeichnet werden kann, war vor und während des Zweiten Weltkrieges eine der wichtigsten Organisationen zur Rettung jüdischer Kinder in Frankreich. Nach dem Krieg kümmerte sich die *OSE* auch um überlebende Kinder und Jugendliche aus Konzentrationslagern und organisierte unter anderem ihre Emigration nach Israel. Inzwischen kümmert sich die Organisation insbesondere um kranke und beeinträchtigte Kinder.



Familie Karliner, Joseph Karliner mit seinen Kindern Ruth und Herbert an Bord der St. Louis, USHMM Nr. 24786.

lich war. Sie gingen zu einem Hof in Tayulers, der von mehreren zionistischen Mitgliedern der *Éclaireuses Israélites*, einer jüdischen Pfadfinderorganisation, betrieben wurde. Da die Farm jedoch bereits viele Flüchtlinge aufgenommen hatte, wurden Herbert und sein Freund weiter nach Treves geschickt, wo sie bis zu ihrer Befreiung 1944 versteckt blieben. Walter überlebte die letzten beiden Kriegsjahre an verschiedenen Orten, unter anderem in einer Nervenheilanstalt in Narbonne und auf einem Hof in Castelsarrasin. Schliesslich wurde er von den *Éclaireuses Israélites* in ein Heim in Saint Junien geschickt, wo er das Kriegsende erlebte. Nach der Befreiung Frankreichs trafen sich Walter und Herbert in Paris. 1946 emigrierten beide gemeinsam in die USA. Sie waren die einzigen Überlebenden ihrer Familie. Ihre Mutter Martha und ihre Schwestern Ilse und Ruth waren in Drancy interniert und am 6. November 1942 nach Auschwitz deportiert worden.

Ihr Vater Josef wurde ebenfalls in Drancy interniert und am 20. November 1943 nach Auschwitz deportiert. Martha, Josef, Ilse und Ruth wurden in Auschwitz ermordet. Das Schicksal dieser sechs Familien zeigt nur einen Ausschnitt des Martyriums, das viele der Flüchtlinge der «ST. LOUIS» durchleben mussten. Statt eine sichere Zuflucht auf Kuba zu finden, wurden Familien auseinandergerissen, Menschen verfolgt und ermordet. Schon vor der Planung der Auswanderung wurden sie schikaniert und in Lagern interniert. Sobald sie ihre Auswanderung planten, wurde diese Schikane noch verstärkt. Den Menschen wurden ihre sämtlichen finanziellen Mittel genommen, für jegliche Transaktionen musste eine Genehmigung der Devisenstelle eingeholt werden, ihre Geschäfte wurden, wenn dies nicht bereits geschehen war, beschlagnahmt. Die Behörden legten ihnen, wo sie nur konnten, immer wieder Steine in den Weg.

Dieser mühsame Weg bis zur Ausreise aus Deutschland und insbesondere die langwierige Auseinandersetzung mit der Bürokratie ist unter anderem in der Sammlung Friedmann, die im Leo Baeck Institute überliefert ist, sehr gut dokumentiert (*Quellen 1-5*). An ihr lässt sich auch nachvollziehen, wie intensiv sich die Familie um eine Fluchtmöglichkeit bemühte. Obwohl es ihr gelungen war, eine Passage an Bord der «ORINOCO» zu buchen, versuchte sie weiterhin eine frühere Ausreisemöglichkeit in Richtung Kuba zu finden. Dass sie, trotz ihrer eigentlich guten finanziellen Situation, auf die Hilfe von Verwandten in den USA angewiesen waren, zeigt, wie schwierig es den Menschen jüdischen Glaubens gemacht worden war, das Land zu verlassen. Die Überfahrt selbst begann beinahe wie eine Vergnügungsfahrt, wie Erich Dublon in seinem «Bordtagebuch» (*Quelle 6*) schrieb. Nachdem die kubanische Regierung das Schiff abgewiesen hatte, wurde jedoch nach und nach aus Hoffnung Verzweiflung.

Insbesondere das *JDC*, aber auch andere Organisationen, bemühten sich nach der Rückkehr der «ST. LOUIS» möglichst vielen Passagieren weiter zu helfen. So wurde unter anderem versucht Kinder, auch ohne ihre Eltern, aus Europa zu bringen. Einigen wurde, wie Lutz und Horst-Martin Grünthal eine Passage nach Palästina angeboten, andere wurden über Casablanca und andere Orte nach England oder in die USA geschickt. Der Brief von Leslie o' Heath an Howard Wriggins vom American Friends Committee (*Quelle 9*) führt auch einige Namen der Kinder auf, die mit ihren Familien an Bord der «ST. LOUIS» gewesen waren. Bei der Unterstützung der Kinder arbeitete das *JDC* auch mit dem *OSE* zusammen, Diane Afoumado zitiert hierzu ein Schreiben des *OSE* an das *JDC* in dem die Kinder aufgeführt werden, die in Frankreich vom *JDC* unterstützt wurden und zuvor Passagiere auf der «ST LOUIS» waren:

Heilbrunn, Inge	Montintin, dann Le Gouret
Heilbrunn, Ruth	Montintin, dann Le Gouret
Hess, Ilse	Montintin
Hess, Vera	Montintin
Joel, Gunther	Chaumont
Joseph, Brigitte	Masgelier
Karliner, Herbert	Chaumont
Karliner, Walter	Chaumont
Mendel, Elisabeth	Masgelier
Mendel, Karl	Masgelier
Rotholz, Horst	Montintin
Schelansky, Hans	Montintin
Skotzky, Helga	Montintin
Skotzky, Ilse	Montintin
Windmüller, Hans	Montintin
Windmüller, Rudi	Montintin» ¹⁵

Von diesen 27 Kindern und Jugendlichen die sich in der Obhut des OSE befanden und damit vermeintlich in Sicherheit wähnten, wurden mindestens zehn verschleppt, interniert und ermordet.

15 Zitiert nach: Afoumado, Diane: Exil Impossible. L'errance des Juifs du paquebot 'St-Louis', Paris 2005, S. 218-219.

QUELLE 1 | 25. NOVEMBER 1938 – HAMBURG-AMERIKA-LINIE AN LILLIAN FRIEDMANN – GEPLANTE REISE NACH KUBA

*Leo Baeck Institute, Center for Jewish History NY, AR 7223
1/4 Georg and Lillian Friedmann Collection, S47/1*

Hamburg-Amerika Linie

Reisebüro der Hamburg-Amerika Linie, München 2 M

14/14-2

München, den 25. November 1938

Frau L. Friedmann
Schwandorf b/Regensburg
Adolf Hitlerstrasse 13

Betr.: Ihre und Ihrer Angehörigen geplante Reise nach Cuba.

Wir beziehen uns höflich auf die vor einigen Tagen mit Ihnen gehabte Unterredung und teilen Ihnen mit, dass wir uns inzwischen über unsere Zentrale in Hamburg mit dem dortigen Generalkonsulat von Cuba in Ihrer Angelegenheit besprochen haben. Neben einem

ausgestellt von gültigen Reisepass,
poliz. Führungszeugnis der letzten 5 Jahre,
Gesundheitsattest in deutscher und span. Sprache,
Dr. K.Peter, Hamburg-Tropen-Institut,
einem Landungsdepot von USA. \$.500.- pro Person
muss nach den letzten Bestimmungen ein unwiderruflicher Kredit für 2 Jahre bei einer Bank in Cuba auf Namen und zu Gunsten des Reisenden durch eine Bescheinigung in duplo der betreffenden Bank oder ihrer Bankvertretung in Hamburg nachgewiesen werden. Die Höhe des Kredits hängt von der Aufenthaltsdauer auf Cuba ab und wird in jedem einzelnen Falle vom Konsul in Hamburg bestimmt. Es muss aber damit gerechnet werden, dass ein Kredit von \$ 2'000.- pro Person gefordert wird. Das für die Landung auf Cuba zu stellende Depot von \$. 500.- wird von dem erwähnten Kredit nicht berührt, so dass insgesamt \$. 2 500.- pro Person bei einer Bank auf Cuba einzuzahlen wären.

Wie wir weiter aus Hamburg erfahren, sind für den Aufenthalt auf Cuba in den nächsten Tagen neue Bestimmungen zu erwarten, dass es vielleicht ratsam ist, diese erst

abzuwarten, bevor Sie sich mit Frau S.C. Anneberg in New York wegen der Kreditstellung in Verbindung setzen. Sobald uns näheres bekannt ist, werden wir Sie sofort verständigen.

Hochachtungsvoll!

Hamburg-Amerika Linie

Hauptvertretung für Bayern¹⁶

QUELLE 2 | 13. DEZEMBER 1938 – LILLIAN FRIEDMANN AN DIE
HAMBURG-AMERIKA-LINIE MÜNCHEN – PASSAGE NACH KUBA

*Leo Baeck Institute, Center for Jewish History NY, AR 7223
1/4 Georg and Lillian Friedmann Collection, S47/1*

13. Dezember 1938.

An die

Hamburg-Amerika-Linie

München 2 M.

Theatinerstr. 38.

Ihr Zeichen: 14/14-2.

Hierdurch bestaetige ich den Eingang Ihrer werten Zeilen vom 12. d.M. und teile Ihnen hierzu folgendes mit.

Ich bin mit der Unterbringung auf dem von Ihnen genannten Motorschiff «Orinoco» am 27. Mai 1939 von Hamburg nach Habana fahrend I. Klasse, fuer meinen Mann, also Georg und Lillian Friedmann einverstanden.

Anbei erhalten Sie einen Verrechnungsscheck in Hoehe von Mark 1 500.- (Eintausendfuenfhundert Mark) welchen Sie bitte sofort einloesen wollen und als Anzahlung auf 2 Schiffsplaetze fuer Georg und Lillian Friedmann verbuchen.

Wie schon fruher erwaeht, muss ich mir natuerlich Umdisposition bezueglich Schiffskarten vorbehalten, da ich ja heute noch gar nicht weiss, ob ich Einreisegenehmigung nach Cuba bekomme. In diesem Falle wuerde ich auch evtl. die Schiffskarten gerne zu einem fruheren Termine umbuchen, sofern Sie irgendwie noch Plaetze freibekommen. Es muesste dies ja dann nicht unbedingt ein Schiff der Hapag sein, sondern koennte es auch vom Nordd. Lloyd oder einer anderen Schifffahrtsgesellschaft sein, da Sie doch meines Wissens nach fuer Alle Schifffahrtsgesellschaften Plaetze verkaufen. Sollte Genehmigung zur

¹⁶ Handschriftliche Unterschrift nicht entzifferbar.

Einwanderung nach U.S.A, schon frueher kommen, so kaeme Umbuchung nach New-York direkt in Frage.

Auf jeden Fall bitte ich Sie mir ueber die geleistete Anzahlung fuer Georg und Lillian Friedmann eine Quittung zu uebersenden, und gleichzeitig eine Bestaetigung in obigem Sinne, dass also Umdisposition, wenn sie sich als noetig erweist, moeglich ist.

Was meine Schwiegermutter Frau Amanda Friedmann und deren Sohn Bruno Friedmann anbetrifft, so wird Herr Bruno Friedmann in den naechsten Tagen fuer diese 2 Personen dann selbst Disposition treffen. Sie werden dann in den naechsten Tagen von ihm hoeren.

Auf jeden Fall bitte ich Sie, meine Sache sofort zu erledigen, damit keinerlei Verzoeigerung eintritt und bitte ich um Ihre Bestaetigung.

Inzwischen zeichne ich
Hochachtungsvoll

QUELLE 3 | 4. FEBRUAR 1939 – LILLIAN FRIEDMANN AN DAS HAPAG-REISEBÜRO MÜNCHEN – AUTORISATION DER VISA

*Leo Baeck Institute, Center for Jewish History NY, AR 7223
1/4 Georg and Lillian Friedmann Collection, S47/1*

Abs.: Lillian Sara Friedmann
Schwandorf, 4. Februar 1939.
Schwandorf i/Bayern.
Adolf-Hitler-Str. 13

An die
Hamburg-Amerika-Linie, Hapag-Reisebüro
München,
Theatinerstr. 38.

Betr.: 14-14-2.
Reise nach Cuba

Soeben erhalte ich ein Telegramm von meinem Schwager aus New-York mit folgendem Inhalt:

«Go to Cuban-consul Hamburgs 6 visas authorized» und wurde dieses Telegramm im Auftrage unserer Cousine Frau Annenberg aufgegeben.

Nun habe ich unterm 15. Januar d.J. bereits an das Cubanische Konsulat geschrieben, doch bekam ich daraufhin ein allgemeines Rundschreiben, in welchem mitgeteilt wird, dass zur Erteilung von Visums die Hinterlegung von 5'000 Dollar pro Kopf nötig ist und im Übrigen Briefe und Telefonanrufe nicht beantwortet werden, sondern persönlich vorgesprochen werden muss.

Es wäre mir nun ein sehr grosser Gefallen, wenn Sie durch einen Herrn Ihrer Hamburger Filiale beim Konsulat persönlich vorsprechen liessen, wann wir zur Erteilung der Visums dorthin kommen können. Auf Grund des Telegramms nehme ich nämlich an, dass das Hamburger Konsulat bereits Anweisung hat, uns die Visums zu erteilen. Welcher Betrag für uns einbezahlt wurde, ist uns unbekannt, doch ist auf Grund des Telegramms anzunehmen, dass alles geregelt ist.

Um Sie genau zu informieren, lege ich Ihnen die Durchschrift meines seinerzeitigen Briefes an das Konsulat bei, damit Sie diese mit nach Hamburg an Ihre Filiale einsenden können. Nach Erledigung erbitte ich diese Durchschrift gelegentlich zurück. Da ich die Adresse Ihrer Hamburger Filiale nicht kenne, muss ich Sie leider hierin in Anspruch nehmen. Teilen Sie mir doch bitte aber die Adresse mit, damit ich mich nötigenfalls dann in Konsulatsangelegenheiten direkt an Ihre Hamburger Filiale wenden kann.

Für Ihre Bemühung danke ich Ihnen im Voraus bestens und zeichne hochachtungsvoll

**QUELLE 4 | 20. MÄRZ 1939 – DER OBERFINANZPRÄSIDENT DER
DEISENSTELLE NÜRNBERG AN GEORG UND LILLIAN FRIEDMANN –
BESTÄTIGUNG DER SICHERHEITSANORDNUNG**

*Leo Baeck Institute, Center for Jewish History NY, AR 7223
1/2 Georg and Lillian Friedmann Collection, S47/1*

Der Oberfinanzpräsident Nürnberg
(Devisenstelle)
Bogenstrasse 31

Nürnberg-S, 20. März 1939

Rufnummer 42791
Gesch. Nr. Sich. An.Nr. 1115/39a/An

Bei Rückschreiben ist auf obige
Gesch.-Nr. Bezug zu nehmen.

Einschreiben

Betrifft: Sicherungsanordnung gemäss §59 Dev. Ges. vom 12.12.1938

I.

Gemäss §2 Abs. 1 der Neunten Durchf. VO zum Dev. Ges. vom 20.2.1937 (RGBl. I S. 255) in Verbindung mit §37a Dev. Ges. vom 4.2.1935 in der Fassung des Gesetzes vom 1.12.1936 (RGBl. I S. 1'000) bzw. gemäss §62 Abs. 2 in Verbindung mit §59 des De.-Ges. vom 12.12.1938 (RGBl. I S. 1734 ff.) hat Ihnen die Zollfahndungsstelle Nürnberg vorläufig verboten, über die nachstehend aufgeführten Teile Ihres Vermögens zu verfügen:

Guthaben bei Bayer. Hypotheken- und Wechselbank Amberg, in Höhe von ca. 11'700.– RM wovon 9'000.– RM als gesperrt gelten.

Rückkaufswert bei der Schweizerischen Lebensvers. Ges. in München, Leopoldstr.8, in Höhe von ca. 1'767.– RM

Der Rückkaufswert darf bei Abwicklung nur auf Ihr gesperrtes Konto bei der Bayer. Hypotheken- und Wechselbank überwiesen werden.

Sie können ab 1.4.1939 monatlich über einen Betrag von RM 300.– ohne devisenrechtliche Genehmigung zum Lebensunterhalt und für kleinere Ausgaben verfügen.

Herrn

Georg Friedmann

und Frau Lillian

Schwandorf/Opf.

Adolf Hitlerstr. 13

Ich bestätige hiermit diese Massnahme (§62 Abs. 2 des Dev. Ges. vom 12.12.1938). Verfügungen über die vorstehend aufgeführten Vermögenswerte bedürfen der vorherigen Genehmigung der Devisenstelle Nürnberg.

II.

Die Kosten dieser Sicherungsanordnung hat Georg und Lillian Friedmann, Schwandorf zu tragen.

III.

Zuwiderhandlungen gegen die vorstehende Anordnung sind mit Gefängnis – in besonders schweren Fällen mit Zuchthaus bis zu 10 Jahren – bedroht.

IV.

Gegen diese Anordnung ist das Rechtsmittel der unbefristeten Verwaltungsbeschwerde zum Herrn Reichswirtschaftsminister in Berlin gegeben. Die Beschwerde hat keine aufstehende Wirkung; sie ist bei der Devisenstelle einzureichen.

Begründung: Sie beabsichtigen auszuwandern. Es besteht daher die Gefahr, dass Sie auf ungesetzlichem Wege Vermögenswerte ins Ausland zu verbringen versuchen. Zur Verhinderung einer ungenehmigten Verbringung von Vermögenswerten in das Ausland war daher die von der Zollfahndungsstelle Nürnberg vorläufig getroffene und nunmehr von mir bestätigte Sicherungsmassnahme erforderlich. Strafanordnung: §69 Abs. 1 Ziffer 6 Dev. Ges. vom 12.12.1938

Kosten: §63 Dev. Ges. vom 12.12.1938

Im Auftrage.

QUELLE 5 | 22. MÄRZ 1939 – HAMBURG-AMERIKA-LINIE AN GEORG FRIEDMANN – WUNSCH AUF UMPLATZIERUNG AUF M.S. IBERIA

Leo Baeck Institute, Center for Jewish History NY, AR 7223 1/4 Georg and Lillian Friedmann Collection, S47/1

Hamburg-Amerika Linie

Personenverkehr

S. Div.

Hamburg 1, Alsterdamm Loe/Schn.

22. März 1939

Herrn

Georg Israel FRIEDMANN,

Schwandorf/Bayern

Betr.: M.S. «ORINOCO», 27. Mai 1939 ab Hamburg.

Von dem Inhalt Ihres werten Schreibens vom 19. ds.Mts. haben wir bestens Vormerkung genommen und uns bemerkt, dass Sie bereits Beförderung mit M.S. «Iberia», 26.4.d.J. ab Hamburg, wünschen. Diese Abfahrt ist in allen Klassen restlos besetzt, sodass wir Ihnen zurzeit keine Plätze anbieten können; es ist auch sehr fraglich, ob bei den vielen auf der Warteliste bereits vorgemerkten Passagieren, noch eine Vakanz eintreten wird. Trotzdem haben wir Ihren Wunsch auf

Umplacierung auf der Warteliste notiert und kommen bei evtl, eintretender
Vakanz sofort hierauf zurück Hochachtungsvoll

Hamburg-Amerika Linie

Cuba-Mexico-Dienst

Personenverkehr¹⁷

D.a.HA.L.München!

QUELLE 6 | TAGEBUCH ERICH DUBLON – AUSZÜGE

Tagebuch Erich Dublon, in: Der Aufbau, 18. Mai – 29. Juni 2000.

19. Mai 1939

Seit dem frühen Morgen arbeiten eine Anzahl Matrosen an der Herrichtung des Schwimmbeckens. Die grosse Ladeluke wird freigemacht, ein Holzboden hineingebaut und das ganze mit wasserdichtem Zeltstoff ausgelegt. Eben fängt man an, Wasser hineinzupumpen, ein halber Tag wird wohl vergehen, ehe es voll ist. Sobald das Bad in Betrieb ist, wird geschwommen, anstelle der morgendlichen Seewasserwanne. – Eben, 8 Uhr morgens, eilt alles an Deck, wir passieren bereits die westlichste der Azoren-Inseln, Flores, wie ein Berg aus dem Wasser schauend. Auf dem flachen Ende der Insel stehen eine Anzahl Häuschen, weiss, sauber, scheinbar noch nicht alt, drei Windmühlen drehen ihre Flügel, eine Kirche ist zu erkennen. Leider nimmt der Nebeldunst, der schon seit gestern über dem Wasser liegt, schnell zu und das Bild der Insel verschwindet, eine Aufnahme zu machen, hätte sich nicht gelohnt. Inzwischen geht der Dunst in leichten Regen über, Bootsund Sportdeck sind heute nicht zu gebrauchen. Das Wetter hat grade noch zur Morgengymnastik gereicht, die wir ausgiebig betrieben haben. – Der Schiffsarzt hat seit heute «verordnet», dass die Seekrankheit überstanden sein müsse und die Extra-Ernährung mit Haferschleim, Rollmops und Pfefferminztee einzustellen sei. – Heute Abend wird die Hauptmahlzeit vorverlegt, es ist Gottesdienst angesetzt, mehrere Geistliche befinden sich an Bord.

20. Mai 1939

Heute ist der erste grosse volle Sonntag, er ist aber mit Vorsicht zu geniessen, denn man sieht schon eine Anzahl Opfer des Sonnenbrandes umherlaufen.

¹⁷ Handschriftliche Unterschrift nicht entzifferbar.

Wir befinden uns ziemlich genau am Schnittpunkt des 40. Breiten- und 40. Längengrades, und unter diesen Breiten ist die Sonne schon etwas anderes als zu Hause. – Das Schwimmbad ist nun im vollen Betrieb, es gab eine schöne Erfrischung nach der Gymnastik, wenn das Bassin auch klein ist. – Heute Vormittag war die Kommandobrücke zur Besichtigung freigegeben, es gab allerlei Interessantes zu sehen. Lore gefiel am besten die Türe, die in einen der grossen Schornsteine hinein führt, der nur als Luftschacht dient – Der Atlantik ist so wunderbar ruhig, dass man wirklich einmal vom Liegestuhl aufstehen muss, um sich zu überzeugen, ob das Schiff überhaupt noch fährt. Wenn nicht das leise Vibrieren der Maschinen durch das ganze Schiff zu spüren wäre, könnte man glauben, es läge still. Trotzdem befinden wir uns sogar auf beschleunigter Fahrt, zwei weitere Schiffe, ein englisches und ein italienisches befinden sich ebenfalls auf der Fahrt nach Habana, Hapag will zuerst ankommen, es wird ein Vorteil für uns sein. Nun sind wir noch nicht 8 Tage unterwegs, und wie weit liegt alles hinter uns, Europa, Deutschland, Erfurt, geblieben seid von all dem nur Ihr! An der Funkkabine wird bekanntgemacht, dass Radioprogramme zum Muttertag befördert werden, ich be-eile mich, an Euch und Finowfurt zu kabeln, ich komme wohl einen Posttag zu spät damit, da ich den Zeitunterschied nicht bedacht habe, der nun schon etliche Stunden ausmacht, die Uhr wird täglich eine halbe Stunde zurückgestellt. Das Fähnchen auf der Karte ist wieder einige Grade zurückgewandert, das Ziel kommt näher. – Heute, Sonnabend, findet wieder ein anderer Scherz statt: Winzerfest, natürlich mit Tanz, ein Grund, dass man wieder einmal nicht zeitig ins Bett geht. Schade, dass man dabei einen dunklen Anzug anziehen muss, der warm macht, am Tage geht man schon möglichst leicht, weisse Hose, weisse Schuhe und Sporthemd mit kurzem Arm. – Ich arbeite jeden Tag eine Stunde Spanisch mit Frau Lustig, die sehr eifrig ist. – Nun schliesse ich den Bericht vom heutigen Tage, Frau Sternberg wartet schon auf die Maschine, ein weiterer Liebhaber (der Maschine, nicht von Frau St.!), der Tischnachbar, hat darum gebeten.

8. Juni 1939

Trüber Himmel, rauhe See, der Speisesaal ist schwach besetzt, die Seekrankheit geht wieder um, die Patienten laben sich an Haferschleim und trockenen Brötchen. – Ich schreibe um halb 4 Uhr, eine Zeit, in der man sich sonst schon ein Plätzchen in der Halle zum Kaffee-Konzert sichern muss, heute ist keine Fülle zu erwarten, mancher wird ausfallen. – Neue Nachrichten heraus, 5-6 Kabel zugleich. Neu ist, dass sich Warburg um unsere Sache bemüht. Alles wird ziemlich

gleichgültig aufgenommen. Wie kommt es, dass selbst die letzte Meldung keinen Eindruck macht, die besagt, dass der Joint 500,- \$ pro Kopf bei der cubanischen Regierung hinterlegt hat, womit die Landung noch gesichert sein sollte, ob an der Wahrheit gezweifelt wird? – Es werden wieder Fähnchen auf der Seekarte gesteckt, die einen Kurs markieren, der stark nach Osten deutet, das Gespenst einer Landung in Hamburg geht wieder um. Bis zum Sonntag muss nun die Entscheidung fallen, dann reichen Proviant und Öl grade aus, um Cuba, San Domingo oder New York noch erreichen zu können. – Ich gehe zum offenen A-Deck, genieße den frischen Wind und schaue über die gleiche Reling, über die wir in Habana die Freunde begrüßten, ich glaube nicht mehr daran, dass wir sie wiedersehen.

9. Juni 1939

Ein Tag mit grauem Himmel, Regen und stärkerem Seegang, ein grauer Tag auch für uns, Unruhe und Debatten an allen Decks, Debatten und Zweifel, schon bald Verzweiflung bei manchen. Das einzige Greifbare: Der Kapitän wird selbst zur Lage sprechen. Die Nervosität nimmt zu, was wird er uns zu sagen haben? 2 Uhr nachmittags, der Kapitän spricht, nachdem der Vorsitzende der Passagier-Commission eine Erklärung abgegeben hat. Aus all dem ergibt sich nur, dass die Lage zweifelhaft bleibt. Auch der Abend bringt keine Aufklärung.

QUELLE 7 | 15. JUNI 1939 – PRESSEMITTEILUNG DES JDC – VERTEILUNG DER PASSAGIERE

Joint Distribution Committee Archives

AMERICAN JEWISH
JOINT DISTRIBUTION COMMITTEE
FOR IMMEDIATE RELEASE
JOINT DISTRIBUTION COMMITTEE MAKES ARRANGEMENTS FOR LANDING
REFUGEES ON ST. LOUIS IN ANTWERP

BELGIAN RED CROSS TO PROVIDE TENDERS FOR DEBARKATION; PASSENGERS IN RADIOGRAM LAUD WORK OF AMERICAN COMMITTEE NEW

YORK, June 15 – Special Tenders provided by the Belgian Red Cross will take off the Refugees now on board the St. Louis when it arrives in Antwerp, Belgium, according to plans for landing the passengers of the Hamburg American Liner announced here today by James N. Rosenberg, Chairman of the National Council of the American Jewish Joint Distribution Committee. At the same time, Mr. Rosenberg made public the text of a radiogram from the refugees on board ship to the Joint Distribution Committee.

Mr. Rosenberg declared that arrangements had been made with the Hamburg-American Line to have Morris C. Troper, European Director two hours before the Vessel arrives in Antwerp, in order to prepare the lists of people who will go to each of the four countries, Belgium, Holland, France and England, which have provided Havens for numbers of refugees. The St. Louis is expected to arrive in Antwerp in Saturday afternoon. The Red Cross Tenders will take off the passengers who will proceed to Holland, France and England. Those who are to be admitted into Belgium will remain temporarily in Antwerp.

Mr. Rosenberg said that according to the message received from Mr. Troper that the 250 refugees who will be admitted into France will be taken from Antwerp by the Tender RACOTIS and landed in Boulogne, where French refugee committees will house them for eight days, after which they will be distributed according to the needs in children's homes, workshops and farms in the various parts of France.

In addition to the 250 refugees from the St. Louis who are being admitted into France, Mr. Rosenberg said, that country will also accept 90-odd passengers from the SS Flanders who were also refused admittance into Cuba. As in the case of the St. Louis refugees, the passengers on the Flanders will be admitted on the guarantees made by the Joint Distribution Committee.

The radiogram of the refugees on board the St. Louis addressed to Mr. Troper follows:

«The 907 passengers of St. Louis dangling for last thirteen days between hope and despair received today your liberating message of the 13 June that final arrangements for all passengers have at last been reached. Our gratitude is as immense as the ocean in which we are now floating since may 13 first full of hope for a good future and afterwards in the deepest despair. Accept Mr. Chairman for you and for the American Joint Distribution Committee and last but not least for the governments of Belgium, Holland, France and England the deepest and eternal thanks of men women and children united by the same fate on board the St. Louis.»

QUELLE 8 | 17. JUNI 1939 – BRÜDER GRÜNTAL
AN DAS BORDKOMITEE – VERTEILUNG DER FAMILIE

USHMM, *The Betty Troper Yaeger Papers*, 1939.06.17

17.6.39

an das Komitee

der St. Louis

Wir bitten darum, dass wir beiden Brüder mit Familie insgesamt 8 Personen für das gleiche Land eingeteilt werden, da wir sämtliche Angelegenheiten gemeinsam bearbeiten unser Gepäck durcheinander verpackt worden ist und schon aus diesem Grunde eine Trennung nicht möglich ist.

Ergebenst

Adolf + Walter Grünthal

Cabine 131/133

QUELLE 9 | 18. JANUAR 1943 – LESLIE O'HEATH AN HOWARD WRIGGINS
– ANSTEHENDE KINDERTRANSPORTE AUS MAROKKO IN DIE USA,
AUSZUG

USHMM

Casablanca, January 18, 1943

Letter N° 23

Howard Wriggins, American Friends Service Committee,

rua de D. Pedro V, NO 7-10

Lisboa

Dear Howard Wriggins:

[...] Another thing: Is there any further news concerning children going to the States? I am sending thee a list of possible Casablance candidates directly. I previously asked Philadelphia whether these names should be sent to you or to them, but I received no reply.

Sincerely thine

Leslie O. Heath

[...]

List of children who might be sent to the States.

BEKERMANN	Felix	6 years	Polish
"	Marlette	4 "	"
BLATTEIS	Claus	10 "	Polish?
COHEN	Albert	11 "	French
"	Robert	9 "	"
"	Léon	7 "	"
"	Rachel	6 "	"
"	Jacques	4 "	"
ARON	Arlette	13 "	Roumanian
"	Raymond	10 "	"
ACOCA	Albert	6 "	Moroccan
"	Messody	4 "	"
FUX	Rachel	18 "	French
"	Emile	8 "	"
LENGA	Eugène	7 "	Polish
MAUER	Dora	10 "	Polish
ROSENZWEIG	Anna	14 "	Hungarian
PAK	Samuel	14 "	Polish
WOLF	Erich	14 "	Polish
WIESEL	Ervin	12 "	Czech
"	Jacques	10 "	Czech
ZIMMERMANN	Hélène	6 "	Polish
ROSENBAUM	Mordka	15 "	Polish
OAKNIN	Myriam	7 "	French
HERSZMAN	Léon	13 "	Polish
Antonio Ortega	Martin	13 years	Spanish
Juan Ortega	Martin	12 "	"
Rosarita Ortega	Martin	10 "	"
Enrique Ortega	Martin	8 "	"

STATT EINES NACHWORTS

eine andere Stimme Lateinamerikas

Ricardo A. Latcham (1903-1965) gilt als einer der bedeutendsten Intellektuellen Chiles im 20. Jahrhundert.¹ Zuerst war er vor allem als Journalist und Literaturkritiker für zahlreiche Zeitschriften tätig, nach 1933 auch als Politiker und Diplomat. 1926 erschien sein Bericht «Chuquicamata, estado yankee» über die Übernahme der Kupfermine in den Besitz der Anaconda Copper Mining Company. Kurz danach ging Latcham mit 24 Jahren aufgrund seiner entschlossenen Haltung gegen die Diktatur von General Carlos Ibanez del Campo ins Exil nach Europa. In Madrid studierte er Literatur und Mittelalterliche Geschichte. 1929 kehrte er nach Chile zurück; 1931 begann seine Lehrtätigkeit an der Universität Chile.

1933 gehörte er zu den Mitgründern der Partido Socialista, von 1937-1941 vertrat er die Partei in der Abgeordnetenkammer und plädierte für eine humane Politik gegenüberjüdischen Geflüchteten. Im Herbst 1938 wurde Pedro Aguirre Cerda zum Präsidenten Chiles gewählt. Dieser versuchte bis zu seinem Tod 1941, das Land für Geflüchtete zu öffnen.²

Seit 1941 arbeitete Latcham auch als Diplomat an verschiedenen Botschaften Lateinamerikas. Er war mehrere Jahre lang Präsident des PEN-Clubs, des Instituto Chileno Colombiano de Cultura und seit 1958 der Sociedad de Escritores de Chile und erwarMitglied der Academia Chilena de la Lengua; der Real Academia Española; der Academia Uruguaya de Letras; der Academia Brasilenas und des Instituto Histórico-Geográfico del Uruguay.

1965 war er von dem Casa de las Americas als Juror für den lateinamerikanischen Literaturpreis nach Havanna eingeladen, wo er kurz nach der Ankunft überraschend mit 62 Jahren gestorben ist.

¹ Vgl. dazu ausführlich <http://www.memoriachilena.gob.cl/602/w3-article-793.html>; <http://www.memoriachilena.gob.cl/602/w3-article-97533.html>; <https://thebiography.us/en/latcham-alfaro-ricardo>

² Vgl. Goldschmidt, Eva: *Immigracion judia a Chile desde la Alemania Nazi*, in: *Cuadernos Judaicos*, 33 (2016), S. 116-147.

**QUELLE | ABGEORDNETENKAMMER. PROTOKOLL DER
28. ORDENTLICHEN SITZUNG VOM 13. JULI 1938**

*Camara de Diputados, Sesion 28. A Ordinaria, en Miercoles 13 de Julio 1938,
S. 1415-1417.*

8.- Die semitische Einwanderung in Chile.

**Beitrag zu der Stellungnahme eines
Senators zu diesem Thema.**

Herr Latcham. –

Herr Präsident: Als Volksvertreter möchte ich hiermit die unrechtmässigen Ausführungen kommentieren, die gestern vor diesem ehrenwerten Senat von dem ehrenwerten Senator Herrn Maximiane Errázuriz vorgebracht wurden. Der ehrenwerte Senator für Santiago, Herr Rafael Luis Gumucio, hat bereits seine Empörung über sie zum Ausdruck gebracht und diese ebenso entschieden wie edelmütig zurückgewiesen.

Seit einiger Zeit wird auf arglistige und verdeckte Weise versucht, den absurden und dogmatischen Glauben, der zu den Grundlagen des Hitlerfaschismus gehört, in Chile zu etablieren und im gleichen Zuge unsere Gesellschaft durch eine antinationale Politik, die in offenem Gegensatz zum Geist der Väter unserer Republik steht, mit der weder menschlichen noch christlichen Doktrin des Antisemitismus zu infizieren. Würde eine solche Absicht offen vorgetragen, würde man sie ganz einfach entschieden und im Einklang mit den Lehren von Wissenschaft und Geschichte bekämpfen. Aber das Ganze geschieht auf eine heuchlerische Art und Weise, die der republikanischen Freiheit widerspricht und ihr schadet: Den semitischen Bürgern, die zu Unrecht aufgrund einer rassistischen Politik aus ihren Ländern vertrieben wurden, werden alle erdenklichen Hürden in den Weg gelegt mittels einer Politik der Privilegien, die – zur Schande unseres Landes – gewisse Verfahrensweisen unseres Aussenministeriums bestimmt. Zurzeit existiert ein Abkommen zwischen dem Aussenministerium und einem gewissen Comité de Proteccïón Israelita, das die Einreise von 50 jüdischen Familien jährlich erlaubt, wenn ihre Visa von dem genannten Komitee beantragt wurden.

Das Aussenministerium ist rechtlich nicht befugt, die Visaerteilung aufgrund von rassistischen Gesichtspunkten abzulehnen oder zu begrenzen. In der Tat legt die Ver-



Ricardo A. Latcham,
Coleccion Biblioteca Nacional de Chile.

ordnung Nr. 402, die alle gesetzlichen Vorschriften in Bezug auf die Dienste des Ausenministeriums umfasst, in ihrem Artikel 52 die Vorlage eines von einem chilenischen Konsul ausgestellten oder mit einem Einreisevisum versehenen Passes als unverzichtbare Voraussetzung für eine Einreiseerlaubnis fest. Ebenfalls festgelegt ist in dieser Verordnung, dass Konsuln Visa erteilen dürfen. In der gesamten Vorschrift findet sich jedoch kein einziger Hinweis auf Rasse als Ablehnungsgrund für ein Visum. Von Krankheiten, Kultur oder mangelnder Anpassung ist dort die Rede, aber nicht von Rassen.

Die Vorschrift besagt, dass die Konsuln bei der Ausstellung von Pässen oder der Erteilung von Visa an die Weisungen des Aussenministeriums gebunden sind; es ist aber offensichtlich, dass dies in keiner Weise den absurden Schluss zulässt, dass hier zwischen Ariern und Nichtariern zu unterscheiden wäre – zumal, wenn man bedenkt, dass zum Personal des Ministeriums zwei angesehene Beamten gehören: Die Herren Cohen und Bernstein, beide unbestreitbar semitischen Ursprungs. Darüber hinaus legt die Verord-

nung Nr. 402 in ihrem Artikel 52 die Vorschriften für eine Visaerteilung eindeutig fest.

Nach geltendem Verwaltungsrecht und den Argumenten der Logik folgend kann der Inhalt einer Vorschrift beziehungsweise einer Verordnung nicht einfach auf dem Wege informeller Weisungen verändert werden.

Ich denke, ich konnte mit meinen Darlegungen die rechtlichen Bedenken gegen die Einreise von Semiten widerlegen. Der aktuelle, vom Senator Errázuriz angesprochene Fall bezieht sich auf die Konferenz von Evian, auf der mögliche Massnahmen zur Aufnahme der Vertriebenen diskutiert wurden, die aus rassistischen und religiösen Gründen ihr Land verlassen mussten.

Ganz wie der ehrenwerte Senator Gumucio bin ich der Meinung, dass unser Land in bester republikanischer Tradition Emigration nur aus moralischen, sittlichen und hygienischen Gründen ablehnen darf. Auf keinen Fall können hier absurde und kriminell rassistische oder religiöse Vorurteile zum Zuge kommen. Antisemitismus ist ein zweischneidiges Schwert, das von den rechtsgerichteten Kräften widersprüchlich eingesetzt wird: Sie lehnen Juden ab, die ihrer Religion nicht abgeschworen haben, akzeptieren aber diejenigen konvertierten Juden, die seit der Kolonialzeit besinnliche und katholische Familien gegründet haben und den Stolz unserer Plutokratie sowie unserer Oligarchie ausmachen, in der nicht wenige Menschen semitischen Ursprungs vertreten sind.

Pascal unterschied zwischen fleischlichen und geistigen Juden; doch einige der von den Ideen Hitlers und dem rassistischen Wahn eines Rosenbergs beeinflusste Vertreter der Rechten haben eine sehr elastische Moral in Bezug auf dieses heikle Problem.

Wer wirft den ersten Stein? Würde eine Debatte über diesen Punkt den Initiatoren der derzeitigen antisemitischen Grundstimmung nutzen?

Rassismus stellt eine Häresie dar gegen Wissenschaft und Religion. Linke mit gesundem Menschenverstand können keine Rassisten sein, genauso wenig wie gläubige Christen der Rechten.

Kardinal Michael von Faulhaber ermahnte in seiner Silvesterpredigt vom 31. Dezember 1933 in München die deutschen Katholiken: «Bei keinem Volk wurden Blut und Rasse so stark betont wie bei den Israeliten des Alten Bundes. In der Fülle der Zeiten aber wurde das Rassendogma durch das Glaubensdogma abgelöst. An der Krippe von Bethlehem haben sich Juden und Heiden, Hirten aus dem Judenland und Weise aus dem Morgenland, eingefunden. Im Reiche dieses Kindes gibt

es nach dem Wort seines Herolds, keinen Unterschied zwischen Juden und Hellenen, ein und derselbe ist Herr für alle' (Röm. 10,12).»³

Ich wünschte, diese schönen und christlichen Sätze mögen den ehrenwerten Herrn Errázuriz Ovalle erreichen, der die antisemitischen Einschränkungen im Aussenministerium zu verantworten hat, sowie den ehrenwerten Herrn Errázuriz Valdés, der auf doppeldeutige, aber deshalb nicht minder schädliche Weise eine antijüdische Stimmung im ehrenwerten Senat schürt.

Ich bin ein toleranter Mensch und wünsche mir, dass dieses Land weiter dem Weg der Freiheit und des Fortschritts folgt, den Männer wie O'Higgins bahnten, der als Erster die Einwanderung nach Chile förderte; oder wie Montt, der Deutsche aufnahm, die auswandern mussten, weil sie in ihrem Land politische Freiheiten verteidigten; ich denke auch an grosse Amerikaner wie Alberdi mit seinem «zivilisieren heisst bevölkern» und an Sarmiento, der die Fundamente für das vereinte Argentinien legte.

Die meisten Juden, die nach Amerika kommen, vermischen sich mit den Einheimischen im Schmelztiegel unserer jungen und grosszügigen Nationen. Nicht ohne Grund gibt es in der argentinischen Literatur das Buch von Alberto Gerchunoff mit dem Titel «Die jüdischen Gauchos». ⁴ Ja, es gibt in Argentinien jüdische Gauchos, sowie es bei uns im Süden chilenische Jugoslawen gibt. Auf unserem reichen Boden vermischt sich die Mehrheit der Nachkommen von Ausländern bereits in der zweiten Generation mit Chilenen. Ich möchte mit meiner Rede, diese Ehrbare Abgeordnetenkammer warnen und meine Stimme gegen die fehlgeleiteten Christen erheben, die ihre eigene Doktrin sowie die Grundlagen der Toleranz und des gesellschaftlichen Lebens vergessen. In unserem Vaterland ist kein Platz für rassistischen oder religiösen Hass. Er mag gerade in Ländern, die unter der Last der Nachkriegszeit und der erniedrigenden Verträge leiden, vielleicht verständlich – niemals aber rechtfertigbar! – sein; diese Verträge dienen den Faschisten in der Tat als Rechtfertigung für ihre Exzesse und Verbrechen, die sie ohne Unterscheidung an protestantischen Pastoren, katholischen Priestern und Rabbinern in ihren Konzentrationslagern begehen.

³ Faulhaber, Michael: Christentum und Germanentum, in: Judentum, Christentum, Germanentum. Adventspredigten gehalten in St. Michael zu München 1933, München 1934, S. 101-124, hier: S. 117f. Vgl. zu Faulhabers Position im Nationalsozialismus auch: Akten Kardinal Michael von Faulhabers 1917-1952.3 Bde., hrsg. von Ludwig Volk (Bd. 3 von Heinz Hürten), Mainz/Paderborn 1975-2002.

⁴ Gerchunoff, Alberto: Jüdische Gauchos, Berlin 2010.

Ich bin weder tolerant noch ablehnend gegenüber welchen Rassen auch immer; mir geht es einzig und allein um die Einheit der chilenischen Rasse innerhalb der Gesetze unserer Republik. Aus diesem Grund erhebe ich meine Stimme gegen die unzumutbaren Vorgänge, mit denen das Aussenministerium die Rasse zu erniedrigen versucht, die einen Jesus Christus und einen Spinoza, einen Heine und einen Marx, einen Disraeli und einen Freud hervorgebracht hat. Auch deshalb möchte ich hiermit meine Ablehnung der faschistischen Vorgehensweise zum Ausdruck bringen, die sich aus der unerhörten Rede des ehrenwerten Herrn Errázuriz ergibt. Seine Überlegungen zielen darauf ab, privilegierte Rassen und Kasten zu schaffen, widerwärtige, beschränkende Vorschriften zu erlassen, Misstrauen gegenüber der Demokratie zu säen und einen religiösen Kampf auszurufen, den die Menschheit in ihrer glorreichen Geschichte längst überwunden hat. Toleranz und Freiheit – heute in bestimmten Ländern vorübergehend verletzt und vergessen – sind die Fundamente unserer Zivilisation. Einzig der Toleranz und der Freiheit, die in besseren Zeiten unser Land bestimmten, verdanken wir unseren wohlverdienten Ruf als Zufluchtsort für Unterdrückte.

Herr Pairoa. – Hervorragend, Herr Abgeordneter.

PERSONENVERZEICHNIS

BAECK, LEO

** 23. Mai 1873, Lissa, † 2. November 1956, London*

Leo Baeck war jüdischer Theologe und eine der zentralen Figuren des Judentums in Deutschland im 20. Jahrhundert. Ab 1895 war er Rabbiner, zunächst in Oppeln, nach mehreren Stationen ab 1912 in Berlin. Er diente als Feldrabbiner im Ersten Weltkrieg. 1922 übernahm Baeck den Vorsitz des Allgemeinen Rabbinerverbandes in Deutschland. Ab 1933 war er Präsident der Reichsvertretung der Deutschen Juden, die in Folge der Nürnberger Gesetze in Reichsvertretung der Juden in Deutschland umbenannt werden musste und 1939 in der Reichsvereinigung der Juden in Deutschland aufging, die direkt dem Reichssicherheitshauptamt unterstand. Seine Aufgabe war die Unterstützung der Juden in Deutschland zu Zeiten schwerster Verfolgung. Baeck lehnte es mehrfach ab, auszuwandern. Ab 1943 war er im KZ Theresienstadt inhaftiert. Am 5. Juni 1945 siedelte Leo Baeck nach London über, wo er als Präsident der unter seiner Beteiligung 1926 gegründeten Weltunion für progressives Judentum tätig war.

BAER, GERTRUD

**25. November 1890, Halberstadt, † 15. Dezember 1981, Genf*

Gertrud Baer war eine deutsche Frauenrechtlerin und Friedensaktivistin. In der Münchner Räterepublik war sie als Frauenbeauftragte des Sozialministeriums tätig. 1921 trat sie in die Internationalen Frauenliga für Frieden und Freiheit (IFFF) ein, deren Co-Präsidentin sie von 1929 bis 1946 war. Ab 1933 musste sie ihre Arbeit im Schweizer Exil fortsetzen. Nach dem «Anschluss» Österreichs setzte sich Gertrud Baer für Emigranten ein. Von 1940 bis Kriegsende lebte sie in New York. Ab 1945 vertrat sie die IFFF und die Internationale Liga für Menschenrechte in Genf vor den Vereinten Nationen.

BAERWALD, PAUL

* 27. September 1871, *Frankfurt am Main*, † 2. Juli 1961, *New York City*

Paul Baerwald war ein deutsch-jüdischer Bankier. Seit 1895 arbeitete er für die Investmentbank Lazard Freres in New York. 1914 war er Mitbegründer des American Jewish Joint Distribution Committee (JDC). 1930 zog er sich aus dem Bankwesen zurück. Er wurde Schatzmeister, ab 1932 Vorsitzender des JDC. In dieser Funktion war er in die Verhandlungen über das HAPAG-Schiff «ST. LOUIS» involviert. Er organisierte die Verhandlungen mit Regierungskreisen in Kuba, den Vereinigten Staaten und den westeuropäischen Aufnahmeländern. Im Zweiten Weltkrieg war er für den US-Präsidenten Franklin D. Roosevelt Mitglied des Beratenden Ausschusses für Flüchtlingsfragen.

BAUMANN, JOHANNES

* 27. November 1874, *Herisau*, † 8. September 1953, *Herisau*

Johannes Baumann war ein Schweizer Jurist und Politiker. Von 1934 bis 1940 war er Vorstand des eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartements; 1938, im Jahr der Konferenz von Évian, Bundespräsident der Schweiz. Baumann hatte wesentlichen Anteil an der restriktiven, antisemitischen Flüchtlingspolitik der Schweiz.

BENITEZ GONZALEZ, MANUEL

1939 war Benitez Chef der kubanischen Einwanderungsbehörde. Er hatte in grosser Zahl Landegenehmigungen, insbesondere an deutsche Juden, verkauft, wobei er den Erlös zu meist selbst behielt. Durch das Dekret 937 der kubanischen Regierung vom 5. Mai 1939 verloren die einfachen Landeerlaubnisse ihre Gültigkeit, da Einreisende die Genehmigungen mehrerer kubanischer Behörden benötigten. Benitez wurde trotz seiner Nähe zum inoffiziellen Machthaber Fulgencio Batista wegen seiner Korruption aus dem Amt entfernt.

BENTWICH, NORMAN

* 28. Februar 1883, *London*, † 8. April 1971, *London*

Der Rechtsanwalt Norman Bentwich war Direktor des 1933 gegründeten, dem Völkerbund unterstehenden und von James G. McDonald geleiteten Hochkommissariats für Flüchtlinge aus Deutschland. 1938 bekleidete er die Position des Ehrenvorsitzender des

«Council for German Jewry». In dieser Funktion nahm er an der Konferenz von Évian teil. Schon während der Vorbereitungen zur Konferenz hatte er eng mit den «Grossen Drei» (USA, Grossbritannien, Frankreich) zusammengearbeitet. Er reichte ein von mehreren jüdischen Organisationen unterzeichnetes Memorandum ein, mahnte die teilnehmenden Staaten zu mehr Aufnahmebereitschaft und engagierte sich für die Gründung des Intergovernmental Committee on Refugees. Seine Frau, Helen Franklin, war massgeblich an den sogenannten Kindertransporten beteiligt. Während des Zweiten Weltkriegs war Bentwich in England für britische Regierungsstellen tätig. Sein Name tauchte auf der im Reichssicherheitshauptamt aufgestellten «Sonderfahndungsliste G.B.» auf. Gesucht wurde er vom Referat VIG1. Nach dem Zweiten Weltkrieg lehrte Bentwich u.a. an der Haager Akademie für Völkerrecht.

BÉRENGER, HENRY

** 22. April 1867, Rugles, † 18. Mai 1952, Saint Raphael*

Der studierte Literaturwissenschaftler Henry Bérenger arbeitete als Publizist und Verleger. Er gründete unter anderem die Zeitung *L'Action*. Als Repräsentant des französischen Überseedepartments Guadeloupe sass er von 1912 bis 1945 im Senat von Paris. In den Jahren 1926 und 1927 war er französischer Botschafter in den USA. Als Delegierter des Gastgeberlandes der Konferenz von Évian, wurde er in der ersten öffentlichen Sitzung zu deren Präsidenten gewählt. Er gehörte ebenfalls dem Intergovernmental Committee on Refugees an. Nach der Besetzung Frankreichs zog sich Bérenger rasch aus der Öffentlichkeit zurück.

BERENSON, LAWRENCE

** 12. Oktober 1891, Boston, Massachusetts, † 20. Dezember 1970, New York City*

Lawrence Berenson war ein US-amerikanischer Rechtsanwalt. Er hatte in Harvard studiert und engagierte sich in verschiedenen jüdischen Hilfsorganisationen. Zwischen 1934 und 1958 war er Regierungsberater der Republik Kuba und von 1938 bis 1944 Vorsitzender der Kubanischen Handelskammer in den USA. Er wurde vom American Jewish Joint Distribution Committee (JDC) im Mai 1939 nach Kuba entsandt, um mit der Regierung und dem Präsidenten Federico Laredo Brú über den Verbleib der Passagiere der «ST. LOUIS» zu verhandeln. Trotz mehrerer Treffen mit dem Präsidenten blieben die Versuche ohne Erfolg.

BLUM, LÉON

* 9. April 1872, Paris, † 30. März 1950, Jouy-en-Josas

Léon Blum war 1936/37 der erste sozialistische und jüdische Premierminister Frankreichs. Blum war vor seiner politischen Karriere als Jurist, Schriftsteller und Literaturkritiker tätig. 1899 trat er in die sozialistische Partei Section française de l'Internationale ouvrière (SFIO) ein und engagierte sich ab 1934 in der Front Populaire (Volksfront). 1936 gewann die Volksfront die Wahl und stellte Blum als Premierminister. Der rechte Flügel führte während seiner Amtszeit eine antisemitische Kampagne gegen Blum. Am 21. Juni 1937 trat er zurück. Nach der Kapitulation Frankreichs 1940 wurde er von der Regierung Vichy vor Gericht gestellt, um seine Schuld bei der Kriegserklärung und die Niederlage Frankreichs zu untersuchen. Er wurde an Deutschland ausgeliefert und war von 1943 bis 1945 in den Konzentrationslagern Buchenwald und Dachau interniert. Nach seiner Befreiung kehrte Blum nach Frankreich zurück und diente als Premier in der Übergangsregierung.

BRÜ, FEDERICO LAREDO

* 23. April 1875, San Juan de los Remedios, † 1946, Havanna

Federico Laredo Brü war ein kubanischer Jurist und Politiker. 1897/98 nahm er am kubanischen Befreiungskrieg gegen Spanien teil. 1907 wurde Brü Gerichtspräsident in Santa Clara, ab 1910 Staatsanwalt in Havanna. 1936 bis 1940 war er Präsident der Republik Kuba. Seine Regierungszeit war geprägt durch die Stärke des De-facto-Machthabers, des Armeechefs und späteren Diktators Fulgencio Batista. Die wirtschaftliche Krise im Kuba der späten 1930er Jahre beflügelte Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus in Regierung und Bevölkerung. Am 5. Mai 1939 erliess Brü das Dekret 937, das von Touristen finanzielle Sicherheiten und behördliche Genehmigungen forderte. Auf dieser Grundlage wurde die Landung des HAPAG-Schiffs «ST. LOUIS» mit 930 deutschen Juden an Bord, die überwiegend nur einfache Landegenehmigungen besaßen, abgelehnt. Trotz Intervention jüdischer Hilfsorganisationen bestand Präsident Brü auf die Abweisung des Schiffs.

HERTZ, PAUL

* 23. Juni 1888, Worms, † 23. Oktober 1961, West-Berlin

Paul Hertz war sozialdemokratischer Politiker. Ab 1920 vertrat er die USPD und ab 1922 die SPD im Deutschen Reichstag. 1934 wurde er von den Nationalsozialisten ausgebürgert, daraufhin zog er erst nach Saarbrücken, später nach Prag. Dort betätigte er sich als Mitglied des SPD-Exilvorstandes (Sopade) gegen das NS-Regime. 1939 emigrierte er mit seiner Familie in die USA. Erst 1949 kehrte er nach Deutschland zurück. Bis zu seinem Tod war er unter anderem als Senator für Marshall-Plan und Kreditwesen und Senator für Wirtschaft und Finanzen der Stadt Berlin tätig.

HULL, CORDELL

* 2. Oktober 1871, Olympus, Pickett County, Tennessee, † 23. Juli 1955, Bethesda, Maryland

Cordell Hull war US-amerikanischer Jurist und Politiker. Von 1933 bis 1944 gehörte er dem Kabinett von Franklin D. Roosevelt als Aussenminister an. Hull galt schon früh als Verfechter des Völkerbundgedankens. Als Aussenminister war er federführend an der Idee zur Konferenz von Évian, deren Gestaltung und Umsetzung beteiligt. Dies gilt auch für die Abweisung der MS «ST. LOUIS» ein Jahr später. Während des Zweiten Weltkriegs war er an der Entwicklung der Vereinten Nationen beteiligt, wofür er 1945 den Friedensnobelpreis erhielt.

JOSEPH, JOSEF

* 9. November 1882, Rheydt, † November 1945

Josef Joseph war erfolgreicher jüdischer Rechtsanwalt, Vorsitzender der Walther-Rathenau-Loge und Mitglied der SPD in Rheydt. Nach 1933 war seine berufliche Existenz bedroht, er entging nur knapp einer Verhaftung. 1938 verlor er wie alle jüdischen Rechtsanwälte die Zulassung. Im Mai 1939 versuchte Joseph mit Frau Lilly und Tochter Liesel auf der «ST. LOUIS» nach Kuba auszuwandern, um dann in die USA weiterzuziehen. Kapitän Gustav Schröder ernannte ihn zum Vorsitzenden des Bordkomitees, das die Interessen der Passagiere vertreten sollte und an den Verhandlungen mit Regierungen beteiligt war. Nach der Ankunft in Antwerpen gelangte Familie Joseph nach Grossbritannien, wo Josef Joseph weiter als Ansprechpartner der Passagiere fungierte. Die Familie siedelte noch während des Zweiten Weltkriegs in die USA über.

KAPPELER, FRANZ

* 7. April 1898, Oberneunforn, † 19. September 1988, Muri bei Bern

Ab 1936 war Franz Kappeler Legationssekretär der Schweizer Gesandtschaft in Berlin. In dieser Funktion war er massgeblich beteiligt an den Berliner Verhandlungen im September 1938, welche zur Einführung des J-Stempels führten. Nach dem Zweiten Weltkrieg bekleidete er diverse politische Ämter.

KENNEDY, JOSEPH

* 6. September 1888, Boston, † 18. November 1969, Hyannis Port, Massachusetts

Joseph Kennedy war Geschäftsmann, Politiker und Diplomat. Er trat als Unterstützer für Franklin D. Roosevelt im Präsidentschaftswahlkampf 1932 auf. Politisch war er zunächst als Vorsitzender der United States Securities and Exchange Commission tätig. 1937 wurde Kennedy Botschafter der Vereinigten Staaten in London. Er unterhielt gute Beziehungen zur Chamberlain-Regierung, stand aber im dauerhaften Konflikt mit dem US State Department unter Cordell Hull. Kennedy war beteiligt an den Verhandlungen über den Verbleib der Passagiere der MS «ST. LOUIS». Er trat 1940 als Diplomat zurück. Der Vater des späteren US-Präsidenten John F. Kennedy gilt als Begründer der Politikerfamilie Kennedy.

MALCOLM, SIR NEILL

* 8. Oktober 1869, London, † 21. Dezember 1953, London

Neill Malcolm war ein schottischer General, Funktionär im Völkerbund und Manager der North Borneo Chartered Company. Für den Völkerbund war er von 1934 bis 1938 tätig. Anfang 1936 trat er die Nachfolge des zurückgetretenen James G. McDonald als «High Commissioner for Refugees Coming from Germany» an. In dieser Funktion spielte er während der Konferenz von Évian eine wichtige Rolle. Er nahm an den nicht-öffentlichen Sitzungen beider Unterkomitees teil.

MCDONALD, JAMES G.

* 29. November 1886, Coldwater, Ohio, † 25. September 1964, White Plains, New York

James G. McDonald war erster «High Commissioner for Refugees Coming from Germany». Ziel dieses 1933 vom Völkerbund geschaffenen Amts war es vor allem, die Rechtslage der Flüchtlinge zu verbessern und Auswanderungsmöglichkeiten zu schaffen. Schon zwei Jahre später trat er jedoch, mangels Unterstützung, wieder zurück. Sein Nachfolger wurde Sir Neill Malcolm. In der Folge arbeitete McDonald als Mitherausgeber der New York Times. 1938 wurde er zum Vorsitzenden des President's Advisory Committee on Political Refugees, das in erster Linie für die Vorbereitungen der Konferenz von Évian zuständig war, gewählt. Der später bekennende Zionist McDonald wurde 1949 erster US-Botschafter in Israel.

MEIR, GOLDA

* 3. Mai 1898, Kiew, † 8. Dezember 1978, Jerusalem

Golda Meir emigrierte 1906 mit ihrer Familie in die USA. Dort trat sie in Kontakt mit der zionistischen Bewegung. 1921 wanderte Meir mit ihrem Mann nach Palästina aus. An der Konferenz von Évian nahm sie als «jüdische Beobachterin aus Palästina» teil. 1947/48 engagierte sie sich in den Verhandlungen über die Gründung des Staates Israel. Am 14. Mai 1948 unterzeichnete sie als eine von 25 Personen die Unabhängigkeitserklärung von der britischen Mandatsregierung. Meir war die erste israelische Botschafterin in Moskau (1948/49). Dort setzte sie sich für die Emigration zahlreicher Juden nach Israel und in den Westen ein. Sie fungierte als Arbeitsministerin (1949-1955) und als Aussenministerin (1955-1965). Zwischen 1969 und 1974 war Meir Premierministerin Israels.

MOTTA, GIUSEPPE

* 29. Dezember 1871, Airolo, † 23. Januar 1940, Bern

Giuseppe Motta war ein Schweizer Politiker. Er leitete von 1920 bis zu seinem Tod 1940 das Politische Department (Aussenministerium). Dadurch prägte er die Schweizer Aussenpolitik über zwei Jahrzehnte erheblich mit. Er engagierte sich erfolgreich für den Beitritt der Schweiz zum Völkerbund. Motta versuchte stets, die guten Beziehungen zum nationalsozialistischen Deutschen Reich und zum faschistischen Italien aufrechtzuerhalten.

PELL, ROBERT THOMPSON

* 9. März 1902, New York City, † 2. August 1969, Bennington, Vermont

In der ersten Hälfte der 1930er Jahre arbeitete Robert Thompson Pell in verschiedenen Tätigkeiten an der US-Botschaft in Paris. Nach der Rückkehr 1935 in die USA war er als stellvertretender Chef der Europa-Abteilung des Department of State tätig. Pell gehörte der US-Delegation in Évian an. Im Intergovernmental Committee on Refugees bekleidete er den Posten des Vizedirektors. In dieser Funktion beteiligte er sich an den erfolgreichen Verhandlungen zur Aufnahme der Passagiere der «ST. LOUIS».

ROSENBERG, ALFRED

* 31. Dezember 1893, Reval, † 16. Oktober 1946, Nürnberg

Alfred Rosenberg war ein früher Weggefährte Adolf Hitlers und prägte massgeblich die ideologische Ausrichtung der NSDAP. Er wurde bekannt als Autor antisemitisch-verschwörungstheoretischer Schriften, darunter «Der Mythus des 20. Jahrhunderts» (erstmalig 1930). Ab 1923 war er Chefredakteur der Parteizeitung «Völkischer Beobachter», 1937 übernahm er die Herausgeberschaft des Blattes. Er berichtete in mehreren Artikeln über die Konferenz von Évian. Ab 1941 war er Reichsminister für die besetzten Ostgebiete. Er hatte unmittelbaren Anteil an Kriegsverbrechen und Genozid. Im Nürnberger Prozess gegen die Hauptkriegsverbrecher wurde Alfred Rosenberg zum Tode verurteilt und 1946 hingerichtet.

ROTHMUND, HEINRICH

* 6. Juli 1888, Uster, † 8. April 1961, Bern

Nach dem Jurastudium in Zürich, Bern und Leipzig war Heinrich Rothmund von 1919 bis 1929 Leiter der Zentralstelle für Fremdenpolizei. 1929 stieg er zum Chef der neugeschaffenen Polizeibehörde des Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartments (EJPD) auf, in die 1933 die Fremdenpolizei eingegliedert wurde. Rothmund war Chef der Schweizer Delegation in Évian. Er beteiligte sich erst nach dem 11. Juli 1938 an den Verhandlungen, weil er sichergehen wollte, dass das Deutsche Reich keiner Kritik ausgesetzt wurde. Ab August 1938 vertrat er die Schweiz auch im Intergovernmental Committee on Refugees in London. Bis 1954 blieb er Leiter der Polizeibehörde mit einer kurzen Unterbrechung: Von 1945 bis 1947 beurlaubte ihn der Schweizerische Bundesrat von seiner Funktion in dem EJPD. Heinrich Rothmund gilt nach wie vor als ein massgeb-

-

licher Gestalter der Schweizer Fremden- und Flüchtlingspolitik der Zwischenkriegs- und Kriegszeit.

RUBLEE, GEORGE

* 7. Juli 1868, Madison, Wisconsin, † 26. April 1957, New York City

George Rublee war ein bekannter US-amerikanischer Rechtsanwalt für Staats- und internationales Recht. Aufgrund seines Rufs als erfahrener Aushandler von internationalen Abkommen wurde er zum Direktor des Intergovernmental Committee on Refugees ernannt. Rublee war federführend in den Verhandlungen mit dem Deutschen Reich. Ziel war es, zu erreichen, dass auswandernde Juden einen Teil ihres Vermögens ausführen dürfen. Dadurch sollten sie für potentielle Aufnahmeländer attraktiver werden. Um den Jahreswechsel 1938/1939 intensivierten sich die Gespräche. Unter strenger Geheimhaltung verhandelte Rublee auf mehreren Treffen in London und Berlin mit Reichsbankpräsident Hjalmar Schacht. Das als «Schacht-Rublee-Plan» bekanntgewordene Vorhaben stiess auf beiden Seiten auf erhebliche Kritik und wurde nicht umgesetzt. Nachdem beide Verhandlungsführer aus ihren jeweiligen Ämtern ausgeschieden waren, führten auf deutscher Seite Helmut Wohltat, für das Intergovernmental Committee der Vizedirektor Robert T. Pell die Verhandlungen ergebnislos bis zum Beginn des Zweiten Weltkriegs weiter.

SCHRÖDER, GUSTAV

* 27. September 1885, Hadersleben (Nordschleswig), † 10. Januar 1959, Hamburg

Gustav Schröder war Kapitän der MS «ST. LOUIS» während der «Irrfahrt» im Mai und Juni 1939. Er durchlief eine nautische Ausbildung und erlangte 1908 das Steuermannspatent. Im Ersten Weltkrieg war er in Indien interniert. 1920 konnte Schröder nach Deutschland zurückkehren. Er durchlief diverse Stationen bei der HAPAG. 1936 erfolgte die Ernennung zum Kapitän. Seit dem 1. Dezember 1933 war er Mitglied in der NSDAP. Für die NS-Gemeinschaft «Kraft durch Freude» übernahm er als Kapitän mehrere Fahrten. Während der Fahrt der «ST LOUIS» 1939 arbeitete er eng mit dem Bordkomitee und dem American Jewish Joint Distribution Committee zusammen. Aufgrund seines Engagements für die Passagiere erhielt er diverse Ehrungen, darunter das Bundesverdienstkreuz (1957) sowie den Titel eines «Gerechten unter den Völkern» (1993, posthum).

TAYLOR, MYRON C.

* 18. Januar 1874, *Lyons, New York*, † 5. Mai 1959, *New York City*

Taylor war studierter Jurist und erfolgreicher Unternehmer. Ab 1925 im Finanzvorstand von U.S. Steel, sanierte er den angeschlagenen Stahlgiganten noch vor der Weltwirtschaftskrise 1929. Auf Bitte Roosevelts, den er in seinen Wahlkämpfen unterstützt hatte, leitete er im Juli 1938 die US-Delegation auf der Konferenz von Évian. Gleichzeitig fungierte er auch als deren Vorsitzender und gehörte später dem Intergovernmental Committee on Refugees an. Ab 1939 nahm er u.a. die Position eines «persönlichen Gesandten» des US-Präsidenten beim Papst ein. 1950 verabschiedete sich Taylor in den Ruhestand.

THOMPSON, DOROTHY

* 9. Juli 1893, *Lancaster, New York*, † 30. Januar 1961, *Lissabon*

Die amerikanische Schriftstellerin und Journalistin Dorothy Thompson arbeitete seit 1924 als Korrespondentin in Berlin. 1932 interviewte sie Hitler. 1934 wurde sie aus Deutschland ausgewiesen. Mit ihrer Kolumne «On the record» in der *New York Herald Tribune* und ihren Rundfunkkommentaren auf NBC erreichte sie ein Millionenpublikum. 1939 wurde sie vom *Time Magazine* zur einflussreichsten Frau der USA nach Eleanor Roosevelt gekürt. In ihrem Artikel «Refugees: A World Problem» für das Magazin *Foreign Affairs* befasste sie sich, ausgehend von der Fluchtbewegung nach dem «Anschluss» Österreichs, mit der Aufnahme von Geflüchteten. US-Aussenminister Cordell Hull erhielt Mitte März eine Druckfahne des Artikels. Ihr Text gilt als einer der Auslöser für die Einberufung der Konferenz von Évian durch die US-Regierung.

TROPER, MORRIS C.

* 18. November 1892, † 17. November 1962

Morris Troper war seit 1920 Vorsitzender des europäischen Büros des American Jewish Joint Distribution Committee mit Sitz in Berlin, ab 1933 in Paris. Vor 1933 betätigte er sich vorrangig in der Hilfe für Juden in Osteuropa. Ab 1933 bildete die Unterstützung der deutschen Juden die wichtigste Aufgabe. Troper war ein zentraler Akteur in den Verhandlungen über den Verbleib der «ST. LOUIS»-Passagiere. Er arbeitete eng mit der Schiffsleitung und dem Bordkomitee sowie mit dem Intergovernmental Committee on Refugees und einflussreichen Persönlichkeiten in den späteren Aufnahmeländern

zusammen. Troper war wesentlich beteiligt an der Lösung, die Passagiere nach der Landung in Antwerpen auf Grossbritannien, Frankreich, die Niederlande und Belgien zu verteilen.

TURNOUR, EDWARD, 6. EARL WINTERTON

* 4. April 1883, London, † 26. August 1962, Midhurst

Dem irischen Adel entstammend, gehörte Edward Turnour, 6. Earl Winterton insgesamt 47 Jahre lang dem britischen Parlament an. Als Abgeordneter der konservativen Partei stieg er vom jüngsten Abgeordneten («Baby of the House») zum dienstältesten Abgeordneten («Father of the House») auf. Neville Chamberlain machte ihn 1937 zum Minister ohne Geschäftsbereich. In dieser Funktion vertrat er Grossbritannien ein Jahr später in Évian. Im Anschluss an die Konferenz übernahm er bis 1945 den Vorsitz des Intergovernmental Committee on Refugees.

WEIZMANN, CHAIM

* 27. November 1874, Motal bei Pinsk, † 9. November 1952, Rechovot

Chaim Weizmann war Chemiker sowie mit Unterbrechungen von 1921 bis 1946 Präsident der Zionistischen Weltorganisation und israelischer Politiker. Zwischen 1949 und 1952 war Weizmann erster israelischer Staatspräsident.

WHITE, THOMAS WALTER

* 26. April 1888, North Melbourne, † 13. Oktober 1957, South Yarra

Colonel Thomas Walter White wurde 1929 in das australische Parlament gewählt. Zuvor hatte er sich einen Namen im australischen Militär gemacht. Von 1933 bis 1938 war er Handels- und Wirtschaftsminister in der konservativen Koalitionsregierung von Joseph Lyons. Da sich White zur Zeit der Konferenz von Évian in Europa aufhielt, entsandte ihn die australische Regierung als Vertreter des Landes nach Évian. Damit war er einer von zwei amtierenden Ministern auf der Konferenz. White fasste die Position Australiens zu Migration prägnant in einem Satz zusammen: «As we have no real racial problem, we are not desirous of importing one by encouraging any scheme of large-scale foreign migration».